

Der Wandel
der Beziehungen zwischen
der Europäischen Union und der Republik Moldau
im Kontext der EU-Erweiterungspolitik

Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Universität Duisburg-Essen

zur Erlangung des akademischen Grades

Dr. sc. pol.

angenommene Disseration von:

Markus Jörg Wilhelm Broich

aus Leer

Referent: Prof. Dr. Heinz-Jürgen Axt

Koreferent: Prof. Dr. Othmar Nikola Haberl

Tag der mündlichen Prüfung: 23. April 2008

Inhaltsübersicht

1. Einleitung.....	8
1.1 Forschungsstand und Forschungsbedarf.....	8
1.2 Kontext und Bedeutung der Fragestellung.....	13
1.3 Methoden und Hypothesen.....	14
2. Theorie	19
2.1 Integrationsforschung	20
2.2 Europäisierungsforschung	35
2.3 Schnittmenge zwischen Integrations- und Europäisierungsforschung.....	42
3. Geschichte und Grundprobleme der Republik Moldau	43
3.1 Geschichtliche Entwicklung	44
3.2 Grundprobleme der Republik Moldau	50
3.3 Zusammenfassung	58
4. Darstellung der Phasen in den EU-Moldau-Beziehungen (1991 bis 2006).....	60
4.1 Phase I: Ignoranz	61
4.2 Phase II: Mitgliedschaftsbekundungen, Missverständnisse und Rückschritte	66
4.3 Phase III: Moldaus „Doppelstrategie“ und gemischte Signale seitens der EU	76
4.4 Phase IV: ENP, Erweiterungsmüdigkeit und Reformfortschritte	89
4.5 Zusammenfassung	94
5. Analyse der EU-Moldau-Beziehungen (1991 bis 2006)	97
5.1 Die bilateralen Beziehungen in der ersten Phase (1991 bis 1995)	97
5.2 Die bilateralen Entwicklungen in der zweiten Phase (1996 bis 2000).....	135
5.3 Die bilateralen Beziehungen in der dritten Phase (2001 bis 2004)	169
5.4 Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen (Post-2004 bis Mitte 2006).....	203
6. Schlussbetrachtungen	269
6.1 Erkenntnisse zu den EU-Moldau-Beziehungen.....	269
6.2 Rückschlüsse auf die Erweiterungspolitik der EU	277
6.3 Ausblick – Moldau und die EU	281
Literaturverzeichnis	287
Liste der Interviewpartner.....	313
Abkürzungsverzeichnis	318

Inhaltsverzeichnis

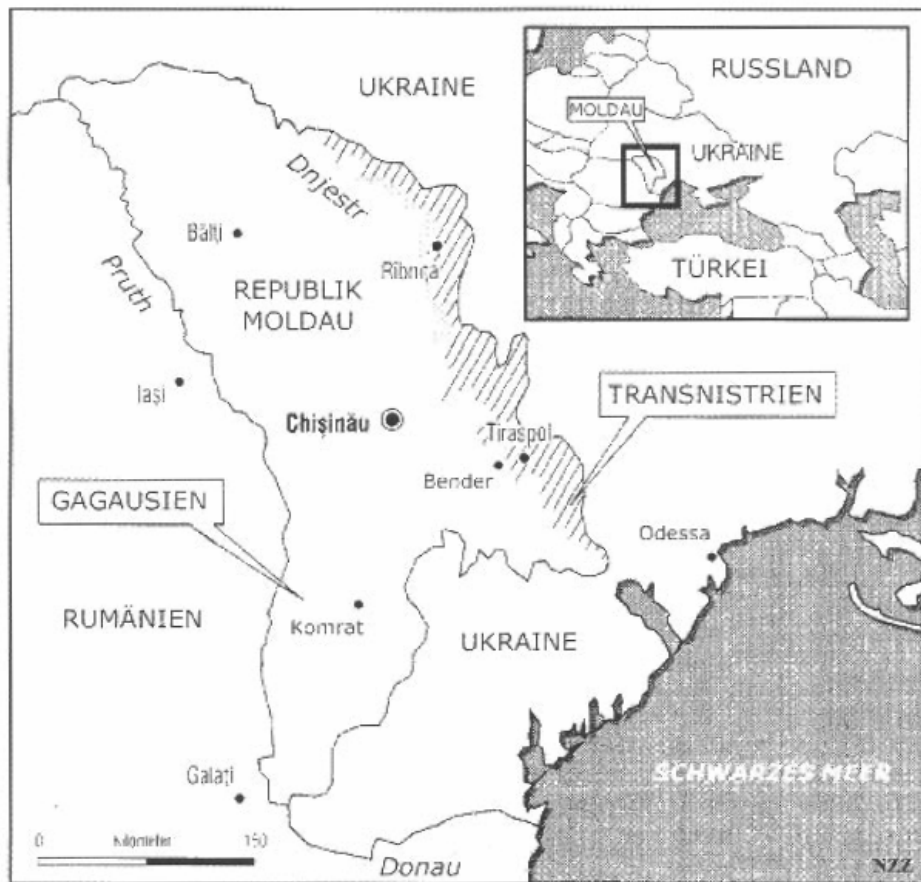
1. Einleitung	8
1.1 Forschungsstand und Forschungsbedarf	8
1.2 Kontext und Bedeutung der Fragestellung	13
1.3 Methoden und Hypothesen	14
2. Theorie	19
2.1 Integrationsforschung	20
2.1.1 Rational-Choice-Institutionalismus	21
2.1.1.1 Handlungslogik, Akteure und Mechanismen	21
2.1.1.2 Anwendungen auf Erweiterungsprozesse	21
2.1.2 Konstruktivismus	27
2.1.2.1 Handlungslogik, Akteure und Mechanismen	27
2.1.2.2 Anwendungen auf Erweiterungsprozesse	29
2.1.3 Kombination der Ansätze	31
2.2 Europäisierungsforschung	35
2.2.1 Konzepte und Forschung	35
2.2.2 Ebenen und Mechanismen	37
2.2.3 Anwendungsprobleme	40
2.3 Schnittmenge zwischen Integrations- und Europäisierungsforschung	42
3. Geschichte und Grundprobleme der Republik Moldau	43
3.1 Geschichtliche Entwicklung	44
3.1.1 Historische Wurzeln	44
3.1.2 Integration mit Rumänien	46
3.1.3 Auswirkungen des Molotow-Ribbentrop-Pakts und Sowjetisierung	46
3.1.4 Kollaps der Sowjetunion: Unabhängigkeit und Zerfall	48
3.2 Grundprobleme der Republik Moldau	50
3.2.1 Transnistrien und die Frage staatlicher Souveränität	50
3.2.2 Abhängigkeit von Russland	54
3.2.3 Sozio-ökonomische Konsequenzen der Transformation	56
3.2.4 Nationale Identitätsmuster	57
3.3 Zusammenfassung	58
4. Darstellung der Phasen in den EU-Moldau-Beziehungen (1991 bis 2006)	60
4.1 Phase I: Ignoranz	61
4.1.1 Aufnahme vertraglicher Beziehungen zum neugegründeten Staat	61
4.1.2 Vorbereitungsphase des PKA	62
4.1.3 Halbherzige Annäherungsbemühungen an „Europa“	64

4.2 Phase II: Mitgliedschaftsbekundungen, Missverständnisse und Rückschritte	66
4.2.1 Assoziierungsbemühungen.....	66
4.2.2 EU-Integration als strategisches Ziel.....	67
4.2.3 Inkrafttreten des PKA und Aufnahme des bilateralen politischen Dialogs.....	68
4.2.4 Erste Pro-EU-Regierung in Moldau	72
4.2.5 Rückschritte im EU-Kurs der Republik Moldau.....	73
4.3 Phase III: Moldaus „Doppelstrategie“ und gemischte Signale seitens der EU	76
4.3.1 Moldaus Einbeziehung in den Stabilitätspakt für Südosteuropa	77
4.3.2 Konzeptionelle Entwicklung der ENP	82
4.3.3 EU-Engagement in der Transnistrienfrage	85
4.3.4 Neue Verwaltungsstrukturen zur EU-Integration	86
4.4 Phase IV: ENP, Erweiterungsmüdigkeit und Reformfortschritte	89
4.4.1 Verhandlungen über den bilateralen Aktionsplan	89
4.4.2 Ausbau der bilateralen Kontakte zu EU-Mitgliedstaaten und Nachbarn.....	91
4.4.3 Innere Reformen in Moldau.....	93
4.5 Zusammenfassung	94
5. Analyse der EU-Moldau-Beziehungen (1991 bis 2006)	97
5.1 Die bilateralen Beziehungen in der ersten Phase (1991 bis 1995).....	97
5.1.1 Interessen der EU-Mitgliedstaaten aus rationalistischer Perspektive	98
5.1.1.1 Strukturierung von Interessen aufgrund der geographischen Lage	102
5.1.1.2 Belastungen für die EU-Mitgliedstaaten	106
5.1.1.3 Rücksichtnahme auf Russland.....	107
5.1.2 Moldaus Marginalisierung: Konstruktivistischer Erklärungsansatz.....	111
5.1.2.1 Kulturelle Grenzlinien	111
5.1.2.2 Kollektive Identität der EU.....	112
5.1.2.3 Europäische Identität durch Abgrenzung.....	114
5.1.3 Europäisierungsansatz gegenüber der Republik Moldau	117
5.1.3.1 Analyse der Unterstützungsleistungen	117
5.1.3.2 Europäisierungsansatz: Konditionalität und Sozialisierung.....	119
5.1.4 Anpassungsleistung Moldaus	121
5.1.4.1 Wirtschaftskrise und soziale Lage	122
5.1.4.2 Politische Konsolidierung	124
5.1.5 Vertiefung und Erweiterung.....	131
5.1.5.1 Positionen in der Vertiefungs- und Erweiterungsdiskussion	131
5.1.5.2 Parallelität von Vertiefung und Erweiterung.....	133
5.2 Die bilateralen Entwicklungen in der zweiten Phase (1996 bis 2000).....	135
5.2.1 Interessen der EU-Mitgliedstaaten aus rationalistischer Perspektive	136

5.2.2. Konstruktivistischer Erklärungsansatz: Ambivalente Entwicklung.....	138
5.2.3 Europäisierungsansatz gegenüber der Republik Moldau	140
5.2.3.1 EU-Unterstützungsleistungen.....	143
5.2.3.2 Politischer Dialog als Sozialisationsebene	146
5.2.3.3 Konditionalität als Steuerungsmechanismus	147
5.2.4 Anpassungsleistung Moldaus	150
5.2.4.1 Wirtschaftliche und soziale Lage	151
5.2.4.2 Europapolitische Ausrichtung der Parteien.....	154
5.2.4.3 Das Assoziierungsabkommen als Transformationsvehikel	160
5.2.5 Vertiefung und Erweiterung.....	164
5.3 Die bilateralen Beziehungen in der dritten Phase (2001 bis 2004).....	169
5.3.1 Interessen der alten und neuen EU-Mitgliedstaaten aus rationalistischer Sicht.....	170
5.3.1.1 Moldaus Einbeziehung in den Stabilitätspakt für Südosteuropa	173
5.3.1.2 Konzeptionalisierung der ENP	177
5.3.2 Konstruktivistische Perspektive.....	178
5.3.3 Europäisierungsansatz gegenüber der Republik Moldau	179
5.3.3.1 Neuer Impuls zur Sozialisierung.....	180
5.3.3.2 Chancen und Mängel der Konditionalität.....	181
5.3.4 Anpassungsleistung der Republik Moldau	184
5.3.4.1 Rückschritte in der demokratischen Konsolidierung	184
5.3.4.2 Wirtschaftspolitik der kommunistischen Regierung.....	194
5.3.4.3 Europapolitische Orientierung	196
5.3.5 Vertiefung und Erweiterung.....	200
5.4 Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen (Post-2004 bis Mitte 2006).....	203
5.4.1 Interessen der EU-Mitgliedstaaten und die Leistungsfähigkeit der EU:.... Rationalistischer Ansatz	204
5.4.2 Konstruktivistischer Ansatz	209
5.4.3. Komponenten des Europäisierungsansatzes	213
5.4.3.1 Bewertung des individuellen EU-Ansatzes.....	222
5.4.3.2 Konditionalität.....	227
5.4.3.3 Sozialisation.....	229
5.4.4 Anpassungsleistung der Republik Moldau	233
5.4.4.1 Demokratie	234
a) Wahlen	234
b) Lokale Demokratie	236
c) Zivilgesellschaft.....	238

d) Medienfreiheit	241
e) Menschenrechte und Grundfreiheiten	245
f) Minderheiten	247
5.4.4.2 Rechtsstaatlichkeit	248
a) Justizreform	248
b) Stabilität demokratischer Institutionen und Funktionalität der Verwaltung	251
c) Harmonisierung nationaler Gesetzgebung mit EU-Recht	258
d) Europäische Strategie: Langfristige Vision und kurzfristige Aktivitäten.....	258
e) Konsens über einen EU-Beitritt und regionale Kooperation.....	259
5.4.4.3 Wirtschafts- und Sozialentwicklung.....	261
5.4.5 Vertiefung und Erweiterung in der jungen EU-25	262
5.4.5.1 Die EU in der Post-Erweiterungssituation.....	262
5.4.5.2 Erweiterungsmüdigkeit in der deutschen und französischen Politik ..	263
6. Schlussbetrachtungen	269
6.1 Erkenntnisse zu den EU-Moldau-Beziehungen.....	269
6.2 Rückschlüsse auf die Erweiterungspolitik der EU	277
6.3 Ausblick – Moldau und die EU	281
Literaturverzeichnis	287
Liste der Interviewpartner.....	313
Abkürzungsverzeichnis	318

Karte
Republik Moldau



Quelle: © Neue Zürcher Zeitung, 17.7.2000, S. 5.

1. Einleitung

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Republik Moldau¹ haben sich vergleichbar schleppend entwickelt. Während am 1. Mai 2004 acht verbündete Länder des ehemaligen Warschauerpaktes und der Sowjetunion in die EU aufgenommen wurden und ihnen am 1. Januar 2007 zwei weitere folgen werden, blieb Moldau das einzige Land im Stabilitätspakt für Südosteuropa ohne angebotene Beitrittsperspektive.

Moldau kann als das Land der verpassten Gelegenheiten beschrieben werden, das eine historische Chance zum EU-Beitritt bereits Anfang bis Mitte der neunziger Jahre vergeben hat.² Heute hingegen versucht Moldau EU-Mitglied zu werden, allerdings zu einem Zeitpunkt, zu dem die EU saturiert erscheint. Eine EU-Perspektive und deren spätere Realisierung beeinflusst die Entwicklung von Generationen von Menschen in der EU und in den Ländern, die keine Mitgliedschaft erhalten. Eine Aussicht auf EU-Mitgliedschaft ist ein determinierender Faktor für wirtschaftlich und politisch erfolgreiche Modernisierungsprozesse, wie an den Beispielen der Beitrittsländer aus Mittel- und Osteuropa (MOEL) und den Ländern des westlichen Balkans erkennbar wird.

Das Dissertationsvorhaben zielt deshalb darauf ab, einen Beitrag zur Beantwortung der folgenden drei Fragen zu liefern:

- *Wodurch wird die Politik der EU gegenüber Moldau bestimmt, das heißt welche Einflussfaktoren wirken auf die Konzeptionalisierung der EU-Moldaupolitik?*
- *Was sind die extern induzierten Ursachen dafür, weshalb Moldau sich verglichen mit den anderen MOEL langsamer entwickelt hat?*
- *Warum wurde der Republik Moldau keine EU-Beitrittsperspektive angeboten, obwohl die EU fast allen (süd-) östlichen Nachbarn eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt hat?*

1.1 Forschungsstand und Forschungsbedarf

Forschungsvorhaben und -ergebnisse zum Themenkomplex der EU-Moldau-Beziehungen sind bislang überschaubar. Dies ergibt sich möglicherweise einerseits aus der moldauischen Randlage in Europa und andererseits aus der Distanz Chisinaus zum Ent-

¹ Die Bezeichnung *Republik Moldau* (oder Moldova) ist die autorisierte deutsche Fassung des Staatsnamens. Der landläufig verwendete Begriff Moldawien hingegen ist nicht korrekt, weil er auf den in sowjetischer Zeit üblichen russischen Namen *Moldavija* zurückgeht (vgl. Büscher 2004: 515).

² In der Arbeit bezieht sich die Darstellung im Großen und Ganzen auf Moldau ohne das transnistrische Gebiet; es sei denn, es ist besonders ausgewiesen.

scheidungsepizentrum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in Moskau. Die doppelte Randlage in Europa und der GUS zusammen mit einem behäbigen Transformationsprozess führten dazu, dass Forschungsschwerpunkte auf die Analyse der Staaten in MOE unter anderem aufgrund der Annäherungsprozesse an die EU sowie auf Staaten in Südosteuropa (SOE) hinsichtlich ihrer Nationalitätenkonflikte gelegt wurden.

Es sind jedoch eine Reihe an Artikeln zum politischen System und ihren wirtschaftlichen und politischen Teilaspekten Moldaus veröffentlicht worden (vgl. Buzogany 2002, Büscher 2004, Crowther 2004, Gabanyi 2006, Lewis 2004, Neukirch 2001, 2003). Den größten Raum nimmt in der Literatur zu Moldau der Transnistrienkonflikt ein (vgl. Hanne 1998, 2004, ICG 2003, Kaufmann/Bowers 1998, King 2000, Nantoi 2003, Popescu 2005, Troebst 1998, 2001). Ebenso erschienen Publikationen verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NRO), wie beispielsweise Transparency International, Freedom House, Soros-Stiftung oder auch Amnesty International, die wertvolle Beiträge zur Analyse der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes bringen.

Durch die Beitrittswelle der MOEL in die EU wurde Moldau in den wissenschaftlichen Diskurs entweder direkt oder indirekt einbezogen. Insgesamt führte die Randlage des Landes durch die Erweiterung zu einer graduellen Neubewertung.

Zum einen wurden die Konsequenzen der Erweiterung auf die „neuen“ Nachbarn untersucht und die außen- und sicherheitspolitischen Folgen für die EU betrachtet. Im Mittelpunkt standen dabei vor allem die geostrategisch wichtigsten Anrainer Russland und die Ukraine (Guicherd 2002, Kempe 1998, 2001, Meurs 2002, Stefan Batory Foundation 2003). Die Erforschung der Erweiterungseffekte auf Moldau wurde in Deutschland durch Arbeiten aus dem Kontext der Südosteuropa-Gesellschaft, Stiftung Wissenschaft und Politik und dem Centrum für Angewandte Politikforschung betrieben. Arbeiten aus dem *Centre for European Policy Studies*, Brüssel, basieren auf Ansätzen der Europäisierungsforschung, die plausibel die Wirkung der EU-Institutionen auf Drittstaaten erklären und somit einen wichtigen Beitrag zur Analyse der Beziehungen zu den Anrainerstaaten liefern (Emerson/Noutcheva 2004). In diesem Kontext entstanden Beiträge zur Europäisierung des Transnistrienkonfliktes (Popescu 2004, Vahl 2005).

In der Gesamtschau wird das Thema Moldau jedoch marginal behandelt, da dieses Land erst 2007 direkter Nachbar der EU wird und im Vergleich zur Ukraine und Russland weniger Gewicht für die EU-Außenbeziehungen besitzt. Als Reaktion auf die EU-10-Erweiterung entstand die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), die auf konzeptionelle Überlegungen aus der Wissenschaft zurückgeht und entwickelt wurde, um negative Effekte der Erweiterung in den angrenzenden Ländern abzufedern (Lynch 2003, 2004, Löwenhardt/Hill/Light 2001). Die ENP wechselte im Juni 2004 von der konzeptionellen in die operative Phase und stellt aufgrund der Aktualität ein junges Forschungsfeld für die

Politikwissenschaft dar. Obgleich der Neuheit des Forschungsgegenstandes, ist dies das Feld, in dem Moldau am häufigsten behandelt wird. Die ENP basiert auf dem Grundlagenvertrag zwischen der EU und Moldau (Partnerschafts- und Kooperationsabkommen), dessen Instrumente kaum systematisch analysiert wurden. Dies gilt ebenfalls für die Mitwirkung Moldaus im Stabilitätspakt für Südosteuropa. Der Stabilitätspakt und das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) sollen durch die ENP eine Ergänzung finden, was darauf hinweist, dass die Kooperation im Rahmen der bestehenden Verträge unzureichend gewesen ist. Beim Stabilitätspakt für Südosteuropa ist insbesondere unklar, weshalb Moldau aufgenommen wurde. Der Stabilitätspakt für Südosteuropa steht in einem engen Zusammenhang mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) der EU, der für die Länder des westlichen Balkans als „Vorraum“ der EU entwickelt wurde. Es ist somit unklar, weshalb Moldau eine Mitgliedschaft im Stabilitätspakt erreichen konnte, aber zum SAP keinen Zugang erhält.

Eine weitere Frage, die sich aus der Osterweiterung ergibt, ist die nach den Grenzen und der Absorptionsfähigkeit der EU. Sie besteht aus komplexen Teilaspekten, zu denen es einen umfangreichen Katalog an Veröffentlichungen gibt (Jopp/Matl 2004, Schmierer 2003, Wallace 2003a). Thematisiert wird das (vorläufige) Scheitern des Verfassungsprojekts mit seinen Implikationen für die Durchführung notwendiger Reformen im institutionellen Gefüge und den Politikbereichen. Dieses wird vor dem Hintergrund der Konkretisierung weiterer Beitrittsperspektiven für die Länder des westlichen Balkans und der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien, die als Belastung für die Absorptionsfähigkeit der EU empfunden wird, dargestellt. Zusätzlich erschweren das geringe wirtschaftliche Wachstum in der EU und die strukturelle Arbeitslosigkeit in den beiden wichtigen EU-Mitgliedstaaten Frankreich und Deutschland integrationspolitische Projekte wie die Zusammenführung der EU-Arbeitsmärkte (Becker 2006, Dauderstädt 2004, Weise 2004). Diese EU-internen Schwierigkeiten belasten die wahrgenommene Absorptionsfähigkeit und führen dazu, dass in der Wissenschaft verstärkt nach Alternativen zum stabilitätsexportierenden Instrument der EU-Beitrittsperspektive gesucht wird (ENP oder privilegierte Partnerschaft) (Lippert 2004, Varwick 2002). Tatsächliche institutionelle, politische und wirtschaftliche Mehrbelastungen für das politische System durch einen Beitritt Moldaus sind allerdings in diesem Kontext nicht systematisch untersucht worden. Allerdings soll an dieser Stelle angemerkt werden, dass die Bedeutung einer EU-Perspektive für den Transformationsprozess in Drittstaaten oftmals unterschätzt wird. In der aktuellen Diskussion wird oftmals aus den Augen verloren, wie essentiell die Beitrittsperspektive den Reformprozess in MOE und im westlichen Balkan vorangetrieben hat. Ebenfalls ist für die Türkei ein wesentlicher Anreiz zur Reform die Hoffnung auf Mitgliedschaft. Insofern hat sich die EU durch die Vergabe von Beitrittsperspektiven ge-

stärkt, weil ihr unmittelbares Umfeld hierdurch gesichert und stabilisiert wurde.

Vor allem Forschungseinrichtungen in Moldau, insbesondere das *Institute for Public Policy (IPP)*, beschäftigen sich mit konzeptionellen und strategischen Fragen zur Annäherung an die EU (u.a. Entwicklung der Europäischen Strategie der Republik Moldau (ESRM)). Hierbei sind insbesondere die Arbeiten von Valeriu Gheorghiu hervorzuheben, dessen politiknahe wissenschaftliche Beratungsleistungen großes Gewicht in der moldauischen Diskussion erfahren (Gheorghiu, 2002, 2004a/b, 2005a/b). Beispielsweise wurde in enger Kooperation zwischen dem IPP und der Südosteuropa-Gesellschaft mit der finanziellen Unterstützung des Auswärtigen Amts eine Konferenzreihe mit Entscheidungsträgern und Politikberatern ins Leben gerufen. Unter dem Kapitel *European Perspectives for Moldova* sollten Handlungsvorschläge zur verbesserten Einbettung Moldaus in Europa entwickelt werden. Die meisten moldauischen Beiträge konzentrieren sich primär auf strategische Überlegungen und werden vor allem durch zwei Fragen strukturiert:

„The first, and the most important question, is whether the Republic of Moldova wants the integration. The second question is what efforts should Moldova undertake in order to achieve this objective“ (Klipii 2002: 9).

Die Konzentration in der moldauischen Diskussion auf das *ob überhaupt* und *was sollte zur EU-Mitgliedschaft unternommen werden*, vernachlässigt den von Wissenschaftlern aus dem EU Raum hervorgehobenen Aspekt der EU-Absorptionsfähigkeit, die als Achillesverse des Integrationsprozesses der EU gilt (Braghis 2004, Buscaneanu 2002, Chirtoaca 2004, Prohntitchi 2002, Serebrian 2002). Damit blendet die moldauische Diskussion ein entscheidendes Element der EU-Erweiterungspolitik aus und ignoriert die Fragestellung, ob sich die EU überhaupt zum gegenwärtigen Zeitpunkt als erweiterungsbereit darstellt.

Ein wesentlicher Teil der moldauischen Beiträge basiert auf normativen Argumenten, wie „*Ist die Türkei europäischer als Moldau?*“ oder „*Ist der Kosovo stabiler als Moldau?*“ (Interview Serebrian November 2004, Interview Leanca November 2004). Dies sind Fragen nach dem normativen Rahmen der EU und treffen einen wunden Punkt der EU-Erweiterungspolitik. Die Fokussierung auf die normativen Aspekte der EU-Erweiterungspolitik vernachlässigen die tatsächlichen Schwierigkeiten und Probleme, vor denen die EU steht. Es handelt sich nicht um ein simples Beitrittsversprechen, sondern um substantielle finanzielle Unterstützungsleistungen mit entsprechenden politischen und institutionellen Implikationen, aus denen langfristige Verpflichtungen für die EU erwachsen. Viele wissenschaftliche Beiträge zeigen sich hinsichtlich einer EU-Beitrittsperspektive aufgeschlossen, da nicht zu erwarten ist, dass das Instrumentarium der Nachbarschaftspolitik ihre Ziele erreichen kann (Emerson 2004a/b, Lynch 2003, Popescu 2004). Aller-

dings sehen die wenigsten, mit einigen Ausnahmen (Gheorghiu 2004b, Guicherd 2002: 86, Vahl 2004: 182), die Mitgliedschaftsperspektive als dringend geboten. Die Mehrzahl blendet die Beitrittsperspektive vollständig aus, da es zum Zeitpunkt der Post-Erweiterung um die Stabilisierung und Demokratisierung mit anderen Mitteln geht (Schmierer 2003, Tempel 2004), wobei unklar ist, wie diese konkret aussehen können.

Forschungsbedarf besteht in der Analyse der EU-Erweiterungspolitik. Warum hat sich die EU um einige Länder erweitert und andere kurz- beziehungsweise langfristig ausgeschlossen? Wo liegen die Grenzen der EU? Welche Kriterien werden ihnen zugrundegelegt? Kann die Erweiterungsbereitschaft zur Kooperation anhand irgendwelcher Variablen kippen? Wie sehen die Anreize zur Europäisierung unterhalb einer EU-Mitgliedschaftsperspektive aus und wie wirkungsvoll sind diese?

Im Rahmen dieser Arbeit wird ein Land betrachtet, bei dem die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft aus strategischen Gründen bewusst offen gelassen wird. Bei der Untersuchung der einzelnen Fragestellungen lassen sich möglicherweise alte Rückschlüsse bestätigen oder neue Erkenntnisse über die Natur der Erweiterungsdynamik generieren.

Die vorliegende Arbeit betrachtet zum ersten Mal die EU-Moldau-Beziehungen über einen solch langen Zeitraum und so detailliert in den einzelnen Teilaspekten, die in einer engen Wechselbeziehung stehen und für den langsamen Annäherungsprozess verantwortlich sind. Abgesehen davon soll sie umfassende Einsichten in den gegenwärtigen Anpassungsprozess der Republik Moldau und die Herausforderungen der EU seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion liefern.

1.2 Kontext und Bedeutung der Fragestellung

Die Republik Moldau versucht verzweifelt, die geographisch-politische Peripherie zu überwinden und der Armutsfalle zu entkommen. Mitglied in der GUS zu sein und gleichzeitig die EU als oberste Priorität auf der außenpolitischen Agenda der Regierung zu formulieren, scheint für manche Ausdruck einer orientierungslosen und janusköpfigen Politik zu sein – für das Land war dies lange Zeit der verzweifelte und naiv anmutende Versuch, einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Moldauische Ambitionen auf eine EU-Mitgliedschaft erfahren deutliche Zurückhaltung in der EU: Moldau soll anstelle einer EU-Mitgliedschaft eine „europäische Perspektive“ angeboten werden. Zusammen mit der Ukraine, Weißrussland und Russland soll den „neuen“ Nachbarn eine Alternative zum EU-Beitritt unterbreitet werden. Das Konzept *Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours*, das im März 2003 von der EU-Kommission vorgelegt wurde, stellt

diese Alternative dar.³ Das Papier liefert den vertiefenden konzeptionellen Nachtrag zu der Äußerung des EU-Kommissionspräsidenten Romano Prodi, keine gemeinsamen Institutionen mit den Nachbarn zu schaffen (Prodi 2002). Das Konzept *Wider Europe* zielt darauf ab, einen „Ring von Freunden“ um die EU zu schließen, der aus wirtschaftlich und demokratisch stabilen Nachbarländern besteht.

Hintergrund des Konzepts ist die Verschiebung der EU-Außengrenze durch die Erweiterung 2004 zu Ländern mit einem relativ hohen *soft-security*-Risiko. Die Kommission leitet hierdurch möglicherweise einen Paradigmenwechsel in der Sicherheitsstrategie gegenüber den Ländern ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ein: Bislang war das Ziel der *Stabilitätsexport durch Mitgliedschaft*, wohingegen die *Wider-Europe*-Initiative *Stabilitätsexport durch Nachbarschaft* erreichen möchte. Entscheidende Transformationsimpulse in den Beitrittsländern der benachbarten MOEL erreichte die EU durch deren Integration in ihr politisches System. Die Erweiterungsdynamik der EU-Staaten scheint zum jetzigen Zeitpunkt zu erlahmen (Lippert 2004: 62). Erweiterungsmüdigkeit verbreitet sich und wird vor dem Hintergrund der schwierigen Verhandlungen zur EU-Verfassung und dem anschließenden Umgang mit dem negativen Votum der französischen und niederländischen Bevölkerung verstärkt. Die Minimierung von Sicherheitsrisiken der EU, die aus den Nachbarländern hervorgehen, sollen nun auf Basis der Fortführung und Verbesserung bestehender vertraglicher Strukturen erreicht werden. Ein deutliches Signal einer EU-Mitgliedschaft für die integrationswilligen Länder Moldau und Ukraine ist somit nicht beabsichtigt. Die EU befindet sich in einem Dilemma: Einerseits ist es für die Ukraine und Moldau unbefriedigend, mittelfristig keine EU-Perspektive zu erhalten. Denn es bleibt zu befürchten, dass das Risiko politischer Instabilität und Orientierungslosigkeit zunehmen wird. Andererseits ist der Spielraum für stabilitätsfördernde Maßnahmen eng begrenzt und scheint den bislang erfolgreichen Ansatz *Stabilitätsexport durch Integration* auszuschließen. Der größere Teil der Mitgliedstaaten der EU steht zukünftigen Erweiterungen skeptisch gegenüber. Die zentrale Frage, die sich aus diesem Dilemma für die EU-Kommission ergibt, ist die folgende: Gelingt es der EU, Modernisierungsanreize für Nachbarstaaten zu schaffen, ohne EU-Mitgliedschaft in Aussicht stellen zu müssen?

Grundsätzlich wird die *Wider-Europe*-Initiative der Kommission in den EU-Mitgliedstaaten begrüßt und als Maßnahme begriffen, die dem Vorwurf des Recyclings

³ Das Arsenal der nachbarschaftlichen Beziehungen umfasst in dem Angebotspaket elf Vorschläge an die Nachbarstaaten. Die Anreize reichen von der Ausweitung des Binnenmarktes, einem *preferential trading system*, der Einbeziehung in Transport-, Energie- und Telekommunikationsnetzwerke der EU bis hin zu dem unrealistisch anmutenden Vorschlag der Freizügigkeit von Personen. Die EU-Kommission stellt sich zudem eine aktivere politische Rolle in den Nachbarstaaten vor. Zudem schlägt die Kommission ein neues Finanzinstrument vor: *European Neighbourhood Policy Instrument (ENPI)*.

des Eisernen Vorhangs entgegensteht.⁴ Allerdings wurde in Stellungnahmen der polnischen und rumänischen Nachbarn die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass wieder unüberbrückbare Grenzen entstehen könnten. Polen hat sich als Advokat der östlichen EU-Dimension herauskristallisiert und befürwortet einen Beitritt Moldaus und der Ukraine (Stefan Batory *Foundation* 2003).

In Moldau stößt das *Wider-Europe*-Konzept ebenfalls auf Kritik, die in der EU kaum wahrgenommen wird. Der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barosso feiert die Kooperation mit der Republik Moldau im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) als großen Erfolg.⁵ Dabei besteht in Moldau die weitverbreitete Befürchtung, dass die Implikationen der durch den Beitritt der jetzigen Kandidatenländer neu entstehenden Schengen-Grenze nachteilige Konsequenzen für das Land haben könnte (Batt 2003, Löwenhardt/Hill/Light 2001, Lynch 2003b). Insbesondere besteht das Risiko der Einschränkung im freien Personenverkehr und im grenzüberschreitenden Handel aufgrund der Einführung der Visapflicht. Insgesamt wird bezweifelt, dass von der ENP ausreichende Impulse für strukturelle Reformen der Republik ausgehen (Gheorghiu 2002, 2004a, Sleptsova 2004).

1.3 Methoden und Hypothesen

Die Arbeit basiert auf der Auswertung von Primär- und Sekundärquellen. Neben den genannten Beiträgen werden Zeitungsartikel, Länderberichte und Analysen von internationalen Organisationen, den EU-Institutionen und NRO sowie wissenschaftliche Artikel, Buchbeiträge und im Rahmen der Arbeit durchgeführte qualitative Interviews zur Datenerhebung herangezogen.

In theoretischer Hinsicht können mit Hilfe der Integrations- und Europäisierungsforschung die Interessen, Mechanismen und Dynamiken die Erweiterung der EU plausibel erklärt werden. Die Integrationsforschung nutzt rationalistische und konstruktivistische Ansätze zur Erklärung der EU-Erweiterungspolitik (u.a. Schimmelfennig 2003, Risse 2004, Torreblanca 2003). Die Europäisierungsforschung beschäftigt sich mit der Wirkung von EU-Institutionen auf Drittstaaten und dem Europäisierungsdruck, der über die Mechanismen Konditionalität und Sozialisierung abläuft und den Grad der Europäisierung in Drittstaaten bestimmt (vgl. Emerson/ Noutcheva 2004, Popescu 2004).

⁴ Die EU-Kommission nahm allerdings das Angebot zur Freizügigkeit von Personen aufgrund des Widerstandes der EU-Mitgliedstaaten wieder zurück.

⁵ José Manuel Barosso sagte dies auf der Sitzung des wissenschaftlichen Direktoriums des IEP am 22. September 2006 in der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, Berlin.

Dabei ist entscheidend, dass diese Arbeit nicht zum Ziel hat, etwa Theorien nach zutreffender Darstellung der Wirklichkeit zu überprüfen – statt dessen ist hier die Funktion der Theorie die Beschreibung und Erklärung von Wirklichkeit.

Den bereits genannten drei Leitfragen werden drei Thesen gegenübergestellt, die im Verlauf der Arbeit auf fünf Analyseebenen überprüft werden. Der ersten Leitfrage, die nach den Einflussfaktoren für die EU-Moldaupolitik fragt, soll mit folgender These begegnet werden:

These 1: Die bilateralen Beziehungen verliefen so lange auf einem niedrigem Niveau, weil die EU-Mitgliedstaaten unter zweckrationalen Gesichtspunkten keine Intensivierung befürworteten. Die Intensivierung der Beziehungen ist auf die nach der Erweiterung entstandenen geographischen Nähe sowie auf die neuen politischen Akteure (EU-10) zurückzuführen, die sich jedoch nicht mit einer EU-Mitgliedschaftsperspektive für Moldau durchsetzen können.

Auf die zweite Leitfrage nach den extern induzierten Ursachen dafür, weshalb Moldau sich verglichen mit den anderen MOEL langsamer entwickelt hat, wird folgende Aussage getroffen:

These 2: Die externen Impulse zur Europäisierung Moldaus reichten nicht aus, und die mangelhaften eigenen Reformbemühungen Moldaus wurden von der EU nicht in die richtigen Bahnen gelenkt.

Die dritte Leitfrage sucht eine Antwort auf die Frage, warum Moldau keine EU-Beitrittsperspektive angeboten wurde. Als Begründung lässt sich folgende These aufstellen:

These 3: Die Anpassungsleistungen Moldaus reichten zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen über den gesamten Betrachtungszeitraum nicht aus. Nach den verpassten Weichenstellungen wird Moldau in der gegenwärtigen prekären Situation der EU auf absehbare Zeit keine Beitrittsperspektive erhalten.

Nach dem einleitenden und dem theoretischen Kapitel sowie einem dritten Kapitel, das die Geschichte und den Transformationskontext der Republik Moldau beschreibt, werden in einem vierten Kapitel die Entwicklungen der Beziehungen zwischen der EU und Moldau dargestellt. In diesem vierten Kapitel werden die 15 Jahre seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen bis Mitte 2006 zur Akzentuierung der Wendepunkte in vier un-

terschiedliche Phasen eingeteilt, die einen systematischen Blick darauf ermöglichen, weshalb der Republik Moldau keine EU-Beitrittsperspektive in Aussicht gestellt wurde:

1. In der Anfangsphase seit der Staatsgründung (1991 bis 1995) lassen sich die bilateralen Beziehungen als weitreichende gegenseitige Ignoranz beschreiben.
2. Erst in der zweiten Phase (1996 bis 2000) ist eine leichte Dynamisierung der Beziehungen zu beobachten.
3. In der dritten Phase (2001 bis 2004) verbessern sich die bilateralen Beziehungen durch die Einbeziehung Moldaus in den Stabilitätspakt für Südosteuropa.
4. In der vierten Phase (Post-2004) intensivieren sich die Beziehungen, aber die EU-25 konzentriert sich in erster Linie auf die Konsolidierung der neuen Ordnung.

Im fünften Kapitel werden die einzelnen Entwicklungen in den jeweilig betrachteten Phasen analysiert. Es werden hierfür fünf Analyseebenen betrachtet, die für die Ausgestaltung der Beziehungen eine hohe Relevanz besitzen.

- I. Zunächst werden im Rahmen der *Rational-Choice*-Theorie die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen der EU-Mitgliedstaaten an Moldau betrachtet, die über ein stärkeres oder schwächeres Engagement der EU in Moldau entscheiden. In der Erweiterungsliteratur sind solche rationalistischen Interessen der EU-Mitgliedstaaten ein wesentlicher Grund dafür, weshalb sich die EU ausgedehnt hat (vgl. Theoriekapitel).
- II. Als zweite Analyseebene werden konstruktivistische Erklärungsmuster für die Entwicklungen in den Beziehungen zu Moldau in den einzelnen Phasen überprüft. In der Theorie werden ebenfalls konstruktivistischen Ansätzen zur Klärung der Erweiterung eine erhebliche Bedeutung beigemessen (vgl. Theoriekapitel).
- III. Als dritte Analyseebene werden die von außen induzierten Anreize zur Europäisierung betrachtet, die in der Theorie auf zwei Komponenten, der Konditionalität und der Sozialisierung, basieren (vgl. Theoriekapitel).
- IV. Die Anpassungsleistung der Republik Moldau an das Regelwerk der EU steht auf der vierten Analyseebene im Blickpunkt. Beiträge aus der Erweiterungsliteratur betrachten im Hinblick auf die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen auch den Grad der Ausrichtung an den Kopenhagener Kriterien für entschei-

dend (vgl. Theoriekapitel).

- V. Als fünfte und letzte Analyseebene wird die Integrationsdynamik der EU, die bislang in dem Zusammenspiel zwischen Vertiefung und Erweiterung bestand, betrachtet. Das bedeutet, dass die EU insbesondere für eine Aufnahme Moldaus bereit ist, wenn die Erweiterungslogik die Vertiefungslogik dominiert.

In sechsten und letzten Kapitel werden die Ergebnisse der induktiven Arbeitsweise einer Schlussbetrachtung unterzogen.

Nachtrag zur Sprache

Die vorliegende Promotionsarbeit "Der Wandel der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau im Kontext der EU-Erweiterungspolitik" steht im Kontext meiner Tätigkeit beim Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin, an dem ich im Zeitraum 2001 bis 2006 als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Projekte des Instituts in der Republik Moldau verantwortlich gewesen bin. Es handelte sich bei den Projekten u.a. um capacity building Maßnahmen, in denen gezielt Personengruppen in unterschiedlichen Phasen ausgewählt wurden, die in Linienministerien aber auch in zivilgesellschaftlichen Organisationen und insbesondere in der Wirtschaft der Republik Moldau tätig waren. Die Themenauswahl orientierte sich an fachspezifischen Bereichen der EU-Moldaubeziehungen. Gegenstand der umfangreichen und in Moldau stattfindenden Seminare und Arbeitstreffen war insbesondere die Implementierung verschiedener Aspekte des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) sowie die Verbesserung der Umsetzung des im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) entwickelten Aktionsplans. Dabei waren neben den inhaltlichen Fragen, die organisatorische und institutionelle Zusammenarbeit auf horizontaler und sektoraler Ebene der Ministerien und der nachgeordneten Behörden von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus finanzierte das Auswärtige Amt verschiedene Projekte beispielsweise zur Unterstützung der Entwicklung der Europäischen Strategie der Republik Moldau, die ich von deutscher Seite als Projektpartner begleitet habe.

Diese Tätigkeit ermöglichte mir einen exklusiven Zugang sowohl zu wichtigen Akteuren der moldauischen Politik, der Administration als auch zur Zivilgesellschaft. Insbesondere die hieraus entstandenen Kontakte zur scientific community ermöglichten mir Einsichten in den Politikprozess der Republik Moldau, die über das hinausgehen, was ich mit vorhandenen passiven Kenntnissen der "moldauischen" Sprache an Ergebnissen hätte generieren können. Hilfreich waren zudem viele Beiträge der sogenannten grauen Litera-

tur, die in englischer Sprache verfasst worden sind. In den Fällen, in denen eine direkte Verständigung in einer gemeinsamen Sprache nicht möglich war, konnte ich auf die Unterstützung von Übersetzern zurückgreifen. An erster Stelle sollte hier Dr. Valeriu Gheorghiu, Institut für Öffentliche Verwaltung, genannt werden. Die aus den Interviews und Gesprächen gewonnen Erkenntnisse fanden nur Eingang in die Promotionsarbeit, insofern diese in der Literatur oder von verschiedenen ausgewählten Gesprächspartnern tatsächlich bestätigt werden konnten (cross checking). Die vielfältigen und unterschiedlichen Gesprächspartner aus der Exekutive und der Legislative, den Medien, unabhängigen Forschungsinstituten sowie zivilgesellschaftlichen Einrichtungen haben die Gefahr minimiert, dass die Arbeit einen „bias“ aufgrund einseitiger Informationen aufweist. Im Zweifel wurden sich widersprechende Bewertungen und Positionen von Gesprächspartnern in der Promotionsarbeit textlich entsprechend ausgeführt, gegenseitig abgewogen und zum besseren Verständnis in einen übergeordneten Rahmen gesetzt. Demnach war es mein Bemühen, größtmögliche Objektivität durch Nachvollziehbarkeit in der Analyse und Bewertung der komplexen Sachverhalte zu gewährleisten.

2. Theorie

Die EU-Erweiterungspolitik verläuft nicht nach einem vorgefertigten Plan und nach einem bestimmten Automatismus, sondern muss teilweise sogar gegen erhebliche innere Widerstände durchgesetzt werden (beispielsweise negative Haltung von Bevölkerungen hinsichtlich der MOE-Erweiterung). Die schwierige Verfassungsdebatte weist darauf hin, dass es keine Übereinstimmung in der EU darüber gibt, wie die EU zukünftig aussehen soll. Diese Unklarheit des Ziels der EU zieht Unsicherheiten über den geographischen Umfang der EU nach sich, die wiederum Einfluss auf die EU-Erweiterungspolitik besitzen. Die EU vergibt deshalb keine universellen Beitrittsangebote, sondern bestimmt kontextabhängig für wen, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Bedingungen die EU-Mitgliedschaft gilt. Das Beitrittsangebot hängt auch von der Nachfrage und ihrer Konsistenz ab. Die Konsistenz der Nachfrage ergibt sich aus einer hohen Bereitschaft EU-Mitglied zu werden, womit eine Vielzahl an Auflagen verbunden ist und ein erheblicher Reformwille abgefragt wird. Dieser Reformwille hängt von spezifischen innenpolitischen und externen Faktoren sowie des gezeigten und in Aussicht gestellten Engagements der EU ab.

Zwei Forschungsstränge – Integrations- und Europäisierungsforschung – untersuchen jeweils die EU-internen und EU-externen Bedingungen und Abläufe der Erweiterung. Verschiedene Forschungsansätze der europäischen Integrationstheorie erklären die EU-interne Kooperationsbereitschaft und ihre integrationspolitische Dynamik zur Aufnahme von Drittstaaten. Die Integrationsforschung betrachtet die Abläufe innerhalb des institutionellen Gefüges der EU und die Bedingungen, die sich hieraus für die Erweiterungsbereitschaft ergeben. Die Europäisierungsforschung dagegen untersucht die Wirkung der EU auf Drittstaaten. Die beiden Mechanismen Konditionalität und Soziales Lernen bestimmen in Abhängigkeit von weiteren internen und externen Kontextfaktoren die Europäisierung eines Landes.

Im folgenden Kapitel sollen Konzepte aus der integrationspolitischen Debatte und aus der Europäisierungsforschung dargestellt werden, die unterschiedliche Aspekte der EU-Erweiterungspolitik beleuchten.

Das Unterkapitel 2.1 *Integrationsforschung* stellt zwei Ansätze in der Integrationsforschung und ihren Erklärungsgehalt für die EU-Erweiterungspolitik vor. Es zeigt sich, dass unterschiedliche Ansätze verschiedene Aspekte hinsichtlich der Erweiterung besser beleuchten können als andere. Das bedeutet, materielle und zweckrationale Interessen der EU-Mitgliedstaaten im intergouvernementalen Kontext sind ebenso wichtig, wie

das Festhalten und die Entwicklung des normativen Rahmens.

Das Unterkapitel 2.2 *Europäisierungsforschung* betrachtet die Wirkung der EU auf Drittstaaten und beschreibt ihre Mechanismen und Wirkungsweisen. Im Mittelpunkt steht hierbei die Arbeit von Michael Emerson, da ihr die theoretische Konzeptionalisierung von Europäisierung an Drittstaaten ohne EU-Beitrittsperspektive zu Grunde liegt und diese für die spätere empirische Ausarbeitung über die Europäisierung Moldaus hoch relevant ist.

Der Abschnitt 2.3 *Schnittstelle zwischen Integrations- und Europäisierungsforschung* zeigt die Möglichkeit der Kombination der unterschiedlichen Forschungsstränge auf, das heißt die Integrationsforschung beleuchtet die inneren Bedingungen und Prozesse und die Europäisierungsforschung die externe Wirkung auf Drittstaaten. Eine ausreichende Europäisierung gilt als Vorbedingung, um die Mechanismen zur Integration ablaufen zu lassen. Diese Kombination dient als theoretischer Rahmen zur Analyse der Fragestellung, weshalb Moldau keine Beitrittsperspektive erhalten hat.

Die in diesem Kapitel zusammengeführten theoretischen Ansätze zielen also darauf ab, einerseits die Interessen der EU-internen Akteure und den normativen Rahmen der EU-Erweiterungspolitik darzustellen und andererseits die Beeinflussung der Kooperations- und Integrationsbereitschaft von Drittstaaten zu beleuchten.

2.1 Integrationsforschung

Die Diskussion innerhalb der Erweiterungsliteratur fasst Torreblanca folgendermaßen zusammen:

"At the theoretical level, the debate has concentrated on whether EU enlargement policies and decisions conform either to rationalist or constructivist theories of institutions" (Torreblanca 2003: 18).

Torreblanca und Schimmelfennig stimmen darin überein, dass die Erweiterungspolitik nicht ausschließlich mit einem einzigen theoretischen Ansatz erklärt werden kann, sondern aus einem Theoriemix besteht (Schimmelfennig 1999, 2001). Diese Haltung wird ebenfalls von Schmitter gestärkt:

"Faced with the non-committal attitude of neo- and neo-functionalists towards enlargement (and, as far as I can tell, the complete silence of federalists), the field of speculation has been left to 'rationalists' and 'constructivists'. I am incapable of judging independently what (if anything) these approaches have to offer. I gather from José Ignacio Torreblanca that neither is conclusive and that it is somehow desirable to accommodate both 'interests' and 'principles' if one is to understand the pace and extent of Eastern enlargement" (Schmitter 2003: 71).

Im Folgenden sollen nun rationalistische (2.1.1 Rationalistischer Institutionalismus) und konstruktivistische Ansätze (2.1.2 Konstruktivismus) vorgestellt werden.

2.1.1 Rational-Choice-Institutionalismus

2.1.1.1 Handlungslogik, Akteure und Mechanismen

Nach Max Weber stellt der Rationalismus die *Entzauberung der Welt* dar, weil die Gestaltung der Lebensräume nach Zweck-Mittel-Beziehungen erfolgt. Der Rationalismus basiert auf dem methodologischen Individualismus, demzufolge Aussagen über soziale Beziehungen und gesellschaftliche Gruppen und Sachverhalte vollständig auf Aussagen über individuelles Verhalten und Einstellungen zurückzuführen sind. Das dem Rationalismus zugrundeliegenden Menschenbild ist das des *homo oeconomicus*, der wirtschaftlich rational kalkulierende und handelnde Akteur, der eine Auswahl zwischen Entscheidungsalternativen nach systematischer Abwägung ihrer Kosten und ihres Nutzens trifft. Diesem idealtypisierend Eigennutzen maximierenden Menschen wurde der *Political Man* (S. M. Lipset) oder auch *homo politicus* gegenübergestellt. Im Unterschied zum *homo oeconomicus* nimmt der gemeinwohlorientierte Staatsbürger durch nachhaltiges Streben der Wohlfahrtsförderung des politischen Gemeinwesens - falls erforderlich auch unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile - am politischen Leben teil. Somit werden nicht ausschließlich materielle Gewinne als Nutzen definiert, sondern ideelle Werte oder auch altruistische Aktionen (Risse 2004). Deshalb sind die Präferenzen der Akteure die zentrale Bestimmungsgröße für jegliche Handlungen, die im Rationalismus als statisch betrachtet werden. In der internationalen Arena liegen hiernach die nationalen Interessen vor den Verhandlungen bereits fest und werden in ihrem Verlauf auch nicht verändert. Sobald die Präferenzen feststehen, wird der *homo oeconomicus* eine Kosten-Nutzen-Analyse kalkulieren und sich für die nützlicher erscheinende Alternative entscheiden.

Die Handlungsmöglichkeiten und Präferenzen rationaler Akteure werden durch Normen des institutionellen Rahmens bestimmt, in dem sie agieren (F. W. Scharpf). Nach Schmitter sind mit dem Begriff Institutionalismus keine substantiellen Restriktionen in der Anwendung notwendig: *“institutions matter” seems to capture and exhaust it* (Schmitter 2003: 49).

Die dominierenden Akteure sind EU-Mitgliedstaaten, die sich für eine bestimmte Politik einsetzen und diese durch ihr politisches Gewicht durchsetzen. Aus dem rationalistischen Rahmen lassen sich die Erwartungen hinsichtlich der Erweiterungsverhandlungen formulieren:

“Expectations about what we should be observing in reality are clear. According to rationalist account we should see a group of instrumentally-oriented national governments negotiating enlargement issues in terms of the relative costs and benefits which each government expects for its country. In other words, EU member states would behave as utility-maximisers and do what was most beneficial for their interests” (Torreblanca 2003: 21).

2.1.1.2 Anwendungen auf Erweiterungsprozesse

In einer Kosten-Nutzen-Kalkulation sind wirtschaftliche Überlegungen die Eckpfeiler bei

der Erweiterungsentscheidung. Eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit entsprechenden politischen Kooperationsangeboten an die Staaten des Warschauer Pakts sind in einem rationalistischen Handlungsrahmen zu erwarten gewesen. Jedoch erscheint die Osterweiterung bei einer Betrachtung der wirtschaftlichen Heterogenität und insbesondere die Unterschiede zwischen den alten und neuen EU-Mitgliedern im Brutto-sozialprodukt als eine suboptimale Lösung:

“(it) might not be the wisest task the EU could undertake if it only cared about its economic interests” (Torreblanca 2003: 25).

Obwohl die wirtschaftliche Heterogenität als ein Problem wahrgenommen wird, ist der in der Erweiterung angelegte wirtschaftliche Gewinn in einer längerfristigen Perspektive deutlich erkennbar. Die Süderweiterung ist ein positives Beispiel für vorteilhafte Wirtschaftsentwicklungen, die aus einer Erweiterung hervorgehen:

“(...) increases in the absolute size of the pie have more than compensated the adjustments to relative costs derived of the need to raise the budget to deal with increases in redistributive expenditures” (ebd.: 31).

Der Verlust an Einflussmöglichkeiten in den Entscheidungsverfahren durch die Aufnahme zusätzlicher Akteure (die institutionellen Kosten) werden in den rationalistischen Kosten-Nutzen-Kalkulationen einbezogen und gegen die wirtschaftlichen Gewinne aufgewogen. Aus institutioneller Sicht reduziert jede weitere Erweiterung die Rolle des Mitgliedstaats und erhöht die Heterogenität an Präferenzen, so dass die Erbringung von öffentlichen Gütern schwieriger wird (Alesina et al. 2002; Baldwin et al. 2000). Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit von Entscheidungsverfahren hat sich zudem gezeigt, dass mit jedem Erweiterungsprozess das Abstimmungsverfahren mit qualifizierter Mehrheit zusammen mit dem Mitspracherecht des Europäischen Parlaments ausgedehnt wurde, was zu Lasten der Vetorechte der EU-Mitgliedstaaten ging.

“As Schimmelfennig (...) has pointed out, since any increase in the number of members of an organisation results in a reduction of the relative quota of power available to each one of them, enlargement can only be considered beneficial if the new members provide some sort of public or collective good which makes existing member states better-off in absolute terms” (Torreblanca 2003: 25).

Aus rationalistischer Sicht zeigt sich, dass die EU-Mitgliedstaaten bereit sind, die Kosten zu tragen, solange sie hiervon profitieren. Zu den Kosten der Erweiterung zählen der Rückgang des einzelstaatlichen Einflusses in den EU-Entscheidungsverfahren und die Verringerung nationalstaatlicher Entscheidungsautonomie durch die Ausdehnung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen. Die Kosten werden gegen die ökonomischen Gewinne gerechnet. Wenn die zu erwartenden Gewinne durch die Schaffung und Ausdehnung des Binnenmarkts die Kosten kompensieren, erfolgt nach rationalistischem Kalkül die Entscheidung zur Erweiterung (ebd.: 31).

Die Präferenzen und das Verhalten der Bewerberstaaten kann ebenfalls mit einem rationalistischen Ansatz erklärt werden. Mattli wies nach, dass die wirtschaftliche Integration innerhalb der EG zu drei Arten von *negative externalities* für Staaten führte, die nicht daran teilnehmen: *trade diversion*, *investment diversion*, and *aid diversion* (Mattli 1999).⁶

Die Bewerbung von reichen westlichen als auch von relativ armen post-kommunistischen Staaten lassen sich hiermit erklären.

Andere Faktoren können ebenfalls zur Erklärung der Bewerbung um Mitgliedschaft herangezogen werden. Gstöhl geht in seinem Beitrag über den wirtschaftlichen Rahmen hinaus und nennt neben ökonomischen Faktoren *identity-related political impediments*, die für die Staaten der Europäischen Freihandelszone (EFTA) verantwortlich waren, sich für eine Mitgliedschaft zu bewerben (Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen) (Gstöhl 2003).

Moravcsik untersucht in einer Fallstudie den Beitritt Großbritanniens und zeigt, dass wirtschaftliche Interessen bei der Bewerbung Großbritanniens und ihrer Ablehnung durch Frankreich die entscheidende Rolle spielten. Großbritannien befürchtete den Ausschluss aus der Zollunion und Frankreich Preisdumping und eine negative britische Haltung hinsichtlich der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Die Unterstützung der französischen Haltung durch Deutschland führt Moravcsik auf geopolitische Überlegungen zurück, da Deutschland stärkere wirtschaftliche Interessen mit Frankreich als mit Großbritannien verband. Erst mit der Etablierung der GAP und ihrer dauerhaften Finanzierung gab Frankreich die ablehnende Haltung auf. Zudem wurde bei den Verhandlungen um den britischen Beitritt deutlich, dass die britische Verhandlungsposition gegenüber den sechs EG-Mitgliedsländern schlechter gestellt war. Das lag darin begründet, dass Großbritannien in Handelsfragen stärker von der Gemeinschaft abhing als umgekehrt. Die Mitgliedschaft in der EG besaß aber für Großbritannien eine höhere Präferenz als den Status quo als *Outsider* fortzuschreiben. Deshalb war Großbritannien bereit, größere Zugeständnisse gegenüber Frankreich zu machen. Die französische Regierung sah für sich keinen ökonomischen Nutzen und konnte deshalb ihr „Veto“ teuer im Sinne von Zugeständnissen im Bereich der Agrarpolitik verkaufen (Moravcsik 1998).

Im Erweiterungsprozess befinden sich also die Bewerberländer gegenüber der Union in einer schlechter gestellten Verhandlungsposition (asymmetrische Interdependenz)⁷, die

⁶ Negative Folgewirkungen einer Nicht-Mitgliedschaft auf die Outsider-Ökonomien drücken sich in einer anhaltenden *performance gap* zwischen Outsidern und Insidern aus. Outsider sind deshalb bereit Souveränität gegen eine Verbesserung des Wirtschaftswachstums einzutauschen.

⁷ Diese asymmetrische Interdependenz wird in der Osterweiterung bestätigt: Bewerberländer sind vis-à-vis den EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf ihre Verhandlungsposition unterlegen und bereit, Vieles für eine EU-Mitgliedschaft einzutauschen (Moravcsik/Vachudova 2002, 2003). Die asymmetrische Interdependenz resultiert vor allem daraus, dass die Einbeziehung in den EU-Binnenmarkt für die Bewerberländer profitabler ist, als der für die EU-Mitgliedstaaten zu erwar-

sie zu weitreichenden Konzessionen zwingt. Die Kosten einer Nicht-Mitgliedschaft sind jedoch höher als die mit einer EU-Mitgliedschaft verbundenen Kosten und deshalb bewerben sich Drittstaaten um die Aufnahme in die EU. Beispielsweise waren die MOEL bereit, den Acquis zu übernehmen, der die Durchsetzung weitreichender und schwieriger Reformen beinhaltete, weil sie einen hohen Nutzen mit einer EU-Mitgliedschaft verbanden. Die MOEL fanden sich sogar damit ab, Übergangsfristen im Bereich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer sowie geringere EU-Subventionen zu akzeptieren. Dennoch entspricht die Akzeptanz dieser Nachteile für die Kandidatenländer einem rationalen Vorgehen, da eine Position außerhalb der EU diese Länder nicht davor bewahrt hätte, die EU-Regeln für den Marktzugang einzuführen. Zudem wären die MOEL diskriminierenden Maßnahmen, wie zum Beispiel EU-Antidumping-Maßnahmen und Einfuhrrestriktionen im Agrar-, Stahl- und Textilsektor, weiterhin ausgesetzt gewesen (Moravcsik/Vachudova 2002: 10).⁸

Nach Schimmelfennig ist die geographische Nähe die ausschlaggebende Variable für die Präferenzen der EU-Mitgliedstaaten in der Erweiterungspolitik. Das heißt zum Lager der Befürworter der Erweiterung gehören insbesondere Staaten, die in unmittelbarer Nähe der Bewerberländer liegen oder sogar eine gemeinsame Grenze mit ihnen besitzen. Gegner sind hingegen weiter entfernt liegende EU-Mitgliedstaaten. Schimmelfennig führt diese Aussage auf die empirische Beobachtung zurück, dass sich alle EU-Mitgliedsländer für einen Beitritt der MOEL einsetzten, die mit ihnen über eine gemeinsame Grenze verfügen oder in der Nachbarschaft liegen (Schimmelfennig 2003: 88).⁹ Die durch geographische Nähe induzierte Interdependenz beeinflusst die Festlegung nationaler Präferenzen:

“The member states’ geographical position vis-à-vis Central and Eastern Europe can be understood as a proxy variable for ‘the imperatives induced by interdependence and, in particular, the (...) exogenous increase in opportunities for cross-border trade and capital movements’” (Moravcsik 1998: 26).

Die EU-Mitgliedsländer, die in unmittelbarer Nähe zu Nicht-EU-Ländern liegen, hängen von den politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der benachbarten Region besonders stark ab. Deshalb besitzen diese EU-Mitgliedsländer höchstes Interesse an ei-

tende Gewinn, weil es sich um zusätzliche kleine Länder mit überschaubaren Absatzmärkten handelt.

⁸ Außerdem wären ihnen Mitgestaltungsmöglichkeiten in den EU-Entscheidungsmechanismen verwehrt geblieben und darüber hinaus hätte eine Nicht-Mitgliedschaft das Ausbleiben erheblicher finanzieller EU-Transfers zur Folge gehabt.

⁹ Zu den treibenden Akteuren zählten Österreich, Deutschland, Finnland, Dänemark und Schweden. Bis auf Großbritannien gehören die weiter entfernt liegenden Länder zur Kategorie der Bremser. Weiterhin beobachtete Schimmelfennig, dass die Länder aus der zentralen Region der EU eine begrenzte erste Erweiterungsrunde bevorzugten. Die nördlichen Länder der EU waren

ner EU-Mitgliedschaft ihrer angrenzenden Nachbarn. Somit kann die starke Unterstützung der südlichen Länder (Frankreich, Griechenland und Italien) für die EU-Mitgliedschaft der südosteuropäischen Nachbarn Rumänien und Bulgarien und auch der Druck aus der nördlichen Gruppe für einen Beitritt der baltischen Staaten erklärt werden.¹⁰

Die stellenweise blockierende Haltung der Grenzländer Griechenland und Italien kann auf potentielle ökonomische Verluste zurückgeführt werden, weil sie eine stärkere Konkurrenz durch die neuen EU-Mitglieder befürchteten (Hagen 1996: 6/7).¹¹ Daneben gestalten auch geopolitische Interessen die Erweiterungspräferenzen. Geographische Nähe und asymmetrische Abhängigkeiten bestimmen nicht nur über volkswirtschaftliche Gewinne, sondern auch über politischen Einfluss. Je weiter Mitgliedstaaten von den neuen Mitgliedern entfernt lagen, desto mehr hatten diese Mitgliedstaaten Grund zur Annahme, dass Grenzländer in den EU-Entscheidungsverfahren Allianzen bilden könnten. Insgesamt wurde eine Kräfteverschiebung zugunsten Deutschlands und der nordöstlichen EU-Mitgliedstaaten von Frankreich, Italien und Griechenland befürchtet (Grabbe/Hughes 1998: 5).

Die britischen Präferenzen für eine umfangreiche Erweiterung lassen sich vor allem auf ideologische Motive zurückführen. Die starke und frühzeitige britische Unterstützung des Erweiterungsprozesses kann mit der Europahobie der *Tories* erklärt werden. Großbritanniens Befürwortung zur Erweiterung liegt in erster Linie darin begründet, dass eine zunehmende Vertiefung der Union verhindert und der erreichte Grad an Integration zurückgeschraubt werden sollte (ebd.).

In den vorangegangenen Ausführungen wurde deutlich, dass rationalistische Ansätze die Präferenzen der EU-Mitgliedstaaten entlang wirtschaftlicher und (geo-)politischer Inter-

hingegen mit Ausnahme Finnlands zusammen mit den südlichen Ländern für eine umfangreiche Erweiterung.

¹⁰ Finnland fällt hier raus, weil es nicht zur nördlichen Unterstützerguppe für eine große Erweiterungslösung auf dem Luxemburger Gipfel im Dezember 1997 gehörte. Die Ausnahme Finnland kann aber damit erklärt werden, dass Finnlands direkter Nachbar Estland bereits von der EU-Kommission auf dem *fast-track* der Beitrittsverhandlungen *geshortlisted* wurde.

¹¹ Die Verteilung der EU-Transferleistungen ist grundsätzlich ein Nullsummen-Spiel, d.h. die Aufteilung der begrenzten Mittel erfolgt grundsätzlich nach dem Prinzip, *was die einen mehr erhalten, geht zu Lasten der anderen*. Die neuen MOEL sind aufgrund ihrer Wirtschaftskraft strukturelle Empfängerländer von EU-Unterstützungsleistungen, d.h. ihr Beitrag an den EU-Haushalt liegt unterhalb der Summe, die sie aus dem Haushalt erhalten werden. Wenn also die neuen Mitgliedstaaten mehr Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, dann ginge dies zunächst zu Lasten der ärmeren Staaten der EU-15. Der große Anteil der landwirtschaftlichen Produktion in den Volkswirtschaften der MOEL, niedrigere Einkommen und Wohlstandsabstände belasten die GAP und die Strukturpolitik der EU, die insgesamt am EU-Haushalt 80 Prozent ausmachen. Aus der Erweiterung ergab sich die Notwendigkeit zur Reform dieser großen Politikbereiche. Aber unabhängig von der Höhe und vom Umfang der tatsächlich durchzuführenden Reformen bedeutet eine Erneuerung der GAP und Strukturpolitik eine Belastung zu Lasten der schwächeren alten EU Regi-

essen strukturieren. Die Gestaltung der Präferenzen sind konsistent mit rationalistischen Analysemechanismen. Aus den Präferenzen der EU-15 können die Verhandlungen um die Assoziierung der MOEL mit der EU, ohne das prominente Versprechen auf EU Mitgliedschaft erklärt werden.

Die Frage allerdings danach, weshalb sich die EU für eine EU-Beitrittsperspektive ausgesprochen hat, kann mit Hilfe des institutionellen Rationalismus nicht ausreichend beantwortet werden. Obwohl sich Deutschland und Großbritannien für eine Beitrittsklausel in den Anfang der neunziger Jahre von der EG vorgeschlagenen Assoziierungsabkommen einsetzten, fand der Eingang der Mitgliedschaftsperspektive keine Mehrheit unter den EU-Mitgliedstaaten. Die Ländergruppe, die sich für eine EU-Erweiterung einsetzte, besaß nur eine geringe Unterstützerbasis (Sedelmeier/Wallace 2000: 457).¹² In den Assoziierungsabkommen wurde den MOEL lediglich eine schnelle und asymmetrische Handelsliberalisierung mit Industrieprodukten angeboten. Die EG achtete hierbei vor allem darauf, dass keine ökonomischen Nachteile für einzelne Mitgliedstaaten entstanden sind. Die EG schützte ihre Mitglieder durch protektionistische Antidumping und eigene Schutzmaßnahmen sowie durch die Gewährung von Ausnahmen in sensiblen Bereichen (Landwirtschaft, Textil, Kohle, Eisen und Stahl).¹³

Die Verhandlungen um das Europaabkommen sind systematisch mit rationalistischen Erwartungen erklärbar. Allerdings stellt die Erklärung der Entscheidung vom Juni 1993 des Kopenhagener Gipfels den assoziierten MOEL den Beitritt zu versprechen eine große Herausforderung dar, weil sich weder ökonomische Trends, die Präferenzen der Mitgliedstaaten, die innenpolitischen Interessen noch die Verhandlungsasymmetrie verändert haben. Sedelmeier sieht deshalb als Erklärungsansatz die Rolle der EU-Kommission als *Normentrepreneur* und gibt damit den entscheidenden Hinweis darauf, dass die EU-Erweiterung nicht nur in engen rationalistischen Kategorien analysiert werden kann (Sedelmeier 2000). Der Analyserahmen sollte deshalb um einen konstruktivistischen Ansatz erweitert werden, was im Folgenden geschehen soll.

onen. Diese Reformen treffen also vor allem die bisherigen Empfängerländer Griechenland, Irland, Portugal und Spanien.

¹² Die Verhandlungen um ein Assoziierungsabkommen spiegeln die Asymmetrie zwischen den EU-15 und den MOEL wider. Die MOEL konnten sich nicht mit ihrer Forderung, sofort mit den Beitrittsverhandlungen zu starten, durchsetzen. Sie konnten die EU zu diesem Zeitpunkt nicht ausreichend unter Druck setzen. Die *Driver* Großbritannien und Deutschland konnten die anderen EU-Mitgliedstaaten auch nicht zu einem anderen Vorgehen bewegen.

¹³ Die Verhandlungen in den Politikbereichen wurden durch spezielle Interessengruppen dominiert. Fachpolitiker der Mitgliedstaaten und der Kommission waren stärker mit den Kosten der Handelsliberalisierung in ihrem speziellen Interessensgebiet beschäftigt als mit dem darüber liegenden politischen Ziel die assoziierten MOEL in ihrem politischen und ökonomischen Transformationsprozess zu unterstützen (Sedelmeier/ Wallace 2000: 439; Torreblanca 2001).

2.1.2 Konstruktivismus

2.1.2.1 Handlungslogik, Akteure und Mechanismen

Der Sozialkonstruktivismus wirft im Gegensatz zu rationalistischen Ansätzen einen anderen Blick auf die Lebenswelt, dem die Erkenntnis zu Grund liegt, dass *soziale Wirklichkeit nicht vom Himmel fällt*. Die Wirklichkeit wird von Akteuren durch ihre alltägliche Praxis konstruiert und reproduziert. Im Unterschied zu den in rationalistischen Analysen vorherrschenden Dominanz materieller Faktoren betont der Sozialkonstruktivismus die Bedeutung ideeller. Materielle Faktoren werden im Sozialkonstruktivismus zwar auch berücksichtigt, aber sie gewinnen nur dann Einfluss auf Akteursentscheidungen, wenn ihnen eine bestimmte Bedeutung zugemessen wird (Wendt 1999: 92 f).

In sozialkonstruktivistischen Ansätzen der Integrationsforschung stehen soziale Fakten im Vordergrund, zu denen die allein auf menschlichen Vereinbarungen fußenden Regeln, Normen, Diskurse oder auch die Kultur gehören (Kratochwil 1989, Ruggie 1998). Das bedeutet, um EU-Entscheidungsprozesse vollständig erklären zu können, reicht die Rückführung auf wirtschaftliche Interessen, die Verhandlungsstärke einzelner Mitgliedstaaten und formale Entscheidungsverfahren nicht aus (Schwellnus 2005: 323). Es bedarf hierzu den Blick hinter die materielle Oberfläche. Mit anderen Worten, nationale Interessen *fallen nicht vom Himmel*, sondern sind nur im Kontext kulturell vermittelter Ideen in Bezug auf Europa verständlich. Zudem hängt der Einsatz von Macht – wie beispielsweise das Vetorecht – davon ab, ob dieses Vorgehen als legitim erscheint. Darüber hinaus bedürfen Entscheidungsregeln oftmals der Interpretation und können möglicherweise auch umstritten sein.

Der Sozialkonstruktivismus basiert auf einer sozialen Ontologie, deren Ausgangspunkt die Beobachtung zugrunde liegt, dass Akteure nicht unabhängig von ihrem sozialen Umfeld und den gemeinsam geteilten Bedeutungssystemen (Kulturen) existieren. Durch die Einbettung der Akteure in soziale Strukturen können ihre Interessen nicht unabhängig von intersubjektiv geteilten Bedeutungsgehalten verstanden werden. Hier zeigt sich ein deutlicher Gegensatz zum methodologischen Individualismus des Rationalismus (ebd.). Die in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre in den Internationalen Beziehungen begonnene Debatte zum Akteur-Struktur-Verhältnis ist ein umfangreicher Bestandteil konstruktivistischer Arbeiten.¹⁴ Hiernach ist der konstruktivistische Beitrag nicht nur, dass Strukturen und Akteure sich gegenseitig bedingen, sondern auch im Anschluss an Anthony Giddens' Strukturierungstheorie (Giddens 1988) sich wechselseitig konstituieren (Wendt 1999). Das bedeutet einerseits, dass das soziale Umfeld unsere Identität als soziale Wesen definiert und bestimmt, wer wir sind. Sinnvolles Handeln ist hier stets regelgelei-

¹⁴ Vgl. auch Ulbert 2003.

tet und bezieht sich auf intersubjektive Bedeutungsstrukturen. Andererseits werden soziale Strukturen nicht nur von den Akteuren geschaffen und reproduziert, sondern durch ihre alltägliche Praxis verändert (Risse 2004).¹⁵

Im Unterschied zur zweckrationalen Handlungslogik von Akteuren, die auf der Grundlage klar definierter Interessen handeln, folgt der Sozialkonstruktivismus der sogenannten „Logik der Angemessenheit“ (March/Olsen 1998). Akteure befolgen hiernach Regeln auf der Basis von Rollen und Identitäten, die von stabilen, als legitim empfundenen und internalisierten Normen vorgegeben werden. Regelgeleitetes Verhalten unterscheidet sich vom strategischen und instrumentellen Verhalten dadurch, dass Akteure sich bemühen, *das Richtige zu tun*, anstelle gegebene Präferenzen maximieren oder optimieren zu wollen. Normkonformes Verhalten wird mit Hilfe von Überzeugungen der Akteure im Rahmen sozialer Interaktion erklärt (Checkel/Moravcsik 2001). Normen werden hiernach nicht nur befolgt, weil Sanktionen abschrecken, sondern von den Akteuren als richtig angesehen werden. Akteure versuchen angemessene Regeln für bestimmte Situationen zu identifizieren. Hieraus folgt, dass soziale Institutionen nicht länger als „extern“ von den Akteuren betrachtet werden, sondern Akteure in den sozialen Institutionen eingebettet sind, in denen sie auch handeln. Normen werden also in Sozialisationsprozessen direkt handlungsleitend oder identitätsprägend vom Akteur absorbiert (Kratchowil 1989). Übertragen auf die EU bedeutet dies, dass EU-Mitgliedschaft bedeutsam ist, weil durch diese die Eigen- und Fremdwahrnehmung der Akteure beeinflusst wird. Deutschland, Polen und Italien sind nicht länger nur einfache europäische Staaten, sondern EU-Staaten in dem Sinne, dass ihre Staatlichkeit zunehmend durch ihre EU-Mitgliedschaft definiert wird.¹⁶

Akteure werden in dieser argumentativen Rationalität nicht nur versuchen, ihre Interessen und Präferenzen zu maximieren, sondern werden ihre Geltungsansprüche rechtfertigen und sogar vorbereitet sein, ihre Sichtweise der Welt im Lichte des besseren Arguments zu überdenken. Damit unterscheidet sich argumentatives Handeln nicht nur vom offen interessengeleiteten Verhandeln, sondern auch vom rhetorischen Handeln, das heißt dem strategischen Einsatz normativer Argumente zur Erreichung egoistischer Zie-

¹⁵ Gerade die Frage *how to build Europe* beschäftigt den Sozialkonstruktivismus und kann bei der Auseinandersetzung mit den Streitfragen und Diskursen der EU hilfreich sein. Diese Perspektive scheint oftmals ergiebiger zu sein, als nationale Regierungen als kalkulierende Maschinen zu definieren, die immer wissen, was sie wollen und keine Unsicherheit über zukünftige Entwicklungen, ihres Einsatzes oder der Bestimmung ihrer Interessen verspüren (Risse 2004).

¹⁶ EU-Mitgliedschaft besteht in der freiwilligen Akzeptanz einer bestimmten rechtlichen Ordnung, die als rechtmäßig und verbindlich betrachtet wird. Dies beinhaltet, dass das Europarecht als eine quasi-verfassungsrechtliche Ordnung Anerkennung findet. Die EU beeinflusst den Diskurs und das Verhalten und gehört zum *sozialen Mobiliar*, in dem soziale und politische Akteure täglich handeln. Diese Sichtweise impliziert, dass die EU Mitgliedschaft sozialisierende Effekte besitzt (Checkel 2001).

le. Angewandt auf die EU bedeutet die Betonung des kommunikativen Handelns, dass europäische Institutionen im Gegensatz zu reinen Verhandlungsarenen Diskursarenen darstellen, die deliberative Prozesse ermöglichen und zur Lösung gemeinsamer Probleme begründeten Konsens schaffen können (Risse 2000: 8f).

Die Mitgliedschaft in der EU besitzt eine signifikante Bedeutung für die Identität von Staaten (und auch für Menschen) im europäischen Raum, was die Kategorisierung von europäischen Ländern in EU-Mitgliedsstaaten, Nicht-EU-Mitgliedstaaten oder potentiellen EU-Mitgliedstaaten zur Folge hat. Diese Kategorisierung und der Status eines Landes innerhalb Europas und auch in der internationalen Staatengemeinschaft hängt zu einem gewissen Grade davon ab, zu welcher Kategorie das Land gezählt wird. Darüber hinaus hat die EU eine Identitätshegemonie in dem Sinne erzielt, dass die EU zunehmend den politischen und sozialen Raum Europas besetzt hält. Im Kontext der Osterweiterung wollten die MOEL „zurück nach Europa“, als hätten sie in der Prä-Wendezeit gar nicht existiert. Europa wird oftmals als Synonym für die EU benutzt. Wenn also Europa und die EU austauschbar angewandt werden, bedeutet dies, dass die EU erfolgreich den sozialen Raum - was es also bedeutet Europäer zu sein - mit Inhalten füllt. Im schlimmsten Fall folgt hieraus, dass man kein „richtiger“ Europäer sein kann, ohne EU-Mitgliedschaft zu besitzen.

Aus konstruktivistischer Sichtweise würden sich aus diesen Grundannahmen folgende Erwartungen für die Erweiterung ergeben:

“EU governments would rather be embarked in a collective endeavour to discover, by way of deliberation and with the aid of norm entrepreneurs like the European Commission or other actors, which enlargement policy would best fit their constitutive norms, general principles or shared identity. In other words, faced with the possibility of enlargement, they would follow a logic of appropriateness and do what they had to do” (Torreblanca 2003: 21).

2.1.2.2 Anwendungen auf Erweiterungsprozesse

Schimmelfennig benutzt einen soziologisch institutionalistischen Ansatz, der die EU als eine liberale Gemeinschaft von Staaten betrachtet, die sich durch die Werte und Normen von Rechtssicherheit, Menschenrechten, Demokratie, Freiheit und sozialer Marktwirtschaft konstituieren. Dieses Gemeinschaftsethos wurzelt in einer tiefen liberaldemokratischen Identität, wie diese im Artikel 6(1) EU-Vertrag festgehalten wird:

„Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam.“

Schimmelfennig sieht aus diesem Gemeinschaftsethos eine normative Verpflichtung erwachsen, die sich auf Staaten erstreckt, die sich den gleichen Werten und Normen verschrieben haben:

“Since the values of the community constitute its members, the members undertake a nor-

mative obligation toward 'states that share the collective identity of an international community and adhere to its constitutive values and norms'" (Schimmelfennig 2001: 58/59).

Aus den gemeinsam geteilten Werten ergibt sich eine normative Verpflichtung der EU-Mitgliedsländer zur Unterstützung:

„Jeder europäische Staat, der die in Artikel 6 Absatz 1 genannten Grundsätze achtet, kann beantragen, Mitglied der Union zu werden“ (Artikel 49 EU-Vertrag).

Dieser nicht-diskriminierende und transparente Ansatz hinsichtlich der Auswahl von Kandidatenländer, der in den Ratstreffen in Madrid im Dezember 1995, Luxemburg im Dezember 1997 und Helsinki im Dezember 1999 angenommen und umgesetzt wurde, benutzen Konstruktivisten, um die Logik der Angemessenheit in der EU-Erweiterungspolitik nachzuweisen (Torreblanca 2003: 24).

Ein anderer Referenzpunkt, auf den sich Anhänger des Konstruktivismus in der Erweiterungsdebatte beziehen, ist die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen im März 1998, ohne eine vorherige rationalistische Kosten-Nutzen Abwägung durchgeführt zu haben. Rationalistischen Ansätzen zu Folge wäre vor der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen eine Auseinandersetzung zwischen den Mitgliedstaaten über die Kosten und Nutzen der Erweiterung und ihren Implikationen für die EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich institutioneller, budgetärer und entscheidungspolitischer Lasten zu erwarten gewesen. Diese Diskussion blieb jedoch vor der Entscheidung aus. Einige Analysten folgerten aus der nachholenden Kosten-Nutzen Diskussion, dass die EU-Mitgliedstaaten *did what they had to do* im Sinne einer Logik der Angemessenheit (ebd.: 24).

Ein weiterer Ansatzpunkt für Konstruktivisten zur Belegung ihrer Logik ist der nicht eindeutig aus der Erweiterung zu erwartende wirtschaftlich und sicherheitspolitisch bestimmbare Mehrwert. Eine simple Ausdehnung des Binnenmarkts hätte unter wirtschaftlichen Aspekten ebenfalls zum europäischen Wachstum beigetragen, ohne die institutionellen, budgetären und machtpolitischen Kosten einer Erweiterung tragen zu müssen. Zudem liegt der durch Erweiterung erzielbare sicherheitspolitische Gewinn nicht unmittelbar auf der Hand. Die Sicherheitsagenda der EU wird durch den Zypernkonflikt und dem zusätzlichen Management der erweiterten EU-Außengrenzen stärker belastet. Nicht zuletzt ist ebenfalls zu befürchten, dass die außenpolitische Handlungsfähigkeit durch die institutionelle Ausdehnung von einer EU-15 auf EU-27 abnehmen wird (Sjursen 2002).

Die oben geschilderte kritische Hinterfragung des rationalistischen Ansatzes bedeutet allerdings nicht zwangsläufig, dass der Konstruktivismus besser zur Erklärung der EU-Erweiterungspolitik geeignet ist (Torreblanca 2003: 27). Die Entscheidung zur Erweiterung hätte ohne zu zögern sofort nach den ersten freien Wahlen in Polen bereits im Jah-

re 1990 seitens der EU vergeben werden müssen, wenn einzig und allein die Handlungslogik der Angemessenheit entscheidend gewesen wäre. Eine kollektive Identität und Normen hätten zudem im Sinne konstruktivistischer Vorgehensweise dafür Sorge zu tragen müssen, dass der Erweiterungsprozess ohne Hürden abgelaufen wäre. In den Jahren 1990 und 1991 verweigerte eine satte Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten Polen, Ungarn und Tschechien den Beitritt. Die Einführung des Kopenhagener Kriterienkatalogs ist ebenfalls ein Hinweis darauf, dass es sich eher um ein konditioniertes Beitrittversprechen handelte als um eine Zusammenführung des europäischen Kontinents.

“Therefore, if anything, the empirical evidence displays the EU’s reluctance or difficulties to do what was considered appropriate and the high level of contestation which has surrounded the whole process of enlargement. This therefore shows that the Community has never viewed Preamble or Articles 237 of the Treaty of Rome as a norm which confers upon other European countries a right to become members of the EU, but rather an opportunity to join if they met certain conditions which EU member states defined and when EU member states found the adequate distribution of enlargement costs” (Torreblanca 2003: 28).

Die Aussagekraft konstruktivistischer Ansätze können, wie eben gezeigt wurde, die EU-Erweiterungspolitik ebenfalls nicht ausreichend erklären, sondern nur Teilbereiche zufriedenstellend ausleuchten.

2.1.3 Kombination der Ansätze

Das Ausgangsdilemma ist, dass weder rationalistische noch konstruktivistische Ansätze über ausreichend Erklärungskraft verfügen, die Erweiterungspolitik der EU zu deuten. Schimmelfennig kann mit Hilfe der Prämissen rationalistischer Ansätze den Abschluss von Assoziierungsabkommen zwischen der EU und den MOEL sinnvoll erklären (Schimmelfennig 2000, 2001). Aus materiell-induzierten Interessen und Präferenzen der EU-Mitgliedstaaten lässt sich eine engere Kooperation der EU-Mitgliedstaaten mit den MOEL erklären. Allerdings reicht dies nicht zu einer lückenlosen Aufklärung der Frage, weshalb die EU nicht bei einem Angebot einer Assoziierung mit entsprechenden Teilhabeebenen beispielsweise am Binnenmarkt geblieben ist. Deshalb greift Schimmelfennig auf die Erklärungskraft eines konstruktivistischen Ansatzes zurück. Die kollektive Identität der EU als eine liberale Gemeinschaft ist hiernach die entscheidende Variable zur Erklärung der EU-Erweiterungspolitik:

“Rhetorical commitment to community values entrapped EU member states to offer accession negotiations to the CEE and other Eastern European countries despite the initial preferences against enlargement” (Schimmelfennig 2001: 47/80).

Die EU-Akteure, insbesondere die Mitgliedstaaten, müssen ihre jeweiligen Präferenzen auf Grundlage des Gemeinschaftsethos definieren und ihre Wahrnehmung, Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit mit diesen Werten und Prinzipien abstimmen. Aus dieser

ethoskonformen Präferenzstruktur können EU-Mitgliedsländer einen Zuwachs an Verhandlungsstärke generieren, indem sie ihre Ziele und Interessen in Bezug zum Gemeinschaftsethos setzen und absichern. Akteure, die sich dieser dem Gemeinschaftsethos verpflichteten Politik entgegenstellen, können hierdurch ihre Glaubwürdigkeit als EU-Mitglied und Zuverlässigkeit als Partner in Frage stellen und als eigennutzen-maximierender Akteur im Ansehen der anderen Akteure sinken. Ein solches „egoistisches“ Vorgehen würde den Erfolg dieser Mitgliedstaaten in mittel- und langfristiger Perspektive gefährden (Schimmelfennig 2003: 91) und ihnen würde aufgrund ihres Verhaltens und ihrer Präferenzen, die auf der Linie des Gemeinschaftsethos liegen, Nichteinhaltung und Abweichung hiervon vorgeworfen werden. Die Antreiber der EU-Erweiterung und auch die MOEL folgten dieser Strategie und bezogen sich auf Argumente, die das Gemeinschaftsethos in den Vordergrund rückten. Hierbei porträtierten sich die MOL als ein Teil der europäischen, liberalen internationalen Gemeinschaft, die in langer Tradition die Werte und Normen der Europäischen Kultur und Zivilisation geteilt haben. Die EU-Mitgliedstaaten, die sich für eine Erweiterung einsetzten, stützten diese Argumentationslinie, indem sie darauf verwiesen, dass es in der Frage um die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten nicht um nationale Interessen oder materielle Kosten-Nutzen-Kalkulationen ginge, sondern um die Identität und den Fortbestand der EU. Hierbei wurden die konstitutiven Werte und Normen der EU in den Mittelpunkt der Argumentation gerückt und auch die Ideen und Visionen der Gründerväter der Gemeinschaft zur Hilfe genommen. Die Befürworter warfen den zurückhaltenderen Staaten ein inkonsistentes Vorgehen und den Verrat an fundamentalen Werten und Normen der Gemeinschaft vor, falls sie sich nicht für die Erweiterung stark machen würden. Die EU-Kommission unterstützte diese Haltung:

“The Community has never been a closed club, and cannot now refuse the historic challenge to assume its continental responsibilities and contribute to the development of a political and economic order for the whole of Europe” (European Commission 1992).

Das rhetorische Handeln änderte nicht die Präferenzstruktur der Skeptiker, aber dennoch ließ es sie nicht öffentlich gegen die Erweiterung protestieren. Die materiell induzierte ablehnende Haltung einiger EU-Mitgliedstaaten wurde der Erweiterungsbereitschaft untergeordnet und verlangsamte die Beitrittsverhandlungen. Die schlep-penden Verhandlungen über die notwendigen politischen und institutionellen Reformen zur Vorbereitung auf die Erweiterung sind darüber hinaus ein Indiz für die ablehnende Einstellung einiger EU-Mitgliedstaaten (Sedelmeier 1998). Obwohl die Reformen der GAP und Strukturpolitik sowie der EU-Institutionen und Entscheidungsverfahren verzögert wurden, setzte sich die Erweiterungsansatz durch (Schimmelfennig 2003).

Fierke und Wiener weisen mit Hilfe der Theorie von Sprechakten nach, dass westliche Staaten insbesondere die EU-Mitglieder sich während der Zeit des Kalten Krieges dazu

verpflichtet haben, ein freies und demokratisches Osteuropa in die westliche Gemeinschaft aufzunehmen. Ihre Arbeit über die EU und NATO-Erweiterung zeigen, wie normative Verpflichtungen eine Eigendynamik entwickelten (Fierke/Wiener 2001).

Die EU-Erweiterungspolitik basiert auf einem normativen Rahmen, der bei jeder einzelnen Erweiterung überprüft und fortentwickelt wird. Als Großbritannien sich beispielsweise um eine Mitgliedschaft in der EU bewarb, waren die Verfahren, allgemeinen Prinzipien und Normen der EU-Erweiterungspolitik relativ vage. Es stand lediglich fest, dass sich jedes europäische Land um eine Mitgliedschaft bewerben kann und der Antrag mit Einstimmigkeit angenommen werden müsse (EWG-Vertrag, Artikel 237). Die französische Vetohaltung gegenüber dem britischen Antrag wurde dadurch legitimiert, dass Großbritannien nicht die gemeinsame *finalité politique* des europäischen Integrationsprozesses teilte. Dies brachte zum Ausdruck, dass für die Gründerväter der EWG ein Funktionieren der Gemeinschaft nur in einem kleinen Kreis möglich erschien (Torreblanca 2003: 41). Die britische Bewerbung verdeutlichte somit die Grenzen des normativen Rahmens bezüglich Erweiterungen in der ursprünglichen EWG. Die erste Erweiterung 1973 zeigte jedoch, dass zu diesem Zeitpunkt der normative Rahmen weiterentwickelt wurde und der europäische Integrationsprozess sich auch für Länder öffnete, die die Bereitschaft zur Annahme des *Acquis* besaßen, aber nicht die *finalité politique* teilten.

“(...) it was established that EEC member states could not reject the application of any European country which agreed to adopt, implement, and enforce the *acquis* in the terms offered by the EEC member states and institutions” (ebd.: 42).

In der Norderweiterung (1995) wurde dieses Prinzip bestätigt, dass auch Länder ohne eine gemeinsame Zielvorstellung in der EU loyale Partner im Integrationsprozess werden können.

Die Süderweiterung (1986) beeinflusste ebenfalls den normativen Rahmen der Gemeinschaft. Die Bewerbung Spaniens unter General Franco im Jahre 1962 führte zur Betonung demokratischer Werte als Voraussetzung für eine EU-Mitgliedschaft. Die Rückbeziehung auf das liberal-demokratische Projekt der EWG bei der Ablehnung des Beitrittsantrags des faschistischen Spaniens und der späteren Aussetzung des Assoziierungsabkommens mit Griechenland aufgrund des Militärcoups verdeutlichte, dass jedes europäische Land in Europa Mitglied der Gemeinschaft werden könne, sobald es demokratisch würde. Der Birkelbach Bericht etablierte ein gemeinsames Verständnis von Beitrittsbedingungen. Diese Bedingungen fanden ihre Anwendung auf die neuen demokratisierten Länder (Griechenland, Spanien und Portugal), die sofort nach den unabhängigen Wahlen einen Beitrittsantrag stellten. Im Dezember 1990 folgten Ungarn, Polen und die Tschechoslowakei diesem Beispiel und bemühten sich um den Abschluss eines Assozi-

ierungsabkommens mit der EG.

Die Erweiterung um die mediterranen Länder führte zur Etablierung eines weiteren Prinzips, dass relative Armut kein Ausschlusskriterium darstellt. Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den drei mediterranen Ländern, Griechenland, Portugal und Spanien, und der EWG-9 stellten keinen Hinderungsgrund für eine Mitgliedschaft dar. Mit anderen Worten: Die Süderweiterung führte zur Annahme des Prinzips *healthy rather than wealthy*.

In der Osterweiterung lautete die Kernbotschaft (1991), dass die EU in ihrer erfolgreichen zweiten Erweiterung neue Demokratien durch Assoziierungsabkommen zur Vorbereitung auf den Beitritt (Malta, Zypern, Griechenland und Türkei) an sich gebunden habe. Insgesamt zeigt sich, dass Erweiterungen auf unterschiedliche wirtschaftliche, sicherheitspolitische und institutionelle Interessen der EU-Mitgliedstaaten zurückzuführen sind und Erweiterungsentscheidungen auf den vorangegangenen basieren. Aus dieser Kombination aus Interessen und Prinzipien folgte eine Erweiterungspolitik zum Zeitpunkt des „Mauerfalls“, in der die EG alle demokratischen Länder Europas mit einer funktionierenden Marktwirtschaft und der Bereitschaft zur Annahme und Einhaltung des *Acquis* aufgenommen hätte (Torreblanca 2003: 43). Bemerkenswert ist, dass sich die Diskussion nicht um die Frage drehte, „ob“ überhaupt erweitert werden sollte, sondern sich lediglich um das „wie“ drehte.¹⁷

Die Diskussionen unter den EU-Mitgliedstaaten konzentrierte sich auf die Lösung zweier Kernthemen: Wie viel vorherige Vertiefung erfordert die Erweiterung und wie kann das Erreichen der Beitrittskriterien der verschiedenen Länder gewährleistet werden? In diesen beiden Debatten – Erweiterung und Vertiefung sowie Auswahl der Kandidaten – orientierten sich die EU-Mitgliedsstaaten an ihren speziellen Interessen:

“(...) those who benefited most from enlargement have shown to be less worried about 'digestibility' concerns and about the credentials of the candidates than those who had more to loose” (ebd.: 44).

Das bedeutet dennoch nicht, dass alle Verhandlungspositionen auf wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Interessen zurückzuführen sind. Die Beispiele Spanien, Portugal und Griechenland zeigen, dass sie bereit waren, die Erweiterung aus historischen Erfah-

¹⁷ In diesem Sinne entwickelten die EG-Mitgliedsländer den Kriterienkatalog von Kopenhagen, der auf die Bewerberländer angewandt wurde, worin die Kriterien Demokratie, Marktwirtschaft und Bereitschaft zur Annahme des *acquis* näher spezifiziert wurden. Hiernach schließt die Definition des Begriffs Demokratie die Stabilität politischer Institutionen, der Rechtssetzung, freie und faire Wahlen, Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte ein; eine voll funktionierende Marktwirtschaft wurde definiert als die Fähigkeit dem Wettbewerbsdruck der EU-Marktkräfte stand zu halten; die Bereitschaft der Annahme des *Acquis* daran gemessen, ob ausreichende administrative Kapazitäten geschaffen wurden; und der Beitrag des Kandidatenlands zum Prozess der Europäischen Integration drückte sich in der Annäherung an das Ziel einer politischen, monetären und wirtschaftlichen Integration aus (Torreblanca 2003: 44).

nungen heraus zu unterstützen, obwohl sie mehr als alle anderen hätten verlieren können.

Die Kombination von rationalistischen und konstruktivistischen Theorien lässt aber noch einige Fragen offen. Risse weist beispielsweise darauf hin, dass es für den rationalistischen Ansatz schwierig ist zu erklären, wie rationale Akteure mit präsozialen (egoistischen) Präferenzen in soziale Strukturen eingebettet sein können, die ihre kollektive Identität über konstitutive Normen beeinflussen:

“A rationalist ontology has a hard time accounting for constitutive norms presupposing a social structure in which actors are embedded” (Risse 2004: 173).

Andererseits besteht das konstruktivistische Rätsel darin, dass konstitutive Normen wohl nur im begrenzten Umfang das Akteursverhalten prägen. Der Einfluss liberal-demokratischer Normen und die hieraus begründete kollektive Europäische Identität erklärt die Entscheidung für die Erweiterung als solche (Fierke/Wiener 1999; Schimmelfennig 2001; Sjursen 2002), aber nicht das Feilschen der Mitgliedsländer während der Beitrittsverhandlungen mit den MOEL.

“In other words, when it comes to paying a price for one’s collective identity in terms of offering beneficial conditions to new members, the EU looks more like an exclusive club dictating the terms of accession to new members. A rationalist account such as liberal intergouvnermentalism seems sufficient to account for the EU’s behaviour during and in the outcome of the actual enlargement negotiations” (Schimmelfennig 2001).

Es sollte deutlich gemacht werden, dass eine *identity-based explanation* besser als konventionelle Theorien (wie beispielsweise der Liberale Intergouvnermentalismus) in der Lage sind, die Erweiterungsentscheidung nachvollziehbar darzustellen. Es wurde zudem gezeigt, dass sich die *rational-choice*-Logik des Konsequenzialismus von der soziologisch-institutionalistischen Logik der Angemessenheit abgrenzt.

“Yet, real actors in the real world of the EU tend to combine various logics of action in their behaviour. They pursue egoistic interest - embedded in a society constituting their collective identities. They argue about the right thing to do - in order to pursue some goals and to solve collective action problems” (Risse 2004: 174f).

2.2 Europäisierungsforschung

2.2.1 Konzepte und Forschung

Es handelt sich bei der Europäisierungsforschung keineswegs um eine einheitliche und kohärente Theorie:

“‘Europeanization’ is a fashionable but contested concept. The term is used in a number of ways to describe a variety of phenomena and processes of change. No shared definitions have emerged and definitions are often delimited to a specific article or book chapter” (Olsen 2002: 1).

Die Mehrdeutigkeit des Begriffs Europäisierung wird bei der folgenden Betrachtung unterschiedlicher Konzepte deutlich.

Europäisierung wird nach Thomas Risse et al. konzipiert als:

“(...) the emergence and development of distinct structures of governance, that is, of political, legal, and social institutions associated with the problem solving that formalize interactions among the actors, and of policy networks specializing in the creation of authoritative European rules” (Risse/Cowles/Caporaso 2001: 3).

Eine andere Definition von Europäisierung wurde von Robert Ladrech 1994 entwickelt.

Hiernach wird die Europäisierung betrachtet als

“(...) incremental process reorienting the direction and shape of politics to the degree that EC political and economic dynamics become part of the organizational logic of national politics and policy-making” (Ladrech 1994: 69).

Die Arbeit von Claudio M. Radaelli knüpfen hieran an, indem sie Europäisierung definiert als

“(a) construction, (b) diffusion, and (c) institutionalization of formal and informal rules, procedures, policy paradigms, styles, ‘ways of doing things’ and shared beliefs and norms which are first defined and consolidated in the EU policy process and then incorporated into the logic of domestic discourse, identities, political structures and public policies” (Radaelli 2003: 30).

Olsen bemühte sich um eine Systematisierung verschiedener Europäisierungskonzepte und entdeckte hierbei fünf unterschiedliche Phänomene:

“Europeanisation as changes in external territorial boundaries/ Europeanisation as the development of institutions of governance at the European level/ Europeanisation as central penetration of national and sub-national systems of governance / Europeanisation as exporting forms of political organization and governance that are typical and distinct for Europe beyond the European territory / Europeanisation as a political project aiming at a unified and politically stronger Europe” (Olsen 2002: 3).

Diese Übersicht an Europäisierungsphänomenen, bei denen vier die inneren Prozesse und nur einer die nach außen beleuchtet, spiegelt auch das Verhältnis der wissenschaftlichen Studien zueinander wider. Die meisten Studien beziehen sich auf den EU-Politikprozess und betrachten die Effekte der Europäisierung auf die EU-Mitgliedstaaten. Der Hinweis von Olsen, dass ein Transfer von EU-Regelungen, Prozessen und Paradigmen auf Drittstaaten möglich ist, wird an den Arbeiten von Heather Grabbe verdeutlicht. Sie entwickelte eine systematische Analyse über die Wirkung der EU auf die Bewerberstaaten aus MOE im Kontext des EU-Beitrittsprozesses. Dieser Blickwinkel, der sich auf die Wirkung der EU auf Drittstaaten in MOE konzentrierte wurde in verschiedenen Arbeiten fortgesetzt, die sich mit der Europäisierung der Ministerialverwaltungen in den MOE auseinandersetzen (Götz 2000; Lippert/Umbach 2005). Allerdings beziehen sich alle diese Arbeiten auf die Mechanismen der Europäisierung in zukünftigen EU-Mitgliedsländern.

Der für die vorliegende Arbeit relevante Europäisierungsansatz von Drittstaaten ohne

Beitrittsperspektive basiert auf den Forschungsarbeiten von Emerson und seinem Team vom *Centre for European Policy Studies* (CEPS). Nach Emerson wird Europäisierung folgendermaßen konzeptionalisiert:

“Europeanization as an analytical concept is used to examine the changes in domestic structures and policies that occur in response to policies and practices institutionalized at the European level. It stands for a process in which European rules, mechanisms and collective understandings interact with given domestic structures. This means that Europeanization is marked by interrelationships between the various layers constituting the European multi-level structures” (Emerson et al. 2004: 6).

Ein Teil dieser Forschungsarbeiten betrachtet die Verarbeitung von Konflikten in Krisenregionen durch Europäisierung. Aus diesem Kontext entstanden zwei Artikel, die die Europäisierung Moldaus hinsichtlich des Transnistrienkonflikts betrachten (Popescu 2004; Vahl 2005). In einem späteren gemeinsamen Artikel mit Noutcheva weist Emerson auf die Europäisierung an der EU-Peripherie durch das Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENPI) hin:

“A further 16 states with a total population of 400 million people are being embraced by the European Neighbourhood Policy, which seeks to extend the logic of Europeanisation without the prospect of EU accession” (Emerson/Noutcheva 2004: 3).

Insgesamt bleiben die beiden Autoren skeptisch hinsichtlich der Wirkung, die die Europäisierung ohne EU-Mitgliedschaftsangebot in der europäischen Peripherie erzielen kann. In dem Artikel wird Moldau lediglich kurz behandelt und weitere europäisierende Effekte auf das Land, wie beispielsweise die Wirkung des Stabilisierungspakts für Südosteuropa, ausgeblendet. Weitestgehend unerforscht blieb deshalb die Europäisierung der Republik Moldau, die über den Aspekt der Konfliktregion Transnistrien hinausgeht. Diese Lücke soll in einem Teil der Arbeit zu schließen versucht werden.

2.2.2 Ebenen und Mechanismen

Die Europäisierung, die die EU im Rahmen ihrer externen Politik in ihrer Nachbarschaft anwendet, verläuft nach Emerson auf drei unterschiedlichen Ebenen, die synergetisch interagieren:

- “*legal obligations* in political and economic domains flowing from the requirements for accession to the EU, and/or from Council of Europe membership and accession to its Convention on Human Rights and Fundamental Freedom;
- *objective changes* in economic structures and the interests of individuals as a result of integration with Europe; and
- *subjective changes* in the beliefs, expectations and identity of the individual, feeding political will to adopt European norms of business, politics and civil society” (Emerson/Noutcheva 2004: 4).

Diese Ebenen der Veränderungen werden durch die beiden Hauptmechanismen der Europäisierung, Konditionalisierung und Sozialisierung, beeinflusst. Die Mechanismen der Europäisierung kombinieren den rationalen Institutionalismus (Konditionalität) mit dem soziologischen Institutionalismus über Diffusion von Normen und sozialem Lernen

(ebd.).

Die EU entwickelte und erprobte die Politik der Konditionalität an den MOEL im Zuge der EU-Erweiterung und setzte diese Instrumente bei der Transformation der Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft der Bewerberstaaten gezielt ein (Grabbe 2003). Das Modell der Konditionalität basiert auf einem Ansatz einer Kosten-Nutzen-Kalkulation, bei der die Transformation im Zielland als Antwort auf die materiellen und sozialen EU-Unterstützungsleistungen erfolgt. Dieser Katalog an Unterstützungsleistungen umfasst eine Fülle an Instrumenten die von finanziellen und technischen Leistungen über Marktzugang bis zu einer engeren institutionellen Anbindung bis zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen reichen (Schimmelfennig/Engert/Knobel 2003). Die in den MOEL beobachtbaren unterschiedlichen Antworten auf den von der EU ausgeübten Anpassungsdruck lassen sich nach Grabbe auf die Asymmetrie ihrer Beziehungen zur EU und der Unsicherheit über den Beitrittsprozess zurückführen (Grabbe 2003).

Der Europäisierungsansatz gegenüber Drittstaaten verläuft auch unterhalb der Beitrittschwelle. Für diese Länder gilt es Anreizstrukturen für den Transformationsprozess zu schaffen, die ebenfalls ausreichend attraktiv sind, damit sich der Wandel auch in einer Kosten-Nutzen Dimension lohnt. Hierzu gehören möglicherweise progressive und partielle Teilhabeebenen am EU-Binnenmarkt oder an der Justiz- und Innenpolitik (Emerson/Noutcheva 2004). Diese Hebelkraft könnte es der EU ermöglichen, institutionelle, politische und wirtschaftliche Veränderungen einzufordern, weil die nationalen Akteure im Sinne des rationalen Institutionalismus zielorientiert und zweckmäßig handeln (Börzel/Risse 2000):

“They engage in strategic interactions, using their resources in ways that maximise their usefulness on the basis of ordered preferences. They weight the costs and benefits of different strategies, anticipating the other’s behaviour. EU conditionality generates ‘simple learning’. This means that rationally calculating players, confronted by institutional constraints, may easily alter their strategies and tactics in order to achieve their objectives” (Emerson et al. 2004: 12).

Der geringe Spielraum der EU, außerhalb ihrer Grenzen die Gesetzgebung und Politiken zu beeinflussen, hängt davon ab, wie stark die Konditionalität die inländischen Opportunitätsstrukturen verändern kann:

“The EU’s capacity to mobilize domestic actors crucially depends on the will, resources and interests of particular groups, as well as on the existence of cohesive pro-European identities around which interests can be mobilized” (ebd.: 13).

Der Umfang der Veränderungen des von der EU ausgelösten Anpassungsdrucks hängt nach Risse et al. vom *goodness of fit* zwischen den europäischen Vorgaben und der nationalen Praxis ab (Risse/ Cowles/ Caporaso 2001). Das Instrument der Konditionalität wird schlecht einsetzbar sein, wenn sich die nationale Politik fundamental von den europäischen Vorgaben unterscheidet. Falls jedoch Gruppen im nationalen politischen Sys-

tem ähnliche Ziele entsprechend den EU-Vorgaben verfolgen, könnte die Politik der Konditionalität zu einer Stärkung dieser Gruppen führen und einen Richtungswechsel begünstigen. Mit anderen Worten: Wenn die Konditionalität der EU den Diskurs bestimmter nationaler Akteure legitimiert, dann werden die EU-Vorgaben aufgenommen und Teil der nationalen politischen Dynamik.

Allerdings bedeutet die Einbringung der EU-Vorgaben in den nationalen politischen Diskurs nicht immer einen substantiellen Fortschritt. Checkel weist darauf hin, dass eine Veränderung der Haltung nicht zwangsläufig eine Änderung der Identität nach sich zieht (Checkel 1999). Es besteht die Möglichkeit, dass die Akteure die EU-Vorgaben zwar wiederholen, aber nicht internalisieren, und somit wird lediglich eine Veränderung der politischen Rhetorik erreicht. Eine echte Veränderung in der nationalen politischen Konfiguration kann nur durch soziales Lernen erzielt werden.

Der Mechanismus der Sozialisierung zielt auf eine Internalisierung angegebener Reformvorhaben der EU bei den politischen Eliten und in der Bevölkerung ab, das heißt durch Lernprozesse werden die Maßnahmen zur Europäisierung nicht im Sinne der „Auftraggeber“ verkündet, sondern auch aus eigener Überzeugung betrieben. Die Annahme der konstitutiven Normen der EU, wie liberale Marktwirtschaft, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, sind sinnvolle Referenzpunkte für alle Drittländer zur verstärkten Kooperation mit der EU (Emerson et al. 2004:13 f).

Im Sozialkonstruktivismus werden zwei Ansätze – *top-down* und *bottom-up* – diskutiert, wie durch gemeinsame internationale Strukturen Akteure eine veränderte Identität annehmen können. Im *top-down*-Ansatz stehen *agents of change* oder *norm entrepreneurs* in enger Verbindung mit einem internationalen Rahmen, die andere politische Eliten und die breitere Bevölkerung dahingehend mobilisieren, ihre Interessen zu überdenken und zu verändern (Checkel 2003). Im *bottom-up approach* beeinflussen nicht-staatliche Akteure in Berufung auf internationale Normen die politischen Entscheidungsträger darin, ihre Politik zu verändern.

In Rückgriff auf Schimmelfennig, Engert und Knobel argumentiert Emerson, dass der Erfolg des Sozialisierungsprozesses zu einem hohen Anteil von der Dichte der institutionellen Verflechtung zwischen EU und Drittstaaten abhängt. Bezugnehmend auf Risse nennen Emerson et al. zudem, wie stark Akteure der nationalen Politik die Normen und Politiken der EU als legitim annehmen (Emerson et al. 2004).

Die Messung des Einflusses der EU auf Drittstaaten gestaltet sich oftmals schwierig, da auch andere Akteure, wie beispielsweise die Vereinten Nationen, die OSZE, die Weltbank, die WHO oder auch der Europarat „westernisieren“. Obwohl der Einfluss der EU auf Drittstaaten dadurch schwer messbar wird, kann das Ergebnis der genannten anderen westlichen Akteure und Institutionen als eine Verstärkung der Europäisierung be-

trachtet werden (ebd.).

Neben diesen Europäisierungsverstärkern existieren auch Europäisierungskonkurrenten, die aus dem Land heraus oder von außen ins Land wirken. In Bezug auf die GUS-Staaten zeigt sich Russland als externer Europäisierungskonkurrent. Interne Europäisierungskonkurrenten können durch die weitgehende Prägung der Politik durch früher entstandene politische Strukturen, Vorgänge und Maßnahmen und durch den dort gebahnten Weg im Land angelegt sein. Diese sogenannte Pfadabhängigkeit steht für eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Lösung eines bestimmten Problems nicht in erster Linie unter dem Gesichtspunkt einer bestmöglichen problemadäquaten Therapie betrachtet wird, sondern nach den eingefahrenen Standardprozeduren erfolgt. Ein „Pfadwechsel“ ist für rational kalkulierende Entscheidungsträger riskant und oftmals ungewiss. Darüber hinaus sind mit einem Pfadwechsel erhebliche wirtschaftliche und politische Kosten verbunden, die beispielsweise in den Einarbeitungskosten der Verwaltung mit den neuen Regelungen liegen oder Enttäuschung bei jenen hervorrufen, die vom alten Pfad profitierten und auf dem neuen keinen Nutzen mehr erzielen.

2.2.3 Anwendungsprobleme

Die wichtigsten drei Kernprobleme bei der Anwendung der Erweiterungsmechanismen sollen im Folgenden dargestellt werden. Ausgehend von einer diffusen und kontextabhängigen Definition des Konzepts der europäischen Identität wird Europa in Kategorien aufgeteilt, die mit substantiell unterschiedlichen Unterstützungsangeboten verbunden sind. Die Effektivität hängt teilweise vom Angebot ab, aber auch von Durchführungsproblemen, wie der zeitnahen Sanktionierung, der EU-internen Koordinierung und dem Problem der verschiedenen Zeitachsen der Leistungserbringung und -belohnung.

Ein erstes grundlegendes Problem für die beiden Mechanismen Konditionalität und Sozialisierung entspringt der vagen Konzeptionalisierung der europäischen Identität, die in unterschiedlichen Kontexten eine andere Bedeutung annimmt. Die Europäische Identität basiert zu einem erheblichen Teil auf universellen Werten und Prinzipien unter anderem auf Demokratie, Menschenrechte, Minderheitenschutz und Marktwirtschaft sowie ihrer Akzeptanz im nationalen Politikprozess. Daneben bestehen enger gefasste Definitionen von einer europäischen Identität, die sich nicht nur auf generelle Werte im europäischen Raum beziehen, sondern die Identität enger fassen, indem beispielsweise kulturelle Traditionen und Religion als konstituierend angeführt werden und einen Diskurs der Exklusivität intendieren. Aus der Gleichzeitigkeit von Universalität und Exklusivität des Europäertums speist sich eine gewisse Ratlosigkeit in der europapolitischen Debatte hinsichtlich der Festlegung physischer Grenzen. Die EU leitete eine Behelfslösung ein, die europäische Identität so konzeptionalisiert, dass sie ein Netz über ein sich geographisch

ausdehnendes politisches System mit physischen EU-Außengrenzen und einem „erweiterten Europa“ spannt. Der Einsatz unterschiedlicher Instrumente der EU-Außenpolitik wird entsprechend der hieraus abgeleiteten Kategorien verteilt: Drittstaaten mit dem Status eines Kandidatenlandes erhalten Beitrittshilfen, die mit dem eines potentiellen Kandidatenlandes Stabilisierungs- und Assoziierungshilfen und ENP-Staaten erhalten Unterstützungsleistungen durch das in Aussicht gestellte Nachbarschaftsinstrument (ebd.).

Hieraus ergibt sich die grundsätzliche Fragestellung, ob der normative Rahmen der EU auch außerhalb seiner originären Grenzen Strahlkraft besitzt. Mit anderen Worten: Sind von der EU intendierte Sozialisierungsprozesse hinter den EU-Außengrenzen möglich? Reichen die unterschiedlichen vertraglichen Bindungen unterhalb der Beitrittsschwelle aus, um einen endogenen Wechsel herbeizuführen? Für Staaten ohne EU-Mitgliedschaftsperspektive besteht die Gefahr, dass das Angebot zur Mobilisierung nationaler Kräfte für demokratische Reformen nicht ausreicht.

Aus der „Nähe“ zur EU entspringt das unterschiedliche Angebot an die Nachbarn – für die MOEL ist dies die EU-Mitgliedschaft (*golden carrot*), für die Staaten des westlichen Balkans eine explizite Beitrittsperspektive und für die GUS-Staaten eine verstärkte Zusammenarbeit (Lynch 2003a). Vom Anreiz hängt der Wirkungsgrad der Europäisierung ab und vereinfacht lässt sich festhalten: Je höher der Anreiz zur Reform, desto stärker lassen sich Europäisierungseffekte im Land erzielen. Eine Beitrittsperspektive enthält also somit mehr Anreiz als eine Partnerschaftserklärung.

Der Wirkungsgrad der Europäisierung hängt allerdings auch davon ab, wie viel Wert dem Angebot der EU von den unterschiedlichen Gruppen innerhalb der nationalen Bevölkerungen beigemessen wird und in wie weit die verschiedenen politischen nationalen Akteure sich dem EU Integrationsprojekt verpflichtet fühlen. Beispielsweise ist bei den östlichen Nachbarn der EU der Einfluss Russlands als Europäisierungskonkurrent offensichtlich, der auf nationale politische Kräfte trifft, die eine engere Anbindung an Russland anstreben, was zu einer größeren Distanz zur EU führt (Emerson et al. 2004).

Bei der Erfüllung von Verpflichtungen ist eine sofortige automatische Ausdehnung von Rechten notwendig, um die Dynamik des Prozesses zeitnah aufrechtzuerhalten. Nichteinhaltung von Verabredungen sollten ebenfalls im Idealfall sofort negativ durch den Wegfall von Privilegien sanktioniert werden. In der Praxis ist ein zeitnahe Mechanismus allerdings in den seltensten Fällen gewährleistet.

Zudem hängt ein *up-grading* der Beziehungen nicht nur von der Leistung des Drittstaats ab, sondern auch von weiteren politischen Faktoren, wie beispielsweise nationalen Interessenskonflikten beziehungsweise Abstimmungsproblemen innerhalb der EU oder

virulente Konflikte in anderen Regionen der Welt, die die bilateralen Beziehungen überlagern (Grabbe 2001: 1020).

Darüber hinaus ist zu beachten, dass das Prinzip der Konditionalität nicht auf Echtzeit reagiert. Das bedeutet, während die „Belohnung“ oftmals in einem langfristigen Zeithorizont zu erwarten ist, müssen Reformen kurz- bis mittelfristig durchgeführt werden. Dies enthält eine Ungewissheit darüber, wie die tatsächliche Belohnung langfristig aussehen. Zudem sind kurzfristig einlösbare Anreize für politische Entscheider im Politikzyklus oftmals attraktiver als Belohnungen, deren Einlösung außerhalb ihrer Legislaturperiode zu erwarten sind.

Es wurden unterschiedliche Europäisierungskonzepte dargestellt und insbesondere die Definition von Emerson dargestellt, weil diese zur Grundlage der vorliegenden Arbeit gewählt wurde.

2.3 Schnittmenge zwischen Integrations- und Europäisierungsforschung

Bei der Betrachtung der EU-Erweiterungspolitik sind die innere Dynamik und die äußere Wirkung der EU auf Nachbarn von entscheidender Bedeutung. Die innere Dynamik hinsichtlich der Beitrittspolitik soll mit Rückgriff auf gängige Ansätze aus der Integrationsforschung analysiert und die äußere Dynamik, die die EU in Nachbarstaaten unterstützt beziehungsweise auslöst, durch einen Ansatz aus der Europäisierungsforschung betrachtet werden.

Die Schnittmenge zwischen Integrations- und Europäisierungsforschung liegt in der vorliegenden Arbeit darin, dass die Integrationsforschung die Interessen, Werte und Normen der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen und Handlungsrahmen in der Erweiterungspolitik sichtbar macht und somit das Verhältnis zu den EU-Anrainern bestimmt. Diese Faktoren beeinflussen die Mechanismen der Konditionalität und Sozialisierung der EU-Außenpolitik gegenüber seinen Nachbarn und determinieren den Wirkungsgrad der Europäisierung seitens der EU. Mit anderen Worten: Die Integrationsforschung kann Aufschlüsse darüber verleihen, welcher Europäisierungsanreiz angeboten wird, das heißt EU-Mitgliedschaft, eindeutige oder vage Beitrittsperspektive und/ oder Kooperation mit der Nachbarschaft.

3. Geschichte und Grundprobleme der Republik Moldau

Die Republik Moldau trat mit der staatlichen Unabhängigkeit 1991 ein schwieriges Erbe der zerfallenen Sowjetunion an, das den Transformationsprozess nachhaltig prägen sollte. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt bei etwa zwei Milliarden Euro und das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen bei etwa 663 US-Dollar pro Jahr (2005) (EU Kommission 2006a). Moldau hat eine Bevölkerungsgröße von etwa 3,6 Millionen Menschen (ebd.) (65 Prozent Moldauer, 14 Prozent Ukrainer, 13 Prozent Russen, 3,5 Prozent Gagausen, 2 Prozent Bulgaren) und umfasst ein Territorium von 33.700 km² (Fischer Weltalmanach 2006). Der Fluss Pruth bildet Moldaus westliche Grenze mit Rumänien, im Norden, Osten und Süden grenzt das Land an die Ukraine; ein direkter Zugang zum Schwarzen Meer besteht nicht. Das Land ist aufgrund seiner fruchtbaren Böden stark agrarisch geprägt. Moldau verfügt über keine umfangreichen Bodenschätze, was zu einer hochgradigen Abhängigkeit von Energieträgern aus Russland führt. Insgesamt wird nahezu der gesamte moldauische Bedarf an Gas, Rohöl, Benzin und zwei Drittel des Diesels sowie ein Drittel der Kohle durch Importe aus Russland gedeckt. Das aus dieser Rohstoffabhängigkeit entstandene enorme Staatsdefizit bildet ein zentrales Problem bei der Konsolidierung des ärmsten Landes in Europa (Gabanyi 2004). Neben der immensen wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland liegen die Grundprobleme der Republik Moldau im Transnistrienkonflikt¹⁸, den negativen sozialen Auswirkungen der Transformation sowie schließlich in den Herausforderungen bei der Erlangung einer nationalen Identität. Um sich diesen Grundproblemen zu nähern, wird im ersten Teil des Kapitels zunächst die geschichtliche Entwicklung nachgezeichnet und damit der historische Kontext beleuchtet.

Historisch ist die zwischen Pruth und Dnjestr (rum. Nistru) gelegene Region Bessarabien eng mit dem benachbarten Rumänien und seit dem achtzehnten Jahrhundert auch mit dem russischen Reich verbunden (Büscher 2004: 515). Umstritten ist, ob das aus dem vierzehnten bis sechzehnten Jahrhundert hervorgegangene Fürstentum Moldau bereits als staatliche Tradition anerkannt wird (Neukirch 1996). Mit dem Molotow-Ribbentrop-Pakt wurde Bessarabien der sowjetischen Einflusszone zugeschlagen. Erst unter sowjetischer Herrschaft wurde Bessarabien zusammen mit einem schmalen Gebietsstreifen östlich des Nistru (Transnistrien) zur Sowjetrepublik Moldawiens künstlich zusammengelegt (EU Kommission 2001: 7).

Nach Staatsgründung 1991 wurden die aus sowjetischer Zeit stammenden Grenzen als Staatsgrenze der Republik Moldau auf internationaler Ebene anerkannt, obwohl die

Staatsgründung mit der faktischen Abspaltung des südlichen gagausischen und des östlichen transnistrischen Gebiets einherging. Aus den sowjetischen Hinterlassenschaften „erbte“ die Republik Moldau zwei Separationskonflikte, von denen einer mit der Einrichtung der Territorialautonomie „Gagauz Yeri“ (1995) weitreichend friedlich gelöst wurde, während die de facto Abspaltung Transnistriens die politische, ökonomische und soziale Entwicklung des Landes stark beeinträchtigt (Büscher 2004).

3.1 Geschichtliche Entwicklung

3.1.1 Historische Wurzeln

Die Rumänen und Moldauer berufen sich auf die Daker als gemeinsame Vorfahren. Diese frühen Einwohner besiedelten die Region, die sich nördlich der Donau über das heutige Rumänien bis zum Schwarzen Meer erstreckt. Nach zwei Kriegen unterwarf der römische Herrscher Trajan im Jahre 106 nach Christi die Daker für zwei Jahrhunderte, wodurch sich der romanische Sprachhintergrund der Rumänen und Moldauer erklärt. 271 nach Christi vertrieben die Goten die Römer aus dieser Region. Was mit der lateinisch sprechenden Bevölkerung geschah, nachdem die Römer das Land verließen, bleibt historisch umstritten. Ein Teil mag sich südlich der Donau angesiedelt haben, während ein anderer sich in den Wäldern und Bergen als Schafhirten und Bergbauern in Siebenbürgen niederließ. Auf diese Stämme lassen sich die Walachen, die im zwölften Jahrhundert erschienen, zurückführen.¹⁹ Die Walachen gründeten Mitte des vierzehnten Jahrhunderts das östlich der Karpaten liegende Fürstentum Moldau und das südlich zwischen den Karpaten und der Donau liegende Fürstentum Walachei. Es entwickelten sich hieraus zwei prosperierende Fürstentümer, die von der Handelsroute zwischen den nördlichen hanseatischen Staaten und dem südlichen byzantinischen Imperium profitierten (Teague 2003: 16 f).

Moldau wurde auf dem heutigen Gebiet der rumänischen Provinz Bukowina gegründet und bis zum Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts bis zum Nistru, der heutigen Grenze zu Transnistrien ausgedehnt. Als das byzantinische Imperium schwächer wurde und das osmanische Reich an Macht, Einfluss und Territorium gewann, kämpften die Moldauer und Walachen gemeinsam gegen die Osmanen.²⁰ Jedoch gewannen die Osmanen die Oberhand über diese Gebiete und herrschten für die folgenden drei Jahrhunderte. Die

¹⁸ Die Herstellung staatlicher Souveränität auf dem gesamten Territorium der Republik wird durch den Transnistrienkonflikt beeinträchtigt.

¹⁹ Walache ist ein altes mittelalterliches germanisches Wort für Fremder.

²⁰ Die beiden Fürsten der Walachei und Moldau waren beide orthodoxe Christen, die gemeinsam mit den christlichen Nachbarn gegen die Osmanen kämpften. Der walachische Fürst Vlad erhielt seit dieser Zeit den Beinamen „der Enthaupter“, was auf seinen Umgang mit gefangenen Türken zurückzuführen ist. In dieser Zeit unter der Herrschaft von Stephan dem Großen (1457 bis 1504) prosperierte Moldova und Fürst Stephan ging als großer Nationalheld in die Geschichte ein. Sein Name ist in Moldau allgegenwärtig.

beiden Regionen behielten eine relative Unabhängigkeit und wurden nicht zu Provinzen im osmanischen Imperium, sondern zu Vasallen, so konnten sie ihre militärische und politische Eigenständigkeit durch die Zahlung eines jährlichen Tributs wahren (King 2000).²¹

Der Aufstieg des russischen Imperiums durch Peter den Großen (Regierungszeit 1682 bis 1725) und der Zarin Katharina der Großen forderten das osmanische Reich heraus. Russland verlangte das Recht die Christen auf dem Gebiet Moldaus und der Walachei zu schützen (Teague 2004: 17) und leitete damit eine interessengeleitete Politik ein, die auf die Kontrolle des Bosphorus und der Dardanellen abzielte. Gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts eroberte Russland die gesamte nördliche Küste des Schwarzen Meeres. In dem Krieg zwischen 1806 bis 1812 unterlagen die Türken und somit fiel der östliche Teil Moldaus – das Gebiet zwischen den Flüssen Pruth und Nistru, das Kerngebiet der heutigen Republik Moldau – an Russland und wurde in Bessarabien umbenannt. Zunächst wurden die Russen als Befreier empfunden, doch dann setzte eine intensive Russifizierung durch russische Siedler, Verwalter und Militär ein, die als Unterdrückung betrachtet wurde. In dem Vertrag von Adrianopel von 1829 sicherte sich Russland den Zugang zum Meer. Da es jedoch nicht im Stande war, zwei rumänische Fürstentümer gleichzeitig zu halten, fielen die Provinzen 1841 an das osmanische Reich zurück. Das Schwarze Meer wurde unter den Bedingungen eines internationalen Vertrages demilitarisiert. Bessarabien blieb weiterhin unter russischer Kontrolle. Als Russland 1853 seinen Einfluss auf die Schwarzmeerregion ausbauen wollte und Truppen zurück in die Walachei und Moldau entsandte, begann der Krim-Krieg (1854 bis 1856). Als Verlierer musste Russland einen Teil Bessarabiens an die Ottomanen abgeben. Im Jahre 1859 wurden die Walachei und Moldau unter einem Herrscher vereinigt, gelangten aber 1878 wieder zur Unabhängigkeit, weil die Türkei den Krieg gegen Russland im Jahre 1877 verloren hatte. In der hieran anschließenden vertraglichen Regelung von Berlin wurde Bessarabien wieder an Russland angeschlossen und 1881 erfolgte die Gründung des Königreichs Rumänien (ebd.: 18).

Als Grenzland waren die Einwohner Moldaus unterschiedlicher ethnischer Abstammung. In den unfruchtbaren südlichen Teil Moldaus flüchtete im späten achtzehnten Jahrhundert das türkische Volk der Gagausen, um nicht unter russischer Herrschaft vom Islam zum Christentum übertreten zu müssen. Zahlreiche Bulgaren, die vor den Türken geflohen waren, siedelten sich ebenfalls im Süden des Landes an. Im Norden gibt es Ansiedlungen von Ukrainern und Roma (ebd.).

²¹ Der Historiker Charles King bestreitet, dass man schon seit dieser Zeit von einer rumänischen und moldauischen Nation sprechen kann, da erst mit dem achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert die moderne Bedeutung des Nationalstaates entstand (King 2000).

Insgesamt zeigen diese Ausführungen, dass die historische Entwicklung der Republik Moldau stark durch externe politische Machtkonstellationen bestimmt wurde.

3.1.2 Integration mit Rumänien

Durch den ersten Weltkrieg und den Zerfall des österreichischen Reiches wurden von verschiedenen Seiten territoriale Ansprüche an Bessarabien gestellt: Rumänien, die Ukraine und Russland erhoben Besitzansprüche auf mindestens einen Teil der Region. Im Oktober 1917 erklärte Bessarabien seine Unabhängigkeit von Russland und trat im März 1918 Rumänien durch einen Unionsakt bei. Diese Vereinigung blieb in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen bestehen. Bessarabien stellte den am schwächsten entwickelten Teil Rumäniens dar, welcher auch von der wirtschaftlichen Depression in den dreißiger Jahren stark betroffen war. Wie in einzelnen anderen Ländern führte unter anderem die ökonomische Schwächung zum Auftreten faschistischer Tendenzen in der Bevölkerung. Als Reaktion auf die Vereinigung zwischen Rumänien und Bessarabien schuf die Sowjetunion östlich des Nistru auf einem kleinen Gebietsstreifen die Moldawische Autonome Sozialistische Sowjet-Republik (MASSR), um ihren eigenen Anspruch auf Bessarabien zu unterstreichen.

“The population of the MASSR became the subject of a remarkable exercise in Soviet nation-building when the Soviet authorities began to assert the existence of a separate Moldovan nation linked historically not to Romania but to Russia” (Teague 2004: 19).

Die Sowjetunion suchte durch weitere Maßnahmen eine Abspaltung Bessarabiens herbeizuführen, indem sie eine aktive Sprachenpolitik verfolgte, die auf Spaltung der Region setzte. Die Sprache der Moldauer wurde bis zu diesem Zeitpunkt gemeinhin als Dialekt des Rumänischen betrachtet. Um dies zu unterminieren, erschien in dieser Zeit ein Moldauisch-Rumänisches Wörterbuch, das Moldauisch strikt von der rumänischen Sprache trennen sollte. Im Rahmen dieser Sprachenpolitik erschienen Textbücher, Zeitungen, Geschichtsbücher über die moldauische Geschichte und sogar eine eigene Grammatik, die Zeugnis darüber ablegen sollte, dass Moldauisch einen eigenen slawischen Sprachhintergrund besäße.

3.1.3 Auswirkungen des Molotow-Ribbentrop-Pakts und Sowjetisierung

Am 23. August 1939 unterzeichneten Deutschland und die Sowjetunion den Molotow-Ribbentrop-Pakt, einschließlich des geheimen Zusatzprotokolls der die Länder in unterschiedliche Einflusssphären einteilte. Bessarabien fiel in die Einflusssphäre der Sowjetunion und sowjetische Truppen nahmen die Region im Jahre 1940 ein. Mit dem Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 brach Deutschland den „Nichtangriffspakt“. Das faschistische Rumänien kämpfte auf Seiten Deutschlands und besetzte nicht nur Bessarabien,

sondern auch die MASSR, die niemals Teil Rumäniens gewesen war. Die rumänische Herrschaft über die MASSR war eine besonders blutige Angelegenheit, weil die Rumänen in grausamer Weise gegen die Bevölkerung vorgingen. Dies begründet bis heute die Feindschaft Transnistriens gegenüber einer Wiedervereinigung von Moldau und Rumänien (ebd.: 19).

Die spätestens mit der 1943 in Stalingrad eingeleitete Niederlage Deutschlands wendete ebenfalls das Blatt für Rumänien. In diesem Jahr wurde die rumänische Regierung durch einen Regierungsstreich entthront und die Sowjetunion besetzte Bessarabien. Am Ende des Krieges wurde eine kommunistische Regierung in Bukarest etabliert und 1947 ein Friedensvertrag unterzeichnet, indem Rumänien formell Bessarabien an die UdSSR abtrat. Zudem verlor Rumänien das nördliche Bukowina an die Ukraine.

Mit der Besetzung Bessarabiens begann eine systematische Sowjetisierung des Landes, die auf mindestens vier Elementen beruhte: territoriale Neugründung, Deportation, Neuansiedlung von Russen und einer aktiven Sprachenpolitik.

Der von den Sowjets gegründete Staat, die MASSR östlich des Dniestr, wurde mit Bessarabien zusammengeschlossen. Somit wurde ein neuer staatlicher Rahmen geschaffen, der Unabhängigkeitsbestrebungen erschweren sollte. Dieses neu geschaffene Territorium wurde als fünfzehnte Republik der UdSSR angeschlossen. Dass diese Politik sich als effektiv bewährt hat, zeigt sich darin, dass dieses künstliche Staatsgebilde als die heutige Republik Moldau weiter besteht. Weitere Maßnahmen sollten den Herrschaftsanspruch der Sowjets festschreiben. Dazu zählt auch, dass zwei Distrikte des südlichen Bessarabien zwischen den Deltas des Dniestr und der Donau an die Ukraine angegliedert wurde, um den Meerzugang abzuschneiden, und somit die Abhängigkeit von der UdSSR zu erhöhen. Bis heute besteht dieser territoriale Status quo fort.

Neben dieser territorialen Neugründung bestand die Sowjetisierung aus Säuberungsaktionen und der Neuansiedlung von Russen. Umfangreiche Deportationen nach Sibirien von ethnischen Rumänen aus Bessarabien, bei denen Tausende Menschen starben, wurden nach 1945 organisiert.

Systematisch wurden darüber hinaus ethnische Russen nach Moldawien gebracht und hauptsächlich in den Ballungszentren Chisinau, Balti und Tiraspol angesiedelt. Der hohe Anteil interethnischer Hochzeiten war Folge dieser Politik (ebd.: 20). Als viertes Element wurde eine Sprachenpolitik betrieben, die Russisch als obligatorisches Schulfach und die öffentliche Kommunikation auf Russisch als Hauptgangssprache vorschrieb.

Diese Sprachenpolitik führte zu einer hohen linguistischen Assimilation. Alle Zeichen für ein Erstarken von nationalen Gefühlen oder Opposition zur kommunistischen Partei wurden zudem rücksichtslos unterdrückt (Meurs 1998).

Zu den bisher genannten Elementen der Sowjetisierung kam hinzu, dass die Wirtschaft und die Politik der Sowjetrepublik Moldawien von zentralen Planern im Kreml gesteuert und schließlich von der lokalen kommunistischen Partei umgesetzt wurde. In wirtschaftlicher Hinsicht sollte Moldawien zum „Garten der Sowjetunion“ entwickelt werden. Aufgrund des fruchtbaren Agrarlands, den langen Sommern und milden Wintern war Moldau hierfür prädestiniert. Das Fehlen von Energieträgern führte zu einer starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Sowjetunion. Im Verlauf der sowjetischen Herrschaft wurden so gut wie keine Investitionen vorgenommen und somit blieb der Grad an industrieller Entwicklung gering. Industrielle Investitionen wurden lediglich im östlichen Teil der Republik im heutigen Transnistrien getätigt (Gudim 2004, Teague 2004).

3.1.4 Kollaps der Sowjetunion: Unabhängigkeit und Zerfall

Ende der achtziger Jahre führte Michail Gorbatschow Reformen ein, die das gesamte politische Klima und das Einparteiensystem der Sowjetunion verändern sollten. Ein signifikanter Faktor war das Erwachen eines Nationalgefühls, das zum Kollaps des politischen Systems der Sowjetunion im Jahre 1991 beitrug. Vor allem gilt dies für die unabhängigen baltischen Länder, die über einen hohen urbanisierten Bevölkerungsanteil ihrer Titulargruppe verfügten. Ebenso gilt dies für Georgien, Armenien und der westlichen Ukraine, die relativ unberührt von den Sowjetisierungsbestrebungen geblieben sind. In Moldau hingegen wohnte die Titularnation, die einer intensiven Sowjetisierung ausgesetzt war, überwiegend auf dem Lande (Crowther 2004: 27). Allerdings zeigten sich auch in Moldawien Tendenzen eines erwachenden Nationalgefühls. In den Jahren 1988 bis 1989 gründete sich die nationale Volksbewegung, die aus einer kleinen kulturellen und intellektuellen Elite einer jüngeren Generation von rumänischsprachigen anti-kommunistischen Gruppierungen bestand. Ein Drittel der Abgeordneten, die aus den Wahlen von 1990 hervorgegangen sind, gehörten zur Partei der Volksbewegung, die sich aus diesem Milieu rekrutierte. Damit verfügten sie über genügend Mandate, um zusammen mit den Stimmen aus dem kommunistischen Lager die Regierungsmehrheit zu stellen. Der Einfluss dieser Bewegung war bereits im Januar 1989 spürbar und zeigte sich beispielsweise darin, dass Rumänisch zur Staatssprache erhoben wurde. Ebenfalls setzte sich zu diesem Zeitpunkt die Erkenntnis bei den staatlichen Behörden durch, dass Rumänen und Moldauer über die gleiche Sprache verfügen, diese sich lediglich in der Schreibweise unterscheidet. „Moldawisch“ basiert auf dem kyrillischen und Rumänisch auf dem lateinischen Alphabet. Heute wird Rumänisch in kyrillischen Buchstaben nur noch in Transnistrien verwendet (Dyer 1996, Teague 2004).

Im Juni 1990 erklärte die parlamentarische Versammlung (Oberste Sowjet) die Staatssouveränität, was die moldauische Gesetzgebung über die Rechtssprechung der

Sowjetunion hob. Im Oktober 1990 wurde Mircea Snegur, der für die Unabhängigkeit Moldawiens warb, zum Präsidenten des Obersten Sowjets gewählt. Gleichzeitig forderten viele Angehörige der nationalen Volksbewegung die Wiedervereinigung mit Rumänien. Diese Forderung war allerdings kaum mit der multiethnischen Zusammensetzung und der komplexen Geschichte zu vereinbaren, vor allem aber wurden die Bewohner Gageausiens und Transnistriens hierdurch alarmiert. Die Folge war die scharfe Polarisierung der politisch geführten Auseinandersetzung. Viele Angehörige der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe schlossen sich der pro-sowjetischen Bewegung EDINSTVO an, während sich die türkisch-gageausische Minderheit in der anti-rumänischen Bewegung GAGAUZ-HALKI formierte (Crowther 2004: 28). Als die nationale Volksbewegung Demonstrationen in Chisinau organisierte, spitzte sich die Lage weiter zu und russophone Abgeordnete des Obersten Sowjets legten ihr Amt nieder. In Städten mit einer russischsprachigen Mehrheit (Bender, Tiraspol, Ribnita) weigerten sich die lokalen Behörden, die Gesetze und Verordnungen der Zentralregierung anzuwenden und gründeten eigene unabhängige Regierungsstellen. Im August 1990 mündete dieser Prozess in der Unabhängigkeitserklärung Gageausiens.

Im Frühjahr 1991 weigerte sich Moldawien genau wie die Regierungen der baltischen Staaten, Georgien und Armenien den von Gorbatschow vorgeschlagenen Unionsvertrag zu unterzeichnen, der auf den Erhalt der Sowjetunion abzielte. In dieser unkontrollierten und chaotischen Situation gründete sich am 27. August 1991 der unabhängige Staat Republik Moldau. Mircea Druc, einer der Führer der nationalen Volksbewegung wurde zum Ministerpräsidenten gewählt. Im Dezember 1991 trat Moldau der GUS bei, einer losen Verbindung von ehemaligen Sowjetrepubliken. Die GUS zielte darauf ab, eine friedvolle Regulierung aller Konflikte zu organisieren, die im Kontext des Zusammenbruchs der Sowjetunion entstehen konnten (Teague 2004: 22).

Der Präsident des Obersten Sowjets Snegur trennte sich von der nationalen Volksbewegung, weil er einer sofortigen Wiedervereinigung mit Rumänien nicht zustimmen wollte und trat als unabhängiger Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen vom Dezember 1991 an. Zwar versuchte die nationale Volksfront die Wahl Snegurs durch einen Wahlboykott zu verhindern, aber die Mehrheit der Bevölkerung unterstützte Snegurs skeptische Haltung hinsichtlich der Wiedervereinigung mit Rumänien und wählte ihn zum ersten Präsidenten der Republik Moldau.

Während auf der einen Seite des Dniestr der erste Präsident der Republik Moldau gewählt wurde, fand auf der anderen Seite ein Referendum zum Status Transnistriens statt (Chirtoaca 2004). In diesem Referendum sprach sich die Mehrheit der Bevölkerung für einen Verbleib der im Oktober 1990 proklamierten Sozialistischen Moldauischen Sowjet-

republik Transnistrien in der Sowjetunion aus. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR wollten die Anführer Transnistriens vollständige Unabhängigkeit von der Republik Moldau erreichen, so folgte die kommunistische Partei in Transnistrien dem gagausischen Beispiel mit der Ausrufung einer eigenen Republik. Dabei war das transnistrische Regime um die Kontrolle eines weiterreichenden Territoriums bemüht und nahm mit Waffengewalt die Stadt Bender ein, die außerhalb des traditionellen Einflussgebiets der Separatisten lag (Crowther 2004: 22). Die moldauische Regierung regierte darauf mit der Entsendung militärischer Einheiten, zu denen auch viele Freiwillige zählten. Es folgten blutige Kämpfe zwischen den transnistrischen und moldauischen Truppen. Durch die Unterstützung der vierzehnten russischen Armee unter der Führung von Alexander Lebed konnten sich die Separatisten jedoch halten. In der militärischen Auseinandersetzung wurden viele Hunderte verletzt oder getötet. Mit Unterstützung der OSZE konnte im Juli 1992 ein Waffenstillstandsabkommen zwischen den Kriegsparteien erreicht werden, das die Einsetzung einer tripartistischen Friedenstruppe bestehend aus russischen, moldauischen und transnistrischen Soldaten vereinbarte (ICG 2003).

Diese auf den letzten Seiten kurz beleuchteten geschichtlichen Kontextbedingungen wirken weit hinein in den Transformationsprozess der Republik Moldau. Die Mehrzahl der Grundprobleme Moldaus können aus ihnen abgeleitet werden. Im nächsten Abschnitt sollen diese im einzelnen näher erläutert werden.

3.2 Grundprobleme der Republik Moldau

3.2.1 Transnistrien und die Frage staatlicher Souveränität

Das zentrale Kernproblem zur Herstellung staatlicher Souveränität auf dem Territorium der Republik Moldau ist der schwelende Konflikt um die Region Transnistriens, die 400 km² und 11 Prozent der Landfläche der Republik Moldau umfasst. In den fünfziger und sechziger Jahren wurden zehntausende Russen und Ukrainer in dieser Region als Funktionäre und Arbeiter angesiedelt. Die Einwohnerzahl Transnistriens beläuft sich auf 629.800 (2003), von denen 39,9 Prozent Moldauer, 28,3 Prozent Ukrainer und 25,4 Prozent Russen sind. Durch die starke Urbanisierung und Industrialisierung ist die Region stärker als der Rest der Republik Moldau sowjetisiert. Während der Sowjetzeit hat Transnistrien mehr als ein Drittel des moldawischen BIP erwirtschaftet. Zusammen mit Kadern aus Russland und der Ukraine dominierte die politische Elite aus Transnistrien die Wirtschaft und Politik der moldawischen Sowjetrepublik (Hanne 2004: 80, vgl. Popescu 2005: 15-34).

Der russische Staatsbürger Igor Smirnow ist Präsident Transnistriens, der frühere Direktor des dortigen größten staatlichen Betriebs kam erst 1987 in die Region und stieg be-

reits zwei Jahre später im Jahre 1989 zum führenden Funktionär auf. Nach ihm ist Valdim Antyufeev, ebenfalls russischer Staatsbürger, der seit 1992 das Amt des Sicherheitsministers bekleidet, die wichtigste Führungsperson Transnistriens. Antyufeev war Angehöriger des KGB in Lettland und erwarb sich dort den Ruf eines rücksichtlosen Offiziers (Neukirch 2001: 24). Der von ihm aufgebaute Sicherheitsdienst in Transnistrien, der vor Mord, Einschüchterung und anderen Grausamkeiten gegen Oppositionelle nicht zurückscheut, wird als wichtigstes Instrument zur Stabilisierung des autoritären Regimes betrachtet. Weitere zentrale Leitungsfunktionen in Politik, Verwaltung und Gesellschaft sind an Vertraute oder Familienangehörige des Präsidenten Smirnovs vergeben worden. Der Sohn Smirnovs ist Leiter des Zolls und somit verantwortlich für die entsprechende Weiterleitung der Einnahmen aus illegalen wirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere des Schmuggels. Die Frau des Sicherheitsministers Antyufeev ist die Vorsitzende der Kommission für Menschenrechte des Obersten Sowjets, das „Parlament“ Transnistriens. In weiteren leitenden politischen Funktionen befinden sich Direktoren oder leitende Angestellte der staatlichen Unternehmen Transnistriens, lokale Regierungseinrichtungen und Funktionäre der kommunistischen Partei, die seit 1989/1990 zur separatistischen Bewegung gehören (Hanne 2004 :81).

Keine der bisher auf diesem Territorium durchgeführten Wahlen zum Obersten Sowjet und zu den lokalen Räten entsprach internationalen Standards. Politiker, die sich gegen die offiziellen Kandidaten nominieren ließen, waren Hasskampagnen durch die lokalen Medien ausgesetzt und wurden nachrichtendienstlich verfolgt. Mit Ausnahme von orthodox-kommunistischen Kandidaten, die insgesamt keine Unterstützung in der Bevölkerung besitzen, wurden lediglich Kandidaten aufgestellt, die die politische Linie des Regimes mittragen. Abweichungen durch ein nicht-parteykonformes Verhalten von Kandidaten wurden in der Regel mit der Annullierung ihrer Wahl geahndet (Nantoi 2003).

Die Legislative und die Jurisdiktion sind keine unabhängigen staatlichen Organe, sondern dienen vielmehr der Stabilisierung der etablierten Machtstrukturen. In den wenigen Fällen, in denen es Widerspruch zur Politik des Regimes gab, wurde dieser unterdrückt, was sich beispielsweise bei der Verfassungsänderung zur Verlängerung der Amtszeit Smirnovs zeigte.

Für die angestrebte dritte Amtszeit Smirnovs wurden verfassungsrechtliche Veränderungen gegen den Widerstand von mehreren Abgeordneten im Jahre 2000 durchgesetzt. Als Folge des Widerstands wurde aus dem 1991 etablierten bikameralen System ein verkleinertes unikammerales geschaffen, das den Einfluss der Abgeordneten zunehmend verringerte.

Zudem gehören allgemeine Menschenrechtsverletzungen wie beispielsweise die inhumane

Behandlung von Gefängnisinsassen oder die fehlende Versammlungs- und Meinungsfreiheit zum Alltag Transnistriens. Alle Gruppierungen auf dem Territorium Transnistriens müssen sich dazu verpflichten, die Souveränität und Unabhängigkeit der Sozialistischen Moldauischen Sowjetrepublik Transnistrien zu unterstützen. Nichtregierungsorganisationen (NRO) sind entweder gleichgeschaltet oder werden durch staatliche Behörden eingeschüchtert und daran gehindert, mit moldauischen NRO Kontakt aufzunehmen. Die Medien sind in Transnistrien unterliegen der totalen Kontrolle des Regimes. Die meisten Medien sind Teil der Propagandamaschinerie, das heißt sie üben vorausseilend und regimeantizipierend Selbstzensur aus oder geben sich als loyale Interessenvertretung der Machthaber. Die zwei einzigen unabhängigen Zeitungen sehen sich permanenten Schikanen ausgesetzt und werden kontinuierlich durch den Sicherheitsdienst aufgrund vorgeschobener Verletzungen vor Gericht angeklagt.

Darüber hinaus besteht keine Sprachen- und Bildungsfreiheit. Die anerkannten Sprachen sind in diesem Gebiet Russisch, Ukrainisch und Moldawisch, wovon Russisch die offizielle Amtssprache darstellt. Unter Androhung von Strafe darf Moldawisch nur in kyrillischer Schrift geschrieben werden. Zuwiderhandlungen werden konsequent geahndet, was sich beispielsweise in der Schließung von Schulen Anfang 2004 zeigte, weil sie ihre Lehrpläne am moldauischen Bildungssystem orientierten (Büscher 2004).

Transnistrien hat sich zu einem Umschlagplatz von Schmuggelwaren entwickelt, wodurch ein erheblicher Teil der Staatseinnahmen akkumuliert wird. Unmittelbar im Anschluss an die militärischen Auseinandersetzungen vom Frühjahr und Sommer 1992 nahm das transnistrische Regime die illegalen ökonomischen Aktivitäten auf, die sich auf einen jährlichen Gewinn von über 500 Millionen Dollar belaufen. Die Kontakte zu internationalen kriminellen Organisationen wurden von der transnistrischen Führung aktiv betrieben und über Jahre hinweg ausgebaut (Nantoi 2002: 174).

“Russia, Ukraine, Moldova and international organised crime gangs use the DMR to smuggle alcohol, cigarettes, fuel, foodstuffs and other items in various directions” (Hanne 2004: 86).

Zudem ist das transnistrische Regime in den Menschen- und Waffenhandel involviert. Die Gewinne aus den genannten illegalen wirtschaftlichen Aktivitäten werden neben den Einnahmen aus den vorhandenen schwerindustriellen Produktionsanlagen und den Verarbeitungsstätten zur Stabilisierung des autoritären Systems genutzt (Gudim 2004). Lange Zeit erzielte die transnistrische Wirtschaft zusätzliche Einnahmen durch die legale Benutzung von Zollmarken der Republik Moldau mit der Aufschrift: *The Republic of Moldova Tiraspol Customs* vom 07. Februar 1996. Diese Zollzeichen wurden genutzt, um frei und ohne Steuerabführung an Moldau Waren aus Transnistrien ein- und auszuführen. Mit diesen finanziellen Mitteln konnte die Infrastruktur Transnistriens (regionale

Verkehrsnetz) weiter ausgebaut werden. Es besteht somit ein erhebliches Risiko zur Proliferation von Waffen, da das autokratische Regime nachweislich über Verbindungen zu islamischen Fundamentalisten sowie zu internationalen Verbrechersyndikaten aus Konfliktgebieten insbesondere des post-sowjetischen Raums verfügt (Gabanyi 2004: 8).²²

Die politische Philosophie Transnistriens beruht auf einer Kombination aus Sowjetnostalgie, Translawismus sowie russische und ukrainische Nationalismen, um die Bevölkerungsgruppe zu erreichen, die der alten Sowjetunion nachtrauern (bis zu 50 Prozent der Bevölkerung) und gründet sich zudem auf einer scharfen anti-westlichen Propaganda (Hanne 2004: 82). Die Bevölkerung erweist sich als skeptisch gegenüber demokratischen Systemen, weil diese mit sozialer und ökonomischer Unsicherheit, erhöhter Kriminalität und dem Fehlen einer legalen Sicherheit verbunden werden. Der Ruf nach einer starken Führungsfigur und einem autoritären System zur Bekämpfung der Armut und Kriminalität besteht auch deshalb in Transnistrien. Die Ängste vor dem „westlichen“ System werden durch die gleichgeschalteten Medien und die Propaganda innerhalb des Bildungssystems verstärkt. Die Manipulation der Bevölkerung durch das transnistrische Regime funktioniert so reibungslos, dass der transnistrische Präsident Smirnov möglicherweise auch in demokratischen freien und fairen Wahlen als erfolgreichster Politiker hervorgehen würde (ebd.: 85).

Neben den inneren systemstabilisierenden Faktoren wie illegale und profitable legale wirtschaftliche Aktivitäten, repressive Einschüchterungsmethoden und Medienzensur stützt sich das Regime auf extern induzierte Faktoren zum Machthalt (Nantoi 2002: 179). Hierzu zählen insbesondere die geopolitischen Interessen Russlands, die das autoritäre Regime in Transnistrien stabilisieren. Die russische Außenpolitik zielt darauf ab, ein von Russland kontrolliertes Protektorat in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU, NATO und der Ukraine zu errichten (ebd.). Befürchtungen der Etablierung einer Pufferzone zwischen Russland und der EU bestehend aus Weißrussland, Ukraine und Moldau nehmen in der Hauptstadt Chisinau erheblich zu (Interview mit Chibutaru Mai 2006). Dieses Ziel wird durch umfangreiche politische, militärische, informationelle und wirtschaftliche Unterstützungsleistungen der Russischen Föderation gefördert (Nantoi 2002: 170). Somit kann sich das transnistrische Regime seit mehr als zehn Jahren auf Kredite und günstige Energielieferungen aus Russland stützen (ebd.: 180).

Mindestens bis zu den Wahlen in der Ukraine im Dezember 2004 war ein Wettkampf zwischen der Ukraine und Russland in Transnistrien zu beobachten. Wenn sich Russland in den Verhandlungen von Tiraspol distanzierte, dann rückte die Ukraine näher an

²² Der transnistrische Export von Waffen in Krisengebiete dürfte wohl eher mit wirtschaftlich-

das separatistische Regime heran, so dass die Fortführung des bestehenden Regimes gewährleistet blieb. Die ukrainische Unterstützung ist wie die russische Haltung ebenfalls auf wirtschaftliche Faktoren zurückzuführen, da einflussreiche kriminelle Kreise in der Ukraine von den illegalen wirtschaftlichen Aktivitäten profitierten.

Daneben sind der hohe Grad an Korruption und Inkompetenz der politischen Führungsebene der Republik Moldau ebenso wie das lange Zeit ausbleibende Interesse wichtiger internationaler Akteure an der Lösung des Konflikts am Fortbestand des transnistrischen Regimes verantwortlich (ebd.: 178, Nantoi 2003a: 11). Das von der OSZE geleitete Verhandlungsformat hat sich als ineffektiv und kontraproduktiv erwiesen. Bis zur Einbeziehung der EU und der USA (2005) wurde eine Lösung des Konflikts nicht näher gebracht, sondern die politische Führung und Legitimität des Regimes anerkannt und die diktatorischen Strukturen weitreichend ausgeblendet. Seit der Einführung des fünfseitigen Verhandlungsformats vom Mai 1997 durch das Memorandum zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Republik Moldau und Transnistrien sind Moldau und Transnistrien gleichberechtigte Partner im Verhandlungsprozess, in dem die Ukraine und Russland als Garanten und Mediatoren zusammen mit der OSZE etabliert wurden (Popescu 2004, Vahl 2004). Verschärft wird dieser Konflikt durch die Präsenz eines umfangreichen Waffenarsenals der in der Region stationierten russischen Armee, die bereits seit der Internationalen Konferenz von Istanbul 1998 zum Abzug verpflichtet ist (Gabanyi 2004: 8).

Der Konflikt um Transnistrien stellt das zentrale Grundproblem der Republik Moldau dar und bedeutet, dass die Regierung weder volle Kontrolle über das Staatsgebiet noch über ihre Außengrenzen ausübt, was verheerende Folgen auf die Konsolidierung des Staates, die Außen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik hat.

3.2.2 Abhängigkeit von Russland

Moldau besitzt keinen direkten Meerzugang und verfügt lediglich über einen kurzen Donau-Abschnitt. Die agrarisch geprägte Wirtschaft ist stark klimaabhängig, was den Transformationsprozess des Landes erschwert. Zudem fehlen natürliche Energieressourcen und ein einheitlicher nationaler Wirtschaftsraum. Beides würde die wirtschaftliche Entwicklung des Landes vorantreiben und von anderen Märkten unabhängiger machen. Mit der Eingliederung in die sowjetische Planwirtschaft im Jahre 1944 wurde die Wirtschaftsentwicklung auf die sowjetischen Wirtschaftsziele ausgerichtet, das heißt einerseits auf die Rolle eines Obst-, Gemüse- und Weinlieferanten, und andererseits als

Produktionsstandort für die Rüstungsindustrie genutzt, die vorwiegend in Transnistrien angesiedelt wurde.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion traf Moldaus Wirtschaft im Vergleich zu allen ehemaligen Sowjetrepubliken am härtesten (Gudim/Hensel 2004: 89). Neben der Abspaltung Transnistriens kurz nach der Unabhängigkeit wurde Moldau von einem starken Handelsschock durch das Wegbrechen der traditionellen Märkte in der Sowjetunion getroffen. In der damaligen Sowjetunion setzte Moldawien seine landwirtschaftlichen Produkte auf den Märkten der Sowjetrepubliken ab und erhielt im Gegenzug subventionierte Energieimporte. Mit der Unabhängigkeit kollabierte dieses System, die junge Republik Moldau wurde von den ehemaligen Exportmärkten abgeschnitten und zudem kletterten die russischen Energiepreise, was zu einem exponentiellen Wachstum der Einfuhrkosten führte. Das Ergebnis war schockierend:

“By the late 1990s Moldova’s official economy had shrunk to around two-fifths of its late Soviet size, in contrast to most of the former communist economies in Central Europe, which had managed to return to 1990 levels. Among the former Soviet republics, only Georgia and Tadjikistan approached the scale of decline experienced in Moldova” (ebd.).

Nach langer Rezession setzte im Jahr 2000 das Wirtschaftswachstum wieder ein, doch die Wirtschaftsleistung von 2004 liegt noch nicht einmal halb so hoch wie 1989 (EU Commission 2004: 14). Als ärmstes Land in Europa bezieht Moldau etwa 98 Prozent seines Energiebedarfs aus Russland (und die restlichen zwei Prozent aus der Ukraine). Im Jahre 2002 lag der moldauische Außenhandel mit der GUS bei 54,1 Prozent. Das noch vor der Wirtschaftskrise in Russland von 1998 erreichte Niveau lag bei 67,7 Prozent. Etwa 240.000 bis 270.000 moldauische Gastarbeiter arbeiten in Russland, so dass die russische Konjunktur die Höhe der Rücküberweisungen nach Moldau bestimmt, die für die moldauische Handelsbilanz von erheblicher Bedeutung sind (Gabanyi 2004: 10). Diese hohe wirtschaftliche Volatilität des jungen Staates nutzt Russland für politische und wirtschaftliche Ziele aus. Lieferstopps, Preiserhöhungen und Strafzölle werden als Kontrollmechanismen eingesetzt und tragen zu einem enormen Schuldenberg in Höhe von rund 400 Millionen US-Dollar an russischen Gaslieferungen bei. Zudem sind indirekt die Auswirkungen der Wirtschaftskrise Russlands vom Jahre 1998 für den extremen Anstieg der Auslandsverschuldung der Republik verantwortlich, die sich zum Jahresende 2003 auf 1,9 Milliarden US-Dollar oder auf 84 Prozent (2004) des BIP beliefen. Einen Teil dieser Schulden konnte Moldau durch *debt for equity*-Tauschgeschäfte abbauen, was die Situation nicht wesentlich verbesserte, da es sich hierbei lediglich um eine Verlagerung der politischen Abhängigkeit auf russische Monopolisten wie die Firma Gazprom handelt (ebd., vgl. Hedenskog 2006: 144).

3.2.3 Sozio-ökonomische Konsequenzen der Transformation

In der Anfangsphase der staatlichen Unabhängigkeit galt Moldau in der westlichen Welt als der Vorreiter marktwirtschaftlicher Reformen unter den Staaten der ehemaligen Sowjetunion (Gudim/Hensel 2004). Gründe hierfür waren, dass bereits in den frühen neunziger Jahren die Preise liberalisiert und das Außenhandelsmonopol aufgehoben wurde. Außerdem waren im Bereich der Privatisierung von Industrie (1994 und 1996) bereits weitreichende Fortschritte erzielt worden. Als Konsequenz dieser Wirtschafts-reformen wurde Moldau am 26. Juli 2001 als erster post-sowjetischer Staat in die Welthandelsorganisation aufgenommen. Mit der aus den Wahlen von 2001 hervorgegangenen kommunistischen Regierung unter dem Präsidenten Wladimir Woronin wurde jedoch der Reformkurs abgebremst. Privatisierungsmaßnahmen wurden rückgängig gemacht. Es wurde versucht, in Wirtschaftsabläufe direkt einzugreifen und protektionistische Handelsbarrieren aufzubauen. Mittlerweile besitzt Moldau das niedrigste reale Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen (BNE) Europas (EU Commission 2004: 14). 2002 lag das BIP bei nur 40 Prozent des vor der staatlichen Unabhängigkeit erzielten Wertes. Die Weltbank stuft Moldau als Land mit niedrigem Einkommen ein (Ebd.). Bei der Messung der Indikatoren des *Human Development Index* des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) rangiert das Land auf Platz 105 von 173 Staaten und belegt damit den letzten Platz in Europa (2004). Während die im Zuge der Transformationsproblematik in Osteuropa auftretenden klassischen Armutsphänomene die schwächeren Bevölkerungsgruppen erfasste, lief in Moldau darüber hinaus auch die arbeitende Mittelschicht Gefahr, von Armut direkt betroffen zu werden. Kinder sind besonders von Armut betroffen, das heißt 21,5 Prozent aller in extremer Armut lebende Personen sind Kinder. Die demographische Entwicklung des Landes wurde ebenfalls durch die schwierige wirtschaftliche Situation in Mitleidenschaft gezogen: zwischen 1990 und 2002 schrumpfte die Geburtenrate um 5 Prozent.²³ Die Lebenserwartung gehört in Moldau mit 64,2 Jahren ebenso zur niedrigsten in Europa (Gabanyi 2004 f).

Die Aufwendungen für die staatlichen Sicherungssysteme waren in den letzten Jahren stark rückläufig, so dass aktuell praktisch keine staatlichen Unterstützungsleistungen für sozial Schwache aufgebracht werden: Zwischen 1996 und 2001 fiel der Anteil der Leistungen für Gesundheitsfürsorge am BIP von 6,7 Prozent auf 3 Prozent, der Anteil der Leistungen für das Erziehungswesen schrumpften von 10,3 Prozent auf 4,8 Prozent des BIP. Diese knappen Ressourcen sind zudem ungleich zwischen den sozial Schwachen

²³ Während die Geburtenrate 1990 noch 17,7 Kinder pro 1000 Einwohner erreichte und der natürliche Zuwachs der Bevölkerung 8 Prozent betrug, war die Geburtenrate im Jahre 2001 auf 10,1/1000 gesunken, so dass ein Schwund von 1,2 Prozent registriert wurde. Die Kindersterblich-

und Angehörigen der wohlhabenden Schichten verteilt: der GINI-Koeffizient für soziale Ungleichheit lag 1989 bei 0,24 und im Jahre 2000 0,42 (ebd.).²⁴ Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) lag die Arbeitslosenrate bei lediglich 6,8 Prozent, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, dass schätzungsweise eine halbe Millionen moldauische Arbeitnehmer im Ausland arbeiten. Es ist vor allem den angestiegenen Rücküberweisungen dieser im Ausland tätigen Personen zuzuschreiben, dass die makroökonomische Entwicklung 2003 positiv verlief. Die Rücküberweisungen entsprachen 2002 der Hälfte der Ausfuhren oder 16 Prozent des BIP (IMF 2003). 2003 stieg das BIP um 6,8 Prozent, die Investitionen auf 23 Prozent, der Export um 25,1 Prozent, die Einnahmen des Staatshaushalts um 19 Prozent, was wiederum zu einem neuerlichen Anstieg der Inflation von 4,4 Prozent (2002) auf 15,5 Prozent (2003) zur Folge hatte (Gudim 2004).

Insgesamt zeigen sich leichte positive Trends in der schwierigen sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes, obwohl breite Bevölkerungsschichten verarmt sind und das Wirtschaftswachstum vor allem auf Rücküberweisungen zurückzuführen ist. Somit erscheint der gesamte Transformationsprozess eher fragil.

3.2.4 Nationale Identitätsmuster

Oftmals wird die nationale Identität der Moldauer als „defekt“ bezeichnet mit der Begründung, dass es sich bei der Republik Moldau um ein künstliches Produkt mit willkürlich gezogenen Grenzen und ohne eigenstaatliche Tradition handelt (vgl. Dumbrava 2002, Gabanyi 2004: 9, Lynch 2003: 35, Meurs 1998, 2003a: 30, Solomon 2002). Zu Sowjetzeiten war die Moldauische Sozialistische Republik die einzige Sowjetrepublik, deren Mehrheitsbevölkerung eine „potentiell gemeinsame nationale Identität“ eines jenseits der Grenzen der Sowjetunion gelegenen Landes – Rumänien – teilte (ebd.). Charles King verfolgt die These, dass die Republik Moldau der einzige Nachfolgestaat der UdSSR ist, dessen Titularbevölkerung fast fünfzehn Jahre nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit noch keinen gesellschaftlichen Konsens über ihre nationale Identität gefunden hat (King 1994/1995). Gabanyi formuliert etwas positiver:

„Wenn es denn so etwas wie eine moldauische Identität gibt, dann ist sie nicht ethnisch, sondern politisch definiert. Das erklärte Staatsziel der Moldau ist die Sicherung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität in den Grenzen der ehemaligen Moldauischen Sowjetrepublik (...), nicht aber die Vereinigung mit Rumänien“ (Gabanyi 2004: 9).

Nach der von der kommunistischen Partei gewonnenen Parlamentswahl 2001 sieht Gabanyi eine „neue Staatsideologie“ entstehen, die die Mehrheitsbevölkerung der „Mol-

keitsrate liegt zudem um das Dreieinhalbfache über dem europäischen Durchschnitt (Gabanyi 2004).

dauer“ als die „GründungsNation“ des heutigen Staates konstruiert. Hiernach sind die Rumänen lediglich eine von vielen nationalen Minderheiten. Die mit der rumänischen identische „moldauische“ Sprache wird zur Staatssprache erhoben und die russische Sprache auf dem gesamten Territorium der Status einer Sprache der „interethischen Kommunikation“ zuerkannt. Zudem fragt Botschafter William Hill, Leiter der OSZE-Mission in Chisinau, ob die Anbahnung engerer Beziehungen zur Russisch-Weißrussischen Union unter der kommunistischen Regierung nicht etwas über die wahre Identität des Landes verrät (Hill 2004: 121). Auf dem Territorium der Transnistrischen Moldauischen Republik „wurde längst eine eigenständige, von der moldauischen abweichende Identitätskultur konstruiert“, die auf der Behauptung eines eigenständigen multiethnischen transnistrischen Volkes gründet, dessen Wurzeln im slawisch-russisch-sowjetischen Kulturkreis liegen (Gabanyi 2004: 9, vgl. Meurs 2003a: 36 f.).

Die Beziehungen zwischen der Republik Moldau und Rumänien haben sich in der zweiten Amtszeit von Präsident Wladimir Woronin erheblich verbessert, so dass möglicherweise ein Ausweg aus der Identitätskrise gefunden und das Verhältnis zur eigenen Geschichte neu überdacht werden kann. Vielleicht gelingt es darüber hinaus, bessere Beziehungen zu den sich als Rumänen identifizierenden Bevölkerungsteilen aufzubauen (Gabanyi 2004).

3.3 Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund der zerrissenen geschichtlichen Entwicklung des Landes stellt sich die größte Herausforderung der Republik Moldau als die Etablierung staatlicher Souveränität und damit der staatlichen Kontrolle auf dem gesamten Territorium heraus, die durch die Existenz der Region Transnistrien anhaltend in Frage gestellt wird. Dabei stützt sich das transnistrische Regime auf innere repressive Methoden wie der Beschneidung von Grundfreiheiten und finanziert dieses autokratische System durch illegale und legale wirtschaftliche Aktivitäten. Extern wird das Regime von Russland gestützt, das geopolitische Interessen verfolgt und durch die fortgesetzte Destabilisierung seine Einflusszone in der Region sichert. Wirtschaftliche Profiteure des Status quo sind kriminelle Organisationen und Entscheidungsträger in Transnistrien selbst, als auch in Moldau, der Ukraine und Russland.

Daneben bestehen weitere Transformationshindernisse in der starken wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit der Republik Moldau von Russland und der extremen Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung. Die Bevölkerung wiederum steht vor einer schwierigen Identitätsbildung, die durch das langanhaltende historisch bedingt schlechte Verhältnis zu Rumänien und die geschichtliche „Heimatlosigkeit“ der Republik Moldaus

²⁴ Die Zahl bedeutet: 0 = gleich verteilt, 1 = ungleich.

geprägt wird. Ebenso zählt hierzu, dass ein erheblicher Teil der arbeitsfähigen Bevölkerungsgruppe im Ausland arbeitet, was zwar zu beträchtlichen Rücküberweisungen nach Moldau führt, aber den Aufbau eines geordneten Staatswesens erheblich beeinträchtigt.

4. Darstellung der Phasen in den EU-Moldau-Beziehungen (1991 bis 2006)

Eine Einteilung der EU-Moldau-Beziehungen in Phasen bildet ein systematisches und sinnvolles Instrument zur Einordnung in den Kontext der Erweiterungspolitik der EU. Der Betrachtungszeitraum reicht von der Unabhängigkeit und Staatswerdung Moldaus 1991 bis Mitte 2006. Die Beziehungen zwischen der EU und Moldau werden in die folgenden vier Phasen aufgegliedert, die neben den Beziehungen beider Akteure zueinander auch die jeweiligen internen Situationen berücksichtigen:

- Phase I: Gegenseitige Ignoranz (1991 bis 1995)
- Phase II: Mitgliedschaftsbekundungen, Missverständnisse und Rückschritte (1996 bis 2000)
- Phase III: Moldaus „Doppelstrategie“ und gemischte Signale seitens der EU (2001 bis 2004)
- Phase IV: ENP, Erweiterungsmüdigkeit und Reformfortschritte (Post-2004)

Die Beziehungen zwischen der EU und der Republik lassen sich in der Anfangsphase seit der Staatsgründung (1991 bis 1995) als weitreichende *gegenseitige Ignoranz* beschreiben. In dieser Phase sind lediglich diplomatische Beziehungen aufgenommen und Verhandlungen zum Abschluss des PKA geführt worden, das die Beziehungen zum post-sowjetischen Raum auf bilateraler Ebene regelt. Die Republik Moldau, geplagt von inneren Herausforderungen im Transformationsprozess, zeigt sich zurückhaltend gegenüber einer engeren Anbindung an die EU.

In der zweiten Phase (1996 bis 2000) *Mitgliedschaftsbekundungen, Missverständnisse und Rückschritte* findet das PKA und der hiermit verbundene institutionalisierte Dialog erst spät seine Anwendung (1998). Unterschiedliche aufeinander folgende moldauische Regierungen erklären ihre Absicht zur EU-Mitgliedschaft. Diese nach außen gerichteten Absichtserklärungen finden jedoch im inneren keinen ausreichenden reformerischen Nachklang. Die EU ist nicht bereit, ohne entsprechende Reformen in Moldau die vertraglich geregelten Beziehungen zu verbessern.

In der dritten Phase (2001 bis 2004) *Moldaus „Doppelstrategie“ und gemischte Signale seitens der EU* erfahren die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Moldau einen neuerlichen Impuls durch die Einbeziehung Moldaus in den Stabilitätspakt für Südosteuropa. Mit der Teilhabe am Pakt verbindet die Republik Moldau die Hoffnung auf eine Perspektive zur EU-Mitgliedschaft. Jedoch ist die EU hierzu nicht bereit und sieht am Ende dieser Phase lediglich die Einbeziehung Moldaus in die Nachbarschaftspolitik vor. Durch den Regierungswechsel zur russophonen kommunistischen Regierung (2001) entsteht der Eindruck, dass sich die Republik Moldau um die gleichzeitige Einbindung in

westliche und östliche Systeme bemüht.

In der *Phase IV: ENP, Erweiterungsmüdigkeit und Reformfortschritte (Post-2004)* konsolidiert sich die EU-25 nach der Erweiterung und arbeitet bestehende Beitrittszusagen ab. Für die Nachbarschaft sieht die EU das Instrument der ENP vor. Moldaus Bemühungen hinsichtlich einer Beitrittsperspektive verfestigten sich und die Republik versucht als guter Kooperationspartner in der ENP mitzuwirken, um hierdurch bessere vertragliche Beziehungen zu erreichen.

Die vier Phasen in den EU-Moldau-Beziehungen sollen im folgenden Kapitel detaillierter vorgestellt werden. Insgesamt zeigt sich eine Intensivierung der EU-Moldau-Beziehungen, die nicht immer geradlinig und stetig verläuft und teilweise auch erhebliche Rückschritte zulässt. Die Intensivierung lässt sich aber daran beobachten, dass die dialogischen Kontaktebenen genauso zugenommen haben, wie die Häufigkeit an Gesprächen und gemeinsamen Treffen (Quantität). Zudem hat sich eine stärkere Themenvielfalt und Behandlungstiefe (Qualität) ergeben, die auf eine zunehmende Verbindlichkeit in den EU-Moldau-Beziehungen hinweist.

4.1 Phase I: Ignoranz

Die „Frühphase“ der Beziehungen zwischen der EU und Moldau umfasst die Zeit zwischen der Staatsgründung (27. August 1991) bis hin zur Mitte der neunziger Jahre (1995). Diese Anfangsphase der Beziehungen ist durch gegenseitige Distanz, Selbstbeschäftigung und Ignoranz geprägt. Den Höhepunkt der Beziehungen in dieser Periode stellt die Unterzeichnung eines PKA dar, das in Form und Inhalt weit hinter den vertraglichen Möglichkeiten der EU gegenüber Drittstaaten zurückbleibt und erst Mitte 1998 in Kraft tritt. Mit der Staatsgründung der Republik Moldau und dem Versuch der Herstellung der territorialen Integrität des Landes sowie dem Aufbau von demokratischen und marktwirtschaftlichen Strukturen ist die politische Elite des Landes überfordert. Der Blick der Staatsführung richtet sich in erster Linie auf die innere Konsolidierung der Republik, während die EU in dieser Phase an Moldau vorbei blickt.

4.1.1 Aufnahme vertraglicher Beziehungen zum neugegründeten Staat

Formelle diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion wurden von der EG erst durch die Luxemburger Gemeinsame Erklärung über die Anerkennung diplomatischer Beziehungen im Juni 1988 aufgenommen. Im Dezember 1989 wurde ein Handels- und Kooperationsabkommen (HKA) zwischen der EU und der Sowjetunion unterzeichnet (Europarl

2001, Dinan 2000: 380).²⁵ Dieses HKA enthält die Komponenten der Meistbegünstigungsklausel und des politischen Dialogs (EU Commission 1990). Hinsichtlich politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit gehören die HKA zu den schwächsten Vereinbarungen potentieller vertraglicher Beziehungen, die ausschließlich auf die Entwicklung und Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen abzielen.²⁶ Nach dem Zusammenbruch der UdSSR im Dezember 1991 wurden diese sogenannten *first generation agreements* auf Russland und die post-sowjetischen Staaten ausgedehnt (Vahl 2004).

Durch die Erlangung staatlicher Souveränität der Republik Moldau am 27. August 1991 wird die Republik völkerrechtlich von zahlreichen Staaten anerkannt. Die Republik Moldau wird am 30. Januar 1992 Mitglied der Vereinten Nationen (UN) und tritt am 2. März 1992 der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) bei. Diplomatische Beziehungen zwischen der EU und Moldau werden nach Staatsgründung im Rahmen des HKA aufgenommen. Allerdings erfordert der Zusammenbruch der Sowjetunion im Dezember 1991 eine grundlegende Neudefinition der Beziehungen zwischen der EU und Moldau (ebd.: 173).

4.1.2 Vorbereitungsphase des PKA

Die EG signalisiert nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ihre Bereitschaft, die vertraglichen Beziehungen zur Republik Moldau zu intensivieren. Am 20. Juli 1992 erklärt die EU-Kommission ihre Bereitschaft, mit den Ländern der post-Sowjetunion PKA zu unterzeichnen. Allerdings zeigt sich, dass die EU nicht leichtfertig bereit ist, vertragliche Beziehungen mit Moldau abzuschließen, die über das HKA hinausgehen oder sich bei den 1991/1992 ausgebrochenen militärischen Auseinandersetzungen in Transnistrien zu engagieren (Vahl 2004: 172). Über 15 Monate vergehen bis zur ersten schriftlichen Reaktion der EU-Kommission auf das Schreiben von Mircea Snegur, dem ersten moldauischen Präsidenten (1990 bis 1996), der sich bereits in einem Brief am 1. November 1993 an Jacques Delors, den Präsidenten der EU-Kommission, wendet und um die Aufnahme von PKA-Verhandlungen bittet. In dem Schreiben weist der moldauische Präsident darauf hin, dass bereits Verhandlungen mit anderen GUS-Staaten über ein PKA aufgenommen wurden (Chirila 2002: 40). Um diese Forderung zu unterstützen, trifft der Premierminister der Republik Moldau Andrei Sangheli in Brüssel im gleichen Monat zu

²⁵ Zur Definition von PKA und Handels- und Kooperationsabkommen: „Partnership and Cooperation Agreements (PCAs) are a category of EU accords with non member states. In terms of economic and political involvement, they are less intense than association agreements (including Europe Agreements) and more intense than Trade and Cooperation Agreements (TCAs). As well as their economic clauses (...), PCAs include a commitment to principles of human rights and democracy and involve a “structured” political dialogue between the EU and partner state both at the highest ministerial level and at civil servant and parliamentary levels” (Dinan 2000: 380).

²⁶ Zur Einordnung: Mit fast allen sogenannten Entwicklungsländern sind Handels- und Kooperationsabkommen abgeschlossen worden.

Gesprächen mit den für Handel und Außenbeziehungen zuständigen Kommissaren Sir Leon Brittan und Hans von den Broek zusammen (Government of the Republic of Moldova 2004b). In den Gesprächen wird seitens der EU-Kommission deutlich gemacht, dass die Gewährung von Unterstützungsleistungen und die Unterzeichnung des PKA von inneren Reformprozessen in Moldau abhängt (Interview mit Serebrian November 2004).

Nachdem der Präsident Snegur, trotz der in Brüssel geführten Gespräche keine unmittelbare formelle Antwort auf seine Aufforderung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein PKA erhält, wendet er sich am 28. Januar 1994 in einem zweiten Brief nochmals an den Präsidenten der EU-Kommission. Diesmal bezieht er jedoch auch die griechische EU-Ratspräsidentschaft ein und drückt dem griechischen Außenminister Teodoros Pangalos sein Bedauern darüber aus, dass Moldau als einziges MOEL über noch ungeklärte Beziehungen zur EU verfügt (Chirila 2002: 40).

Dieses nachdrückliche Insistieren zur Aufnahme von Verhandlungen mag dazu geführt haben, dass im Februar 1994 eine EU-Delegation die Republik Moldau besucht. Bei der Gelegenheit informiert der Delegationsleiter der EU-Kommission, Fokion Fotiades, den moldauischen Außenminister Mihail Popov darüber, dass auf dem letzten Treffen des Rats am 23. Februar 1994 die Eröffnung von PKA-Verhandlungen behandelt wurde. In einem detaillierten Bericht zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage Moldaus stellt der EU-Delegationsleiter das Ergebnis des letzten Ratstreffens vor: Moldau wird als Marktwirtschaft anerkannt und gilt fortan als *country in transition to democracy*. Fotiades schlägt vor, die Verhandlungen über einen Rahmenvertrag ohne Verzögerung aufzunehmen (Serebrian 2002, Chirila 2002).

Hierauf folgt ein Gegenbesuch des Präsidenten Snegur im März 1994 in Brüssel, der an die in Chisinau geführten Gespräche über die Aufnahme von PKA-Verhandlungen anknüpft und der Bereitschaft Moldaus hinsichtlich des Abschlusses neuer vertraglicher Beziehungen Nachdruck verleiht. In diesem Rahmen trifft Snegur auf die für Handel und Außenbeziehungen zuständigen Kommissare Sir Leon Brittan und Hans von den Broek, die bereits mit dem Premierminister Sangheli gesprochen hatten. In Folge dieses Treffens entscheidet sich der Europäische Rat im Sommer 1994, Nahrungsmittelhilfen von 100.000 Tonnen Reis und 75.000 Tonnen Getreide im Wert von 28 Millionen US-Dollar zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wird für den Zeitraum 1994 bis 1995 ein Kredit in Höhe von 45 Million ECU für den Zahlungsausgleich in Aussicht gestellt (Government of the Republic of Moldova 2004b).

Neben den ergebnisreichen Unterredungen hinsichtlich der humanitären und finanziellen Unterstützungsleistungen kommen die PKA-Verhandlungen ins Rollen und werden bereits nach zwei kurzen Verhandlungsrunden abgeschlossen. Der Entwurf des PKA wird

den EU-Mitgliedstaaten am 26. Mai 1994 zur Ratifizierung vorgelegt. In der zweiten Verhandlungs-runde wird vereinbart, ein Interimsabkommen zur Überbrückung bis Inkrafttreten des PKA zu unterzeichnen (Vahl 2004). Dieses Interimsabkommen erlaubt beiden Parteien, vor Inkrafttreten des PKA Handelsvereinbarungen zu treffen, da es einem vereinfachten Ratifizierungsverfahren unterliegt, das nicht der Zustimmung der EU-Mitgliedsstaaten bedarf. Die Unterzeichnung des PKA verzögert sich noch um weitere Monate. Am 28. Oktober 1994 entsendet die EU-Kommission vorerst eine Delegation unter der Leitung von Nicolaus Van der Pas zur Überprüfung des Reformprozesses in Moldau. Der im Anschluss an die Delegationsreise der EU-Kommission angefertigte positive Bericht zur Lage Moldaus führte schließlich zur Unterzeichnung des PKA am 28. November 1994 (Serebrian 2002). Zwischen der Unterzeichnung und Inkrafttreten des PKA sollen noch fast vier weitere Jahre aufgrund des langwierigen Ratifizierungsprozesses in den EU-Mitgliedstaaten verstreichen. Fast ein Jahr nach der Unterzeichnung des PKA wird das Interimsabkommen am 2. Oktober 1995 in Kraft gesetzt.

4.1.3 Halbherzige Annäherungsbemühungen an „Europa“

Die Annäherungsbemühungen der moldauischen Regierung sind verglichen mit den MOEL ausgesprochen bescheiden. Parallel zu den trägen Fortschritten in den Beziehungen zur EU wird der im Frühjahr 1994 von Präsident Snegur unterzeichnete Beitritt zur GUS vom Parlament der Republik ratifiziert. Die GUS wurde am 21. Dezember 1991 gegründet und zwölf Staaten der ehemaligen Sowjetunion werden ihr in den folgenden Jahren beitreten (IPP 2002a, Lynch 2003: 4). Von manchen Beobachtern aus dem deutschen Auswärtigen Amt wird diese als Doppelstrategie bezeichnete Vorgehensweise der moldauischen Außenpolitik, die im „Interessensausgleich“ zwischen den Integrationsan-tipoden EU und Russland besteht, als ein Haupthindernis in den EU-Moldau-Beziehungen betrachtet (Gespräche im Auswärtigen Amt 2002). Allerdings wird eine militärische Integration in die GUS-Strukturen von der moldauischen Regierung strikt abgelehnt. Parallel treibt Moldau ihre Mitgliedschaft in andere europäische Strukturen voran und wird als erstes Land der GUS im Juni 1995 in den Europarat aufgenommen (Bü-scher 2004).

Weitere bescheidene internationale Kontakte und erste Berührungspunkte zwischen Moldau und den Mittel- und Südosteuropäischen Staaten ergeben sich in dem vom französischen Premierminister vorgeschlagenen ersten Stabilitätspakt vom April 1993. Die im Zeitraum 1994 bis 1995 von der EU finanziell unterstützen Konferenzen und Runden Tische blieben für Moldau allerdings ergebnislos (Vahl 2004: 172). Zudem weist die späte, erst am 28. Januar 1994 erfolgende Akkreditierung des ersten moldauischen Botschafters bei der EU und die Einrichtung einer Auslandsvertretung in Belgien auf die

nachrangige Bedeutung der EU in der außenpolitischen Perzeption der Republik hin (Interview Capatina Mai 2006).

Darüber hinaus wird der Dialog zwischen der politischen Ebene Moldaus und dem Europäischen Parlament erst zu einem späten Zeitpunkt aufgenommen. Die erste von der Grünen-Abgeordneten Elisabeth Schrödter geleitete parlamentarische EU-Delegation trifft im April 1995 zu Gesprächen in Chisinau ein (Interview Schrödter Oktober 2003). Im Verlauf des Aufenthalts trifft die Delegation des Europäischen Parlaments den moldauischen Präsidenten Snegur, den Präsidenten des moldauischen Parlaments, Petru Lucinschi und den stellvertretenden Premierminister Ion Gutu. In den Gesprächen wurde eine erste Bestandsaufnahme zu der sozialen und politischen Situation Moldaus durchgeführt. Dabei wird die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den moldauischen Parlamentariern insbesondere im Rahmen des PKA diskutiert. Durch die Einrichtung eines parlamentarischen Dialogs soll den bilateralen Beziehungen eine weitere Ebene hinzugefügt werden, die die Beziehungen auf eine breitere Basis stellt und die Themenvielfalt zwischen der EU und Moldau vergrößert (ebd.). Allerdings findet das erste Treffen des parlamentarischen Kooperationsausschuss wegen der späten Ratifizierung des PKA erst im Oktober 1998 in Straßburg statt (Europäisches Parlament 2004: 5).

Zusammenfassend kann für die bilateralen Beziehungen in der Phase (1991 bis 1995) festgehalten werden, dass diese durch ein hohes Maß an beidseitiger Ignoranz bestimmt wurden (Lynch 2003: 4). Das finanzielle EG-Engagement belief sich in Moldau im Zeitraum zwischen 1991 bis 1995 auf lediglich 101 Millionen Euro (EU Commission 2004: 7). Zudem drücken sich die schlechten Beziehungen in einer geringen Anzahl an Kontakten und Staatsbesuchen zwischen der EU und Moldau aus. Seit der moldauischen Unabhängigkeit kommt es insgesamt zu zwei offiziellen Treffen in Brüssel mit Vertretern von EU-Institutionen: Premierminister Sangheli fährt im November 1993 zu Gesprächen nach Brüssel und Präsident Snegur im März 1994. Moldau verfügt während eines großen Teils dieses Zeitraums weder über eine Auslandsvertretung in Brüssel noch über etablierte Arbeitskontakte zu anderen nationalen Ministerien und EU-Institutionen. Ebenso besucht die erste parlamentarische Delegation Moldau erst im April 1995. Die Gespräche zielen vor allem auf den Abschluss des PKA und die Gewährung von Unterstützungsleistungen ab. Die EU lässt sich zudem nicht unmittelbar in den eskalierenden Konflikt um Transnistrien im Frühjahr 1992 involvieren und agiert im Hintergrund hinter der OSZE. Somit lässt sich für die moldauische Außenpolitik in der Frühphase feststellen, dass sie sich um eine innere und äußere wirtschaftliche und politische Konsolidierung bemühte und bei einer langfristigen strategischen Einbindung in westliche Struktu-

ren zögert. Die Republik versäumt es, sich in der unübersichtlichen Umbruchsituation und „Abwicklung“ der Sowjetunion durch die Gründung der GUS an anderen westlich liegenden Beispielländern zu orientieren. Die EU behandelt Moldau als marginales Land und widmet sich offenkundig anderen Schwerpunkten (Gheorghiu 2004b: 1, Vahl 2004).

4.2 Phase II: Mitgliedschaftsbekundungen, Missverständnisse und Rückschritte

Die Zusammenschau der Ereignisse in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ist geprägt von EU-Mitgliedschaftsbekundungen aufeinander folgender moldauischer Regierungen. Die Regierung unter Premierminister Ion Sturza verfolgt die Idee einer EU-Mitgliedschaft am konsequentesten. Jedoch bleiben ihm nur wenige Monate Zeit, bis er die Regierungsgeschäfte an Dumitru Braghis abtreten muss. Unter der Braghis-Administration verfällt die Haltung Moldaus in die alte unfruchtbare „Doppelstrategie“ der Gleichzeitigkeit von Annäherungsprozessen an die EU und Russland. Die Suche nach einem kohärenten außenpolitischen Profil Moldaus wird dadurch beeinträchtigt, dass zwischen 1994 bis April 2001 sechs unterschiedliche Regierungen vereidigt werden. Die EU-Kommission scheint alle Assoziierungs- und Mitgliedschaftswünsche des Landes zu ignorieren und insistiert, dass nur Fortschritte in der Umsetzung des PKA zu einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen führen können.

4.2.1 Assoziierungsbemühungen

Am 1. Mai 1996 tritt das Interimsabkommen zur Überbrückung des PKA in Kraft und bleibt für zwei Jahre der bescheidene vertragliche bilaterale Rahmen. Obwohl Moldau nur über einen Interimsvertrag mit der EU verfügt, wird in subsequenten Schritten engerer Kontakt mit Brüssel gesucht. Der moldauische Präsident Lucinschi (1997 bis 2001) ersucht die EU-Kommission um die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Republik Moldau und der EU. In einem Brief vom 13. Dezember 1996 an den Präsidenten der EU-Kommission, Jacques Santer, erklärt erstmalig ein moldauisches Staatsoberhaupt das Bemühen der Republik Moldau, ein Assoziierungsabkommen mit der EG abzuschließen (Government of the Republic of Moldova 2004a: 13, Klippii 2002, Serebrian 2002). Hierauf erhält der moldauische Präsident allerdings keine Antwort. Im Oktober 1997 wiederholt Präsident Lucinschi die Bitte, Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen aufzunehmen. Hierauf erhält der moldauische Präsident ebenfalls keine Antwort. Auf ein drittes Schreiben, das an den Kommissionspräsidenten und auch an die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten gerichtet ist, erhält der moldauische Präsident entweder negative oder gar keine Reaktionen (Government of the Republic of Moldova 2004a: 13).

Die Bemühungen Moldaus erleiden hierdurch keinen Abbruch und werden sogar mit

Nachdruck weiter betrieben. Auf dem ersten Staatsbesuch des moldauischen Premierministers Ion Ciubuc in Brüssel vom 3. bis 6. Dezember 1997 – der letzte Besuch eines moldauischen Premierministers liegt bereits vier Jahre zurück – thematisiert dieser bei Gesprächen mit Jean-Luc Dehaene (belgischer Premierminister), Hans van den Broek (EU-Kommission) sowie mit dem für Erweiterung zuständigen stellvertretenden Generaldirektor François Lamoureux, die Aufnahme von Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen. Grundsätzlich wird die moldauische Initiative seitens der Vertreter der EU begrüßt. Allerdings wird in den Gesprächen unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass eine neue Phase in den bilateralen Beziehungen von den Fortschritten bei der Umsetzung des PKA abhängt (Serebrian 2002).²⁷

Inhaltlich basierten die von Premierminister Ciubuc in Brüssel geführten Gespräche auf seinem Regierungsprogramm (Januar 1997 bis März 1998), in dem das Bestreben ausgedrückt wird, bis zum Jahr 2000 ein Assoziierungsabkommen mit der EU abzuschließen. Die konkrete Terminvorgabe und die präzise Vorstellung über die Art des Abkommens verwundern jedoch bei der Betrachtung der anderen Aussagen im Regierungsprogramm. Im außenpolitischen Teil des Regierungsprogramms wird lediglich vage und am Rande Bezug auf die Entwicklungen in den benachbarten MOEL im Kontext der EU-Erweiterungspolitik genommen:

“(...) their experience in the edification of a state of rule of law, their transition to the free market economy and the integration into the international structures present a special interest for our country” (Klipii 2002: 13).

Im Gegensatz zum unspezifischen Interesse am Transformationsprozess in den Nachbarländern wird das Verhältnis zur GUS ausführlich behandelt und die engen Beziehungen zu Russland als alleinige strategische Partnerschaft in aller Ausführlichkeit dargestellt (ebd.).

4.2.2 EU-Integration als strategisches Ziel

Aus den Parlamentswahlen vom März 1998 geht eine neue Regierungsformation hervor, die zwar weiterhin vom Premierminister Ciubuc geführt wird, sich aber von der politischen Agenda der ersten Regierungsphase fundamental unterscheidet (Klipii 2002: 15). Die Neuheit besteht im politischen Ziel der EU-Integration. Das Regierungsprogramm, das für die Jahre 1998 bis 2001 gelten sollte, nimmt diese Neuausrichtung auf, indem zum ersten Mal explizit der EU-Beitritt als strategisches Ziel festgeschrieben wird. Der außenpolitische Teil des Regierungsprogramms der sogenannten Ciubuc-II-Regierung enthält einen eigenen Abschnitt zur EU-Integration Moldaus und basiert auf der Ankündigung von unterschiedlichen Maßnahmen, wie beispielsweise die Entwick-

²⁷ Was allerdings nicht von moldauischer Seite durchzuführen war, weil bis zu diesem Zeitpunkt

lung einer nationalen Strategie zur EU-Integration oder die Schaffung eines interministeriellen Komitees zur Steuerung der internen und externen Maßnahmen im Rahmen des Annäherungsprozesses.

In dem Abschnitt zur bilateralen Zusammenarbeit des Regierungsprogramms wird auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Beziehungen zu den westeuropäischen Staaten, insbesondere zu Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien hingewiesen, um bei politischen und ökonomischen Reformen und den Bemühungen zur EU-Integration Unterstützung zu finden. Darüber hinaus wurde ein regionaler Ansatz als neuer Schwerpunkt in das Regierungsprogramm eingefügt, um eine verbesserte Kooperation mit südost-europäischen Ländern anzustreben. Das Regierungsprogramm wird allerdings nicht in dieser Form umgesetzt, da bereits im März 1999 eine neue Regierungskoalition gewählt wurde (ebd.).

4.2.3 Inkrafttreten des PKA und Aufnahme des bilateralen politischen Dialogs

Erst am 1. Juli 1998 tritt das für zehn Jahre gültige PKA zwischen der EU und Moldau in Kraft. Die Ausrichtung des PKA zielt nicht auf EU-Integration ab, aber dennoch werden zur Annäherung unterschiedliche Kommunikationsforen eingesetzt. Das PKA bietet seit diesem Zeitpunkt den bilateralen vertraglichen Rahmen, der basierend auf der Beachtung demokratischer Werte, Prinzipien internationalen Rechts, Menschenrechten und der Marktwirtschaft (Kapitel I, Art. 2), die politischen und ökonomischen Beziehungen bestimmt (EU Commission 1994). Die Breite der Zusammenarbeit lässt sich in der Darstellung der Kapitel erkennen:

Title I: General principles	Title VII: Economic cooperation
Title II: Political dialogue	Title VII: Cultural cooperation
Title III: Trade in goods	Title IX: Financial cooperation
Title IV: Provisions affecting business & investment	Title X: Institutional, general & final provisions
Title V: Current payments & capital	
Title VI: Competition, intellectual, industrial & commercial property protection & legislative co-operation	

Eigene Zusammenstellung, aus: EU Commission 1994.

Die Ziele der durch das PKA geschaffenen Partnerschaft werden folgendermaßen definiert:

”to provide an appropriate framework for the political dialogue between the Parties allowing the development of political relations,
to promote trade and investment and harmonious economic relations between the Parties and so to foster their sustainable economic development,
to provide a basis for legislative, economic, social, financial, and cultural cooperation,
to support efforts of the Republic of Moldova to consolidate its democracy and to develop its economy and to complete the transition into a market economy” (Art.1).

das PKA von Seiten der EU ratifiziert wurde.

Unter Kapitel II wird das Ziel der Etablierung eines strukturierten politischen Dialogs zwischen der EU und Moldau institutionalisiert. Im Artikel 6 heißt es:

“A regular political dialogue shall be established between the Parties which they intend to develop and intensify. It shall accompany and consolidate the rapprochement between the Community and the Republic of Moldova, support the political and economic changes underway in the country and contribute to the establishment of new forms of cooperation” (Art. 6).

Neue Formen der Zusammenarbeit sollen angestrebt werden. Artikel 7 hält den politischen Dialog auf Ministerebene fest und formalisiert die Beziehungen der Minister im sogenannten Kooperationsrat:

“At ministerial level, political dialogue shall take place within the Cooperation Council and on other occasions by mutual agreement” (Art. 7).

Flankierend wird im Artikel 8 eine weitere Ebene des institutionalisierten Dialogs auf der Ebene von hohen Beamten zwischen Moldau und der EU festgelegt. Daneben ist Artikel 8 bemerkenswert, da dieser Artikel explizit festhält, weitere Foren des Dialogs zu suchen:

“Other procedures and mechanisms for political dialogue shall be set up by the Parties, (...) which would contribute to consolidating and developing this political dialogue” (Art. 8).

Ebenfalls wird ein interparlamentarischer politischer Dialog in den Artikeln 9 und 87 festgelegt, der in Form des Parlamentarischen Kooperationskomitees Gestalt annimmt. Artikel 9 sieht vor:

“Political dialogue at parliamentary level shall take place within the framework of the Parliamentary Cooperation Committee”.

Dieses Komitee soll ein Forum bieten, in dem sich die Mitglieder des moldauischen Parlaments mit den Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament treffen und ihre Ansichten austauschen können (Artikel 87). Zu den in Artikel 89 festgeschriebenen Rechten des parlamentarischen Komitees gehört das Recht auf Information vom Kooperationsrat (Ministerebene) hinsichtlich der Implementierung des PKA. Darüber hinaus soll das parlamentarische Komitee von den Empfehlungen des Kooperationsrats in Kenntnis gesetzt werden und verfügt über das Recht, dem Kooperationsrat eigene Empfehlungen vorzulegen.

Dem Kooperationsrat gehören Mitglieder des Rates der EU und Mitglieder der EU-Kommission sowie Vertreter der moldauischen Regierung an (Artikel 83.1). Die Aufgaben und Häufigkeit der Treffen des Kooperationsrates sind im Artikel 82 festgelegt. Zu den Aufgaben des einmal jährlich tagenden Kooperationsrates gehört die Supervision der Implementierung des PKA. Darüber hinaus zählt zu den Aufgaben

“[to] examine any major issues arising within the framework of the Agreement and any other bilateral or international issues of mutual interest for the purpose of attaining the objectives of the Agreement” (Art. 82).

Dem Kooperationsrat wird zur Unterstützung ein Kooperationskomitee zugeordnet (Artikel 84.1). Diese Struktur soll gewährleisten, dass Kontinuität zwischen den Treffen des Kooperationsrats bestehen bleibt (Art. 84.2), da dem Kooperationskomitee Aufgaben und Befugnisse übertragen werden können. Das Kooperationskomitee besteht aus

“(...) representatives of the members of the Council of the European Union and of members of the Commission of the European Communities on the one hand and of representatives of the Government of the Republic of Moldova on the other, normally at senior civil servant level” (Article 84.1).

Weiterhin enthält das PKA die Möglichkeit, Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone mit der EU aufzunehmen, sollte Moldau die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllen²⁸. In einer Studie über die Auswirkungen einer Freihandelszone, die im Jahre 1999 erstellt wurde, kommt die Kommission zum Ergebnis, eine Freihandelszone erst dann zu verwirklichen,

„wenn geeignete rechtliche, administrative und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen wurden, so dass Moldau davon in vollem Umfang profitieren kann“ (EU-Kommission 2004).

Im Gegensatz zu früheren Abkommen sieht das PKA legislative Annäherung (Approximation) an die Gesetzgebung der Gemeinschaft vor, institutionalisiert einen strukturierten Dialog und stellt den Abschluss einer Freihandelszone in Aussicht. In vielen Bereichen ist eine Zusammenarbeit vorgesehen, aber weitreichende verbindliche und legale Abkommen zur Verfestigung und Weiterentwicklung der Beziehungen fehlen.

Der in diesem Rahmen vorgesehene Kooperationsrat auf Ministerebene zwischen der EU und Moldau findet das erste Mal am 14. Juli 1998 statt. Den Vorsitz führt Wolfgang Schüssel, Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Österreichs und amtierende Präsident des Rates der EU. Leiter der moldauischen Delegation ist der neugewählte Premierminister Ion Sturza, der vom Außenminister Nicolae Tabacaru, seinem Stellvertreter Iurie Leanca und weiteren Ministern begleitet wird (Chirila 2000, Gespräch mit Leanca Juni 2002). Die EU-Kommission wird durch Hans van den Broek vertreten. In einer gemeinsamen Stellungnahme des ersten Treffens wird erklärt, dass die Parteien alles unternehmen würden, um die Möglichkeiten des PKA voll auszuschöpfen. In dem Protokoll der Sitzung heißt es weiter:

„Sie vertraten die Auffassung, dass die erste Tagung des Kooperationsrates an sich bereits einen bedeutsamen Meilenstein in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau darstellt, und begrüßten die angestrebte Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Ziel, die schrittweise Einbindung der Republik Moldau in einen größeren europäischen Wirtschaftsraum zu fördern“ (EU Commission 1998).

²⁸ Im Kapitel I General principles, Article 4, werden die Bedingungen zum Abschluss eines Freihandelsabkommen formuliert: “The Parties shall consult each other in the year 1998 as to whether circumstances, (...) allow the beginning of negotiations on the establishment of a free trade area”.

Die jährlich stattfindenden Treffen des Kooperationsrats zielen auf die Herstellung einer stärkeren Kohärenz der Beziehungen ab, wie zum Beispiel im politischen Dialog über außenpolitische Fragen, der Zusammenarbeit bei der Verbrechensbekämpfung, den Handelsbeziehungen und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (im Rahmen von TACIS und der regionalen Zusammenarbeit). Im Laufe seiner Beratungen nahm der Kooperationsrat ein Gemeinsames Arbeitsprogramm (1998/1999) an, in dem die Prioritäten für die Zusammenarbeit identifiziert werden. Zur Umsetzung dieser Vorhaben werden entsprechende Unterausschüsse gebildet. Die praktische Durchführung des Arbeitsprogramms obliegt dem Kooperationsausschuss (Kooperationsrat 1998). Das Maßnahmenpaket für das Arbeitsprogramm umfasst unter anderem die *Rendez-vous*-Klausel zur Freihandelszone (Artikel 4) – die Auswirkungen einer derartigen Freihandelszone sollen untersucht werden: Geistiges Eigentum (Artikel 49); Angleichung der Rechtsvorschriften (Artikel 50); Bekämpfung der Kriminalität (Artikel 66 und 76).²⁹ Beim Arbeitsprogrammpunkt 12 „Kulturelle Zusammenarbeit“ (Artikel 77) heißt es:

„Beide Parteien halten eine Ausweitung ihres Kulturaustauschs für wichtig und werden sich für eine Verbesserung der Möglichkeiten der kulturellen Zusammenarbeit einsetzen“ (Art. 77).

Auf den Abschluss des PKA reagiert Moldau mit der Entsendung ihres Botschafters Ion Capatina nach Brüssel, der am 12. Februar 1999 ein Akkreditierungsschreiben als Botschafter der Republik Moldau zu den Europäischen Gemeinschaften überreicht (EU-Kommission 1999). Bei dieser Gelegenheit stellt Kommissionspräsident Santer einen Kredit in Höhe von 15 Millionen Euro und humanitäre Hilfe im Wert von drei bis vier Millionen Euro in Aussicht. Dieser 15 Millionen Euro Kredit soll neben den in Moldau mit dem PKA eingeführten TACIS-Projekten einen Beitrag zur Unterstützung des Währungsausgleichs und bei der Bewältigung der schwierigen Transformationsphase leisten (Government of the Republic of Moldova 2004b). Der moldauische Botschafter Capatina bringt bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck, dass Moldau zusätzlich auf die politische Unterstützung der EU im Transnistrienkonflikt angewiesen sei, insbesondere beim Rückzug russischer Truppen und der Stärkung ihrer territorialen Souveränität. Hierbei bekundet Botschafter Capatina, dass er auf die EU bei der Integration in europäische Strukturen und bei der Aufnahme in die WHO zähle (Interview mit Capatina Mai 2006). Jacques Santer wiederholte die Haltung der EU-Kommission hinsichtlich der Aufnahme Moldaus in die EU, dass eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der EU und Moldau nur über eine vollständige Umsetzung des PKA erreicht werden könne und ließ offen, wie diese tatsächlich nach seinen Vorstellungen aussehen kann (Chirila 2002: 55).

²⁹ Die Arbeitsprogramme mit den anderen TACIS-Ländern gleichen sich und sind insgesamt ziemlich vage.

Es bleibt an dieser Stelle festzuhalten, dass mit dem Inkrafttreten des PKA nicht nur das finanzielle Unterstützungsinstrument für die Republik Moldau und ein politischer Dialog auf Minister- und parlamentarischer Ebene geschaffen, sondern dieser auch auf der Ebene hoher Beamte institutionalisiert wurde. Zudem versuchte die moldauische Regierung die EU bei der Lösung des Transnistrienkonflikts einzubeziehen. Der Versuch einer direkten Einbindung in die Transnistrienfrage blieb jedoch erfolglos, obwohl die EU auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 zumindest dazu beigetragen hat, dass sich Russland zum Rückzug aus Transnistrien verpflichtete (Auswärtiges Amt April 2006, Deutscher Bundestag 2004, Europäisches Parlament 2004: 2).

4.2.4 Erste Pro-EU-Regierung in Moldau

Fast genau ein Jahr nach den letzten Wahlen stehen im März 1999 wieder Neuwahlen in Moldau an. Die zweite Ciubuc-Regierungskoalition wird durch eine stark reformorientierte Nachfolgeregierung unter Premierminister Ion Sturza abgelöst, die an die Reformen anknüpft und die EU-Integration Moldaus massiv vorantreibt. Die EU-Annäherung und die Einbeziehung Moldaus in den Stabilitätspakt für Südosteuropa wurde noch nie so stark gefördert, wie zu dieser Zeit. Das Regierungsprogramm (1999 bis 2002) der Sturza-Administration steht unter den drei Schlagworten: *Supremacy of Law*, *Revival of [the] economy*, *European Integration* (Chirila 2002: 55, Klipii 2002: 15). Im außenpolitischen Teil des Regierungsprogramms wird deutlich, dass sich die Regierung Sturzas einzig und allein auf einen EU-Beitritt konzentriert (ebd). Zur Erreichung des Ziels der EU-Mitgliedschaft soll eine nationale Strategie zur EU-Integration ausgearbeitet werden, die auf strikte Umsetzung des PKA gründet und das PKA als Teilschritt zur EU-Integration begreift. Des weiteren stehen drei Themen im Mittelpunkt des Regierungsprogramms: Intensivierung der politischen Anstrengungen und Ausarbeitung einer Strategie zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EU; Unterzeichnung eines Freihandelsabkommen mit der EU; Errichtung eines „menschenfreundlichen“ Visa-Regimes.

Im Gegensatz zu den außenpolitischen Programmen vergangener Regierungen werden hier die Beziehungen zu Russland oder zur GUS vollständig ausgeblendet. Es wird explizit darauf hingewiesen, dass im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen – eine sogenannte „Doppelstrategie“ verhindert werden soll, um eine mögliche Annäherung an die EU nicht zu gefährden. Nur im Kontext des Transnistrienkonflikts nimmt das Regierungsprogramm Bezug auf Russland und die GUS, wobei im Hinblick auf die russische Moderatorenrolle eine strikte Übereinstimmung mit internationalen Standards gefordert wird.

Im März 1999 besucht der neue Premierminister Sturza zur Vorstellung seines Regierungsprogramms die EU-Kommission in Brüssel. Dort trifft er auf den zuständigen EU-Kommissar für die ehemaligen Sowjetstaaten Hans van den Broek und informiert ihn über die neuen politischen Prioritäten Moldaus. Hierbei betont Sturza, dass eine der drei Säulen seines Regierungsprogramms die schrittweise erfolgende EU-Integration darstellt (Interview mit Capatina Mai 2006).

Der Politikwechsel zu einer radikalen pro-integrationistischen Haltung findet allerdings keine ausreichende Unterstützung im moldauischen Parlament, was schließlich zur Entlassung der Sturza-Regierung im Herbst 1999 führt (Interview mit Sturza Januar 2004). Als Folge hieraus ergibt sich eine substantielle Verschlechterung der bilateralen Beziehungen, die sich beispielsweise darin äußert, dass die bereits zugesagten 15 Millionen ECU an Unterstützungsleistungen ausgesetzt werden (Government of the Republic of Moldova 2004a: 14).

4.2.5 Rückschritte im EU-Kurs der Republik Moldau

Der Regierungswechsel zur neuen Braghis-Administration beeinträchtigt den in der Vorgängerregierung angelegten EU-Kurs. In dem unter der neuen Regierungskoalition erfolgenden sogenannten pragmatischen Ansatz distanziert sich die Republik Moldau wieder von der EU (Klippii 2000). Die neue Regierung sucht die strategische Partnerschaft mit Russland und setzt darauf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Fortschritte im Rahmen der GUS zu verwirklichen. Zwar wird EU-Integration weiterhin gebetsmühlenartig in der von Braghis geführten Regierung proklamiert, allerdings wirkt das Lippenbekenntnis eher pflichtbewusst und routiniert. Während die Regierungen unter den Premierministern Sangheli und Ciubuc (I) die EU in ihren Regierungserklärungen noch nicht einmal erwähnen, wird die EU-Integration Moldaus unter der von Braghis gebildeten Regierung zur Banalität.

In den Erklärungen der neuen politischen Führung wird deutlich, dass ein echter politischer Wille hinter dem EU-Integrationsprojekt des Landes fehlt und die Maßnahmen und Schritte zur Erreichung der EU-Mitgliedschaft litaneihaft im Regierungsprogramm abgespult werden – PKA-Implementierung, Einrichtung einer Freihandelszone, Entwicklung einer Assoziierungsstrategie und Abschluss eines Assoziierungsabkommens (Interview mit Gheorghiu Mai 2003, Klippii 2002: 17). Die Braghis-Regierung fällt zurück in die außenpolitische Konzeption einer „Doppelstrategie“ und proklamiert die Kompatibilität zwischen einem Ausbau der GUS-Beziehungen und einer EU-Integration, was für manche Beobachter unverständlich erscheinen mag und von der EU hinsichtlich einer EU-Beitrittsperspektive in dieser Form nicht akzeptiert wird (Interview im Auswärtigen Amt 2002, Serebrian 2002: 242 f.).

Der radikale Reformprozess des Premierministers Sturza scheitert zwar am moldauischen Parlament, allerdings verdichtet sich ein breiter Konsens unter den politischen Parteien im Hinblick auf die EU-Integration des Landes (Gespräch mit Braghis Januar 2004). Im Jahr 2000 unterzeichnet die absolute Mehrheit der moldauischen Parteien eine Erklärung zur Integration des Landes in die EU. Nach Ansicht einiger moldauischer Analysten spiegelt diese Erklärung den Konsens über die Richtung der politischen Entwicklung des Landes zu Beginn des neuen Jahrtausends wider (Interview mit Barbarosie Juni 2004).

In dieser Atmosphäre findet das zweite Treffen des Moldau-EU-Kooperationsrats am 25. Januar 2000 in Brüssel statt, das zudem durch die Beschlüsse des Gipfeltreffens von Helsinki vom Dezember 1999 geprägt wird (Skvorcova 2001).³⁰ Den rotierenden Vorsitz hat Francisco Seixas da Costa, Staatssekretär für EU-Angelegenheiten von Portugal inne. Guy Legras, Generaldirektor für Außenbeziehungen der EU-Kommission vertritt die EU-Kommission und die moldauische Delegation wird von Premierminister Dumitru Braghis geleitet. In den Schlussfolgerungen des Kooperationsrats wird herausgestellt, dass die einzige mögliche Lösung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Moldaus die Fortsetzung des Reformprozesses sei. Zudem begrüßt die moldauische Seite die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der EU auf ihrem Gipfel von Helsinki vom Dezember 1999 hinsichtlich der Erweiterung der EU. Gleichzeitig wird aber auch die Befürchtung vor einem Ausschluss von der moldauischen Seite geäußert, die durch eine Einbeziehung Moldaus in den EU-Binnenmarkt abgemildert werden könnte (Government of the Republic of Moldova 2004b). Ohne hierbei eine für sie zufriedenstellende Zusage zu erhalten, kehrt die moldauische Delegation nach Chisinau zurück (Gespräch mit Leanca November 2003, Skvorcova 2001). Die EU schlägt ihrerseits eine verbesserte Zusammenarbeit in den Bereichen Innen- und Justizpolitik, Transportpolitik und beim kulturellen Austausch vor und unterrichtet die moldauische Seite über den Beschluss des Ministerrates, Moldau beim Zahlungsausgleich mit 15 Millionen Euro zu unterstützen. Die Zahlung dieser Leistung wird sich allerdings verzögern. Hintergrund hierfür ist die Suspendierung der Zusammenarbeit zwischen den *international financial institutions (IFI)* und der moldauischen Regierung aufgrund der mangelnden moldauischen Kooperationsbereitschaft (Government of the Republic of Moldova 2004a: 14). Allerdings stellt die EU eine Neubewertung und mögliche Einführung eines Tilgungsaufschubs bei der Rückzahlung von Schulden für die folgenden drei Jahre in Aussicht (Government of the Republic of Moldova 2004b).

³⁰ Auf Empfehlung der EU-Kommission beschließt der Europäische Rat von Helsinki 1999, die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei zu eröffnen sowie die Türkei als beitriftswilliges Land anzuerkennen. Die Eröffnung der Beitrittsver-

Beim Staatsbesuch von Präsident Lucinschi vom 12. bis 14. Juli 2000 in Brüssel trifft er auf Romano Prodi, den Nachfolger von Kommissionspräsident Santer, und bekundet bei dieser Gelegenheit den Willen zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit der EU. Gegenstand der Gespräche ist zudem die Lage in Transnistrien. Beide Seiten betonen die Notwendigkeit der Aufnahme eines intensivierten politischen Dialogs, der auf allen Ebenen geführt werden müsse, wofür die Einrichtung einer ständigen EU-Delegation in Chisinau von zentraler Bedeutung sei. Als Übergangslösung schließt Romano Prodi nicht aus, dass die EU-Delegation in Rumänien auch für Moldau akkreditiert werden könnte.³¹ Romano Prodi versichert ebenfalls, dass eine aktivere Rolle der EU in Moldau derzeit überlegt werde (Government of the Republic of Moldova 2004b, Interview mit Leanca Mai 2002). Als Bedingung für die Auszahlung des in Aussicht gestellten Kredits in Höhe von 15 Millionen Euro nennt Romano Prodi die Beschleunigung des wirtschaftlichen Reformtempos und die Wiederaufnahme der Kooperation zwischen Moldau und den IFI (ebd.).

Der begleitende parlamentarische Dialog findet vom 18. bis 19. September 2000 in Brüssel statt. Die parlamentarische Delegationen werden von Valeriu Matei (Moldau) und Jan Marinus Wiersma (EU) geleitet. Iurie Leanca, erster Stellvertretender Außenminister der Republik Moldau vertritt die moldauische Regierung. Die Agenda umfasst ein breites Themenfeld. Neben dem Kernthema des Forums, der Fortschritte bei der Umsetzung des PKA, wird die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung der Republik behandelt. Insbesondere stehen der Stabilitätspakt für Südosteuropa und das Transnistrienproblem auf der Tagesordnung. Der parlamentarische Ausschuss hält in seinen Schlussfolgerungen fest, dass er die von moldauischer Seite geforderte Einbeziehung der Republik in den Stabilitätspakt für Südosteuropa grundsätzlich begrüßt. Allerdings wird auf dem Treffen ebenfalls herausgestellt, dass der Fortschritt in den Beziehungen zwischen der EU und Moldau nur über die Modernisierung und Konsolidierung der Gesetzgebung erfolgen kann. Hinsichtlich des Transnistrienkonflikts erhält die moldauische Seite die Zusage der Vertreter des Europäischen Parlaments, hierüber einen verstärkten Dialog mit ihren Kollegen der interparlamentarischen Versammlung der OSZE zu führen (ebd.).

Zusammenfassend kann für die zweite Hälfte der neunziger Jahre ein stärkeres Interesse der Republik Moldau an der EU beobachtet werden. Mehrere moldauische Regierungen suchen die Annäherung an die EU bis die Regierung unter Premierminister Sturza an

handlungen verläuft vor dem Hintergrund der Fortführung der bereits eröffneten Verhandlungen mit Estland, Polen, Slowenien, der Tschechischen Republik, Ungarn und Zypern.

³¹ Bis zur Eröffnung der Delegation in Chisinau 2005 wird die EU-Delegation in Kiew auch für die Angelegenheiten der Republik Moldau zuständig bleiben.

einem dezidierten EU-Integrationskurs scheitert und die „Doppelstrategie“ wieder zum dominanten Paradigma der moldauischen Außenpolitik erhoben wird. Die Entlassung der Reform-Regierung unter Sturza führt zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EU und Moldau. Demgegenüber kann berechtigterweise angemerkt werden, dass die kontinuierliche Wiederholung des Bekenntnisses zur EU-Integration von aufeinanderfolgenden Regierungen, das zwar mit unterschiedlichem Reformwillen betrieben wurde, zu einer Verstetigung des Ziels der EU-Integration bei den politischen Parteien und in der moldauischen Bevölkerung führte (Government of the Republic of Moldova 2004a: 14).

Die EU hingegen hält sich im besten Fall abwartend zurück und macht die Zusage zur Aufnahme von Verhandlungen hinsichtlich verbesserter Beziehungen von der Umsetzung des PKA abhängig. Dennoch ist eine Themenausweitung des bilateralen Dialogs zu beobachten, der sich nicht nur auf EU-Unterstützungsleistungen bezieht, sondern auch Themen der Innen- und Justizpolitik, der Transportpolitik, der kulturellen Zusammenarbeit sowie die Transnistrienproblematik und die Teilnahme am Stabilitätspakt für Südosteuropa anspricht.

4.3 Phase III: Moldaus „Doppelstrategie“ und gemischte Signale seitens der EU

Verglichen mit den ersten zehn Jahren der bilateralen Beziehungen, deren bescheidender Höhepunkt das späte Inkrafttreten vertraglicher Beziehungen durch ein PKA Mitte 1998 darstellt, dynamisieren sich die EU-Moldau-Beziehungen zwischen 2001 bis 2004. Hierzu zählt unter anderem die Einbeziehung der Republik Moldau in den Stabilitätspakt für Südosteuropa und in das Forum der Europakonferenzen. Mit der Aufnahme in den Stabilitätspakt wird in weiten Teilen der moldauischen Gesellschaft die Hoffnung zur Eröffnung einer EU-Beitrittsperspektive verbunden. Die Tatsache, dass Moldau als einziges Land im Stabilitätspakt nicht über eine EU-Mitgliedschaftsperspektive verfügt, stößt auf Unverständnis (Gheorghiu 2004b: 1, Ungureanu 2000).

Nichtsdestotrotz scheint es zunächst so, als sei mit dem deutlichen Wahlergebnis der kommunistischen Partei bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen³², welches auf die sich verschlechternde wirtschaftliche und soziale Lage des Landes und dem Versprechen der Korruptionsbekämpfung zurückzuführen ist (EU Commission 2001: 3), eine weitere Annäherung Moldaus an Russland verbunden. Trotz Überlegungen den wirtschaftlichen Strukturen der Russisch-Weißrussischen Union beizutreten und eine Zollunion mit Russland, Weißrussland, Kasachstan und Kirgisien abzuschließen, hält die regierende kommunistische Partei jedoch am Ziel der EU-Integration fest (Euractiv 2003, Gespräch mit Stratan Oktober 2003). Somit wird die für die moldauische Außenpolitik

³² Von 101 Abgeordneten entfielen 71 Sitze auf die kommunistische Partei.

prägende Doppelstrategie fortgesetzt. 2003 kommt es aufgrund des Transnistrienkonflikts zu massiven Verschlechterungen in den Beziehungen mit Russland (Ablehnung des Kosak-Memorandums), was zu einer stärkeren Annäherung an die EU führt (Socor 2004). Die EU hingegen bereitet ihre neue Strategie im Umgang mit den Ländern in der Nachbarschaft vor und konzeptionalisiert eine von einer EU-Beitrittsperspektive unabhängige Verbesserung der Beziehungen zu Moldau.

4.3.1 Moldaus Einbeziehung in den Stabilitätspakt für Südosteuropa

Nachdem auf allen dialogischen Ebenen der PKA-Gremien und durch den moldauischen Präsidenten Lucinchi, der Wunsch der Republik Moldau zur Teilhabe am Stabilitätspakt für Südosteuropa zum Ausdruck gebracht wurde, wird dieses Thema auf die Agenda der Arbeitsgruppe des Rats für Osteuropa und Zentralasien (COEST) vom 30. November 2000 gesetzt. Die auf Experten- und Abteilungsleiterenebene stattfindende Ratsarbeitsgruppe diskutiert die Einbeziehung Moldaus in den Stabilitätspakt für Südosteuropa. Hieran knüpft die EU-Troika bei ihrem Besuch in Chisinau vom 6. bis 8. Dezember 2000 auf der Ebene der politischen Direktoren an. Als Ergebnis dieser beiden Treffen wird der Republik Moldau die Vollmitgliedschaft im Stabilitätspakt für Südosteuropa in Aussicht gestellt (Government of the Republic of Moldova 2004b).³³ Am 28. Juni 2001 wird Moldau schließlich Teilnehmerland des Stabilitätspaktes für Südosteuropa, was nicht zuletzt auf die seit 1999 stattfindende intensive Lobbytätigkeit zurückzuführen ist (vgl. Boden 2004).

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa geht auf eine Initiative der deutschen Bundesregierung zurück und wird auf der Außenminister-Konferenz am 10. Juni 1999 in Köln ins Leben gerufen. Auf dem Gipfeltreffen am 30. Juni 1999 in Sarajewo von über 30 Staats- und Regierungschefs sowie Vertretern von internationalen Organisationen wird die Beschlussfassung des Kölner Gipfels bekräftigt. So wird aus dieser Initiative ein nunmehr auf 50 Staaten und Organisationen angewachsenes Forum, das sich dazu verpflichtet, die Staaten in Südosteuropa in ihren Bemühungen für Frieden, Demokratie, Achtung der Menschenrechte, wirtschaftlichen Wohlstand und ihrer Integration in euroatlantische Strukturen zu unterstützen. Der Stabilitätspakt zielt darauf ab, die gesamte Region dauerhaft zu stabilisieren. Die Teilnehmer des Pakts bestehen aus den Empfän-

³³ Daneben werden der Abzug der russischen Truppen, das Transnistrienproblem sowie technische, finanzielle und humanitäre Hilfe seitens der EU angesichts der Schwierigkeiten in Teilen Moldovas besprochen. Hinsichtlich des Transnistrienkonflikts wurden Zusagen seitens der Troika gemacht, dass die EU sich in der *post-conflict* Situation durch Wiederaufbauprojekte beteiligen würde, die die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen und der Schaffung einer verbesserten Atmosphäre auf beiden Seiten des Nistru beitragen würde. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen, betont die EU, dass der Kredit in Höhe von 15 Millionen Euro zum Währungsausgleich vergeben wird, sobald Moldau die Beziehungen zu den IFIs wiederaufgenommen hat.

gerländern in Südosteuropa, zu denen Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro und Kosovo, Mazedonien, Albanien, Rumänien, Bulgarien und Moldau gehören. Weitere Teilnehmer, die diese politische Initiative tragen und finanzieren sind ihre Nachbarn, zu denen die EU-Mitgliedsstaaten, die EU-Kommission, die NATO, die OSZE, der Europarat, die IFIs sowie die USA, Russland, Japan, Kanada, Norwegen und die Schweiz gehören. Seit seiner Gründung haben die Geber im Rahmen des Paktes Hilfsmittel in Höhe von rund 6 Milliarden Euro zugesagt (Stability Pact 2004).

Die Aktivitäten des Pakts werden von einem etwa 35 Mitarbeiter umfassenden Brüsseler Büro koordiniert, dem ein Sonderkoordinator vorsteht³⁴. Die Arbeitsfelder sind auf drei Themengebiete, so genannte Arbeitstische aufgeteilt, die sich in regelmäßigen Abständen zusammensetzen: Arbeitstisch 1: Demokratie und Menschenrechte, Arbeitstisch 2: Wirtschaft und Arbeitstisch 3: Militärische und innere Sicherheit. Diese Arbeitstische delegieren Arbeitsaufgaben an verschiedene Unterarbeitsgruppen und Initiativen zu den spezifischen Themen (beispielsweise Medienfreiheit, Flüchtlingsproblematik, parlamentarische Zusammenarbeit oder Kampf gegen das organisierte Verbrechen). An dem so genannten Regionaltisch, dem zentralen Beratungsorgan, nehmen alle sechs Monate sämtliche Partner teil und beraten über die Fortschritte und das weitere Vorgehen (ebd.). Durch die Einbeziehung in den Stabilitätspakt hat die moldauische Regierung nach ihrer Auffassung einen großen Etappensieg auf dem Weg in die EU errungen (Interview mit Cujba November 2004), der aus zwei Komponenten besteht: Erstens löst sich das Land durch die Einbeziehung in den Stabilitätspakt vom post-sowjetischen Image und ermöglicht die Wahrnehmung als Land des südosteuropäischen Raums. Und zweitens wird der Stabilitätspakt für Südosteuropa in enge Verbindung mit dem Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen gebracht, das als Warteraum eines EU-Beitritts gilt. Mit der Einbeziehung haben sich nach Auffassung des Außenministeriums die Chancen auf einen EU-Beitritt erhöht (ebd.).

Gleichzeitig verläuft allerdings eine Entwicklung, die die vermeintlichen oder tatsächlichen Vorteile einer Mitgliedschaft im Stabilitätspakt konterkariert. Die moldauische Regierung verkündet die Absicht, an der Russischen-Weißrussischen Union teilzunehmen und beabsichtigt zudem die Teilhabe an der von Russland, Weißrussland, Kasachstan und Kirgisien betriebenen Zollunion und die Intensivierung der Beziehungen zu Russland und den GUS-Staaten. Damit führt die moldauische Regierung allerdings die EU-Integrationsbemühungen in eine Sackgasse, weil sich die aus den unterschiedlichen Bündnissen hervorgehenden rechtlichen Verpflichtungen gegenseitig ausschließen (Europäische Kommission 2001: 5). Von einigen Beobachtern wird allerdings bezweifelt, ob der moldauischen Regierung die Inkompatibilität zwischen einer Zollunion mit der EU

und einer mit weiteren Drittstaaten überhaupt auffällt (Interview mit hochrangiger Mitarbeiterin aus dem Amt des moldauischen Präsidenten November 2004, Serebrian 2002). Allerdings wird Moldau nicht nur wegen seiner Doppelstrategie zu einem ungewöhnlichen Partner in diesem südosteuropäischen Forum für internationale Unterstützungsleistungen, sondern auch durch die an eine Mitgliedschaft geknüpften gesonderten Vorbedingungen. Als Beitrittsbedingungen zum Stabilitätspakt sollten für die Republik Moldau die Tabuisierung der beiden Themen Transnistrien und EU-Mitgliedschaft gelten (Gheorghiu 2004b: 1). Hierdurch sieht sich Moldau jedoch benachteiligt, da es als einziges Land in diesem Pakt eine Ausnahme darstellt, das nicht über eine EU-Perspektive verfügt und dessen territorialer Konflikt nicht Gegenstand der Gespräche sein darf (Ungureanu 2002).³⁵

Der Stabilitätspakt wird seither von moldauischer Seite genutzt, um Kontakte mit den SOEL anzubahnen. So nimmt zum Beispiel der seit April 2001 amtierende moldauische Präsident Wladimir Woronin an einem Gipfeltreffen zur ökologischen und nachhaltigen Entwicklung der Karpathen-Donau-Region teil (29. Mai bis 1. Juni 2001), wo er zu Gesprächen mit dem Koordinator des Stabilitätspaktes Bodo Hombach zusammentrifft. Zudem nimmt die Republik Moldau aktiv an den Aufgaben der Arbeitstische zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens (SPOC) teil (Government of the Republic of Moldova 2004b).

Den Stabilitätspakt nutzt der moldauische Präsident ebenfalls, um neben Gesprächen mit dem Koordinator Bodo Hombach auch andere Vertreter unter anderem der Nato und des Europäischen Parlaments zu treffen. Am Rande des Regionaltisches am 28. Juni 2001 trifft der moldauische Präsident Woronin den Nato-Generalsekretär George Robertson, den Generalsekretär des Rates Javier Solana, und den Stellvertretenden Präsidenten des Europäischen Parlaments Alejo Vidal-Quadras Roca.³⁶ Gegenstand der Gespräche sind die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Moldau. Während des Besuchs wird die Absichtserklärung hinsichtlich des *Memorandum of Understanding on Trade Liberalisation and Facilitation* unterzeichnet. Das Dokument sieht die Verhandlung über ein Freihandelsabkommen bis 2002 zwischen den unterzeichnenden Staaten vor, was bis heute nicht erfüllt wurde (Stability Pact 2001).

Die Republik Moldau profitiert durch den Stabilitätspakt nicht nur hinsichtlich eines erleichterten Zugangs zu Entscheidungsträgern aus Brüssel, sondern auch in finanzieller

³⁴ Bodo Hombach war der erste Sonderkoordinator, der später durch Erhard Busek abgelöst wurde.

³⁵ Die Einbeziehung Moldaus in den Stabilitätspakt zielte auf eine Stärkung des Landes durch die Ausweitung der Unterstützungsleistungen und Vertiefung der regionalen Kontakte ab. Die Suche nach einer Lösung des Transnistrienkonflikts findet allerdings nach wie vor in dem von der OSZE geführten Verhandlungsformat statt.

³⁶ Vorstandsmitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten.

Hinsicht. So erhält die Republik beispielsweise auf dem zweiten Regionaltisch in Bukarest (25. bis 26. Oktober 2001) die Zusage für Projekte in Höhe von 36 Millionen Euro, unter anderem zur Modernisierung des Autobahnabschnitts Chisinau-Giurgiulesti. Zudem ist die Einbeziehung Moldaus in das Regionalprojekt zur Erleichterung des Handels und des Verkehrs angedacht worden. In diesem Rahmen kommt es ebenfalls zu Gegenbesuchen in Moldau, wie beispielsweise am 6. Dezember 2001 durch Bodo Hombach, der auf Einladung des Präsidenten Woronin Chisinau zur ersten Halbjahresbilanz der moldauischen Aktivitäten im Rahmen des Stabilitätspakts besucht. Neben der Zunahme an politischen Kontakten kommt es zudem zu einer Ausdehnung der Themenvielfalt unter anderem über die Einbeziehung Moldaus in den aus diesem Kreis entstehenden regionalen Energiemarkt. Am 12. bis 14. November 2002 fahren Andrei Stratan, moldauischer Koordinator des Stabilitätspakts, Marian Lupu, Stellvertretender Wirtschaftsminister und Vasile Zgardan, Stellvertretender Minister für Transport und Kommunikation nach Brüssel, um dort Gespräche mit dem Generaldirektor für Außenbeziehungen der EU-Kommission Minagrelli und dem Generaldirektor für Transport und Energie Pedro de Sampaio Nunes sowie mit Bernard Soy, Leiter des Arbeitstisches 2 (Wirtschaft), zu führen. Gegenstand der Gespräche ist Moldaus Partizipation an dem Memorandum des regionalen Elektrizitätsmarktes in Südosteuropa und seiner Integration in den EU-Binnenmarkt, das auf dem Ministerrat von Athen am 15. November 2002 unterzeichnet werden sollte (Government of the Republic of Moldova 2004b, Interview mit Serebrian November 2004).

Die EU-Moldau-Beziehungen erleben eine Premiere, als wenige Wochen nach der positiven Antwort zur Mitgliedschaft in dem Stabilitätspakts die EU-Troika (Ratspräsidentschaft, EU-Kommission, Hoher Repräsentant der Außen- und Sicherheitspolitik) am 14. Februar 2001 Chisinau besucht (NZZ 2001). Der Besuch der EU-Troika erfolgt im Rahmen einer Reihe von Besuchen in die GUS, bei der die ersten beiden Ziele Moskau und Kiew sind. Zur von der schwedischen Außenministerin Ann Lindh geleiteten Delegation gehört neben Javier Solana und Chris Patten auch der belgische Außenminister Louis Michel. Auf der Tagesordnung stehen neben Moldaus Partizipation am Stabilitätspakt auch die Transnistrienproblematik und die ungesicherte moldauische Ostgrenze. Bei ihrem Treffen betont die EU-Troika die Notwendigkeit der Umsetzung des PKA und wiederholt ihre Unterstützung bei der Lösung des Transnistrienkonflikts im Sinne der territorialen Integrität und Souveränität der Republik Moldau. Ebenso wurde seitens der EU versichert, Moldaus Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WHO) zu unterstützen, die aufgrund der bis dahin durchgeführten marktwirtschaftlichen Reformen im Jahre 2001 erfolgte. Somit wird die Republik Moldau als erstes GUS-Land in der WHO aufgenommen (WTO 2001, Government of the Republic of Moldova 2004b).

Durch den Besuch der EU-Troika intensivieren sich die Kontakte zwischen Chisinau und Brüssel. Auf dem dritten Treffen des Kooperationsrats der EU und Moldau in Brüssel vom 15. Mai 2001 trifft der moldauische Premierminister Tarlev den Generalsekretär des Rats und Hohen Repräsentanten der Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana sowie den EU-Kommissar für Außenbeziehungen Christopher Patten und Nato Generalsekretär Lord George Robertson. Im Rahmen dieser Gespräche trifft sich der Stellvertretende Premierminister Andrei Cucu mit Peter Carl Mogens, Generaldirektor für Handel der EU-Kommission. Die Parteien stimmen über die Bedeutung der Zusammenarbeit im Bereich der Justiz- und Innenpolitik insbesondere bei Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschen- und Drogenhandels sowie Schmuggel von Alkohol und Zigaretten überein. Die Repräsentanten der EU betonen die Notwendigkeit von ausländischen Direktinvestitionen für die wirtschaftliche Entwicklung Moldaus und für den Ausbau der Handelsbeziehungen mit der EU (ebd.).

Ende 2001 verabschiedet die EU für Russland, die Ukraine und Moldau neue Länderstrategien für den Zeitraum für 2002/2006 sowie entsprechende nationale Schwerpunktprogramme für 2002/2003, deren Inhalte die auf dem dritten Kooperationsrat geführten Gespräche widerspiegeln (EU Commission 2001). Die Schwerpunktprogramme enthalten zunächst eine Bestandsaufnahme der jeweiligen regionalen Lage und formulieren dann die daraus resultierenden europäischen Interessen und die Maßnahmen der technischen Hilfe, einschließlich der Budgetierung. Einzelne Reformfortschritte werden hervorgehoben, wie beispielsweise die positive wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine, Moldau und Russland nach dem Kollaps des russischen Wirtschafts- und Finanzmarkts im August 1998. Dieses Wachstum basiert zum einen auf den gestiegenen Energiepreisen auf den Weltmärkten und den Folgewirkungen der Krise, zum anderen aber auch auf strukturelle Reformen. Die Länderstrategie der EU für Moldau kritisiert insbesondere Defizite bei den politischen und gesellschaftlichen Reformen. Unzureichende Pressefreiheit, die Verteilung politischer Macht durch Interessengruppen sowie die unzureichende Trennung zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht werden als erhebliche Reformhindernisse genannt. Die Kommission äußert sich darüber hinaus besorgt über die extreme Armut und die Abwanderungen aus Moldau (ebd.).

In ihrer strategischen Ausrichtung unterscheidet die EU-Kommission zwischen den zukünftigen Nachbarstaaten Ukraine und Moldau auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Ein Schwerpunkt der Beziehungen zu den Nachbarstaaten ist die Sicherung der inneren Stabilität sowie die Schaffung sicherer und leistungsfähiger Grenzregime (Gheorghiu 2004: 1). Obwohl die EU-Osterweiterung die Einführung von Schengen- adäquaten Visabestimmungen erfordert sowie das wirtschaftliche und soziale Ungleichgewicht zwischen der künftigen EU und ihren östlichen Nachbarn vergrößert, sollen

durch gezielte technische Hilfsmaßnahmen neue Trennlinien vermieden werden (Löwenhardt/Hill/Light 2001: 605). Bei der Zusammenarbeit mit Russland spielen zusätzliche sicherheitspolitische Interessen eine Rolle. Die TACIS-Hilfe soll künftig schwerpunktmäßig Unterstützung für institutionelle, rechtliche und administrative Reformen, für den Ausbau des privatwirtschaftlichen Sektors sowie zur Abmilderung sozialer Reformfolgen bereitstellen. Der finanzielle Rahmen nimmt nicht zu und liegt auch 2002 bei 20 Millionen Euro für Moldau (Kempe 2001/2002).

Das vierte Treffen des EU-Moldau-Kooperationsrats in Luxemburg (15. April 2002) knüpft an das ein Jahr zurückliegende Treffen an. Hierbei setzt sich die moldauische Delegation unter Leitung von Premier Vasile Tarlev für die Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens ein. Der Premierminister bittet hierbei um eine von der EU auszuarbeitende *Roadmap*, die zum Abschluss einer Freihandelszone führt. Ebenfalls wird bei den Treffen von moldauischer Seite um Hilfe bei der Entwicklung eines Aktionsplans im Bereich der Innen- und Justizpolitik gebeten. Auf Vorschlag der EU-Kommission wird als eine neue Priorität bei der Umsetzung des PKA die Verbesserung des Investitionsklimas hinzugefügt (Gheorghiu 2004b: 1). In der Folgezeit wird zwar keine *Roadmap* zur Erlangung einer Freihandelszone angefertigt, jedoch hält die EU andere flankierende Maßnahmen bereit, um die Republik zu unterstützen, wie zum Beispiel die Einbeziehung in die Europakonferenz.³⁷

4.3.2 Konzeptionelle Entwicklung der ENP

Der Europäische Rat von Göteborg (15. bis 16. Mai 2001) eröffnet Moldau und der Ukraine zur Verbesserung der Beziehungen, die Möglichkeit an der Europakonferenz teilzunehmen (Europäischer Rat 2001). Damit wird für Moldau eine weitere Gelegenheit geschaffen den Dialog zu anderen Staats- und Regierungschefs aus dem europäischen Raum und Vertretern von EU-Institutionen auszubauen. Auf der Europakonferenz kann in besondere Weise auf die Herausforderungen der von der EU ausgeschlossenen Länder hingewiesen werden, was sich beispielsweise in der Erklärung von Athen (16. bis 17. April 2003) zur Überwindung von neuen Trennlinien in Europa ausdrückt (EU-Präsidentschaft Griechenland 2003).

Diese Erklärung und die Aufnahme Moldaus in die Europakonferenz zählen zu den Maßnahmen eines stärkeren inklusiven Ansatzes der EU, der vor dem Hintergrund der Erweiterungen verfolgt wird, um insbesondere die Wirkungen einer „harten“ Schengengrenze abzufedern. Zu den dämpfenden Maßnahmen gehört insbesondere der 2002 eingeleitete Prozess der Nachbarschaftspolitik, der zunächst unter der Überschrift „Erwei-

³⁷ Die Europakonferenz der EU-Mitgliedstaaten und der beitrittswilligen Länder soll den Erweiterungsprozess in den kommenden Jahren begleiten. Sie ist ein Forum für multilaterale politische Konsultationen zu Themen von allgemeinem Interesse.

tertes Europa“ firmiert und dann klarer in dem Konzept der Neuen Nachbarschaftspolitik vorgestellt wird und später als ENP umgesetzt werden soll.

Unter der ENP ist ein Maßnahmenpakt zu verstehen, welches nach Lösungen für eine stärkere Einbindung von europäischen Nachbarn ohne Beitrittsperspektive sucht. Dieser Ansatz wird durch die aufsehenerregende Rede von Romano Prodi eingeleitet, in der er das Konzept eines Ring von Freunden am 6. Dezember 2002 vorstellt. Hierin ruft er zu einer Debatte über die Grenzen Europas auf, damit diese Grenzen nicht durch andere bestimmt werden (EU-Kommission 2002). Das proklamierte Ziel der ENP ist es, Wohlstandsmaximierung auf beiden Seiten der EU-Grenze zu erreichen. Insbesondere zielt die ENP darauf ab, die ärmeren südlichen und östlichen Länder dabei zu unterstützen, Stabilität, Wohlstand und Sicherheit zu erlangen. Die EU befürchtet, dass sich die Erweiterung nicht nur positiv auf ihre Nachbarn auswirkt, besonders im Hinblick auf die bedeutende grenzüberschreitende Kooperation von strukturschwachen Regionen wie beispielsweise an der polnisch-ukrainischen Grenze. Eine „harte“ Schengengrenze zwischen diesen beiden Gebieten hätte negative Folgen für Handel und soziokulturellem Austausch. Dies gilt ebenfalls auch für die EU-Grenzziehung zwischen den historisch eng miteinander verbundenen Ländern Rumänien und Moldau. Die ENP zielt also darauf ab, das bestehende Wohlstandsgefälle an der Grenze der EU zu bekämpfen und sucht die *Insider-Outsider-Problematik* zu entschärfen. Zudem geht es vor allem um den Schutz vor *soft-security-risks*, wie sie durch den Waffenhandel, Drogenschmuggel und Frauenhandel auf die EU wirken. Die ENP soll verhindern, dass die von manchen befürchtete „Festung EU“ und die Verschiebung des „Eisernen Vorhangs“ Realität wird:

“The European Neighbourhood Policy is a new policy that invites our neighbours to the East and to the South to share in the peace, stability and prosperity that we enjoy in the European Union and which aims to create a ring of friends around the borders of the new enlarged EU” (EU Commission 2005).

Zur Erreichung dieser Ziele werden bilaterale Aktionspläne zwischen der EU und den Nachbarn ausgearbeitet, bei denen insbesondere das Prinzip des *joint ownership* im Mittelpunkt stehen sollte. Nach einer erfolgreichen Implementierungsphase von drei bis fünf Jahren soll ein sogenanntes Europäisches Nachbarschaftsabkommen (ENA) abgeschlossen werden. Die Finanzierung der Maßnahmen des Aktionsplans soll über ein neu zu schaffendes Finanzierungsinstrument, das Europäische Nachbarschaftsinstrument (ENPI), abgewickelt werden. Folgende Bereiche werden von den Aktionsplänen thematisiert:

- Politischer Dialog und Reform im Bereich Menschenrechte und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, politische und regionale Kooperation einschließlich Konfliktlösung, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Kampf gegen den Terrorismus;
- Ökonomische und soziale Reformen und Entwicklung;

- Handel, Markt und regulative Reformen;
- Zusammenarbeit in der Justiz und Innenpolitik;
- Transport, Energie, Informationsgesellschaft und Umwelt;
- Kontakte auf zwischenmenschlicher Ebene, Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Technologie, Kultur und Bildung sowie grenzüberschreitende und regionale Zusammenarbeit (ebd.).

Ein Gegenentwurf zur ENP bildet das vom polnischen Außenministerium vorgelegte *Non-Paper* (Januar 2003), das sich ebenfalls in die Diskussion über die Grenzen der EU einschaltet und eigene Vorschläge hinsichtlich einer Politik gegenüber den neuen östlichen Nachbarn der EU-Erweiterung vorlegt. Polen drückt hierin das Interesse aus, dass die östlichen Nachbarn unter Einhaltung der Mitgliedschaftskriterien langfristig die Möglichkeit zur Mitgliedschaft erhalten sollen (Paulauskas 2006).

Auf dem fünften Treffen des parlamentarischen Kooperationskomitees in Straßburg vom 25. bis 26. September 2002 bringt die moldauische Delegation unter Leitung von Victor Stepaniuc zum wiederholten Male deutlich zum Ausdruck, dass EU-Integration die Top-Priorität der moldauischen Außenpolitik darstellt, was nach Auffassung der moldauischen Regierung nicht mit der Nachbarschaftspolitik in der vorgesehenen Form vereinbar ist (Interview mit Capatina Mai 2006).³⁸

Auf dem fünften Treffen des Kooperationsrats vom 18. März 2003 in Brüssel stellt der moldauische Premierminister Vasile Tarlev, zum ersten Mal offiziell die Haltung Moldaus im Hinblick auf die Konzeption der Nachbarschaftspolitik vor. Hier bringt er zum Ausdruck, dass die Initiative grundsätzlich von der Republik Moldau begrüßt wird, allerdings macht er darüber hinaus deutlich, dass Moldau den Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der EU anstrebt und langfristig das Ziel einer EU-Mitgliedschaft verfolgt (Government of the Republic of Moldova 2004b).

Durch die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 5. Juni 2003 erfährt die Diskussion über eine EU-Perspektive Moldaus neuen Auftrieb. Eine Einbeziehung der Republik in die südosteuropäische Strategie der EU soll hiernach geprüft werden. In der verabschiedeten Entschließung heißt es:

"(...) that the Process of Stabilization and Association is a dynamical process aimed at bringing the beneficiaries closer to the EU and euro-atlantic standards and invites the EU institutions to evaluate the feasibility of its enlargement and of the inclusion of the Republic

³⁸ Ion Capatina, stellvertretender Außenminister und Iurie Rosca, stellvertretender Vorsitzender des Komitees neben ebenfalls an dem Arbeitstreffen von moldauischer Seite teil. Die EP-Delegation wird von Jan Marinus Wiersma geleitet.

of Moldova and, if required, to clarify the conditions to be fulfilled to such an end (...)” (Europäisches Parlament 2003).

Auf der sechsten Sitzung des parlamentarischen Kooperationsausschusses, die unter dem gemeinsamen Vorsitz von Jan Marinus Wiersma und Victor Stepaniuc am 11. Juni 2003 in Chisinau stattfindet, wird ebenfalls die EntschlieÙung des Europäischen Parlaments vom 5. Juni 2003 begrüÙt (EU-Moldova Parliamentary Cooperation Committee 2003). Zudem wird in den Schlussfolgerungen und Empfehlungen des sechsten Treffens ebenfalls zum Ausdruck gebracht, dass der bilaterale gerade ausgearbeitete Aktionsplan „die Bestrebungen Moldaus zu einer Integration in die EU in Betracht zieht“ (ebd.: 2). Beim Besuch von Günter Verheugen, EU-Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik vom 4. bis 5. Dezember 2003 in Chisinau stellt er das Konzept der individuellen Aktionspläne vor. Verheugen wirbt bei seinem Besuch für die ENP, die „erheblich mehr für Moldau bereithält als der Stabilitätspakt“. Moldau kann nach seinen Worten zu einem beispielhaften Erfolgsmodell in der Nachbarschaftspolitik werden, wenn es in diesem Rahmen ausgezeichnet kooperieren sollte. Verheugen rät deshalb von einem Festhalten an der Assoziierungsstrategie ab (AZI 2003, vgl. Tempel).³⁹

4.3.3 EU-Engagement in der Transnistrienfrage

Am 13. bis 14. November 2002 besuchen Kees van Raij und Carl Hartzell, Berater von Javier Solana, die Republik Moldau (Government of the Republic of Moldova 2004b). Dieser Besuch könnte einen Wendepunkt hinsichtlich eines aktiveren Engagements der EU im Transnistrienkonflikt markiert haben.

Dafür spricht beispielsweise die Verlängerung des Einreiseverbots für die transnistrische Führung in die EU vom Februar 2003, das in der Folge bislang jährlich verlängert wurde. Ebenso setzt die EU mit der Initiative zur gemeinsamen Grenzkontrolle zwischen der moldauischen und ukrainischen Grenzpolizei zur Sicherung der östlichen Außengrenzen durch technische Hilfe der EU neue Maßstäbe. Im März 2003 werden hierzu erste trilaterale Konsultationen zur Errichtung von Grenzkontrollen auf transnistrischem Gebiet aufgenommen. Zudem versucht die Niederlande während ihre Präsidentschaft in der OSZE ein stärkeres Engagement in der Region durch die Entsendung einer bewaffneter EU-Friedenstruppe nach Transnistrien zu erreichen. Dieser Vorschlag geht auf den früheren niederländischen Außenminister und jetzigen Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer zurück. Die Nähe des Konfliktherdes zu Europa begründet ein hohes Sicherheits- und Stabilitätsinteresse der EU. Die niederländische OSZE-Präsidentschaft scheitert allerdings mit ihrem Vorschlag zur Entsendung einer EU-Friedenstruppe an der

³⁹ U.a. auch eigene Mitschrift aus Anlass des Treffens zwischen Günter Verheugen und der Zivilgesellschaft, 5. Dezember 2003, Palast der Republik, Chisinau.

Kritik der bisherigen Akteure im Konfliktmanagement aus der Ukraine, Moldau, Transnistrien und der OSZE (ICG 2003a).

Dennoch übernimmt die EU nach den bescheidenen Fortschritten der OSZE eine aktivere Rolle im Transnistrienkonflikt (Interview Nantoi März 2003). Die aktivere Rolle der EU im Transnistrienkonflikt – so bescheiden diese auch aussehen mag – verläuft parallel zu einem unabgestimmten, einseitigen Vorgehen der russischen Regierung zur Lösung der Statusfrage Transnistriens. Der russische Vorschlag, der an dem von der OSZE etablierten Verhandlungsformat vorbei lanciert wurde, sieht vor, die Stationierung russischer Truppen weiterhin auf moldauischem Boden festzuschreiben und dem transnistrischen Regime in einem neu zu schaffenden konföderalen System weitreichende und überproportional starke Einflussmöglichkeit zur Politikgestaltung einzuräumen. Bis zur Intervention der europäischen Seite scheint die moldauische Staatsführung mit dem sogenannten Kosak-Memorandum einverstanden zu sein. Der russische Präsident Putin hatte sich bereits an seinem Platz im Flugzeug nach Chisinau eingerichtet, um zur Unterzeichnung des Vertrages zu fliegen, als ihn die Nachricht vom plötzlichen Meinungsumschwung des moldauischen Präsidenten Woronins erreicht. Unverrichteter Dinge steigt Putin aus dem Flugzeug wieder aus. In der Folgezeit kommt es zu einer deutlichen Verschlechterung der moldauisch-russischen Beziehungen, was sich vor allem im Wahlkampf 2005 in Moldau zeigt, als die russische Regierung mit unterschiedlichen Mitteln versucht, die oppositionellen Kräfte gegenüber der regierenden kommunistischen Partei zu stärken. Daraufhin kommt es zu einer eindeutigeren westlichen Ausrichtung der moldauischen Außenpolitik (ebd.).

4.3.4 Neue Verwaltungsstrukturen zur EU-Integration

Das Wahlprogramm der kommunistischen Partei Moldaus für die Wahlen 2001, bei denen der spätere moldauische Präsident Woronin als Premierminister kandidiert, wird in der Rückschau als geradezu revolutionär bewertet (Klippii 2002). Das Wahlprogramm unterscheidet sich von allen bisherigen Wahlprogrammen der kommunistischen Partei: Das Bekenntnis zur EU ist klarer als je zuvor. In dem Abschnitt des Wahlprogramms, der die außenpolitischen Prioritäten behandelt, finden sich unter der Überschrift, EU-Integration der Republik Moldau, folgende Maßnahmen:

- Zur Erreichung des strategischen Ziels der EU-Mitgliedschaft Moldaus soll eine nationale Strategie entwickelt, eine verbesserte Nutzung des interministeriellen Komitees für EU-Integration erreicht, eine Kopplung der nationalen Gesetzgebung mit dem Acquis erzielt sowie eine Abteilung für EU-Integration geschaffen werden.
- Des weiteren enthält das Wahlprogramm die Aufforderung zu einer strikten Im-

plementierung des PKA. Darüber hinaus wird eine Intensivierung politischer und diplomatischer Bemühungen gefordert, um die Verhandlungen zum Abschluss eines Assoziierungsabkommens voranzutreiben (ebd.).

Diesem strategischen Ziel folgend nimmt Ende 2002 die Nationale Kommission zur Integration in die EU ihre Arbeit auf. Es handelt sich hierbei um ein Gremium unter dem Vorsitz des Premierministers, von Ministern und einem Vertreter der Zivilgesellschaft, das die strategische Planung zur EU-Integration vorantreiben soll (Gheorghiu 2004b: 2, 2005, Government of the Republic of Moldova 2005a: 16).

Im Verlauf des Jahres 2003 richtet Moldau weitere parlamentarische und administrative Strukturen zur Heranführung an die EU ein. Hierzu zählt der parlamentarische Ausschuss zur EU-Integration (28. Februar 2003), dem Mihai Camerzan, stellvertretender Parlamentspräsident, vorsitzt. Daneben richtet das Außenministerium eine Abteilung für Angelegenheiten der EU-Integration ein (8. August 2003). Spiegelreferate, Unterabteilungen und Abteilungen zur EU-Integration werden in allen Ministerien geschaffen (Government of the Republic of Moldova 2004: 16, Interviews im moldauischen Außenministerium Januar bis September 2003, Gheorghiu 2004b).

Am 16. September 2003 nimmt die Nationale Kommission zur Europäischen Integration das Konzept zur EU-Integration an, das der EU-Kommission und dem Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik am 9. Oktober 2003 vorgelegt wird. Zudem wird die konzeptionelle Arbeit zur Entwicklung der Europäischen Strategie der Republik Moldau (ESRM) aufgenommen (Gheorghiu 2004b).

Auch vor dem Hintergrund der Schaffung administrativer Strukturen, die auf das Ziel der EU-Integration ausgerichtet sind, klafft eine Lücke zur tatsächlich durchgeführten Politik unter der ersten Präsidentschaft von Wladimir Woronin. Die marktwirtschaftlichen und demokratischen Defizite werden beispielsweise unumwunden in den Schlussbemerkungen und Empfehlungen des parlamentarischen Ausschusses für die Zusammenarbeit EU-Republik Moldau aufgezählt (EU-Moldova Parliamentary Cooperation Committee 2003). Bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Republik Moldau äußert der Ausschuss tiefe Besorgnis über ansteigende Staatsschulden. Er weist auf die Notwendigkeit einer engeren Kooperation mit den IFIs hin und benennt die vernachlässigte Gruppe der sozial Schwächeren. Zudem empfiehlt der parlamentarische Ausschuss das Festhalten an strukturellen, administrativen und rechtlichen Reformen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Darüber hinaus wird zum Ausdruck gebracht, dass hinsichtlich der Menschenrechte und der freien Meinungsäußerung die Oppositionsparteien und den Interessen von Minderheiten „uneingeschränkte Möglichkeiten gegeben werden müssen“ (ebd.: 4).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine neue Dynamik in den EU-Moldau-Beziehungen zu beobachten ist. Die EU zeigt eine zunehmende Bereitschaft, sich in Moldau zu engagieren, und bezieht Moldau in wichtige Kooperationsforen wie beispielsweise die Europakonferenz oder den Stabilitätspakt für Südosteuropa ein. Die Einbeziehung in den Stabilitätspakt, einem internationalen Forum, das der Heranführung von Drittstaaten an EU-Strukturen dienen soll, ruft bei manchen Beobachtern die Besorgnis hervor, die EU würde falsche Hoffnungen in Chisinau wecken und mehrdeutige Signale versenden, die unrealistische Erwartungen nähren. Hierdurch könnten neue Ansprüche der moldauischen Seite im Hinblick auf eine volle Einbeziehung in die Südosteuropäische Strategie der EU insbesondere der Gewährung einer Perspektive zur Vollmitgliedschaft von moldauischer Seite abgeleitet werden, die durch die Schaffung administrativer und parlamentarischer Strukturen zur EU-Integration und einer Pro-Integrationsrhetorik der Staatsführung flankiert werden. Allerdings zeigt sich, dass die Rhetorik der Staatsführung in weiten Teilen nicht mit der tatsächlich durchgeführten politischen Umsetzung von Reformen einhergeht. Im Bereich der Medienfreiheit, der Etablierung marktwirtschaftlicher Strukturen und der Korruptionsbekämpfung sind gegenläufige Tendenzen der Staatsführung offensichtlich. Zudem ist die moldauische Bündnispolitik nicht immer eindeutig ausgerichtet und enthält Elemente einer Doppelstrategie.

Die von Seiten der EU eingeleiteten Maßnahmen zur Annäherung an Moldau verlaufen vor dem Hintergrund der anstehenden EU-10-Erweiterung, die voraussichtlich negative Konsequenzen für den Nachbarschaftsraum beinhaltet. Das Nachbarschaftskonzept, das in einer späteren Phase zur ENP entwickelt wird, soll diese negativen Folgewirkungen der EU-Erweiterung adressieren. Zudem beteiligt sich die EU in dieser Phase durch ein aktiveres Engagement in dem wichtigsten Transformationsproblem Moldau: dem Transnistrienkonflikt.

4.4 Phase IV: ENP, Erweiterungsmüdigkeit und Reformfortschritte

Der Betrachtungszeitraum von 2004 bis Mitte 2006 überblickt einen Abschnitt der Beziehungen, in dem die Republik Moldau gleichzeitig stärker eingebunden und weggedrängt wird. Die ENP nimmt weiter Konturen an und der bilaterale Aktionsplan mit Moldau wird erarbeitet und verabschiedet (Februar 2005). Die EU zeigt deutlichere Präsenz in Moldau, was sie durch die Schaffung einer EU-Delegation in Chisinau und die Entsendung eines EU-Sonderbeauftragten auch „physisch“ sichtbar macht (Lerke 2005). Neben diesen Annäherungsbemühungen lässt sich eine starke gegenläufige Tendenz erkennen. In der EU werden nicht zuletzt durch das (vorläufige) Scheitern des Verfassungsvertrages Ermüdungserscheinungen offensichtlich. Zudem scheint die epochale EU-10-Erweiterung zunächst „verdaut“ werden zu müssen, bevor Überlegungen hinsichtlich neuer Erweiterungen angestellt werden können. Die wiedergewählte kommunistische Regierung in Chisinau bekräftigt hingegen ihre volle Absicht, EU-Mitglied zu werden und kann deutliche Fortschritte hinsichtlich der Demokratisierung und Umsetzung wirtschaftlicher Reformen vorweisen.

4.4.1 Verhandlungen über den bilateralen Aktionsplan

Der im Rahmen der Nachbarschaftspolitik vorgeschlagene Aktionsplan mit Moldau wird auf insgesamt fünf bilateralen Treffen ausgearbeitet, die zwischen der EU und der Republik Moldau in Chisinau und Brüssel stattfinden (Interview mit Gheorghiu Dezember 2005).

Bei der ersten, am 29. Januar 2004 stattfindenden Verhandlungsrunde leitet der Außenminister Andrei Stratan die moldauische Arbeitsgruppe, die in Brüssel auf die von Mingarelli Hugues, Abteilungsleiter der GD Außenbeziehungen, geleitete EU-Delegation trifft. In der ersten Runde werden die Struktur und der Inhalt des Aktionsplans diskutiert. Der Aktionsplan soll bereits gegen Ende des ersten Vierteljahres dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten zur Entscheidung vorgelegt werden. Aus Gründen eines erleichterten Verfahrens mit allen Nachbarschaftsländern drängt die EU-Kommission darauf, dass die Struktur des Aktionsplans für Moldau den anderen bilateralen Aktionsplänen gleichen soll, was von der moldauischen Seite grundsätzlich akzeptiert wird. Die Hauptpunkte bei den Verhandlungen bestehen für den Außenminister Stratan darin, ein asymmetrisches Freihandelsabkommen mit der EU und die in der Nachbarschaftspolitik angebotene Möglichkeit des freien Zugangs von Personen und Gütern auf den EU-Binnenmarkt zu erreichen.

Bei der zweiten Runde der Konsultationen (am 23. Februar 2004), dringt die moldauische Verhandlungsgruppe darauf, einen eigenen gesonderten Abschnitt zur Transnistrienfrage in den Aktionsplan aufzunehmen und jegliche Formulierungen im Aktions-

plan zu verhindern, die den Abschluss eines ENA vorsehen, um die Festschreibung des Nachbarschaftsstatus zu umgehen (ebd., BASA 2004).⁴⁰

Nach der zweiten Runde kommt es aufgrund der Intervention des Rats zu einer Unterbrechung der Verhandlungen über individuelle Aktionspläne mit Drittstaaten, weil zwischen dem Rat und der EU-Kommission noch Abstimmungsbedarf besteht, wie das weitere inhaltliche Vorgehen und die Kompetenzverteilung ausgestaltet werden soll. Es sollen nun zunächst Länderberichte und die ENP-Strategie erscheinen, um auf dieser Grundlage über die Ausgestaltung der Aktionspläne zu entscheiden. Am 12. Mai 2004 erscheinen daraufhin die ENP-Strategie und die Länderberichte. Im Winter, am 12. Dezember 2004 werden die ersten sieben Aktionspläne unter anderem auch der EU-Moldau-Aktionsplan der Öffentlichkeit vorgestellt. Trotz des holprigen Verfahrens liegt der Vorteil des Aktionsplans für Moldau darin, dass die moldauische Regierung damit die Möglichkeit erhält, durch die internen und externen *Monitoring*-Mechanismen ein realistisches Bild vom Zustand der Republik zu zeichnen (ADEPT/Expert Grup 2006, EU Commission/Council 2006, vgl. Government of the Republic of Moldova 2005).

Unter der neuen Präsidentschaft von José Manuel Barroso (ab November 2004) wird ein eindeutiger Ansatz gegenüber den Nachbarländern erkennbar. Das Ressort Außenbeziehungen, das von Ferrero-Waldner geleitet wird, ist unter der neuen Kommissions-Präsidentschaft um den Bereich ENP vergrößert worden. In der vorangegangenen Besetzung trug der damalige Kommissar für Erweiterung, Günter Verheugen, die politische Verantwortung für die Länder des Wider-Europe-Konzepts (Bulletin Quotidien Europe 2003: 10). Einige behaupten, dass sich Verheugen diesem Arbeitsbereich angenommen hatte, da sein Aufgabenfeld durch die Erweiterung im Mai 2004 abgewickelt wurde und er nach neuen Herausforderungen strebte. Wichtiger erscheint aber die Sichtweise, dass der neue Politikbereich Nachbarschaftspolitik dem damaligen Erweiterungsressort zugeordnet wurde, um so die Folgeprobleme der Erweiterung auf die Nachbarschaft zu bearbeiten. Die Erweiterung erforderte eine Neubewertung und Neugestaltung der nachbarschaftlichen Beziehungen zu den Ländern, die in unmittelbare geographische Nähe zur EU gerückt sind und mögliche Benachteiligungen in den bilateralen Beziehungen im Vergleich zu den ehemaligen Nicht-EU-Mitgliedern hinnehmen müssen. Die Eingliederung in den Bereich Erweiterung der EU-Kommission hat möglicherweise zu Hoffnungen in Chisinau und Kiew geführt, dass beide Länder bereits mit der „richtigen“ Generaldirektion (Erweiterung) verhandelten - insbesondere hinsichtlich späterer Beitrittsverhandlungen.

⁴⁰ Im Anschluss an die Verhandlungen zum Aktionsplan findet am 24.2.2004 das 6. Treffen des Kooperationsrats in Brüssel statt, wo Premierminister Tarlev u.a. auf Javier Solana, Günter Verheugen und Pascal Lamy trifft.

Als dann der Bereich ENP der GD Außenbeziehungen zugeordnet wurde, gab die EU ein politisches Signal, dass es sich bei der ENP keinesfalls um eine Integrationspolitik handelt, sondern um ein Politikfeld, das eher etwas mit Außenbeziehungen zu tun hat als mit zukünftigen Erweiterungen. Mit der institutionellen Ansiedlung der Nachbarschaftspolitik im Bereich Außenbeziehungen der EU ist auch ein unterschwelliges Signal der EU gegenüber Moldau hinsichtlich der Stoßrichtung der ENP verbunden, obwohl ein eindeutiger Ausschluss von einer Beitrittsperspektive für die Republik nicht beabsichtigt ist.

Die Verzögerung des Abschlusses von Aktionsplänen ist sicherlich nicht nur der EU-internen Diskussion über das weitere Vorgehen – insbesondere die Frage nach der Verantwortung des Ressorts Erweiterung/Nachbarschaft und dem Ressort der Außenpolitik der EU-Kommission sowie des Hohen Repräsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik – zuzuschreiben. Der weitere EU-Kontext spielt ebenfalls eine Rolle, da sich die Staatengemeinschaft am 1. Mai 2004 auf die EU-25 erweitert. Außerdem ist mit der NATO-Erweiterung vom 2. Mai 2004 unter anderem mit dem moldauischen Nachbar Rumänien und sechs weiteren MOEL ebenfalls ein erheblicher administrativer, personeller und politischer Aufwand verbunden. Die schwierigen Verhandlungen und das (vorläufige) Scheitern der Verfassungsvertrages (VVE) durch die ablehnende Haltung bei den Referenden in den Niederlanden und in Frankreich führte zu einer Reflektionsphase, in der über das weitere Vorgehen diskutiert werden sollte. Zusätzliche Erweiterungen werden aus diesem Blickwinkel und zu diesem Zeitpunkt eher als Belastung denn als Bereicherung betrachtet.

Die lang angekündigte Eröffnung der EU-Delegation in Chisinau vom Oktober 2005 stellt zu in dieser Phase den Höhepunkt der EU-Moldau-Beziehungen dar. Zudem wird ein Sondergesandter des Hohen Repräsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik nach Chisinau zur Dynamisierung der festgefahrenen Verhandlungen um die autonome Region Transnistrien entsendet (EU-Kommission 2005). Darüber hinaus wird eine gemeinsame Mission zur Unterstützung der Grenzbehörden eingerichtet (Ferrero-Waldner 2005). Von der Einbeziehung der US-Regierung und der EU als Beobachter in das Verhandlungsformat der OSZE zur Lösung des Transnistrienkonflikts gehen möglicherweise zusätzliche neue Impulse aus.⁴¹

4.4.2 Ausbau der bilateralen Kontakte zu EU-Mitgliedstaaten und Nachbarn

Daneben verbessern sich die bilateralen Beziehungen zu einzelnen EU-Mitgliedstaaten und den unmittelbaren Nachbarn der Republik Moldau. In Deutschland engagiert sich

⁴¹ Siehe hierzu auch Seite 53.

beispielsweise die Südosteuropa Gesellschaft (SOG) mit der finanziellen Unterstützung des Auswärtigen Amtes bei der Formulierung „Europäischer Perspektiven“ für die Republik Moldau. Hierbei ist insbesondere der parlamentarische Staatsminister und Präsident der SOG, Gernot Erler, involviert. Die SOG organisiert insgesamt drei Konferenzen und eine Vielzahl bilateraler Gespräche in der Nähe von München, Berlin und Chisinau. Ebenso bemühen sich fraktionsübergreifend einzelne Abgeordnete, wie zum Beispiel Volker Rühle oder Claudia Nolte (Länderbeauftragte des deutschen Bundestages für die Republik Moldau) sowie Petra Pau (PDS) oder Dr. Rainer Stinner (FDP) um bessere bilaterale Beziehungen mit der Republik Moldau. Dies sind Signale für einen Ausbau der Beziehungen zu Deutschland, einem der wichtigsten EU-Akteure. Beispielsweise drückt sich das stärkere Engagement in der fraktionsübergreifenden Erklärung des deutschen Bundestags zum Transnistrienkonflikt vom 6. Mai 2004 aus. Hierin werden die europäischen Partner der Republik Moldau aufgefordert, sich stärker um eine Lösung des Konflikts zu bemühen (Deutscher Bundestag 2004).

Daneben kann Moldau sein Verhältnis zum Nachbar Rumänien verbessern, das seit spätestens durch die Anfang der neunziger Jahre entfachte hitzige Diskussion über eine mögliche Integration mit Rumänien angespannt ist. In diesem Zusammenhang wurde der rumänischen Seite vorgeworfen, einen Dominanzanspruch in der Region durchsetzen zu wollen. Erst Mitte des Jahres 2004 entspannten sich die nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Rumänien und Moldau durch das gemeinsam unterzeichnete Nachbarschaftsprogramm.

Die orangene Revolution in der Ukraine scheint ebenfalls die Zusammenarbeit mit dem östlichen Nachbarn Ukraine zu erleichtern – insbesondere vor dem Hintergrund des festgefahrenen Konflikts um die autonome Region Transnistrien.

Zudem öffnet sich die Republik Moldau Ende 2004 stärker gegenüber der westlichen europäischen Welt, was sich beispielsweise darin äußert, dass eine moldauische Botschaft in London eingerichtet wurde und beabsichtigt wird, weitere diplomatische Vertretungen zu eröffnen (Government of the Republic of Moldova 2004b). Im Gegenzug entsendet Großbritannien einen Berater ins moldauische Außenministerium und Deutschland schickt einen Vertreter ins Amt des Premierministers (Gespräche Auswärtigen Amt und MFA Moldau 2006). Zudem werden verschiedene in Chisinau stattfindende Trainingsprogramme für moldauische Verwaltungsmitarbeiter durch die britische, polnische und deutsche Regierung zur Annäherung an die EU gefördert.

4.4.3 Innere Reformen in Moldau

Um den Anspruch auf eine Mitgliedschaft Moldaus in der EU zu verdeutlichen, erhält das moldauische Außenministerium den namentlichen Zusatz Ministerium für Außenbeziehungen „und Europäische Integration“. Die koordinierende Funktion des Ministers für Außenbeziehungen und Europäische Integration im Verwaltungsaufbau wird zudem dadurch gestärkt, dass der Minister Andrei Stratan in den Rang des Stellvertretenden Premierministers erhoben wird und somit über größere Durchsetzungskraft verfügt (Government of the Republic of Moldova 2004a: 16).

Zudem wird der erste Entwurf der Europäischen Strategie der Republik Moldau (ESRM) fertiggestellt. Es handelt sich hierbei um eine 600 Seiten umfassende *Roadmap* von kurz-, mittel-, und langfristigen Maßnahmen interner Reformen, die zur Erlangung einer EU-Mitgliedschaft umgesetzt werden sollen. Die ESRM wurde dem Premierminister und dem moldauischen Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt (Government of the Republic of Moldova 2004a).

Im Wahlkampf (2005) spielt das Thema EU-Integration bei den politischen Parteien eine wichtige Rolle. Es wird deutlich, dass die EU-Mitgliedschaft auf einem breiten Konsens beruht, worüber das Europäische Parlament in einem gemeinsamen Schreiben aller Parteien in Kenntnis gesetzt wird (Gheorghiu 2005: 3). Die Wahlen werden insgesamt als frei eingestuft, was verdeutlicht, dass sich Moldau, trotz weiterbestehender Defizite unter anderem hinsichtlich der Medienfreiheit, auf dem Weg zu einer Demokratie befindet.

Das Eingreifen Russlands in den Ablauf der Wahlen zur Stärkung der Oppositionspartei führt zu einer weiteren Entfernung des Präsidenten Woronins von der russischen Regierung, die seit dem Scheitern des Kosak-Memorandums auf starke Distanz zur moldauischen Regierung gegangen ist. Die zunehmende Distanz zu Russland scheint mit einer Aufgabe der außenpolitischen Doppelstrategie zugunsten einer nachhaltigen EU-Integrationsstrategie verbunden zu sein. Allerdings bleibt die Liste der Probleme der Republik Moldau hinsichtlich ihrer marktwirtschaftlichen Entwicklung lang, vor allem das schwierige Investitionsklima aufgrund staatlicher Interventionen und hoher Korruptionsanfälligkeit des Staatswesens stellt weiterhin eine große Herausforderung dar (EU Commission 2004).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Erweiterung neue Impulse für die Dynamik der EU-Moldau-Beziehungen entfaltet. Auf Grundlage der Aktionspläne wird Moldau einem stärkeren *Monitoring* unterzogen, so dass Fortschritte bei den inneren Reformen schneller wahrgenommen werden, die Defizite des moldauischen Transformationsprozesses aber auch deutlicher hervortreten. Insgesamt bleibt die moldauische Regierung bei der Etablierung demokratischer und marktwirtschaftlicher Reformen auf Re-

formkurs. Ebenso zeigt sich die EU zu einem höheren Engagement in den Beziehungen bereit, was sich insbesondere durch die Eröffnung einer EU-Delegation ausdrückt. Zudem werden die staatlichen Kontakte zu den EU-Mitgliedsländern unter anderem durch Beratungs- und Trainingsmaßnahmen in der Republik Moldau erhöht. Das Engagement schließt allerdings eine Mitgliedschaftsperspektive aufgrund der Erweiterungsmüdigkeit zu diesem Zeitpunkt nicht ein.

4.5 Zusammenfassung

Dieses Kapitel zeichnet die großen Linien der EU-Moldau-Beziehungen in vier unterschiedlichen Phasen nach. Nach der über weite Strecken der ersten wichtigen Transformationsphase dominierenden beidseitigen Ignoranz (1991 bis 1995) ist eine einseitige Belebung der Beziehungen ab Mitte der neunziger Jahre durch das Erwachen einer EU-Mitgliedschaft proklamierenden moldauischen Außenpolitik von aufeinanderfolgender Regierungen zu beobachten. Die angestrebte EU-Beitrittsperspektive wird jedoch durch ein inkonsistentes Vorgehen in der außenpolitischen Ausrichtung des Landes und aufgrund von häufigen Regierungswechsel in Frage gestellt (1996 bis 2000). Unabhängig von einer EU-Beitrittsperspektive zeigt sich seitens der EU in der nächsten Phase der Beziehungen (2000 bis 2004) eine erhöhte Bereitschaft, Moldau in die bestehenden Kooperationsforen einzubeziehen, unter anderem in die Europakonferenz und den Stabilitätspakt für Südosteuropa. Moldau erzielt nach und nach Reformfortschritte und mit der Einbeziehung in den Kreis der westlichen Partner wächst der Wille auf moldauischer Seite, EU-Mitglied zu werden. Die EU sieht sich zu einem stärkeren Handeln hinsichtlich der Republik Moldau gefordert und eröffnet der Republik im Vorfeld der EU-10-Erweiterung stärkere Kooperationsmöglichkeiten durch die ENP, die über eine engere Zusammenarbeit im Rahmen eines bilateralen Aktionsplans Form annimmt.

Die Beziehungen der EU mit der Republik Moldau haben sich zu weiten Teilen progressiv - allerdings auf sehr niedrigem Niveau - entwickelt. In einer Zusammenfassung der EU-Moldau-Beziehungen kann im Hinblick auf die Entwicklung der Beziehungen seit Anfang der neunziger Jahre bis zum Jahr 2006 dreierlei festgehalten werden:

- a) Die Häufigkeit an Kontakten hat zugenommen, was sich beispielsweise in der Anzahl an Staatsbesuchen ausdrückt. Darüber hinaus wurden die Kommunikationswege vervielfältigt. Der bilaterale Dialog verläuft auf der Ebene des Präsidenten, des Premierministers sowie auf der Leitungsebene der öffentlichen Verwaltung. Zudem hat sich ein Kontakt auf parlamentarischer Ebene entwickelt.

Der politische Dialog verläuft vor allem – neben der regulären Arbeit über Auslandsvertretungen – im Rahmen der durch das PKA etablierten Foren: Kooperationsrat,

Kooperationskomitee und Parlamentarischer Kooperationsausschuss. Mit der Eröffnung der EU-Delegation in Chisinau im Oktober 2005 und der Entsendung des EU-Sonderbeauftragten (2005) hat die Präsenz der EU in Moldau zugenommen. Weitere Foren insbesondere der Stabilitätspakt für Südosteuropa und die Europakonferenz dienen ebenfalls zur Kontaktaufnahme - und -pflege auf bi- und multilateraler Ebene. Arbeitskontakte auf der Ebene von Referenten entwickeln sich ebenso wie der zivilgesellschaftliche Dialog erst langsam.

- b) Der Themenumfang des bilateralen Dialogs hat sich verbreitert. Gegenstand der Gespräche ist ein breites Spektrum an wirtschaftlichen, politischen und sozialen Themen. Auch kritische Aspekte unter anderem die Medienfreiheit, mangelnde Armutsbekämpfung oder überzogener Staatsinterventionismus in den Wirtschaftskreislauf oder die Transnistrienfrage werden nicht ausgespart. Der Schwerpunkt in den Beziehungen liegt allerdings auf dem Gebiet der Innen- und Justizpolitik und hierbei insbesondere auf Fragen der Grenzsicherung. Daneben ist die moldauische Seite besonders daran interessiert, engere wirtschaftliche Kontakte zu knüpfen und ist darum bemüht, eine Freihandelszone mit der EU einzurichten. Allerdings bewegt sich die EU bei diesem Thema sehr zurückhaltend und weist auf die Notwendigkeit einer vollständigen Umsetzung des PKA hin.
- c) Die Behandlungstiefe von Themen hat beispielsweise durch den bilateralen EU-Moldau-Aktionsplan zugenommen, indem die einzelnen Reformfortschritte Moldaus sehr detailliert zum Gegenstand der bilateralen Gespräche gemacht werden.

In der Post-Erweiterungssituation ist die Haltung der EU von Erweiterungsmüdigkeit geprägt. Sie lässt sich deshalb nicht auf neu zu vergebende Beitrittsperspektiven ein. Dies bewirkt jedoch keinen Kurswechsel der moldauischen Außenpolitik: EU-Integration bleibt weiterhin primäres außenpolitisches Ziel. Mögliche unterstützende Partner hierfür findet Moldau in der polnischen und rumänischen Regierung. Mit dem Regierungswechsel in Polen 2005 und dem Status Rumäniens als „Noch-nicht-Mitglied“ ist allerdings diese Allianzbildung in ihrer Effektivität fraglich. Zudem ist trotz der Schaffung administrativer Strukturen in der Zentralverwaltung und dem Parlament sowie dem breiten gesellschaftlichen Konsens der Parteien zur EU-Integration, der Anspruch zwischen Vision und Wirklichkeit nicht zu übersehen. Zwar bewies Moldau in den Parlamentswahlen 2005, dass sie über demokratische Strukturen verfügt, allerdings zeigen die *Monitoring-Mechanismen* der Implementierung des Aktionsplans weiterhin eklatante Defizite im Bereich Medienfreiheit, Korruptionsbekämpfung und Etablierung marktwirtschaftlicher

Strukturen auf.

Grundproblem scheint nach der Betrachtung der bilateralen Beziehungen der letzten 15 Jahre allerdings die Zielrichtung der Kooperation zu sein: Die moldauische Regierung zielt auf eine EU-Mitgliedschaft, wohingegen die EU eine nachbarschaftliche Zusammenarbeit bevorzugt.

Die Darstellung der EU-Modau Beziehungen bildet den Ausgangspunkt für die im nächsten Kapitel erfolgende Analyse der Ursachen und Gründe für die verglichen mit den MOEL gering entwickelten bilateralen Beziehungen.

5. Analyse der EU-Moldau-Beziehungen (1991 bis 2006)

5.1 Die bilateralen Beziehungen in der ersten Phase (1991 bis 1995)

Im folgenden Analyseteil, der die erste Phase der bilateralen Beziehungen behandelt, steht zunächst ein rationalistischer Erklärungsansatz zur Erläuterung der Distanz der EU zu Moldau im Mittelpunkt. Entsprechend der ersten These soll die Ignoranz der EU-Mitgliedstaaten gegenüber Moldau mit dem Fehlen einer durch geographische Nähe induzierte Interdependenz erklärt werden. Die geographische Entfernung zu Moldau und ihre relative Bedeutungslosigkeit im europäischen Ordnungsrahmen begründen scheinbar keine Handlungsnotwendigkeit für die EU-Mitgliedstaaten zur Intensivierung der Beziehungen. Engere Beziehungen oder die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft hätte aus dieser Sicht keinen spezifizierbaren Nutzen erbracht und lediglich Kosten verursacht (Unterkapitel 5.1.1).

Auch aus konstruktivistischer Perspektive kann die fehlende Einbeziehung Moldaus partiell sinnvoll erklärt werden. Jede Wertegemeinschaft grenzt sich gegenüber anderen Gemeinschaften ab, damit die eigene auf Regeln und Normen begründete Identität keine Verwässerung erfährt. Zur Stärkung und Legitimität des eigenen Wertesystems bedarf es also eines Gegenübers, von dem sich die EU distanzieren kann. Die Einteilung von Nachbarschaftsräumen mit implizierten differenzierten Kooperationsformen stellt eine solche Selbstbestätigung und Abgrenzung gegenüber einem anderen Kreis von Staaten dar (Unterkapitel 5.1.2). Dennoch soll bereits an dieser Stelle angemerkt werden, dass diese Arbeit dem rationalistischen Ansatz einen größeren Erklärungsgehalt für die formulierten Leitfragen zuschreibt als dem Konstruktivismus.

Die Zurückhaltung Moldaus ist auf schwache Europäisierungsprozesse zurückzuführen. Exemplarisch zeigen sich die kaum ausgeprägten Sozialisierungsprozesse an der geringen Anzahl von Auslandsreisen der moldauischen Staatsführung und entsprechenden Gegenbesuchen aus Westeuropa. Obwohl Moldau zwar keine Bereitschaft zur Mitgliedschaft zeigte, wurde es von Seiten der EG versäumt, Konditionalität zur Steuerung des Europäisierungsprozesses im Dialog mit der moldauischen Regierung sinnvoll einzusetzen (Unterkapitel 5.1.3).

Die politische Führung Moldaus zeigt sich bei der Lenkung der Transformation überfordert. Die Konsolidierung verläuft unter den Bedingungen der Diskontinuitäten von drei unterschiedlichen Premierministern, die sich auf vier wechselnden Regierungskoalitionen stützen. Die Forderung nach einer expliziten EU-Integration hält vor dem Hintergrund der innenpolitischen Konstellation keinen Eingang in öffentliche Stellungnahmen oder in Regierungsprogramme. Die geringe Anpassungsleistung, ist deshalb eine Ursache dafür, dass Moldau im Erweiterungsprozess nicht berücksichtigt wurde (Unterkapitel

5.1.4).

Paradoxerweise zeigt sich die EU grundsätzlich bereit, sich unter bestimmten Bedingungen (Kopenhagener Kriterien) zu erweitern. Damit hätte auch Moldau bei einer hohen Kompatibilität mit der EU möglicherweise ebenfalls eine Mitgliedschaft offengestanden (Unterkapitel 5.1.5).

5.1.1 Interessen der EU-Mitgliedstaaten aus rationalistischer Perspektive

In der Darstellung der Beziehungen zwischen der EU und Moldau wird deutlich, dass mit der Unabhängigkeit Moldaus ein stockender und langsamer Annäherungsprozess in Gang gesetzt wurde (vgl. Kapitel 4). Zu den wichtigsten Stationen der Beziehungen in dieser ersten Phase gehört die Unterzeichnung des PKA (1994), das allerdings erst viel später gegen Mitte 1998 in Kraft gesetzt wird. Verglichen mit den Fortschritten in den Beziehungen zu den seit 1991 durch Assoziierungsabkommen immer enger an die EU gebundenen MOEL, die auf dem Kopenhagener Gipfel im Juni 1993 eine grundsätzliche Beitrittsperspektive erhielten, bleibt das Verhältnis zu Moldau eher bedeutungslos. Der Grundstein für das distanzierte und vernachlässigte Verhältnis zur neu gegründeten Republik Moldau bei der politischen Neustrukturierung des Kontinents basiert vor allem auf drei Elementen.

Das erste Element besteht in der abgestuften dreigliedrigen Differenzierung der EU zur Vorstrukturierung und Operationalisierung der Erweiterungspolitik auf der Grundlage von Nachbarschaftsräumen. Die EU-Ostpolitik basiert demnach spätestens ab 1993 auf dem Konzept abgestufter Beziehungen zu den drei Nachbarschaftsräumen: MOE, SOE und Neue Unabhängige Staaten (NUS).

Das zweite Element, das die distanzierten Beziehungen zu Moldau bereits in der Anfangsphase erklärt, ist das differenzierte Vorgehen der EU innerhalb des NUS-Nachbarschaftsraums. Bei der EU-Politik gegenüber dem NUS-Raum ist eine eindeutige Prioritätensetzung in den Beziehungen erkennbar, die nach geopolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt und den Beziehungen mit Russland und der Ukraine einen höheren Stellenwert beimisst als denen zu Moldau.

Das dritte Element ist der Ignoranz der moldauischen Staatsführung zuzuschreiben, die es versäumt, in der frühen und für sie kritischen Phase der Perzeption und Schaffung von Nachbarschaftsräumen zu intervenieren. Die moldauische Seite unterlässt es, Signale nach Brüssel zu senden und das Vorgehen in der entstehenden EU-Ostpolitik zu hinterfragen. Somit verpasst die Moldau eine Chance, gegen die sich mit den Nachbarschaftsräumen herausbildende pfadabhängige Europäisierungsstrategie der EU zu votieren, die letztlich den Ausgangspunkt für eine neue europäische Architektur darstellt (vgl.

Abschnitt 5.1.4.3).

Im folgenden Abschnitt werden die beiden ersten Elemente – Differenzierungsansatz in der EU-Ostpolitik und Gewichtung der Beziehungen innerhalb des NUS-Nachbarschaftsraums – eingehender betrachtet. Zentral ist hierbei, dass kein Land aus der GUS eine Beitrittsperspektive erhalten hat.

Die mit der Vollendung des Binnenmarkts beschäftigte EU/EG-12 wird vom Systemkollaps der Sowjetunion vollkommen überrascht und auf entlarvende Weise zeigt sich, dass keine gemeinsame Ostpolitik entwickelt wurde. Eine umfassende Strategie der EG zum Umgang mit dem entstandenen Machtvakuum fehlt, was sich beispielsweise darin bemerkbar machte, dass zunächst lediglich Hilfsleistungen für die Transformationsländer bereit gestellt wurden, ohne eine langfristige Einbindung durch eine Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen. In der ersten Orientierungsphase bis etwa 1993 versucht die EG das Angebot zur Mitgliedschaft sogar zu vermeiden und lotet Kooperationspotentiale unterhalb der Beitrittsschwelle zur Annäherung und Einbindung des europäischen Ostens aus (Lippert 2000: 108 f). Demgegenüber wird die EG bereits 1990/1991 mit eindeutigen Erwartungshaltungen hinsichtlich eines EU-Beitritts der sich aus dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und dem Warschauer Pakt verabschiedenden MOEL konfrontiert. Abgesehen von frühen Äußerungen der beiden Regierungschefs Kohl und Thatcher zögert die Union aufgrund von Befürchtungen einer Überdehnung mit der Ankündigung einer Beitrittsperspektive (Torreblanca 2003). Neben der Gefährdung des gemeinsamen Besitzstandes erscheinen auch die gerade im Maastrichter Vertrag festgeschriebenen Ziele einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und einer mit verteidigungspolitischen Komponenten versehenen Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bedroht. Aus Sicht der EU-Mitgliedstaaten besitzt die hinhaltende Taktik den kurzfristigen Vorteil der Kosteneinsparung, weil die eingeleitete Transformationshilfe ohne Beitritt günstiger als die durch eine Erweiterung anfallenden Transferzahlungen an die EU-Neumitglieder zu Buche schlagen. Die Aufschiebung einer Langzeitstrategie beinhaltet zudem den Vorteil, aus der Vielzahl der Staaten, die aus dem Zerfall Jugoslawiens und der Tschechoslowakischen Bundesrepublik sowie durch die Implosion der Sowjetunion hervorgegangen sind, geeignete Kandidaten für den Beitritt auszuwählen.

Aus dem hieraus erfolgenden Differenzierungsansatz gegenüber den Transformationsländern im Osten wurde der Grundstein für eine abgestufte Vertragspolitik geschaffen, in der somit ein Zeitaufschub erreicht wird, um die Schrittfolge, den Teilnehmerkreis und unterschiedliche Perspektivangebote zu definieren (Lippert 2000: 109).

Ein erster Hinweis für die Auswahl und länderspezifischen Vorstrukturierung eines einzu- leitenden Beitrittsprozesses stellen die differenzierten Hilfsangebote an die MOEL und die NUS dar. Die im Frühjahr 1990 über ein Nothilfeprogramm aufgenommenen EG- Unterstützungsleistungen an die ehemalige Sowjetunion werden ab 1992 über das neu- geschaffene Finanzierungsinstrument TACIS fortgesetzt (Dinan 2000: 447).⁴² Die MOEL erhalten im Gegensatz zu der TACIS-Gruppe weitaus umfangreichere Unterstützungs- leistungen über das zunächst für Ungarn und Polen geschaffene und später auf alle MOEL ausgedehnte multilaterale Unterstützungsprogramm PHARE (Vahl 2004). Das zunächst als Hilfsprogramm konzipierte PHARE wird später zu einem weitreichenden Vorbeitrittsinstrument im Rahmen der Heranführungsstrategie entwickelt.⁴³ Die Etablie- rung zweier unterschiedlicher Unterstützungsprogramme für die östlichen Nachbarn der EG ist ein erstes Signal für eine politische Differenzierung und Schaffung von verschie- denen Nachbarschaftsräumen. Der Differenzierungsansatz akzentuiert sich stärker auf dem Sondertreffen in Dublin (28. März 1990), auf dem der Europäische Rat Europaab- kommen für die MOEL vorschlägt, die als neues Assoziierungsinstrument gelten. Zu- nächst dienen diese Abkommen der Stabilisierung der einzelnen MOEL, auf deren Grundlage sie später auf den EU-Beitritt vorbereitet werden. Die Europaabkommen wer- den allerdings nicht der UdSSR angeboten. Die Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen MOEL und der UdSSR nehmen zu und zeigen sich beispielsweise darin, dass Polen schon im Frühjahr 1989 die ersten freien Wahlen des „Ostblocks“ abhält, während die Ausrufung der staatlichen Souveränität der Republik Moldau erst am 27. August 1991 erfolgt. Noch deutlicher drückt sich die unterschiedliche Entwicklung zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der ersten Europaabkommen mit der CSFR, Polen und Ungarn in Brüssel aus, die am 16. Dezember 1991 erfolgt und eine (nicht terminierte und unver- bindliche) EG-Beitrittsoption in ihren Präambeln enthalten. Fünf Tage später schaffen elf Sowjetrepubliken, darunter Moldau, am 21. Dezember 1991 die GUS in Alma Ata und erklären damit die Existenz der UdSSR für beendet.

Am deutlichsten zeigt sich jedoch der Differenzierungsansatz in der EU-Ostpolitik auf dem Kopenhagener Gipfel, weil der Europäische Rat die Kopenhagener Kriterien verab- schiedet (Stabilität der Demokratie und ihrer Institutionen, wettbewerbsfähige Marktwirt-

⁴² TACIS ist das Akronym für *Technical Assistance Programme for the Commonwealth of Inde- pendent States* und wird zunächst für Russland und dann für weitere GUS-Staaten zur Verfügung gestellt. In der ersten Phase zwischen 1991 und 1995 wurden 2.268 Mrd. ECU für über zweihun- dert TACIS Projekte zur Verfügung gestellt (ebd.).

⁴³ PHARE ist das Akronym für *Pologne et Hongrie: Actions pour la Reconversion Économique*. Die baltischen Staaten nehmen hierbei eine Sonderrolle ein, da sie die einzigen ehemaligen Sow- jetrepubliken sind, mit denen nach den Handels- und Kooperationsabkommen auch Europa- Abkommen abgeschlossen wurden. Die zudem Unterstützungsleistungen aus dem PHARE- Programm erhielten.

schaft, Fähigkeit zur Übernahme des gemeinschaftlichen Acquis), deren Erfüllung den assoziierten MOEL den Beitritt eröffnet. Die eindeutige Beitrittsperspektive steht zwar unter dem Vorbehalt, dass die Gemeinschaft selbst zu diesem Zeitpunkt die Fähigkeit zur Aufnahme neuer Mitglieder bei gleichzeitigem Erhalt der Stoßkraft der europäischen Integration (viertes Kriterium) erfüllt, aber es zeigt sich ein dreiteiliger Differenzierungsansatz in der EU-Ostpolitik, der die Nähe des einzelnen Nachbarschaftsraums zu Brüssel widerspiegelt.

An der Spitze der Nachbarschaftsräume stehen die neun assoziierten Mitglieder aus MOE (1992/1993). Die mit ihnen abgeschlossenen Assoziierungsabkommen privilegieren sie in allen Bereichen gegenüber den anderen Transformationsländern (Lippert 2000: 113). Die einzelnen MOEL versuchen bereits zu einem frühen Zeitpunkt, einen EU-Beitritt zu erreichen und drängen auf die Festlegung konkreter Verfahren und Daten zu dessen Realisierung. Die Staats- und Regierungschefs der EU-12 geben erst auf dem Kopenhagener Gipfel 1993 das politische Beitrittsversprechen. Zudem verabschiedet der Europäische Rat in Essen (10. Dezember 1994) die Heranführungsstrategie, die das Verfahren zum Beitritt für die assoziierten Staaten konkretisiert und auf den Elementen strukturierter Dialog, Vorbeitrittshilfen und schrittweise Öffnung der Gemeinschaftsprogramme beruht. Darüber hinaus nennt der Europäische Rat in Madrid (15./16. Dezember 1995) erstmals einen „Wunschtermin“ für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Damit entwickelt sich die Erweiterungspolitik zur zentralen Antwort der EU auf den europäischen Ordnungsbedarf in seiner unmittelbaren östlichen Nachbarschaft. Verglichen mit den zunehmend intensiven Beziehungen zu den MOEL rücken die Entwicklungen auf dem Territorium des ehemaligen Jugoslawiens weiter in den Hintergrund. Die Beziehungen zum weiteren europäischen Raum werden darüber hinaus noch distanzierter betrachtet.

Als zweiten Nachbarschaftsraum werden also die SOEL einschließlich Albanien zusammengefasst, die bereits durch die privilegierten Beziehungen der EG zu Jugoslawien über gute Ausgangsbedingungen verfügen. Bereits im Mai 1990 befürwortet die EG die Ausdehnung des multilateralen Unterstützungsprogramms PHARE auf Jugoslawien (Lippert 1991: 367). Allerdings fällt ein Ausbau der Beziehungen den 1991/1992 einsetzenden Balkan-Kriegen zum Opfer und damit rückt dieser Nachbarschaftsraum – mit Ausnahme Sloweniens, das 1994 als potentiell Kandidatenland anerkannt wird – an den Rand des Beitrittsgeschehens.⁴⁴

⁴⁴ In der Folge verhält sich die EU zu diesem zweiten Nachbarschaftsraum zurückhaltend. Erst 1999, nach dem Luftkrieg der Nato um das Kosovo, bei dem die NATO von März bis Juni 1999 Ziele im ehemaligen Jugoslawien (Serbien und Montenegro) bombardiert, verändert sich die Randlage zum Beitrittsgeschehen durch den Stabilitätspakt für Südosteuropa und die Beziehungen zwischen Südosteuropa und dem sich integrierenden Europa werden wiederbelebt.

Dem dritten Nachbarschaftsraum gehören die NUS an, für die keine Assoziierung vorgesehen wurde. Die aus der Sowjetunion hervorgehenden unabhängigen baltischen Staaten gelten als Sonderfall, da sie die einzigen aus der ehemaligen UdSSR hervorgehenden Staaten sind, mit denen Europaabkommen abgeschlossen wurden und die einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellten (Oktober bis Dezember 1995). Mit allen anderen Nachbarn in Osteuropa und Zentralasien mit Ausnahme von Tadschikistan und Weißrussland werden ab Mitte der neunziger Jahre PKA abgeschlossen. Die weitestgehend standardisierten und politisch niedrigschwelligen Abkommen zielen auf den Abschluss von Freihandelszonen ab, dabei wird den Beziehungen zu Russland und der Ukraine die größte Bedeutung beigemessen. Diese beiden zentralen und größten Staaten sollen für eine kooperative Sicherheitsordnung gewonnen werden. Moldau besitzt in diesem Nachbarschaftsraum eine nachrangige Bedeutung für die vor allem mit den assoziierten Staaten beschäftigte EU (Gheorghiu 2005, Vahl 2004).

In den folgenden Abschnitten soll gezeigt werden, dass sich die Dreiteilung des östlichen EU-Nachbarschaftsraums mit den unterschiedlichen Europäisierungsansätzen am Wiedererstehen historischer, wirtschaftlicher und sozialer Verflechtungen der EU-Mitgliedstaaten orientiert, bei dem das Integrationspotential an der EU-Ostgrenze am stärksten ist und sich gen Osten abschwächt.

5.1.1.1 Strukturierung von Interessen aufgrund der geographischen Lage

Geographische Nähe beeinflusst die Interaktion zwischen Staaten und Regionen. Von Interdependenz ist dann die Rede, wenn die Interaktionen wechselseitig Kosten verursachen können. Im Falle einer wechselseitigen Abhängigkeit können positive und negative Kosten erzeugt werden (Schimmelfennig 2003: 546). Dies bedeutet für die an der östlichen Peripherie gelegenen EU-Mitgliedstaaten eine höhere Abhängigkeit von den wirtschaftlichen und politischen krisenhaften Entwicklungen in den MOEL als weiter entfernt liegende Länder (negative Interdependenz). Die Vergabe der EU-Mitgliedschaft ist für die Länder des grenznahen Raums ein Instrument zur Stabilisierung ihrer Nachbarschaft und ein Beitrag zur Kontrolle negativer Externalitäten wie zum Beispiel wirtschaftliche Krisen, Kriege, Migration oder Umweltschäden.

Zudem verbessert die geographische Nähe den Rahmen für Investitionstätigkeiten und Handel, indem sie zum Beispiel Transport- und Kommunikationskosten absenkt. Die Mitgliedstaaten an der Ostgrenze der Union profitieren deshalb in besonderem Maße von der wirtschaftlichen Öffnung der Märkte in MOEL (positive Interdependenz) und setzen sich besonders stark für diejenigen Staaten ein, mit denen sie eine gemeinsame Grenze besitzen oder in deren Nähe sie liegen. Die Nordstaaten - Dänemark und

Schweden – vertreten deshalb besonders vehement den EU-Beitritt der baltischen Länder. Die Zentralregion der EU stimmte mit dem Vorschlag der EU-Kommission überein, zunächst eine begrenzte Erweiterung mit den MOEL (plus Estland) durchzuführen und die Südstaaten besaßen ein starkes Interesse daran, Rumänien und Bulgarien in den Erweiterungsprozess einzubeziehen (ebd.).

Dieser Logik folgend lässt sich die Ignoranz der EU-Mitgliedstaaten gegenüber Moldau sinnvoll mit dem Fehlen einer durch geographische Nähe induzierte Interdependenz erklären. Die geographische Distanz zu Westeuropa begründet teilweise, weshalb sich kein Mitgliedsland der Union für eine EU-Beitrittsperspektive einsetzte. Mit anderen Worten, die regionalen mitgliedstaatlichen Lobbygruppen liegen zu weit von der Republik Moldau entfernt, um von negativen oder positiven Wechselwirkungen unmittelbar betroffen zu sein.

Negative Externalitäten wie beispielsweise die regionalbegrenzten militärischen Auseinandersetzungen im Transnistrienkonflikt (1992) waren zu weit von Westeuropa entfernt, um ein direktes Engagement als Reaktion bei der EU auszulösen. Trotz der massiven militärischen Kampfhandlungen sah die Gemeinschaft keinen Handlungsbedarf und erwog zu keinem Zeitpunkt eine direkte Involvierung. Die EG zog eine Rolle im Hintergrund vor und beteiligte sich nur indirekt über internationale Institutionen wie der OSZE, die in Moldau im Jahre 1993 die Arbeit aufnimmt, sowie den IFI. Zudem wurden die blutigen Kampfhandlungen bereits nach wenigen Wochen zu einem Ende gebracht und das frühe Waffenstillstandsabkommen, dass russische Kampfverbände als *peacekeepers* in der Region etablierte, als ein Beispiel für angeblich gutes Konfliktmanagement im Vergleich zu anderen Unruheherden gelobt (Vahl 2004: 186).

Andere negative Externalitäten wie der Migrationsdruck⁴⁵ aus der Republik Moldau und die hierfür verantwortlichen Ursachen werden durch die Zunahme des illegalen Menschenhandels und damit zusammenhängender Aktivitäten wahrgenommen. Allerdings liegt Moldau scheinbar zu weit entfernt, um weiterreichende stabilisierende Elemente der Ursachenbekämpfung anzuwenden. Die EU greift hier auf den klassischen Ansatz der Abschottung zurück und reagiert mit den verfügbaren Mitteln im Rahmen der Innen- und Justizpolitik. Zu den Abwehrmechanismen gehört das Schengener Abkommen, das infolge der Abschaffung der Binnengrenzkontrollen einen einheitlichen Raum der Sicherheit und des Rechts gewährleisten soll. Es handelt sich dabei insbesondere um ein einheitliches Schengenvisum und der Bestimmung des für einen Asylantrag zuständigen

⁴⁵ Zum Migrationsdruck wurden keine Angaben für die neunziger Jahre gefunden. Dass dieses Problem von der EU wahrgenommen wurde, zeigt unter anderem der Abschnitt zu Migrationsdruck in den Mitteilungen über die wirtschaftliche und politische Lage Moldawiens und seine Beziehungen zur Europäischen Union vom 16.7.2002 (EU-Kommission 2002 b).

Mitgliedstaats.⁴⁶ Anfang der neunziger Jahre wird durch das Durchführungsübereinkommen (Unterzeichnung am 19. Juni 1990) die Umsetzung konkretisiert und in der Folge auf fast alle EU-Länder ausgedehnt.⁴⁷

Zudem verfügt die Republik Moldau weder über marode Atomkraftwerke noch über umfangreiche industrielle Produktionsstätten, von denen Umweltrisiken für die Nachbarschaft ausgehen könnten und eine erhöhte Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit zur Folge haben könnten.

Deshalb erkennen die Regierungen der EU-Mitgliedsländer keinen Handlungsbedarf für die Aufnahme intensiver politischer und diplomatischer Beziehungen, ganz zu schweigen von einer EU-Beitrittsperspektive zur Stabilisierung des fragilen Transformationsprozesses.

Verglichen hierzu finden die Entwicklungen in Russland und der Ukraine eine erhöhte Aufmerksamkeit in der EU. In den Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats von Kopenhagen (1993) wird zum Ausdruck gebracht, dass die Bemühungen zur Intensivierung der Beziehungen zu Russland und der Ukraine gestärkt werden sollten. Hinsichtlich Russland wird unter anderem vorgeschlagen, regelmäßige gemeinsame Tagungen zwischen der Ratspräsidentschaft, dem Präsidenten der EU-Kommission und dem Präsidenten Russlands zur Gewährleistung friedvoller Rahmenbedingungen in der Umbruchsituation einzuberufen. Die Ausweitung der Zusammenarbeit mit der Ukraine wird ebenfalls konkretisiert. Auch hier soll eine Verbesserung der Beziehungen erreicht werden, wobei die Ratifizierung des START-I-Vertrages (*Strategic Arms Reduction Talks*) zur Reduzierung der Nuklearwaffensysteme und dem Beitritt des Nichtverbreitungsvertrags als Nichtkernwaffenstaat durch die Ukraine im Mittelpunkt steht (Vahl 2004). Verglichen mit der Republik Moldau, die noch nicht einmal über einen Panzer verfügt, waren die Beziehungen zur Ukraine und Russland von übergeordneter strategischer Bedeutung.

Die Eigenständigkeit der Republik Moldau führte also unter rationalistischen Gesichtspunkten für ihre Nachbarn zu kaum spürbaren Vorteilen. Weder die langsame Öffnung des Marktes noch die Erschließung Moldaus als Produktionsstandort wirkten sich positiv aus. Das BIP und die Kaufkraft als Kennziffern der volkswirtschaftlichen Entwicklung zeigen ein rapides Absinken. Das BIP sinkt für den Betrachtungszeitraum zwischen 1991 bis 1996 von 82,5 Prozent (1991) auf 35,6 Prozent (1996).

⁴⁶ Ebenfalls gehören zu dem Schengener-Abkommen auch Maßnahmen gegen grenzüberschreitenden Drogenhandel, polizeiliche Zusammenarbeit (Nacheile) und der Zusammenarbeit der Schengenstaaten im Justizwesen.

⁴⁷ Durch das Schengen-Protokoll zum Amsterdamer Vertrag vom 02.10.1997 wurde die Schengen-Zusammenarbeit mit Wirkung vom 01.05.1999 in die EU einbezogen. Zu den Regelungsgegenstände des Schengener Durchführungsübereinkommens siehe: <http://www.auswaertigesamt.de>.

Bruttoinlandsprodukt 1990-1996 (1990=100%)

1991	1992	1993	1994	1995	1996
82.5	58.5	57.8	39.8	38.6	35.6

Quelle: UNESCO, *EFA Assessment Report 2000*.

Der UN Human Development Index (HDI) weist ebenfalls auf ein rapides Absinken des Lebensstandards hin, was die Attraktivität als Produktionsstandort zunehmend einschränkt. Von den 185 UN-Mitgliedstaaten liegt Moldau 1992 auf Platz 81 und landet 1994 auf dem 110. Rang.

Human Development Index (HDI)

Jahr	Rang (von 185 UN-Mitgliedstaaten)	Vergleichsgröße: Länder mit mittlerem Entwicklungsgrad
1992	81	18
1993	98	41
1994	110	46

Quelle: UNDP: *National Human Development Report. Republic of Moldova (1997)*.

Bis 1990 war die Volkswirtschaft der Republik Moldau vollständig in das Wirtschaftssystem der ehemaligen Sowjetunion integriert. Die EU-Mitgliedsländer verfügen deshalb in der Regel nicht über Handelsbeziehungen mit Moldau, die auf die Vorwendezeit zurückgehen. Die Sozialistische Sowjet-Republik Moldawien exportierte vor allem landwirtschaftliche Produkte in die UdSSR. Der Absatzmarkt der landwirtschaftlichen Produkte Moldaus konzentrierten sich auch nach der Wende auf den post-sowjetischen Raum. Zu Beginn des Transformationsprozesses zur freien Marktwirtschaft nehmen die Energiepreise schnell Weltmarktniveau an, während die Kosten für importierten Dünger und Mittel zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion anstiegen. Gleichzeitig kommt es zu Absatzschwierigkeiten der traditionellen Exportprodukte auf den Krisen geschüttelten Märkten der anderen GUS-Staaten (EFA 2000: 8). Eine Zunahme an Investitionen und Handel mit der EU findet kaum statt, da der Absatzmarkt zu klein ist und vergleichsweise schlechtere Investitionsbedingungen bietet.

Abgeschildert von einem Gürtel an MOEL, die zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und der Republik Moldau liegen, bleibt die Republik nach der politischen Zeitenwende von Westeuropa isoliert. Die geographische Distanz zu den Hauptstädten im Norden, der Zentralregion sowie im Süden sorgt dafür, dass kein spezielles Interesse an einer EU-Mitgliedschaft oder engeren Kooperation mit Moldau besteht. Die Auswirkungen des Transformationsprozesses in Moldau beschränken sich auf die benachbarten Länder Rumänien und die Ukraine. Geringfügig wirkt sich der politische Wandel noch auf die

Länder im östlicheren post-sowjetischen Raum aus, mit denen die Republik Handel betreibt. Die weiter entfernt liegenden westlichen Nachbarn von Chisinau hingegen sind Anfang der neunziger Jahre selbst um eine EU-Mitgliedschaft bemüht oder wie im süd-östlichen Teil Europas in kriegerische Auseinandersetzungen verwickelt. In einer sarkastischen Zuspitzung fragt Anne Lewis nach den Interessen der EU gegenüber dem relativ kleinen und peripher gelegenen Moldau:

“Why should we bother with Moldova? It is small, far away, quiescent if not peaceful. It barely impinges on the consciousness of the outside world. If it is a mess, what does it matter? If it fractures, or parts are absorbed by its neighbours, some might argue that that would be a perfectly satisfactory solution for the world at large” (Lewis 2004: 17).

Die geographische Distanz der EU zur Republik Moldau und ihre relative Bedeutungslosigkeit im europäischen Ordnungsrahmen begründen unter rationalistischen Gesichtspunkten scheinbar keine Handlungsnotwendigkeit für die EU-Mitgliedstaaten zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen. Engere Beziehungen zu Moldau oder die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft hätte aus dieser Sicht keinen spezifizierbaren Nutzen für die EU als Ganzes und für die Mitgliedsländer im Einzelnen erbracht und demnach lediglich Kosten verursacht.

5.1.1.2 Belastungen für die EU-Mitgliedstaaten

Die Frage nach der Verteilung der Kosten bei den Erweiterungen hat bei der Ausarbeitung engerer Beziehungen zu den Nachbarn der EU eine erhebliche Bedeutung. Den teilweise stockenden Erweiterungsprozess begründet Schimmelfennig mit den potentiellen Belastungen für die Mehrzahl der Mitgliedstaaten, die ihre abbremsende Haltung begründet (Schimmelfennig 2003: 547). Die vergleichbare volkswirtschaftliche Struktur der ärmeren Mitgliedstaaten und den MOEL in den Bereichen Landwirtschaft, Textil- und Lederwaren und Metallverarbeitung lässt einige Entscheidungsträger in den Mitgliedstaaten einen verschärften Verdrängungswettbewerb zugunsten des billigeren Anbieters befürchten. Darüber hinaus war absehbar, dass die neuen EU-Mitgliedstaaten aufgrund ihrer Wirtschaftsleistung zu den Nettoempfängern aus dem Haushalt der EU gehören werden, was eine Zunahme des Wettbewerbs um Beitragszahlungen aus der Agrar- und Regionalpolitik zur Folge haben könnte. Die Angst vor einer Verschärfung der Konkurrenz aus Osteuropa begründet die zögerliche Haltung der anderen Nettoempfänger (Spanien, Griechenland, Portugal und Irland).

Die volkswirtschaftliche Struktur Moldaus basiert ebenfalls auf der Produktion landwirtschaftlicher Güter und der Textil- und Lederverarbeitung, die bei einer engeren Kooperation zwischen der EU und Moldau einen zusätzlichen Wettbewerber hinzufügen würde. Die anhaltende protektionistische Haltung der EU gegenüber landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der Republik Moldau gilt auch für vertragliche Beziehungen weit unter-

halb von Assoziierungsabkommen. Die Angst vor einer erhöhten Preiskonkurrenz aus günstiger produzierenden Ländern kann ebenfalls Antriebsfeder für eine zurückhaltende Haltung gegenüber einer Einbeziehung der Republik Moldau in die EU sein. Zudem würde die Republik Moldau aufgrund der Wirtschaftsleistung ebenfalls langfristig Nettoempfänger aus dem Haushalt der EU sein.

Abgesehen davon ist die Staatsbildung Moldaus durch den Transnistrienkonflikt erheblichen Belastungen bei der vollen Entfaltung staatlicher Souveränität auf dem Gesamtgebiet ausgesetzt. Der staatliche Ordnungsrahmen der Republik Moldau besitzt auf dem Territorium Transnistriens keine Anwendung, was die Entwicklung eines funktionierenden Wirtschafts- und Politikraums dramatisch einschränkt. Das Grundproblem der moldauischen Staatswerdung spiegelt eine Form an Instabilität und secessionistischen Auseinandersetzungen wider, die die EU innerhalb ihres eigenen politischen Systems nicht bereit ist zu lösen. Es besteht eine hohe Inkompatibilität zwischen einer EU-Mitgliedschaft Moldaus und der Fortführung einer nicht-regierbaren Enklave im östlichen Teil der Republik. Keine Regierung eines EU-Mitgliedstaats besitzt ein ausreichendes Interesse, bei der Konfliktlösung einbezogen zu werden, unter anderem aufgrund des Risikos der eigenen Destabilisierung. Eine „negative Macht“ (Schimmelfennig 2003: 549), die auf der Drohung einer zunehmenden Destabilisierung im Osten Europas beruht, kann folglich nicht ausreichend effektiv sein, wenn die Konfliktzone begrenzt und weit von Westeuropa entfernt liegt.

5.1.1.3 Rücksichtnahme auf Russland

Bei der Erweiterung 2004 spielen ebenso geopolitische Interessen eine wichtige Rolle. Die kritische Haltung Frankreichs gegenüber der Erweiterung ist beispielsweise auf machtpolitische Überlegungen zurückzuführen, weil eine massive Aufwertung der zentralen Lage Deutschlands in der EU durch die Osterweiterung befürchtet wurde. Italiens Skepsis wird der Sorge zugeschrieben, dass die Osterweiterung erhebliche Aufmerksamkeit zu Lasten der Mittelmeerregion binden würde, für die sie sich besonders stark einsetzte. Ebenso waren geopolitische Überlegungen ausschlaggebend für die Bemühungen Griechenlands für den Beitritt Zyperns (Schimmelfennig 2003: 548).

Im Gegensatz zu den besonderen geopolitischen Interessen der EU-Mitgliedstaaten an einzelnen MOEL besitzt Moldau aufgrund seiner peripheren Lage keine ausreichende strategische Bedeutung, die ein verstärktes Einsetzen einzelner EU-Mitgliedstaaten begründet hätte. Ganz im Gegenteil, ein zu starkes Engagement von EU-Mitgliedstaaten eines zur „russischen Einflussosphäre“ zählenden Landes hätte das Verhältnis zu Moskau möglicherweise stark belastet.

Der Kollaps der Sowjetunion führte zu einem Zusammenbruch des bipolaren Ordnungsrahmens, der in ein strukturelles Machtvakuum mündete. Das Auffüllen dieser machtpolitischen Leere erforderte ein vorsichtiges und dialogisches Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen mit dem Antipoden des Kalten Krieges, wie es unter anderem auf dem Gipfeltreffen von Kopenhagen 1993 festgelegt wurde (Europäischer Rat 1993). Die russische Regierung zeigte sich hinsichtlich der EU-Erweiterungspolitik erstaunlich zurückhaltend, vielleicht unterschätzte Moskau die Implikationen der EU-Erweiterung (Lippert 2004), allerdings hätte ein integrativer Ansatz der EU gegenüber Moldau das Verhältnis der EU-Mitgliedstaaten zu Russland stärker belastet. Russische Sicherheitskreise mit ihrer anti-westlichen Sozialisation hätten sich in die Enge getrieben fühlen können, da mit Moldau ein Teil ihrer perzipierten Einflussphäre an den Westen verloren ginge. Der Aufmarsch der unter russischer Führung stehenden ehemaligen vierzehnten Armee bei den Auseinandersetzungen im Winter 1991/1992 in Moldau, die aktive Beteiligung an Kampfhandlungen und die Unterstützung des transnistrischen Regimes ist ein eindeutiger Beleg der strategischen Bedeutung der Republik für die russische Regierung. Aus geopolitischer Perspektive ist eine Annäherung der EU an die Länder der ehemaligen Sowjetunion ein besonders sensibles Unterfangen, da dies von russischer Seite als Sicherheitsrisiko empfunden werden konnte. Mit der Einbeziehung der baltischen Länder in die Heranführungsstrategie der EU kam es zum ersten Mal zu einem solchen schwierigen Testfall der europäisch-russischen Beziehungen. Die Einbeziehung des Baltikums besaß allerdings mit dem politischen Bekenntnis der drei Länder zur EU-Integration, den engen Verflechtungen insbesondere zu den nördlichen EU-Mitgliedstaaten, einer gemeinsamen Drei-Länder-Konstruktion und eigener nationalstaatlicher Erfahrungen in diesen einzelnen Ländern, andere Voraussetzungen als diese im Falle Moldaus gegeben waren. Diese günstigen Ausgangsbedingungen ließen die EU-Mitgliedstaaten das Risiko angespannter Beziehungen zu Russland eingehen. Verglichen mit dem baltischen Sonderfall blieb das Engagement der EU gegenüber Moldau zurück und es sollte nach Auffassung des moldauischen Botschafters bei der EU Ion Capatina kein Testfall geschaffen werden:

„Ganz offen wurde uns auch von höchster Stelle in Brüssel gesagt, dass kein Präzedenzfall Moldau, der die Russland-EU Beziehungen belastet, geschaffen werden soll. Was verständlich ist, wenn man das große Handelsvolumen zwischen der EU und Russland betrachtet. Russland wurde allerdings von der EU mit ganzer Kraft unterstützt zum Beispiel bei der Schuldenrückzahlung. Wir wurden zum *Russian Space* gemacht und damit wurden wir in die Arme Russlands getrieben, was sollten wir denn auch ohne Unterstützung machen“ (Interview mit Capatina Mai 2006)?

Manfred Peter erklärt ebenfalls die negative Haltung gegenüber der Republik Moldau und den anderen europäischen GUS-Staaten mit der Rücksichtnahme auf Russland und den Befürchtungen vor wirtschaftlichen Belastungen“ (Peter 2001: 21). Jacek Wróbel

sieht in der Tolerierung der Besetzung moldauischen Territoriums durch die russische Armee einen Versuch der EU, die reformerischen Kräfte in Russland nicht zu schwächen:

„The EU was reluctant to press Moscow on the evacuation of the Russian 14th Army from Transnistria, careful not to undermine the position of the pro-reform and pro-western forces in the Russian Federation. In this way, Brussels in fact recognised Moldova as part of the Russian zone of influence“ (Wróbel 2004: 61).

Darüber hinaus begründet sich die Distanz zum GUS-Raum auch aus der historisch gewachsenen Erbfeindschaft zwischen Ost und West (Peter 2001: 175). Die westliche Bewusstseinslage Anfang der neunziger Jahre war geprägt von historischen Erfahrungen, die die Haltung Russlands nach dem Zusammenbruch des politischen Systems im Osten schwer einzuschätzen vermochte. Dies ergibt sich aus der von Westeuropa perzipierten unmittelbaren Bedrohung durch die damalige Sowjetunion, die die EU-Integration immer dann beschleunigte, wenn die Sowjetunion Maßnahmen ergriff, die die Lage in Westeuropa als fragil erscheinen ließ. Zur Zuspitzung des Kalten Krieges zählt zum Beispiel das Auffahren sowjetischer Panzer zur Bekämpfung des Aufstandes vom 17. Juni 1953 in Ost-Berlin, die massiven Reaktionen der Sowjetunion beim Aufstand in Ungarn 1956, der Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in Prag 1968, die Bedrohung der Republik Polen und der Stellvertreterkrieg in Afghanistan (ebd.).

Durch die Umbruchsituation und die neuen geostrategischen Vorzeichen zu Beginn der neunziger Jahre bedurfte es einer Suche nach einer neuen Rollendefinition der EU-Russland-Beziehungen (Haukkala 2001: 3). In der anfänglichen sogenannten „romantischen Periode“ wurde eine stärkere Anbindung an den Westen gesucht, die sich vom anti-westlichen Erbe der sowjetischen Außenpolitik zu distanzieren versuchte (Timmermann 1995: 7). Die Fundamente dieser neuen Partnerschaft mit der EU sollten der konsequente Aufbau der Marktwirtschaft und der Demokratie sein.

Diese Rhetorik endete allerdings sehr bald und es hat sich ein Grundkonsens unter den russischen Eliten herausgebildet, der darauf beruht

„das Land als selbstbewusste Großmacht mit spezifischen Interessen und natürlichen Einflusszonen zu profilieren, auf dem eurasischen Kontinent einen eigenen Schwerpunkt zu bilden und seine Umwelt selbst zu integrieren“ (Timmermann 1997: 533).

Hierzu schreibt Schilling:

„Die Frage, ob Russland sich mit der Rolle eines ‚saturierten‘ Nationalstaats begnügen werde oder seine Tendenzen sich durchsetzen könnten, die eine Wiederherstellung des Imperiums – unter welchem Namen auch immer – und damit eine erneute ‚Sammlung russischer Erde‘ anstreben, ist nicht erst seit der am 15. März 1996 mit großer Mehrheit von der Staatsduma angenommenen Resolution über den ‚Widerruf der Auflösung der Sowjetunion‘ entschieden. Wenngleich Präsident Jelzin gelegentlich moderate Töne anschlägt und die Beschlüsse des Parlaments relativiert, ließ sein entschlossener Zugriff auf die ehemals sowjetischen Institutionen, Rechte und Ansprüche schon früh erkennen, wie sehr

auch er und seine Anhänger im großrussischen Denken verwurzelt sind. Mit Blick auf die frühere Macht und Größe des Landes geht es im Vergleich zwischen der derzeitigen Staatsführung einerseits und den Kommunisten andererseits nur noch um die Frage, inwieweit das Imperium wiederhergestellt werden kann und welchen Charakter die zurückgewonnene Macht erhält“ (Schilling 1998: 43).

Am deutlichsten wird der Wandel der russischen Außenpolitik mit der Ernennung Primakovs zum Außenminister im Januar 1996. Der spätere Ministerpräsident der Russischen Föderation, prägte die außenpolitische Ausrichtung des Landes entscheidend mit. In der sogenannten Primakov-Doktrin wird Russland nicht mehr als selbstverständlicher potenzieller Verbündeter des Westens betrachtet, sondern die unipolare von den USA dominierte Weltordnung sollte durch eine ‚multipolare‘ ersetzt werden. In diesem neuen internationalen System sollte Russland seine Weltmachtstellung halten und sich als eines von mehreren Zentren für eine ausbalancierte Weltordnung einsetzen. In dieser Grundausrichtung der russischen Außenpolitik bilden die Länder der früheren Sowjetunion und insbesondere die GUS-Staaten die Zone der vitalen Interessen Russlands, die das Gewicht als Führungsmacht sichern (Simon 1997: 252).

Die EU hat diese Ordnung grundsätzlich anerkannt, beispielsweise sieht der damalige Kommissionspräsident Jacques Delors die Grenzen der EU an der Westgrenze der früheren Sowjetunion verlaufen (Frankfurter Rundschau 1999). Russland wird zudem ein kaum eingeschränkter Spielraum auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion eingeräumt, was zum ersten Mal von Jacques Delors während seines Besuchs in Moskau im Jahre 1993 artikuliert und danach oftmals wiederholt wurde. Dem *two-power concept* liegen zwei Kernideen der EU-Russlandpolitik zugrunde: Zum einen wird Russland auf absehbare Zeit kein Mitglied der EU, zum anderen

“(...) an implicit acceptance of Russia’s special role and status within the CIS. The EU has so far rejected the idea that other CIS republics such as Ukraine or Belarus could eventually become EU members and has thus implicitly envisaged them as associating themselves with the Russian Federation” (Gowan 2000: 408).

Die Distanz der EU zu Moldau lässt sich mit rationalistischen Argumentationsmustern sinnvoll nachvollziehen. Die Republik Moldau war politisch und wirtschaftlich zu unbedeutend und gehörte zudem zum russischen Einflussgebiet, was einen etwaigen Annäherungsprozess zusätzlich erschwerte. In der anfänglichen Orientierungslosigkeit durch die überraschende Implosion der Sowjetunion entspricht es rationalistischem Kalkül, zunächst die Alternativen im weiteren Vorgehen hinsichtlich der neuen Beziehungen zu den östlichen Nachbarn zu klären. Entsprechend ihrer von wechselseitiger Interdependenz geprägten, wirtschaftlichen und politischen Interessen verfolgen die EU-Mitgliedstaaten eine Politik, die die Beziehungen zu den anderen europäischen Räumen dem MOEL-Raum (mit einer inneren Abstufung durch Bevorzugung der Länder Polen, Ungarn und Tschechien) unterordnet. Bis auf den Sonderfall der drei baltischen Staaten

waren die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit den MOEL besser als mit dem Raum der NUS. Durch die 1991/1992 einsetzenden Balkan-Kriege rückten die Beziehungen zur EU für die Staaten des westlichen Balkans in den Hintergrund.

5.1.2 Moldaus Marginalisierung: Konstruktivistischer Erklärungsansatz

Die Klassifizierung in Nachbarschaftsräume und Marginalisierung Moldaus lassen sich auch mit einem konstruktivistischen Erklärungsansatz verdeutlichen, was in den folgenden Abschnitten ausgeführt wird. In diesem Erklärungsansatz wird im Gegensatz zu einem rationalistisch-instrumentellen Vorgehen kulturelle und identitätsstiftende Motive besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

5.1.2.1 Kulturelle Grenzlinien

Als erster Orientierungspunkt für das komplexe Verflechtungsgefüge kann die umstrittene These von Samuel P. Huntington vom *clash of civilizations* angeführt werden (Huntington 1996: 252), die eine mögliche Perzeption von Raumbildern durch westliche Entscheidungsträger in dieser Phase (1991 bis 1996) widerspiegelt. Martin Peter sieht in Anlehnung an Huntingtons These zwei kulturelle Einflusszonen auf dem europäischen Kontinent sich gegenüber stehen, die entlang einer westlichen katholischen oder protestantischen Prägung und dem religiös-orthodoxen Kulturkreis verlaufen (Peter 2001: 151). Die Grenzlinie spaltet hiernach den europäischen Kontinent östlich der baltischen Länder und führt durch Weißrussland, die Ukraine und

„schließt Länder wie Moldawien, Rumänien, Bulgarien, Mazedonien, Jugoslawien und den größten Teil Bosnien-Herzegowinas aus dem westlichen Kulturkreis aus (ebd.).“

Die Geographie des umfassenden Beitrittsansatzes, der den Ländern Rumänien und Bulgarien genauso wie dem westlichen Balkan und der Türkei eine konkrete Beitrittsoption in Aussicht stellt, steht im offenen Widerspruch zu der von Huntington vertretenden These, beziehungsweise der Einteilung der Welt entlang religiöser Glaubensfragen und Peters Einteilung des europäischen Kontinents. Allerdings weist auch Lippert auf den kulturellen Differenzierungsansatz in der Erweiterungspolitik hin, der sich an tradierten westlichen Raumbildern orientiert und nach Ansicht von Kritikern die Erweiterungspolitik an der historisch-kulturellen Grenze zwischen Rom und Byzanz ausrichtet und diese historische Trennlinien sogar verstärkt (Lippert 2000: 121). Die Erweiterungsdynamik weist darauf hin, dass eng gefasste religiös-kulturelle Traditionen in einer laizistischen EU nicht überbewertet werden dürfen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass Wertvorstellungen in der Erweiterungspolitik keine Rolle spielen. Am Beispiel der baltischen Länder lässt sich die auf einer kulturellen Konstruktion basierenden Handlungslogik der EU gegenüber den östlichen Nachbarländern sinnvoll darstellen. Wiersma sieht den Unter-

schied zwischen den baltischen Ländern und der Republik Moldau darin, dass unterschiedliche kulturelle Entwicklungspfade eingeschlagen wurden:

„Moldova was part of the USSR and before that part of the Tsarist empire, and did not distance itself very rapidly from that past after the collapse of communism. That might explain the EU's reticence. Meanwhile the Baltic states are soon to join the EU. This contrast is explained by the different transition processes. While the Baltics went for a complete rupture with the past, the Moldovans joined the CIS, remaining Moscow's orbit. The question remains whether they did this because there was no alternative, or because they really wanted to” (Wiersma 2004: 196).

Der ehemalige Botschafter der Republik Moldau bei der EU Ion Capatina bezeichnet es eher als

„eine Mentalitätsfrage der EU, die zwar das Ende des Molotow-Ribbentrop-Pakts in den neunziger Jahren durch die Wiedervereinigung Europas betreibt, aber Moldau dabei einfach vergessen zu haben scheint“ (Interview Capatina März 2006).

Nach Capatina wird Moldau in dieser Zeit als unlösbar verbunden mit dem Schicksal Russlands betrachtet und von ihm ein Mentalitätswandel bei der EU gefordert.

Diese Aussagen verdeutlichen, dass kulturelle Perzeptionen wesentlichen Einfluss auf politische Weichenstellungen besitzen.

5.1.2.2 Kollektive Identität der EU

Die beiden Kategorien der unterschiedlich intensiven vertraglichen Beziehungen, PKA und Europaabkommen, sind Ausdruck für differenzierte politische und wirtschaftliche Verflechtungen und basieren auch auf tradierten westlichen Vorstellungen von Nachbarschaftsräumen.

Darüber hinaus sind die an die EU gerichteten Appelle der MOEL bedeutsam, die an die gemeinsame Geschichte und europäische Identität erinnern (Sjursen 2001). Daneben betonen Fierke und Wiener die Bedeutung von Normen, Werten und Sprechakten in der Erweiterungspolitik (Fierke/Wiener 1999). In der Vorwendezeit wurden durch öffentliche Stellungnahmen Verpflichtungen eingegangen, auf die sich die MOEL in der Nachwendezeit beziehen konnten. Lord Carrington wird in diesem Kontext zitiert, der 1983 sagte:

„We have a historical duty, and political and moral responsibility to uphold their [*the peoples of Eastern Europe, WZ*] right to freedom and self-determination” (Zank 2003).

Sjursen benutzt einen konstruktivistischen Ansatz bei dem eine verwandtschaftliche Verpflichtung (*kinship-based duty*) besondere Relevanz in der EU-Erweiterungspolitik gegenüber Osteuropa besitzt,

„what emerges as a predominant and systematic pattern is the description of East and West in Europe as two parts of the same identity. The aim of policies towards Eastern Europe is to 'overcome the division'. This is a constant factor not only in policy-documents and speeches on enlargement after 1989 but also in Western policies towards Eastern Europe during the Cold War. The underlying argument is that Eastern Europe is a part of 'us' that now must be returned” (ebd.).

Die EU-Kommission kommt den MOEL bei der Vorbereitung des Kopenhagener Gipfels zur Hilfe und wird zum Motor der Erweiterung, da sie den dringenden Handlungsbedarf

in symbolischer Hinsicht erkennt. Einen Monat vor dem Kopenhagener Gipfel fordert die EU-Kommission in einer Mitteilung an den Rat einen Kurswechsel von der hinhaltenden MOE-Politik der EU zu einem aktiveren Engagement:

„Die Assoziierten brauchen eine klare Vorstellung von ihrer künftigen Beteiligung am Aufbau der Europäischen Union“ (EU Commission 1993).

Somit fungiert die EU-Kommission als Normentrepreneur (Sedelmeier 2000). Die EU gibt diesem Druck zum ersten Mal durch das Kopenhagener Beitrittsversprechen nach, in dem sie eine politische Notwendigkeit und historische Chance sieht (Europäischer Rat 1995). Frühzeitig hat sie jedoch im Prinzip den historisch-moralischen Anspruch der jungen Demokratien auf eine Mitgliedschaft anerkannt und zu keinem Zeitpunkt die Option erwogen, dass Beitrittsverlangen der MOEL abzulehnen. Auch die kulturelle Zugehörigkeit der assoziierten MOEL zu Europa unterstreichen die EU-Institutionen in zahlreichen Erklärungen. Das Bekenntnis zur Erweiterung ist für die EU nicht zuletzt eine Frage der Identität und ihrer politischen Glaubwürdigkeit. Als eine Wertegemeinschaft mit der Ambition, die „immer engere Union der Völker Europas“ herbeizuführen, muss sie für jene Länder offen stehen, die vormals zwangsweise von der Integrationsentwicklung im Westen ausgeschlossen waren und durch den Sprung in die Freiheit durch die Revolution von 1989/1990 geschafft haben.

An dieser Stelle wird deutlich, dass sich die EU-Erweiterungspolitik teilweise auf einen gemeinsamen identitätsbildenden Hintergrund bezieht. Im Gegensatz dazu scheint ein nüchterner interessenorientierter Ansatz die Politik der EU-Mitgliedstaaten gegenüber Moldau zu bestimmen. Die EU-Kommission füllt gegenüber der Republik Moldau nicht die Rolle eines Normentrepreneurs aus und setzte sich zu keinem Zeitpunkt für eine explizite EU-Mitgliedschaft ein. Die Sprache in den EU-Moldau-Beziehungen basiert zwar auch auf der Anerkennung gemeinsamer Werte und Normen, allerdings besitzen die öffentlichen Stellungnahmen und Reden von Vertretern der EU gegenüber der moldauischen Regierung nicht die Konnotation einer Rückführung ins gemeinsame Europa beziehungsweise in die EU. Ein Referenzpunkt für Nähe wird über die Betonung gemeinsamer Werte und Normen ausgedrückt, die jedoch keine gemeinsamen Institutionen im Rahmen einer EU-Mitgliedschaft erfordern. Gleichzeitig versäumen es die wechselnden moldauischen Regierungen an eine gemeinsame Identität zu appellieren. Der Republik Moldau fehlen somit entscheidende Partner bei den EU-Institutionen. Die Kommission betrachtet Moldau nicht als Teil eines Rückführungsprojektes nach Europa und setzt dementsprechend keine Impulse. Da die Kommission eine zentrale Bedeutung für den Erweiterungs- und Integrationsprozess besitzt, ist es daher schwierig, die Integration eines Landes ohne ihre Unterstützung zu erreichen. Ebenso fehlen in dieser Periode jegli-

che sich für eine EU-Mitgliedschaftsperspektive einsetzende Aussagen des Europäischen Parlaments, damit fehlen entscheidende Voraussetzungen für die Beziehungen zwischen der EU und Moldau, die Moldau einen anderen entwicklungspolitischen Pfad geebnet hätten.

In der Erweiterungspolitik der EU-Politik rückt die Bedeutung ideeller Faktoren bei vielen Beiträgen als Erklärungsansatz in den Vordergrund. Der Sozialkonstruktivismus (Wendt 1992, Checkel 1999, Risse 2004) wird oftmals als theoretisches Gerüst herangezogen, um zu erklären, dass die Erweiterungspolitik nicht nur in erster Linie auf die Vergrößerung des Binnenmarktes oder den Ausbau der Machtposition einzelner Mitgliedstaaten beruht. Die Erweiterungspolitik wird auch als Teil der kollektiven „Selbstverwirklichung“ und Selbstvergewisserung der Union als Wertegemeinschaft betrachtet, die sich nach Osten ausdehnt. In diesem sozialkonstruktivistischen Erklärungsansatz verfolgen die jungen Demokratien und Marktwirtschaften nach der Wende Werte und Normen, die mit denen der Union konvergieren. Insbesondere in dem von Schimmelfennig verfolgten Ansatz wird darauf hingewiesen, dass die MOEL an die kollektive politische Identität der Union appellieren, was auch diejenigen Akteure, die nicht in materieller Hinsicht von der Erweiterung profitieren, unter Legitimations- und Argumentationsdruck setzt. Schimmelfennig nennt dies *rhetorical entrapment*, dem die EU durch das Versprechen einer EU-Mitgliedschaft nachgegeben hätte.

Die fehlende Einbeziehung Moldaus könnte demnach unter anderem damit begründet werden, dass eindeutige und starke Signale hinsichtlich einer Westorientierung aus Chisinau gesendet und auch in Brüssel und bei den EG-Mitgliedstaaten ankommen müssen, damit die EG auch von Moldau in die „rhetorische Falle“ gelockt wird. Allerdings greift der neugewählte Präsident Lucinschi erst im Dezember 1996 zum ersten Mal die Idee zur EU-Integration auf. Damit steht die EU-Mitgliedschaft erst spät auf der außenpolitischen Agenda Moldaus. Mit dem verspäteten Bekenntnis zur EU-Integration und dem Ausbleiben eines frühen Appells der Republik Moldau an die kollektive Identität der EU zu Beginn der neunziger Jahre verpasste Moldau eine Chance, sich als elementaren Bestandteil der europäischen Geschichte, Kultur und Geografie zu beschreiben. Im Chor der anderen MOEL, die auf gemeinsame Erfahrungen, Werte und Normen als legitimato- rische Grundlage für ihre Beitrittsbemühungen hinwiesen, hätte die Republik Moldau womöglich bessere Aussichten auf eine Annäherung an die EU gehabt.

5.1.2.3 Europäische Identität durch Abgrenzung

Noch gewichtiger als der richtige Zeitpunkt und die Überzeugungskraft eines Signals aus Chisinau erscheint für die Nichteinbeziehung der Republik Moldau ein anderes Phäno-

men zu sein: Jede Wertegemeinschaft muss sich gegenüber anderen Gemeinschaften abgrenzen, damit die eigene auf Regeln und Normen begründete Identität keine Verwässerung erfährt. Zur Stärkung und Legitimität des eigenen Wertesystems bedarf es also eines Gegenübers, eines anderen Systems, von dem sich die EU distanzieren kann. Die Einteilung von Nachbarschaftsräumen mit implizierten differenzierten Kooperationsformen stellt eine solche Selbstbestätigung und Abgrenzung gegenüber einem anderen Kreis von Staaten dar. Der erweiterungsbereiten Union mit ihren potentiellen Beitrittskandidaten wird die GUS zunächst gegenübergestellt, um ihre eigene Identität abzugrenzen. Moldau fällt hierbei also in die Kategorie des Gegenübers auch wenn Chisinau sich zu einem früheren Zeitpunkt zur EG bekannt hätte, wäre das Land wahrscheinlich zum Gegenüber gezählt worden. Die Kategorisierung der EG hätte das kleine Moldau nicht verhindern können. Es ist darüber hinaus utopisch zu fragen, ob Moldau bei einem Nichtbeitritt zur GUS bessere Ausgangsbedingungen gehabt hätte.

Eingeschränkt wird die Erklärungskraft des sozialkonstruktivistischen Ansatzes allerdings dadurch, dass mit den in Kopenhagen festgelegten demokratischen und wirtschaftlichen Kriterien sowie geographischen Bedingungen ein zwar umfassender aber vager Kriterienkatalog geschaffen wurde, der einer dauerhaft sinnstiftenden und stabilen Abgrenzung der EU entgegenläuft. Bei einer Erfüllung der wirtschaftlichen und demokratischen Kriterien, würde die EU bei einer konsequenten Anwendung auf einen Gesamtumfang von mindestens den 45 europäischen Staaten anwachsen, die sich in der OSZE zusammengeschlossen haben. Diesem bislang von wenigen geforderten ordnungspolitischen Gesamtanspruch (Emerson 2004b) wurde allerdings in Kopenhagen das Kriterium der Aufnahmefähigkeit der EU entgegengesetzt.

Ein grundlegendes Problem beim Erklärungsansatz des Sozialkonstruktivismus stellt zudem die Frage nach der Finalität der Union dar, in der zur Schaffung einer eigenen Identität neben dem geographischen Umfang auch die Inhalte und Verfahren der EU bestimmt sein müssen. In den Politikprozessen der Union lassen sich zur Festlegung einer trennscharfen europäischen Identität allerdings nur mühsame, schrittweise und bruchstückhafte Entwicklungen erkennen, die oftmals in Konkurrenz zueinander stehen und auf verschiedenen Leitbildern der Akteure beruhen (Risse 2004: 166f).

Zudem hätte sich ein auf rein ideelle Faktoren beziehender Ansatz doch gerade den europäischen Ländern besonders stark annehmen müssen, denen in ihrer geschichtlichen Entwicklung und ihres Transformationsprozesses ab Anfang der neunziger Jahre unvorteilhafte Bedingungen auferlegt wurden, wie es in Moldau durch den enormen sowjetisierenden und späteren dominierenden Einfluss Russlands der Fall gewesen ist.

Es ist also davon auszugehen, dass die Erweiterungsentscheidung auf dem Kopenha-

gener Gipfel und der bereits Anfang der neunziger Jahre erfolgende unterschiedliche Ansatz der Unterstützungsleistungen in die Nachbarschaftsräume auf einer Vorauswahl beruht, der sich nicht nur an ideellen Faktoren orientiert, sondern basierend auf sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Überlegungen getroffen wurde. Diese Erwägungen entsprechen einer zweckrationalen Handlungslogik, die sich von der im Sozialkonstruktivismus angewandten, unterscheidet.

Zudem äußern Moravcsik und Vachudova grundsätzliche Zweifel an der Legitimität der von Schimmelfennig angeführten These des *rhetorical entrapment*:

“Scholars who consider EU enlargement as a triumph of supranational entrepreneurship or of norms over interests point to the costs of making East European states full members as opposed to mere associate members. While there is no doubt that a measure of idealism played a supporting role in the decision to enlarge, we would do well to consider the context of national interests and power. Interstate idealism seems never to be as powerfully professed as when it runs parallel to material self-interest” (Moravcsik/Vachudova 2003: 50).

Die von Moravcsik und Vachudova vorgebrachte Kritik stützen sich darauf, dass Schimmelfennig die aus der Erweiterung hervorgehenden positiven Effekte unter- und die negativen überbewertet. Dabei verweisen Moravcsik und Vachudova auf die geringen volkswirtschaftlichen Belastungen, da die gesamten neuen EU-10 über weniger als 5 Prozent des BIP der EU-15 verfügen („*Rhetorical idealism can flourish when the impact is marginal*“ (ebd.)). Zudem sollten die materiellen Interessen der EU-15 an den aus der Erweiterung erzielbaren Gewinnen nicht unterschätzt werden, weil hundert Millionen neue Konsumenten mit rapide wachsenden Wirtschaften zum Binnenmarkt hinzukommen. Dabei beziehen sie sich auf eine Studie, die die Gewinne der EU-15 auf zehn Milliarden Euro beziffert und die aus der Erweiterung entstehenden Kosten bei weitem niedriger ansetzt. Zusätzlich erfolgte aus der Erweiterung ein hohes Maß an geopolitischer Stabilität und wirtschaftlicher Belebung von Grenzregionen sowie das Eindämmen von Nationalitätenkonflikten („*Rhetorical idealism can flourish when measurable economic and geopolitical benefits are on offer*“ (ebd.)).

Die grundsätzlich angeführten Zweifel gegenüber einem erzwungenen Vorgehen der in eine Falle geratenen EU-Mitgliedstaaten lässt sich nicht nur auf die MOEL, sondern auch in zeitlicher Hinsicht begrenzen. Erst spät (1996) äußert die moldauische Regierung erstmals den ab diesem Zeitpunkt oftmals wiederholten Wunsch, ein Assoziierungsabkommen mit der Union abzuschließen. Dabei bedient sich die moldauische Staatsführung ebenfalls dem in Kopenhagen entstandenen Bild, dass alle europäischen Staaten mit entsprechender demokratischer und wirtschaftlicher Vorbereitung, der Union beitreten können. Diese Art von strategischer und legitimatorischer Rhetorik hat die Union zumindest im Falle Moldaus bislang nicht in die Falle gelockt, was zunehmend nicht nur mit

dem Hinweis auf die unzureichende wirtschaftliche und demokratische Entwicklung des Landes, sondern auch mit der Aufnahmefähigkeit der Union begründet wird. Falls die These von der *rhetorical entrapment* überhaupt bestätigt werden kann, dann nur mit der geographischen Einschränkung auf die Staaten in MOE und auf die zeitlich begrenzte Phase der anfänglichen Orientierungslosigkeit Anfang der neunziger Jahre, in der ein Ordnungsrahmen der EU begann, Form anzunehmen.

Trotz der genannten Einschränkungen verfügt der konstruktivistische Ansatz über weitreichende Erklärungskraft hinsichtlich einer identitätsstiftenden Abgrenzung gegenüber Drittstaaten.

5.1.3 Europäisierungsansatz gegenüber der Republik Moldau

Der Europäisierungsansatz gegenüber der Republik Moldau verlief unter der Prämisse zurückhaltender Entwicklung und Konsolidierung eines politischen und wirtschaftlichen Rahmens, bei dem eine EU-Mitgliedschaftsperspektive zu keinem Zeitpunkt Gegenstand des Angebots der EU ist. Das Instrument der EU ist das TACIS-Programm, das durch die Arbeit internationaler Organisationen wie die KSZE, Europarat, IFI sowie bilateraler mitgliedstaatlicher Programme unterstützt wird. Mit der Unterzeichnung des PKA im November 1994 kündigt sich eine Verstetigung und Erweiterung der bilateralen Beziehungen auf niedrigem Niveau an, die allerdings noch vier Jahre bis zur Inkraftsetzung im Jahre 1998 auf sich warten lässt. Vertragliche Grundlage der EU-Moldau-Beziehungen bildet ein Interimsabkommen, das die Handelsbeziehungen zu Moldau gewährleistet.

5.1.3.1 Analyse der Unterstützungsleistungen

Unterstützungsleistungen in Moldau werden neben verschiedenen internationalen Organisationen auch von der EU angeboten. Seit 1991 erhält Moldau technische Hilfe aus dem TACIS-Programm, die sich vor allem aus makrofinanzieller Hilfe in Form von Zahlungsbilanzdarlehen –und zuschüssen besteht (EU-Kommission 2004). Ebenso wird die Republik Moldau durch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) unterstützt. Zudem haben die IFI an einem Stabilisierungsprogramm der moldauischen Wirtschaft gearbeitet, dass 1993 fünf Schwerpunkte bildet:

- “The privatisation and restructuring of state enterprises;
- Support for the private sector (notably for small and medium-sized enterprises) and investment promotion;
- Modernisation of the financial system (banking, budget);
- Development of an affordable social safety net system, from active employment policies to anti-poverty measures; and
- Support for the policy reforms, demonstrated through the establishment of regulatory and legislative frameworks” (Gudim 2004: 131).

Moldau wird am 13. Juli 1995 das 36. Mitglied des Europarats⁴⁸ und erhält dadurch die Unterstützung für zwei Programme. Bei dem einen handelt es sich um das sogenannte Juristische Kooperationsprogramm, das den neuen Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung ihrer institutionellen, gesetzgeberischen und administrativen Reformen mit dem Ziel der Erreichung von europäischen Standards unterstützt. Das zweite Programm, Unterstützung und Technische Zusammenarbeit im Medienbereich (ATCM), zielt im Bereich freie Meinungsäußerung und Medien darauf ab, professionelle, unabhängige und pluralistische Medien zu fördern. Zu den Themen gehören unter anderem: Rechte und Verantwortung von Journalisten, Regulierungen des Presse-, Radio- oder Fernsehsektors oder der Zugang zu Informationen.

Zusätzlich sind auch bilaterale Unterstützungsprogramme ins Leben gerufen worden. Die deutsche Bundesregierung arbeitet seit 1993 mit der Republik Moldau zusammen, in dessen Rahmen insgesamt Mittel in Höhe von mehr als 20 Millionen Euro im Bereich der Finanziellen Zusammenarbeit geflossen sind⁴⁹. Für die technische Zusammenarbeit, unter anderem der Entsendung von Beratern, Ausbildungspersonal, Gutachtern und sonstigen Fachkräften zahlte die Bundesregierung 10,14 Millionen Euro.

Die Schwerpunkte liegen hierbei seit 1993 auf der Förderung der Rechtsreform, des Handels (insbesondere der KMU, die Finanzsektorenentwicklung und der Reform der öffentlichen Finanzen sowie der Förderung der Landwirtschaft (Auswärtiges Amt 2006). Daneben bestehen andere bilaterale Hilfen unter anderem durch die amerikanische USAID⁵⁰, Japan, Rumänien, UNDP, Unicef und von der privaten Soros-Stiftung.

Die Bewertung der geleisteten Unterstützung in dieser Phase fällt ambivalent aus, die Ursachen liegen einerseits bei den Gebern und andererseits in Moldau selbst. Eine Gesamtevaluation stellt sich als problematisch heraus, da eine eindeutige Zuordnung für Fortschritte, Stagnation oder Rückschritte den einzelnen Unterstützungsleistungen der Geber- oder der Nehmerseite aufgrund der Komplexität des Transformationsprozesses nicht möglich ist. Insgesamt ist ein frappierender sozioökonomischer Rückgang in der Entwicklung des Landes für die erste Phase zu beobachten, was nicht bedeutet, dass keine Erfolge erzielt werden. Ein makroökonomischer Stabilisierungsprozess wird mit Hilfe der Weltbank (Mitgliedschaft Moldaus seit 1992) und des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Gang gesetzt, der Europarat leistet wichtige Unterstützung bei der Entwicklung der Verfassung von 1994 und die bilateralen technischen Unterstützungsleistungen mildern den freien Fall von der Plan- zur Marktwirtschaft. Zwischen der mol-

⁴⁸ Vgl. : http://www.coe.int/T/D/Com/Europarat_kurz/Mitgliedslander/d_moldawien.asp.

⁴⁹ Vgl.: www.bmz.de, Zugriff: 2.3.2006.

⁵⁰ "USAID is by far the largest grant donor to Moldova. [It] has provided over € 242 million in technical assistance (...)" (EU Commission 2001).

dauschen Nehmerseite und der internationalen Geberseite besteht allerdings eine grundsätzlich unterschiedliche Wahrnehmung bei der geleisteten Unterstützung. In der Republik Moldau existiert auf Regierungsebene eine grundsätzliche Skepsis hinsichtlich der Motive und der Verfahren der Geberseite, die in den Instrumenten der internationalen Hilfsmaßnahmen die Befriedigung eigener wirtschaftlicher Interessen der Berater sehen. Diese Haltung wird in scharfer Form hinsichtlich TACIS artikuliert: „(..) *to fill only the pockets of the advisor* (Gespräch mit Ostalep, Februar 2006)“. In etwas abgeschwächter Form wird dies als *donor's driven approach* kritisiert (Interview mit Gutu Februar 2006). Auf der Geberseite wird der moldauischen Regierung eine mangelnde Implementierungsbereitschaft der vorgeschlagenen Maßnahmen und ein *window dressing approach* vorgeworfen, der Reformen imitiert, ohne substantielle notwendige Neuerungen tatsächlich durchzuführen (Interview im Auswärtigen Amt Februar 2006).

5.1.3.2 Europäisierungsansatz: Konditionalität und Sozialisierung

Europäisierungsprozesse basieren auf unterschiedlichen Mechanismen, zu denen das Prinzip der Konditionalität genauso gehört wie die Möglichkeit zur Sozialisierung und sozialem Lernen.

Betrachtet man, dass es lediglich zu einem Besuch des moldauischen Präsidenten Snegur in Brüssel 1993 und in Deutschland im Jahre 1995 gekommen ist, dann wird deutlich, dass die Sozialisierung auf höchster Staatsebene fast ausschließlich im Osten stattgefunden hat. Bis auf wenige Delegationsreisen wird ebenfalls der Kontakt mit dem Europäischen Parlament erst spät aufgebaut, so besucht eine Gruppe von EP-Abgeordneten unter Leitung der deutschen Europapolitikerin Elisabeth Schrödter im April 1995 zum ersten Mal die Republik Moldau (Interview mit Schrödter Oktober 2003). Über eine Auslandsvertretung der Republik Moldau, die einen permanenten Austausch gewährleistet, verfügt die Republik ebenso wenig wie die EU in Moldau. Zudem besteht durch einen begrenzten Mitteleinsatz (101 Millionen Euro von 1991 bis 1995) und der Konzentration auf technische Hilfe nicht die Möglichkeit, das soziale Lernen beispielsweise über Twinning auf einen breiteren Kreis von Verwaltungsbeamten auszudehnen. Erschwerend kommt hinzu, dass nur wenige Verwaltungsmitarbeiter in den moldauischen Ministerien über englische Sprachkenntnisse verfügen. Ausgenommen hiervon sind Mitarbeiter des Außen- und Verteidigungsministeriums, für die im NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ ein Rahmen für soziales Lernen geschaffen wurde.

Darüber hinaus zeigt sich bereits bei der Konditionalität in der Frühphase der EU-Moldau-Beziehungen ein Grundproblem. Hierzu bemerkt Popescu zur grundsätzlichen Wirkungskraft der Konditionalität:

“Conditionality, as the coercive mechanism of Europeanization, aims at changing the behav-

jour of actors through a logic where compliance is rewarded, and non-compliance leads either to the withholding, or even sanctions. The actor that has to comply with conditionality does so in order to benefit from the rewards and/or to avoid the sanctions" (Popescu 2004: 7).

Im Falle Moldaus wird der Mechanismus der Konditionalität von der EU im Rahmen des TACIS-Programms ebenso angewandt wie von den IFI, um das Verhalten der Regierung zu steuern. Allerdings erweisen sich erhebliche Mängel in der Anwendung des Mechanismus, der in der sichtbaren Vernachlässigung der EU gegenüber Moldau begründet liegt:

Beispielsweise beträgt die Reaktionszeit der EU-Kommission auf ein Schreiben des moldauischen Präsidenten Snegurs vom 1. November 1993 zum Abschluss auf das in Aussicht gestellte PKA 15 Monate. Zudem dauert der Ratifizierungsprozess des PKA in den EU-Mitgliedstaaten ab der Unterzeichnung (28. November 1994) bis zur Inkraftsetzung Mitte 1998 zu lange, um den Steuerungsmechanismus der Konditionalität von Angebot sowie positiver oder negativer Sanktionierung effizient einzusetzen.

Darüber hinaus besteht aufgrund der innenpolitischen Spannung in Moldau und den häufigen Regierungswechseln eine Situation, in der die Steuerungsfähigkeit abnimmt, weil kontinuierlich neue Partner die Regierungsarbeit lenken.

Abgesehen davon wird die *golden carrot* der Europäisierung, die EU-Mitgliedschaft, nicht von den moldauischen Regierungen dieser Zeit nachgefragt, so dass Moldau auch unter diesem Gesichtspunkt vernachlässigt behandelt werden konnte. Es bestand somit gar nicht die Nachfrage einen Plan für einen Sonderweg Moldaus zu entwickeln, das heißt die standardisierten Abkommen für den GUS-Raum reichten der Republik Moldau als EU-Angebot für die Grundlage der Beziehungen vollkommen aus.

Die EU widmete sich mit zunehmender Aufmerksamkeit den MOEL (beziehungsweise den PHARE-Ländern) während die TACIS-Gruppe stärker in den Hintergrund rückte (Vahl 2004: 172). Der Differenzierungsansatz zeigt sich noch deutlicher in dem vom französischen Premierminister Balladur⁵¹ im April 1993 vorgeschlagenen ersten Stabilitätspakt. Die EU finanzierte Konferenzen und Runde Tische in dem Zeitraum zwischen 1994 bis 1995 und erreicht den Abschluss von über hundert bilateralen Abkommen unter den MOEL. Obwohl Moldau an dem ersten Stabilitätspakt teilnimmt, zeigt sich schnell, dass die EU andere Schwerpunkte setzt, und somit werden keine signifikanten Abkommen zwischen Moldau und seinen Nachbarn abgeschlossen. Dabei sind die Beziehungen zwischen Moldau und Rumänien und zur Ukraine verglichen mit den Konflikten unter den MOEL stärker konfliktbeladen. Viele der Schwierigkeiten im Verhältnis Moldaus zu

⁵¹ "Balladur Plan: Concerned about the EC's failure to end hostilities in the Balkan and eager to prevent future "Yugoslavia's" in Central and Eastern Europe, in April 1993 French prime minister Edouard Balladur proposed a stability pact to provide a mechanism that would permit the Central and Eastern European states (CEES) to normalize relations with each other economically, politically, and socially" (Dinan 2000: 22).

seinen Nachbarn wurden zwischen anderen Ländern in der Region im Rahmen des Stabilitätspakts gelöst (ebd.).

Verglichen mit der Unterstützung anderer internationaler Institutionen blieb das graduell zunehmende Engagement der EU insbesondere im Hinblick auf die TACIS-Programme weit zurück (ebd.: 183).⁵² Moldau spielte nur eine marginale Rolle auf der politischen Agenda der EU. Wirtschafts- und Währungsunion, Erweiterungspolitik, institutionelle Reformen und der westliche Balkan dominierten das EU-Alltagsgeschäft.

Während der Europäische Rat die Kommission auf dem Kopenhagener Gipfel beauftragte, Vorschläge zur Entwicklung von Freihandelsabkommen vorzulegen und sich dafür aussprach, mit den baltischen Staaten Europa-Abkommen abzuschließen, war Moldau noch zu sehr mit der Bewältigung seiner inneren Angelegenheiten beschäftigt.

In dieser Phase wird der Republik Moldau bis auf das TACIS-Programm nichts von der EU angeboten, was über einen grundlegenden Handelsvertrag hinausgeht, da das PKA erst spät, nämlich 1998 in Kraft gesetzt wird. In der Wahrnehmung der EU lag die Republik Moldau zu weit entfernt, sie war wirtschaftlich uninteressant und hatte keinerlei strategische Bedeutung, die eine nähere Beschäftigung mit dem Lande notwendig gemacht hätte und zudem werden von moldauischer Seite keine Sonderansprüche angemeldet. Zudem war die Belastung der EU durch die inneren Prozesse und die Ansprüche der anderen Nachbarschaftsräume zu hoch, um sich Moldau stärker zu widmen. Bei der von der EU gegenüber Moldau verfolgten Politik handelt es sich somit um einen vergleichbar schwachen exogenen Europäisierungsansatz.

5.1.4 Anpassungsleistung Moldaus

In der Phase zwischen 1991 bis 1996 erlebt die moldauische Gesellschaft eine extreme Umwälzung ihrer Lebensverhältnisse. Die negative wirtschaftliche Entwicklung verschärft sich unaufhaltsam, die politische Transformation des Landes ist geprägt von Instabilität, häufigen Regierungswechseln und einem fragilen Parteiensystem. Die Lebensbedingungen verschlechtern sich zunehmend, so dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach offiziellen Angaben 40 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben (Gudim 2004b). Eine solche dramatische Entwicklung und Länge der Krise hatte kaum jemand in der moldauischen Bevölkerung und der Regierung erwartet. Beleg dafür, wie sehr die Transformation unterschätzt wurde, zeigt sich in einem Wirtschaftsprogramm, das 1991 vom Parlament angenommen wurde:

⁵² "Approximately 52 million euros of assistance to Moldova was committed through Tacis from 1996 to 2001. The World Bank's contribution of 252 million dollar was almost five times as large in the same period, and the 310 million dollar provided by the IMF was ten times the 30 million euros of macro-economic assistance committed by the EU" (Vahl 2004: 183).

“(...) it is expected that the complicated path of transition towards the market will be passed as quickly as possible – about 1.5 – 2 years” (ebd.).

Die Anpassungsleistungen Moldaus werden durch die anhaltende Wirtschaftskrise und die oben genannten negativen Entwicklungen beeinflusst. Die Republik Moldau öffnet sich zwar der internationalen Gemeinschaft, aber eine einheitliche Strategie zur Orientierung des Transformationsprozesses und als Ordnungsrahmen wurde in dieser Phase versäumt zu entwickeln.

5.1.4.1 Wirtschaftskrise und soziale Lage

Der Zusammenbruch der Sowjetunion löst eine dramatische Wirtschaftskrise in der Republik Moldau aus, das BIP fällt im Zeitraum zwischen 1990 bis 1996 auf 35,6 Prozent des Niveaus von 1989 (Keune/Orlova 1999: 119). Das reale Einkommen hat sich in diesem Zeitraum um die Hälfte verringert. Die Einkommens- und Rentenentwicklung sinkt im Betrachtungszeitraum rapide ab und hat einen enormen Kaufkraftverlust zur Folge (siehe Tabelle unten). 1996 verfügen lohnabhängig Beschäftigte nur noch über 25,6 Prozent und Rentner über 12,7 Prozent des Lohnniveaus von 1991. Armut wird somit zu einem gesellschaftlichen Phänomen, das auch die Mittelschicht erfasst (ebd.).

Reale Einkommens- und Rentenentwicklung in Prozent (1991 bis 1997)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Einkommen	100	61,6	60,0	26,5	26,8	25,4	29,2
Renten	100	41,2	28,8	14,4	12,9	12,7	11,6

Referenzwert 1991=100%. Vgl.: Keune/Orlova 1999

Ab 1995 verlangsamt sich der wirtschaftliche Rückgang und beträgt 21,7 Prozent (Durchschnittswert 1995 bis 1997) bei einer niedrigeren Inflationsrate von 30 Prozent (1995). Dieser Zustand von makro-ökonomischer Stabilität bei geringem Wirtschaftswachstum wird als *depressed stabilisation* bezeichnet.

Eine Vielfalt an Faktoren ist für den wirtschaftlichen Kollaps und die dramatischen sozialen Auswirkungen verantwortlich. Die Einbindung der Republik Moldau in den arbeitsteiligen Wirtschaftskreislauf der Sowjetunion als Produzent für Komponenten, die in anderen Teilen der Sowjetunion weiterverarbeitet wurden, sowie die sich aus der sowjetischen Planwirtschaft ergebende Spezialisierung auf den Agrarsektor, führten nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Wirtschaftssystems zu fehlenden Absatz- und Einfuhrmärkten. Die geringe Wettbewerbsfähigkeit moldauischer Produkte auf den Weltmärkten eröffnen der Republik kaum Chancen auf eine Neuausrichtung von Handelsbeziehungen.

Darüber hinaus verfügt Moldau über unzureichende natürliche Ressourcen, was eine fast vollständige Abhängigkeit von Rohstoffen insbesondere von Energieressourcen zur Folge hat. Die früher aus Russland subventionierten Importe unterliegen zunehmend Weltmarktpreisen, so dass im Jahre 1992 der Preis für Gas um das Vierzigfache und für Kohle um das Hundertfache anstieg. Ebenso führen die Einfuhren von Gütern aus dem Ausland zur Hyperinflation (ebd.: 120).

Zudem sind mit der ungewollten Abspaltung Transnistriens offene Grenzen im Osten des Landes und ein unkontrollierter Wirtschaftsraum für illegalen Warenverkehr entstanden.

Des Weiteren sind die Instabilität bei dem eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs der aufeinanderfolgenden Regierungen und der Parteien zu nennen, die sich in einem permanenten Ausnahmezustand durch die Wahlkämpfe von 1990, 1992, 1994, 1995, 1996 befunden haben.

Als letzten Punkt ist die Mitte der neunziger Jahre einsetzende Arbeitsemigration zu nennen, die zwar nicht nur negative Effekte besitzt, aber zum Fehlen eines substantiellen Teils an qualifizierten Arbeitskräften führt. Unter positiven Gesichtspunkten erwerben die Arbeitnehmer im Ausland neue zusätzliche Qualifikationen, die sie bei Rückkehr in die moldauische Wirtschaft einbringen können. Zudem werden erhebliche Mittel von den im Ausland arbeitenden Moldauern zu ihren Familien nach Hause überwiesen, beispielsweise im Jahre 1995 insgesamt 20,9 Millionen Dollar (Gudim 2004: 10).

Die volkswirtschaftliche Umstrukturierung von einer Plan- zur Marktwirtschaft verlief schleppend mit vielen Vor- und Rückschritten und ist bislang nicht abgeschlossen. Zu den Fortschritten zählen die in der Verfassung (1994) festgeschriebene soziale Marktwirtschaft, die Schaffung einer rechtlichen und institutionellen Ordnung als Basis für die angestrebte Marktwirtschaft und eine makroökonomische Stabilisierung (Reduzierung der Inflationsrate, stabilere nationale Währung und zunehmende Kontrolle über den Staatshaushalt). Ebenso qualifizieren die IFI die Reformen zur Stabilisierung des makroökonomischen Umfelds unter anderem im Bereich der Handelsliberalisierung, der Privatisierung insbesondere während der Phase des *big bangs* zwischen 1993 bis 1995, die Reduzierung des sozialen Schutzes als eines der erfolgreichsten Modelle in den osteuropäischen Transformationsländern, die diesen Stabilisierungsprozess mit ihrer Unterstützung erzielt haben. Sie beurteilen die Wirtschaftsreformen verglichen mit Rumänien und Bulgarien als weiter fortgeschritten (Keune/Orlova 1999: 120).

Allerdings stehen den Fortschritten einer makro-ökonomischen Stabilisierung des Landes erhebliche Mängel im mikroökonomischen Bereich gegenüber, so dass es der moldauischen Politik noch nicht gelungen ist, ausreichende Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu erzielen. Ausländische Kredite werden anstelle von investiven

Tätigkeiten konsumiert, strukturelle Reformen vertagt und ökonomische Vernunft politischem Aktionismus untergeordnet. Die sozialen Konsequenzen der wirtschaftlichen krisenhaften Entwicklung sind die folgenden:

“Successive economic shocks that followed – loss of workplaces, wage and pension arrears, hyperinflation that destroyed savings and destruction of the social assistance system – made many people feel vulnerable, feeble and unable to plan their own future. The fact that many people had lost their social role and status made them lose the feeling of being affiliated with the society, emigrate and search for work abroad. Given the lack of any considerable middle class stratum, there is polarisation of political preferences in favour of ultra-leftist and ultra-rightist” (Gudim 2004b: 8).

Diese prekäre wirtschaftliche Entwicklung mit den verheerenden sozialen Konsequenzen stellen somit die Ausgangsbedingungen für die Konsolidierung des politischen Systems.

5.1.4.2 Politische Konsolidierung

Vor dem Hintergrund der enormen sozialen und wirtschaftlichen Umwälzung zeigt sich die politische Führung des Landes beim Aufbau eines pluralistischen und demokratischen Systems stark überfordert. Die im autoritären Einparteiensystem der Sowjetunion sozialisierte politische Klasse verfügt weder über politische Erfahrung zur Ausübung ihrer Funktion in einem demokratischen System, noch über einen entwickelten institutionellen Rahmen, der das Politikmanagement erleichtert (Büscher 2004). Die Folge sind häufige Regierungswechsel, ein fluides Parteiensystem mit hochgradigen politischen Friktionen und das Fehlen einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition. Erschwerend für den Aufbau einer funktionierenden Demokratie ist die schleppende Entfaltung der Zivilgesellschaft und der Medienlandschaft. Die genannten Aspekte spiegeln ein komplexes Wirkungsgefüge wider im Rahmen dessen jeweilige Akteursinteressen nicht zu vernachlässigen sind. Allerdings werden auch Fortschritte in der demokratischen Entwicklung des politischen Systems erreicht, wie beispielsweise die Annahme der Verfassung (1994)⁵³ oder die Schaffung eines pluralistischen Parteiensystems und die Abhaltung freier und fairer Wahlen sowie die Etablierung einer weitreichenden Meinungsfreiheit.

Durch die auf dem 27. Parteitag der KPdSU von Michail Gorbatschow eingeleitete Perestroika erhält die Republik eine zunehmende Unabhängigkeit vom zentralgesteuerten Einparteiensystem (Crowther 2004). Ausdruck dieses Emanzipationsprozesses ist die Gründung der Bewegung Volksfront in der Republik Moldau (1989). Die aus einem pro-rumänischen und urbanen Milieu bestehende Volksfront fordert die Durchführung von freien Wahlen und ruft im Februar 1990 zu einer Großkundgebung auf, der 100.000 Menschen folgen. Bei den ersten demokratischen Wahlen im Mai 1990 wird Mircea Snegur zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets gewählt, der für eine größere Unabhängig-

⁵³ Siehe Verfassung (1994) unter www.e-democracy.md/en/legislation.

keit von Moskau eintritt. Im Juni 1990 nimmt der Oberste Sowjet die Deklaration zur staatlichen Souveränität an und nennt sich am 23. Mai 1991 in Parlament der Republik Moldau um. Unter dem Eindruck separatistischer Tendenzen in der östlichen Region, die sich im September 1990 von Moldau abspaltet, wird das mit begrenzten Kompetenzen ausgestattete Amt des Staatspräsidenten geschaffen. Die Aufgabe des Staatspräsidenten übernimmt Snegur, der sich in der Folge für die Stärkung des Präsidentenamtes einsetzt, um eine klare und unabhängige Führungsrolle im parlamentarischen System einzunehmen. Seinen Bestrebungen wird durch eine Verfassungsänderung entsprochen. In der am 8. Dezember 1991 erfolgenden Direktwahl wird Snegur mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt und avanciert als Spitze der Exekutive zur zentralen Schlüsselfigur in der Frühphase der moldauischen Politik.

In der Folge werden moderate rechtliche und politische Reformen durchgeführt, deren Höhepunkt die unter Mitwirkung des Europarats am 27. August 1994 in krafttretende Verfassung der Republik Moldau darstellt. In der Verfassung wird ein parlamentarisch-präsidentielles Mischsystem geschaffen, das allerdings eine unzureichende Rollenabgrenzung der obersten Verfassungsorgane festschreibt, die zu ständig wiederkehrenden Streitpunkten zwischen Parlament, Regierung und Präsident führen wird (Klippii 1997).⁵⁴ Die kooperative Haltung Snegurs bei der Ausarbeitung der Verfassung zu einem parlamentarisch-präsidentiellen Mischsystems, das den Präsidenten der Regierung eher neben als überordnet, lässt sich auf seine unbestrittene persönliche Führungsrolle zurückführen. Aufgrund seiner Popularität wird die von ihm geführte Demokratische Agrarpartei Moldaus (DAPM), die aus dem reformorientierten Flügel der bis 1994 verbotenen kommunistischen Partei hervorgeht, bei den ersten Parlamentswahlen vom Februar 1994 mit absoluter Mehrheit der Stimmen stärkste Kraft. Nach einer einjährigen kooperativen Zusammenarbeit zwischen Parlamentspräsident, Premierminister und Staatspräsident, die sich alle dem Lager der DAPM angeschlossen haben, kommt es zu persönlichen Zerwürfnissen, aus der eine Verschlechterung des politischen Klimas resultiert. Der Wahlkampf um das Amt des Präsidenten findet daraufhin in einer polarisierten und aufgeheizten Atmosphäre statt, weil alle drei Spitzen der obersten Verfassungsorgane gegeneinander antreten: Mircea Snegur (Staatspräsident), Andrei Sangheli (Premierminister) und Petru Lucinschi (Parlamentspräsident). Bei der Wahl, die trotz der politischen Krise frei

⁵⁴ Die bisherigen Staatspräsidenten unternehmen in der Folge zahlreiche Initiativen zur Stärkung ihrer Rolle, während gleichzeitig Abgeordnete die Stärkung der parlamentarischen Ebene anstrebten und diese gegen den Willen des Präsidenten im Sommer 2000 durchsetzen, so dass die Republik Moldau seitdem formal als parlamentarisches System klassifiziert wird. Zu den wichtigsten Funktionen des Parlaments gehört die Wahl des Staatspräsidenten ab diesem Zeitpunkt. Al-

und fair durchgeführt wird, stellt die junge Republik eine beachtliche demokratische Reife unter Beweis. Im zweiten Wahlgang vom 1. Dezember 1996 wird der parteilose Kandidat Lucinschi zum neuen Staatspräsidenten gewählt, der zunehmend autoritäre Tendenzen entwickelt (Büscher 2004).

Kontinuität in der Arbeit des Parlaments und in der Regierung lässt sich in dem Zeitraum zwischen 1990 bis Ende 1996 nur fragmentarisch erkennen. Die politische Konsolidierung verläuft unter den Bedingungen der Diskontinuitäten dreier unterschiedlich politisch-orientierter Premierminister, deren Arbeit auf vier wechselnden Regierungskoalitionen beruht: Mircea Druc (Volksfront), 25. Mai 1990 bis 22. Mai 1991, Valeriu Muravschi (parteilos), 22. Mai 1991 bis 30. Juni 1992, Andrei Sangheli (DAPM), 1. Juli 1992 bis 31. März 1994 und 31. März 1994 bis 24. Januar 1997.

Unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Krise, den Wirren des Systemwechsels und des regionalen Separatismus, bei dem nur das Problem der gagausischen Minderheit durch weitreichende Autonomie befriedigend gelöst wird,⁵⁵ gestaltet sich die Parlamentsarbeit in der ersten Legislaturperiode von 1991 bis 1994 als chaotisch: Ausschluss, Boykott oder permanentes Fernbleiben von einem Großteil der 380 Abgeordneten ist an der Tagesordnung. Als Folge der vorgezogenen Neuwahlen vom Februar 1994 konstituiert sich eine parlamentarische Versammlung, zu der 104 Abgeordnete gehören und die mit Inkrafttreten der Verfassung von 1994 die legislative Gewalt bildet. In der folgenden Tabelle sind die Wahlergebnisse der einzelnen Parteien aufgeführt:

Ergebnisse der Parlamentswahlen vom 27. Februar 1994

Partei/Wahlbündnis	Stimmenanteil in Prozent	Abgeordnetenmandate
Demokratische Agrarpartei Moldaus (DAPM)	43,2	56
Block Sozialistische Partei und Bewegung „Einheit“ (BSE)	22,0	28
Block der Bauern und Intellektuellen (BBI)	9,2	11
Allianz der Christdemokratischen Volksfront (ACDV)	7,5	9
Übrige 9 Parteien/Bündnisse	18,1	-
Insgesamt	100	104

Quelle: International Federation for Electoral Systems (IFES), Chisinau

Kennzeichnend für den beginnenden Parlamentarismus in Moldau ist die Instabilität der Fraktionsarbeit und die mangelnde Fraktionsdisziplin. Mit der Zulassung der kommunistischen Partei im Jahre 1994 verliert der Block Sozialistische Partei und Bewegung „Einheit“ eine Gruppe von Abgeordneten, die zur Spaltung der Sozialisten im moldauischen Parlament führt. 1996 bildet sich eine Gruppe von Abgeordneten der DAPM um die Per-

lerdings besitzt der Staatspräsident in der Verfassungswirklichkeit der Republik eine stärkere Rolle im Vergleich zu anderen parlamentarischen Systemen.

son Lucinschi. Zehn Abgeordnete der DAPM gründen zudem 1995 die von Mircea Snegur geführte Partei für Wiederaufbau und Versöhnung Moldaus (PWVM). Die starken Veränderungen der Fraktionen zwischen und in den Legislaturperioden erzeugen eine kaum ausreichende Stabilisierung und Kanalisierung der politischen Interessen. Als Grundproblem stellen sich die rudimentären Kenntnisse und Erfahrungen im Ablauf des demokratischen Parlamentarismus. Oftmals boykottieren die ihre Niederlage voraussehenden Fraktionen den Abstimmungsprozess. Zudem zeigt sich, dass die Agrarlobby über die Agrarpartei erheblichen Einfluss auf die Gesetzgebung ausübt und den Reformprozess insbesondere in der Wirtschaftspolitik erheblich beeinträchtigt. Die Haushaltsgesetzgebung erweist sich als Spielfeld rückwärtsgewandter Anschauungen und insbesondere die linkskonservativen Kräfte nehmen Parlamentsbeschlüsse über die Ratifizierung völkerrechtlicher Verträge als außenpolitische Grundsatzentscheidungen, die eine heftige Polarisierung auslösen. Belege hierfür sind die scharfen Auseinandersetzungen über den erst nach den Parlamentswahlen 1994 ratifizierte GUS-Beitritt der Republik oder auch die Debatte über den Freundschaftsvertrag mit Rumänien und den Grenzvertrag mit der Ukraine (ebd.: 531).

Die Konsolidierung des Parteiensystems verläuft schleppend und die erste Phase zeigt ein instabiles und stark fragmentiertes System. In organisatorischer Hinsicht haben die Parteien noch keine tragfähige Verankerung in der Gesellschaft erreicht. Einzige Ausnahmen sind hier die 1994 wiederzugelassene kommunistische Partei, die auf die Organisationsstrukturen aus der Sowjetzeit zurückgreifen kann und über ein Netz von Ortsgruppen in fast allen Ortschaften verfügt und vornehmlich von der älteren Bevölkerung unterstützt wird. Ebenso besitzen die Christdemokraten eine solide Parteibasis im intellektuellen urbanen Milieu, das sich als stark mobilisierbar erweist (Interview mit Roscovan Mai 2003). Bei den anderen Parteien handelt es sich um temporäre Gruppierungen, die einzelne Führungspersonlichkeiten unterstützen, ohne dass sie über einen weitreichenden personellen Unterbau verfügen.

Aus der Liberalisierung des Einparteiensystems geht die um eine Vereinigung mit Rumänien bemühte Volksfront als stärkste politische Kraft hervor, die neben der Kommunistischen Partei an der Wahl zum Obersten Sowjet von 1990 teilnimmt. In der Folge differenziert sich das politische Parteiensystem der Republik Moldau durch die Entstehung unterschiedlicher Parteien und politischer Gruppierungen weiter aus.⁵⁶ Die Parteien ste-

⁵⁵ Als Erfolg können die Entscheidungen des moldauischen Parlaments zur Anerkennung des Autonomiestatus für Gagauzien vom 23.12.1994 betrachtet werden.

⁵⁶ 1998 werden knapp 50 Parteien und Organisationen registriert sein, die nach dem Parteiengesetz von 17.9.1991 mindestens 300 Mitglieder zählen mussten. Die mitgliederstärkste Partei ist die pro-rumänische Christlich Demokratische Volkspartei (CDVP) mit 18.000 Mitgliedern. Zur Stabilisierung des Parteiensystems werden die Anforderungen an die Parteien seit 1998 mehrfach modifiziert. Die Zahl der Parteien und politische Gruppierungen sinkt deutlich bis 2003 auf 25.

hen im Zentrum der Willensbildung und kanalisieren den politischen Einfluss einzelner Personen und ökonomischer Interessen. Mit dem Niedergang der provinziellen DAPM, die bei den Wahlen 1994 noch 56 der 104 Abgeordnetenmandate erringt, aber bereits bei den Wahlen von 1998 nicht mehr antritt, scheitern Lobbyparteien daran, den Willensbildungsprozess nachhaltig zu prägen. Allerdings ist die rückwärtsgewandte Politik der DAPM für die Frühphase der Entwicklung der Republik Moldau ein wichtiger Faktor bei der Erklärung, weshalb der Transformationsprozess schleppend verläuft.

Nach Crowther spiegelt sich bis Mitte der neunziger Jahre die *cleavage*-Struktur der moldauischen Gesellschaft auf einer Links-Rechts-Achse an der Frage nach der Wiedervereinigung mit Rumänien wider (Crowther 1997). Die extreme Rechte fordert eine Vereinigung mit Rumänien (Unionisten), wohingegen die extreme Linke (Moldovanisten) eine sprachlich-kulturelle Gemeinsamkeit in Abrede stellt und eine Annäherung an Russland fordert. Zuspitzung erhält diese primäre Konfliktlinie durch die Ablehnung der Legitimität des moldauischen Staates der sich Anfang der neunziger Jahre abgespaltenen „Transnistrischen Moldaurepublik“ im Osten des Landes, die eine Wiedereingliederung in einen post-sowjetischen Staatsverband anstrebt. Die Mehrheit der Russischsprachigen auf dem Territorium der Republik Moldau akzeptiert die Staatsgründung, lehnt allerdings eine Annäherung an Rumänien ab. Eine Wiedervereinigung mit Rumänien wird in einem Referendum vom 6. März 1994 bei einer Wahlbeteiligung von 75,1 Prozent mit 95,4 Prozent abgelehnt und somit entschärft sich diese Konfliktlinie gegen Ende der zweiten Hälfte der neunziger Jahre. Die Konfliktlinie bleibt jedoch unterschwellig in Teilen der Bevölkerung bestehen, weil die Bürger sich in diesem Referendum in einer suggestiv formulierten Fragestellung für die Unabhängigkeit, Einheit und Unteilbarkeit des Staates und die Politik der Neutralität aussprechen. Das Referendum führt vor Augen, dass demokratische Spielregeln nur unzureichend von der politischen Elite internalisiert wurden. Die *cleavage*-Struktur hinsichtlich der sozioökonomischen Reformpolitik dominiert ab Mitte der neunziger Jahre das politische System.

Ein Defizit in der moldauischen Verfassung ist, dass bis auf das Recht zur Bildung von Gewerkschaften und ihnen beizutreten (Art. 42), kein explizites Recht auf Vereinigungsfreiheit gewährleistet ist.⁵⁷ Eine demokratische Zivilkultur schreitet nur langsam voran, wobei die hauptstädtischen intellektuellen und pro-rumänischen Bevölkerungsschichten eine Ausnahme bilden.⁵⁸ In den Arbeitsbeziehungen besitzt die Nachfolgeorganisation des sowjetischen Gewerkschaftsverbands (Gewerkschaftsföderation) eine entscheidende Rolle, was der Aufruf in den neunziger Jahren zu zahlreichen Streiks und Massende-

⁵⁷ Dieses Defizit wird mit dem Gesetz über öffentliche Vereinigungen (1997) erst spät adressiert, die die Bedingungen für nichtstaatliche Organisationen verbessert, allerdings ohne einen geschlossenen rechtlichen Rahmen zu bilden.

⁵⁸ Für den Zeitraum bis 1997 existieren keine Zahlen von registrierten NGOs.

monstrationen gegen verspätete Lohnauszahlungen im Erziehungs- und Gesundheitswesen belegt.

Auch in Moldau bleibt Bestechung und Korruption auf allen Ebenen als illegales und weitverbreitetes Phänomen der Interessenvermittlung bestehen.

Im Bereich der Massenmedien sind wichtige Grundlagen für das Funktionieren des Mediensystems mit dem Bekenntnis zum politischen Pluralismus, zur Meinungsfreiheit und zum Recht auf Information in der Verfassung geschaffen worden. Allerdings enthält die Verfassung Bestimmungen zur Ausübung der Grundfreiheiten, so darf zum Beispiel die Meinungsfreiheit nicht den Staat oder das Volk verunglimpfen oder zum Separatismus aufrufen (Art. 32). Die Medien werden in der Mehrzahl in russischer Sprache vermittelt, während rumänische Produkte den weit geringeren Anteil darstellen.

Die Mehrzahl der Medien sind tendenziös, das heißt, während rumänischsprachige Publikationen

„eine größere Loyalität gegenüber dem historischen und kulturellen Erbe sowie der politischen Gegenwart des moldauischen Staates“ [zeichnen, MB], „akzentuieren russischsprachige Publikationen stärker die negativen Aspekte der Transformation und bedienen beziehungsweise fördern nostalgische Gefühle gegenüber der sowjetischen Vergangenheit“ (Büscher 2004: 540).

Das größte Problem des moldauischen Mediensystems liegt in der desaströsen wirtschaftlichen Lage der Republik, die Abhängigkeitsbeziehungen zu Staatsbehörden, Parteien und einzelnen Sponsoren fördert. Politische Einflussnahme auf Journalisten insbesondere in Wahlkampfzeiten sind keine Seltenheit. In einer Gesamtbetrachtung zeigt sich jedoch, dass ein breites Meinungsspektrum bedient wird und eine relativ große Meinungsfreiheit zu allen Fragen gewährleistet ist.

Das aus der UdSSR übernommene Rechtssystem entspricht in dieser Phase in keiner Weise den Anforderungen an einen modernen Rechtsstaat. Die Mängel im Rechtssystem liegen insbesondere in der Korruptionsanfälligkeit von Anwälten und Richtern. Erst mit der Annahme der Verfassung (1994) und dem im August 1996 angenommenen Rahmenreformprogramm werden einzelne Fortschritte erzielt, die unter anderem auf die Mitgliedschaft im Europarat zurückzuführen sind. Dennoch bleiben Korruption, Abhängigkeiten von Exekutivbehörden und die materielle Lage von Richtern ein Grundproblem im moldauischen Rechtssystem. Allerdings zeigt sich das Verfassungsgericht (Aufnahme der Tätigkeit ab Februar 1995) beim Prinzip der Gewaltenteilung und dem Vorrang der Verfassung als wichtige und zuverlässige Instanz, dessen Autorität akzeptiert wird.

5.1.4.3 Außenpolitische Orientierung

Die außenpolitische Ausrichtung ist seit der Unabhängigkeit durch zwei polarisierende Strömungen in der moldauischen Gesellschaft geprägt, bei dem sich ein Teil für die Wiedervereinigung mit Rumänien einsetzt und ein anderer sich um eine Annäherung an

Russland bemüht. Die Polarisierung verläuft vor dem Hintergrund der massiven energie-wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland zwischen reformorientierten politischen Kräften und einer Gruppe, die eine aus sowjetischer Zeit stammende pfadabhängige Politik der Annäherung an Russland betreibt. Diese klare *cleavage*-Struktur schwächt sich zunehmend ab, weil einerseits durch das im Jahre 1994 durchgeführte Referendum zur Wiedervereinigung mit Rumänien eine eindeutige Absage aus Rücksicht auf die in Moldau lebenden Minderheiten erteilt wird und andererseits das *cleavage* über den sozioökonomischen Reformprozesses ab Mitte der neunziger Jahre in den Vordergrund rückt.

Die Frühphase der moldauischen Außenpolitik ist durch den Aufbau der bis zur Unabhängigkeit fehlenden organisatorischen Strukturen und Erfahrungen sowie der Definition der außenpolitischen Interessen, Strategien und Konzeptionen gekennzeichnet.

Unter der Führung des bis 1997 amtierenden Präsidenten Snegurs ist die außenpolitische Ausrichtung durch das Bemühen um internationale Anerkennung und den Willen zur Integration in die internationale Gemeinschaft geprägt, ohne die Beziehungen zu Russland zu gefährden. Ein Beleg für die Öffnung der Republik Moldau ist die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen und Beitritt zu zahlreichen internationalen Konventionen und internationalen Organisationen. Höhepunkt der außenpolitischen Bemühungen stellt die Aufnahme der Republik Moldau als erster GUS-Staat in den Europarat dar (Juni 1995).

Die Europäisierung des Landes ist von der unter machtpolitischen Gesichtspunkten schwachen Stellung des Staates geprägt, die sich vor allem in der doppelten wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Energielieferanten und dem russischen Absatzmarkt ausdrückt. Innenpolitisch drückt sich der Europäisierungs- und der mit ihr konkurrierende Russifizierungsprozess auf einer parteipolitischen Links-Rechts-Achse aus. Das vornehmlich urbane rechte politische Lager sieht die Unabhängigkeit des Landes durch Russlands Hegemonialstreben bedroht und bemüht sich um eine konsequente Westintegration. Als Erfolg ihrer politischen Arbeit ist das Hinauszögern des vom Präsidenten Snegur unterzeichneten GUS-Beitritts bis zum Frühjahr 1994 zu bewerten. Die besonders auf dem Land starken Linksparteien hingegen fordern eine engere politische Annäherung an Russland und stehen dem Westen skeptisch gegenüber (Mosanu 2000). Die politische Mehrheit allerdings

„nimmt die perzipierte geostrategische Position Moldovas zwischen Ost und West zum Anlass, eine flexible Politik des Ausgleichs und Dialogs über echte und vermeintliche Bündnis- bzw. Kulturraumgrenzen hinweg anzustreben und zugleich die Unabhängigkeit des Landes zu stärken“ (Büscher 2004: 547).

Diese außenpolitische Grundhaltung drückt sich vor allem durch das in der Verfassung hinsichtlich militärischer Bündnisse verankerte Prinzip zur Neutralität aus (Art. 11), das

eine Integration in militärische GUS-Strukturen verhindert und auch das zurückhaltende Vorgehen gegenüber der NATO begründet. Moldau tritt im März 1994 lediglich dem NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ bei. Kennzeichnend für die erste Phase ist somit ein Ausbau der partnerschaftlichen Beziehung zur NATO, ohne das Verhältnis zu Russland zu belasten.

Die Forderung nach einer expliziten EU-Integration hält vor dem Hintergrund der innenpolitischen Konstellation nicht Eingang in öffentliche Stellungnahmen oder in Programme der Regierungsparteien, weil entweder keine Rechtspartei an der Regierung beteiligt ist oder keine ausreichende politische Unterstützung hierfür gefunden wird (Klippii 2002).

5.1.5 Vertiefung und Erweiterung

Nach der Analyse der internen Prozesse in der Republik Moldau soll im folgenden Abschnitt die Diskussion innerhalb der EU untersucht werden. Die Debatte über das Verhältnis von Vertiefung und Erweiterung orientiert sich in der Umbruchphase an vier unterschiedlichen Konzepten, in denen Vertiefung und Erweiterung in einer antagonistischen oder komplementären Beziehung zueinander stehen. Im antagonistischen Konzept besitzt entweder die Erweiterung Vorrang gegenüber der Vertiefung, oder die Prioritätensetzung erfolgt in der Reihenfolge Vertiefung vor Erweiterung. In einem dritten Ansatz besteht eine Gleichzeitigkeit der beiden Prozesse und ein viertes komplementäres Konzept betrachtet eine Vertiefung zum Zwecke der Erweiterung (Wagner 2004: 75). Diese Konzepte spiegeln sich in den deutschen, französischen und britischen Vorstellungen der zu Beginn der neunziger Jahre geführten Diskussion über die Erweiterung/Vertiefung wider (Wielgoss 1997: 9).

5.1.5.1 Positionen in der Vertiefungs- und Erweiterungsdiskussion

In der von Margret Thatcher maßgeblich bestimmten britischen Haltung spekuliert Großbritannien durch die geographische Ausdehnung auf die institutionelle Überforderung der EU, um eine Rückführung der Gemeinschaft auf die Funktion einer Freihandelszone zu erreichen. Diese Haltung, die die Erweiterung einer Vertiefung vorzieht, wird in dieser extremen Form auch prägnant als „Erweiterung statt Vertiefung“ beschrieben (Scherpenberg 1995).

Frankreich hingegen nimmt Anfang der neunziger Jahre eine entgegengesetzte Haltung ein und lehnt die Osterweiterung ab, weil es hierdurch insbesondere ein Übergewicht des wiedervereinigten Deutschlands in der EU fürchtet. Frankreich versucht das erstarkte Deutschland zunehmend in die EU einzubinden, um das alte Machtgleichgewicht wieder zurückzugewinnen. Allerdings ist nach französischer Auffassung eine Politik der Parallelität von Vertiefungs- und Erweiterungsprozessen nicht realisierbar. Nach den

Vorstellungen des Präsidenten Mitterand sollte die EU lediglich punktuell mit den MOEL zusammenarbeiten, ohne eine dezidierte Beitrittspolitik anzubieten (Lippert 2004). Föderalistische Vertiefungsszenarien scheitern in Frankreich zudem an der nationalen Souveränitätsfrage und damit bleibt das funktionale Ziel einer Vertiefung unklar.

Deutschland unterstützt im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien eine Ostpolitik, die eine Erweiterung bei gleichzeitiger Vertiefung betreibt. Die Vertiefung ergibt sich aus der Notwendigkeit, dass die EG mit den für eine Sechsergemeinschaft konzipierten Institutionen und Entscheidungsmechanismen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gelangt (Ecker-Ehrhardt 2002).

Diese teilweise schwer miteinander zu vereinbarenden europapolitischen Strategien und Leitbilder der EU-Mitgliedstaaten laufen im Europäischen Rat zusammen. Die schwierige Konsensfindung des Europäischen Rats lässt lediglich inkrementelle Fortschritte zu, ohne von Beginn an ein Gesamtreformkonzept für die institutionelle und politische Gestalt der Union zu verfolgen oder auch klar definierte Erweiterungsabläufe vorzulegen (Lippert 2004: 23).

Unter Erweiterung wird in der Diskussion Anfang bis Mitte der neunziger Jahre der Beitritt der EFTA-Gruppe und insbesondere der MOEL verstanden, ohne den Kreis potentieller Kandidatenländer genau einzugrenzen oder die geographische Finalität der Union festzulegen. Ebenso vage ist der Begriff Vertiefung definiert. Es wird hierunter ein Prozess verstanden,

„der die Interdependenz der Mitgliedstaaten und die Handlungsfähigkeit der Union steigert. Dies kann sowohl durch eine Ausweitung der Kompetenzen der Gemeinschaft geschehen als auch durch die Entwicklung ihrer institutionellen Struktur oder ihrer Entscheidungsmechanismen hin zu größerer Effizienz“ (Hrbek 1995: 45).

Charakteristisch für die Vertiefungsdiskussion ist der Ansatz zur Begrenzung auf einen bestimmten Kreis an Mitgliedern, bei dem Managementfragen in den Mittelpunkt rücken, wobei die Finalität der EU umstritten bleibt.⁵⁹

Stationen der Vertiefung sind seit Mitte der achtziger und Anfang der neunziger die Einheitliche Europäische Akte (EEA), der Binnenmarkt, die Sozialcharta sowie der Vertrag von Maastricht, während sich im gleichen Zeitraum eine erhöhte Nachfrage nach einer EU-Mitgliedschaft stellt: Türkei und Marokko (1987), Österreich (1989), Zypern und Malta (1990), Schweden (1991), Finnland, die Schweiz und Norwegen (1992), Ungarn und Polen (1994), Rumänien, die Slowakei, Lettland, Estland, Litauen und Bulgarien (1995) sowie die Tschechische Republik und Slowenien (1996). Die EU zeigt sich Anfang der neunziger Jahre nicht sofort erweiterungsbereit, sondern schützt zunächst den eingeleiteten Vertiefungsprozess, insbesondere die Vollendung des Binnenmarkts und die Rati-

fizierung des Maastrichter Vertrages, in dem vor 1993 praktisch keine Beitritte zugelassen werden. Hierzu legt der Europäische Rat von Maastricht (Dezember 1991) fest,

„dass Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union auf der Grundlage des jetzt vereinbarten Vertrags beginnen können, sobald die Gemeinschaft 1992 ihre Verhandlungen über die Eigenmittel und die damit in Zusammenhang stehenden Fragen abgeschlossen hat“ (Europäischer Rat 1991).

Die Kommission weist als generelle Richtschnur darauf hin, dass „die Erweiterung nicht zu Lasten der Vertiefung gehen“ oder die bisherigen Errungenschaften verwässert werden dürfen (Gstöhl 1998: 379).

Damit sucht die EU-Kommission nach Übergangslösungen, um die Beziehungen mit den Anrainerstaaten unterhalb einer EU-Mitgliedschaft zu festigen. Bereits 1989 schlägt Kommissionspräsident Delors einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit den EFTA-Staaten vor, und erste Europa-Abkommen werden zwischen einzelnen MOEL und der EU unterzeichnet.

Erst mit der Herstellung eines Einvernehmens über das Delors-II-Paket Anfang 1993 nimmt die EU-Erweiterungspolitik durch die eingeleiteten Beitrittsverhandlungen mit einzelnen EFTA-Staaten Fahrt auf. Die EU agiert nach dem Grundsatz einer Union, deren wesentliches Element die Offenheit gegenüber europäischen Staaten ist, sobald diese die Voraussetzungen dafür erfüllen (ebd.). Diese konditionierte Offenheit der Union wird auf dem Kopenhagener Gipfel 1993 konkretisiert, wo auch den assoziierten MOEL das Beitrittsversprechen gegeben wird. Die EU zeigt auf diesem Gipfel eine hohe grundsätzliche Bereitschaft, ihre Nachbarn zu integrieren. Die Rücknahme der Beitrittsbemühungen einer Reihe von europäischen Staaten (Norwegen, Malta und Schweiz) erfolgte aufgrund von innenpolitischen Entwicklungen, so dass in dieser Phase lediglich Österreich, Finnland und Schweden der EU beitreten.

5.1.5.2 Parallelität von Vertiefung und Erweiterung

Die Debatte über die „Vertiefung oder Erweiterung“ scheint mit dem Kopenhagener Gipfel zugunsten eines Modells von „Vertiefung und Erweiterung“ entschieden zu sein. Die Union zeigt sich, unter der Bedingung, dass bestimmte Kriterien erfüllt sind, erweiterungsbereit. Die Kopenhagener Kriterien gehören zum Wertekanon der EU und werden zum Maßstab für die Aufnahme neuer Länder. Die Union ist somit prinzipiell für alle Länder Europas offen, knüpft jedoch an eine Mitgliedschaft besondere Bedingungen. Daneben zeigt es sich, dass einzelne EU-Mitgliedstaaten ein besonderes Interesse an einer EU-Mitgliedschaft einzelner Länder gehabt haben, weshalb diese in besonderer Weise durch Heranführungsstrategien gefördert worden sind. Wenn die Republik Moldau

⁵⁹ Dahrendorf sieht hingegen in der Erweiterung die Vertiefung der wirtschaftlichen und politischen Prozesse auf dem europäischen Kontinent gewährleistet.

sich als reformfreudiger erwiesen und die Kopenhagener Kriterien erfüllt hätte, dann hätten seitens der EU gute Gründe gefunden werden müssen, um eine Mitgliedschaft der Republik legitimerweise abzulehnen.

Ab Kopenhagen steht nicht mehr die Frage im Vordergrund, ob überhaupt erweitert werden soll, sondern vielmehr Fragen nach dem Zeitpunkt und den Verfahren. Mit dem Essener Gipfel Ende 1994 wird die Heranführungsstrategie vorgeschlagen, deren zentrale Elemente die Europaabkommen, der strukturierte Dialog, die finanzielle Unterstützung durch PHARE sowie die Öffnung der Gemeinschaftsprogramme sind, und die der Erweiterungspolitik eine konkretere Gestalt verleiht. Ebenso wird mit dem Europäischen Rat in Madrid 1995 erstmals ein „Wunschtermin“ für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den MOEL genannt, der zur Konkretisierung der Erweiterungspolitik beiträgt. Allerdings zeigt sich die EU aufgrund institutioneller Defizite und der Notwendigkeit zu Reformen in verschiedenen Politikbereichen auch mit dem Vertragswerk von Maastricht nicht erweiterungsreif. Der Vertiefungsprozess muss deshalb parallel zum Erweiterungsprozess vorangetrieben werden.

Der Gipfel von Kopenhagen erweist sich als ein Höhepunkt der Erweiterungspolitik, bei dem die Bereitschaft in der Politik und in der Bevölkerung zur Erweiterung sehr hoch ist (Ecker-Ehrhardt 2002: 17). Eine derartig hohe Zustimmungsrates wird in der Zukunft nur noch äußerst selten erreicht werden. In den folgenden Jahren sind abfallende Zustimmungstrends zu beobachten (vgl. Lippert 2004). Wie bereits im Theoriekapitel erwähnt, geht Torreblanca davon aus, dass die EG alle demokratischen Länder Europas mit einer funktionierenden Marktwirtschaft und der Bereitschaft zur Annahme und Einhaltung des Acquis aufgenommen hätte. Durch die Zurückhaltung der moldauischen Regierung wird es der Union leicht gemacht, Moldau im Beitrittsprozess nicht zu berücksichtigen.

Zwar standen die EFTA- und MOEL im Mittelpunkt des Erweiterungsinteresses, was jedoch nicht bedeutet, dass nicht auch andere Länder bei Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zugelassen worden wären. Die bestehenden Präferenzen gegenüber einzelnen MOEL begründen keine Ausschließlichkeit im Erweiterungsprozess der frühen neunziger Jahre. Der Kopenhagener Kriterienkatalog besitzt eine zentrale Stellung in der Transformationsdebatte zu diesem Zeitpunkt, in der Post-Erweiterungsphase tritt er stärker in den Hintergrund. Für die GUS-Gruppe gilt der Kopenhagener Kriterienkatalog in der Nachbarschaftspolitik nicht mehr als Grundlage für den Reformprozess.

5.2 Die bilateralen Entwicklungen in der zweiten Phase (1996 bis 2000)

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ändern sich die Rahmenbedingungen der EU-Moldau-Beziehungen. Die EU setzt zwar ihren eingeschlagenen Pfad fort, Moldau nicht als potentiellen Beitrittskandidaten anzuerkennen, aber dafür empfängt Brüssel Signale, die auf das Interesse Moldaus zur Mitgliedschaft hindeuten.

In dem Betrachtungszeitraum (1996 bis 2000) lassen sich aus rationalistischer Sicht keine dezidierten wirtschaftlichen, politischen oder sicherheitsorientierten Interessen von EU-Mitgliedstaaten an einer engeren Kooperation mit Moldau identifizieren. Die Zurückhaltung der EU lässt sich zudem weiterhin mit der Rücksichtnahme auf Russland erklären, das zunehmend gewillt ist, die eigenständige Profilierung einzelner Staaten in der Zone ihres vitalen Interesses zu unterbinden (Unterkapitel 5.2.1).

Aus konstruktivistischer Perspektive lassen sich zudem die vernachlässigten Beziehungen dadurch erklären, dass Moldau die Kopenhagener Kriterien in ihrem Reformprozess nicht ausreichend berücksichtigt. Die Kopenhagener Kriterien stellen aus konstruktivistischer Sicht den Wertekanon der EU dar, der eine identitätsstiftende Wirkung für die EU besitzt. Es können ausschließlich Länder Mitglied in der EU werden, die sich den gemeinsamen Werten der EU verpflichten. Für die moldauische Staatsführung hätten diese Auswahlkriterien die Leitlinien ihres politischen Handelns darstellen müssen (Unterkapitel 5.2.2).

Der Europäisierungsprozess Moldaus wird durch die Inkraftsetzung des PKA¹ intensiviert, wobei die Institutionalisierung des politischen Dialogs als positivste Errungenschaft hervorzuheben ist, weil hierdurch zumindest bescheidene Sozialisierungsprozesse ermöglicht werden. Demgegenüber zeigt sich, dass die Anwendung des Prinzips der Konditionalität nicht funktioniert, weshalb eine Annäherung nur schleppend verläuft (Unterkapitel 5.2.3).

Die von Präsident Lucinschi ab Dezember 1996 eingeleitete Integrationsrhetorik markiert einen Wendepunkt in der außenpolitischen Konzeption Moldaus. Die EU-Mitgliedschaft wird zum ersten Mal als strategisches Ziel einer moldauischen Regierung benannt (März 1998). Verschiedene moldauische Regierungskoalitionen bekunden ihre Absicht zur EU-Mitgliedschaft, allerdings sind die Anpassungsleistungen insgesamt unbefriedigend und es scheitert die einzige Pro-Reform-Regierung unter der Führung des Premierministers Sturza im Herbst 1999 an der rückwärtsgewandten parlamentarischen Mehrheit, womit unter anderem die These 3 untermauert wird (Unterkapitel 5.2.4).

Das nächste Unterkapitel setzt sich mit der EU-Debatte im Hinblick auf die Erweiterung und Vertiefung auseinander. Während der Erweiterungsprozess für die MOEL fortgesetzt und für die SOE in dieser Phase in Aussicht gestellt wurde, wachsen die Bedenken hin-

¹ Siehe: www.pca.md

sichtlich der Vernachlässigung der Vertiefungsprozesse, was bereits zu diesem Zeitpunkt Zweifel an dem eingeschlagenen Weg der Erweiterungspolitik aufkommen lässt (Unterkapitel 5.2.5).

5.2.1 Interessen der EU-Mitgliedstaaten aus rationalistischer Perspektive

Aus rationalistischer Sicht bestehen keine wirtschaftlichen, politischen oder sicherheitsorientierten Interessen bei den EU-Mitgliedstaaten an einer engeren Kooperation mit Moldau bis Ende der neunziger Jahre. Moldau übernimmt daher keine Sonderrolle in dem EU-Konzept der dreiteilig abgestuften Nachbarschaftsräume zu MOE, SOE und zur GUS. Für den rational-kalkulierenden politischen Akteur in der EU gilt, dass sich weder die nationale Wahlbevölkerung mit der Mitgliedschaft Moldaus mobilisieren lassen noch Wahlen gewonnen werden können. Aus dieser rationalistischen Betrachtungsweise heraus ist es verständlich, weshalb sich weder die EU-Mitgliedstaaten noch einzelne EU-Institutionen für einen Beitritt einsetzen. Abgesehen davon binden die Beitrittsprozesse erhebliche administrative und politische Kapazitäten, die eine außenpolitische Prioritätensetzung erfordert. Die marginale Bedeutung Moldaus für die internationale Gemeinschaft und die Union bringt die EU-Kommission in verblüffender Offenheit auf den Punkt:

“Before independence, it was fully integrated in the Soviet system and had little connection with the outside world. After independence, Moldova had to face a completely different situation, being without internal resources and totally dependent on external trade, including importing of energy. Moldova’s geographic position for the transit of goods from and to the Black Sea port of Odessa gives it some importance as a transit country. But for the international community Moldova is in a relatively marginal geographical position. This, together with its small size and lack of resources, may explain why there has been relatively little interest shown by the international community in Moldova, despite the country’s burning problems” (EU Commission 2001: 6).

Bis Ende der neunziger Jahre nimmt kein EU-Mitgliedsland das Anliegen einer Mitgliedschaft Moldaus auf, weil nur eine marginale Interdependenz aufgrund der geographischen Entfernung besteht. Der regional begrenzte Konflikt in Transnistrien spielt sich zu weit entfernt ab, so dass von EU-Seite keine negativen Externalitäten (Schimmelfennig 2003) befürchtet werden. Zwar wirken sich der zunehmende illegale Menschenhandel und die illegale Arbeitsmigration auf Westeuropa aus, aber deshalb einen EU-Beitritt zu rechtfertigen erscheint genauso unrealistisch, wie die Mitgliedschaft Moldaus aufgrund zu erwartender wirtschaftlicher Vorteile. Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und der Republik Moldau stellt die EU-Kommission lediglich fest:

“The EU’s economic and trade relations with Moldova are minimal, and trade and investment potential is limited for the EU” (EU Commission 2001: 4).

Eine EU-Mitgliedschaftsperspektive hätte demgegenüber vor allem Kosten verursacht,

die beispielsweise in der Zunahme des Wettbewerbs in sensiblen Bereichen (Landwirtschaft, Textil und verarbeitende Industrie), einem erhöhten finanziellen Transfer durch Vorbeitrittshilfen, Lohnkonkurrenz und dem Belastungsfaktor Transnistrien liegen.

Die Zurückhaltung der EU gegenüber Moldau lässt sich aber auch weiterhin mit der Rücksichtnahme auf Russland erklären. Die russische Führung zeigt sich nach der Ernennung des russischen Außenministers Primakov im Januar 1996 zunehmend gewillt, ihren Einfluss in der ehemaligen Sowjetunion zu stärken und die eigenständige Profilierung einzelner Staaten in der Zone ihres vitalen Interesses zu bremsen. Dies gilt für Moldau insbesondere im Hinblick auf die Stationierung russischer Truppenteile, zu dessen Abzug sich Russland bereits mehrfach verpflichtet hat, diese Vereinbarungen jedoch nicht einlöst.² Aus strategischen Gründen hält sich die EU bei diesem illegitimen Vorgehen Russlands zurück. Russland befände sich in einer kritischen Entwicklungsphase, was sich beispielsweise in der starken Unterstützung des Beschlusses zum Widerruf der Auflösung der Sowjetunion ausdrückt. Zu starker politischer Druck könnte nach Auffassung der EU-Akteure zu einer Radikalisierung und zu Rückschritten in der demokratischen Transformation Russlands führen. Die „Moldaufrage“ besaß keine ausreichende Bedeutung für die EU, um das Risiko einer Belastung der EU-Russland Beziehungen einzugehen (Interview in der EU-Kommission, Dezember 2004). Exemplarisch für das vorsichtige Vorgehen gegenüber Russland ist die zurückhaltende Formulierung in der Gemeinsamen Strategie im Hinblick auf die aggressive Rolle Russlands auf moldauischem Territorium: *„Without Russian support no settlement of this case seems possible“* (EU Commission 2001: 3).

Zwei Entwicklungen zeichnen sich dennoch gegen Ende der neunziger Jahre ab, die die Beziehungen zu Moldau aufwerten. Durch den auf dem Gipfel von Helsinki (10./11. Dezember 1999) getroffenen Beschluss zur Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit weiteren sechs Bewerbern (Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und Slowakei) kündigt sich eine neue Nachbarschaftsrolle Moldaus an. Obwohl die EU ihre Außengrenzen mit der Erweiterung verstärkt sichern wird, was für Moldau zunächst den Nachteil einer geringeren Durchlässigkeit ihres Waren- und Personenverkehrs vor allem ins benachbarte Rumänien nach sich ziehen wird, werden die langfristigen Folgen der „physischen“ Nähe der EU positive Entwicklungen für Moldau beinhalten.

² Siehe hierzu u.a. die Meldung von Reuters: "Russian President Vladimir Putin and Moldovan President Petru Lucinschi met for talks in Chisinau, (...) (16-17.6.00). (...) They also discussed the withdrawal of Russian troops, confirming the agreement between Russia and Moldova that Russia will withdraw the Russian peacekeeping forces from Transdniestria by 2002 (Reuters)." Quelle: International Relations and Security Networks: <http://www.isn.ethz.ch/news/sw/details.cfm?ID=631>, Zugriff: 5.5.2006.

Die zweite Entwicklung, die zu einer stärkeren Einbindung Moldaus führen wird, liegt in dem zunehmenden Engagement der internationalen Gemeinschaft in Südosteuropa. Auf dem G-8-Gipfel in Köln einigen sich die Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1999 auf den Stabilitätspakt für Südosteuropa als Forum internationaler Hilfe, dessen Ansatz zur Stabilisierung Südosteuropas auf die engere EU-Anbindung der Region abzielt. Aus rationalistischer Perspektive lässt sich diese absehbare Aufwertung Moldaus damit erklären, dass die Kenntnisse über die Instabilität des westlichen Balkans zu einer anderen sicherheitspolitischen Haltung der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen führte, der ein stärkeres Engagement folgte.

5.2.2. Konstruktivistischer Erklärungsansatz: Ambivalente Entwicklung

Ein größeres Problem als geo-strategische Überlegungen im Hinblick auf die EU-Mitgliedschaft liegt aber in dem Versäumnis Moldaus, die Kopenhagener Kriterien nicht ausreichend zu berücksichtigen. Die Kopenhagener Kriterien stellen aus konstruktivistischer Sicht den Wertekanon der EU dar, der eine identitätsstiftende Wirkung für die EU besitzt. Es können ausschließlich Länder Mitglied in der EU werden, die sich den gemeinsamen Werten der EU, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft verpflichten. Die entscheidende Ursache und Bedingung der Osterweiterung ist nach Ansicht der Konstruktivisten die liberaldemokratische Identität der Gemeinschaft. Für die Auswahl von den EU-Beitrittskandidaten, die 1997 zu den Verhandlungen zugelassen werden, bedeutet dies, dass sie die liberaldemokratischen Grundnormen der Gemeinschaft besser als die anderen MOEL erfüllen müssen. Ebenso gilt für die Länder, die 1999 zu EU-Beitrittsverhandlungen zugelassen werden, dass die Entscheidung zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen auf die Verbesserung bei der Erfüllung der liberaldemokratischen Grundnormen zurückzuführen ist (Schimmelfennig 2003: 561).

Die folgende Tabelle vermittelt eine Übersicht der demokratischen Rechte bei den östlichen und südlichen Nachbarn der EU. Bis auf die Slowakei weist die Tabelle zunächst darauf hin, dass alle *freien* MOEL über Assoziierungsabkommens verfügen. Dies beweist bereits, dass ein Zusammenhang zwischen dem Grad der Befolgung liberaldemokratischer Grundnormen und der Intensität vertraglicher Beziehungen besteht. Daneben zeigen die einzelnen Werte für die Verwirklichung bürgerlicher und politischer Freiheiten für 1997 Unterschiede zwischen den für Beitrittsverhandlungen ausgewählten MOEL und den übrigen assoziierten MOEL.

Tabelle: Kandidatenauswahl von 1997 und 1999

	Freiheitsindex 1997	Politische Rechte	Bürgerliche Freiheiten	Freiheitsindex 1999	Politische Rechte	Bürgerliche Freiheiten
Beitrittsverhandlungen seit 1998						
Estland	Frei	1	2	Frei	1	2
Polen	Frei	1	2	Frei	1	2
Slowenien	Frei	1	2	Frei	1	2
Tsch. Rep.	Frei	1	2	Frei	1	2
Ungarn	Frei	1	2	Frei	1	2
Beitrittsverhandlungen seit 2000						
Bulgarien	Frei	2	3	Frei	2	3
Lettland	Frei	2	2	Frei	1	2
Litauen	Frei	1	2	Frei	1	2
Rumänien	Frei	2	3	Frei	2	2
Slowakei	Teilweise frei	2	4	Frei	2	2
Keine Assoziation						
Albanien	Teilweise frei	4	4	Teilweise frei	4	5
Belarus	Unfrei	6	6	Unfrei	6	6
Bosn.-Herze.	Teilweise frei	5	5	Teilweise frei	5	5
Jugoslawien	Unfrei	6	6	Unfrei	6	6
Kroatien	Teilweise frei	4	4	Teilweise frei	4	4
Mazedonien	Teilweise frei	4	3	Teilweise frei	3	3
Moldau	Teilweise frei	3	4	Teilweise frei	2	4
Russland	Teilweise frei	3	4	Teilweise frei	4	4
Ukraine	Teilweise frei	3	4	Teilweise frei	3	4

Quelle: Schimmelfennig 2003: 562 nach Freedom House³

Alle Länder, die zu den Beitrittsverhandlungen 1998 eingeladen sind, erhalten für politische Rechte die Note 1 und für bürgerliche Freiheiten eine 2, während Bulgarien, Lettland, Rumänien und die Slowakei schlechter bei den bürgerlichen Freiheiten abschneiden. Mit Hilfe dieser Daten kann mit Ausnahme Litauens erklärt werden, weshalb es zu einem Unterschied bei der Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen kommt (Schimmelfennig, 2003: 561f.). Insgesamt kann festgehalten werden,

„dass die EU nur mit Staaten verhandelt, in denen die liberaldemokratischen Grundnormen weitgehend respektiert werden (...)“ (ebd.: 563).

Damit wird zwischen Demokratie und EU-Mitgliedschaft ein signifikanter Zusammenhang hergestellt, der beim Wunsch der politischen Führung Moldaus zur Aufnahme von Verhandlungen eines Assoziierungsabkommens in dieser Phase hätte stärker berücksichtigt werden müssen.

In der Osterweiterung zeigt sich die Bedeutung kollektiver Ideen (Identitäten, Werten und Normen) für die Identität der EU:

³ Der Freiheitsindex gilt als Indikator für Politische Rechte und Bürgerliche Freiheiten, der die Kategorien *frei*, *teilweise frei* und *unfrei* annehmen kann. Die Werte für Politische Rechte und Bürgerliche Freiheiten liegen zwischen 1 (bestmöglicher Wert) und 7.

„Die institutionalisierte kollektive Identität der EU als eine Gemeinschaft europäischer Demokratien ist die fundamentale Ursache der Osterweiterung – sie legitimierte die Forderungen nach Mitgliedschaft der MOEL wirksam und definierte das zentrale Auswahlkriterium für die Beitrittskandidaten (ebd.: 566).“

Damit wird der Ansatz des liberalen Intergouvernementalismus in seine Schranken verwiesen. Denn die mitgliedstaatlichen Präferenzen vor allem durch internationale Interdependenzen, den Kosten und Nutzen wirtschaftlichen Austauschs und die dominanten wirtschaftlichen Interessen in den Mitgliedstaaten bestimmen nicht maßgeblich das Integrationsgeschehen. Die entscheidenden Integrationsereignisse können deshalb auch nicht nur auf die relative Verhandlungsmacht der Mitgliedstaaten zurückgeführt werden (Moravcsik 1998).

Für die moldauische Staatsführung hätten diese Auswahlkriterien die Leitlinien ihres politischen Handelns darstellen müssen. Stärkere Anstrengungen im Hinblick auf die Etablierung von politischen und bürgerlichen Freiheiten - auch unter den schwierigen Kontextfaktoren der neunziger Jahren - hätten das Ziel der Assoziierung und der Aufnahme von Beitrittverhandlungen näher gebracht, was allerdings von moldauischer Seite versäumt wurde.

5.2.3 Europäisierungsansatz gegenüber der Republik Moldau

Der Europäisierungsansatz gegenüber Moldau besteht in dieser Phase mit dem Inkrafttreten des PKA (1. Juli 1998) auf dessen Mechanismen, die wirtschaftliche, politische und kulturelle Ebenen umfassen. Damit stellt das PKA einen Fortschritt gegenüber dem ab Dezember 1991 mit Moldau geltenden HKA sowie dem ab Oktober 1995 gültigen Interimsabkommen dar, weil das PKA neben wirtschafts- und handelsrelevanten Fragen unter anderem auch die Einführung des politischen Dialoges vorsieht. Obwohl das PKA in Form und Struktur den zwischen 1991 bis 1996 mit den osteuropäischen Staaten unterzeichneten Europa-Abkommen gleicht, bleibt es hinsichtlich des Angebots von Assoziierungsabkommen weit zurück. Der wesentliche Unterschied liegt in der Kooperationsperspektive. Während im PKA der Abschluss eines Freihandelsabkommens in Aussicht gestellt wird und es gilt, die moldauische Gesetzgebung mit dem EU-Modell zu harmonisieren, gehen die Europa-Abkommen weit über die Annäherung hinaus, indem ein EU-Beitritt in Aussicht gestellt wird und dieser durch zielgerichtete Vorbeitrittshilfen unterstützt wird. Moldau und die anderen TACIS-Länder erhalten erheblich weniger Mittel für den Europäisierungsprozess als die mit einer EU-Beitrittsperspektive ausgestatteten MOEL.

Das CARDS Programm für den westlichen Balkan umfasst ebenfalls den doppelten finanziellen Umfang des TACIS-Programms (Wiersma 2004: 196). Das PKA stellt nur einen bescheidenen Fortschritt zu den Abkommen zwischen der Gemeinschaft und der Sowjetunion vom Jahre 1989 dar (Chirila 2002). Der Rahmen der Zusammenarbeit erstreckt sich über weite Bereiche unter anderem politischer Dialog, Handel und Investitionen, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Rechtsangleichung und Kultur und Wissenschaft. Die mangelnde Intensität der Zusammenarbeit, wie zuvor in dem Abkommen mit der UdSSR, zeigt sich unter anderem darin, dass Moldau zwar die Meistbegünstigungsklausel (Artikel 10) eingeräumt, diese aber gleichzeitig durch diverse Ausnahmen (zum Beispiel im Bereich des Textilsektors) eingeschränkt wird. Weiterhin enthält das PKA die Möglichkeit, Verhandlungen über die Errichtung einer Freihandelszone⁴ mit der EU aufzunehmen, sollte Moldau die dafür notwendigen Voraussetzungen erfüllen. In einer Studie über die Auswirkungen einer Freihandelszone, die im Jahre 1999 erstellt wird, kommt die Kommission zum Ergebnis, diese erst dann zu verwirklichen,

„wenn geeignete rechtliche, administrative und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen wurden, so dass Moldau davon in vollem Umfang profitieren kann“ (EU-Kommission 2004).

Der Abschluss eines Freihandelsabkommen liegt allerdings zu diesem Zeitpunkt noch in weiter Ferne. Von moldauischer Seite wird besonders das Fehlen der Möglichkeiten eines asymmetrischen Freihandels bemängelt, da dies einen Zwischenschritt darstellen könnte, von dem Moldau tatsächlich profitieren würde (Interview mit Gheorghiu Mai 2004).

Beim PKA handelt es sich um eine standardisierte Abkommensvorlage, dessen Abschluss für die zwölf ehemaligen Sowjetrepubliken vorgesehen ist. Die russische Regierung unterzeichnet das PKA auf dem Gipfeltreffen von Korfu im Juni 1994 (01. Dezember 1997 in Kraft getreten) als erstes GUS-Land, als zweites wird das PKA mit der Ukraine (Inkraftsetzung 01. April 1998) und als drittes mit der Republik Moldau am 28. November 1994 unterzeichnet. Die Verhandlungen mit Moldau bedürfen lediglich zwei kurze Verhandlungsrunden, während die Inkraftsetzung aufgrund des schleppenden Ratifizierungsprozesses fast vier Jahre dauert.

⁴ Im Kapitel I General principles, Article 4, werden die Bedingungen zum Abschluss eines Freihandelsabkommen formuliert: "The Parties undertake to consider, in particular when the Republic of Moldova has further advanced in the process of economic reform, developments of the relevant Titles of this Agreement, in particular Title III [Warenverkehr] and Article 48 [Wettbewerb], with a view to the establishment of a free trade area between them. The Cooperation Council referred to in Article 82 may make recommendations on such developments to the Parties in accordance with their respective procedures. The Parties shall consult each other in the year 1998 as to whether circumstances, and in particular the Republic of Moldova's advances in market oriented economic reforms and the economic conditions prevailing there at that time, allow the beginning of negotiations on the establishment of a free trade area."

Es handelt sich bei den PKA um gemischte Abkommen, die nationales und EU-Recht umfassen und somit den langwierigen Ratifizierungsweg auf nationaler und auf EU-Ebene einschlagen.

Aus diesem Grund ist ein Interimsabkommen abgeschlossen worden, was für die Bereiche gilt, die nicht der Zustimmung der Mitgliedstaaten bedürfen (Dinan 2000: 380). Der langwierige Ratifizierungsprozess ist ebenfalls darauf zurückzuführen, dass die Abkommen in der Reihenfolge Russland, Ukraine und erst dann mit Moldau abgeschlossen werden, was die politische Prioritätensetzung der EU gegenüber der ehemaligen Sowjetunion widerspiegelt und kennzeichnend für das Vorgehen der EU im post-sowjetischen Raum ist.⁵

Zur Einordnung der Bedeutung des PKA ist es sinnvoll, bevorzugte Handelsabkommen der EU mit anderen Ländern zu betrachten, die den Handelspartnern Zugang zum EU-Binnenmarkt gewähren. Im Folgenden wird eine hierarchische Reihenfolge hinsichtlich des Grades des Marktzugangs dargestellt (hierbei stehen die privilegiertesten oben):

- “The European Economic Area (EEA), with Norway, Iceland and Liechtenstein.
- Customs union agreements, with Turkey, Malta and Cyprus;
- Europe Agreements, with the central and eastern European states that have applied for EU membership (Bulgaria, Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Poland, Romania, Slovakia and Slovenia);
- Free trade agreements, with Israel and Switzerland;
- Euro-Mediterranean Accords, with Egypt, Jordan, Morocco, Tunisia, Algeria, Lebanon and Syria;
- The Lomé Convention, with 70 African Caribbean and Pacific former colonies of the EU (...);
- The Generalized System of Preferences, which gives privileged access to the single market for certain products from 145 developing countries;
- Mutual recognition agreements, with the United States and Canada;
- Partnership and Cooperation Agreements, with the 10 members of the Commonwealth of Independent States;
- Inter-Regional Agreements, with the members of the Andean Pact, Mercosur, the Central American customs union, the Gulf Cooperation Council and the Association of Southeast Asian Nations;
- A variety of trade agreements with other countries, including Australia, New Zealand, South Africa, Argentina, Brazil, India, Pakistan and South Korea” (Hix 1999: 339).

Diese unterschiedlichen wirtschaftlichen Kooperationsabkommen spiegeln die politischen Prioritäten der EU wider:

“For example, the EEA allows the states who would be eligible to join the EU but have chosen to remain outside to be part of the EU single market (...). The Europe Agreements, on the other hand, are specifically designed to prepare the central and eastern European states for EU membership. Also, the Commission has argued that the agreements with the

⁵ Seit dem 01. Juli 1999 sind die PKA zwischen der EU und den drei Kaukasusländern Armenien, Aserbaidschan und Georgien in Kraft. Seit dem gleichen Tag bestehen die PKA mit Kasachstan, Kirgisien und Usbekistan. Mit Turkmenistan wurde ein PKA unterzeichnet, das jedoch noch nicht in Kraft getreten ist. Das PKA mit Tadschikistan wurde am 16.12.2003 paraphiert. Aufgrund der undemokratischen Entwicklungen in Weißrussland sah sich die EU 1997 gezwungen, die Ratifizierung des PKA auszusetzen, bis eine Rückkehr des Landes zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erfolgt ist.

USA and Canada for the 'mutual recognition' of product standards in a number of product areas (based on the same principles as in the EU single market) could be the basis for a general free trade agreement between the EU and NAFTA. Below this hierarchy of access to the single market are the general members of the WTO (such as Japan), and at the bottom of the EU's priority list are non-members of the WTO (such as China)" (ebd.).

Diese Liste von Prioritäten hinsichtlich des Binnenmarktzugangs vom Jahre 1999 zeigt deutlich, dass das PKA hinter einer Reihe von Abkommen steht. Und obwohl es sich beim PKA um ein bescheidenes Abkommen handelt, so ist noch nicht einmal das mögliche Entwicklungspotential vollkommen ausgeschöpft worden. Im Kapitel 1 *General principles Article 5* heißt es:

"The Parties undertake to examine together, by mutual consent, amendments which it may be appropriate to make to any part of the Agreement in view of changes in circumstances, and in particular of the situation arising from the Republic of Moldova's accession to GATT."

Eine Zwischenbilanz im Jahre 2000 zeigt, dass seit Unterzeichnung des PKA vor sechs Jahren die Beziehungen zwischen der EU und Moldau stagnieren, ohne vertraglich auf- oder abgewertet zu werden. Weder ist es notwendig geworden das PKA aufgrund der Verletzung von Menschenrechten auszusetzen (*Suspension clause*), noch war die EU im Sinne des generellen Prinzips von Artikel 5 bereit, Veränderungen im PKA vorzunehmen.

5.2.3.1 EU-Unterstützungsleistungen

Zwischen 1991 und 2000 erhält die Republik Moldau von der EU insgesamt 195,4 Millionen Euro Unterstützung. In dem TACIS-Aktionsprogramm werden landwirtschaftliche Projekte und Maßnahmen zur Verwaltungsreform und zur Entwicklung und Stärkung des privaten Wirtschaftssektors gefördert. Zudem werden grenzüberschreitende Projekte gefördert. Der größte Anteil an Unterstützungsleistungen wird für die makrofinanzielle Stabilisierung in Form von Darlehen als Ergänzung zu Programmen von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank (WB) aufgebracht. Das Ernährungssicherungsprogramm zielt darauf ab, Armut zu reduzieren und die Ernährungssicherheit zu erhöhen, indem Maßnahmen im Bereich Agrarsektor, Boden- und Sozialreform und Verwaltung der öffentlichen Finanzen durchgeführt werden. Das TACIS-Programm wurde in den neunziger Jahren insgesamt aufgestockt.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht über den Umfang der EU-Unterstützungsleistungen für Moldau seit 1991 (in Millionen Euro):

EU-Unterstützungsleistungen Moldau

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002/ 2003	Ins.
Aktions Programm	1,0	9,0*		10,0	9,0	13,1 *		14,7 *		14,8 + 1,5 Res.		25,0*	98,1
Kleinprojekte						4,9		4,8		4,7			14,4
Grenzüber- schreitende Zusammen- arbeit						2,0	2,7	1,3	0,7	4,0	3	3,7	17,4
Makrofinan- zielle Hilfe		27,0 **		25,0	20,0	15,0						15,0	102
Ernährungs- sicherung										5,5		10,4	15,9
Humanitäre Hilfe									3,9	0,8	0,88		5,5
Insgesamt	1,0	36,0	0	35,0	29,0	35,0	2,7	20,8	4,6	31,3	3,8	54,1	253

* Zweijährige Finanzplanung

Vgl. EU-Kommission 2001

** Zuschuss

Der Betrag von 10,1 Millionen ECU (1991 bis 1993) wurde in der Periode 1997 bis 1999 auf 32,7 Millionen Euro verdreifacht. Damit stellt die EU einen erheblichen Anteil der finanziellen Mittel der internationalen Gebergemeinschaft. Die Weltbank, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die EBRD stellen zwar mehr Mittel zur Verfügung, aber im Bereich der technischen Unterstützung ist die EU nach den USA der größte Geber. Die EU-Mitgliedsländer unter anderem Deutschland, Großbritannien und Schweden führen ähnlich wie Kanada, Japan, die Türkei und die Vereinten Nationen (VN) eigene Programme durch. Eine Evaluation der EU aus dem Jahre 2000 kam zu dem Ergebnis: *“that Tacis in Moldova had been generally positive, timely and appropriate”* (Heard 2004: 217). Diese Auffassung hinterfragt Vic Heard, der als Koordinator von *EuropeAid* für die Durchführung von Programmen in Moldau verantwortlich gewesen ist:

“But what was the impact? Privatisation programmes achieved little, the land reform project was ignored, and much work in education and agriculture has had little result (...). In the past Tacis ignored Moldovan expertise and used exclusively EU consultants” (ebd.).

Die Verantwortung für die geringen Erfolge der EU-Unterstützungsleistungen im Transformationsprozess Moldaus lastet Heard nicht nur den bereits festgestellten ineffizienten moldauischen Verwaltungsstrukturen bei der Umsetzung der Programme an, sondern sieht sie auch im Vorgehen der Gemeinschaft:

“The country did not spend 10 years becoming poorer because donors got it right, and there are lessons to be learned all around. For Tacis, the lesson may be that the EU and Moldova could both benefit greatly if the EU abandoned political and commercial aims, worked as closely as possible with other donors, used local expertise, and focused only on Moldova’s development” (ebd.: 218).

Hierbei bemängelt Heard zum Beispiel die fehlende Koordinierung der internationalen Geber im Bereich der Landreform.⁷ Oftmals treten auch wirtschaftliche Interessen unter den internationalen Gebern in den Vordergrund.⁸ Zudem wird auf die lokale Expertise aus Moldau verzichtet. Aus inoffiziellen Stellungnahmen von hochrangigen Repräsentanten Deutschlands wird der Vorwurf laut, dass TACIS insbesondere für die Interessen der externen Berater arbeitet (Gespräch mit hohem deutschen Repräsentanten Dezember 2003), was ebenfalls der skeptischen Haltung des Stellvertretenden Außenministers Ostalep und Vertretern der moldauischen Zivilgesellschaft entspricht (Gespräch mit Gheorghiu Mai 2004). Andererseits ist ein Kerndefizit von TACIS auf der Nehmerseite in Moldau zu identifizieren, welches auf die ausgeprägte Implementierungsschwäche der moldauischen Regierungsstellen zurückzuführen ist. Der Widerspruch verschiedener Regierungen eng mit der EU zusammenzuarbeiten und der tatsächlichen fehlenden Kooperation wird in den späten neunziger Jahren offensichtlich (ebd.). Das PKA wird von Moldau in großen Teilen entweder nicht eingeführt oder schlicht nicht umgesetzt. Das Wirtschaftsministerium koordiniert die Tätigkeiten auf moldauischer Seite, wobei die Vergabe und Auswahl nicht transparent ist (Gespräch mit hohem Repräsentanten von UNDP Dezember 2004). In wirtschaftlicher Hinsicht erzielen PKA/TACIS nur geringe Fortschritte in Moldau. Einige argumentieren, dass sich insgesamt keine wirtschaftliche Entwicklung ergeben hat:

“Looking at the statistics, one could argue that PCA and TACIS have failed completely. Though the country receives trade preferences, the balance remains in favour of the EU at a very low level. This is due to the lack of free trade arrangements, which already exist for a number of Mediterranean countries. The EU has been especially slow in opening up the agricultural market. The EU is still not satisfied with Moldova’s regulatory environment. It is no coincidence that this is also the main issue in the complicated relations between Moldova and the IMF in dealing with the country’s debt” (Wiersma 2004: 196).

⁷ Im Jahre 2000 wurde eine Evaluierung in dem TACIS-Landreformprojekt durchgeführt mit dem Ergebnis, dass die Arbeit keine Auswirkungen hatte (ebd.).

⁸ „The first private sector projects in Moldova under TACIS were, therefore, in defence conversion, privatisation and banking, paving the way for EU investors” (ebd.).

¹⁰ Die EU entwickelte zunehmend detailliertere Strategien für die Beziehungen zu den Ländern ohne EU-Mitgliedschaft. Die Entscheidung für Gemeinsame Strategien war die Kernerneuerung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Amsterdamer Vertrag von 1997. Die Entscheidungen vom Dezember 1998 auf dem Europäischen Rat von Wien hinsichtlich der Gemeinsamen Strategien, die nach Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages vom Mai 1999 weiter entwickelt wurden, bestätigen Moldaus Marginalisierung. Vier solcher Gemeinsamen Strategien wurden für Russland, die Ukraine, den Mittelmeerraum und den westlichen Balkan vorgesehen. Moldau fiel hierbei aus den Kategorien raus und keine Gemeinsame Strategie wurde für Moldau entwickelt. Letztendlich wurden aber nur drei Gemeinsame Strategien angenommen (vgl. Vahl 2004: 176).

5.2.3.2 Politischer Dialog als Sozialisationsebene

Trotz der kritischen Haltung hinsichtlich der PKA-Methode ist bei der Bewertung des PKA die Institutionalisierung des politischen Dialogs als größte positive Errungenschaft hervorzuheben, weil hierdurch zumindest bescheidene Sozialisierungsprozesse ermöglicht werden. In der Interaktion der Gremienteilnehmer ist zumindest einmal jährlich ein Forum gewährleistet, um auf die Schwierigkeiten und Sensibilitäten des Gegenübers verstärkt aufmerksam zu machen. Die vom parlamentarischen Kooperationsausschuss unterstützte Einbeziehung der Republik Moldau in den Stabilitätspakt ist hierfür ein Beispiel. Zudem wird in diesen Foren seitens der EU die Möglichkeit ergriffen, die Notwendigkeit zu marktwirtschaftlichen und demokratischen Reformen zu begründen. Dov Lynch kritisiert in den etablierten Foren allerdings die fehlende Tiefe. Er spricht von einem Dialog ohne Substanz:

“Harmonisation with the EU model is promoted as the most effective way for these states to benefit from enlargement. In this respect, the reports of the Cooperation Council meetings have hardly changed since their inception, constantly featuring a stress on the need to implement the PCA and for these states to harmonise their legislation with that of the EU. Many of these reports are interchangeable between years” (Lynch 2003: 43).

Der politische Dialog habe dem Transformationsprozessen in Moldau und in der Ukraine keine entscheidenden Impulse verleihen können, sondern lediglich die Unabhängigkeitsprozesse in der Ukraine und Moldau unterstützt. Das politische Profil der EU bleibt in der Region zurückhaltend. Andere internationale Organisationen und Staaten haben hingegen eine größere Verantwortung in der Region übernommen, wie beispielsweise die OSZE in Moldau (ebd.).

Vahl hingegen sieht eine Ausweitung der Themen zwischen der EU und Moldau. Auch wenn der Charakter des PKA vornehmlich auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit basiert, werden nicht-ökonomische Themen im bilateralen Verhältnis zunehmend wichtiger. Dies gilt vor allem im Bereich Justiz und Inneres, wie in den gemeinsamen Erklärungen des Kooperationsrates deutlich wird. Das PKA behandelt Themen wie Geldwäsche, illegale Migration und Zusammenarbeit des Zolls bei der Bekämpfung des Drogen- und Waffenhandels. Abgesehen davon kommen neue Aspekte in der Zusammenarbeit hinzu, insbesondere im Hinblick auf eine verstärkte Zusammenarbeit gegen Menschenhandel und Schmuggel von Waren (zum Beispiel Zigaretten und Alkohol):

“The late 1990s were thus a period of enhanced co-operation and strengthened political dialogue between the EU and Moldova, even if the EU was unwilling to acknowledge Moldova as a potential member and reluctant to enter into discussions on an eventual Association Agreement. The increased activity and the gradual broadening of the scope of co-operation could be interpreted as reflecting a readiness for deeper engagement on the part of the EU, and as a response to the ‘European choice’ made by the Moldovan government” (Vahl 2004: 175).

Hierbei sollte eingeschränkt werden, dass die Zunahme an Themen im politischen Dialog mit Moldau nicht nur auf die zunehmende Europäisierung Moldaus zurückzuführen ist, sondern möglicherweise auf den Kompetenzzuwachs der EU durch die Verträge von Amsterdam und Nizza hinweisen könnte. Zudem lässt sich beobachten, dass trotz der Ausdehnung der Themen im politischen Dialog mit Moldau und der Aufnahme intensiverer vertraglicher Beziehungen durch das PKA zunächst eine Marginalisierung der Beziehungen zwischen der EU und *non-EU Europe* erfolgt. Der Grund für die Marginalisierung liegt vor allem an der Konzentration auf die potentiellen EU-Beitrittskandidaten und den Vertiefungsbemühungen der EU in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, die erhebliche Ressourcen und Aufmerksamkeit der EU binden und somit von Moldaus Bemühungen ablenken. Vermutlich sind langfristig positive Effekte durch die Erweiterung für Moldau zu erwarten, aber kurzfristig beinhaltet die Erweiterung negative Folgen für Moldau (Interview mit Gheorghiu und Barbarosie Mai 2004). Im Dezember 2000 entschied der Ministerrat der EU den Visazwang für den Schengenraum für Rumänien aufzuheben, was zur Folge hat, dass Hunderttausende Moldauer die rumänische Staatsbürgerschaft beantragen werden. Das Problem des *braindrain* verschärft sich hierdurch für Moldau, obwohl bereits ein Fünftel der gesamten Bevölkerung im Ausland lebt und arbeitet – viele von ihnen illegal. Erst gegen Ende der neunziger Jahre zeigt sich eine gegenläufige Tendenz insbesondere in Form der konzeptionellen Entwicklung des Stabilitätspakts für Südosteuropa.

Insgesamt ergibt sich aus dieser Darstellung, dass die Republik Moldau nicht in einen tiefen und umfassenden Europäisierungsprozess einbezogen worden ist.

5.2.3.3 Konditionalität als Steuerungsmechanismus

Der Ansatz gegenüber Moldau basiert wie bei anderen Prozessen der Europäisierung von Drittstaaten auf dem Prinzip der Konditionalität. Von Moldau wird die vollständige Umsetzung des PKA als Konditionalität für die Intensivierung der Beziehungen erwartet. Beispielsweise reagiert der damalige EU-Kommissar für Außenbeziehungen, Hans van den Broek, auf das Schreiben vom 27. Oktober 1997 des Präsidenten Lucinschi mit der Bitte um die Aufnahme von Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen, indem er die Aufnahme von Assoziierungsverhandlungen an die Implementierung des PKA knüpft (Wróbel 2004: 63). Diese EU-Haltung wird vom Kommissionspräsidenten Santer am 27. Dezember 1997 wiederholt und verbindet eine positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen mit der moldauischen Bereitschaft zur Umsetzung des PKA. Ebenfalls wird diese Haltung von den EU-Mitgliedstaaten geteilt. Beispielsweise begrüßt der niederländische Premierminister Wim Kok die moldauische Initiative zur Aufnahme von Verhand-

lungen über ein Assoziierungsabkommen, weist jedoch darauf hin, dass eine Diskussion über einen neuen Status Moldaus während des laufenden Ratifizierungsprozesses des PKA verfrüht sei. Ein weiteres Beispiel ist das Schreiben des schwedischen Premiers Goran Persson an den Präsidenten Moldaus vom Januar 1998, indem zum Ausdruck gebracht wird, dass der Abschluss engerer Verbindungen von der Implementierung des PKA abhängt (IPP 2002: 54). In den Augen vieler moldauischer Beobachter liegt das Grundproblem der Implementierung des PKA allerdings darin, dass das PKA an vielen Stellen sehr vage ist und sich die moldauische Verwaltung überfordert zeigt, klare *Roadmaps* zur Implementierung eigenständig zu entwickeln (Interview mit Botschafter Chirtoaca November 2003).

Das Kerndilemma scheint aber vor allem darin zu liegen, dass die PKA über keine ausgeprägte politische Dimension verfügen:

“PCAs reveal the heavily technocratic and non-political heart of the EU’s approach to these states [CIS-countries]” (Lynch 2003: 43).

An dem PKA wird von Dov Lynch insbesondere der statische Charakter, die ungleiche Verteilung von Reformleistungen und das geringe Potential zur Fortentwicklung kritisiert:

“*The PCAs are essential static.* Compared with other forms of agreement the EU entertains with third parties, the PCA offers little indication of progression in the relationship. Not only is the idea of accession simply not part of their universe, the PCAs hold little evolutionary potential at all. What is more, the agreements offer little in terms of market access to these states, providing no preferential treatment in trade. The PCA method, therefore, places the burden for the ‘transition’ entirely with the new neighbours, claiming no responsibility to underpin the transformation that this entails and opening no future perspective to support it. Implicit in this approach lies the notion, prevalent in Western circles in the early 1990s, of the ‘inevitability’ of the transition process in these states, a notion that followed the deterministic development theories that were formulated in the 1950s. The position taken was: ‘Undertake this list of reforms, because you have to and you will do them anyway, and then... well, nothing, just undertake the reforms.’ (Dov Lynch 2003: 43-44).

Zusammen mit dem TACIS-Programm hat das PKA die östlichen Nachbarn in eine Kategorie unter der Überschrift GUS zusammengefasst. Die große Ukraine, das kleine Moldau und das autoritär regierte Belarus gehören ebenso zu einer Länderkategorie wie drei Länder des Südkaukasus, fünf zentral asiatische Staaten und die politische Großmacht Russland. Diese Kategorie umfasst somit Staaten, die unterschiedlichste soziale, politische und ökonomische Bedingungen aufweisen, aus denen sich heterogene Entwicklungschancen und Orientierungen ergeben. Eine Kategorisierung mit Staaten, die keine Aussicht auf EU-Mitgliedschaft besitzen und diese teilweise auch gar nicht anstreben, hinterlässt in Chisinau und Kiew die Befürchtung eines dauerhaften und endgültigen Ausschlusses aus der EU/Europa.

Es besteht darüber hinaus keine Klarheit darüber, was nach der Umsetzung des PKA erfolgt. Damit ist ebenfalls auch eng die Frage verbunden, ob die EU tatsächlich die Bereitschaft hat, Moldau ein *up-grading* der vertraglichen Beziehungen anzubieten. Wenn also nicht deutlich ist, dass die Umsetzung des PKA zu einem angestrebten Assoziierungsabkommen führt, dann müssen andere Anreize im PKA angelegt sein und berücksichtigt werden, damit die Reformen umgesetzt werden. Die Inkraftsetzung des PKA wird in Moldau als Meilenstein auf dem Weg in die EU betrachtet, aber als deutlich wird, dass das PKA nicht als EU-Beitrittssignal zu verstehen ist, tritt anstelle der Euphorie eine zunehmende Skepsis gegenüber dem PKA auf. Als Folge bleibt ein Gefühl des Ausschlusses, was der Reformbereitschaft der Republik Moldau nicht zuträglich ist.

Das Prinzip der Konditionalität verliert ebenfalls an Wirksamkeit, wenn ein Gefühl der Zurücksetzung oder Ungleichbehandlung aufkommt. Es lässt sich ebenfalls eine graduelle Divergenz im Verhältnis zur GUS feststellen, die auf die Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und Russland abzielt. Die Abfolge der Verhandlungen um ein PKA und der anschließende Ratifizierungsprozess (Start mit Russland, darauf Verhandlungen mit der Ukraine und schließlich mit Moldau) zeigen deutlich die Prioritätensetzung der EU gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken. Das PKA für Moldau ist zudem in weiten Teilen eine Kopie der Abkommen mit Russland und der Ukraine. Außerdem ist der Dialog mit Moldau weniger stark ausgeprägt als der EU-Russland Dialog. Im Dialog mit Russland werden verschiedene Initiativen der Zusammenarbeit ins Leben gerufen, wie beispielsweise der im Jahre 2000 aufgenommene Energiedialog und eine verstärkte Kooperation im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.¹⁰ Russland ist ein wichtiger Partner für die EU und aus diesem Grund sind Bestrebungen für eine gute Zusammenarbeit verständlich, aber dennoch wecken diese asymmetrischen Bestrebungen in einer vertieften Zusammenarbeit Gefühle des Ausschlusses und Vernachlässigung in Moldau. Das PKA weist eine andere Zielsetzung auf und seine Methode unterliegt einer anderen Logik als die Eröffnung von Beitrittsspielräumen, insofern ist der Transformationsanreiz für Moldau geringer als für Staaten, die nach einem schwierigen Modernisierungsprozess mit der EU-Mitgliedschaft belohnt werden. Vielmehr versucht die EU ohne den Beitrittsanreiz Maßnahmen zur Demokratisierung und zur Schaffung einer freien Marktwirtschaft in der schwierigen Transformationsphase Moldaus zu erreichen. Die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage Moldaus deutet vor allem auf die Erfolglosigkeit der PKA-Methode hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung hin.

Insgesamt zeigt sich, dass sich die EU verglichen mit der Unterstützung anderer internationaler Akteure weniger in Moldau engagiert und erhebliche Zweifel an der PKA-Methode und dem Finanzinstrument TACIS bestehen.¹¹ Für die EU bleibt Moldau russisches Einflussgebiet und deshalb vermeidet sie eine Stärkung Moldaus, die möglicherweise zu Lasten der EU-Russland-Beziehungen gehen könnte. Obwohl sich die Beziehungen zu Moldau intensivieren, sind negative Entwicklungen zu beobachten, wie beispielsweise die Einführung der Visapflicht, die die Reisemöglichkeiten für Moldauer erheblich eingeschränkt. Die Aufmerksamkeit der EU wird insbesondere durch die Entwicklungen im westlichen Balkan gebunden, dem nach dem Kosovokonflikt im Frühjahr 1999 der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess mit Aussicht auf EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt wird.¹² Die EU entwickelt sich zu einem der Hauptakteure in SOE und unterstützt dabei insbesondere den im Juli 1999 geschaffenen Stabilitätspakt für Südosteuropa. Vahl fasst die Entwicklungen der zweiten Hälfte folgendermaßen zusammen:

“In short, EU policy towards its neighbours overall has been considerably strengthened since the second half of the 1990s. Paradoxically, in the light of the closer relations between the EU and Moldova in the same period, this process of differentiated EU enlargement with its ‘near abroad’ has entailed a relative marginalisation of Moldova in EU proximity policy” (Vahl 2004: 179).

Verglichen mit den Aktivitäten in SOE bleibt zwar das EU-Engagement in Moldau zurück, aber dennoch kann festgehalten werden, dass die Institutionalisierung des politischen Dialogs durch die PKA-Instrumente eine Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen in der zweiten Phase gegenüber der ersten Phase darstellt.

5.2.4 Anpassungsleistung Moldaus

In der Phase zwischen 1996 bis 2000 setzt sich die extreme Umwälzung der Lebensverhältnisse in der moldauischen Gesellschaft fort. Mittlerweile konnten in Moldau zwar demokratische Strukturen und Verfahren etabliert werden, allerdings bleiben weiterhin erhebliche Defizite in der Rechtssprechung, Korruptionsbekämpfung und im politischen Alltag bestehen (EU Commission 2001: 3). Die hohe politische Fragilität und der eklektische Reformprozess lassen sich allein an der Anzahl der Premierminister ablesen: In den knapp zehn Jahren haben acht Premierminister mit wechselnden Kabinetten die Geschicke Moldaus gelenkt. Die politische Diskontinuität beeinflusst auch die Wirtschaftspolitik, so sind die Wachstumsraten mit Ausnahme der beiden Jahre 1997 (1,6 Prozent) und 2000 (2,1 Prozent) durchgängig negativ. Allerdings verlangsamt sich der

¹¹ “Approximately 52 million euros of assistance to Moldova was committed through Tacis from 1996 to 2001. The World Bank’s contribution of 252 million dollar was almost five times as large in the same period, and the 310 million dollar provided by the IMF was ten times the 30 million euros of macro-economic assistance committed by the EU” (Vahl 2004 : 183).

negative Trend nach dem wirtschaftlichen *big bang* von 1994. Von -30,9 Prozent sinkt die negative Wachstumsrate 1995 auf -1,4 Prozent, 1996 liegt sie bei -5,6 Prozent. Die volkswirtschaftliche Lage stabilisiert sich auf einem negativen Niveau. Obwohl sich Tendenzen zur Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung zeigen, wird der einseitige Reformprozess beispielsweise von der UNDP kritisiert. Im Mittelpunkt der Kritik steht hierbei, dass bis Mitte der neunziger Jahre Reformen lediglich im Hinblick auf wirtschaftliche und politische Freiheiten durchgeführt wurden, während die soziale Sicherung der ärmsten Schichten vernachlässigt wurde. Dieser „neo-liberale Wirtschaftskurs“ wirkt sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre negativ aus, da die Fortsetzung des Reformkurses durch die anhaltende soziale Krise bedroht wird. In der Folge sinkt die Unterstützung in der Bevölkerung für den eingeschlagenen Reformprozess zunehmend:

“Most of the positive results are in the area of economic and political freedoms – openness of the country, democratization of public life (multi-party elections, freedom of religion, mass-media, NGOs, etc.), liberalization of prices, enterprise operations, internal and external trade, etc. The social costs of the transition, on the other hand, have been dramatic: reduction of the country's resources for education and health services, a sharp rise in the discrepancy between incomes, spread of poverty, growth of corruption and organized crime. In such a situation the transition has brought a great deal of disappointment to the population, and this has contributed to the narrowing of the social base of support for reforms” (UNDP 2000: 70).

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der anhaltenden schwierigen sozioökonomischen Lage und den eingeleiteten Reformen drückt sich in den Wahlen von 1998 aus, bei der die unreformierte kommunistische Partei an die Regierung gewählt wird.

5.2.4.1 Wirtschaftliche und soziale Lage

Die soziale Lage ist weiterhin durch die anhaltende extreme Armut gekennzeichnet. Soziale Exklusion ist ein weitverbreitetes Phänomen und verfestigt sich zunehmend strukturell (UNDP 2000: 75f.). Insgesamt leben etwa 80 Prozent der Bevölkerung (2001) unter der Armutsgrenze. Besonders die Landbevölkerung ist stark von Armut betroffen. Der zur Messung von Einkommensverteilung herangeführte Gini-Index beträgt 41 (1997),¹³ wobei die untersten zehn Prozent der Haushalte über zwei Prozent und die obersten zehn Prozent über 31 Prozent des Einkommens verfügen (1997) (BTI 2003: 10). Das Fehlen öffentlicher Mittel führt zu einer katastrophalen Ausstattung staatlicher Einrichtungen, wovon insbesondere Waisenhäuser betroffen sind. Ein erheblicher Teil, der in Waisenhäuser lebenden Kinder sind sogenannte *social orphans*. Mit diesem Begriff werden Kinder bezeichnet, deren Eltern nicht mehr das Nötigste zu ihrer Versorgung aufbringen können und deshalb gezwungen sind, die Kinder in Waisenhäusern abzuge-

¹² Substantielle Unterstützungsleistungen wurden für den Balkan aus dem EU-Haushalt für die Periode 2000/2006 zusammen gezogen, wohingegen der Anteil, der für die GUS bereit gestellt wurde, geringer ausfällt.

¹³ Je stärker der Gini-Index vom Gleichgewichtsverteilungswert Null gegen Hundert tendiert, desto größer ist die Kluft zwischen Arm und Reich.

ben (EU Commission 2001: 6). Krankenhäuser sind ebenso wie Schulen in einem desolaten Zustand. Die Gesundheitsversorgung erfolgt mittlerweile auf niedrigstem Niveau und die Lebenserwartungen haben sich um zehn Jahre verringert. Zudem können insgesamt weniger Kinder die Schule besuchen (ebd.: 8).

Dem Staat fehlen für eine systematische Armutsbekämpfung die notwendigen finanziellen Mittel und die entsprechenden politischen Kapazitäten. Zwar sind Ansätze zur Entwicklung einer Strategie zur Armutsbekämpfung unter Lucinschis Regierung in Zusammenarbeit mit der Weltbank erarbeitet worden, aber der Machtwechsel zur kommunistischen Regierung (2001) legt die Bemühungen zunächst einmal auf Eis. Ein strukturelles Problem der öffentlichen Verwaltung Moldaus liegt nach wie vor in der mangelnden Qualifizierung seiner Mitarbeiter (Interview mit Abteilungsleiterin aus dem Finanzministerium Moldaus November 2002). Aufgrund dieser oben benannten Entwicklung haben bis zum Jahr 2001 etwa 800.000 Moldauer, die zum überwiegenden Teil aus ländlichen Regionen stammen, das Land verlassen.

Zu den positiven Errungenschaften Moldaus gehören beispielsweise der hohe Zugang von Frauen zu öffentlichen Ämtern und höherer Bildung sowie eine relativ hohe Alphabetisierungsrate von fast 99 Prozent der erwachsenen Bevölkerung. Darüber hinaus ist der Zugang zum Bildungs- und Gesundheitswesen für nahezu hundert Prozent der Bevölkerung gewährleistet. Im weltweiten Vergleich verfügt die Bevölkerung Moldaus noch über einen hohen Bildungsstandard, aber diese Errungenschaften stehen aufgrund der desolaten Haushaltslage zur Disposition (UN-Bildungsstand-Index von 0,90 (2000)).

Die Privatisierung der moldauischen Wirtschaft verläuft schleppend und findet überwiegend in dem Zeitraum zwischen 1994 und 1996 statt. In diesem Rahmen werden insgesamt etwa 80 Prozent aller Unternehmen (etwa 2235 Unternehmen) und 191.000 Wohnungen privatisiert. Als grundlegende Probleme stellen sich in diesem Zusammenhang heraus, dass kaum westliche Investoren für Auslandsinvestitionen in Moldau gewonnen werden konnten und zudem der Staat die Privatisierung vor allem der Bereiche Energie, Tabak und Telekommunikation behindert (Gudim 1999: 134). Obwohl mit dem „Gesetz zur Begrenzung monopolistischer Aktivitäten“ eine Grundlage zur Abschaffung wettbewerbsschädlicher Monopole geschaffen wurde, fehlt es in der wirtschaftlichen Praxis an seiner Umsetzung,¹⁴ so dass weiterhin staatliche Monopole in wirtschaftlichen Schlüsselbereichen existieren. Aufgrund der mangelnden Privatisierungsfortschritte bei großen Industriebetrieben ziehen sich im April 2000 die IFI aus Moldau zurück (Skvortova 2001: 10).

¹⁴ „Die Entwicklung des Wettbewerbs sowie die Anti-Monopol- und Wettbewerbsabteilung des Wirtschaftsministeriums müssen jedes Unternehmen mit ausländischem Eigentumsanteil von über 5 Millionen US-Dollar genehmigen“ (BTI 2003: 13).

Unternehmen sind abgesehen davon weiterhin einer exzessiven staatlichen Regulierung und Überwachung ausgesetzt, die sich beispielsweise in übermäßigen Inspektionen ausdrückt. Freedom House bewertet somit die moldauische Wirtschaftspolitik mit einem konstant niedrigen Wert von 4 (aus 5).

Die extrem negative Außenhandelsbilanz behindert den bereits mit dem Wegfall des staatlichen Handelsmonopols aus dem Jahre 1992 eingeleiteten Liberalisierungsprozess. Offene Markttransaktionen setzen erst wieder 1998 ein und erst 1999 werden fast alle Handelseinschränkungen beseitigt. Mit Unterstützung des IWF werden in einem langwierigen Prozess die Preise des Marktes für ausländische Währungen liberalisiert, Zollbarrieren abgebaut und weitere Handelshemmnisse wie Registrierung und Lizenzvergabe reduziert. Das moldauische Bankensystem und der Kapitalmarkt befinden sich weiterhin in einem Konsolidierungsprozess (BTI 2003).

Die Inflationsrate pendelt zwischen fast 40 Prozent (1999) und weniger als 8 Prozent (1998) auf einem Mittel von 22 Prozent (1995 bis 2001). Der moldauische Lei bleibt hierbei allerdings bemerkenswert stabil und liegt zum Zeitpunkt seiner Einführung (November 1993) für einen US-Dollar bei 3,85 MDL und steigt auf 12,40 MDL (2000).

Makroökonomische Indikatoren (1995 bis 2000), Republik Moldau

	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Reales Wachstum BSP (%)	-1,4	-5,9	1,6	-6,5	-4,4	2,1
Erwerbslosigkeit (%)*	1,4	1,5	1,5	7,7	39,3	31,1
Durchschn. Inflationsrate(%)	30,2	23,5	11,8	7,7	39,3	31,3
Konsum / BSP (%)	82,9	94,3	97,4	100,9	87,8	95,8
Haushaltsdefizit /BSP (%)	-6,7	-7,6	-7,8	-3,3	-3,2	-4,1
Auslandsschulden (USD Mio.)	825,7	1040,9	1216,7	1360,1	1344,7	1330
Auslandsschulden /BIP (%)	57,2	62,5	63,0	80,5	116,0	103,7
Wechselkurs (MDL/USD)	4,49	4,59	4,63	5,38	10,52	12,40

*ab 1998 nach Berechnung der ILO, Quelle: Regierung der Republik Moldau (UNDP 2000: 73).

Es sind Fortschritte bei der Stabilitätspolitik erreicht worden, aber hohe Ausgaben und die nach wie vor schwach ausgesprägten Mechanismen zur Steuererhebung belasten die volkswirtschaftliche Stabilität des Landes. Darüber hinaus stellt die Begleichung von Auslandsschulden, die fast die Hälfte der Staatseinnahmen ausmacht, eine hohe Belastung für die Wirtschaft dar. Durch die russische Wirtschaftskrise (1998) steigen die Auslandsschulden auf 80 Prozent des BIP und im Jahre 1999 belaufen sich die Zahlungsrückforderungen auf insgesamt Vier Fünftel des gesamten moldauischen Haushalts (EU Commission 2001: 12). Der Schuldendienst führt zu einer zunehmenden Abhängigkeit der Republik von den IFI (BTI 2003: 14).

Als besonders nachteilig für die wirtschaftliche Entwicklung erweist sich der anhaltende

Transnistrienkonflikt. Gewinnerzielende Produktionsstätten wie beispielsweise das einzige Kraftwerk oder das einzige moderne Stahlwerk sind der moldauischen Kontrolle entzogen, weil sie auf transnistrischem Gebiet liegen. Zudem führen die für die Energieversorgung zentralen Gaspipelines durch Transnistrien, was die Regierung in Chisinau verwundbar gegenüber dem transnistrischen Regime macht. Ebenfalls konnte in dem Betrachtungszeitraum keine Kontrolle der moldauischen Außengrenzen durch moldau-ische Behörden erreicht werden, was zu fehlenden Zolleinnahmen und einer mangelnden Rechtssicherheit führt (EU Commission 2001: 7).

Ende 2000 zeigt sich die Republik Moldau als das ärmste Land in Europa mit einem Pro-Kopf-Einkommen in Höhe von 326 US-Dollar, was auch unter Berücksichtigung der Schattenwirtschaft dem Niveau eines Entwicklungslandes entspricht. Die extrem hohe Schattenwirtschaft von 50 bis 60 Prozent weist auf die schwachen staatlichen Strukturen hin (Gudim 1999: 133). Die wirtschaftliche Leistungskraft sank seit der Unabhängigkeit auf lediglich 60 Prozent (2000). Die doppelte wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland als Rohstofflieferant und als Absatzmarkt für landwirtschaftliche Produkte und die offenen Grenzen auf dem Gebiet Transnistriens, die den illegalen Warenverkehr praktisch anziehen muss, sind vor allem für die desolate Situation verantwortlich. Zudem hat der kontinuierliche Wahlkampf zwischen den Parteien und der parlamentarischen Fraktionen eine konsequente reformorientierte Wirtschaftspolitik behindert.

5.2.4.2 Europapolitische Ausrichtung der Parteien

In der dargestellten sozialen und ökonomischen Krise ist die in der Sowjetunion maßgeblich geschulte politische Führung Moldaus bei der Konsolidierung eines pluralistischen und demokratischen Systems überfordert. Es besteht mittlerweile zwar ein institutioneller demokratischer Rahmen, der freie und faire Wahlen zulässt, und das Recht auf freie Meinungsäußerung gewährleistet. Aber häufige Regierungswechsel, ein fluides Parteiensystem mit hochgradigen politischen Friktionen und dem Fehlen einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition, behindern die demokratische Konsolidierung. Zivilgesellschaftliche Strukturen sind ebenfalls noch nicht ausreichend ausgebaut. Abgesehen von den systemischen Mängeln hat sich allerdings ein parteiübergreifender Konsens herausgebildet, der auf dem Ziel zur EU-Integration beruht. In der Erklärung vom 11. Mai 2000 bekennen sich 20 der 29 Parteien zu den demokratischen Werten und Prinzipien der Europäischen Union und erklären den EU-Beitritt zum fundamentalen strategischen Ziel der moldauischen Gesellschaft. Allerdings schließt sich die Kommunistische Partei, die die stärkste Fraktion im Parlament stellt (40

der 101 Abgeordnete), der Erklärung nicht an, weil sie negative Auswirkungen auf die Beziehungen mit Russland befürchtet (Skvorotva 2001: 3).

Das Bekenntnis zur EU-Integration stellt einen qualitativen Wendepunkt in der Politik Moldaus dar, weil bis dahin von einzelnen Parteien einmal abgesehen die EU-Integration keine Mehrheit bei den Parteien fand. Die mit einem EU-Beitritt verbundenen politischen Absichten sind zwar heterogen, aber als Hauptmotiv kristallisiert sich eine größere Unabhängigkeit von Russland heraus, die beispielsweise auch durch eine stärkere Kooperation im Rahmen der GUUAM erreicht werden soll (vgl. Interviews mit Gheorghiu, Nantoi, Barbarosie 2003). Der EU-Beitritt dient dabei auch teilweise anderen parteipolitischen Interessen. Beispielsweise scheint die viertstärkste politische Kraft, die Partei der Demokratischen Kräfte (PDK), über einen EU-Beitritt die Wiedervereinigung mit Rumänien erreichen zu wollen (Skvorotova 2001: 4). Ebenso bestehen Überlegungen im christlichen und liberalen Lager, einen gleichzeitigen Beitritt zur EU und zu Rumänien zu erreichen.¹⁵ Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt allerdings eine Wiedervereinigung mit Rumänien ab.

Die Motive für eine EU-Mitgliedschaft sind vielfältig, allerdings stellt sich ein Gesichtspunkt der die Mitgliedschaft Moldaus begründet als zentral heraus. Die anhaltende Krise der moldauischen Gesellschaft wird immer mehr auch auf die Rolle Russlands in Moldau zurückgeführt, und deshalb drückt sich in der Bereitschaft zur EU-Mitgliedschaft auch der Wunsch zur stärkeren Emanzipation von Russland aus. Daneben ist der Aspekt der Teilhabe an der wirtschaftlichen Prosperität des EU-Binnenmarkts ein weiteres wesentliches Motiv für die Forderung nach einem EU-Beitritt (Gespräch mit Ex-Premierminister Sturza Januar 2004). Fraglich bleibt allerdings, welche Kenntnisse die moldauischen Politiker über die EU besitzen, und ob ein tatsächliches Bewusstsein in der politischen Führung darüber herrscht, welche weitreichenden Konsequenzen insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung des Acquis eine Mitgliedschaft nach sich zieht. Es ist anzunehmen, dass die EU für den größten Teil der sie befürwortenden Politiker einen unbekannten Raum an Wohlfahrt und Sicherheit darstellt (vgl. Gespräche mit Leanca, Zickerick, Gheorghiu, Barbarosie 2003). Darüber hinaus besteht bei vielen Moldauern eine tiefe Überzeugung aufgrund der Geschichte und der gemeinsamen Kultur tief in Europa verwurzelt zu sein, und deshalb zur EU zu gehören. Die führenden Oppositionspolitiker in Moldau sehen in der Tatsache, dass die Republik Moldau nicht als potentieller Beitrittskandidat anerkannt wird, einen Hinweis auf einen Ausschluss aus Europa (Gespräche mit Sturza, Leanca, Braghis, Serebrian und Nantoi 2003).

Die politische Programmatik eines EU-Beitritts findet in der Bevölkerung nicht den selben Nachklang wie in der Parteienlandschaft. Zwar befürwortet die Mehrheit der Bevölkerung

einen EU-Beitritt mit 38 Prozent, was einen neuen außenpolitischen Kurs rechtfertigen könnte. Aber 32 Prozent der befragten Bevölkerung begrüßen eine gleichzeitige Integration sowohl in die GUS als auch in die EU, was technisch nicht zu bewerkstelligen ist. 20 Prozent hingegen sind für eine engere Kooperation innerhalb der GUS (vgl. Tabelle).

Umfrage zur außenpolitischen Haltung der Bevölkerung Moldaus, 2000

Opinion Poll: there is a lot of talk about the need of integration for the Republic of Moldova. Integration into the European Union, integration into the CIS. In your opinion, what should be the orientation of our country?	
Integration into the European Union	38%
Integration both into the CIS and into the European Union	32%
Integration into the CIS	20%
Hard to say/ No answer	10%

Quelle: UNDP 2000: 101. *Barometrul de Opinie Publica* – 2000, IMAS, Chisinau, 2000.

Die Umfrageergebnisse weisen darauf hin, dass der Richtungskonflikt zwischen den politischen Kräften in der Bevölkerung noch nicht klar entschieden ist, da insgesamt 32 Prozent eine gleichzeitige Integration in die EU und GUS sowie 20 Prozent einen Zusammenschluss nur mit der GUS befürworten. Der Wunsch nach einer gleichzeitigen Integration in vermeintlich gegensätzliche Bündnisse weist darauf hin, dass die moldauische Bevölkerung nicht über diese im Westen perzipierte Dichotomie informiert ist. Im allgemeinen lässt sich wahrscheinlich sagen, dass kein breites Informationsangebot an EU Themen und entsprechende Kenntnisse in Moldau vorhanden ist, was sich beispielsweise auch in der Art der folgenden Umfrage ablesen lässt. Die EU erscheint vielen Moldauern als eine Art Bündnis, indem sich Moldau einzelne Politikfeldern herausuchen können, in denen es mehr oder weniger kooperieren kann.

Umfrage: „If Moldova integrates into the European Union, what do you think are the areas in which it should integrate extensively?“¹⁵

Legislation	47%
Politics	43%
Economy	77%
Culture	37%
Education and Science	44%
Transport	9%
Tourism	7%
Hard to say / no answer	10%

Quelle: UNDP, 2000: 105; *Barometrul de Opinie Publica*, IMAS, Chisinau 2000.

¹⁵ "The National-Christian Party (...), and the National-Liberal Party of Mircea Rusu, champion the idea of drawing the eastern border on the Dniestr River and joining Romania" (ebd.: 4).

¹⁶ Sicherlich ist deshalb schon die Fragestellung der Umfrage irreführend, weil kein *pick and choose* in der EU möglich ist, sondern der Acquis von den EU-Mitgliedstaaten als ganzes übernommen wird.

Der umstrittene Präsident Lucinschi unterstützt die Parteien ausdrücklich bei der Erklärung zum EU-Beitritt und betrachtet die EU-Integration als das primäre außenpolitische Ziele. Lucinschi, der aufgrund seines Versprechens zur Lösung der Transnistrienfrage und eines schmerzfreien Übergangs zur Marktwirtschaft gewählt wurde (BTI 2003: 3), wird bei der folgenden Wahl jedoch durch den kommunistischen Kandidaten Wladimir Woronin abgelöst. Obwohl Lucinschis eigener Beitrag zur demokratischen Entwicklung gering einzuschätzen ist und die demokratische Konsolidierung sogar durch sein persönliches Machtstreben gefährdet wurde, stand er doch für eine gewisse Stabilität. Mit der Wahl des Kommunisten Woronins steht die Republik Moldau erneut an einem Scheideweg.

Die Pro-EU-Ausrichtung der Mehrzahl der politischen Parteien zum Ende der neunziger Jahre findet in einer politischen Kultur statt, in der die Oppositionsparteien den regierenden Politikern Amtsmissbrauch und Zweckentfremdung staatlicher Ressourcen für den parteipolitischen Wahlkampf vorwerfen (BTI 2003: 5). Die Instabilität des Parteiensystems drückt sich darin aus, dass keine politische Formation von 1994 unverändert an den Parlamentswahlen von 1998 teilnimmt und sich die Bündnisse und Parteienwechsel als unübersichtlich darstellen. Die früheren regierungsnahen Parteien - Demokratische Agrarpartei Moldaus (DAPM) und der Block Sozialistische Partei und Bewegung „Einheit“ (BSE) - gelangen nicht einmal mehr ins Parlament. Der Block der Bauern und Intellektuellen (BBI) von 1994 zieht in das Parlament von 1998 als Partei der Demokratischen Kräfte (PDK) ein. Die Christdemokraten finden sich 1998 in der Demokratischen Konvention Moldaus (DKM) mit Teilen der damaligen Demokratischen Agrarpartei Moldaus (DAPM) zusammen. Ein anderer Teil der DAPM schließt sich dem Block „für ein Demokratisches und Prosperierendes Moldau“ (BDPM) an.

Der linke Flügel der DAPM und ein Teil der BSE wechseln zur Partei der Kommunisten der Republik Moldau (PKRM) an. Die vier 1998 eingerichteten Fraktionen verlieren zudem bis Ende 1999 einzelne Parlamentarier und politische Gruppierungen: 1 (PKRM), 11 (DKM), 7 (BDPM), 2 (PDK), die sich wieder in informellen Gruppierungen zusammenfinden (Büscher 2004: 529).

Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1998

Partei/Wahlbündnis	Stimmenanteil (%)	Mandate (von 101)	Orientierung/ Wahlkampfprogramm
Partei der Kommunisten der Republik Moldau (PKRM)	30,1	40	Linke Anti-Reform-Partei, die Vertiefung der GUS-Strukturen befürwortet
Demokratische Konvention Moldaus (DKM)	19,4	26	Wahlblock bestehend aus: Partei für Wiederaufbau und Versöhnung (unabhängige Westorientierung) und Christdemokratische Volksfront (radikale pro-rumänische Partei)
Block „für ein Demokratisches und Prosperierendes Moldau“ (BDPM)	18,2	24	Wahlblock für ein unabhängiges westorientiertes Moldau
Partei der Demokratischen Kräfte (PDK)	8,8	11	Neuzusammenschluss aus dem ehemaligen Block der Bauern und Intellektuellen (BBI)
Übrige 11 Parteien/ Bündnisse und 60 Einzelkandidaten	23,6	Keine	

Quelle: Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an Skvorotova 2001.

Der politische Alltag wird dadurch erschwert, dass sich fraktionsübergreifende Kooperationsformen ad hoc bilden und in der Regel nur von kurzer Dauer sind. Im April 1998 schließen sich DKM, BDPM und PDK zur Allianz für Demokratie und Reformen (ADR) als Bündnis gegen die kommunistische Partei zusammen. Unter der Führung des Ex-Präsidenten Snegur setzt die Allianz die zweite Ciubuc Regierung 1998 ein. Wegen des Austritts der Christdemokraten aus der ADR, kann die Allianz das Reformkabinett von Ion Sturza im März 1999 nur mit knapper Mehrheit in die Regierungsverantwortung bringen. Dem Austritt von weiteren Abgeordneten aus der ADR fällt die Sturza-Regierung kurze Zeit später allerdings durch ein Misstrauensvotum zum Opfer (Büscher, 2004: 529). Das fluide Parteiensystem sowie die mangelnde Erfahrung der Abgeordneten kann in dieser Phase keine ausreichende politische Stabilität für einen konsistenten Transformationsprozess erzeugen. Die politische Krise spitzt sich im Jahr 1999 derartig zu, dass innerhalb eines Jahres drei Premierminister in drei unterschiedlichen Regierungskoalitionen politische Verantwortung übernehmen. Die Krise verschärft sich zudem durch das persönliche Machtstreben des Präsidenten Lucinschi, der durch die Ausweitung seiner Kompetenzen, eine auf ihn zugeschnittene Quasi-Diktatur zu schaffen versucht.

Regierungen Moldaus zwischen 1998 bis 2001

Premierminister	Amtszeit
Ion Ciubuc (parteilos)	Erste Amtszeit zwischen dem 24.1.1997-22.5.1998; Ende der zweiten 12.3.1999
Ion Sturza (parteilos)	Reformregierung vom 12.3.1999 - 21.12.1999
Bumitru Braghis (parteilos)	21.12.1999 - 20.4.2001

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

Gleichzeitig mit der ersten Runde der Lokalwahlen vom 23. Mai 1999 wird ein manipuliertes Referendum zur Einführung eines Präsidentsystems durchgeführt; die Wähler „entscheiden“ sich mehrheitlich für den von Lucinschi initiierten Vorschlag eines Präsidentsystems mit ausgeweiteten Kompetenzen des Präsidenten. Zu den Kompetenzen zählen insbesondere die Ernennung und Entlassung des Premierministers, der einzelnen Minister und weiterer Amtsträger ohne das Parlament bei der Abberufung zu beteiligen. Ebenso gehören hierzu die Verlängerung der Amtszeit um ein Jahr, die Verkleinerung des Parlaments von 101 auf 70 Abgeordnete und die Ausweitung der Befugnisse zur Auflösung des Parlaments und zur Beschneidung der legislativen Vollmachten der Exekutive (Büscher 2004: 522). Das Parlament wehrt sich allerdings gegen die Dominanz des Präsidenten und setzt gegen erhebliche Widerstände ein parlamentarisches System durch. Die hieraus entstandene Verfassungsnovelle erlaubt es nunmehr dem Parlament den Präsidenten abzuwählen. Am Widerstand und der Durchsetzungsfähigkeit des Parlaments lässt sich bereits die zunehmende Stärke des Parlamentarismus und die entsprechende demokratische Konsolidierung des Landes feststellen. Allerdings scheitern im Dezember 2000 insgesamt vier Versuche zur Absetzung des Präsidenten aufgrund von Verfahrensfehlern oder an der benötigten dreifünftel Mehrheit. Woraufhin der Präsident von seinem Recht zur Auflösung des Parlaments Gebrauch macht. Die hierdurch verlängerte Amtszeit endet mit der Wahl des kommunistischen Kandidaten Wladimir Woronin am 4. April 2001 zum neuen Präsidenten der Republik Moldau.

Erschwerend für den Aufbau einer lebendigen Bürgergesellschaft, des vor allem in der Hauptstadt aktiven dritten Sektors sind die wirtschaftlichen Alltagsnöte der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten. Von den etwa 800 (1998) registrierten NRO sind beispielsweise lediglich 10 bis 15 Prozent aktiv (Büscher 2004: 538). Gemessen am niedrigen Ausgangsniveau, ist bei den NRO allerdings ein bedeutendes Wachstum zu verzeichnen. Politische und zivilgesellschaftliche Bewegungen nehmen zu.

Obwohl formell keine Einschränkungen der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit be-

stehen (BTI 2003: 5), zeigen sich verschiedene bürokratische Hürden bei der Registrierung von NRO (Interviews mit Brega und Vladicescu Oktober 2003). Es herrscht eine weitreichende Medienfreiheit vor, obwohl beim Fernsehen und dem Radio der staatliche Einfluss klar sichtbar wird. Die Bürgerrechte werden durch die Verfassung (1994) zwar gewährleistet, aber Einzelfälle von brutalen Übergriffen der Polizei, die nicht geahndet werden, gehören zum Bild des moldauischen Staates. Der Aufbau des Rechtsstaates ist soweit fortgeschritten, dass Exekutive, Legislative und Judikative weitgehend voneinander getrennt sind. Die Unabhängigkeit der Judikative ist allerdings nicht umfassend gewährleistet und bei der durchgeführten Justizreform sind keine substantiellen Fortschritte erreicht worden, weil der entscheidende Reformwille hierzu nicht vorhanden zu sein scheint.¹⁷ Die Hauptherausforderungen der Rechtsstaatlichkeit liegen nach wie vor darin, dass Transnistrien weiterhin einen rechtsfreien Raum darstellt und sich die Korruptionsanfälligkeit aufgrund der schwierigen sozialen Lage unter öffentlichen Angestellten als besonders hoch erweist.¹⁸ Korruption ist ein besonders weit verbreitetes Phänomen unter den folgenden Berufsgruppen: Polizei, Staatsanwaltschaft, Ärzte, Professoren sowie der Zoll- und Steuerbeamten. In den Medien werden Fälle von Korruption zwar aufgegriffen, bleiben aber oftmals folgenlos. Zu den Entwicklungen innerhalb der Antikorruptionsmaßnahmen zählt das 1996 vom moldauischen Parlament verabschiedete „Gesetz zur Bekämpfung der Korruption und des Protektionismus“ und die Schaffung einer Abteilung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und Korruption im Innenministerium. Die Durchsetzung der Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung bleiben allerdings aufgrund der strukturellen Probleme unzureichend (BTI 2003).

5.2.4.3 Das Assoziierungsabkommen als Transformationsvehikel

Der Brief von Petru Luchinschi mit der Bitte um Aufnahme von Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen vom 13. Dezember 1996 an Kommissionspräsident Santer stellt die Einleitung eines befristeten außenpolitischen Paradigmenwechsels dar. Während der innere Reformprozess Moldaus schleppend verläuft und durch die autoritären Tendenzen Lucinschis zusätzlich belastet wird, gilt der Abschluss eines Assoziierungsabkommens als Teilschritt auf dem Weg zum EU-Beitritt.

¹⁷ „Hindernisse politischer, ökonomischer und institutioneller Natur haben das Aufkommen eines tatsächlich unabhängigen und professionellen Justizwesens blockiert. Das gegenwärtige Justizsystem Moldovas ist aus der graduellen Aufgabe ehemaliger Sowjet-Rechtspolitik und ihrer Institutionen hervorgegangen. Das Rechtswesen Moldovas untersteht dem Obersten Gerichtshof, einem Berufungsgericht, Bezirksgerichten und einfachen Gerichten. Die Oberste Magistratur ernannt und versetzt die Richter, leitet Untersuchungen sowie Disziplinarverfahren gegen diese ein und führt diese auch selbst durch“ (BTI 2003: 7).

¹⁸ Die öffentlichen Angestellten erhalten nur unzureichende Gehälter, die sie oftmals mit großen Rückständen ausgezahlt erhalten.

Die Motivation des Staatspräsidenten für die neue strategische Ausrichtung Moldaus hat insbesondere den folgenden Hintergrund:

Die engere Zusammenarbeit unter den EU-Mitgliedsländern und die Anbindung der MOEL an die EU rückt die Marginalisierung des Landes in den Blickpunkt. Angesichts der beispielhaften Transformationserfolge in der Nachbarschaft entstand eine Handlungsnotwendigkeit für Präsident Lucinschi, der er sich nur schwer ohne Verlust an Ansehen entziehen kann. Politische Legitimität erreicht der Präsident insbesondere über ein erfolgreiches Transformationsmanagement, bei dessen Ausbleiben seine politische Stellung zunehmend hinterfragt wird. Deshalb zielt der Präsident darauf ab, dem Land eine politische Perspektive über die langfristige und dauerhafte Anbindung an die EU und eine ökonomische Perspektive durch die Integration in den Wirtschaftsraum zu ermöglichen. Im Transformationsprozess zeigt sich, dass der russische Integrationsantipode durch die innere Verstrickung in die eigenen sozioökonomischen Wirren zunehmend an Anziehungskraft für Moldau verliert. Ein Wendepunkt im Hinblick auf die pro-russische Haltung des Präsidenten Lucinschi mag die offensichtliche Stagnation im Fortgang des Transnistrienkonflikts gewesen sein. Lucinschi ist bei den Präsidentschaftswahlen mit dem Versprechen zur Lösung des Transnistrienkonflikts angetreten und es zeigt sich, dass er sich diesem Wahlziel aufgrund der obstruktiven Haltung Russlands nicht sichtbar annähern kann.

Ein zunehmender Pfadwechsel wird in der moldauischen Außenpolitik sichtbar. Die für die frühe Phase geltende pfadabhängige Orientierung an dem russischen Vorbild und die ersten Schritte als neutraler Staat gehen langsam in eine Westorientierung über. In der eingeleiteten Pro-EU-Ausrichtung soll in der Darstellung der Regierung und in der Eigenwahrnehmung bei Teilen der Gesellschaft die Republik Moldau als eine Art Brücke zwischen den Interessen des Ostens und des Westens vermitteln (UNDP 2000). Mit diesem Angebot einer Vermittlerrolle soll die schwache Verhandlungsposition aufgrund der geo-strategischen und wirtschaftlichen Bedeutungslosigkeit Moldaus nach Ansicht einzelner moldauischer Wissenschaftler ausgeglichen werden (Prohntitchi 2002). Demgegenüber sollte allerdings festgehalten werden, dass die Wertigkeit eines Angebots von der Bedeutung für den jeweils Dritten abhängt. Die EU nimmt die von Moldauern perzipierte Brückenfunktion allerdings nicht in Anspruch, was zu einem Bedeutungsverlust des Angebots führt. Die EU ist nicht auf die Vermittlerrolle Moldaus angewiesen, weil direkte Drähte nach Moskau etabliert sind und ein Kommunikationsweg über Chisinau die Gespräche umleiten würde. Moldau ist aufgrund seiner geo-politischen Lage, institutionellen Fragilität, seiner angespannten Beziehungen in die Nachbarschaft und der ei-

genen Reformunfähigkeit, nicht in der Situation eine Vermittlerrolle sinnvoll auszuführen. Dies stellt eine Überbewertung der eigenen strategischen Bedeutung dar, die im Sinne einer besseren bilateralen Kooperation überdacht werden sollte.

In dieser Phase der Beziehungen kommt es zu einer Reihe von Fehleinschätzungen auf moldauischer Seite oder in abgeschwächter Form zu Missverständnissen zwischen der EU und Moldau. Beispielsweise werden zwar grundsätzlich die Assoziierungsbemühungen Moldaus von der EU begrüßt, aber damit wird natürlich nicht die Qualität des internen Reformprozesses aus den Augen verloren, sondern dieser steht dann verstärkt auf dem Prüfstand. Das heißt, wenn der Präsident Lucinschi einerseits den EU-Beitritt fordert und sich andererseits auf undemokratische Weise zum „allmächtigen“ Präsidenten erheben möchte, dann klafft an dieser Stelle eine erhebliche Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die Inkompatibilität zwischen undemokratischem Verhalten, mangelndem Reformwillen und der Forderung nach EU-Integration führt in dieser Ausgangslage zu dem Hinweis der EU-Kommission zunächst das PKA vollständig umzusetzen, bevor engere Beziehungen erfolgen können.

Ein anderes Missverständnis der moldauischen Regierung liegt in ihrer politischen Einschätzung des PKA, das seit seiner Inkraftsetzung als ein wichtiger und wesentlicher Schritt auf dem Weg in die EU betrachtet wird (Gespräche im moldauischen Außenministerium 2003). Diese politisch motivierte Einordnung des PKA blendet die Realität der EU vollkommen aus. Die EU ist zu diesem Zeitpunkt nicht bereit, Moldau als potentiellen Beitrittskandidaten anzuerkennen.

Zudem scheint die Entscheidung des Europäischen Rats von Helsinki vom 10. bis 11. Dezember 1999, an dem die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit weiteren sechs Ländern (Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und die Slowakei) beschlossen wird, die politische Führung Moldaus zu irritieren. Diese scheinbare Nichtberücksichtigung Moldaus auf dem Gipfeltreffen von Helsinki wird von der moldauischen Regierung schockiert zur Kenntnis genommen. Der Leiter der Abteilung EU-Integration im moldauischen Außenministerium Oleg Ungureanu kommentiert die „Umgehung Moldaus“ mit den Worten:

“We hope that the omission of the Republic of Moldova from the group of states invited to join the EU was not due to the fact that Helsinki Summit coincided with our government crisis. We expect to be taken into account. We believe that Brussels and the EU-members cannot postpone the answer we are waiting for any longer” (Skvortova 2001: 2).

Der moldauische Außenminister Nicolae Tabacaru bezeichnet die Entscheidung des Gipfeltreffens von Helsinki ebenfalls als Bräskierung Moldaus (Skvortova 2001: 2). Aufgrund der Ängste vor einem Ausschluss aus Europa versucht die moldauische Regierung die EU unter Druck zu setzen. In dieser panischen Reaktion Moldaus paaren sich

die offensichtlich fehlenden Kenntnisse zum Beitrittsverfahren mit der Fehleinschätzung der eigenen Verhandlungsstärke. Die nachteiligen Folgen dieser interpretierten Ablehnung von Helsinki liegen für den Reformverlauf darin, dass die angebliche Entscheidung Moldau nicht in den Kreis der Beitrittskandidaten aufzunehmen, von den linken politischen Kräften innenpolitisch genutzt wird, um eine Abkehr von der EU zu fordern. Der von moldauischer Seite wahrgenommene Ausschluss aus dem Kreis von EU-Anwärtern führt in der Folge tatsächlich zu einer stärkeren Annäherung an Russland und an die GUS, was ab dem Jahre 2000 zu beobachten ist (ebd.).

Dabei war das Vorgehen der EU voraussehbar und hätte gar nicht überraschen müssen, weil die Annäherungsbemühungen an die EU erst ab März 1998 konsequenter betrieben wurden. Noch die Regierungskoalition unter Premierminister Ciubuc (Januar 1997 bis März 1998), die sich zwar dem Ziel des Abschlusses eines Assoziierungsabkommens des Präsidenten Lucinschi verschreibt, betreibt keinen ernsthaften Versuch zur Annäherung an die EU. Erst mit der Ciubuc-II-Regierung (März 1998 bis März 1999) beginnt die Konzeptionalisierung eines Pro-EU-Kurses, die aus einer Reihe von Elementen besteht. Hierzu zählt die Entwicklung einer nationalen Strategie zur EU-Integration, der Aufbau eines Steuerungsgremiums und entsprechender Verwaltungsstrukturen sowie die Intensivierung diplomatischer Anstrengungen zur Aufnahme von Assoziierungsverhandlungen. Die nachfolgende reformorientierte Regierung unter Sturza (März 1999 bis Dezember 1999) führt die Konzeption weiter und intensiviert die Bemühungen zur engeren Einbindung an die EU. Dabei steht die Vollmitgliedschaft im Stabilitätspakt im Mittelpunkt seines Regierungshandelns, was als strategischer Teilschritt zum Abschluss eines SAA auf dem Weg zur EU bewertet wird (Gespräch Sturza Januar 2004).

Die Bewertung der internen Vorbereitungen auf einen EU-Beitritt fällt ambivalent aus. Die politischen Ziele, wie die Entwicklung einer Integrationsstrategie und das Einsetzen eines Steuerungsgremiums im EU-Annäherungsprozess (Ciubuc-II-Regierung) sowie der Abschluss eines Freihandelsabkommens und die Einrichtung eines „menschenfreundlichen“ Visa-Regimes (ebd.) sind nicht erreicht worden. Trotz des Verfehlens dieser Ankündigungen lassen sich doch auch einzelne Fortschritte ablesen. Insbesondere zählt hierzu, dass das moldauische Außenministerium eine für allgemeine EU-Koordinierungsaufgaben zuständige Abteilung ins Leben gerufen hat. Damit findet die offizielle EU-Beitrittsrhetorik einen ersten Eingang in den institutionellen Aufbau der Ministerialverwaltung.

Zudem werden seit Inkrafttreten des PKA die hierdurch eingesetzten Foren von der moldauischen Seite sinnvoll genutzt, um für die eigenen Interessen zu werben. Beispiels-

weise unterstützte die intensive Lobbyarbeit des bilateralen parlamentarischen Kooperationsausschusses die spätere Aufnahme Moldaus in den Stabilitätspakt für Südosteuropa. Ein weiteres Beispiel für die Unterstützung des parlamentarischen Kooperationsausschusses zur EU-Integration stellt das Schreiben der beiden Vorsitzenden des parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Moldau Jan Marinus Wiersma (EU-Parlament) und Vasile Nedelciuc (Moldauisches Parlament) vom 14. Oktober 1999 an den Kommissionspräsidenten Prodi dar. In dem Schreiben bittet der parlamentarische Kooperationsausschuss den Kommissionspräsidenten darum, Moldau bei zukünftigen Erweiterungen zu berücksichtigen:

“Bearing in mind the clear democratic nature of this country and its efforts to establish a functioning market(ing) economy, considering also its specific and distinctive position in the region and its clearly stated ambition of integration with the EU we would ask you to more specifically consider including this country as an integral part of your European strategy for future enlargements” (EU-Moldova Parliamentary Committee 1999).

Der EU-Moldau Kooperationsausschuss erzielt trotz intensiver Lobbyarbeit weder im Europäischen Parlament noch in der EU-Kommission oder in den EU-Mitgliedstaaten die notwendige politische Unterstützung, Moldau bei zukünftigen Erweiterungen einzubeziehen. Es sind somit keine offiziellen Erklärungen oder Stellungnahmen seitens der EU-Institutionen oder der EU-Mitgliedstaaten abgegeben worden, die sie als Normentrepreneure im Hinblick auf einen Pfadwechsel der EU-Moldaupolitik hätten herbeiführen können. Mit dem Regierungswechsel zu der von Premierminister Braghis geführten Regierungskoalition (Dezember 1999 bis April 2001) zeigt sich allerdings die Reformmüdigkeit der Bevölkerung. Die Braghis-Koalition fällt zurück in die außenpolitische Ausrichtung des Ausgleichs zwischen Ost und West, bei der eine gleichzeitige Einbettung in EU- und GUS-Strukturen angestrebt wird. Die politischen Signale und Anreize aus der EU erweisen sich in der Unterstützung eines nachhaltigen Reformprozesses und konsistenten Pro-EU-Kurses als unzureichend.

Festzuhalten bleibt allerdings, dass die anhaltende Ausblendung einer EU-Beitrittsperspektive auch unter der von Premierminister Braghis geführten Koalition nicht zu einer enttäuschten Abkehr von der EU führt. Das Festhalten am Ziel der Mitgliedschaft unterschiedlicher Regierungskoalitionen weist auf die Verstetigung der Zielorientierung bei der Bevölkerung und der politischen Führung des Landes (d.h. Parteien, Regierung und Präsident) hin (Gespräch mit Braghis November 2003).

5.2.5 Vertiefung und Erweiterung

In der Betrachtungsphase von 1996 bis 2000 wird die Erweiterung der EU als historische Aufgabe aufgefasst, die in der Zusammenführung Europas liegt. Dennoch besteht unter-

halb dieser Erweiterungseuphorie ein innerer Zweifel gegenüber dem Großereignis (Dauderstädt 2000: 1), das die Anzahl der EU-Mitgliedsländer verdoppeln wird und die Bevölkerung der EU auf knapp eine halbe Milliarde Menschen anwachsen lässt. Mit diesem überproportionalen Zuwachs wird eine Zunahme an Heterogenität befürchtet, die auch auf die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen Kandidaten und Mitgliedsländer zurückzuführen sind (Kreile 1997: 203). Die EU steht somit vor einer doppelten Reifeprüfung, die einerseits darin liegt, dass die Kandidatenländer ihre Anpassungsfähigkeit an den Acquis unter Beweis stellen müssen und andererseits muss die EU in institutioneller und verfahrenstechnischer Hinsicht erweiterungsfest gemacht werden (Lippert 2000: 17). Der Zielkonflikt zwischen Erweiterung und Vertiefung scheint darüber hinaus auch in dieser Phase nicht entgültig gelöst zu werden.

Die Vertiefungs- und Erweiterungsdebatte wird im Laufe der beidseitigen Vorbereitung neu belebt und erhält durch das grüne Licht für die Einleitung des Erweiterungsprozesses durch den Europäischen Rat von Amsterdam (1997), der vier Jahre nach dem Erweiterungsgipfel von Kopenhagen stattfindet, eine neue Dynamik (Europäischer Rat 1997: 9). Der Europäische Rat von Luxemburg beschließt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen für März 1998 mit fünf MOEL (Ungarn, Polen, Estland, Tschechische Republik und Slowenien) sowie mit Zypern. In einer zweiten Gruppe werden die übrigen fünf MOEL (Rumänien, Slowakei, Lettland, Litauen und Bulgarien) für den EU-Beitritt vorbereitet. Mit dieser Differenzierung entscheidet sich die EU für das sogenannte Phasenmodell, das die Kandidaten in zwei Gruppen – in Vorreiter und Nachzügler – einteilt. Diese Konzeptionalisierung entspricht der vorherrschenden Meinung unter den EU-Mitgliedstaaten, dass die neuen Mitglieder nicht alle gleichzeitig, sondern in kleineren Gruppen aufgenommen werden sollen, um die Erweiterung und Konsolidierung zeitlich versetzt, besser verarbeiten zu können.

Der Vertrag von Amsterdam (Inkraftsetzung 1. Mai 1999) reicht allerdings nicht aus, um die notwendigen institutionellen Voraussetzungen für eine Erweiterung bei gleichzeitiger Vertiefung zu gewährleisten. Im neuen Vertrag wird hinsichtlich der Erweiterung lediglich festgelegt, dass die Anzahl von 700 Mitgliedern des Europäischen Parlaments nicht überschritten werden darf. In einem Zusatzprotokoll wird zudem festgehalten, dass nach dem Inkrafttreten der ersten Erweiterung die großen Mitgliedstaaten keinen zweiten EU-Kommissar entsenden dürfen und eine weitere Regierungskonferenz einberufen werden sollte, sobald die Mitgliederzahl 20 überschreitet. Damit verfehlt der Amsterdam Vertrag die zentrale Voraussetzung der Erweiterung, nämlich hierfür ausreichende institutionelle Reformen zu schaffen (Maurer 2000: 31-59).

Den unzureichenden EU-internen Vorbereitungen stehen weitere Nachfragen nach einer EU-Mitgliedschaft aus SOE gegenüber (vgl. Galgau 1999).¹⁹ Der von der EU-Kommission am 26. Mai 1999 verabschiedete Bericht über die Beziehungen zu SOE schlägt den Abschluss von SAA mit einer mittelfristigen Beitrittsperspektive vor, der vom Rat am 31. Mai 1999 angenommen wird. Die Notwendigkeit zur Stabilisierung der süd-osteuropäischen Region, ist zudem der Hauptgrund für den Beschluss auf dem G8 Gipfel in Köln den Stabilitätspakt für Südosteuropa ins Leben zu rufen (10. Juni 1999) (Hombach 2000: 36). Unter dem Einruck des Kosovo-Krieges beschließt der Europäische Rat von Helsinki (10. bis 11. Dezember 1999) darüber hinaus die Aufnahme von Verhandlungen mit der zweiten zurückliegenden Gruppe von Bewerberländern (Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und Slowakei). Die Verhandlungen mit dieser sogenannten Helsinki-Gruppe werden am 15. Februar 2000 eröffnet. Zusätzlich wird der Türkei auf dem Gipfeltreffen in Helsinki der Kandidatenstatus zuerkannt. Allerdings werden die Verhandlungen mit der Türkei vorerst wieder auf Eis gelegt, weil die Kopenhagener Kriterien nicht ausreichend erfüllt wurden.

Am Ende der neunziger Jahre wird das enorme Anziehungspotential der EU gegenüber ihrem Nachbarschaftsraum sichtbar, bei dem die EU zu einer Gemeinschaft von bis zu 40 Mitgliedsländern werden könnte (Grabbe/Hughes 1998: 2). Unter dem Eindruck des Kosovo-Konflikts zeichnet sich ein Paradigmenwechsel in der Erweiterungspolitik der EU-Kommission ab, der darauf abzielt, die EU-Erweiterungspolitik zu einem Instrument der Friedenssicherung in Europa zu entwickeln (Lippert, 2000: 18). Diese Haltung steht allerdings in einem fundamentalen Gegensatz zu der Sichtweise der Kommission unter Präsident Delors, die sich vorrangig für die Vertiefung der EU einsetzte. Kurz vor den epochalen Ereignissen im Januar 1989 zeichnet Delors die EG als ein Haus,

„dessen einzige Architekten wir wären und dessen Schlüssel wir sorgfältig aufbewahren würden, wobei wir allerdings von Zeit zu Zeit unsere Türen für einen Austausch mit unseren Nachbarn öffnen würden“ (Delors 1989).

Der Zielkonflikt zwischen Vertiefung und Erweiterung stellt sich Ende der neunziger Jahre allerdings in abgeschwächter Weise dar, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass im Maastrichter Vertrag der Vorrang der Vertiefung vor der Erweiterung festgehalten wurde (Avery/Cameron 1998). Darüber hinaus wird in dem Vertrag eindeutig festgelegt, dass ein EU-Beitritt zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes

¹⁹ Mit dem Friedensschluss von Dayton im November 1995 wird der Anfang der neunziger Jahre eingeleitete und durch den Krieg unterbrochene Assoziierungsprozess mit den Staaten in Südosteuropa wiederaufgenommen. Mazedonien unterzeichnet am 10.6.1996 als erstes Land im westlichen Balkan ein Kooperationsabkommen, das im Januar 1998 in Kraft tritt. Der Rat bestätigt die Bedeutung des „regionalen Ansatzes“ am 26.2.1997 und sagt verstärkte Unterstützungsleistungen für die Region zu.

verpflichtet und durch die Fortentwicklung des Acquis die Hürden für die EU-Beitrittskandidaten höher gelegt wurden.

Zudem hat die EU einzelne weitere große Vertiefungsetappen erlebt, die die EU-Mitgliedstaaten enger aneinander bindet, wie beispielsweise die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts oder auch die Entscheidung für eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft (ESVP). Das nach dem Stand von Amsterdam unzureichend reformierte institutionelle Gefüge der Union droht allerdings bei einer Erweiterung auf 27 Mitgliedern an Funktionsfähigkeit einzubüßen. Das Risiko der Überdehnung sollte mit dem Vertrag von Nizza (11. Dezember 2000) gebannt werden, indem die Anwendungsbereiche von Mehrheitsentscheidungen im Rat ausweitet und die Stellung der großen Mitgliedstaaten durch eine Neugewichtung der Stimmen gestärkt wurde. Allerdings bleiben die Ergebnisse dieses Gipfels hinter den Erwartungen zurück und die bestehenden Zweifel an der Erweiterungsfähigkeit der EU können nicht ausgeräumt werden. Die asymmetrische Vorbereitung auf die EU-Erweiterung, bei der sich die Beitrittskandidaten besser als die EU auf den Beitritt einstellen, führt zu einer Intensivierung der Debatte über die Frage, wie viele Mitgliedstaaten kann die EU langfristig verkraften, ohne ihre Handlungsfähigkeit aufzugeben. Zudem erfordert der Erweiterungsprozess eine Neudefinition der Rolle der EU in der Weltpolitik und die Beantwortung der Frage, wie die künftige Außen- und Sicherheitspolitik der EU gestaltet werden soll (vgl. Solana 2003).

Die EU konnte somit, „trotz einer bis dato faktischen Prioritätensetzung für die Vertiefung die Spannung zwischen Erweiterung und Vertiefung nicht lösen“ (Lippert 2000: 19). Dabei treten auch vermehrt Befürchtungen auf, dass beträchtliche Kosten für die wirtschaftlich schwachen Sektoren, Branchen und Regionen innerhalb der EU entstehen könnten. Besonders scheint hiervon das Baugewerbe in grenznahen Regionen betroffen zu sein. Zudem werden Ängste vor dem Verlust von Arbeitsplätzen durch die „günstigere Konkurrenz aus dem Osten“ artikuliert. Die Verschärfung der Wettbewerbssituation in der erweiterten EU spiegelt sich beispielsweise bereits im Detailprotektionismus der Verhandlungen um die Europa-Abkommen wider. Die Bereiche wie Landwirtschaft, Stahl oder Textil, in denen die MOEL wettbewerbsfähig sind, wurden von der EU am längsten geschützt“ (Dauderstädt 2000: 290). Diese Ängste lassen sich an der zunehmend ablehnenden Haltung der EU-Bevölkerung ablesen und die beiden Themen der Erweiterungsfähigkeit und Beitrittsreife werden zunehmend unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten diskutiert, die auf eine schwierige Fortsetzung der EU-Beitrittsverhandlungen hinweisen (Lippert 2000: 20).

Obwohl die Beitrittsverhandlungen mit den MOEL eröffnet wurden und die EU sich damit erweiterungsbereit zeigt, besteht kein Konsens über die Finalität des politischen Systems der EU. Die Diskussionen zur Erweiterung werden im Lichte der Herausforderungen der EU, ihrer Grenzen und funktionalen sowie territorialen Reichweite zunehmend geführt (Maurer 2000, Wessels 2000). Hierbei spielen beispielsweise Fragen der Kompetenzverteilung zwischen der europäischen, nationalen und regionalen Ebene ebenso eine Rolle wie Überlegungen zu möglichen Flexibilitätsarrangements der EU. Die jedoch von den Beitrittskandidaten auf Ablehnung stoßen, da sie eine Zwei-Klassen-Union mit abgestuften Rechten und Pflichten befürchten (Lippert 2000: 26).

Damit bleibt die Erweiterungspolitik auf Kurs, doch Erosionserscheinungen der politischen Unterstützung für das Jahrhundertprojekt der Rückführung der MOEL nach Europa werden stärker sichtbar.

5.3 Die bilateralen Beziehungen in der dritten Phase (2001 bis 2004)

Die dritte Phase der EU-Moldau-Beziehungen ist durch die absehbare Erweiterung der EU geprägt, womit die EU näher an Moldau heranrückt. Hieraus entwickelt sich für die EU die Notwendigkeit, die Beziehungen zu Moldau einerseits zu intensivieren, sich aber andererseits von Moldau zu distanzieren. Die Einbeziehung Moldaus in den Stabilitätspakt für Südosteuropa und auch die angekündigten Maßnahmen im Rahmen der Nachbarschaftspolitik sollen engere Beziehungen erzielen. Das in der Nachbarschaftspolitik mitschwingende Signal der Schaffung einer Alternative zur Erweiterungspolitik soll Moldau jedoch auf Distanz halten. Der auch unter kommunistischer Regierung (ab Februar 2001) proklamierte EU-Beitritt Moldaus wird von der EU zur Kenntnis genommen. Eine perspektivische Mitgliedschaft Moldaus wird allerdings weder abgelehnt noch unterstützt, um weder falsche Hoffnungen zu erwecken noch moldauische Hoffnungen zu zerstören. Durch die absehbare Erweiterung auf eine EU-25 und das damit verbundene Heranrücken der EU an Moldau verändert sich die Interessenlage gegenüber Moldau. Es zeigt sich eine erhöhte Bereitschaft, sich für Moldau zu engagieren, was sich in der Einbeziehung Moldaus in den Stabilitätspakt und der Konzeptionalisierung der Nachbarschaftspolitik abzeichnet. Das stärkere Engagement ist auf die durch geographische Nähe induzierte größere Abhängigkeit der EU von dem „neuen“ Nachbarschaftsraum zurückzuführen, was die erste These bestätigt. Dabei lassen sich unterschiedliche Interessen an Moldau identifizieren, die im folgenden Unterkapitel unter Betrachtung eines rationalistischen Ansatzes analysiert werden. Während die EU-Mitgliedsländer sich für eine Ausweitung lediglich des Kooperationsangebots einsetzen, verfolgen die MOEL das Ziel einer Mitgliedschaft Moldaus (Unterkapitel 5.3.1).

Aus konstruktivistischer Sicht wird die Beitrittsperspektive für Moldau nicht angeboten, weil sich eine Verschlechterung des Reformprozesses feststellen lässt. Durch die Abgrenzung zu dem undemokratischen Raum erfährt die Wertegemeinschaft der EU eine identitätsbildende Selbstbestätigung. Zudem kann der (temporär)-exklusive Ansatz damit erklärt werden, dass die Wertegemeinschaft sich vor neuen Mitgliedschaftsbegehren schützt, bis eine ausreichende institutionelle Basis und funktionierende Verfahren als Grundlage zur Ausübung einer EU-weiten liberal-demokratischen Ordnung gefunden wird. Interessanterweise setzen sich die MOEL trotzdem unter anderem aus Solidarität für eine Mitgliedschaftsperspektive für Moldau ein.

Es stellt sich aus der unterschiedlichen Einschätzung der MOEL und der EU-

Mitgliedstaaten über die Fortführung des gemeinsamen EU-Projektes als offene oder geschlossene Gemeinschaft die grundlegende Frage, ob nicht stärker machtpolitische Überlegungen als ideelle Werte bei der Definition der Leistungsfähigkeit und der institutionellen Funktionsfähigkeit der EU eine Rolle spielen (Unterkapitel 5.3.2).

Die Förderung des Europäisierungsprozesses in Moldau bleibt verglichen mit den Unterstützungsleistungen in MOE und SOE weit zurück, dennoch erfährt Moldau durch die Einbeziehung in den Stabilitätspakt neue Impulse für den Modernisierungsprozess. Allerdings zeigt sich, dass sich Moldau im Stabilitätspakt vor allem für strategische Fragen im Hinblick auf die Erlangung einer Mitgliedschaftsperspektive einsetzt, anstelle das Kooperationspotential des Pakts voll auszuschöpfen. Mit der Nachbarschaftspolitik scheint der Zielkonflikt zugunsten eines Festhaltens am Nachbarschaftsstatus überwunden zu sein. Unter Rückbezug auf die am Anfang formulierten zweiten These sollte angesichts dem verglichen geringen Engagement von Seiten der EU deshalb aber auch keine Verwunderung über den moldauischen Transformationsprozess, der schleppender verläuft als in anderen Regionen, ausgelöst werden (Unterkapitel 5.3.3).

Im Großen und Ganzen zeigt sich, dass sich die wirtschaftlichen und politischen Anpassungsleistungen in Moldau verschlechtert haben, was insbesondere auf die Wahl der unreformierten kommunistischen Partei in die Regierungsverantwortung zurückzuführen ist (vgl. These 3). Trotzdem beginnt mit der kommunistischen Regierungsverantwortung eine gewisse Stabilität des politischen Systems, die sich nach dem häufigen Wechsel in der Regierungsverantwortung positiv auswirkt. Obwohl die kommunistische Regierung mit einer pro-russischen Agenda in den Wahlkampf ging, deutet sich in der ersten Amtszeit Woronins bereits ein außenpolitischer Positionswechsel an, der zusammen mit anderen europapolitischen Weichenstellungen erklärt wird (Unterkapitel 5.3.4).

Am Vorabend der Erweiterung auf eine EU-25 zeichnet sich das Bild einer EU, die entscheidende Vertiefungsschritte nicht vollzogen hat, aber auf der anderen Seite mit weiteren Mitgliedschaftsbegehren konfrontiert wird. Als Reaktion zeigt sich immer mehr die Schaffung einer Alternative zur EU-Mitgliedschaft. Die Implikationen für Moldau sind die, dass die Bereitschaft für Neumitgliedschaften sinkt und sich die Diskussionen im anhaltenden Erweiterungsprozess um eine stärkere innere Konsolidierung drehen. Dieser eingeleitete Paradigmenwechsel der EU-Erweiterungspolitik sowie seine Folgen ist in These 3 für das Fallbeispiel Moldau formuliert (Unterkapitel 5.3.5).

5.3.1 Interessen der alten und neuen EU-Mitgliedstaaten aus rationalistischer Sicht

Zwei gegensätzliche Entwicklungen lassen sich in dieser Phase beobachten. Einerseits stabilisiert die EU die SOEL durch die Ausdehnung des in post-autoritären Ländern erfolgreich getesteten Transformationsinstruments, der Beitrittsperspektive. Kurze Zeit

folgreich getesteten Transformationsinstruments, der Beitrittsperspektive. Kurze Zeit später wird allerdings die Arbeit an der Konzeptionalisierung an einer Alternative zur Friedens- und Stabilisierungspolitik durch EU-Mitgliedschaft aufgenommen, um das politische System der EU nicht zu überdehnen. Abgesehen von diesem Dilemma intensivieren sich die bilateralen Beziehungen zu Moldau.

In der bisherigen Analyse über den Zeitraum von 1990 bis 2000 wurde festgestellt, dass sich keine dezidierten wirtschaftlichen, politischen oder sicherheitsorientierten Interessen von EU-Mitgliedstaaten an einer engeren Kooperation mit Moldau identifizieren lassen. Im Vorfeld der Erweiterung ändert sich die Interessenkonstellation der EU-Mitgliedstaaten zwar nicht grundsätzlich, aber es zeigt sich eine erhöhte Bereitschaft, eine engagiertere Politik in der östlichen Nachbarschaft zu betreiben. Diese höhere Bereitschaft lässt sich mit einem rationalistischen Handlungsrahmen erklären: Die EU-Mitgliedstaaten sehen sich durch die zunehmende Nähe zum fragilen östlichen Nachbarschaftsraum stärker bedroht und versuchen sich vor Sicherheitsrisiken zu schützen (vgl. ECIT 2001).²⁰

Daneben beweisen die MOEL ihre Bereitschaft sich bei der Konzeptionalisierung der Nachbarschaftspolitik zu engagieren. Insbesondere Polen als wichtigstes und größtes Land in MOEL beteiligt sich besonders intensiv an der Politikformulierung gegenüber den neuen – alten – östlichen Nachbarn (Interview mit Herma Mai 2003, Gespräch mit Koleccka Januar 2004, Neukirch/Zickerick 2004). In dem Vorschlag des polnischen Außenministeriums vom Januar 2003 heißt es:

“As far as Moldova is concerned, the focus should be on assistance in solving the conflict in Transdnestria, ensuring internal stability as well as in establishing conditions for economic growth and the fight against poverty. The EU should encourage drafting and later implementation of the strategy of integration with the Union, (...). In the long-term perspective, the countries, if they wish so and if they are capable of meeting membership criteria, should have an option of accession to the European Union (...). The perspective of joining the EU, however distant, would constitute for them a strong incentive to undertake efforts in furthering democratic and economic reform” (Non-paper 2003: 88-89).

Litauen und Polen nehmen für sich sogar in Anspruch, dass sie es waren, die die Themen Weißrussland, Ukraine, Kaliningrad und Moldau bereits lange vor ihrem EU-Beitritt auf die EU-Agenda gesetzt haben (vgl. Paulauskas 2006: 26).

Die Republik Moldau erhält zudem mit dem zukünftigen Mitglied Rumänien nicht nur einen Beitritts-Advokaten, der dies trotz des angespannten Verhältnisses zwischen Bukarest und Chisinau artikuliert, sondern auch einen Partner, der versucht die Republik Moldau durch die Einbeziehung in andere regionale Foren zu fördern (vgl. Boden 2004).

²⁰ Insbesondere hinsichtlich Moldau spricht sich der deutsche Botschafter Michael Zickerick für ein stärkeres Engagement aus: „Wir Europäer haben Moldau zu lange ignoriert und müssen mehr tun, um das Land voran zu bringen“ (Zickerick 2003).

Ein erfolgreiches Beispiel für diese Lobbytätigkeit zeigt sich auf dem Gipfel des südost europäischen Kooperationsprozesses (SEECp) in Belgrad im April 2003, an dem die Teilnehmer ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Einbeziehung Moldaus in diesen Prozess erklären²¹.

Die Bereitschaft der MOEL sich auch vor dem Risiko einer erhöhten Konkurrenz um die EU-Fördertöpfe für weitere Mitgliedschaften einzusetzen, lässt sich aus rationalistischer Sicht unter anderem auf strategisches Kalkül zurückführen. Dieses scheinbare Paradoxon lässt sich in Anlehnung an ein Beispiel aus dem bisherigen Erweiterungsprozess erklären. Obwohl einzelne deutsche Bundesländer und Regionen Einbußen im Hinblick auf eine niedrigere Zahlung aus der EU-Regionalpolitik befürchten mussten, setzte sich die deutsche Bundesregierung vehement für den Beitritt Polens - dem größten zukünftigen Empfängerland ein -, weil die Nachteile aus der Randlage in der EU und aus der Nachbarschaft zu einem fragilen Nachbarschaftsraum, die Verluste an Fördersubventionen deutlich aufwog (Interview mit Ministerialdirigentin Kalbfleisch-Kottsieper Juni 2004). Die im Osten an die EU angrenzenden Nachbarn Russland, Weißrussland, Ukraine und Moldau weisen alle erhebliche Defizite in der volkswirtschaftlichen und demokratischen Konsolidierung auf. Die aus diesen instabilen Nachbarschaftsräumen hervorgehenden *soft security risks* betreffen zunächst unmittelbar die neuen EU-Grenzregionen. Deshalb besteht bei den neuen EU-Mitgliedern ein besonders starkes Interesse daran, positive Entwicklungen auf der gegenüberliegenden Seite der Grenze voranzutreiben.

Die Kandidatenländer begründen ihr Einsetzen für eine Beitrittsperspektive der östlichen Nachbarn mit ihren eigenen Erfahrungen, die aus dem schwierigen und keineswegs abgeschlossenen Transformationsprozess stammen. Beispielsweise weist der litauische Außenminister daraufhin, wie sensibel der innere Modernisierungsprozess auf äußere Anreize reagiert (Valionis 2003). Aus dem eigenen Interesse an Wohlstand und Sicherheit bringen die MOEL ihre Vorstellung im Hinblick auf das beste Instrumentarium zur Steuerung von Transformationsprozessen ein, deshalb ziehen sie eine Mitgliedschaftsperspektive anderen Stabilisierungsansätzen vor. Aus eigener Erfahrung wissen die MOEL um die Bedeutung der Beitrittsperspektive für die Motivation, den komplexen Reformprozess durchzustehen. Diese Kenntnisse bringen die neuen EU-Länder aus einem Nutzen maximierenden Interesse in den Politikprozess ein, weil sie von einer zweitbesten Lösung, die unterhalb eines EU-Beitritts liegt, Schaden nehmen könnten.

Einschränkend sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Kandidatenländern um eine heterogene Gruppe handelt, die sich mit aller zur Verfügung stehenden Verhandlungsmacht für eine Beitrittsoption der Nachbarstaaten einsetzt. Andere politische Ziele, wie beispielsweise der erfolgreiche Abschluss des teilweise kritisch verlau-

²¹ Vgl. Seite 8.

fenden Beitrittsverhandlungsprozesses sind dem Ziel einer Nachbarschaftspolitik mit Beitrittsoption selbstverständlich übergeordnet. Zudem besitzen die Beitrittskandidaten eigene unterschiedliche Interessen gegenüber der Nachbarschaft. Polen als das bedeutendste neue EU-Mitgliedsland richtet in erster Linie das Hauptaugenmerk auf seine direkten Nachbarn, deren Einfluss es stärker ausgesetzt ist als dem Moldau. Das kleinere Rumänien hingegen gehört insbesondere aufgrund seiner korruptionsanfälligen Justiz zusammen mit Bulgarien zu den Nachzüglern in den Beitrittsverhandlungen. Rumänien kann deshalb erst zu einem späteren Zeitpunkt aktiv am institutionellen Verhandlungsprozess der EU teilnehmen. Außerdem ist Rumänien das einzige zukünftige EU-Mitgliedsland, das über direkte Grenzen mit dem verglichen mit der Ukraine und Belarus wesentlich kleineren Moldau verfügt. Deshalb ist Rumäniens Advokaten-Rolle für Moldau in doppelter Hinsicht fragwürdig: Einerseits aufgrund der eigenen geschwächten Position und andererseits, weil von Moldau aufgrund seiner Größe weit weniger Gefahren auf die Region ausgehen.

Insgesamt zeigt sich im intergouvernementalen Verhandlungsprozess eine schwächere Verhandlungsposition der zukünftigen EU-Mitglieder, weil noch keine Verhandlungen auf gleicher „Augenhöhe“ existieren, zurückzuführen zum Teil auf die fehlenden Erfahrungen mit den Verhandlungsmechanismen der EU und die Zuschreibung – wie auch der neuen EU-Mitglieder – zum „ärmeren Lager“ innerhalb der EU. Im *bargaining process* können sie deshalb auch entsprechend ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation keine „Scheckheft-Diplomatie“ betreiben.

5.3.1.1 Moldaus Einbeziehung in den Stabilitätspakt für Südosteuropa

Der Stabilitätspakt für Südosteuropa geht auf deutsche Initiative zurück. Er zielt auf die engere Anbindung der Region an die EU ab (Axt 2004: 10-16). Bis Moldau 2001 Vollmitglied des Stabilitätspakts geworden ist, mussten noch einzelne Zweifel bei den EU-Mitgliedstaaten und den EU-Institutionen ausgeräumt werden, die vor allem in den folgenden vier Punkten begründet waren:

Erstens: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa ist für die Länder des „westlichen Balkans“ konzipiert worden, die eine Gruppe von Staaten umfasst, zu der Moldau nicht zählte. In der politischen und geographischen Kategorisierung der EU ist Moldau als postsowjetisches Land in die TACIS-Gruppe eingeordnet worden. Eine Einbeziehung Moldaus in den Stabilitätspakt hätte die strikte Kategorisierung aufweichen müssen. Es herrschten allerdings Unstimmigkeiten darüber, ob Moldau historisch-kulturell überhaupt zur Gruppe der SOEL gezählt werden kann. Diese Bedenken liegen nach Missiroli darin begründet:

“(...) it [Moldova] does not entirely belong to the region geographically or politically. In fact, the dividing line between the Russian and Ottoman Empires ran through its current territory – and still does, in a way, with Transnistria now cut off from the rest of what could now

qualify as a small (if peculiar) 'Balkan country'" (Missiroli 2003: 10).

Zweitens: Die außenpolitische Ausrichtung der Republik war nach Ansicht der EU-Mitgliedstaaten, insbesondere vor dem Hintergrund der Wahl der unreformierten kommunistischen Partei an die Regierung (Februar 2001), nicht eindeutig zu fassen. Die Widersprüche zwischen der defizitären demokratischen Entwicklung und den nostalgischen Annäherungsbemühungen an Russland auf der einen Seite und dem oftmals als Deklaration empfundenen Wunsch nach EU-Integration auf der anderen Seite, ließen die EU-Mitgliedstaaten zweifeln. Die Zweifel lagen darin, ob die moldauische Gesellschaft und die politische Führung des Landes tatsächlich ein Interesse besitzt, sich an „europäischen Werten“ auszurichten. Vom Koordinator des Paktes Busek wird dies sogar als das Kernproblem der Einbeziehung der Republik Moldau wahrgenommen:

"The most important reason for these concerns is, in my opinion, the still outstanding decision as to the place Moldova has on the European Union's political map. This decision needs to be addressed in Brussels and by all EU member states. But Moldova also has to firmly and convincingly decide in which direction it sees its future. This decision of course needs to be taken in full knowledge of the obligations membership implies" (Busek 2004).

Drittens: Der Stabilitätspakt für Südosteuropa ist als Post-Konfliktinstrument für die in kriegsähnliche Auseinandersetzungen involvierten Staaten des westlichen Balkans konzipiert worden, um zukünftige Konflikte in der Region auszuschließen (Axt 2004: 10-16). Moldau erlebte zwar selbst einen militärischen Konflikt um Transnistrien, der aber territorial begrenzt ausgeführt wurde und keine Auswirkungen auf die Länder im westlichen Balkan gehabt hat. Zudem enthält die Transnistrienfrage weitreichende Implikationen auf die EU-Russland Beziehungen, die keineswegs Gegenstand des Stabilitätspakts für Südosteuropa werden sollten, um die vor allem auf regionale Kooperation angelegte Arbeit nicht zu überfordern (Gespräche im Auswärtigen Amt 2002: 2003). Der 2003e und letzte Grund für die Zweifel an Moldaus Einbeziehung lag in der aus der Mitgliedschaft im Pakt entstehenden „indirekten“ Forderung nach einer EU-Mitgliedschaft, weil der Beitrag der EU im Pakt neben den umfangreichen Unterstützungsleistungen auch eine langfristig einzulösende EU-Mitgliedschaft vorsieht (vgl. Kavalski 2003: 197). Erschien die EU-Mitgliedschaft vor allem auf Druck des deutschen Außenministers Fischer und der Unterstützung der EU-Kommission als notwendige Voraussetzung zur nachhaltigen Pazifizierung des westlichen Balkans (Proksch 2001), galt die Mitgliedschaft für den Sonderfall Moldau nicht als eine zwingende Voraussetzung für die friedvolle Entwicklung der moldauischen Gesellschaft.

Es wurde befürchtet, in der Republik Moldau könnten falsche Hoffnungen im Hinblick auf

einen EU-Beitritt geweckt werden.

Der Koordinator fasst die Bedenken gegenüber dem ungewöhnlichen Partner Moldau folgendermaßen zusammen:

“Moldova and the Stability Pact – this has not always been an easy relationship. When Moldova joined the Stability Pact in June 2001 it did not happen without opposition from some of our partners. Most notably, the problem of Transnistria had to be explicitly set aside and remain outside the Stability Pact involvement, when Moldova joined the Pact. But even beyond that, questions were raised regarding the adequacy of considering Moldova a part of South Eastern Europe. Are not the problems Moldova faces quite different from those in South Eastern Europe for which the Stability Pact was created? Is not Moldova’s historic, political and economic background as part of the former Soviet Union rather different from that of the rest of South Eastern Europe” (Busek 2004)?

Die diplomatischen Bemühungen Moldaus zielten darauf ab, diese Zweifel²² zu zerstreuen und statt dessen die Republik als südosteuropäisches Land darzustellen. Von moldauischer Seite wurde darauf hingewiesen, dass das Land bereits an fast allen südosteuropäischen regionalen Kooperationsforen teilnimmt (Interview Cujba Juni 2004). Zu diesen zählt die Zentraleuropäische Initiative (CEI), in der das Land 1996 als sechzehntes Mitgliedsland aufgenommen wurde.²³ Ebenso gehört es der Schwarzmeerkoperation (BSEC) an, einem Zusammenschluss dem sich seit 1992 elf Länder angeschlossen haben.²⁴ Darüber hinaus nimmt Moldau an dem von den südosteuropäischen Ländern im Juni 1996 eigenständig eingerichteten und damit wichtigsten Regionalforum des Südosteuropäischen Kooperationsprozesses (SEECP) teil. Das Regionalforum zielt darauf ab, die gemeinsame Zusammenarbeit der pro-europäischen Kräfte in der Region zu stärken und eine Annäherung der Staaten an die EU zu gewährleisten.²⁵

²² In einem Artikel der Financial Times bezeichnet Günter Verheugen das Regierungssystem in Moldau als Diktatur: „It is a very clear dictatorship in Belarus and Moldova – it is very fragile“ (FT 2003).

²³ Die CEI ist eine italienische Initiative vom November 1989, in der die folgenden Länder teilnehmen: Belarus, Italien, Österreich, Polen, Slowakei, Tschechien und Ukraine, aus der Region Südosteuropa die Länder Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Jugoslawien (wieder Mitglied seit 2000), Kroatien, Makedonien, Moldau (Mitglied seit Ende 1996), Rumänien, Slowenien und Ungarn. CEI wurde als Klammerfunktion „zwischen EU-Mitgliedsländern, EU-Anwärtern und den Ländern, die vor allem in Südosteuropa [zu diesem Zeitpunkt] noch keine absehbare Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft haben“, etabliert (Altmann 2002: 274). Umfangreiche Kooperationsfelder werden in den achtzehn eingerichteten Arbeitsgruppen behandelt, zu denen unter anderem Landwirtschaft, Verkehrsbau, Bekämpfung des organisierten Verbrechens, Tourismus und Umwelt gehören (ebd.). Die Arbeit wird durch ein festes Sekretariat unterstützt und konzentriert sich vorwiegend auf Projekte in Mitteleuropa, weil hier die Mitgliedsländer den Eigenanteil zur Projektfinanzierung aufbringen konnten (ebd.). Weitere Informationen zur aktuellen Tätigkeit siehe: <http://www.ceinet.org/home.php>.

²⁴ Zu den Ländern gehören Bulgarien, Georgien, Rumänien, Russland, Türkei, Ukraine, Albanien, Armenien, Aserbaidshan, Griechenland und Moldau. Seit 1999 hat die BSEC den Status einer internationalen Organisation. Die von der Türkei angestoßene Initiative unterhält ein Sekretariat in Istanbul und verfügt seit 1999 über die Schwarzmeerbank für Handel und Entwicklung in Thessaloniki. Allerdings blieben die Ergebnisse für Moldau weitgehend erfolglos (Interview Gheorghiu März 2003). Weitere Informationen siehe: <http://www.bsec-business.org>.

²⁵ Viele dieser Foren blieben bislang wirkungslos, da die Interessenlagen der Länder zu heterogen gewesen sind (Altmann 2000: 274f.).

Neben dem Hinweis auf die bereits etablierte südosteuropäische Einbettung der Republik Moldau durch die regionalen Kooperationsforen wurde in den diplomatischen Bemühungen zur Einbeziehung in den Stabilitätspakt zum Ausdruck gebracht, dass auch unter der kommunistischen Regierung kein Zweifel an der europäischen Orientierung des Landes aufkommen werde. Zudem wurde von moldauischer Seite die Lösung des Transnistrienkonflikts als Grundvoraussetzung für eine nachhaltige demokratische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes dargestellt.

Deutschland spielte bei der Unterstützung der moldauischen Lobbyarbeit eine zentrale Rolle, die darauf zurückzuführen ist, dass der Stabilitätspakt ein wichtiges deutsches außenpolitisches Projekt darstellt und sich die Bundesrepublik seiner erfolgreichen Ausgestaltung in besonderer Weise verpflichtet sieht (Interview Auswärtiges Amt Oktober 2002). Die Erkenntnis, dass eine Zunahme an regionaler Stabilität in Südosteuropa durch die Mitwirkung der Republik Moldau erreicht werden kann, fand vor allem aufgrund der intensiven Überzeugungsarbeit des deutschen Botschafters Dr. Michael Zickerick und der ersten Botschaftssekretärin, Regina Lochner, Zuspruch (Interview mit Leanca Juni 2002). Die beiden deutschen Fürsprecher Moldaus haben es geschafft, den überwiegenden Teil der Vorbehalte gegenüber der Einbeziehung Moldaus im eigenen Ministerium auszuräumen (Interview Auswärtiges Amt Oktober 2002). Durch die Mitwirkung Rumäniens am Stabilitätspakt und die historische Verflechtung Moldaus mit Rumänien wurde es zudem schwieriger, einen Ausschluss Moldaus aus dem Pakt zu rechtfertigen. Nach langen Verhandlungen konnten sich diejenigen - insbesondere Rumänien - durchsetzen, die für eine Einbeziehung Moldaus standen. Allerdings wurde die Einbeziehung an zwei Bedingungen geknüpft: Zum einen durfte der Transnistrienkonflikt nicht Gegenstand der Arbeit im Stabilitätspakt werden und zum anderen sollte die Republik Moldau aus der Mitwirkung keinen Anspruch auf eine zukünftige EU-Mitgliedschaft ableiten (Interview mit Barbarosie März 2003).

Damit konnte die Republik Moldau einen wichtigen außenpolitischen Erfolg erzielen, auch wenn es ihr nicht gelang, den Transnistrienkonflikt in diesem Forum zu thematisieren. So erhält Moldau nun als einziges Land aus der TACIS-Gruppe zusätzliche Unterstützungsleistungen aus den Mitteln des Stabilitätspaktes. Darüber hinaus bietet der Pakt verschiedene Anknüpfungspunkte, um die Isolation des Landes zu überwinden. Obwohl der moldauischen Regierung die Zusage abgerungen wurde, eine EU-Mitgliedschaft nicht aufgrund der Einbeziehung in den Stabilitätspakt zu fordern, hält sich die politische Führung des Landes nicht daran. Die Konzeption zur Integration in die EU der moldauischen Regierung basiert eben auf dem Vorbild des südosteuropäischen

Weges, der mit dem Dreiklang Einbeziehung in den Stabilitätspakt, Abschluss eines SAA und EU-Beitritt verbunden wird. Die EU-Kommission betrachtet den Versuch Moldaus, über ihre Zugehörigkeit der Gruppe der SOEL eine EU-Perspektive zu erhalten, „als einen Versuch durch die Hintertür in die EU zu gelangen“ (Interview mit einem Mitarbeiter der Task Force Wider Europe, EU-Kommission, Chisinau November 2003). Die EU-Kommission unternimmt den Versuch, das moldauische Engagement in diesem glücklosen Unterfangen umzulenken.

5.3.1.2 Konzeptionalisierung der ENP

Das Konzept *Wider-Europe–Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours* wird im März 2003 von der EU-Kommission vorgelegt (EU Commission 2003a). In dem Konzept werden elf Vorschläge zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen geliefert. Die Anreize reichen von der Ausweitung des Binnenmarktes, einem bevorzugten Handelssystem, der Einbeziehung in die Transport-, Energie- und Telekommunikationsnetzwerke der EU bis hin zu dem unrealistisch anmutenden Vorschlag der Freizügigkeit von Personen. Die Kommission könnte sich zudem eine aktivere Rolle in den Nachbarstaaten auf politischer Ebene vorstellen. Im Vorschlag wird hierfür das Instrument des Krisenmanagements genannt, das für Moldau im Zusammenhang mit der Lösung der Transnistrienfrage interessant sein könnte. Zudem schlägt die Kommission ein neues Nachbarschaftsinstrument vor, das auf den positiven Erfahrungen mit PHARE, TACIS und Interreg beruhen soll. Es geht der Kommission auch darum, die Unterstützungsleistungen der internationalen Finanzinstitutionen zu bündeln und über eine Erweiterung der Kreditvergabe der Europäischen Investitionsbank (EIB) nachzudenken.

In dem Vorschlag drückt sich ein stärkeres Bewusstsein über die mit der Verschiebung der EU-Außengrenzen zusammenhängenden höheren Sicherheitsrisiken aus. Die Kommission leitet hierdurch möglicherweise einen Paradigmenwechsel in der Sicherheitsstrategie gegenüber den Ländern ihrer unmittelbaren Nachbarschaft ein: Bislang war das Ziel der „Stabilitätsexport durch Mitgliedschaft“, wohingegen die Wider-Europe-Initiative „Stabilitätsexport durch Nachbarschaft“ erreichen möchte (vgl. Varwick 2002). Entscheidende Transformationsimpulse in den Beitrittsländern der benachbarten MOEL erreichte die EU durch deren Integration in ihr politisches System. Die Erweiterungsdynamik der EU-Staaten scheint zum jetzigen Zeitpunkt allerdings zu erlahmen und die Erweiterungsmüdigkeit scheint zu zunehmen. Die Minimierung von Sicherheitsrisiken für die EU, die aus den neuen Nachbarländern hervorgehen, sollen nun auf Basis der Fortführung und Verbesserung bestehender vertraglicher Strukturen erreicht werden.

Allerdings wurde in Stellungnahmen der polnischen und rumänischen Nachbarn die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, dass wieder unüberbrückbare Grenzen entstehen könnten. Im Gegensatz zum Wider-Europe-Ansatz der Kommission spricht sich beispielsweise Polen für einen Beitritt Moldaus und der Ukraine aus und hat sich bei der Konzeptionalisierung der Nachbarschaftspolitik eingebracht (Cimoszewicz 2003: 16, Ministry of Foreign Affairs of Poland 2003: 88).

5.3.2 Konstruktivistische Perspektive

Auch in dieser Phase zwischen 2001 und 2004 „hält“ das konstruktivistische Argument, dass die EU einen Raum liberaldemokratischer Grundnormen darstellt, der Länder ausschließt, die sich nicht entsprechend dem Wertekanon der EU verhalten. Es besteht auch in dieser Phase eine Lücke zwischen dem demokratischen und rechtsstaatlichen Raum der EU und der Entwicklungen in Moldau, die sich teilweise durch die Wahl der kommunistischen Regierung verschlechtert hat.

Diese Sichtweise setzt ein mechanistisches Verständnis von EU-Mitgliedschaft voraus, dem zugrunde liegt, dass ein Land in Folge seiner Anpassung an die demokratische und wirtschaftliche Ordnung der EU mit der Mitgliedschaft belohnt wird. Die EU wird hiernach als ein offenes Projekt perzipiert, an dem jedes europäische Land als Mitglied teilnehmen kann, sobald es die Kopenhagener Kriterien erfüllt. Die Konzeptionalisierung der Nachbarschaftspolitik weist allerdings daraufhin, dass die EU zu einem stärker geschlossenen politischen System tendiert, weil beispielsweise für die beiden östlichen Beitrittsinteressenten Moldau und die Ukraine der entscheidende Artikel 49 keine Anwendung findet. Die Entwicklung in diesen Ländern soll also zum gegenwärtigen Zeitpunkt ohne eine EU-Beitrittsperspektive gesteuert werden. Somit sind Tendenzen zu beobachten, die einen Paradigmenwechsel in der EU-Ostpolitik einleiten, der den inklusiven durch einen („semi-“)exklusiven Ansatz ersetzt. Das heißt, die EU betreibt keine aktive Integrationspolitik für einen Teil der europäischen Länder, sondern versucht lediglich Teilhabeebenen zu schaffen. Die aktiv von Seiten der EU zumindest ko-moderierte individuelle Annäherung an das EU-Modell tritt also zunehmend in den Hintergrund.

Aus konstruktivistischer Sicht lässt sich dieser (temporär)-exklusive Ansatz damit erklären, dass die Wertegemeinschaft sich vor neuen Mitgliedschaftsbegehren schützt, bis eine ausreichende institutionelle Basis und funktionierende Verfahren als Grundlage zur Ausübung einer EU-weiten liberaldemokratischen Ordnung gefunden werden. Die anstehende und die mittelfristigen Erweiterungen scheinen diese Ordnung zu gefährden. Dies kann als unfair bei der Bevölkerung in den ausgeschlossenen Ländern und auch als Widerspruch zur bisherigen Praxis empfunden werden, aber die innere Konsoli-

dierung ist in dieser Perspektive die Voraussetzung für das Funktionieren der Wertegemeinschaft. Aus dieser Sicht ist der späte Beitrittswunsch und der schleppende demokratische Konsolidierungsprozess der Moldauer Hauptursache dafür, dass Moldau derzeit nicht im Hinblick einer Mitgliedschaft berücksichtigt wird. In der Republik hätten bereits zu einem früheren Zeitpunkt demokratische und wirtschaftliche Reformen eingeleitet werden müssen.

Als problematisch erweist sich hierbei allerdings die Frage danach, wer die Funktions- und Leistungsfähigkeit der EU zur Garantie der liberaldemokratischen Ordnung definiert. Dabei spielen vermutlich rationalistische Interessen von EU-Mitgliedstaaten eine erhebliche Rolle, die auf die intergouvernementale Verhandlungsstärke einzelner Länder zurückzuführen ist. Die offenere Haltung der neuen EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Ausgestaltung der EU-Ostpolitik weist offensichtlich darauf hin, dass zumindest eine unterschiedliche Bewertung zur Leistungsfähigkeit der EU besteht. Damit folgt die konstruktivistische Logik des Schutzes zum Erhalt der Wertegemeinschaft einem rationalistischen Denken, das auf Verhandlungsstärke einzelner Mitgliedstaaten beruht. Zumindest erscheint offensichtlich, dass der Erweiterungsprozess nicht plötzlich über die EU hereingebrochen ist, sondern ein langsamer Prozess war, bei dem ausreichend Zeit zur Vorbereitung auf die neuen Herausforderungen geblieben wäre. Dies ist allerdings oftmals aufgrund enger mitgliedstaatlicher Eigeninteressen versäumt worden, bei denen der Erhalt der Wertegemeinschaft nicht immer im Mittelpunkt der Überlegungen stand. Die Haltung derjenigen MOEL, die eine aktive Nachbarschaftspolitik mit einer Beitrittsperspektive befürworten, ist allerdings auch neben dem bereits vorgestellten rationalistischen Ansatz durch eine konstruktivistische Logik zu erklären. Aus dem eigenen Erleben des schwierigen Transformationsprozesses entsteht eine Solidarisierung mit den Ländern, die noch einen erheblichen Weg bei den Reformen zurücklegen müssen. Dabei spielen sicherlich auch gemeinsame prägende historische Erfahrungen hinsichtlich der Dominanz Russlands, insbesondere bei den baltischen Staaten, eine zentrale Rolle (Paulauskas 2006).

5.3.3 Europäisierungsansatz gegenüber der Republik Moldau

Auch in dieser Phase verlaufen die Unterstützungsleistungen an die Republik Moldau über ein komplexes Geflecht bilateraler und multilateraler Hilfen. Diese unterscheiden sich in Art und Umfang von den Unterstützungsleistungen an die MOE und SOE.

Während die EU die Entwicklungsprozesse in MOE durch Vorbeitritts Hilfen stützt, die diese Länder dezidiert auf eine EU-Mitgliedschaft vorbereiten, erhält Moldau von der EU

geringere Unterstützungsleistungen über die Mittel im Rahmen des PKA (Vahl 2004).

Daneben gewinnt Moldau durch die Einbeziehungen in den Stabilitätspakt für Südosteuropa (2001) zusätzliche Hilfen. Die Europäisierungseffekte des Stabilitätspakts auf die Republik Moldau sind bislang kaum systematisch analysiert worden und diese Lücke soll auch in dieser Arbeit aufgrund anderer Themenstellung nicht geschlossen werden. Allerdings sollen im Folgenden Tendenzen der Europäisierung auch für die dritte Phase der Beziehungen nachgezeichnet und analysiert werden, die insbesondere durch den Stabilitätspakt verstärkt werden. Das andere Hauptinstrument zur Europäisierung, das PKA, erfährt keine besondere Darstellung in diesem Unterkapitel, weil die Mechanismen sich seit Inkrafttreten im Sommer 1998 nicht verändert haben.

Die Kooperationsbereitschaft Moldaus im Rahmen des Stabilitätspakt wird von allen Seiten anerkannt und vom Koordinator Busek die moldauische Rolle im Pakt besonders hervorgehoben: "Moldova has been one of the more active participants in the Stability Pact (...)" (Busek 2004).

Die EU eröffnet der Republik Moldau durch die Einbeziehung in den Stabilitätspakt große Chancen, obwohl sich auch in dieser Phase grundsätzliche Mängel an den von der EU unterstützenden Mechanismen der Europäisierung feststellen lassen, was in der folgenden Analyse dargestellt werden soll.

5.3.3.1 Neuer Impuls zur Sozialisierung

Durch den Stabilitätspakt für Südosteuropa erfährt Moldau neue Impulse im Europäisierungsprozess und es zeichnet sich ein verbreiteter Dialog mit den Nachbarn aus SOE, der EU-Kommission und den Partnerländern hinsichtlich der Themenfelder Demokratie, Wirtschaft, militärische und innere Sicherheit ab. Es werden zur Vorbereitung und Durchführung der Arbeitstische ein weiter Kreis an Verwaltungsmitarbeitern einbezogen. Teilweise reist sogar das mittlere Verwaltungsmanagement zu den Arbeitstreffen (Interview mit Stoica Dezember 2003), so dass im Gegensatz zur vorhergehenden Phase die Wirkungen der Sozialisierungseffekte nicht nur auf die politische Führungsspitze begrenzt bleiben. Diese thematische Vertiefung und personelle Verbreiterung führen dazu, dass Reformfortschritte in den SOEL der Republik Moldau stärker als Orientierungspunkte dienen und gute Praxisbeispiele für Moldau gefunden werden können. Dabei sind die Erfahrungen der Stabilitätspaktteilnehmer Rumänien und Bulgarien, die über eine Beitrittsgarantie verfügen, besonders interessant für Moldau (vgl. Boden 2004, Interview mit Gheorghiu März 2003).

Zudem wird durch Moldaus Teilnahme am Stabilitätspakt die Möglichkeit geschaffen, andere Länder über die schwierige Situation in Moldau zu unterrichten und gegebenen-

falls bei der Lösung einzubeziehen. Besonderes Interesse besteht für Chisinau darin, in diesem Kreis von EU-Aspiranten für das Anliegen der EU-Mitgliedschaft zu werben.

Der Stabilitätspakt bietet Moldau also neben den gemeinsamen PKA-Gremien eine zusätzliche dialogische Komponente mit Ländern an, die sich an unterschiedlichen Punkten des Europäisierungsprozesses befinden, von deren Erfahrung die moldauische Politik profitieren kann.

Zu den einzelnen Fortschritten gehören beispielsweise die Zusammenarbeit im Bereich der Schaffung eines Freihandelsabkommen mit anderen SOEL durch die Unterzeichnung des *Trade Memorandum of Understanding*. Ebenso ist ein positives Beispiel die Einbeziehung Moldaus als Beobachter beim regionalen Energiemarkt (Athen-Prozess). Zudem hat sich Moldau im Bereich der Korruptionsbekämpfung im Stabilitätspakt engagiert und unterstützt hierdurch eine Vielzahl an Initiativen.

An diesen Beispielen zeigt sich, dass für die Republik Moldau durch die Einbeziehung in den Stabilitätspakt Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen wurden, die bei einem starren Festhalten an einer strikten GUS/TACIS-Kategorie nicht erreicht worden wären. Damit hat die EU auf die Befürchtungen reformerischer Kräfte in Moldau reagiert, die die Verbindung aller post-sowjetischen Länder, beispielsweise der Ukraine, Belarus und Aserbaidschan mit Moldau, zu einer Schicksalsgemeinschaft kritisierte. Dabei haben diese Länder nach Auffassung vieler Experten nicht viel gemeinsam (Lynch 2003: 44). Moldaus Partizipation am Stabilitätspakt kann also als Fortschritt wahrgenommen werden, endlich gemeinsame Schnittmengen mit anderen Regionen Europas zu finden und sich hierüber neue Entwicklungsperspektiven zu erschließen. Durch die Einordnung in die Ländergruppe Südosteuropas wurde die Perspektive eröffnet, sich stärker vom russischen Einfluss zu lösen. Dies kann als ein erster Schritt für eine stärkere Auseinandersetzung mit Moldau als eigenständigem Staat verstanden werden. Fraglich bleibt jedoch, inwieweit die EU bereit ist, die Interessen Moldaus vor den Interessen Russlands zu schützen.

5.3.3.2 Chancen und Mängel der Konditionalität

Die Mängel in dem Europäisierungsansatz durch den Stabilitätspakt für Südosteuropa hinsichtlich Moldaus liegen vor allem an den folgenden Ursachen:

Erstens, der Zielkonflikt zwischen der Republik Moldau und der EU-Kommission stellt sich als starkes Hindernis heraus. Der Konflikt besteht darin, dass die Republik Moldau den Stabilitätspakt als Vorraum zur Erteilung der EU-Beitrittsperspektive versteht.²⁶ Wohingegen die EU-Kommission hinsichtlich Moldau den Stabilitätspakt als Europäisie-

rungsansatz versteht, der nicht auf EU-Mitgliedschaft abzielt, sondern in der regionalen Kooperation einen Lernprozess vorsieht, um sich mit Ländern mit ähnlich gelagerten Problemen über gemeinsame Projekte europäischen Werten anzunähern. Diese technische Zusammenarbeit mit den anderen Ländern ist für Moldau sekundär und das politische Signal von oberster Bedeutung. Die EU versucht Moldau vor allem durch technische Zusammenarbeit zu stabilisieren und ist nicht bereit auf die politische Forderung der moldauischen Regierung nach Integration einzugehen. Moldau soll in diesem Forum zunächst die Fortschritte in der Europäisierung unter Beweis stellen. Die Republik Moldau scheint sich hingegen vor allem mit diesem Zielkonflikt aufzuhalten, „wartet“ auf die klare und unmissverständliche Perspektive zum EU-Beitritt und vernachlässigt dabei, substantielle Reformen durchzuführen. Die Republik Moldau nutzt das Potential der „konstruktiven Doppeldeutigkeit“ der Einbeziehung in den Stabilitätspakt nicht ausreichend:

“(...) let me reiterate the importance of addressing the issue of Moldova’s European perspective. From the point of view of the Stability Pact, the issue is quite clear. The aim of the Pact is threefold: to facilitate regional cooperation, to support the countries of South Eastern Europe in living up to their international commitments, and to facilitate their integration into Euro-Atlantic structures. But the how and when is of course a matter that will not be decided by the Stability Pact and is still under extensive debate, as it seems as much in Brussels and the EU member states as it is in Chisinau” (Busek 2004).

Somit bleibt durch die Mitgliedschaft im Stabilitätspakt nach Ansicht des Koordinators die EU-Beitrittsperspektive im Raum, woraus politisches Kapital geschöpft werden könnte. Wenn die Republik Moldau heute einen Beitrittsantrag stellen würde, ist eine Ablehnung oder eine Nichtbeantwortung durch die EU sehr wahrscheinlich, aber durch die Einbeziehung in den Stabilitätspakt besitzt die Republik Moldau als einziges GUS-Land die Chance das Thema EU-Mitgliedschaft weiterhin – wenn auch nur indirekt – auf der Agenda zu halten.

Zweitens, die Republik Moldau betrachtet trotz vorangehender anderer Vereinbarung das Fehlen einer EU-Beitrittsperspektive als eine Zurücksetzung in der Mitarbeit in dem Stabilitätspakt. Als einziges Land in diesem Forum, für das die EU-Beitrittsperspektive nicht gilt, begreift sich Moldau als Land „zweiter Klasse“, was zur Folge hat, dass die Bereitschaft zur regionalen Kooperation abnimmt. Dieser motivatorische Aspekt drückt sich in der praktischen Mitwirkung bei den Arbeitstischen des Stabilitätspaktes aus. Beispielsweise richtete die Republik Moldau eine Arbeitsgruppe MEDIA unter dem Arbeitstisch „Demokratie und Menschenrechte“ ein, der Regierungsvertreter mit Repräsentanten aus der Zivilgesellschaft zusammen bringen sollte. Obwohl dieses Forum eingerich-

²⁶ Eindeutiger und zugespitzter formuliert: Die Mitgliedschaft im Stabilitätspakt gilt der Republik Moldau als Quasi-Beitrittsperspektive, womit die EU-Kommission nicht einverstanden ist.

tet wurde, erlebte Moldau herbe Rückschritte bei der freien Entfaltung der Medien seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Kommunisten. Dies gilt ebenfalls für die unter kommunistischer Führung durchgeführten Verwaltungsreformen, die die Zentralregierung in Chisinau stärkt. Dieser Re-Zentralisierungsprozess wirft erhebliche Fragen hinsichtlich der lokalen Selbstverwaltung und ihrer demokratischen Aspekte auf.

Ebenso hat die Mitwirkung in dem Arbeitstisch „Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Entwicklung“ im Bereich des Investitionsklimas in Moldau zu keinen wesentlichen Verbesserungen geführt (Busek 2004: 71). Es ist eine unzureichende Erklärung der moldauischen Seite, dass die mangelnde Kooperationsbereitschaft alleine auf die Zurücksetzung im Hinblick auf die Beitrittsperspektive zu erklären ist. Ebenso können die Wirkmechanismen der regionalen Kooperationsformen möglicherweise strukturelle Schwächen besitzen, die nicht ausreichenden Reformwillen in der politischen Führung erzeugen. Daneben spielen ebenfalls unzureichende Verwaltungskapazitäten und die Unerfahrenheit der politischen Klasse Moldaus bei der mangelnden Zusammenarbeit im Stabilitätspakt eine gewichtige Rolle. Allerdings scheint das Angebot der Europäisierung für die Republik Moldau eine wichtige Bedeutung zu besitzen. Bei unterschiedlichen Verwaltungsmitarbeitern und in der politischen Führung drückt sich jedoch bei der praktischen Arbeit im Stabilitätspakt immer wieder eine *laissez-faire* Haltung aus. Diese besteht darin, dass politische Bemühungen unterlassen werden, weil Unklarheit darüber besteht, ob die Anstrengungen tatsächlich zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen und zur erhofften Beitrittsperspektive führen (Interviews mit Verwaltungsmitarbeitern in Moldau). Mit dem Weglassen der EU-Beitrittsperspektive als Anreizstruktur nutzt die EU das reformerische Potential der Verwaltungsbeamten und politischen Führung des Landes nur ungenügend aus. Offensichtlich wird hieran auch, dass demokratische Werte und die Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft noch nicht ausreichend in der Republik Moldau internalisiert wurden, sondern oftmals als ein Prozess begriffen werden, der von außen als scheinbare Notwendigkeit zur (eventuellen) Zielerreichung der EU-Integration aufoktroyiert wird.

Insgesamt bleibt jedoch fraglich, wie die Zukunft des Stabilitätspaktes nach 2006 aussieht, da die Förderung von Projekten ausläuft (vgl. Calic 2003). Als vorläufiges Ergebnis der fünfjährigen Mitgliedschaft Moldaus im Stabilitätspakt kann jedoch festgehalten werden, dass das Kooperationspotential nicht voll ausgeschöpft wurde. Dabei gilt es allerdings zu bedenken, dass sich die Einsicht hinsichtlich des südeuropäischen Raums durchgesetzt hat, dass der Stabilitätspakt durch die EU-Beitrittsperspektive komple-

mentiert werden musste, um die notwendige Kooperationsbereitschaft der Länder des westlichen Balkans zu erzeugen (vgl. Meurs 2003c: 10, vgl. Solana 2003). Hiervon wurde die Republik Moldau ausgeschlossen und insofern kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Republik Moldau die Bewältigung des Transformationsprozesses als Land ohne EU-Perspektive schaffen kann (Emerson 2004b).

Kritisch bleibt festzuhalten, dass die positiven Erwartungen, die die Entkopplung von Russland und die Verknüpfung mit Südosteuropa in Chisinau hervorgerufen hat, von der EU-Kommission in dieser Form nicht geteilt wird. Der westliche Balkan mit all den unge lösten Herausforderungen für Politik und Gesellschaft wird in der EU als Problemregion betrachtet und es wird der Republik Moldau die Nachbarschaftspolitik zur Annäherung an die EU als einzige realistische Option empfohlen:

“Let me be blunt in saying that this is the only way that can lead Moldova even closer to the Union. I do not see any convincing alternative to the Wider Europe policy. The option of joining the Stabilisation and Association Process is not realistic” (Tempel 2004: 83).

Damit wird die zentrale Stellung der Nachbarschaftspolitik für Moldau unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. Insgesamt zeigt sich, dass Moldau sich im Stabilitätspakt vor allem um strategische Fragen im Hinblick auf die Erlangung einer Mitgliedschaftsperspektive bemühte, anstelle das Kooperationspotential des Pakts voll auszuschöpfen. Mit der Nachbarschaftspolitik scheint der Zielkonflikt zugunsten eines Festhaltens am Nachbarschaftsstatus überwunden zu sein, obwohl mit der Nachbarschaftspolitik voraussichtlich keine starken inneren Prozesse zur Verbesserung des politischen Systems mobilisiert werden. Bei diesem relativ geringen Engagement der EU sollte sich folglich keine Verwunderung über den schleppenden Anpassungsprozess Moldaus einstellen.

5.3.4 Anpassungsleistung der Republik Moldau

Im folgenden Unterkapitel rückt die politische und wirtschaftliche Konsolidierung Moldaus in dem Zeitraum zwischen 2001 und 2004 in den Mittelpunkt. Es zeigt sich in der Analyse, dass sich die Anpassungsleistungen in dieser Phase verschlechtern, was insbesondere auf die Wahl der unreformierten kommunistischen Partei in die Regierungsverantwortung zurückzuführen ist.

5.3.4.1 Rückschritte in der demokratischen Konsolidierung

Im Betrachtungszeitraum 2001 bis 2004 erlebt die moldauische Gesellschaft unter der Führung des Präsidenten Wladimir Woronin und des (neunten) Premierministers Vasile Tarlev zunächst den Beginn einer einzigartigen personellen Kontinuität und Stabilität. Bei den freien und fairen Neuwahlen zum Parlament gewinnt die kommunistische Partei mit einer überwältigenden Mehrheit und erringt 71 der 101 Mandate. Die parlamentarische

Mehrheit der kommunistischen Partei führt zur Wahl ihres parteilosen Kandidaten Vasile Tarlev, der die Regierungsgeschäfte am 20. April 2001 aufnimmt. Die zentrale politische Figur des Landes wird jedoch Wladimir Woronin, der am 4. April 2001 als Kandidat der kommunistischen Partei zum neuen Präsidenten gewählt wird. Er gilt als geschickter Politiker, der über starken Rückhalt in der Bevölkerung insbesondere unter den Modernisierungsverlierern auf dem Lande verfügt.

Seine sichere Führungsposition als unumstrittener Vorsitzender der kommunistischen Partei ermöglicht es ihm, seinen Vertrauten Victor Stepaniuk als Fraktionsvorsitzenden einzusetzen. Darüber hinaus wird die Führungsrolle Woronins durch die schwache politische Rolle seines Premierministers Tarlev gestärkt (Büscher 2004: 522, Neukirch 2001: 9).

Obwohl der erdrutschartige Sieg der kommunistischen Partei auch auf die hohen Hürden des Wahlsystems zurückzuführen ist und das Scheitern der kleinen Parteien zu einer Konzentration an Stimmen bei der kommunistischen Partei führte, drückt sich in der Wahl die Frustration der Bevölkerung mit dem schleppenden Transformationsprozess aus.²⁷

Ergebnisse der Parlamentswahlen von 2001

Partei/Wahlbündnis	Stimmenanteil in Prozent	Mandate von 101
Partei der Kommunisten der Republik Moldau (PKRM)	50,1	71
Wahlblock „Braghis-Allianz“ (WBA)	13,4	19
Christdemokratische Volkspartei (CDVP)	8,2	11
Übrige 15 Parteien/Bündnisse und 9 Einzelkandidaten	28,3	-

Quelle: International Federation for Electoral Systems (IFES), Chisinau.

Die Wahl der kommunistischen Partei als stärkste Regierungspartei, die mit einer verfassungsändernden Mehrheit ausgestattet wird, hängt hauptsächlich mit der desolaten sozialen und wirtschaftlichen Lage des Landes und mit den fehlenden Lösungsangeboten vergangener Regierungen zusammen. Die Demokratische Partei (DPM) unter Vorsitz von Dumitru Diacov, die sich aus dem Block für ein Demokratisches und Prosperierendes Moldova (BDPM) (1998: 18,2 Prozent) bildete, scheitert ebenso (2001: 5,0 Prozent) an der Sechs-Prozent-Hürde wie die vom früheren Präsidenten Snegur geführte Partei für Wiederaufbau und Versöhnung (2001: 5,8 Prozent) (ehemals Hauptpartner der Demokratischen Konvention Moldovas, 1998: 19,4 Prozent). Die Partei

²⁷ In Moldau liegt die Wahlhürde bei sechs Prozent für eine Partei, bei neun Prozent für ein Wahlbündnis von zwei Parteien und bei zwölf Prozent für ein Wahlbündnis von mindestens drei Parteien.

Demokratischen Konvention Moldovas, 1998: 19,4 Prozent). Die Partei der Demokratischen Kräfte (1998: 8,8 Prozent) erhält lediglich 1,2 Prozent der Stimmen. Die Christdemokratische Volkspartei ist die einzige Partei, die wie bei den beiden vorherigen Wahlen auf einen stabilen Stimmenanteil kommen konnte (2001: 8,2 Prozent).

Viele Wähler wünschen sich eine starke Führungskraft, die wieder Ordnung in das polarisierte politische System bringt und endlich für den langersehnten Aufschwung sorgt.²⁸

Manche moldauische Beobachter machen den Westen für die Wahl des kommunistischen Kandidaten mitverantwortlich, da die EU es unterließ eindeutige Signale zur EU-Integration an die moldauische Bevölkerung zu senden. Die EU habe es hiernach versäumt, die Republik Moldau entsprechend geo-strategisch „einzubetten“, was eine politische Orientierungslosigkeit zur Folge hat, die zur Wahl der Kommunisten in Regierungsverantwortung führte (Braghis 2004: 89, Gheorghiu 2004a et. al.). Diese Argumentationslinie ist schwer zu entkräften, obwohl die EU ein offenes Projekt mit transparenten Mitgliedschaftskriterien darstellt, an die sich die Republik hätte ausrichten können, wurde Moldau in den neunziger Jahren vernachlässigt. Es fehlte gegenüber der Republik Moldau eine symbolische politische Dimension (Lynch 2003: 38).

Die reformerischen Kräfte befürchten erhebliche Rückschritte hinsichtlich der demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie der außenpolitischen Ausrichtung des Landes (Hill 2001: 130f., Serebrian 2002a: 85). Insbesondere hinsichtlich der außenpolitischen Orientierung schien die Republik Moldau einen fundamentalen Paradigmenwechsel anzustreben, denn das Wahlprogramm der kommunistischen Partei basierte auf dem Versprechen sich für den Beitritt zur Russisch-Belarussischen Union (RBU) einzusetzen (Büscher 2004: 548).

Die meisten Befürchtungen scheinen dennoch in Teilen übertrieben, weil sich für die demokratische Ordnung eine relative Kontinuität mit der Wahl der kommunistischen Partei zur stärksten Fraktion im moldauischen Parlament einstellt, die insbesondere im Hinblick der Wechselhaftigkeit der politischen Führung des Landes der bisherigen drei Präsidenten, vier Parlamenten und neun Regierungen beruhigend wirken könnte. Allerdings belastet die scharfe Polarisierung zwischen Regierung und Opposition die demokratische Konsolidierung und die Modernisierung des Landes. Die Festigung der grundsätzlich vorhandenen Gewaltenteilung erscheint nach den Parlamentswahlen durch die Konzentration politischer Macht in einer Partei zunehmend gefährdet.

Die rückwärtsgewandte politische Agenda der kommunistischen Partei führt in der Folge zu einer heftigen Polarisierung der Gesellschaft, in deren Rahmen bis zu 100.000 Teilnehmer bei Massenprotesten und Kundgebungen in Chisinau auf die Strasse gehen

²⁸ Einer Umfrage des *Institute for Public Policy* vom November 2002 zufolge genießt der Präsident das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung (63 Prozent), was einem in Moldau in besonderer Weise ausgeprägten gesellschaftlichen Paternalismus entspricht (Büscher 2004: 538).

(Frühjahr 2002). Die Ursache für die Proteste ist die von der kommunistischen Partei angestrebte Annäherung an Russland und die Rezentralisierung der Verwaltung.

Die im März 2003 in Kraft getretene Reform der kommunalen Gebietskörperschaften führt zu einer Stärkung der Zentralregierung und schränkt die Befugnisse der Gebietskörperschaften ein. Die Finanzautonomie der Lokalverwaltungen wird zudem mit der Änderung des Gesetzes über die öffentliche Kommunalverwaltung eingeschränkt und die Einteilung der Gebietseinheiten verändert, indem die bisherigen zehn Bezirke in 31 kleinere Kreise aufgeteilt werden. Darüber hinaus provoziert die Regierung mit weiteren Maßnahmen Massenproteste, wie die Absicht Russisch als Pflichtfach in allen Schulen wieder einzuführen und zur zweiten Staatssprache zu machen. Das Unterrichtsfach „Geschichte der Rumänen“ soll zudem durch die „Geschichte Moldaus“ ersetzt werden. Die kommunistische Partei reagiert zunächst auf die Proteste, indem sie ein einmonatiges Verbot der oppositionellen christdemokratischen Volkspartei durchsetzt, die die Proteste maßgeblich organisiert hat. Durch den anhaltenden Widerstand der Bevölkerung und der Unterstützung des Europarats nimmt die Regierung jedoch in Teilen ihre pro-rußländische Politik zurück. Allerdings bleibt der auf Anregung des Europarats eingerichtete Ständige Runde Tisch als außerparlamentarisches Forum des Dialogs unter den Parteien und politischen Organisationen des Landes ohne große Wirkung, weil die kommunistische Partei die Arbeit des Runden Tisches nicht ausreichend unterstützt. Damit misslingt eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Opposition und Regierung (Büscher 2004).

Darüber hinaus wird von manchen Beobachtern befürchtet, dass die Fortschritte hinsichtlich der Etablierung rechtsstaatlicher Strukturen durch die kommunistische Regierung zurückgedreht werden könnte (Maggs 2004: 49). Die seit Mitte der neunziger Jahre eingeleitete Justizreform,²⁹ vollzieht sich in eklektischen Teilschritten, die durch die parteipolitische Ernennung und Amtsenthebung von Richtern bedroht erscheint. In einer Petition wenden sich dreißig entlassene Richter an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit dem Hinweis, dass die Richterschaft externem Druck und Bestechungsversuchen ausgesetzt ist.

Weitere Defizite liegen im Bereich des Justizwesens insbesondere bei der Durchsetzung von Gerichtsentscheidungen, der mangelnden Ausbildung von Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten in modernen Rechtsverfahren sowie beim unzureichenden Zugang

²⁹ Das moldauische Justizsystem umfasst seit der 1995 eingeleiteten Justizreform den Obersten Gerichtshof, Berufungsgerichte und Gerichte erster Instanz sowie Wirtschaftsgerichte und ein wirtschaftliches Berufungsgericht. Vom Parlament wird der Generalstaatsanwalt, der vom Justiz- und Innenministerium verfahrensmäßig unabhängig agiert, auf fünf Jahre ernannt. Die Judikative ist von der Exekutive und der Legislative gemäß der Verfassung unabhängig. Die Richter werden vom Präsidenten, mit Ausnahme von den vom Parlament ernannten Richtern des Obersten Gerichtshofs, ernannt. Die Ernennung zum Richter ist zunächst auf fünf Jahre begrenzt und anschließend erfolgt diese auf Lebenszeit.

zur Justiz (USSD 2003, Susarenco 2003). Ein mit Unterstützung des Europarats in Zusammenarbeit mit der EU entwickeltes Programm zielt auf die Verbesserung des Rechtswesens.

Vor allem wird hierdurch der Versuch unternommen, Moldau beim Vorsitz im Ministerkomitee der Parlamentarischen Versammlung des Europarates von Mai bis November 2003 zu unterstützen. Als Fortschritt wird der im Juni 2002 unterzeichnete Aktionsplan zwischen dem Justizministerium und dem Europarat für die Justiz- und Rechtsreform in Moldau bewertet. Im Rahmen dieser Reform entsteht ein neues Strafgesetzbuch, eine neue Strafprozessordnung, ein neues Zivilgesetzbuch sowie eine neue Zivilprozessordnung.³⁰ Zudem hat die Republik Moldau das Strafrechts- und Zivilrechtsübereinkommen des Europarats gegen Korruption unterzeichnet, jedoch noch nicht ratifiziert. Darüber hinaus beteiligt sich das Land an den Anti-Korruptions-Initiativen der Staatengruppe des Europarats (GRECO-Gruppe) und den Maßnahmen des Stabilitätspakts zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität. Zu den weiteren Maßnahmen gehört die Annahme des Regierungsprogramms (2001 bis 2005) durch das Parlament (April 2001) zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Korruption und Protektionismus, sowie die Schaffung institutioneller Strukturen insbesondere das Zentrum zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität mit etwa tausend Mitarbeitern. Obwohl diese Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung eingeleitet wurden, bleibt Korruption ein besonders resistentes Problem im Justizwesen. Verantwortlich hierfür sind nach wie vor verzögerte Gehaltszahlungen, teilweise unzumutbare Räumlichkeiten der Richter, Arbeitsüberlastung angesichts zahlreicher vakanter Richterposten, der unzureichende politische Wille zur Korruptionsbekämpfung sowie mangelnde Professionalität in Teilen des moldauischen Rechtswesens (Freedom House 2002, Gespräch mit Cicu Oktober 2003). Moldau belegt im Korruptionsindex von Transparency International den hundersten Platz (Carasciuc 2002). In diversen Meinungsumfragen wird Korruption als das zweitgrößte Problem nach der Armut betrachtet. Insgesamt bildet das Rechtssystem noch keine ausreichende Vertrauensgrundlage in der Bevölkerung und bei ausländischen Investoren (Maggs 2004: 51). Transnistrien stellt weiterhin einen rechtsfreien Raum dar. In einer Gesamtbewertung kommt Maggs zu dem Ergebnis:

“With the exception of Transnistria, Moldova has made slow but substantial progress in reforming its legal system. Its human rights record is imperfect, but far better than that of most of the newly independent states of former Soviet Union. While Moldova was one of the last of the former Soviet states to adopt new legislation, the overall quality of the legislation is quite good. This legislation can form the basis for the further development of a market economy and respect for human rights. There are however hard tasks remaining,

³⁰ Maggs schlussfolgert: “The new Criminal and Criminal Procedure Codes are a major improvement on their Soviet predecessors. However, the Criminal Code contains a few provisions that have caused concern to human rights advocates, in particular those allowing criminal prosecution for abuses by religious organisations and for defamation: the Soviet regime used similar provision on religious abuses to persecute evangelical religions” (ebd.).

particularly strengthening the judicial system and public administration, eliminating corruption, and consolidating institutional protection for human rights" (Maggs 2004: 53).

Offenkundig ist ebenso die mangelnde Effizienz der moldauischen öffentlichen Verwaltung, die noch in Teilen sowjetischen Verwaltungsstrukturen entspricht und den Anforderungen einer modernen demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung nicht genügt. Obwohl verschiedene Reformansätze eingeleitet worden sind, wurde das Ziel einer Effizienzsteigerung nicht erreicht. Hauptursachen sind hierfür die mangelnde Ausbildung der Verwaltungsmitarbeiter, die nach wie vor politische Besetzung von Stellen und personelle Überkapazitäten (ebd.: 50).

Sichtbare Fortschritte hingegen sind zum Schutz der Menschen- und Grundrechte seit der Unabhängigkeit erzielt worden,³¹ die allerdings in der ersten Regierungsphase der kommunistischen Partei unter starkem politischen Druck geraten. Moldau hat die meisten internationalen Menschenrechtsinstrumente und fast alle Kern-Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Zwangsarbeit, Vereinigungsfreiheit, Kollektivverhandlungen, Kinderarbeit und Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf ratifiziert. Vor Beginn der Übernahme des Vorsitzes des Ministerkomitees des Europarates im Mai 2003 erklärt Moldau die Absicht, vor allem zur Achtung der demokratischen Werte und Normen des Europarats in allen Mitgliedstaaten beizutragen und beabsichtigte mit gutem Beispiel bei der Erfüllung seiner eigenen Verpflichtungen voranzugehen. In dem Jahr vor der Übernahme des Vorsitzes ratifizierte Moldau zwölf Übereinkommen und Protokolle des Europarats. Der Europarat stellt allerdings Defizite beim Vollzug von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte fest (EU-Kommission 2004: 8-9).

Moldau hat das Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten bereits 1996 ratifiziert. Die russische Sprache genießt nach moldauischem Recht als Sprache der interethnischen Kommunikation einen Sonderstatus. In Gebieten, in denen Ukrainer, Russen, Bulgaren oder andere ethnische Minderheiten einen signifikanten Bevölkerungsanteil darstellen, ist die Verwendung von Minderheitensprachen in der öffentlichen Verwaltung erlaubt.

³¹ Die moldauische Verfassung, die im Juli 1994 angenommen wurde, schreibt Grundprinzipien einer modernen Demokratie fest. Das französische und rumänische Verfassungsrecht standen bei der Entwicklung der moldauischen Verfassung Pate. „In den Allgemeinen Grundsätzen (Kapitel I) wird die Republik Moldau definiert als „souveräner und unabhängiger, einheitlicher und unteilbarer Staat“ (Art. 1 Abs. 1) sowie als „demokratischer Rechtsstaat, in dem die Würde des Menschen, seine Rechte und Freiheiten, die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit, die Gerechtigkeit und der politische Pluralismus höchste Werte darstellen und gewährleistet sind“ (Art. 1 Abs. 3).“ Der Grundsatz der Gewaltenteilung und -kooperation ist ebenfalls in der Verfassung niedergelegt (Art. 6). Somit bildet die moldauische Verfassung formell die Grundlage für einen demokratischen Staat.

Ethnien in der Republik Moldau

	Moldau (in Prozent)	Transnistrien (in Prozent)
Rumänen	65	40
Ukrainer	14	28
Russen	13	25
Gagauzen	4	1

Quelle: The Economist 2005: 28.

Das Recht auf Unterricht in der Vorschule und im allgemeinen, beruflichen und höheren Bildungswesen in rumänischer und russischer Sprache ist gewährleistet und ebenso haben Angehörige anderer Minderheiten Anspruch auf Unterricht in ihrer Sprache. Nach Angaben des UN-Menschenrechtsausschusses mangelt es jedoch an der effektiven Umsetzung. Darüber hinaus sind Roma und teilweise gagausische Gemeinschaften Diskriminierung in ländlichen Gebieten ausgesetzt. Ende 2003 wurde der in Zusammenarbeit mit UNDP entwickelte Nationale Aktionsplan zur Förderung der Menschenrechte vom Parlament angenommen, der die von der EU und dem Europarat durchgeführten Programme ergänzt (EU-Kommission 2004). Die Verfassung garantiert und verteidigt die Grund- und Menschenrechte:³²

“The Constitution contains an extensive bill of rights, and indicates that international human rights treaties should be considered in interpreting and applying the bill of rights. The Constitutional Court has generally acted to enforce these provisions” (Maggs 2004: 50).

Nach Angaben des US State Department respektiert zwar die moldauische Regierung die Menschenrechte ihrer Bürger (USSD 2003). Amnesty International (AI) sammelt hingegen zahlreiche Berichte über Folterungen und Misshandlungen durch die Polizei. Die für Übergriffe verantwortlichen Polizeibeamten werden in den meisten Fällen nicht zur Rechenschaft gezogen, was zu einem Vertrauensverlust in die rechtstaatlichen Strukturen führt. Im Mai 2004 äußert sich der UN-Ausschuss gegen Folter besorgt über die Situation von Personen im Polizeigewahrsam, denen der Zugang zu einem Rechtsbeistand, medizinischer Versorgung und Familienangehörigen versagt wurde. Die Lebensbedingungen von Häftlingen seien darüber hinaus alarmierend: „Die Gefängnisbedingungen kamen grausamer und erniedrigender Behandlung gleich“ (AI 2004).³³

³² Die Todesstrafe wurde bereits 1997 mit der Ratifizierung des Protokolls Nr. 6 zur Europäischen Menschenrechtskonvention abgeschafft. Zudem können Wehrdienstverweiger das Recht auf einen Ersatz zum Dienst im Militär grundsätzlich geltend machen. Ebenso sind Homosexuelle seitens der Gesetzgebung geschützt. Die Umsetzung dieser Schutzrechte gilt in der Praxis allerdings als nicht gewährleistet.

³³ Die Gefängnisbehörden griffen zu exzessiver Gewalt, um Häftlingsproteste niederzuschlagen. Im Zuge einer im März 2004 vom Wachpersonal durchgeführten Razzia kam ein Gefangener zu Tode, während viele weitere Insassen der Gefängniskolonie 29/4 in Cricova Verletzungen davotrugen. Berichten zufolge sollen 40 Beamte bei Zellendurchsuchungen gezielt auf Insassen geschossen haben, die gegen die Konfiszierung persönlicher Gegenstände, Misshandlungen und die unmenschlichen und erniedrigenden Bedingungen in der Hafteinrichtung protestiert hatten (ebd.).

Zudem existiert in Moldau keine eigene Jugendgerichtsbarkeit mit entsprechenden Jugendstrafanstalten, was zu einer Zusammenlegung jugendlicher Straftäter mit Erwachsenen führt, vor allem während der Untersuchungshaft. Jugendliche sind hierdurch Gewalt und Grausamkeiten ausgesetzt (EU-Kommission 2004: 9).

Darüber hinaus ist der Schutz der Rechte von Kindern nicht in ausreichendem Maße gewährleistet, obwohl Moldau die wichtigsten internationalen Übereinkünfte ratifiziert hat. Besonders besorgniserregend ist nach wie vor die schlechte Versorgung in Kinderheimen und deren mangelhafte Ausstattung. Weitere Einschnitte im sozialen Bereich und die anhaltende Armut sind dafür verantwortlich, dass eine zunehmende Anzahl von Familien ihre Kinder nicht ausreichend versorgen können. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt unter dem Existenzminimum (UN-Entwicklungsprogramm 2003). Von den 12.344 in staatlichen Einrichtungen untergebrachten Kindern stammen etwa 80 Prozent aus Familien, die nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen ihre Kinder ausreichend zu versorgen. NRO gehen sogar von einer noch höheren Dunkelziffer von etwa 30.000 Kindern aus, die in Heimen untergebracht sind (EU-Kommission 2004: 10). Mit dem Fehlen einer Sozialpolitik fällt Heimen und staatlichen Pflegeeinrichtungen die wohlfahrtsstaatliche Aufgabe zu, Kinder aus armen Familien zu versorgen. Die Situation für Kinder mit Behinderungen ist besonders schwierig. Armut ist die Hauptursache für den internationalen Menschenhandel mit Folge der sexuellen Ausbeutung und des illegalen Organhandels (AI 2004).

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ist in der Verfassung verankert, obwohl kein spezifisches Recht zur Nichtdiskriminierung erlassen wurde. Die Ungleichbehandlung zwischen den Geschlechtern nimmt allerdings zu, was sich zum Beispiel darin ausdrückt, dass zunehmend weniger Frauen in der öffentlichen Verwaltung und in höheren Bildungseinrichtungen vertreten sind. Darüber hinaus sind Frauen zunehmender Gewalt ausgesetzt und „werden leicht Opfer von Frauenhandel durch kriminelle Organisationen“ (EU-Kommission 2004: 10, vgl. Mindicanu 2004).

Die Religionsfreiheit ist ebenfalls grundsätzlich durch die Verfassung geschützt und wird in der Regel geachtet. Allerdings wird im Juli 2002 vom Parlament ein Gesetz über Glaubensgemeinschaften verabschiedet, das nach Auffassung des Europarats mit der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar ist. Daraufhin wurde ein neuer

geänderter Entwurf erstellt, der allerdings nur teilweise den Anmerkungen des Europarats entspricht (EU-Kommission 2004: 10).

Zu den Parlamentswahlen 2001 und zu den Kommunalwahlen (2003) entsendet die OSZE Wahlbeobachter. Diese bewerten die Wahlen als „frei und fair“ und bestätigen, dass der Ablauf insgesamt internationalen Standards entspreche, obwohl eine Übervorteilung der „Braghis-Allianz“ durch die Schriftmedien festgestellt wird. Die Berichterstattung in den staatlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten ist dagegen relativ objektiv und überparteilich. Allerdings verschlechtert sich nach Angaben der OSZE und des Europarats die Umsetzung demokratischer Grundsätze bei Wahlen. Bei den Kommunalwahlen berichten OSZE-Beobachter von Einschränkungen des Wahlgeheimnisses, Einschüchterung von oppositionellen Kandidaten, Missbrauch von öffentlichen Geldern für Wahlkampfzwecke der kommunistischen Partei sowie ihre Vorteilmahme durch das staatliche Fernsehen (ebd.).

Demgegenüber sieht die EU relativ günstige Rahmenbedingungen für die demokratische Kontrolle der Regierung durch die Zivilgesellschaft, da seit Unabhängigkeit die Zahl der eingetragenen NRO auf etwa 2700 (2001) steigt. Allerdings wurden durch die neue kommunistische Regierung Gesetzesänderungen eingeleitet, die politische Parteien, Stiftungen und Vereine hinsichtlich der Versammlungsfreiheit und des Datenschutzes beeinträchtigen könnten. Gerade die angestrebte Neuregelung, dass Versammlungen mindestens fünfzehn Tage im Voraus bei den zuständigen Behörden angemeldet werden müssen, stößt beim UN-Menschenrechtsausschuss auf Kritik (EU-Kommission 2004: 9). Prinzipiell ist allerdings die Meinungs- und Versammlungsfreiheit gewährleistet, da alle Parteien und Gruppierungen Protestkundgebungen anmelden können (US State Department 2003).

In der Republik Moldau ist ebenfalls die demokratische Kontrolle durch die Medien, der vierten Gewalt im Staat mit bestimmten Einschränkungen gewährleistet und sie agieren „aktiv und unabhängig“. Allerdings werden negative Trends hinsichtlich der Pressefreiheit beobachtet:

“A gradual decline in media rights and freedoms over the last few years raises concern about media access (...). Since the Communist Party's coming to power in Moldova, evidence points to attempts by the party to get control of the media and prevent opposition parties from access” (ADEPT/IFES 2004: 8).

Der prominenteste Fall bei dem die autoritären Züge der kommunistischen Regierung sichtbar werden, ist die umstrittene Umwandlung von dem staatlichen Radiosender TeleRadio Moldova in eine öffentliche Gesellschaft (ebd.). Die Regierung sicherte sich hierbei entscheidende Einflussmöglichkeiten, bei der Umwandlung des einzigen Sen-

ders, der ganz Moldau abdeckt (USSD 2003). Im November 2003 verabschiedet das moldauische Parlament ein Gesetz zur organisatorischen Umstrukturierung von TeleRadio Moldova, bei der ein Drittel der Mitarbeiter entlassen werden sollen.

Darüber hinaus wird die regierungstreue Liga von Berufsjournalisten im Jahre 2003 als Alternative zum Moldauischen Journalistenverband gegründet, der die Demonstrationen gegen die Regierung tatkräftig unterstützt.

Woronin begrüßt den Parlamentsbeschluss zur Abschaffung des Verleumdungsartikels 170 des Strafgesetzbuches, der die strafrechtliche Verfolgung mit bis zu fünf Jahren Gefängnis für Journalisten wegen Verleumdung vorsieht.

Trotzdem werden immer noch kritische Zeitungen in Gerichtsverfahren mit hohem Streitwert involviert (DW-Monitor 2004).

Die rumänischsprachige Mehrheit, die immerhin 65 Prozent der Bevölkerung ausmacht, muss hinnehmen, dass Russisch die bei weitem dominierende Sprache in der moldauischen Medienlandschaft darstellt (Clej/Cantir 2004: 56). Darüber hinaus wird die Ausstrahlung rumänischer Programme behindert. Beispielsweise wurde die Ausstrahlung der Sendungen der rumänischen TV-Station *TVR1* von den moldauischen Behörden am 10. August 2002 untersagt. Nachdem das Wochenjournal *Jurnal de Chisinau* eine Protestkundgebung ankündigte wurde allerdings die Ausstrahlung am 21. März 2004 wieder aufgenommen. Zur Begründung der vorübergehenden Schließung wurde angeführt, dass unbeglichene Zahlungsverpflichtungen des Senders gegenüber der Regierung bestanden hätten und dass der Vertrag zur Ausstrahlung der Programme nicht fristgerecht erneuert worden wäre (RwB 2004).

Die Mehrzahl der moldauischen Massenmedien sind parteiisch und befolgen die Regierungslinie sowie die politische Linie der führenden Partei (Clej/Cantir 2004: 56). Medien, die sich von der offiziellen Linie distanzieren und eine kritische Berichterstattung praktizieren, sehen sich unterschiedlich weitreichenden Repressionen ausgesetzt (Gribincea/Grecu 2004: 10). Diese reichen von Gerichtsverfahren und Einschüchterungsversuchen bis hin zu physischen Aggressionen gegenüber Journalisten. In dem Jahresbericht von 2004 weisen die *Reporter ohne Grenzen* auf zwei Fälle hin, bei denen Journalisten attackiert wurden. Im Jahre 2003 stuften die *Reporter ohne Grenzen* die Situation der moldauischen Presse auf Platz 94 (von 166 Ländern) ein (RwB 2003).

Insgesamt zeichnet sich im Hinblick auf die demokratische Konsolidierung ein uneinheitliches Bild ab. Zwar hat sich die Republik seit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die kommunistische Partei zu keinem autoritären Staat entwickelt, allerdings sind autoritäre Tendenzen deutlich erkennbar.

In der Analyse zeigt sich auch, dass die Republik Moldau zu keinem Zeitpunkt die Kopenhagener Kriterien im Hinblick auf Demokratie und Rechtstaatlichkeit einhält.

5.3.4.2 Wirtschaftspolitik der kommunistischen Regierung

Ende der neunziger Jahre tritt Moldau an die Stelle von Albanien als ärmstes Land in Europa, obwohl die moldauische Wirtschaft nach einem dramatischen Rückgang um 65 Prozent (1991 bis 1999) seit 2000 langsam Fahrt aufnimmt (2000: 2,1 Prozent; 2001: 6,1 Prozent; 2002: 7,2 Prozent; 2003: 6,3 Prozent) und sich das Wachstum von sieben Prozent im Jahre 2004 verfestigt. Das BSP pro Kopf übersteigt 2003 mit 541 US-Dollar zum ersten Mal wieder das Niveau von vor der Russischen Wirtschaftskrise (1998). Das monatliche Durchschnittseinkommen beträgt allerdings trotz der eingeleiteten Trendwende lediglich etwas mehr als 67 US-Dollar und deckt damit nur etwa 75 Prozent des Existenzminimums ab (2003).

Die Republik Moldau bleibt weiterhin hochverschuldet und hat nur einen geringen Devisenzufluss durch Exporterlöse (2003: 806 Millionen US-Dollar). Das Außenhandelsdefizit 2003 beträgt 622 Millionen US-Dollar. Die Zahlungsunfähigkeit der Republik Moldau konnte 2002 gerade noch abgewandt werden, aber die schlechten Witterungsbedingungen 2003 führen zu massiven Ernteausfällen. Es kommt sogar in manchen Gebieten zu Nahrungsmittelknappheit. Die kommunistische Regierung versäumt es, sich durch Privatisierungserlöse neue finanzielle Spielräume zu schaffen, da der Privatisierungsprozess unter ihr praktisch erlahmt:

“Implementation of the last stage of the privatisation programme for large enterprises (the two remaining energy distribution networks, Moldtelecom, wineries and distilleries) has been postponed. 20 per cent of Moldova’s industrial sector is still owned by the state. These enterprises drag down industrial growth. In 2002, their output declined by 10 per cent, while the sector grew 11 per cent overall thanks to the strong performance of privatised companies and those with foreign capital” (Spanu 2004: 105).

Als Folge der Regierungsübernahme der Kommunisten, dem weiterhin bestehenden unsicheren Rechtsrahmen und der anhaltenden hohen Korruption gingen die ausländischen Direktinvestitionen in 2002 um 38 Prozent zurück (Neukirch 2003: 21, vgl. Rosca 2003: 17). Die wenigen Unternehmen, die in Moldau Investitionen tätigen, kommen aus Russland. Der angestrebte Beitritt zur RBU und die Absicht der eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft³⁶ beizutreten, begünstigt zudem nicht die Anwerbung westlicher Investoren.

Eine Diversifizierung an Produkten und eine Neuausrichtung des Exports bleibt ebenfalls aus.

³⁶ Zu den Mitgliedern der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft zählen Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan. Moldau und Ukraine besitzen seit Mai 2002 einen Beob-

Die GUS bleibt der wichtigste Absatzmarkt für moldauische Produkte mit fast 52 Prozent (2002). Eine grundlegende Umorientierung findet lediglich bei den Einfuhren statt, während 1994 noch über 70 Prozent der Einfuhren aus der GUS stammten, waren es 2001 lediglich etwa 37 Prozent. Der Anteil der Einfuhren aus der EU stieg entsprechend auf etwa 27 Prozent (2003) und auf 38,5 Prozent (2004, EU-25).

Makroökonomische Indikatoren (1999 bis 2003)

	1999	2000	2001	2002	2003
BIP (%)	-3,4	2,1	6,1	7,2	6,3
Erwerbslosigkeit nach ILO (%)	11,1	8,5	7,3	6,8	7,9
Inflation (%)	43,7	18,4	6,3	4,4	15,7
Wechselkurs (Lei/USD)	10,52	12,43	12,87	13,57	13,94
Außenhandelsbilanzdefizit (USD Mio.)	-137	-294	-313	-378	-622
Ausländische Direktinvestitionen (USD Mio.)	38	136	146	116	58
BIP pro Kopf, (USD)	327	354	408	448	541
Auslandsschulden, (USD Mio.)	935	1022	955	987	1008

Quelle: National Bank of Moldova (vgl. Gudim 2004b).

Belastend für die wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich die schlechte Zusammenarbeit zwischen der moldauischen Regierung und der Weltbank sowie dem IWF aus, die zur mehrfachen Aufschiebung zur Auszahlung von Krediten führt. Davon ist insbesondere die Finanzierung des zwischen IWF und der Republik Moldau 1999 vereinbarten *Programms für Nachhaltiges Wachstum und Armutsreduzierung* (Sustainable Growth and Poverty Reduction Program – SGPRP) betroffen (Rosca 2003: 17). Im Mittelpunkt der Kritik steht, dass die moldauische Regierung zahlreiche Entscheidungen ohne vorherige Absicherung der Kosten, getroffen hat. Beispielsweise betrifft dies die Entscheidung zur Erhöhung der Renten für Kriegsveteranen. Ebenso ist nach Ansicht des IWF die rückwärtsgewandte Verwaltungsreform „eine Tendenz zur graduellen Rückkehr zu einer Planwirtschaft sowjetischen Stils“ (Neukirch 2003: 22). Gudim und Hensel kommentieren die kommunistische Wirtschaftspolitik folgendermaßen:

“The CPRM has only partially retreated from its state-centred economic agenda, and still hopes to achieve many of its goals not through radical reforms but through administrative methods, such as strengthened tax administration, increased domestic borrowing, and legislating minimum wage increases. Although some of these measures have helped to raise incomes and contributed to economic expansion since the CPRM came to power, the party's continued resistance to real reform is worrisome, and several of the most important structural reforms have slowed noticeable since 2001” (Hensel/Gudim 2004: 98).

Entscheidend aber für die schleppenden Reformfortschritte ist das schwache marktwirtschaftliche Profil und der inkonsistente Kurs der kommunistischen Partei:

“While the country's GDP continued to expand, inflation intensified, the trade balance worsened, and state external and internal debt increased. Most importantly, the CPRM has been unable to develop clear answers to several basic questions, including how to improve

the entrepreneurial and investment climate, how to bring the shadow economy into the open, and how to deal with the pervasive problem of corruption" (ebd.). Insgesamt kommt es in der Phase vor der Osterweiterung zur wirtschaftlichen Trendwende. Obwohl in Moldau kein gutes Investitionsklima herrscht, kommt es wegen des niedrigen Ausgangsniveaus zu wirtschaftlichem Aufschwung. Die kommunistische Regierung hat es versäumt, eine funktionierende Marktwirtschaft entsprechend der Kopenhagener Kriterien zu etablieren.

5.3.4.3 Europapolitische Orientierung

Wie bereits dargestellt gehört die kommunistische Partei als einzige im Parlament vertretene Fraktion nicht zu den Unterzeichnern der Erklärung für die EU-Mitgliedschaft (Mai 2000). Im Wahlkampf trat die kommunistische Partei mit einer pro-russischen Agenda und der Forderung nach einem Beitritt zur RBU an (Neukirch 2003: 21, vgl. Timmermann 2003). Mit dieser rückwärtsgewandten Politik gewinnt die kommunistische Partei und die kommunistische Regierungszeit beginnt mit einer nostalgischen Anti-EU-Agenda. Allerdings zeigt sich, dass die kommunistische Partei sich sukzessiv in das EU-Integrationsspektrum der politischen Parteien einreihet.

Als geschickter politischer Taktierer nimmt der Vorsitzende der kommunistischen Partei und Präsident des Landes, Woronin, die Stimmung in der Bevölkerung auf und weiß, dass Veränderungen nur dann erfolgen können, wenn seine Wähler „mitgenommen“ und keinem abrupten radikalen Politikwechsel ausgesetzt werden. Woronin berücksichtigt daher die innenpolitischen Stimmungen und die Interessen seiner Kernwählerschaft um so mehr, weil der Weg in die EU nicht durch EU-Institutionen und EU-Mitgliedstaaten abgesichert wird. Im Gegensatz zur politischen Führung in den MOE und den SOE kann Woronin keine radikalen Reformen mit dem Hinweis durchpeitschen, dass nach der schmerzhaften Durststrecke der EU-Beitritt als Belohnung wartet. Begünstigender Faktor für einen zunächst vorsichtigen EU-Annäherungskurs liegt in der sich verfestigenden Pro-EU-Haltung der Bevölkerung. Woronin „übernimmt“ deshalb das bislang der Opposition zugeordnete Europa-Thema. Die Umfragewerte bei der Sonntagsfrage – *wenn am Sonntag über einen EU-Beitritt abgestimmt werden würde, wofür würden Sie sich entscheiden?* – weisen auf einen großen Rückhalt der EU-Integration mit 61 Prozent in der Bevölkerung hin (April/Mai 2003) (IPP 2003). Ein Jahr später, unmittelbar vor der EU-10-Erweiterung, liegen die Umfragewerte ebenfalls hoch bei 56,5 Prozent (April/Mai 2004). Bemerkenswert ist der Wandel bei der Kernwählerschaft der kommunistischen Partei, die sich ebenfalls gegenüber einer EU-Beitrittsperspektive öffnet, die russischen und ukrainischen Bevölkerungsgruppen unterstützen zunehmend den EU-Beitritt (2004: 27,4

Prozent der Russen; 36,6 Prozent der Ukrainer). Als politischer Strategie versucht Woronin dem wachsenden Klientel der EU-Befürworter Rechnung zu tragen und richtet entsprechend die politische Agenda darauf aus.

Die anfängliche Zurückhaltung Woronins hinsichtlich der Forderung nach einem EU-Beitritt kann zudem dadurch erklärt werden, dass er als rational handelnder politischer Akteur das Land nicht leichtsinnig einem schädlichen Interessengegensatz mit Russland aussetzt, von dem Moldau abhängig ist. Erst als deutlich wird, dass die strategische Partnerschaft mit Russland die Verhandlungen in dem innenpolitisch virulentesten Spannungsfeld – Transnistrien – nicht weiterbringt, wächst die Bereitschaft sich von Russland zu distanzieren.

Außenpolitische Widersprüche und ein politischer Zick-Zack-Kurs der kommunistischen Partei sind zudem darauf zurückzuführen, dass der überwiegende Teil der Vertreter der Partei im Kontext des Kalten Krieges sozialisiert wurde und nicht über intensive Kontakte in die EU oder über ein tiefgehendes Verständnis der EU verfügen. Die Erkenntnisse über das politische System wachsen in der politischen Klasse nur langsam, weil unter anderem nur wenige Politiker abgesehen von Russisch über Fremdsprachenkenntnisse verfügen. Somit bleibt die EU für einen erheblichen Teil der Politiker ein fremdes Gebilde. Aus der Unkenntnis über das Funktionieren der EU und den geringen Anknüpfungspunkten zum sozialen Lernen, gestaltet sich die Annäherung an die europäischen Werte wie Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Marktwirtschaft unter den Rahmenbedingungen einer verarmten Gesellschaft als äußerst eklektisch. Ein gegenteiliger Trend ist teilweise auf der Ebene der breiteren Bevölkerung zu beobachten. Dieses besondere Europäisierungsphänomen wird durch die hohe Arbeitsemigration hervorgerufen, von der fast jede Familie in Moldau betroffen ist. Durch einen verstärkten Kontakt und die Bindung ins EU-Ausland sowie durch die in Moldau empfangenen rumänischen Medien wird die öffentliche Meinung zugunsten einer stärkeren Orientierung am europäischen Ausland beeinflusst. Von dem in der EU erarbeiteten Gehalt werden in Moldau Häuser gebaut und kleinere Geschäfte gegründet, die von Heimkehrern oder ihren Familienangehörigen betrieben werden. Somit werden die Kenntnisse und Fähigkeiten, die im Ausland erworben werden, in die moldauische Gesellschaft hineingetragen.³⁷ Allerdings zeichnen sich in der politischen Klasse Moldaus auch einige Lernerfolge ab. Wurde der EU-Beitritt zunächst als Entscheidung einer außenpolitischen Bündnispolitik betrachtet, setzt sich zunehmend auch die Erkenntnis zur Notwendigkeit eines inneren Wandels durch. Zumindest auf der rhetorischen Ebene wird die gesamtgesellschaftliche Aufgabe zur Umsetzung der Kopenhagener Kriterien zunehmend gefordert, wie beispielsweise der moldauische Außenminister Michail Dudau aus Anlass der Eröffnung eines von Deutschland ge-

förderten EU-Trainingsprogramms für moldauische Verwaltungsangestellte im Oktober 2002 erklärt.³⁸

Obwohl EU-Integration seit 1996 fester Bestandteil in jedem Regierungsprogramm gewesen ist, bleibt es die kommunistische Regierung, die die Europäisierung institutionalisiert und das erste Konzept zur EU-Integration entwickelt. Die Ende 2002 eingerichtete interministerielle Nationale Kommission zur Integration in die EU unter Leitung des Premierministers Tarlev nimmt das Konzept zur EU-Integration im September 2003 an, das an die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Kommission geleitet und dem Hohen Repräsentanten der Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, durch den Stellvertretenden Außenminister Andrei Stratan überreicht wird (Oktober 2003). Zudem kommen zu der im Außenministerium eingerichteten Abteilung zur EU-Integration weitere Referate, Unterabteilungen und Abteilungen in allen Linien-Ministerien hinzu (2003). Daneben wird ein parlamentarischer Ausschuss zur EU-Integration unter dem Vorsitz des Stellvertretenden Parlamentspräsidenten Mihai Camerzan im Februar 2003 eingerichtet. Damit verfügt die Republik Moldau über ein erstes administratives und parlamentarisch-institutionelles Gerüst zur EU-Integration, das allerdings in personeller und technischer Hinsicht den Anforderungen nicht gewachsen ist. Unter inhaltlichen Gesichtspunkten sind die Verwaltungsmitarbeiter, Politiker und ihre Mitarbeiter nicht ausreichend in EU-Themen qualifiziert und in prozessualer Hinsicht sind die Aufgaben unklar und die Kompetenzen ineffizient verteilt. Die Nationale Kommission zur EU-Integration ist zudem ein Gremium, das nur sporadisch tagt und auch die von Präsident Woronin durch ein präsidentielles Dekree in Auftrag gegebene Europäische Strategie unter Leitung des Kommissionsmitglieds Dr. Valeriu Gheorghiu wird nur unzureichend von den betreffenden Ministerien unterstützt.

Die formale Einrichtung der Steuerungs- und Verwaltungsgremien kann einerseits als eine *window-dressing*-Maßnahme betrachtet werden, weil hierdurch nur geringe Impulse in die Verwaltungsstruktur und den Verwaltungsablauf hineingegeben werden. Andererseits ist die Schaffung von Verwaltungseinheiten, dem parlamentarischen Ausschuss und der Nationalen Kommission als ein erster Schritt zur institutionellen Europäisierung zu bewerten. Insgesamt stellt sich die Ineffizienz der moldauischen Verwaltung als ein strukturelles Problem dar, worunter auch das „Europa-Thema“ im Verwaltungsalltag

³⁷ Zu den Grenzen und Bedingungen der Europäisierung der moldauischen Medien siehe insbesondere Unterkapitel: 5.4.4 d) Medienfreiheit, S. 240.

³⁸ Das im Rahmen des Stabilitätspaktes geförderte Projekt wird von den deutschen Fachpartnern Institut für Europäische Politik und der Carl-Duisberg Gesellschaft und dem moldauischen Partner Institute for Public Policy seit 2002 betrieben. Der Eröffnungsworkshop lief unter dem Kapitel: *The*

leidet. Allerdings ist eine Grundlage des operativen „Europäisierungsgeschäfts“ in der Legislative und der Exekutive geschaffen worden, womit Versäumnisse oder Mängel an konkreter Stelle identifiziert werden können. Dies ist ein Fortschritt unter der kommunistischen Führung gegenüber den bisherigen kurzlebigen Regierungen der Oppositionsparteien. EU-Integration wird nicht nur gewünscht, sondern im Verwaltungsapparat sichtbar und schlägt sich im nationalen Konzept zur EU-Integration nieder.

In dem Konzept zur EU-Integration wird der Anschluss an die auf die Osterweiterungsgruppe folgende Südosterweiterungsgruppe (westlicher Balkan) gesucht. Dabei ist die am 28. Juni 2001 erfolgende Mitgliedschaft im Stabilitätspakt ein wichtiger Teilschritt in der Strategie die post-sowjetische PKA/TACIS-Kategorie zu verlassen und in den von der EU perzipierten südosteuropäischen Nachbarschaftsraum eingeordnet zu werden. Wie bereits dargestellt, wird in dem Konzept auf den zügigen Abschluss eines SAA abgezielt, der in der Zeit zwischen 2004 bis 2007 vorbereitet werden soll. Der kurzfristige Abschluss eines SAA wird nicht nur aus pragmatischen Gründen zur Erreichung einer EU-Beitrittsperspektive angestrebt, sondern auch mit der Hoffnung verbunden, Fortschritte bei der Überwindung der Spaltung des Landes zu erreichen. Dahinter steht die Idee, dass die Bürger in Transnistrien unter Umgehung des dort herrschenden Regimes von der Ausstrahlungskraft der EU-Integration direkt angesprochen werden und dies innere Stabilisierungsprozesse für das Land auslöst, die genauso erfolgreich wie auf dem westlichen Balkan verlaufen. Die EU-Integration wird somit nicht nur von der moldauischen Gesellschaft als Ziel des Transformationsprozesses betrachtet, sondern auch von der Regierung als Mittel zur Motivation für den Reformprozess und Herstellung der staatlichen Einheit eingesetzt.

In der Ausdrucksweise des nationalen Konzepts zur EU-Integration zeigt sich ebenfalls, dass sich Chisinau mittlerweile der Sprache bedient, die die EU von einem reformorientierten Land erwartet. Früher wurde der EU-Beitritt von moldauischer Seite vor allem auf einer moralischen Ebene eingeklagt und eine Ungerechtigkeitsrhetorik kultiviert, die Moldau als eines der wenigen Länder von Europa ausgegrenzt sieht. Beispielsweise dominierte diese Art von Ungerechtigkeitsdebatte bei der als „Ablehnung von Helsinki“ empfundene Entscheidung des Europäischen Rats von Helsinki im Dezember 1999 Beitrittsverhandlungen mit weiteren sechs Bewerberländern aufzunehmen, ohne die Republik Moldau zu berücksichtigen (Skvorcova 2001).³⁹ Im nationalen Konzept zur EU-Integration ist eine solche Rhetorik, die die EU unter moralischen Legitimationsdruck zu setzen versucht, von untergeordneter Bedeutung. Die Erbringung der Reformleistung

European Union and the Republic of Moldova: Actual Relationship and Perspectives, Palast der Republik, Chisinau Oktober 2002.

³⁹ Mit den Bewerberländern Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und Slowakei wurden in Helsinki die EU-Beitrittsverhandlungen eröffnet.

wird im Konzept vor allem als interner Europäisierungsprozess begriffen, der auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien abzielt. Allerdings zeigt sich durch das Ausbleiben des hierin angekündigten *Screenings* der moldauischen Gesetzgebung mit dem Acquis und den strukturellen und wirtschaftlichen Reformen, dass sich die Veränderungen vor allem auf rhetorischer und nicht auf substantieller Ebene vollziehen.

Vor dem Hintergrund der nationalen Konzeption zur EU-Integration lehnt die Republik Moldau die *Wider-Europe*-Idee der EU aus folgenden Gründen ab:

“The Chisinau government was the first to reject the „Wider Europe“ concept and the inclusion of Moldova in it. Typically, the arguments from Chisinau for rejecting the Wider Europe offer from Brussels referred to the (Southeast) Europeaness of Moldova and the risks of exclusion, ranging from the future Schengen border at the Pruth River, growing disparities between EU countries and neighbours, domestic and regional stability risks resulting from popular disillusionment at the European “rejection” and a possible re-orientation towards the East” (Meurs 2004: 8).

Allerdings führt die Ablehnung der Idee zum Kreis des erweiterten Europas zu gehören nicht zum Boykott des Wider Europe Angebots. Die politische Führung Moldaus geht aus pragmatischen Gründen auf die Kooperation ein, weil das Kooperationsangebot der EU über den Satus quo hinausgeht und eine Reihe von Vorteilen beinhaltet. Der Zielkonflikt bleibt dennoch bestehen: Moldau strebt den EU-Beitritt an und das Wider-Europe-Konzept zielt auf eine Nicht-Mitgliedschaft ab. Die moldauische Regierung versucht diesen später dadurch zu lösen, dass die bilateralen Aktionspläne zur moldauischen Beitrittsstrategie zur EU-Integrationsstrategie umfunktioniert werden sollen.

5.3.5 Vertiefung und Erweiterung

Die zunehmende Konkretisierung des Erweiterungsprozesses führt zu einer Wiederbelebung der Debatte über den Zusammenhang von Vertiefung und Erweiterung, die von technisch-prozeduralen Erweiterungsfragen überlagert wurde. Die schiere Anzahl von zehn Kandidatenländern, die die EU in kurzer Zeit auf eine Größe von 25 Mitgliedstaaten katapultiert, erfordert eine verstärkte Auseinandersetzung über die langfristige politisch-institutionelle Gestalt der Union (Wallace 2003a, b, Schmierer 2003). Obwohl der Europäische Rat von Nizza (19./20. Juli 2000) keine ausreichenden Voraussetzungen für die Erweiterung schafft (Ausweitung der Mehrheitsentscheidung bleibt unzureichend), wird auf dem Europäischen Rat von Göteborg (15./16. Juli 2001) erstmals explizit das von den Bewerberländern lange geforderte Zieldatum für den Beitritt genannt. Die Länder, die die Voraussetzungen für einen Beitritt erfüllen, sollen an den Europawahlen im Jahr 2004 teilnehmen.⁴⁰ Allerdings stehen die mangelhaften administrativen Kapazitäten in den Bewerberländern genauso wie die Schwierigkeiten der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes im Mittelpunkt der Kritik. Die Schluss-

phase der Beitrittsverhandlungen mit einzelnen Kandidatenländern ist von den harten Auseinandersetzungen um die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Freizügigkeit von Kapital geprägt. Daneben kristallisieren sich die Bereiche Justiz und Inneres, Umwelt sowie Agrar- und Strukturpolitik als schwierige Verhandlungskapitel heraus. Mit dem Europäischen Rat in Kopenhagen (12./13. Dezember 2002) werden aber die fast fünf Jahre währenden Beitrittsverhandlungen mit zehn Ländern feierlich besiegelt.

Der Europäische Rat in Laeken (14./15. Dezember 2001) beschließt die Einsetzung eines Konvents zur Zukunft Europas, auf dem Reformvorschläge für die Handlungsfähigkeit für eine erweiterte Union erarbeitet werden sollen. Der Konvent über die Zukunft der EU nimmt im Februar 2002 seine Arbeit auf und legt seinen Entwurf für eine Europäische Verfassung am 20./21. Juli 2003 auf der Regierungskonferenz in Thessaloniki vor.⁴¹ Am 4. Oktober 2003 wird die Regierungskonferenz in Rom eröffnet und als problematisch erweist sich das vorgeschlagene Prinzip einer doppelten Mehrheit. Auf der abschließenden Sitzung der Regierungskonferenz kommt es am 13. Dezember 2003 zum vorläufigen Scheitern der Gespräche über eine europäische Verfassung, weil insbesondere die deutsch-polnischen Differenzen hinsichtlich der Abstimmungsmodi nicht gelöst werden konnten.

Während der Vertiefungsprozess schleppend verläuft, unterzeichnen Mazedonien (9. April 2001) und Kroatien (29. Oktober 2001) mit der EU SAA und erhalten somit eine mittelfristige Beitrittsperspektive (EU-Kommission 2001).⁴² Allerdings wird eine verstärkte Diskussion über die Grenzen der EU durch den Kommissionspräsidenten Romano Prodi eingeleitet. Damit signalisiert Prodi ein absehbares Ende der geographischen Ausdehnung der Union (vgl. DIE ZEIT 2002). Daneben hält die EU allerdings an ihren gegebenen Versprechen fest und bestätigt in ihrem zweiten Jahresbericht über den SAP die Beitrittsperspektive für die Länder des westlichen Balkans (Veröffentlichung 26. März 2003). Der Heranführungsprozess Südosteuropas soll in Anlehnung an die erfolgreichen Beitrittspartnerschaften für MOE nach den Vorstellungen der EU-Kommission auch für den westlichen Balkan gelten. Zusätzlich werden die einzelnen westlichen Balkanstaaten langsam in die Teilnahme an den Vorbeitrittshilfen (PHARE, ISPA und SAPARD) einbezogen (vgl. Altmann 2003a/b).

Insgesamt zeichnet sich am Vorabend der Erweiterung auf eine EU-25 das Bild einer EU, die entscheidende Vertiefungsschritte nicht vollzogen hat, aber auf der anderen Sei-

⁴⁰ Der Europäische Rat in Sevilla wird das Ziel der EU bestätigt, die Bewerberländer an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahre 2004 als Mitglieder teilnehmen zu lassen.

⁴¹ Der Konvent besteht aus 105 Mitgliedern, zu denen Regierungsvertreter und Parlamentarier der 28 EU-Mitglieds- und Kandidatenländer als auch Vertreter der Kommission und des Europäischen Parlaments.

⁴² Kroatien stellt am 20.2.2003 einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft.

te mit weiteren Mitgliedschaftsbegehren konfrontiert wird. Als Reaktion zeigt sich immer mehr die Schaffung einer Alternative zur EU-Mitgliedschaft. Die Implikationen für Moldau sind die, dass die Bereitschaft zur Aufnahme neuer Mitglieder sinkt.

5.4 Die Entwicklung der bilateralen Beziehungen (Post-2004 bis Mitte 2006)

In der vierten betrachteten Phase sind die EU-Moldau-Beziehungen von den Folgeerscheinungen der Erweiterung der EU-15 auf eine EU-25 vom 1. Mai 2004 geprägt. Die Ablehnung der EU-Verfassung durch die niederländische und französische Bevölkerung stellt den vorläufigen Höhepunkt der Erweiterungsmüdigkeit der Bevölkerung dar. War die Erweiterungspolitik seit dem Gipfeltreffen von Kopenhagen 1994 für eine Dekade der wichtigste Baustein in der europäischen Außenpolitik, so zeichnen sich nunmehr Entwicklungslinien ab, die sich verstärkt innenpolitischen Themen und der Konsolidierung der EU-25 widmen. Insbesondere die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit hat sich zu einem der zentralen Themen nicht nur der nationalen politischen Agenden, sondern auch für die EU-Kommission entwickelt. Dabei scheinen die Lösungskonzepte zwischen nationaler und europäischer Ebene erheblich zu divergieren, wie beispielsweise an der Diskussion über die EU-Dienstleistungsrichtlinie nachzuvollziehen war. Einerseits tritt die EU-Kommission für eine stärkere Liberalisierung der Märkte (insbesondere für die Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Dienstleistungsfreiheit) ein, während andererseits in einzelnen EU-Mitgliedstaaten die Ängste vor dem Arbeitsplatzverlust durch „Billigarbeitskräfte“ (deutsche Debatte) oder die „polnischen Klempner“ (französische Debatte) geschürt werden. Die hohe Arbeitslosigkeit, die schleppende wirtschaftliche Entwicklung und der Stillstand hinsichtlich der Weiterentwicklung von EU-Institutionen, Verfahren und Politikfeldern durch die Ablehnung der Verfassung richten den Blick der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten verstärkt ins Innere der EU.

Durch die Erweiterung nach Osteuropa sind die früher durch einen Gürtel von MOEL entfernt liegenden Länder unmittelbare Nachbarn der EU geworden. Auch Moldau wird mit dem Beitritt Rumäniens ab dem 1. Januar 2007 direkter Nachbar der EU sein. In der EU-Politik gegenüber Moldau zeigen sich divergierende Interessen der alten und neuen Mitgliedstaaten, die sich unter anderem in der Frage der EU-Beitrittsperspektive unterscheiden. Die alten EU-Mitgliedsstaaten können sich jedoch mit der ENP durchsetzen, in der keine Mitgliedschaft vorgesehen ist, was die These 1 bekräftigt. Die unterschiedlichen Haltungen der beiden Staatengruppen innerhalb der EU können auf einen rationalistischen Handlungsrahmen zurückgeführt werden (Unterkapitel 5.4.1).

Aber auch aus konstruktivistischer Sicht kann die Abgrenzung zu Moldau wie auch in den vorangegangenen Phasen partiell sinnvoll erklärt werden. Die EU grenzt sich von Moldau ab, weil es sich nicht ausreichend an dem liberaldemokratischen Rahmen orientiert. Jedoch zeigt sich in der Betrachtung, dass der konstruktivistische Ansatz einigen Einschränkungen zur Erklärung der Erweiterungspolitik unterliegt (Unterkapitel 5.4.2).

Die Erarbeitung der einzelnen Komponenten der ENP sind als Fortschritt zum techni-

schen PKA-Rahmen zu bewerten. Konzeptionelle Probleme in der ENP zeigen sich jedoch bereits, die eine zielgerichtete erfolgreiche Modernisierungspolitik einschränken. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die EU durch die ENP Moldau einem stärkeren europäischen Sozialisationsprozess aussetzt und eine Intensivierung bei entsprechender Kooperation in Aussicht stellt. Allerdings fehlen vergleichbare Transformationsimpulse und Mechanismen in Moldau, wie diese durch die EU-Beitrittsperspektive und einen systematischen Heranführungsprozess den MOEL ermöglicht wurde (vgl. These 2) (Unterkapitel 5.4.3).

Die Betrachtung der Anpassungsleistung der Republik Moldau an die Werte, Normen und Regelungen der EU zeigen auch in dieser Post-2004-Phase erhebliche Defizite bei den institutionellen Reformen zur Demokratisierung des Landes. Allerdings lassen sich auch weitere Schritte zur Modernisierung des Landes nachvollziehen, die aber keine Handlungsnotwendigkeit für die EU darstellen, Moldau eine EU-Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen (vgl. These 3) (Unterkapitel 5.4.4).

In der Erweiterungs- und Vertiefungsdebatte lässt sich ein restriktiveres Vorgehen in der Erweiterungspolitik identifizieren. Zudem zeigt sich in der Post-Erweiterungsphase die EU in einem Zustand, in der die politischen Akteure insbesondere daran interessiert sind, das bisher Erreichte zu konsolidieren und abzusichern. Diese aktuelle Situation macht deutlich, dass das *window of opportunity* einer möglichen Beitrittsperspektive für Moldau mangels fehlender Anpassungsleistung des Landes sowie veränderter zweckrationaler EU-Interessen geschlossen ist. Insofern belegt diese Entwicklung einerseits das in These 1 formulierte zweckrationale Kalkül seitens der EU sowie andererseits die in These 2 identifizierten verpassten Chance Moldaus angesichts des eingeleiteten Paradigmenwechsels in der EU-Erweiterungspolitik (Unterkapitel 5.4.5).

5.4.1 Interessen der EU-Mitgliedstaaten und die Leistungsfähigkeit der EU: Rationalistischer Ansatz

Neben dem sich unter den alten EU-Mitgliedstaaten abzeichnenden Trend zur Erweiterungsmüdigkeit werden hingegen nationale Interessen vor allem der neuen östlichen EU-Mitgliedstaaten, die zu einer Befürwortung der zukünftigen Aufnahme ihrer östlichen Nachbarn neigen, zunehmend sichtbar (vgl. Unterkapitel 5.3.1). Unterstützung findet insbesondere die aus Polen, den baltischen Staaten und Ungarn bestehende Gruppe aus Beitrittsbefürwortern durch Schweden und Großbritannien, die sich für eine grundsätzliche Offenheit gegenüber Staaten einsetzen, die die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Diese sich unter den EU-Mitgliedstaaten in der Minderheit befindende Gruppe setzt sich in den Entscheidungsgremien der EU für eine konditionierte Beitrittsperspektive der

östlichen Nachbarn ein.

Neben der politischen Interessenvertretung innerhalb der EU-Institutionen und auf intergouvernementaler Ebene besteht eine zweite Komponente der Unterstützung der neuen Mitgliedstaaten für ihre östlichen Nachbarn im *capacity-building* der Exekutive, Legislative und der Zivilgesellschaft durch bilaterale Beratungs- und Trainingsmaßnahmen sowie Studienaufenthalten und Konferenzen. In der Republik Moldau führen fast alle neuen EU-Mitgliedstaaten aktive Maßnahmen zum *capacity-building* durch.⁴³

Zusätzlich zu den neuen EU-Mitgliedstaaten engagieren sich auch die „alten“ in Moldau. Vor allem die britische Regierung hat seit 2005 eine Reihe von Trainingsmaßnahmen zur EU-Integration für Verwaltungsmitarbeiter der Republik Moldau durchgeführt und zudem wurden von der britischen Botschaft Wettbewerbe zu EU-Integrationsprojekten für NRO ausgeschrieben. Daneben fördert das EU-Programm TACIS ein umfangreiches Projekt in Höhe von 3,9 Millionen Euro zur Harmonisierung der EU-Gesetzgebung mit nationalem moldauischen Recht. Zwar unterstützen die EU-Projekte und das deutsche bilaterale Projekt im Gegensatz zu den „neuen“ EU-Staaten und Großbritannien nicht den EU-Beitritt der Republik, allerdings bereiten sie die moldauische Verwaltung und Gesellschaft auf demokratische und marktwirtschaftliche Strukturen vor, die eine Grundvoraussetzung für einen Beitritt darstellen.

Die Beratungs- und Trainingsangebote der internationalen Geber – insbesondere von dem Stiftungsgründer George Soros, der den EU-Beitritt Moldaus mit Programmen unterstützt – besitzen eine wichtige symbolische Komponente und können oftmals durch *best-practice* Erfahrungen auch technische Probleme lösen. Allerdings zeigt sich, dass die Unterstützungsleistungen ad hoc und teilweise zu wenig systematisch auf den Bedarf Moldaus zugeschnitten sind.

Dieser einführende Abschnitt sollte auf die unterschiedlichen Interessenlagen der EU-Mitgliedstaaten hinweisen, die sich mindestens in zwei Lager aufteilen lassen. In dem größeren und stärkeren der beiden Lager stehen die EU-Mitgliedstaaten, die durch die Erweiterungsmüdigkeit geprägt sind und sich für eine umfassende Konsolidierung der EU einsetzen. Dies bedeutet für Beitrittsaspiranten, dass sich der EU-Beitritt zeitlich verzögern oder langfristig ganz ausgeschlossen wird. Im gegenüberliegenden Lager stehen die neuen EU-Mitgliedstaaten gemeinsam mit Großbritannien und Schweden, die eine

⁴³ Beispielsweise organisierte die polnische Botschaft eine Studienfahrt von moldauischen Verwaltungsmitarbeitern zum polnischen Europa-Ministerium (2004), ein Mitarbeiter des litauischen Außenministeriums berät seit 2006 die Abteilung für EU-Integration im moldauischen Außenministerium und darüber hinaus werden Studienfahrten nach Riga für moldauische Parlamentsmitarbeiter angeboten. Die tschechische Regierung führt im September 2006 eine Konferenz zur Lösung des Transnistrienkonflikts durch. Ebenso unterstützt die ungarische Regierung das moldauische Parlament durch ein Beratungsprojekt (Interview Horvarth Juli 2006). Daneben setzt sich die deutsche Bundesregierung für die Annäherung Moldaus an die EU durch Beratungs- und Trainingsmaßnahmen (seit Oktober 2002) ein.

konditionierte Mitgliedschaftsperspektive gegenüber den östlichen Mitgliedstaaten verfolgen (vgl. Lynch 2003). Ihre Haltung drückt sich nicht nur in Stellungnahmen und in Abstimmungsprozessen innerhalb der EU-Institutionen aus, sondern äußert sich im Falle Moldaus in der konkreten „Feldarbeit“ anhand von bilateralen Beratungs- und Trainingsleistungen.

Die Interessensdivergenz unter den EU-Mitgliedstaaten begründet sich vor allem in der Osterweiterung der EU vom 1. Mai 2004, als neue Mitglieder und damit Staaten, die über gemeinsame historische Bezugspunkte verfügen, aufgenommen wurden, die die neuen Außengrenzen bilden werden.

Die EU-25 steht nach der Erweiterung vom 1. Mai 2004 vor großen institutionellen und politischen Herausforderungen. Das primäre Interesse der alten EU-Mitgliedstaaten und der EU-Kommission liegt darin, den Erhalt der Funktionalität und Leistungsfähigkeit des politischen Systems der EU-25 zu erhalten. Die EU befindet sich derzeit nicht nur in einem Konsolidierungs-, sondern auch inmitten eines Erweiterungsprozesses, der mindestens die beiden „Nachzügler“ der „2004er“ Runde, Rumänien und Bulgarien, umfasst. Die Beitrittsverhandlungen wurden mit der Türkei und Kroatien am 3. Oktober 2005 aufgenommen. Zudem besitzt der gesamte westliche Balkan ebenfalls eine EU-Perspektive. Neben diesen vertraglich abgesicherten Vereinbarungen im Rahmen der EU-Beitrittspolitik drängen Moldau, Ukraine und Georgien auf eine EU-Mitgliedschaft. Der hohen Nachfrage nach EU-Mitgliedschaft entspricht die EU durch das Angebot einer prinzipiellen Offenheit gegenüber neuen europäischen Ländern. Allerdings wird zunehmend die Befürchtung geäußert, die EU stehe bereits vor der Überdehnung ihre Absorptionskapazitäten und müsse Erweiterungsprozesse stoppen (vgl. Unterkapitel 5.4.5 Vertiefung und Erweiterung).

Die neuen Mitglieder bewerten die Konsequenzen aus der institutionellen Krise der EU anders als die Mehrheit der alten Mitgliedsländer, in dem sie anstelle des von einigen geforderten Erweiterungsstopps an der konditionierten EU-Beitrittsperspektive für alle europäischen Länder festhalten.

Wie sich bereits in der letzten Phase abzeichnete, liegt die Begründung für die Haltung der neuen EU-Mitgliedstaaten in der geographischen Interdependenz der östlichen EU-Mitgliedstaaten mit den angrenzenden post-sowjetischen Nachbarn (u.a. *soft security risks*, Wirtschaftsbeziehungen, gemeinsame historische Erfahrungen, Randlage). Aus diesem Grund sprechen sich die neuen EU-Mitgliedstaaten für einen konditionierten EU-Beitritt für die Ukraine und Moldau aus.

Es zeichnet sich zunehmend ab, dass die Unterstützung der neuen EU-Mitgliedstaaten

für ihre östlichen Nachbarn in einem Paradigmenwechsel ihrer außen- und sicherheitspolitischen Konzeptionalisierung begründet liegt, die sich vor den Beitritt zur NATO und EU auf die Rolle eines Nachfragers nach Sicherheit begrenzte und nunmehr durch einen Rollenwechsel zur Sicherheit in der Region beiträgt (Paulauskas 2006: 40). Die neuen EU-Mitgliedstaaten besitzen als EU-Grenzländer eine entscheidende strategische Position, die auf zwei Komponenten beruht: Zum einen schützen sie die östlichen Außengrenzen der EU und zum anderen unterstützen sie ihre ehemaligen Verbündeten im Warschauer Pakt oder in der Sowjetunion mit ihrer Transformationsexpertise, die sie in die EU und im Reformprozess der östlichen Anrainerstaaten vor Ort einbringen. Der Schutz der EU-Außengrenzen ist für die neuen EU-Mitgliedstaaten eine komplexe Aufgabe, die im Kampf gegen organisierte Kriminalität, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel sowie illegaler Arbeitsmigration besteht. Durch eine Zunahme des Wohlstandsgefälles zwischen EU-*Insidern* und *Outsidern* verschärft sich die Lage im Brennpunkt der neuen Randlage (vgl. Guicherd 2002, Haukkala 2001). Es liegt vor allem im eigenen sicherheitspolitischen Interesse der neuen EU-Mitgliedstaaten, dass Sicherheit, Frieden und Wohlstand in der östlichen Nachbarschaft gewährleistet wird - diese Punkte bilden somit die Prioritäten ihrer Außen- und Sicherheitspolitik (vgl. Cimoszewicz 2003, vgl. Non-Paper 2003: 88-89).

Die neuen EU-Mitgliedstaaten erreichten zur Schaffung einer sinnvollen ENP eine notwendige kritische Masse, was einen Erfolg ihrer außen- und sicherheitspolitischen Agenda darstellt:

“Arguably, the new member states have had the greatest impact in CFSP terms on EU policy towards the Eastern neighbours. The keen interest of the new members in the stability, economic and social development of the Eastern neighbours prompted the EU as a whole to pay more attention to and put more energy into this area. The new members brought a critical mass of knowledge and expertise about the new EU’s neighbours” (Paulauskas 2006: 26).

Allerdings konnten sich die MOEL nicht in allen Punkten durchsetzen, was auch an der mangelnden Erfahrung mit den prozessualen Abläufen in der EU begründet liegt. Das Erfahrungsdefizit scheint ein strukturelles Problem der *Newcomer* darzustellen. Denn es reicht oftmals nicht aus, das Bewusstsein hinsichtlich eines besseren Umgangs mit Russland, Ukraine, Weißrussland und Moldau zu besitzen („*we know better*“), sondern dieses Wissen intelligent in die Entscheidungsabläufe einzuspeisen und sich ausreichend mit den alten Mitgliedstaaten abzustimmen (Paulauskas 2006: 26).

Den Nutzen der Kenntnisse und des *Know-hows* insbesondere der baltischen Staaten für die EU und ihre Anrainerstaaten sieht Paulauskas in den folgenden Faktoren:⁴⁴

⁴⁴ Diese neuen positiven Aspekte in der außenpolitischen Dimension der EU konnten beispielsweise bereits während der „*Orange Revolution*“ sichtbar unter Beweis gestellt werden. Die gemeinsame Initiative des polnischen Präsidenten Alexander Kwasniewski und des litauischen Prä-

“What make the Baltic States well placed to pursue an active policy is first and foremost the experience, expertise and credibility gained during their own transformation period. Estonia, Latvia and Lithuania share the same past as former Soviet socialist republics with Ukraine, Belarus, Moldova and the countries of the South Caucasus. (...) Their experience is particularly valuable to their Eastern neighbours in two regards: first, they know how to shake off the Soviet legacies and transform centrally planned economies; second, they know how to adapt their legal and political systems and meet other EU and NATO demands in order to become eligible for membership. Another somewhat subjective factor is knowledge of the Russian language. (...) The challenge now for Vilnius, Riga and Tallinn is to ‘sell’ these advantages to the rest of the EU, and the EU has to find a way to exploit the strengths of individual members to the benefit of all” (Paulauskas 2006: 27).

Die Erfahrungen der neuen EU-Mitgliedsländer im Umgang mit dem Kreml, die weit über die deutsche und russische Okkupation während des zweiten Weltkriegs hinausgeht, wird möglicherweise zu einer Neuakzentuierung der EU im Umgang mit Russland führen, wie es sich bereits in den Entwicklungen bei der Machtübernahme in Kiew im Dezember 2004 und hinsichtlich der Diskussion um die Energiesicherheit innerhalb der EU gezeigt hat. Dieser osteuropäische Erfahrungshintergrund, aus dem die starke Advokatenrolle für die Teilhabe am europäischen Projekt von Weißrussland, der Ukraine, Moldau und dem südlichen Kaukasus resultiert, betrachtet die EU-Russland Beziehungen insbesondere unter sicherheitspolitischen Aspekten. Die Sichtweise der ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes und heutigen NATO-Mitglieder zieht deutlicher eine Verbindung zwischen der imperialen Vergangenheit und der aktuellen Einflussnahme Russlands auf die „nahe Nachbarschaft“:

“Nobody would dare to forecast when these countries could become eligible for EU or NATO candidacy, but without these countries being anchored to the key European institutions, Europe’s security architecture would remain incomplete. With the democratisation and integration of these countries, the Western community would help Russia to shed its imperial past once and for all” (Paulauskas 2006: 40).

Neben den sicherheitspolitischen Aspekten rücken bei der Betrachtung der Interessen der neuen EU-Mitgliedstaaten weitere Gesichtspunkte wie die wirtschaftliche Kooperation und der persönliche Austausch im Sinne der *people to people-contacts* in den Vordergrund. Durch die Ausdehnung des Schengen-Besitzstandes auf die neuen EU-Mitgliedstaaten kommt es zu Einschränkungen in den Wirtschaftsbeziehungen und beim Austausch mit den Nachbarn (vgl. Selptsova 2004, Zickerick 2003).

Insbesondere setzt sich der für Moldau einzige zukünftige EU-Nachbar Rumänien für die Integration Moldaus in die EU ein. Nach spannungsreichen Jahren in den moldauisch-rumänischen Beziehungen vor allem zu Beginn der neunziger Jahre und dann mit der Übernahme der moldauischen Regierungsgeschäfte durch die kommunistische Partei 2001 entwickelt sich das Verhältnis zunehmend positiv. Rumänien hat aus sicherheits-

sidenten Valdas Adamkus, die zusammen mit dem Hohen Repräsentanten der EU Javier Solana nach Kiew gereist waren, sicherte den erfolgreichen Ablauf des Regierungswechsels (ebd.: 27).

politischen und wirtschaftlichen Gründen sowie aufgrund gemeinsamer historischer Erfahrungen ein Interesse an der Einbeziehung Moldaus in die EU. Der rumänische Präsident Traian Basescu sicherte dem moldauischen Präsidenten Woronin beispielsweise bei seinem Antrittsbesuch im Januar 2005 zu, Moldau bei seinen Beitrittsbemühungen zu unterstützen:

“We have a common history, so our future in the big European family should be common as well” (Basescu 2005).

Zur Gruppe der zukünftigen EU-Mitglieder, die sich ebenfalls für eine Beitrittsperspektive für die östlichen Anrainer aussprechen, gehören Kroatien und die anderen Länder des westlichen Balkans. Diese Gruppe sieht in der EU-Beitrittsperspektive einen entscheidenden Anreiz für die notwendigen politischen Reformen. Dieses Bewusstsein für die Unterstützung des Modernisierungsprozesses durch den Anreiz EU-Mitgliedschaft ist sicherlich stärker ausgeprägt als jeweils für die Herausforderungen der EU-25. Dies hängt weniger mit einer Solidarisierung von EU-*Outsidern* zusammen, sondern beruht auf der Erkenntnis aus dem eigenen Modernisierungsprozess, dass die EU-Beitrittsperspektive, wenn nicht das einzige, dann doch das effektivste Mittel zur Reform des Landes darstellt (Interview mit Pechinovic-Buric Oktober 2004). Falls mit dem zukünftigen EU-Beitritt der westlichen Balkanstaaten keine Änderung in der Wahrnehmung zugunsten der größeren Probleme der EU-*Outsider* verglichen mit denen der kleineren Probleme der EU-*Insider* einhergeht, dann können die Republik Moldau und die anderen Nachbarstaaten der östlichen Dimension mit der Solidarität der Länder des westlichen Balkans rechnen. Allerdings stellt sich hierbei die Frage, ob eine EU, die neben Kroatien auch die anderen Länder des westlichen Balkans aufnimmt, nicht auch von seinen internen institutionellen Kapazitäten auch in der Lage sein müsste, Moldau zu integrieren, falls die Republik Moldau hierzu die demokratischen und marktwirtschaftlichen Voraussetzungen mitbringen würde.

5.4.2 Konstruktivistischer Ansatz

In der Post-Erweiterungsphase stellt sich die Frage, ob die Erweiterungspolitik der EU mit Hilfe eines konstruktivistischen Ansatzes erklärt werden kann. Eine vorläufige Antwort lautet: Ja, da am Beispiel Moldau gezeigt werden kann, dass nur Länder Mitglied der EU werden, die sich umfassend am EU-Grundwertekanon ausrichten. Aus konstruktivistischer Perspektive kann argumentiert werden, dass die Republik Moldau trotz öffentlicher Absichtserklärungen der moldauischen Staatsführung zur EU-Integration und Intensivierung der Bemühungen nicht Mitglied der EU werden konnte, weil es sich nur unzureichend dem EU-Grundwertekanon angeschlossen hat (vgl. Anpassungsleistung

Moldaus 5.4.4). Mit den seit der Unabhängigkeit durchgeführten politischen und wirtschaftlichen Reformen der Republik Moldau konnte in den zurückliegenden 15 Jahren kein überzeugender Nachweis darüber erbracht werden, den von Moldau erhobenen Anspruch auf EU-Mitgliedschaft zu legitimieren. Die Nichtaufnahme Moldaus in die EU kann als ein Akt der Selbstbestätigung und -vergewisserung der EU begriffen werden, den EU-Grundwertekanon nicht zu verwässern und dessen Einhaltung abzusichern. Die Abgrenzung gegenüber Staaten dient demnach der Stärkung der eigenen Identität.

Demzufolge könnte, wie bereits festgehalten wurde, darauf hingewiesen werden, dass die Anpassung von Drittstaaten an den liberaldemokratischen EU-Grundwertekanon die entscheidende Weichenstellung für den EU-Beitritt darstellt. Diese Beobachtung lässt sich an allen vergangenen EU-Erweiterungsrunden nachvollziehen, weil Staaten mit autoritären und undemokratischen Regimen von der EU-Mitgliedschaft solange ausgeschlossen blieben, bis sie eine ausreichende demokratische Konsolidierung erreichten. Insbesondere die Süderweiterung um die ehemals autoritären Regime in Portugal und Spanien und die Osterweiterung mit den post-sozialistischen Ländern sind hierfür anschauliche Beispiele.

Diese vorläufige Aussage unterliegt allerdings einer Reihe von Einschränkungen, die bereits in den vorangegangenen Phasen aufgezeigt wurden und teilweise in der Post-Erweiterungsphase eine stärkere Betonung erfahren:

Erstens, für die erste Phase der bilateralen Beziehungen wurde bereits festgehalten, dass das in Kopenhagen etablierte Kriterium der Aufnahmefähigkeit einen an ideellen Faktoren ausgerichteten Ansatz einschränkt. Im extremen Falle bedeutete dies, ein Land könnte alle formalen Beitrittsbedingungen hinsichtlich Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaft erfüllen, aber dennoch nicht EU-Mitglied werden, weil keine erforderlichen institutionellen Voraussetzungen in der EU geschaffen wurden, um die Regierbarkeit der EU zu gewährleisten. Dies gilt um so mehr in der Post-2004- Phase, in der die politische Unterstützung für zusätzliche „Erweiterungsprojekte“ abnimmt.

Zweitens, in der durch Erweiterungsmüdigkeit geprägten Post-2004-Phase gibt es Tendenzen die darauf hinweisen, dass die EU vor einem Paradigmenwechsel steht und die zentrale Stellung des EU-Grundwertekanons im Hinblick auf benachbarte Drittstaaten zugunsten stärker rationalistischer Überlegungen abnehmen wird. Ein Anhaltspunkt für die Marginalisierung des EU-Grundwertekanons im Verhältnis zu Drittstaaten besteht beispielsweise in der möglichen Abschwächung des Instrumentariums gegenüber den benachbarten europäischen Ländern. Das moldauische Außenministerium befürchtet, dass die Erweiterungspolitik durch die ENP ersetzt werden könnte (Interview mit Cujba

Mai 2006). Zwar bindet die ENP die EU-Annäherung benachbarter Drittstaaten an den EU-Grundwertekanon und führt die bilateralen Beziehungen in Richtung eines verbesserten Nachbarschaftsstatus mit verschiedenen Teilhabeebenen, aber eine EU-Beitrittsperspektive wird ausgelassen. Hierbei werden die EU-Beziehungen mit Moldau unabhängig vom Beitrittsartikel 49 betrachtet. Dies bedeutet, dass die Intensität der EU-Beziehungen zu einem Drittstaat zwar implizit von der Erfüllung des EU-Grundwertekanons weiterhin abhängt, aber ein Land kann demnach trotz Übereinstimmung mit den Werten und der Erfüllung des Acquis zu keinem vollwertigen und gleichberechtigten Mitglied der Gemeinschaft werden und auch keinen Teil der EU-Identität bilden. Im Falle benachbarter Drittstaaten resultiert aus der mit der ENP verbundenen Abschwächung des Modernisierungsziels (von der Vollmitgliedschaft zur Teilmitgliedschaft) eine Verlangsamung der Reformbemühungen und die Annäherung an die Werte und Normen der EU. Damit würde der EU-Grundwertekanon seine Zentralität im Verhältnis zu den Nachbarländern verlieren.

Drittens, wie bereits für die erste analysierte Phase erläutert wurde, reicht ein konstruktivistischer Ansatz, der eine moralische Verpflichtung der EU gegenüber Drittstaaten zur Erklärung der Erweiterungspolitik in den Mittelpunkt rückt, nicht aus. Aus moralischer Verpflichtung heraus hätten vor allem die Staaten in MOE und SOE in besonderer Weise unterstützt werden müssen, die vor den größten Transformationsherausforderungen und unvorteilhaftesten Bedingungen standen (vgl. Unterkapitel 5.1.2). Auch in der Post-Erweiterungsphase gehört die Republik Moldau ebenso wenig wie in der Phase des Neuanfangs der neunziger Jahre zur Staatengruppe, die am meisten von der EU gestärkt wurde.

Viertens, die nationalen und europäischen Akteure in der EU nehmen darüber hinaus in Kauf, dass die Erweiterung neue Wohlfahrtsunterschiede innerhalb des europäischen Kontinents herbeiführt und die Entwicklungen in MOE sich stärker differenzieren werden. Die Perspektive zur EU-Mitgliedschaft führt zu Wirtschaftswachstum, da beispielsweise Investitionen eher in innerhalb der EU liegende Länder getätigt werden. Die EU-Politik gegenüber Drittstaaten und im Speziellen die EU-Erweiterungspolitik kann deshalb offensichtlich nicht nur auf moralische Erwägungen zurückgeführt werden.

Fünftens, es ist auch dem Beitritt der EU-10 zur EU-15 kein einheitliches Bild über die Grenzen und Verfahren in der EU hergestellt worden, was eine eindeutige sozialkonstruktivistische Argumentsführung hinsichtlich der Erweiterungspolitik erleichtern könnte. Die Identität der EU bleibt ohne definierten Raum, festgelegte Verfahren und eingrenzbares Politikfelder und Kompetenzen ein schwer zu begreifendes Phänomen.

Sechstens, die zentrale Botschaft bei den Feierlichkeiten zur Erweiterung am 1. Mai

2004 bestand darin, dass die historische Spaltung zwischen Ost und West durch die Rückkehr in die europäische Familie nun endlich überwunden sei. Bemerkenswert ist dabei aber, dass die MOEL, die nicht der EU beitraten, unbeachtet blieben. Diese Beobachtung legt die Vermutung nahe, dass kein ausgeprägtes Bewusstsein in der EU darüber bestand, dass Moldau ebenfalls von den Auswirkungen der Aufteilung Europas im geheimen Zusatzprotokoll des Hitler-Stalin Pakts betroffen ist (Unterzeichnung am 23. August 1939). Nazi-Deutschland vereinbarte hierin, dass Bessarabien, die baltischen Staaten und Finnland sowie ein Teil Polens zur Sowjetunion gehören sollten. Es bleibt somit zweifelhaft, ob von einer gelungenen Überwindung der Teilung gesprochen werden kann, ohne die Republik Moldau und weitere östliche Länder in die EU umfassend einzubinden.

Die EU-Mitgliedschaft der neuen EU-10 besitzt sicherlich auch sozialisierende Effekte auf die alte EU-15, die zu einer besseren Verständigung über die Modernisierungsprozesse in den neuen EU-Mitgliedstaaten und darüber hinaus in den anderen osteuropäischen Staaten führen werden. Der Abbau von Fremdheit und Vorbehalten gegenüber MOE in den gemeinsamen Entscheidungsgremien beinhaltet auch die Möglichkeit für das zum mittel- und (süd-)osteuropäischen Kulturkreis zählende Moldau. Vermutlich wird durch die neuen EU-Mitgliedstaaten Einfluss auf westliche Vorstellungen von Raumbildern ausgeübt, der dazu führt, dass kulturelle Wurzeln und Gemeinsamkeiten zunehmend entdeckt werden und es somit zu intensiveren Annährungsprozessen kommt.

EU-Mitgliedschaft stellt zwar kein einklagbares Recht für Drittstaaten dar, aber es besteht dennoch ein historisch-moralisch ableitbarer Anspruch auf umfangreiche Teilhabe Moldaus am Projekt Europäische Union. Dieser begründet sich in der kulturellen Zugehörigkeit, der geographischen Lage und den politischen und wirtschaftlichen Bemühungen der Republik Moldau. Wenn Moldau sich dem Grundwertekanon vollständig annäherte, dann wäre ein andauernder Ausschluss aus der EU aus kulturellen und moralischen Erwägungen nicht zu rechtfertigen. Es müssten andere Gründe zu einer ausreichenden Legitimation eines Ausschlusses gefunden werden, die sich wahrscheinlich auf eine institutionelle Überforderung der EU bei zusätzlichen Erweiterungen beziehen. Die EU liefere hierbei allerdings Gefahr an Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit aus Sicht der Nachbarn zu verlieren, wenn andere Regeln und unterschiedliche Angebote für die gleiche Region gelten, wie dies beispielsweise vom moldauischen Außenminister Stratan auf einer Tagung der SOG in Berlin geäußert wurde (Rotes Rathaus, 6. September 2006). Die EU-Politik nimmt diese von moldauischer Seite geäußerte Enttäuschung in Kauf, weil andere nationale und europäische Interessen ein verbessertes Verhältnis zu

Moldau überlagern.

Insgesamt zeigt sich, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht entschieden ist, ob die ENP mittelfristig eine Alternative zur EU-Erweiterungspolitik darstellen wird. Moldau bleibt auch durch die ENP, die den neuen Handlungsrahmen in den Beziehungen zwischen der EU und Moldau bestimmt, nicht definitiv aus der EU ausgeschlossen und kann bei entsprechender Bemühungen zukünftig einen Teil der EU-Identität abbilden. Allerdings sollte auch mitbedacht werden, dass der Annäherungsprozess an den EU-Grundwertekanon schleppend verlief, weil Moldau verglichen mit den anderen MOEL und SOEL nicht in gleichem Umfang in den letzten 15 Jahren gefördert und gefordert wurde.

Die Republik Moldau sollte sich weiterhin an dem liberaldemokratischen Grundkanon ausrichten, weil die Ausgestaltung der zukünftigen Beziehungen – innerhalb oder außerhalb der EU - in erheblichem Maße von den demokratischen und politischen Reformen in Moldau abhängt. Als Dilemma stellt sich für die EU heraus, dass die politischen Akteure der Republik Moldau eine klare Vorstellung über Moldaus zukünftige Beteiligung am Aufbau der EU fordern, was teilweise an die Argumentationslinie der EU-Kommission gegenüber den EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Einbeziehung der MOEL in den frühen neunziger Jahren erinnert. Diese Argumentationsführung wird dadurch unterstützt, dass die EU zur Identitätsbildung herangezogen werden kann. Ohne die EU-Beitrittsperspektive verliert die identitätsbildende Wirkung auf Drittstaaten an Bedeutung und die EU verliert einen entscheidenden Einfluss auf die Fortentwicklung ihrer Nachbarländer. Um dieses wichtige Instrument zur Steuerung von Transformationsprozessen in Drittstaaten nicht leichtfertig aus der Hand zu geben, sollte die EU eine konditionierte EU-Mitgliedschaftsperspektive aussprechen. Der Gewinn für die EU läge darin, dass eine stabilere Nachbarschaft geschaffen wäre, aus der erst mittel bis langfristig die Mitgestaltung in den EU-Institutionen erfolgen würde.

5.4.3. Komponenten des Europäisierungsansatzes

Im Überblick der EU-Moldau-Beziehungen von 1990 bis zur Erweiterung 2004 wird erkennbar, dass bis zur späten Inkraftsetzung des PKA im Jahre 1998 die EU einen schwach ausgebildeten Ansatz zur Europäisierung gegenüber der Republik Moldau anwandte (vgl. Unterkapitel 5.1.3). Obwohl PKA mit fast allen GUS-Staaten abgeschlossen wurde und es sich somit um einen standardisierten Vertrag handelt, wurde der Europäisierungsansatz gegenüber Moldau insbesondere durch den politischen Dialog verstärkt (vgl. Unterkapitel 5.2.3). Durch die Einbeziehung der Republik Moldau in den Sta-

bilitätspakt wurde der Europäisierungsansatz zusätzlich erweitert (vgl. Unterkapitel 5.3.3).

Verglichen mit den anderen zur Verfügung stehenden Ansätzen zur Europäisierung, ist das PKA sehr allgemein und da sich die EU seit der Unterzeichnung 1994 weiterentwickelt hat, bereits stark veraltet (Lynch 2003: 44). Die vor der Erweiterung angekündigte Nachbarschaftspolitik basiert auf dem PKA und soll in erster Linie seiner Umsetzung dienen. Allerdings bietet die ENP verschiedene Komponenten an, die das standardisierte PKA auf die speziellen Bedingungen der EU-Moldau-Beziehungen zuschneidet. Die ENP führt zu einer stärkeren und konkreteren Einbindung der EU in die politische und wirtschaftliche Entwicklung Moldaus. Dabei bleibt die EU auch in der Post-2004-Phase der EU-Moldau-Beziehungen unterhalb dessen, was es an Europäisierungsinstrumenten bieten könnte. Zu den im Rahmen der ENP bereits entwickelten maßgeschneiderten Komponenten zählen neben dem Länderbericht, der Aktionsplan und auch das Umsetzungsinstrument. Der Länderbericht stellt eine Bestandsaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Situation der Republik Moldau dar, der Aktionsplan nennt konkrete Maßnahmen und den Reformbedarf im Modernisierungsprozess und das Umsetzungsinstrument entspricht einer Anleitung zur Umsetzung der Reformaufgaben. Die breitere Themendecke und die stärkere Einbindung sollen im folgenden Abschnitt dargestellt werden.

Der unmittelbar nach der Osterweiterung veröffentlichte *Länderbericht* stellt auf 25 Seiten eine Bestandsaufnahme der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage der Republik Moldau dar (EU-Kommission 2004b). Der Länderbericht besitzt eine Doppelfunktion, die einmal „Orientierungslinien für die Ausarbeitung gemeinsamer Aktionspläne“ bietet und zum anderen, „als Grundlage für die Bewertung der weiteren Fortschritte“ in den bilateralen EU-Moldau-Beziehungen dient (ebd.: 3). Der Länderbericht ist in drei Teile aufgegliedert, der zunächst einen allgemeinen Überblick zur ENP und zu den EU-Moldau-Beziehungen wiedergibt. Die beiden anderen Abschnitte behandeln einmal die politischen Aspekte und dann die wirtschaftliche und soziale Situation in Moldau, in denen die für die ENP ausgewählten thematischen Bereiche aufgezählt werden: Entwicklungen der politischen Institutionen hinsichtlich der Werte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, die im Vordergrund stehen, sowie regionale Kooperation, Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres sowie Maßnahmen zur sozialen und wirtschaftlichen Erneuerung. Im Länderbericht wird bereits angekündigt, dass Reformen in diesen Bereichen die Grundbedingung für die „schrittweise Einbeziehung in den Binnenmarkt“ darstellen (ebd.).

Während der Länderbericht eine Bestandsaufnahme möglicher Kooperationsfelder identifiziert, stellt der EU-Moldau-Aktionsplan einen zwischen Moldau und der EU vereinbarten Aufgabenkatalog dar. Dieser am 9. Dezember 2004 der Öffentlichkeit vorgestellte EU-Moldau-Aktionsplan umfasst 46 Seiten, auf denen die im Länderbericht genannten bilateralen Themen vertiefend behandelt werden. Dieser Maßnahmenkatalog umfasst unter der Überschrift *Politischer Dialog und Reform (Unterkapitel 2.1)* Maßnahmen zur Etablierung einer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Setzen der politische Dialog hinsichtlich der im *Unterkapitel 2.1* dargestellten Maßnahmen die bereits früher angesprochenen Themen fort, so stellt das Element der Zusammenarbeit in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, Konfliktprävention und Krisenmanagement eine Neuheit dar. Gerade der Aspekt der Zusammenarbeit zur Beilegung des Transnistrienkonflikts signalisiert eine höhere Bereitschaft der EU, sich bei der Lösung des Konflikts stärker zu engagieren (*Unterkapitel 2.2*). Die wirtschaftlichen und sozialen Aspekte im Aktionsplan stehen unter der Überschrift: *Wirtschaftliche und soziale Reform und Entwicklung (Unterkapitel 2.3)*. Dies sind in den meisten Fällen bereits im PKA und den entsprechenden Gremien und Unterausschüssen behandelte Themen, allerdings werden diese hier konkretisiert. Darunter fallen die Verbesserung der sozialen Rahmenbedingungen, Förderung des Wirtschaftswachstums, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und Abbau der öffentlichen Verschuldung, funktionierende Marktwirtschaft, regionale und ländliche Entwicklung, Beschäftigung und Soziales sowie nachhaltige Entwicklung. Ein weiterer Aspekt, der im Aktionsplan aufgegriffen wird, umfasst ein Reformpaket zu den Bereichen Handel, Markt und Regulierung (*Unterkapitel 2.4*). Insbesondere geht es hierbei um die Themen freier Warenverkehr⁴⁵, Niederlassungsfreiheit und Gesellschaftsrecht, Kapitalverkehr und laufende Zahlungen, Freizügigkeit, einschließlich Arbeitnehmerfreizügigkeit und Koordinierung der sozialen Sicherheit, und sonstige Schlüsselbereiche⁴⁶. Die Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres (*Unterkapitel 2.5*) umfasst im Aktionsplan die Bereiche Migration (legale und illegale Migration, Rückübernahme, Visa und Asyl), Grenzverwaltung, Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Drogen, Geldwäsche, Finanz- und Wirtschaftskriminalität und die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit. Darüber hinaus enthält der Aktionsplan Bestimmungen zu den Bereichen Verkehr, Energie, Telekommunikation und Umwelt sowie Forschung, Entwicklung und Innovation (*Unterkapitel 2.6*). Als letzten Punkt enthält der Aktionsplan Vereinbarungen hinsichtlich der Kontakte auf der Ebene der Bürger und

⁴⁵ Im Speziellen geht es um Fragen der Handelsbeziehungen, Zoll, Normen, technische Vorschriften und Konformitätsbewertungsverfahren sowie veterinär- und pflanzenschutzrechtliche Themen.

⁴⁶ Hierzu zählen: Steuern, Wettbewerbspolitik, Rechte an geistigem und gewerblichem Eigentum, öffentliches Auftragswesen, Statistik, Finanzkontrolle und damit zusammenhängende Fragen sowie Unternehmenspolitik.

der zivilgesellschaftlichen und grenzübergreifenden und regionalen Zusammenarbeit und zur öffentlichen Gesundheit (*Unterkapitel 2.7*).

Verglichen mit dem PKA stellt der Aktionsplan im Prinzip eine Fortsetzung der bereits in den PKA-Gremien behandelten politischen und wirtschaftlichen Themen dar, aber durch die „Einbettung“ in den Aktionsplan werden sie aktualisiert, vertieft und erfahren möglicherweise eine neue Schwerpunktbildung. Beispielsweise sind mit den Maßnahmen zum zwischenmenschlichen Austausch und der angekündigten stärkeren Involvierung in der Transnistrienfrage neue Aspekte hinzugekommen. Insgesamt umfasst der Aktionsplan eine umfangreiche Reformagenda von etwa achtzig einzuleitenden Maßnahmen, die zur Operationalisierung der Maßnahmen gestaffelt nach zehn Prioritäten aufgelistet werden, die die Arbeitsorganisation des Reformprozesses erleichtern und denen besondere Aufmerksamkeit in der drei bis fünfjährigen Laufzeit des Aktionsplans gewidmet werden sollte:

„(...) nachhaltige Anstrengungen zur Herbeiführung einer tragfähigen Lösung des Transnistrien-Konflikts;
 weitere Stabilisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Institutionen, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantieren. Durchführung der Parlamentswahlen (Februar 2005) in Moldau nach den in Europa geltenden demokratischen Regeln;
 Gewährleistung der Medienfreiheit und der freien Meinungsäußerung;
 weiterer Ausbau der Leistungsfähigkeit von Verwaltung und Justiz;
 Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen. Durchführung von Maßnahmen zur Armutsminderung sowie Förderung eines von der Privatwirtschaft ausgehenden Wachstums und der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen;
 Verbesserung des Investitionsklimas durch Strukturreformen zur Schaffung diskriminierungsfreier, transparenter und berechenbarer Rahmenbedingungen für Unternehmen sowie durch Bekämpfung der Korruption;
 Fortschritte in Richtung auf eine effiziente, umfassende Verwaltung aller Abschnitte der moldauischen Staatsgrenze einschließlich der transnistrischen Grenze;
 wirksame Kontrolle des Ursprungs von Waren aus Moldau, so dass die EU auf die Gewährung autonomer Handelspräferenzen hinarbeiten kann;
 stärkere Bekämpfung der organisierten Kriminalität einschließlich des Menschenhandels;
 Gewährleistung einer wirksamen Steuerung der Migrationströme, u.a. durch Aufnahme von Verhandlungen über ein Rückübernahmeabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Moldau“ (ebd.: 10-11).

Die Erfahrungen im bisherigen Transformationsprozess haben gezeigt, dass oftmals eine Lücke zwischen politischen Absichtserklärungen und der tatsächlichen Umsetzung bestanden hat (vgl. Unterkapitel 5.2.4, 5.3.4, 5.4.4 in dieser Arbeit). Deshalb hat die EU nicht nur einen Länderbericht veröffentlicht, der die Defizite im politischen und wirtschaftlichen Modernisierungsprozess identifiziert, sondern auch eine Prioritätenliste zusammen mit der moldauischen Seite entwickelt, die im Aktionsplan festgehalten werden. Zusätzlich entwickelte die EU-Kommission ein Umsetzungsinstrument, indem die Prioritäten des Aktionsplans stärker spezifiziert werden und das eine Handlungsanleitung für die nächsten einzuleitenden Schritte zur Annäherung an das EU-Model darstellt.

Das Umsetzungsinstrument *Short-term priorities for the EU-Moldova Action Plan implementation* wird am 16. Juni 2005 veröffentlicht. In dem knapp neunseitigen Dokument werden die Prioritäten des Aktionsplans noch einmal bekräftigt und unter den folgenden Überschriften zusammengefasst: 1. Transnistrienkonflikt; 2. Demokratie und Rechtsetzung; 3. Medienfreiheit; 4. Verwaltungsreform und Reform des Rechtswesens; 5. Zusammenarbeit mit IFI, Makroökonomische Stabilität und Armutsbekämpfung; 6. Verbesserung des Investitionsklimas; 7. Moldau-Ukrainische Grenzsicherung; 8. Verbesserung des gegenseitigen Handels, inklusive möglicher *Autonomous Trade Preferences (ATM)*; 9. Bekämpfung des organisierten Verbrechens; 10. Effizientes Management von Migrationströmen.

Das Umsetzungsinstrument benennt konkrete Maßnahmen und eindeutige Zeitvorgaben für die Implementierung (Februar 2005 bis März 2006), die sich durch alle Bereiche der zehn Prioritäten des Aktionsplans ziehen:

Zu Punkt 1: Transnistrien. In dem Umsetzungsinstrument wird das Interesse der Mitgliedstaaten nach einer langfristigen Lösung des Transnistrienkonflikts bestätigt und die EU zeigt ihrerseits die Bereitschaft zu einer Lösung des Transnistrienfrage stärker beizutragen. Hierbei wird an die Schlussfolgerungen des Rats für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen am 14. Juni 2004 erinnert:

“The Council reaffirms the EU’s continuing strong commitment to support the conflict settlement, (...). The Union declares its readiness to consider ways to strengthen further its engagement, (...)” (EU Commission 2006b: 1).

Nach dem wiederholten Bekenntnis der EU sich stärker für eine Lösung des Konflikts zu engagieren werden die Maßnahmen der moldauischen Seite im Umsetzungsinstrument genannt. Unter der Überschrift: *Actions to be undertaken* fordert die EU bei einem möglichen stärkeren EU-Engagement, die volle Unterstützung Moldaus ein (vgl. auch Punkt 7. Moldau-Ukrainische Grenzsicherung):

- “The Republic of Moldova encourages possibly active involvement of the European Union in the settlement of the Transnistrian conflict and with facilitate the implementation of its initiatives for the identification of the optimal terms for a lasting peaceful solution.
- The Republic of Moldova to engage with the EUSR on all aspects of the Transnistria conflict and to keep EU fully informed about all relevant activities and initiatives” (ebd.).

Zu Punkt 2: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Als zweite Priorität wird im Umsetzungsinstrument das Thema der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufgegriffen:

“The EU wishes Moldova to develop into a strong and stable country with close links to the Union on the basis of common values of democracy, rule of law, human rights including of the media, as well as common interests, as set out in the European Neighbourhood Policy (ENP)” (ebd.).

Dabei wird insbesondere Bezug auf die Parlamentswahl im März 2005 genommen, weil der Ablauf demokratischer Wahlen in der Vergangenheit nicht immer in allen Punkten gewährleistet wurde:

“(...) further strengthening the stability and effectiveness of institutions guaranteeing democracy and the rule of law; ensuring the democratic conduct of parliamentary elections (March 2005) in Moldova in accordance with European standards” (ebd.: 8).

Es werden der Republik Moldau hierin zehn konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der demokratischen Situation unterbreitet, unter anderem gehört zu den Maßnahmen:

“Draft legislation for Parliamentary reform in line with Council of Europe, PACE proposals on Rules of Procedure and parliamentary immunity, and request comments from Council of Europe, PACE, Venice Commission (November 2005).
 Approve draft legislation to reform the electoral code incorporating fully any Council of Europe and ODIHR comment, suggestion for amendment (March 2006).
 Moldova to take decisive steps in court reform and in ensuring independence of the judiciary (March 2006).
 Moldova to consolidate the systematic training of judges and prosecutors on the European Convention on Human Rights (throughout the period) (...) (ebd.: 2).

Zu Punkt 3: Medienfreiheit. Als dritte Priorität wird im Umsetzungsinstrument auf die Versäumnisse im Bereich der Medienfreiheiten bei den Wahlen vom März 2005 hingewiesen und an die Vereinbarung im Aktionsplan hinsichtlich der Medienfreiheit erinnert: *“ensuring respect for the freedom of the media and the freedom of expression”* (ebd.). Zu den beiden vorrangigen Maßnahmen, die in nächster Zukunft erfolgen sollten, gehören:

“Draft amendments to the existing legislation to increase transparency of the relationship between the authorities and media institutions and to guarantee the freedom of expression and of the media on the basis of the recommendations of the Council of Europe. Submit these to the Council of Europe for comments (November 2005).
 Approve the draft amendments referred to above, taking fully on board any comment of Council of Europe” (ebd.).

Zu Punkt 4: Verwaltungsreform und Reform des Rechtswesens. Als vierter zu behandelnder Maßnahmenkomplex wird im Umsetzungsinstrument die Priorität des Aktionsplans wiederholt: *„further reinforcing administrative and judicial capacity“* (ebd.: 3). Hierzu werden die wichtigsten Aufgaben mit entsprechenden Zeitvorgaben aufgezählt:

“Adoption of Ethics Codes for civil servants, judges and law enforcement bodies (November 2005).
 Draw up a working programme for regulatory reform based on a list of actions to be taken, legislation to be targeted by order of priority, and the definition of responsible bodies with realistic deadlines for the implementation of such actions (November 2005).
 Amendments to laws concerning the independence and impartiality of the judiciary adopted in line with Council of Europe standards and expertise (March 2006).
 To pursue administrative reform in the field of local government, notably through implementation of the “Work Programme for Better Local Government”, presented at the Conference of European Ministers responsible for local and regional government in Budapest in February 2005 (throughout the period)” (ebd.: 3).

Zu Punkt 5: Zusammenarbeit mit den IFI, makro-ökonomische Stabilität und Armutsbekämpfung. Als fünfter zu behandelnder Bereich werden vor allem wirtschafts- und so-

zialpolitische Maßnahmen benannt, die auf den Aktionsplan Bezug nehmen:

“resuming cooperation with IFIs; implementation actions aimed at poverty reduction, to strengthen private sector led growth and for fiscal sustainability” (ebd.).

Es werden insgesamt acht Maßnahmen vorgeschlagen, wozu zu den wichtigsten gehören:

- “(a) development and improvement of the MTEF [Medium Term Financial Framework] consistent with the EGPRSP [Economic Growth and Poverty Reduction Strategy Paper] and in agreement with the IFIs;
- (b) improvement of the existing Treasury system and appropriate audit of budget revenue and expenditures, in line with suggestions of the World Bank’s Public economic management review (the project is to be started in the end of year 2005 and to be consequently concluded in 2009).
- Make progress towards an agreement with the International Monetary Fund on a credible economic programme (March 2006).
- Conduct a study on the possibility of reforming the tax system with the scope of improving transparency and equitability of the tax system and broadening the tax base, in particular through a gradual elimination of tax exemption (March 2006).
- Develop a comprehensive Strategy for the Tax Administration, with particular attention to strengthening the tax collection and control system (November 2006).
- In the area of Public Finance Management, extension of the Treasury system by integrating in the Single Treasury Account the social insurance fund and the compulsory medical insurance fund and creation and implementation of an integrated informational system for public finance management (March 2006)” (ebd.: 3-4).

Die unter fünftens genannten Maßnahmen stehen auch im unmittelbaren Zusammenhang mit dem folgenden Punkt:

Zu Punkt 6: Verbesserung des Investitionsklimas. In dem Aktionsplan wird die Verbesserung des Investitionsklimas in Moldau als weitere Priorität genannt:

“improving the investment climate through appropriate structural reforms aimed at ensuring non-discriminatory, transparent and predictable business conditions and by the fight against corruption” (ebd.: 3).

Die Verbesserung des Investitionsklimas wird im Umsetzungsinstrument als Querschnittsaufgabe aufgefasst, zu denen unter den im folgenden genannten Maßnahmen auch die Aktivitäten unter Punkt 2 *Demokratie und Rechtsstaatlichkeit* sowie unter Punkt 4 *Verwaltungsreform und Reform des Rechtswesens* gehören. Unter Punkt 6 werden insgesamt elf Aufgaben expliziert aufgezählt, zu denen unter anderem die folgenden gehören:

- “to take decisive steps to reduce over-regulation, in particular to improve transparency and predictability and to reduce further the burden of licensing and inspection regimes (throughout the period).
- to set up a dialogue on regulation, enterprise and industrial policy with foreign investors (November 2005).
- to conduct a study on piracy and counterfeiting in Moldova and ensure effective dialogue with rights holders (March 2006).
- Create a National Agency for Competition Protection, providing it with sufficient budgetary means to carry out its mandate (March 2006)” (ebd.: 4).

Das folgende Thema steht ebenfalls eng in Zusammenhang mit den unter 1. Transnistrienkonflikt aufgeführten Maßnahmen:

Zu Punkt 7. Sicherung der moldauisch-ukrainischen Grenze. Das schwierigste Thema für die wirtschaftliche Entwicklung und der territorialen Integrität des Landes, die Sicherung der moldauisch-ukrainischen Grenze wird ebenfalls im Aktionsplan aufgegriffen und soll vorrangig behandelt werden. Im Aktionsplan heißt es hierzu:

“progress towards a system of efficient, comprehensive state border management on all sectors of the Moldovan border including the Transnistrian sector” (ebd.: 5);

Die Bedeutung für die EU wird durch die Schlussfolgerungen des Rats für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen vom 14. Juni 2004 hervorgehoben, in denen es heißt:

“The Council reaffirms the importance of outstanding border management issues on the entire Moldovan-Ukrainian border, in particular the Transnistrian section, being addressed by the parties concerned. The Council calls on Moldova and Ukraine to reinforce their cooperation in this regard. The EU remains ready to assist in this progress” (ebd.).

Zu den Maßnahmen, die auch auf eine erfolgreiche Kooperation mit den ukrainischen Behörden angewiesen sind, werden dreizehn Unterpunkte als *Actions to be undertaken* zusammengefasst:

“Moldova actively to engage in, and practically to follow upon, the trilateral expert talks involving Moldova, Ukraine and the European Commission. Commission to organize the next round of talks upon completion of the first part of the envisaged feasibility study (November 2005);
to cooperate with Ukraine to demarcate the common border,
Improve institutional framework and procedures on control of origin by reinforcing customs and reviewing the division of responsibilities for the issuing and verification of both preferential and non-preferential certificates of origin with the Chamber of Commerce in order to build a solid basis for possible Autonomous Trade Preferences (November 2005).
EU will support Ukraine and Moldova in setting up necessary legal framework for the joint border controls at the international border crossing points situated on the Transnistrian section (November 2005)” (EU-Kommission 2004b).

Zu Punkt 8: Verbesserung des gegenseitigen Handels, inklusive der möglichen *Autonomous Trade Preferences*. Die EU zeigt im Aktionsplan ebenfalls die Bereitschaft sich stärker hinsichtlich der Gewährung von ATP in Moldau zu engagieren. Im Aktionsplan heißt es hierzu, dass in der bilateralen Zusammenarbeit folgender Punkt Vorrang besitzt:

“working towards the EU granting Autonomous Trade Preferences, by ensuring effective control of the origin of goods from Moldova” (ebd.).

Dazu werden im Umsetzungsinstrument elf konkrete Maßnahmen benannt:

“(…) EU to send to Moldova a checklist of things to do and a questionnaire detailing requirements in terms of certification and verification of preferential origin (November 2005).
Support and cooperate fully with the European Commission’s mission for the verification of the system of the controls and certification of origin of goods in Moldova, providing all the clarifications requested by the mission (November 2005).

Prepare plan setting out steps towards the gradual fulfilment of EU requirements on animal health and for the processing of animal products (March 2006).

Accession of the Republic of Moldova to the European Committee of Standardisation (CEN), in order to be able to adopt European standards as national ones (March 2006).

Transposing into national legislation the EU Directives according to the National Program on drafting technical regulations, approved through Governmental Decision nr. 873 from 30.07.04" (EU Commission 2006b: 6).

Zu Punkt 9: Bekämpfung der organisierten Kriminalität. In dem Aktionsplan wird als neue Priorität folgendes Ziel behandelt: *"stepping up the fight against organised crime, including trafficking in human beings"* (ebd.). Die beiden Maßnahmen, die hierzu im Umsetzungsinstrument benannt werden, sind die Folgenden:

"Adaptation of legislation on fighting trafficking in human beings to bring it in line with Council of Europe standards and OSCE principles and recommendations (November 2005). (...)

Finalise the process of ratification of the UN Convention on Transnational Organised Crime and its Protocols (March 2006)" (ebd.: 7).

Zu Punkt 10: Effizientes Management von Flüchtlingsströmen. Als zehntes Ziel im Aktionsplan ist das folgende aufgeführt:

"ensuring the efficient management of migratory flows, including initiating the process towards conclusion of a readmission agreement between the European Community and Moldova" (ebd.).

Die vier im Umsetzungsinstrument sind:

"Adaptation National Action Plan on migration and asylum (November 2005).

Establish and hold first meeting of expert working group on migration (November 2005).

Adoption of amendments to the law on status of refugees from 25th July 2002 (March 2006).

Moldova to make progress towards the ratification of the Council of Europe Convention on the Legal Status of Migrant Workers" (March 2006) (ebd.).

Zusätzlich zu den zehn Prioritäten werden noch weitere einzelne Maßnahmen zu Themenfeldern mit speziellen Zeitvorgaben benannt. Hierzu zählen die Bereiche Statistik, Energie, Transport, Umwelt, Informationsgesellschaft, Erleichterung des Visa-Regimes, Angleichung der Rechtssprechung, Öffentliche Gesundheit, Kultur und menschliche Kontakte.

5.4.3.1 Bewertung des individuellen EU-Ansatzes

Die Erarbeitung der einzelnen Komponenten der ENP sind als Fortschritt zum technischen PKA-Rahmen zu bewerten. Das PKA hat keine wesentlichen Fortschritte in den EU-Moldau-Beziehungen und im Modernisierungsprozess erreicht. Moldau sind wirtschaftliche und soziale Indikatoren durch die Komponenten der ENP aufgezeigt worden, an denen sich der Reformprozess orientieren kann. Die EU widmet sich somit stärker den Prozessen in Moldau.

Der Länderbericht, der Aktionsplan und das Umsetzungsinstrument versuchen den Ansatz zur Europäisierung zu systematisieren. Der Verdienst dieser Dokumente besteht darin, dass die Defizite und Erfolge des moldauischen Transformationsprozesses in einer Art Ist-Zustand zusammengestellt und in eine Liste kurzfristig zu erledigender Aufgaben übertragen wurde. Dies ist ein wichtiger erster Schritt für das moldauische Parlament und der Zivilgesellschaft zur Kontrolle der Aktivitäten der Regierung und unterzieht die Reformbereitschaft der Regierung einem Test (vgl. ADEPT/Expert-Grup 2006, Government of the Republic of Moldova 2005). Der Verwaltung dient diese Agenda als eine Art Leitfaden für ihre Tätigkeiten und die Regierung kann nachvollziehbar darstellen, welche Fortschritte in ihrer Legislaturperiode durchgeführt wurden. Insofern erhält der moldauische Modernisierungsprozess durch die in diesen Dokumenten benannten systematischen Vorgaben eine eindeutige Richtung. Mit den Komponenten der ENP sind klare *benchmarks* eingeführt worden, die bei dem auf drei bis fünf Jahre angelegten Aktionsplan eindeutige Fortschritte ablesen lassen. Herrschte zu Beginn der Umsetzung eine gewisse Verwirrung auf moldauischer Seite darüber, an welchem Ende dieser „Mammutaufgabe“ die Arbeit aufgenommen werden sollte, präziserte die EU-Kommission die nach ihrer Auffassung am dringlichsten zu unternehmenden Aufgaben. Mit diesen Dokumenten wurde Klarheit darüber geschaffen, in welcher Reihenfolge und in welchem Zeitrahmen die vereinbarten Maßnahmen umzusetzen sind. Allerdings handelt es sich hierbei auch um ein kompliziertes und teilweise paternalistisches Verfahren, weil zwar die nächsten einzuleitenden Schritte in kurzfristiger Perspektive benannt werden, aber die Folgeschritte im Argen bleiben (vgl. Emerson 2004b). Es besteht somit eine gewisse Orientierungslosigkeit in Moldau über die in mittel- bis langfristiger Perspektive einzuleitenden Reformen. Hierfür müsste eine ständige Aktualisierung des Umsetzungsinstruments und des Länderberichts und auch eine kontinuierliche Aktualisierung des Aktionsplans erfolgen. Zudem ist eine kontinuierliche Kommunikation zwischen Verwaltungsmitarbeitern und den Mitarbeitern der EU-Kommission zur Erklärung und Information über die Notwendigkeit und Angemessenheit der Reformen von entscheidender Be-

deutung. Darüber hinaus ist ohne eine eindeutige Zielbestimmung des Europäisierungsprozesses eine „Reformschleife“ zu befürchten, in der die Unzulänglichkeiten des moldauischen wirtschaftlichen und politischen Systems fast beliebig perpetuiert werden könnten.

Zudem werden eine Reihe Fragen hinsichtlich des *Monitorings* der Umsetzung des Aktionsplans aufgeworfen, das durch die vom PKA eingesetzten Gremien übernommen wurde. Es zeigt sich, dass die Gremien in dem vergangenen Berichtszeitraum ein insgesamt positives Bild des bilateralen Verhältnisses gezeichnet haben. Deshalb stellt sich die Frage, weshalb sollten nun diese Gremien zu anderen Stellungnahmen kommen. Es ist erstaunlich, dass anhand der bisherigen Stellungnahmen die Beziehungen nicht wesentlich verbessert wurden, was die Einflussmöglichkeiten dieser eingesetzten Gremien in Frage stellt.

Darüber hinaus handelt es sich bei den Dokumenten der EU-Kommission um relativ „dünne“ Berichte, Instrumente und Pläne verglichen mit den umfangreichen Analysen und Bestandsaufnahmen beispielsweise der Fortschrittsberichte der Kommission über die Kandidatenländer, in denen detaillierter über den Stand des Europäisierungsprozesses berichtet wird (EU-Kommission 2004a). Empfehlenswert wäre deshalb, dass umfangreichere und zeitnahe Berichte, Analysen und Maßnahmen zu Moldau erstellt werden, um den Europäisierungsprozess genauer abzubilden und möglicherweise stärker anzuleiten. In diesem Sinne wäre es sicherlich sinnvoll, wenn ein umfangreicher *Questionnaire* von der EU-Kommission zu den Themen des Aktionsplans an die moldauische Regierung gesendet werden würde, um ein besseres Bild der aktuellen Situation in Moldau zu erhalten, da oftmals eine vollständige Analyse fehlt. Ebenso ist es von übergeordneter Bedeutung für die Menschen in Moldau, dass eindeutiger formuliert wird, was es bedeutet sich an dem EU-Modell auszurichten und wie sich die EU die Beziehungen mit Moldau in langfristiger Perspektive vorstellt.

Die stärkere Einbindung der EU ist insgesamt als ein positiver Fortschritt in den bilateralen Beziehungen zu bewerten. Demgegenüber stellen sich aber strukturelle Probleme in der Partnerschaft, die in der unterschiedlichen Zielsetzung der bilateralen Beziehungen begründet sind.

Die ENP wurde seitens der EU entwickelt um eine Alternative zum Beitrittsprozess zu schaffen und zielt darauf ab, ein sicheres Umfeld der EU zu schaffen (Interview in der Kommission Oktober 2003). Die EU strebt mit der ENP eine „günstigere“ Variante zum SAP an, indem sich die Nachbarn an dem EU-Modell ausrichten sollen, ohne dass die EU für die ENP-Länder den Beitrittsprozessen vergleichbare Unterstützungsleistungen einsetzen muss. Die moldauische EU-Politik zielt demgegenüber auf eine eindeutige EU-

Beitrittsperspektive ab. Diese unterschiedliche Zielsetzung drückt sich in den Verhandlungen über den Aktionsplan deutlich aus und wird das Verhältnis zwischen der EU und Moldau nachhaltig prägen.

Die Voraussetzung für die optimale Umsetzung des Aktionsplans, wie auch das Erreichen allgemeiner Transformationsziele, ist die gemeinsame Zielsetzung und die Übernahme gleichteiliger Verantwortung für den Prozess. Bei der ENP stimmen die Zielsetzungen nicht überein. Die EU versucht eine stabile Nachbarschaft zu erzielen, ohne eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht stellen zu müssen. In den Verhandlungen um den Aktionsplan drückte sich diese Haltung darin aus, dass die EU zu keinem Zeitpunkt während der Gespräche bereit war, das Thema der EU-Beitrittsperspektive Moldaus zu diskutieren. Die Republik Moldau hingegen versucht durch die ENP den Nachbarschaftsstatus zu überwinden und verweist darauf, dass schwierige Reformen mit hohen politischen Kosten für die Regierenden verbunden sind und deshalb ausreichende Stimulation von außen notwendig seien (Gespräch mit Cujba März 2004).

Hinsichtlich des Wunsches Moldaus zur EU-Integration stellt die EU-Kommission lediglich fest:

„Im September 2003 legte Moldau ein „Konzept für die Integration der Republik Moldau in die Europäische Union“ vor, das die EU zur Kenntnis genommen hat, auch im Hinblick auf die Vorbereitung eines etwaigen gemeinsamen Aktionsplans im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. In dem Konzept begrüßte Moldau die Europäische Nachbarschaftspolitik und äußerte gleichzeitig den Wunsch, in den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für die westlichen Balkanstaaten eingebunden zu werden. Nach Auffassung der EU bietet die Europäische Nachbarschaftspolitik, die von der Frage eines etwaigen EU-Beitritts (für welchen der Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union gilt) zu trennen ist, den geeignetsten Rahmen für die Partnerschaft. Im März 2004 erkannte Moldau die Bedeutung der Nachbarschaftspolitik für den internen Reformprozess des Landes und seine Annäherung an die EU an“ (EU-Kommission 2004b).

Die Verhandlungen über den Aktionsplan haben gezeigt, dass es kein gleichberechtigter Prozess gewesen ist. Es ist schwer von einem echten *Joint Ownership* zu sprechen, wenn deutlich wird, dass eine Nachbarschaftspolitik das einzige ist, was die EU anbieten möchte. Es ist offensichtlich, dass Moldau sich nicht in einer solch starken Verhandlungsposition befindet, um Angebote auszuschlagen, wie Russland dies konnte. Russland hat die Kooperation im Rahmen der ENP noch nicht einmal kommentiert, weil es sich als gleichberechtigter Partner empfindet. Die EU bestimmt aufgrund der asymmetrischen Verhandlungsstärke den Rahmen der Beziehungen mit Moldau.

Damit sind die Voraussetzungen für das entscheidende *Joint Ownership* nicht ausreichend gewährleistet, da die Verhandlungsposition der Republik Moldau nur unzureichend abgebildet wird. Moldaus Forderung nach Einbeziehung in den SAP, der eine EU-Perspektive bereithält, weist die EU-Kommission in dem Länderbericht und auch in den

Verhandlungen um den Aktionsplan klar zurück. Die EU stellt Moldau vor eine *take it or leave it*-Entscheidung, die keinen Spielraum für einen moldauischen „Sonderweg“ in der EU-Politik gegenüber seinen Nachbarn zulässt. Entweder ist Moldau bereit im Rahmen der ENP mit der EU zusammenzuarbeiten und das Verhältnis mitzugestalten oder die bilateralen Beziehungen bleiben beim Status quo. Die EU lehnt einen individuellen Ansatz gegenüber Moldau ab, Kooperationsformen außerhalb der ENP mit Moldau zu identifizieren. Die individuelle Komponente in den bilateralen Beziehungen findet lediglich im Rahmen der ENP-Instrumente Aktionsplan und Länderbericht statt und Moldau konnte sich mit einem angestrebten *fast-track*-Ansatz nicht durchsetzen. Zudem lehnte es die EU-Kommission ab, Moldau in den Verhandlungen einen möglichen Abschluss eines asymmetrischen Freihandelsabkommens mit der EU anzubieten, das Moldau einseitige Marktvorteile einräumt (Interview mit Gheorghiu Juni 2004).

Vor diese Entscheidung gestellt, besaß Moldau keine andere Handlungsmöglichkeit als in die ENP einzuwilligen. Moldau versuchte „aus der Not eine Tugend zu machen“ und erklärte daraufhin die ENP als neue „Beitrittsstrategie“. Der moldauische Präsident Vladimir Woronin drückte seine Zuversicht aus, dass die Komplexität und Dynamisierung der Beitrittsprozesse die moldauischen Anstrengungen EU-Mitglied zu werden nicht bremsen könnten:

"the consolidation of democratic values, building of an efficient market economy, development of civil society are the determining objectives of reforming the country. This is the only way for us to become a source of stability and security in the region" (AZI 2004).

Nach Auffassung des moldauischen Präsidenten beinhaltet der Aktionsplan für Moldau die Möglichkeit der Erarbeitung von notwendigen Bedingungen für die Einführung von europäischen Standards und der darauffolgenden EU-Integration des Landes (ebd.). Diese positive und teilweise euphemistisch anmutende Interpretation des ENP-Ansatzes verdeckt allerdings nicht, dass der Aktionsplan mit Moldau auf Druck der EU abgeschlossen wurde. Im Interesse einer verbesserten Zusammenarbeit nimmt Woronin das Angebot der EU an, obwohl ein optimaler Verhandlungsausgang für die moldauische Seite die Festschreibung der Perspektive auf EU-Mitgliedschaft im Aktionsplan gewesen wäre. Dennoch ist aus rationalistischer Sicht bei den Verhandlungen über den Aktionsplan eine *win-win*-Situation hergestellt, weil Moldau genauso wie die EU an einer Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen interessiert ist und diese über die ENP möglich wird.

Im Ergebnis wird es die EU mit einem Partnerland zu tun haben, dass sich die EU-Beitrittsperspektive weiterhin zu „erschleichen“ versucht. Es dürften allerdings Zweifel bestehen bleiben, ob Moldau dies über einen nachhaltigen Reformprozess anstrebt,

oder doch eher über die zur Schau gestellte „Ungerechtigkeitsrhetorik“. Die EU hätte mit der Zusage einer EU-Beitrittsperspektive über ein besser entwickeltes Instrumentarium verfügt, um den moldauischen Gefühlen eines Ausschlusses aus Europa zu widersprechen und tatsächlich nachhaltige Reformen im Lande einzufordern.

Nachteilig ist aus moldauischer Sicht zudem das Engagement gegenüber den östlichen und südlichen Nachbarn in einem gemeinsamen Rahmen einer Nachbarschaftspolitik. Während es sich bei den östlichen Nachbarn um Basisverträge handelt, sind die Beziehungen zu den südlichen Nachbarn im Rahmen des Barcelona-Prozesses weiter vorangeschritten. Daneben sehen sich die östlichen und südlichen Regionen unterschiedlichen Problemen gegenübergestellt. Die Herausforderungen in den palästinensischen Gebieten oder die Schwierigkeiten nordafrikanischer Staaten beispielsweise hinsichtlich eines sicheren Zugangs zu Wasser sind von ganz anderer Qualität und besitzen einen ganz anderen Hintergrund als die Probleme im Modernisierungskontext der Ukraine und Moldau.

Das PKA und das entsprechende Finanzierungsinstrument TACIS haben die post-sowjetischen Nachbarn in eine heterogene GUS-Kategorie zusammengefasst. Somit gehören die große Ukraine, das kleine Moldau und das autoritär regierte Belarus zu einer Länderkategorie mit weiteren drei Ländern des Südkaukasus, fünf zentralasiatischen Staaten und der politischen Großmacht Russland. Diese Kategorie umfasst somit Staaten, die von unterschiedlichsten sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen betroffen sind, aus denen sich heterogene Entwicklungschancen und Orientierungen ergeben.¹ Eine Kategorisierung mit Staaten, die keine Aussicht auf EU-Mitgliedschaft besitzen und diese teilweise auch gar nicht anstreben, hinterlässt in Chisinau und Kiew seit Mitte der neunziger Jahre die Befürchtung eines dauerhaften und endgültigen Ausschlusses aus der EU/Europa.

Durch die ENP gehört nun Moldau zu einer Gruppe von Staaten, die nicht nur ehemalige GUS-Staaten umfasst, sondern auch Länder im Nahen Osten und Nordafrika.² Bei dieser Kategorisierung sind Assoziationen eher mit dem „klassischen“ Instrumentarium der Entwicklungshilfe verbunden, als mit einer europäischen Politik zur verstärkten Einbindung und Europäisierung. Aus diesen Gründen sollte der geographische, historische, kulturelle und wirtschaftliche Kontext einen besseren Zuschnitt in der ENP erfahren.

¹ Das gilt insbesondere für das standardisierte PKA, aber auch das erste Wider Europe Konzept schloss ebenfalls Russland mit ein. Das Land wurde allerdings später aus diesem Kooperationsrahmen herausgenommen, weil Moskau die Bereitschaft zur Mitarbeit verweigerte und auf einen Sonderstatus bestand (Strategische Partnerschaft).

² In dem im März 2003 vorgelegten Konzept sind Russland sowie Länder des Mittelmeerraums aufgenommen worden, die keine Ambitionen auf EU Mitgliedschaft besitzen.

5.4.3.2 Konditionalität

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Komponenten der ENP die EU stärker in den Reformprozess Moldaus einbindet und die wirtschaftlichen und politischen Prozesse in Moldau einem intensiveren *Monitoring* unterzogen werden. Für einen nachhaltigen Europäisierungsprozess sind allerdings auch die Transformationsanreize von erheblicher Bedeutung, weil eine alleinige Aufforderung zur Ausrichtung am EU-Modell für Moldau nicht ausreichend ist. Zur Steuerung des Transformationsprozesses von außen bedarf es, wie bereits erwähnt, einem effizienten Mechanismus an Konditionalität. Im Falle Moldaus bietet das Angebot der EU der Republik Moldau im Rahmen der ENP eine neue „Partnerschaftsperspektive“ an, die über eine Zusammenarbeit hinaus geht und zu einem erheblichen Maß an Integration führen kann,

„was eine Teilnahme am EU-Binnenmarkt und die Möglichkeit einschließt, dass Moldau nach und nach an wichtigen Elementen der Politiken und Programmen der EU teilnehmen kann“ (EU-Kommission 2004b: 9).

Der Aktionsplan der ENP stellt einen „Katalog an Anforderungen“ an Moldau dar, bei dessen „Abarbeitung“ sektorale Teilhabe in Aussicht gestellt wird. Dabei sind nach Auffassung von Nicu Popescu weder die Anforderungen an Moldau eindeutig dargelegt, noch wird eine klare Verbindung zwischen der Befolgung der Anforderungen und der Belohnung aufgezeigt:

“Among the most important EU requests is the continuation of reforms, adherence to the “values of democracy, rule of law, human rights including freedom of the media”, free and fair elections and the implementation of the Action Plan. At the same time, the EU promises a “stake in the internal market”, increased participation in conflict resolution in Transnistria and asymmetric trade preferences for Moldova. However, it is not clear how far is the EU ready to participate in conflict resolution in Transnistria, nor is it clear whether the asymmetric trade preferences will include textile and agricultural products, which are of primary importance for Moldova, but also very sensitive for the EU. The general character of the requests and the ambiguity of assessing compliance with these requests do not serve to strengthen EU leverage” (Popescu 2004: 8).

Im Hinblick auf die Anforderung an Moldau sind die Einwände von Nicu Popescu nicht in allen Punkten gerechtfertigt. Beispielsweise werden im Umsetzungsinstrument, wie bereits ausführlich dargestellt wurde, zehn Maßnahmen zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit genannt, die unter anderem eindeutige Gesetzesentwürfe für eine Parlamentsreform und des Wahlgesetzbuches vorschlagen. Dies gilt ebenfalls für den Bereich Medienfreiheit, in dem das Umsetzungsinstrument eindeutige Vorgaben macht. Bei den Fragen bezüglich des Umfangs der Unterstützung im Transnistrienkonflikt und hinsichtlich des Zugangs zu einem asymmetrischen Freihandel erscheinen die Einwände hingegen berechtigt, da bei diesen Themen das Engagement der EU uneindeutig bleibt (vgl. Unterkapitel 5.4.3).

Das Teilhabeangebot der EU ist innerhalb der EU-Kommission selbst umstritten, da befürchtet wird, dass die möglichen Aussichten auf eine sektorale Integration nicht ausreichen. Günther Verheugen sieht in dem Angebot, das mit der ENP den Nachbarn unterbreitet wurde, kein ausreichendes Mittel, um die Reformen in den Nachbarländern durch positive oder negative Sanktionen zu steuern (Gespräch mit einem Mitarbeiter der Task Force Wider Europe, EU-Kommission Januar und November 2003). Insbesondere die Fragen danach, wie das von Seiten der EU angestrebte ENA zukünftig aussehen kann und welches Entwicklungspotential es bietet, sind auch von der EU-Kommission noch nicht beantwortet worden (Interview mit Gheorghiu Dezember 2004). Möglicherweise zögert die EU eine Beantwortung der Frage weiter heraus, um kein Bekenntnis zur Finalität der EU ablegen zu müssen. Deshalb verweist die EU darauf, dass die Art und der Umfang von ENA erst nach Implementierung des PKA genauer definiert werden sollten. Dabei ist gerade die Implementierung des fast zehn Jahre alten PKA, wie bereits dargestellt wurde, eines der Hauptprobleme. Falls die EU weiterhin auf die vollständige Umsetzung des PKA als Vorbedingung für eine Verbesserung der vertraglichen Beziehungen setzt, dann liegt der Abschluss eines ENA noch in weiter Ferne.

Damit der Europäisierungsprozess der Republik Moldau beschleunigt wird, erscheint es notwendig, die Anreize zur Reform von Seiten der EU zumindest in mittelfristiger Perspektive zu erhöhen. Nach Auffassung von Nicu Popescu sollte dies folgende Angebote umfassen:

“The most obvious incentives are increased market access for EU’s neighbours and a clear road map towards facilitated and eventually visa-free travel for countries that comply with EU requirements. For Chisinau one of the strongest incentives would be increased direct EU participation in the conflict settlement in Transnistria, including as a mediator and guarantor, as it has consistently been requested” (Popescu 2004: 7).

Die EU betont zudem, dass ein differenziertes Vorgehen mit den jeweiligen ENP-Partnerländern über die individuellen Aktionspläne gewährleistet wird. Das Vorgehen bei den Abschlüssen der bilateralen Aktionspläne zeigt allerdings deutlich, dass die EU diesen individuellen und differenzierten Ansatz nicht gewährleistet. Der Aktionsplan zwischen der EU und Moldau ist beispielsweise bereits im Sommer 2004 abgeschlossen worden. Bis zur Veröffentlichung des EU-Moldau-Aktionsplans verstrichen allerdings weitere Monate (bis Dezember 2004), da die EU-Kommission auf den Abschluss weiterer Aktionspläne mit anderen Ländern wartete (vgl. Bulletin Quotidien Europe 2004). Die EU beabsichtigte damit, der Öffentlichkeit ein Bild einer kohärenten und erfolgreichen Politik mit sieben abgeschlossenen Aktionsplänen vorzustellen. Dies rückt den individuellen bilateralen ENP-Ansatz allerdings in ein schlechtes Licht, weil die Geschwindigkeit von Reformen und Übereinkommen eines Landes mit der EU an die schleppenden Modernisierungs- und Verhandlungsprozesse eines Drittlandes gekoppelt werden. Dem

Fortschritt eines Landes sollte mehr Gewicht beigemessen werden als dem Erfolg einer öffentlichkeitswirksamen Politik, und deshalb sollte in Zukunft darauf geachtet werden, dass zügiger auf die individuellen Leistungen eines Landes reagiert wird. Hieran schließen sich weiterreichende Überlegungen an, beispielsweise gilt es zu klären, ob eine differenzierte ENP den Abschluss unterschiedlicher vertraglicher Beziehungen zulässt. Zudem sollte deutlich gemacht werden, ob die ENP-Kategorie für strebsamere Länder durchlässig ist, und somit eine spätere Aufnahme in den Erweiterungstrack ermöglicht.

5.4.3.3 Sozialisation

Moldau wird durch die ENP einem stärkeren europäischen Sozialisationsprozess ausgesetzt, die zukünftig durch die unterschiedlichen Angebote der EU oder durch die bereits in der Post-2004-Phase vollzogenen Schritte zu einem stärkeren Engagement der EU in Moldau zu erwarten sind. Hierzu zählen die folgenden Maßnahmen:

- I. Die EU hat in der Post-2004-Phase durch die Unterschrift des Abkommens zur Eröffnung der Delegation der EU-Kommission in Moldau am 28. Juni 2005 endlich den Weg frei gemacht, für den Aufbau einer eigenen Repräsentanz in Moldau (EU Commission 2005). Im Oktober 2005 wurde die Delegation feierlich eröffnet und durch den EU-Botschafter Cesare de Montis erhält die EU in Moldau ein stärkeres Profil. Beispielsweise vertritt er die EU und ihre Politiken auf öffentlichen Veranstaltungen und in Hintergrundgesprächen in Moldau (BASA 2006),³ womit ein direkter Draht zwischen der EU und Moldau hergestellt wurde. Darüber hinaus bietet der EU-Moldau-Aktionsplan eine Ausweitung und Vertiefung der politischen Zusammenarbeit durch die Weiterentwicklung des politischen Dialogs und stellt höhere finanzielle Mittel durch das ENPI in Aussicht.
- II. Durch den Ratsbeschluss vom 23. März 2005 wurde ein *EU-Special Representative* (EUSR) nach Moldau entsandt, zu dessen Aufgaben ein enger Kontakt zur moldauischen Regierung und anderen lokalen Akteuren gehört, um sie bei der Lösung der Transnistrienfrage zu unterstützen (EU Commission 2005). Damit ist ein zusätzlicher direkter Ansprechpartner vor Ort etabliert worden, der die Haltung der EU zu diversen Themen, zeitnah und auf kurzem Wege den moldauischen Behörden unterbreiten kann. Zudem informiert er die EU über die aktuellen Entwicklungen im Lande und unterstützt damit die EU bei der im Aktionsplan festgelegten Überprüfung von „Mittel und Wege[n], wie sie ihr Engagement noch weiter ausbauen kann“ (EU-Kommission 2004b: 9).

- III. Durch die Unterschrift unter das *Memorandum of Understanding* zwischen der EU, Moldau und der Ukraine vom 7. Oktober 2005 wurden gemeinsame Grenzkontrollen durch eine aus 65 Grenzbeamten bestehende *EU Border Assistance Mission* vereinbart (vgl. Ferrero-Waldner 2005). Die Grenzbeamten der EU sollen dabei behilflich sein, grenzüberschreitende Kriminalität durch direkte Beratung und Trainingsmaßnahmen vor Ort zu verhindern. Dies ermöglicht den moldauischen Grenzbeamten durch Training, Beratung und persönlichen Kontakt zu erfahren, welche europäischen Standards bei Grenzkontrollen bestehen.

- IV. Der Aktionsplan stellt „technische Hilfe und Twinning als Unterstützung bei der Erfüllung von EU-Normen und -Standards sowie gezielte Beratung und Unterstützung bei der Rechtsangleichung, zum Beispiel durch TAIEX,“ in Aussicht.⁴ Die Vorbereitungen sind hierfür bereits aufgenommen worden, beispielsweise erstellte im Sommer 2006 eine Expertengruppe in Moldau die Bedingungen für ein Twinning Projekt für das Parlament, dass an die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Kommission gesendet wird. Zukünftig wird neben der moldauischen Exekutive auch der Legislative Expertise für die Implementierung des Aktionsplans zur Verfügung gestellt. Zudem wird der menschliche Austausch durch die *people-to-people* Komponente im Aktionsplan intensiviert. Hierzu stellt der Aktionsplan die „*allmähliche Öffnung bestimmter Gemeinschaftsprogramme bzw. [die] verstärkte[...] Teilnahme an Gemeinschaftsprogrammen zur Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Bildung, Umwelt, Technik und Wissenschaft*“ (EU-Kommission 2004b: 9), in Aussicht.

- V. Ebenso stellt der Aktionsplan Unterstützung bei der Annäherung an das Wirtschaftsrecht „*zur gegenseitigen Öffnung der Volkswirtschaften und zum kontinuierlichen Abbau von Handelshemmnissen, was Investitionen und Wachstum ankurbeln wird*“ (ebd.), in Aussicht. Zur Vertiefung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen besteht der Kern der Unterstützungsleistungen im Rahmen von TACIS in einem 3,9 Millionen Euro umfangreichen Projekt, das im Sommer 2005 gestartet wurde und nach 30 Monaten abgeschlossen werden soll (Infotag 2006).

- VI. Durch das *Monitoring* und das *Assessment* der Fortschritte in der Implementierung des Aktionsplans ist ebenfalls zu erwarten, dass sich beispielsweise die Verwaltung stärker auf die Abläufe der EU einstellen muss, um den Anforderungen unter

³ Beispielsweise vertrat De Montis die Haltung der EU bei der Einbindung der Zivilgesellschaft im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans in Moldau auf einer Konferenz zu diesem Thema.

⁴ Übersicht zur Aufgabe von TAIEX: <http://taieX.cec.eu.int/>.

anderem in der Berichterstattung zu entsprechen, was zur Zeit noch besonders defizitär erscheint (Interview mit Chiriac März 2006).

- VII. Problematisch erscheint weiterhin, dass die Maßnahmen der EU und der bilateralen Projekte lediglich einen Kreis von Fachleuten in den Ministerien, im Parlament und in der Regierung betrifft. Weite gesellschaftliche Kreise sind von diesem Sozialisierungsprozess ausgenommen, weil insbesondere durch das strikte Visa-Regime ein Auslandsaufenthalt hohe Kosten verursacht. Beispielsweise sind Aufenthalte von Studierenden im Ausland immer noch die Ausnahme. Die Europäisierung scheint des weiteren „hinter den Toren“ von Chisinau aufzuhören, weil die Landbevölkerung größtenteils unter sehr einfachen Bedingungen lebt. Ein neuer Ansatzpunkt wäre hier, einen stärkeren Wissenstransfer in die Regionen insbesondere für Bürgermeister, lokale Behörden und andere Multiplikatoren zu organisieren. Ein Kernproblem besteht nach wie vor in einem Mangel an Kenntnissen der englischen Sprache, der eine direkte Kommunikation zwischen Verwaltungsmitarbeitern in Moldau und ihren Kollegen in Brüssel oder in den EU-Mitgliedstaaten einschränkt. Dieser könnte vor allem durch eine erhöhte Reisetätigkeit abgebaut werden, aber der im Aktionsplan in Aussicht gestellte konstruktive Dialog zwischen der EU und Moldau *„über eine Zusammenarbeit im Visabereich, einschließlich eines Meinungsaustausch über die Möglichkeiten der Erleichterung der Visaerteilung unter Berücksichtigung des EU-Rechts“* (EU-Kommission 2004b: 9), gehört nicht zu den Prioritäten des Aktionsplans und klingt ziemlich vage. Allerdings hat die Republik Moldau hierzu einseitige Schritte angekündigt um die Visagebühren ab Januar 2007 abzuschaffen. Vielleicht ist dies ein Schritt, der auch Bewegung auf der EU-Seite nach sich ziehen könnte.

Zusammenfassend wurde in diesem Kapitel dargestellt, aus welchen Elementen der intensivierte Europäisierungsansatz gegenüber der Republik Moldau in der Post-2004-Phase besteht. Die individuellen bilateralen Komponenten der ENP, Länderbericht, Aktionsplan und Umsetzungsinstrument stellen eine Präzisierung der Reformaufgaben und eine konkretere Einbindung der EU in den inneren Entwicklungsprozess Moldaus dar. Kritisiert wurde hierbei allerdings, dass, obwohl der Aufgabenkatalog in kurzfristiger Perspektive benannt wurde, die Folgeschritte der moldauischen Entwicklung im Argen liegen, weil eine erhebliche Unsicherheit über die langfristige Zielführung des Europäisierungsprozesses in Moldau besteht, was an dem unklaren Europäisierungsansatz liegt. Erschwerend kommt zudem hinzu, dass in den seltensten Fällen bei Verhandlungen

zweier ungleicher Partner ein für beide Teile gleichermaßen zufriedenstellendes Ergebnis erzielt wird. Diese Beobachtung spiegelt ebenfalls den Verhandlungsprozess zum Aktionsplan zwischen der EU und Moldau wieder. Moldau zielte hierbei darauf ab, den Nachbarschaftsstatus zu überwinden und setzte sich dafür ein, dass der Aktionsplan eine Klausel zu einer moldauischen EU-Beitrittsperspektive enthält, während die EU eine günstigere Stabilisierungsvariante für die Nachbarschaft ohne EU-Mitgliedschaft anstrebte. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, dass die EU Gefahr läuft, bei einem unzureichenden Angebot an Moldau, ihre notwendige Kooperation in diesem neuen Politikansatz zu verlieren.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die EU Moldau durch die ENP einem stärkeren europäischen Sozialisationsprozess aussetzt und eine Intensivierung bei entsprechender Kooperation in Aussicht stellt. Allerdings sollte die EU zur Gewährleistung eines erfolgreichen Modernisierungsprozesses erheblich mehr finanzielle Mittel als die bisher seit 1990 gezahlten 250 Millionen Euro aufbringen. Die EU unterlässt es zudem, das Kooperationspotential voll auszuschöpfen. Die Stabilisierung Moldaus hätte möglicherweise kostengünstiger verlaufen können, wenn bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, seitdem Moldau zum ersten Mal den Wunsch nach EU-Integration geäußert hat, eine konditionierte Beitrittsperspektive ausgesprochen worden wäre.

Von der moldauischen Regierung ist in Folge der Veröffentlichung ihrer *Konzeption zur EU-Integration* oftmals die Bitte an die EU herangetragen worden, die Bedingungen und Kriterien sowie eine klare *Roadmap* zum Abschluss eines SAA zusammenzustellen. Obwohl der am 22. Februar 2005 gemeinsam verabschiedete EU-Moldau-Aktionsplan nicht auf den Abschluss eines SAA abzielt, wird hierin eine umfangreiche Aufgabenliste zur demokratischen und wirtschaftlichen Reform zusammengestellt. Der Aktionsplan erinnert somit an den Kriterienkatalog von Kopenhagen, ohne diesen explizit zu benennen. Allerdings sind die 46 Seiten Aktionsplan und der Länderbericht bei weitem nicht so detailliert, wie die von der EU-Kommission in regelmäßigen Abständen herausgegebenen Fortschrittsberichte zu den Beitrittsländern, die Themenbreite ist jedoch die selbe.

Die ENP zielt darauf ab eine neue Nachbarschaftskategorie der partiellen Teilhabe an der EU zu schaffen, womit das *In-/Outsider-Problem* entschärft werden soll. Trotz der Kooperationsangebote grenzt sich die EU allerdings von seinen unmittelbaren Nachbarn dennoch ab. Zudem sind die Aufgaben zwischen der Republik Moldau und der EU in ihren bilateralen Beziehungen ungleich verteilt. Der absolute Großteil der aufgezählten Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehung liegt auf Seiten Moldaus.

Der Erfolg des neuen Europäisierungsansatzes kann noch nicht abschließend bewertet

werden, weil die Umsetzung des Aktionsplans erst seit etwas mehr als einem Jahr zurückliegt. Die zuständige Kommissarin Benita Ferrero-Waldner sieht ebenfalls die weit- aus größere Aufgabe noch vor sich:

“I should stress that the plans [Aktionspläne] are just a beginning: now we have to get down to work to make a reality of the commitments you see in the plans” (Ferrero-Waldner 2004)

Die ENP stellt noch einen jungen Politikbereich der EU dar, dessen Instrumente und Mittel noch nicht voll ausgereift sind, aber auch die neue Kommission unter Präsident Barroso zählt diese zu ihren politischen Schwerpunkten:

“Over the coming years the ENP will be of paramount importance for our External Relations policy and it is one of the top priorities for the new Commission” (ebd.).

Die konzeptionelle Entwicklung der ENP ist nicht konfliktfrei abgelaufen. Der EU-Kommission wurde von Seiten des Ratssekretariats vorgeworfen, ihre Kompetenzen überschritten zu haben.⁵ Darüber hinaus musste den Ländern, die nicht zum Kreis der beitretenden Staaten gehören, etwas angeboten werden, um sie für die negativen Auswirkungen der EU-Erweiterung zu entschädigen (beispielsweise Einführung von Schengen-Visa) und zum anderen musste ein Signal in die EU gesendet werden, dass eine Alternative zur EU-Mitgliedschaft gefunden wurde. Ob dies die besten Bedingungen sind, unter denen eine ausgereifte politische Konzeption entstehen kann, bleibt allerdings fraglich.

5.4.4 Anpassungsleistung der Republik Moldau

Das zögerliche Herangehen der Regierung unter Premierminister Tarlev und des Präsidenten Woronins an durchgreifenden institutionellen Reformen zur Demokratisierung der Republik weist auch in der Post-2004-Phase auf einen anhaltenden Widerspruch zwischen der Anwendung des vierten Kopenhagener Kriteriums und der tatsächlichen Entwicklung des Landes hin. Nach der Wahl von 2001 und der Bestätigung im Amt im Jahre 2005 des Premierministers und des Staatspräsidenten ist eine Periode langfristiger institutioneller Stabilität erreicht worden, die nicht zugunsten eines ausreichenden Reformprozesses genutzt wurde. Allerdings lassen sich auch weitere Schritte zur Modernisierung des Landes nachvollziehen.

⁵ Das Engagement von EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen in Palästina und Libanon im Rahmen der Nachbarschaftspolitik ist vom Hohen Repräsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana mit Skepsis beobachtet worden. Im Frühjahr des Jahres 2004 wurden die Verhandlungen über die bilateralen Aktionspläne gestoppt und eine Nachbarschaftsstrategie wurde seitens der EU-Kommission erstellt, um darzulegen, dass die EU-Kommission ihr Mandat in den bilateralen Verhandlungen nicht überschreitet (Gespräch in der EU-Kommission Januar 2005).

5.4.4.1 Demokratie

a) Wahlen

Bei einer Wahlbeteiligung von fast 65 Prozent erreichte die kommunistische Partei bei den Wahlen 2005 zum moldauischen Parlament die absolute Mehrheit der Stimmen und besetzt 56 von insgesamt 101 Parlamentssitzen. Dies bedeutet gegenüber den letzten Wahlen von 2001 einen Stimmenverlust von 5 Prozent oder 15 Parlamentssitzen. Die Opposition konnte demgegenüber zulegen, so erreichte der Demokratische Moldauische Block (DMB) (Wahlbündnis bestehend aus: „Allianz Unser Moldova“, Demokratische Partei und Sozialliberale Partei) 28,5 Prozent der Stimmen und erhielt 34 Parlamentssitze (Dill/Voinea 2005). Die Christdemokratische Volkspartei (CDVP) stabilisiert sich und konnte ihr Wahlergebnis leicht verbessern. Die CDVP erreichte bei den Wahlen 2001 8,2 Prozent der Stimmen. Im Jahre 2005 erreichte die CDVP rund 9 Prozent der Stimmen, was keine Veränderung an Parlamentssitzen zur Folge hat, deshalb behält die CDVP 11 Parlamentssitze:

Partei	Prozent	Parlamentssitze
Partei der Kommunisten der Republik Moldau (PKRM)	45,98	56
Demokratische Moldauische Block (DMB)	28,53	34
Christdemokratische Volkspartei (CDVP)	9,07	11
Gesamt	83,58	101

Quelle: Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an Electionguide 2005.

Am 4. April 2005 wird Vladimir Woronin im Amt des Präsidenten der Republik Moldau mit 75 von 101 möglichen Stimmen aus dem Parlament bestätigt.⁶ Dies gilt ebenfalls für den seit April 2002 amtierenden Premierminister Vasile Tarlev.⁷

Die Bestätigung der PKRM bei den Wahlen lässt sich nicht auf einen einzigen Faktor reduzieren. Allerdings befürchteten unterschiedliche moldauische Interviewpartner, dass ein Ausbleiben eines klaren Signals aus der EU zur EU-Integration eine bedeutende Rolle gespielt habe (Interviews mit Nantoi, Gheorghiu, Barbarosie 2005). Die eine EU-Integration mehrheitlich befürwortende Bevölkerung, zeigt sich verunsichert, „ob die EU uns überhaupt will“ (Interviews mit Gheorghiu, Barbarosie, Ostalep Juni 2006). Ohne Rückversicherung durch die EU waren viele Bürger nicht bereit, einen substantiellen Politikwechsel aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland zu befürworten. Gleichzeitig ist darüber hinaus das Vertrauen in die politische Führung der anderen Parteien insgesamt sehr schwach ausgeprägt. Zudem haben sich der Premierminister und

⁶ Einziger Gegenkandidat ist Gheorghe Duca, der Präsident der moldauischen Akademie der Wissenschaften, der nur eine Stimme auf sich vereinigen konnte.

⁷ Zudem ist zu diesen Parlamentswahl bemerkenswert, dass sich hundert russische Bürger an der Grenze zu Moldau als Wahlbeobachter ausgaben, die allerdings an der Einreise nach Moldau durch moldauische Behörden gehindert wurden (BBC 2005).

der Präsident für einen EU-Beitritt ausgesprochen, so dass sich keine klare *clea-vage structure* hinsichtlich eines EU-Beitritts in der moldauischen Parteienlandschaft abbildete. Somit waren die Wähler nicht vor eine Entscheidung gestellt, entweder eine Pro-Integrationspartei oder eine Anti-Integrationspartei zu wählen (ebd.).

In den Parlamentswahlen vom März 2005 stellte Moldau im Großen und Ganzen unter Beweis, dass sie sich zunehmend an demokratischen Werten und Verfahren ausrichtet:

“the 6 March 2005 parliamentary elections in the Republic of Moldova generally complied with most OSCE commitments, Council of Europe and other international standards for democratic elections (...)” (OSZE 2005).

Es sind jedoch auch bei diesen Wahlen Unregelmäßigkeiten aufgetreten, die nicht in Übereinstimmung mit einem freien Parteienwettbewerb unter den Bedingungen demokratischer Wahlen zu bringen sind:

“In particular, campaign conditions and access to the media were not satisfactorily equitable. In this regard, the elections confirmed negative trends already noted in the 2003 local elections” (ebd.).

Im Anschluss der Wahlen wurde daraufhin mit Unterstützung der Opposition vereinbart, das Wahlgesetz entsprechend den Empfehlungen der Venedig Kommission und der OSZE zu überarbeiten (ADEPT/Expert-Grup 2006: 5). Diese Empfehlungen wurden durch das *Gesetz zur Veränderung und Vervollständigung des Wahlgesetzes* eingebracht. Die Kernpunkte lauten:

- Die Wahlhürden für politische Parteien auf 4 Prozent und für Wahlblöcke (von zwei Parteien) auf 6 Prozent und auf 8 Prozent (von drei Parteien) zu senken.
- Die Überarbeitung des Statuts der Zentralen Wahlkommission zugunsten eines neunköpfigen Gremiums, wovon ein Mitglied vom moldauischen Präsidenten, ein weiteres Mitglied durch die Regierung und die restlichen sieben Mitglieder durch das Parlament ernannt werden. Die Kandidaten des Parlaments sollen aus 5 Angehörigen der Oppositionsparteien entsprechend der prozentualen Vertretung im Parlament bestehen.
- Die Zentrale Wahlkommission erhält die Befugnis Warnungen oder Ordnungsstrafen im Falle einer Verletzung des Wahlgesetzes auszusprechen.
- Das Ernennungsverfahren der Mitglieder der Wahlkommissionen in den Wahlkreisen und Wahlstationen soll verändert werden.
- Bei der Ausstrahlung von Wahlprogrammen soll eine Kennzeichnungspflicht für Wahlsendungen eingeführt werden (ebd.:19).

Neben den Änderungen der Wahlgesetzgebung stellt die folgende Kommunalwahl zum Bürgermeister Chisinaus den Fortschritt entsprechend demokratischer Kriterien unter

Beweis.⁸ Bei der Wahl konnte eine Verbesserung hinsichtlich einer fairen Medienberichterstattung und die Umsetzung einzelner von der OSZE vorgeschlagenen Maßnahmen beobachtet werden (vgl. 5.4.4.1 b) Medienfreiheit).

Eine weitere positive Entwicklung stellt der von der Regierung angenommene Gesetzesentwurf zur staatlichen Parteienfinanzierung dar. Der Gesetzesentwurf, der mit Unterstützung des Europarats und anderer internationaler Organisationen ausgearbeitet wurde, zielt darauf ab, politische Korruption und den Missbrauch von Wahlwerbemitteln zu bekämpfen. Neben den Richtlinien zur Parteienfinanzierung und der Finanzierung anderer sozio-politischer Gruppierungen und Organisationen sowie der Verwendung von Mitteln legt das Gesetz bestimmte Sanktionsverfahren bei der Verletzung des ordnungsgemäßen Verfahrens fest. Der Gesetzesentwurf sieht eine staatliche Förderung von Parteien in Höhe von maximal 0,2 Prozent des jährlichen staatlichen Haushalts vor (ebd.).

Abgesehen davon entwickelt sich die Zusammenarbeit mit dem Europarat zunehmend positiv. Entsprechend der Empfehlungen des Europarats nimmt das moldauische Parlament im November 2005 das Gesetzgebungsprogramm der Regierung an. Zu den Gesetzesvorhaben zählen die Überarbeitung und Annahme der folgenden Gesetze:

“Regulation of the Parliament, the law on status of parliamentarian, the law on parties, the Election code, the law on status of the Chisinau municipality, the law on the special legal status of Gagauzia, the legislation on independence and strengthening of the judiciary, the legislation on activity of security and reprimand services, the law on freedom of religion, the audiovisual law (the law on TeleRadio-Moldova Company, the law on mass media), the law on conduct of meetings, the Education Code (ADEPT/Expert-Grup 2006: 20).

Das verabschiedete Gesetzgebungsprogramm sieht die Umsetzung der Reformen bis Mitte 2006 vor. Damit verfolgt Moldau das Interesse bis zum Herbst 2006 von der Liste der durch den Europarat beobachteten Länder genommen zu werden. Dies erscheint jedoch wenig realistisch, weil sich neben den angekündigten Reformen und positiven Entwicklungen in den Bereichen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch negative Trends abzeichnen (vgl. insbesondere Unterkapitel 5.4.4.2 Rechtsstaatlichkeit).

b) Lokale Demokratie

Die gegenwärtige Gesetzgebung zur lokalen Selbstverwaltung ist nach wie vor nicht in Übereinstimmung mit europäischen Standards zu bringen. In dem Bericht der parlamentarischen Versammlung des Europarats vom 16. September 2005 wird sie als „Erinne-

⁸ Der erste Wahlgang fand am 10. Juli 2005 statt und musste wegen der zu niedrigen Wahlbeteiligung zwei Mal wiederholt werden (27. November 2005 und 11. Dezember 2005).

nung an die sowjetische Vergangenheit“ beschrieben (Freedom House 2006: 15).⁹ Beispielsweise wurden zwei Gesetzesentwürfe entwickelt, die nicht zeitgemäßen demokratischen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen entsprechen.

Als erstes sollte der Regierungsbezirk der Stadt Chisinau in kleinere Verwaltungseinheiten aufgeteilt werden, um den politischen Einfluss des (damaligen oppositionellen) Bürgermeisters der Stadt zu schwächen. Und als zweites wurde ein Gesetzesentwurf über Versammlungen lokaler Repräsentanten zur Einrichtung einer einzigen Versammlung von Vertretern lokaler Gebietskörperschaften eingebracht, der darauf abzielt, die gewählten oppositionellen lokalen Repräsentanten von der Versammlung auszuschließen (Europarat 2005: 11). Beide Gesetzesentwürfe wurden zwar auf Intervention des Europarats im Sommer 2004 zurückgezogen, aber dennoch zeigen sie exemplarisch die Unbeholfenheit der Regierung im Umgang mit demokratischen Verfahren.

Zudem wurden die Finanzautonomie der lokalen und regionalen Regierungsebenen wurde von der kommunistischen Regierung stark beschränkt. Die Anwendung des Gesetzes zu den lokalen öffentlichen Finanzen (2003), das ohne Beachtung der Empfehlungen des Europarats verabschiedet wurde, gibt den Regionen kaum eigenständige Gestaltungsspielräume. Zudem wird eine starke Abhängigkeit zur Zentralregierung geschaffen (Europarat 2005: 12). Beispielsweise betrifft dies insbesondere die Region Gagausien, die zunehmend zur Bewahrung ihrer Eigenständigkeit auf die Unterstützung aus der Türkei angewiesen ist (Europarat 2006: 12).

Eine weitere dramatische Entwicklung stellt daneben die Unterdrückung der regionalen Opposition in Gagausien dar. Vorwürfe wegen Amtsmissbrauchs und die Einleitung strafrechtlicher Verfahren gegen politische Gegner, die zur Suspendierung von allen politischen Ämtern führt, gehören zu den Methoden, die die kommunistische Partei anwendet, um sich in Gagausien politischen Einfluss zu sichern. Beispielsweise wurde am 23. März 2004 Constantin Taushanji der Bürgermeister von Comrat, einer der lokalen Oppositionsführer („Moldova Nostra“) ohne Gerichtsurteil und ohne entsprechende Befugnisse vom regionalen Parlament abgesetzt (Freedom House 2006: 16, Europarat 2006: 12).¹⁰

⁹ Wie bereits beschrieben wurde hat die kommunistische Partei seit 2001 eine Zentralisierung der Regierungs- und Verwaltungsstrukturen betrieben, um ihren politischen Einfluss langfristig abzusichern. Die Verwaltungsreform (1998) zur Einrichtung von zwölf Verwaltungseinheiten (*judets*), die zur größeren wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Autonomie der territorialen Selbstverwaltung beitrug, wurde von der kommunistischen Regierung 2001 zurückgenommen. Stattdessen wurden 32 territoriale Regierungseinheiten (*raions*) geschaffen, die wirtschaftlich, politisch und finanziell stärker von der Zentralregierung abhängen (ebd.).

¹⁰ Ebenfalls wurde der Bürgermeister von Durl esti, Gheorghe Barbaneagra, der ebenfalls nicht der kommunistischen Partei angehört, von seinem Amt suspendiert, da ein strafrechtliches Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde. Zwar blieb Barbaneagra de facto Bürgermeister des Ortes, aber er durfte aufgrund des Verfahrens keine andere bezahlte Tätigkeit ausüben. Bis zu den Neuwahlen übernahm ein Mitglied der kommunistischen Partei die Interimsaufgaben des Bürgermeisters (Europarat 2006: 12).

Ein weiteres Beispiel für demokratische Mängel zeigt sich in dem Vorgehen gegen Mikhail Formuzal, dem aussichtsreichsten Oppositionspolitiker bei den Gouverneurswahlen in Gagausion im Herbst 2006. Mikhail Formuzal wurde als Bürgermeister von Chadyr-Lunga wegen Amtsmissbrauch und finanzieller Unregelmäßigkeiten beschuldigt und am 21. Oktober 2006 festgenommen worden. Das Berufungsgericht veranlasste jedoch noch am selben Tag seine an Auflagen gebundene Freilassung (Freedom House 2006: 16).

Es werden nicht nur einzelne Oppositionsführer in Gagausion in strafrechtliche Verfahren involviert, sondern auch in der Hauptstadt Chisinau, insbesondere wurde im Wahlkampf gegen den Bürgermeister Urechean wegen Korruption ermittelt (Europarat 2006: 12).

Das weitaus schärfste Problem hinsichtlich lokaler Demokratie besteht allerdings nach wie vor in der Region Transnistrien. Der seit dem 1. Dezember 1991 amtierende „Präsident“ Igor Smirnow lässt keine Opposition gegen das Regime zu, so dass kaum unabhängige NRO, Medien¹¹ oder oppositionelle Parteien existieren. Es lassen sich dennoch vereinzelte Versuche entdecken, die auf die Begrenzung der Rechte der Exekutive hinwirken. Beispielsweise hat eine Gruppe von Abgeordneten um Yevgeny Shevchuk, dem damaligen Stellvertretenden Sprecher des aus 54 Mitglieder bestehenden Obersten Sowjets (parlamentarische Versammlung Transnistriens) im Zeitraum April bis Mai 2006 hierzu verschiedene Initiativen einleitet. Die von Shevchuk geführte politische Gruppe ist aus den „Wahlen“ zum Obersten Sowjet (Dezember 2005) gestärkt hervorgegangen. Beobachter berichten von einer größer werdenden Diskrepanz zwischen der transnistrischen Bevölkerung und der wirtschaftlichen und politischen Elite, die mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft insbesondere der EU, der Vereinigten Staaten und der Ukraine zu einer Demokratisierung der Region beitragen könnte (Interviews mit Nantoi Mai bis Juni 2006).

c) Zivilgesellschaft

Der Aufbau von zivilgesellschaftlichen Strukturen in Moldau befindet sich weiterhin erst am Anfang, obwohl bereits über fünfzehn Jahre seit der staatlichen Unabhängigkeit vergangen sind. Von den 3.424 in Moldau registrierten Initiativen, Vereinen und Verbänden sind die meisten NRO relativ klein und inaktiv (Freedom House 2006: 10).¹²

¹¹ Die Situation der Medien ist dadurch gekennzeichnet, dass die Behörden die in Transnistrien erscheinenden Medien fast vollständig kontrollieren. Nach Angaben der OSZE sind die Medien massiver Zensur unterworfen und die wenigen Journalisten, die sich nicht der offiziellen Linie beugen, sind einem extrem hohen politischen Druck ausgesetzt (OSZE 2005a).

¹² In fast 60 Prozent der NRO basiert die Mitarbeit auf ehrenamtlicher Tätigkeit und 24 Prozent der NRO beschäftigen weniger als fünf Mitarbeitern. In den letzten zwei Jahren haben 17 Prozent der NRO an einem einzigen Projekt und 35 Prozent an gar keinem gearbeitet. Damit verfügten mehr als die Hälfte der moldauischen NRO über fast gar keine Aktivitäten. Oftmals ist eine Ursa-

Obwohl die Zivilgesellschaft unter chronischer Unterfinanzierung leidet und die NRO lediglich über eine geringe Anzahl an professionellen Mitarbeitern verfügen, ist dennoch ein großes Engagement von einzelnen zivilgesellschaftlichen Bündnissen zu beobachten. Beispielsweise wurde ein Zusammenschluss von 150 NRO zur Wahlbeobachtung der lokalen und überregionalen Wahlen in der „Zivilen Koalition für freie und faire Wahlen“ von der moldauischen Bürgergesellschaft organisiert. Die Zivile Koalition erinnerte die Regierung an die Notwendigkeit zur Ausrichtung von Wahlen entsprechend internationaler Normen und Standards (ebd.).

Obwohl der überwiegende Teil der NRO klein, inaktiv und über keine funktionierende operative Grundausstattung (Büro, Telefon, Computer) verfügt, bedeutet es nicht, dass der dritte Sektor machtlos gegenüber dem Staat agiert. Gerade bei der Erfüllung der grundlegenden Aufgabe einer Zivilgesellschaft, der Festigung demokratischer Strukturen in der Gesellschaft, hat die moldauische Bürgergesellschaft erhebliche Erfolge erzielt. Dabei wurden internationale Organisationen wie der Europarat oder die OSZE in ihrer Forderung nach einer stärkeren Demokratisierung oftmals geschickt eingebunden. Durch den EU-Moldau-Aktionsplan ist der Zivilgesellschaft ein weiteres Instrument zur Verfügung gestellt worden, um die um internationale Profilierung und europäische Anerkennung bemühte Regierung unter stärkeren Reformdruck zu setzen (vgl. Unterkapitel 5.4.3). Beispielsweise wurde aufgrund des gemeinsamen Protests der moldauischen Zivilgesellschaft und internationalen Unterstützung zwei Gesetzentwürfe wieder zurückgenommen, die die demokratischen Rechte der Bürger eingeschränkt hätten. Aus der Feder des moldauischen Geheimdienstes (SIS) stammte eine Gesetzesänderung über das Auskunftsverbot von als Staatsgeheimnis gekennzeichneten Informationen, die bereits von der Regierung am 2. Dezember 2004 angenommen und zur Zustimmung an das Parlament weitergeleitet wurde.¹³

che für die Inaktivität die chronische Unterfinanzierung des Dritten Sektors in Moldau. Von den Non-Profit-Organisationen verfügten 24 Prozent über finanzielle Mittel von weniger als 500 USD und 27 Prozent über gar kein Budget (Freedom House 2006: 10).

¹³ Das Gesetz über das Staatsgeheimnis enthält eine Klassifizierung von Informationen in den Bereichen Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, Auswärtige Beziehungen und Geheimdienst. Die Klassifizierung ist in drei Rubriken aufgeteilt: „*extreme importance*“, „*strict secret*“ und „*secret*“. Der Gesetzentwurf aus der Feder des moldauischen Geheimdienstes sollte das unter Präsident Snegur entstandene Gesetz ersetzen.

Die Republik Moldau ist Unterzeichner der Aarhus-Konvention (Unterzeichnung: Juni 1998, Ratifizierung August 1999), die der erste völkerrechtliche Vertrag, der jeder Person Rechte im Umweltschutz zuschreibt. Die Rechte bestehen in der Information über Umweltfragen, in der Beteiligung an Verwaltungsverfahren zu Projekten mit Umweltauswirkungen sowie in der Möglichkeit, Klage gegen Umweltbeeinträchtigungen zu führen. Letzteres gilt auch im Sinne der Wahrung der Lebensbedingungen künftiger Generationen. Insofern besitzt die Konvention eine hohe Bedeutung, auch mit Blick auf die Durchsetzung allgemeiner Menschenrechte (siehe Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UFU): <http://www.aarhus-konvention.de>, Zugriff: 12. August 2006). Im Dezember 2004 gaben einzelne Journalisten an, dass der Zugang zu Informationen über Umweltfragen erhebliche Probleme aufwirft.

Daneben wurde ein zweiter Gesetzentwurf zum Zugang von Informationen (2005) von der Bevölkerung verhindert,¹⁴ was zu einer Informationspolitik im *Soviet-style* geführt hätte (Banisar 2006). Zu den Organisatoren dieser Proteste gehörten unter anderem Transparency International (TI), Access-Info und neun der wichtigsten Journalistenverbände. Sie monierten die Beschränkung des Zugangs zu Informationen und wiesen auf den Widerspruch zu internationalen und europäischen Standards hin (Interview mit Gasca März 2006).

Ebenfalls positiv zu bewerten ist der Versuch der Regierung die Zivilgesellschaft verstärkt in den Gesetzgebungsprozess einzubeziehen. Am 29. Dezember 2005 wurde das Konzept zur Zusammenarbeit zwischen dem Parlament der Republik Moldau und der Zivilgesellschaft verabschiedet. Die Zivilgesellschaft soll hiernach frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess einbezogen und eine frühe Stellungnahme von Bürgergruppen durch gemeinsame Treffen, öffentliche Anhörungen und kontinuierliche Konsultationen eingeholt werden. Das Konzept sieht zudem die rechtzeitige Veröffentlichung von Gesetzesentwürfen auf der offiziellen Website des Parlaments vor.

Der Ansatz einer stärkeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft lässt sich ebenfalls punktuell bei der Ausarbeitung offizieller Dokumente beobachten. Beispielsweise bezieht der moldauische Präsident in dem Erlass vom 22. Dezember 2005 zur Einsetzung der Kommission zur Erarbeitung einer nationalen Sicherheitsstrategie, neben dem Präsidenten, Mitgliedern der Regierung und des Parlaments auch Experten aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft ein (Freedom House 2006).

Obwohl der Premierminister bei unterschiedlichen Gelegenheiten auf die Notwendigkeit zur Kooperation mit der Zivilgesellschaft aufgerufen hat, besteht kein eindeutiger Mechanismus, wie die Zusammenarbeit in der Praxis beispielsweise bei der Entwicklung von Gesetzesentwürfen aussehen kann. In der Regel werden die meisten Legislativentwürfe erst der Öffentlichkeit vorgestellt, wenn sie der Regierung zur Abstimmung vorliegen (ADEPT 2006: 21). Damit besteht weiterhin keine ausreichende Teilhabe der Zivilgesellschaft und nicht die notwendige Transparenz zur stärkeren Legitimation von Entscheidungen der Regierung. Bislang ist die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft allerdings als ad hoc und sporadisch und es existieren kaum Foren, die einen dauerhaften Dialog zwischen Regierung und Zivilgesellschaft etablieren.

Das strukturelle Problem der zivilgesellschaftlichen Entwicklung in Moldau besteht darin, dass eine Professionalisierung des Nonprofit-Sektors in funktionaler Hinsicht fast vollständig von internationalen Gebern abhängt. Institutionelle oder projektbasierte Förderung durch öffentliche Einrichtungen oder staatliche Behörden in anderen europäischen

¹⁴ Siehe (Draft-) *Law on Information*: <http://access-info.org.md/ProiectLegeinform.pdf>.

Ländern, die auf die Expertise von NRO angewiesen sind und sie deshalb unterstützen, sind in Moldau aufgrund der knappen Haushaltsmittel überhaupt nicht vorhanden.

Zwar wird von staatlichen Stellen auf die Expertise aus dem NRO-Bereich insbesondere bei der Annäherung an die EU, der Zusammenarbeit mit der NATO und bei der Lösung des Transnistrienkonflikts zurückgegriffen, aber die in Auftragsform von Studien oder Inanspruchnahme wissenschaftlicher Dienstleistungen oder von Expertenwissen erfolgt in der Regel auf freiwilligen und unentgeltlichen Vereinbarungen.¹⁵ Für eine langfristige Entwicklung des Landes, der Sicherung von Zulieferungen von Expertenwissen aus Moldau und der Gewährleistung einer ausreichenden Unabhängigkeit von internationalen Gebern, müssen Mittel aus Moldau zur Verfügung gestellt werden, um Beratungsleistungen aus dem eigenen Nonprofit-Sektor erhalten zu können. Damit wird das Überleben von beratenden NRO und damit die schnelle und sichere Zulieferung von Expertenwissen aus Moldau gesichert.

d) Medienfreiheit

Die Beachtung der Menschenrechte ist wesentlicher Bestandteil der Kopenhagener Kriterien. Artikel 6(1) Vertrag über die Europäische Union (konsolidierte Fassung) besagt:

„Die Union beruht auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit; diese Grundsätze sind allen Mitgliedstaaten gemeinsam“ (Läufer 1998).

Zu den Menschenrechten und Grundrechten gehört auch die freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt nach Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) neben der Meinungsfreiheit auch,

„die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen ohne Eingriffe öffentlicher Behörden und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen ein“ (Europarat 1998).

Die EMRK besitzt für Moldau bindende Wirkung und zudem wurde im Moldau-EU-Aktionsplan der Medienfreiheit und dem Recht auf freie Meinungsäußerung höchste Priorität eingeräumt (vgl. Unterkapitel 5.4.3).

Ein genereller Trend hinsichtlich der Medienfreiheit ist nach Einschätzung von Freedom House, dass sich mit Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die kommunistische Partei im Jahre 2001 die Lage der Medien verschlechtert hat. Freedom House bewertet die Freiheit der Medien in Moldau im Jahre 2003 noch als „*teilweise frei*“, während sie im Jahre 2004 die Presse schon als „*nicht frei*“ einstuft. Auch 2005 wird keine wesentliche

¹⁵ Insbesondere bei der Ausarbeitung der Europäischen Strategie von Moldau ist die Regierung auf die Expertise und Unterstützung vom IPP angewiesen (Interviews MFA Moldova 2002-2006). Dies gilt ebenfalls für die *National Commission for the Development of the NATO-Moldova Individual Partnership Action Plan*, deren Mitglied Direktor Arcadie Barbarosie, IPP, ist. Zudem sind die Beratungsleistungen zur Lösung des Transnistrienkonflikts des IPP wichtig für die Regierung (Interview mit einem Mitarbeiter aus dem Europareferat des Ministeriums für Wiedervereinigung, Chisinau Juli 2006).

Verbesserung der Situation beobachtet (NIT 2006: 13). Daneben sehen beispielsweise die *Reporter ohne Grenzen* eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Pressefreiheit und führt dies aufs Moldaus Bemühungen zur stärkeren Anbindung an die EU zurück. Dieser Entwicklung trugen die *Reporter ohne Grenzen* Rechnung und setzten Moldau im *Worldwide Press Freedom Index* auf Platz 74 (von insgesamt 167) (RwB 2005).¹⁶

Von den 28 rumänisch- und 34 russischsprachigen Tages- und Wochenzeitungen besitzen die russischsprachigen *Komsomolskaya Pravda*, *Argumenty i Fakty*, *Nezavisimaia Moldova* und *Moldavskie Vedomosti* die weiteste Verbreitung. Zu den größten rumänischsprachigen Zeitungen gehören *Flux*, *Timpul*, *Jurnal de Chisinau*, *Moldova Suverana*, *Ziarul de Garda* und *Saptamana*. Zwar wird die Verteilung der Schriftmedien staatlich kontrolliert, aber es bestehen keine offiziellen Beschränkungen für unabhängige Zeitungen. Ausländische Presseerzeugnisse sind frei erhältlich, jedoch aufgrund der hohen Kosten für die Bevölkerung unerschwinglich. Aus der Vielzahl an Schriftmedien lässt sich bereits eine breite Meinungsvielfalt ablesen (Interviews mit Journalisten März bis Juli 2006).

Zu den wichtigsten überregionalen Radiosendern gehören *Radio National*, *Radio Antena C* und die regionalen Sender *Vocea Basarabiei* sowie verschiedene FM-Radiostationen. *Radio BBC*, *Radio Freies Europa/ Radio Freiheit*, und *Radio France International* senden täglich Nachrichtenprogramme, die über die moldauischen FM-Sender verbreitet werden. Überregionale Fernsehsender sind die russischsprachigen *Moldova 1*, *Pervyi Kanal v Moldove* und der rumänische Kanal *TVR 1*. Die beiden Fernsehsender, deren Programme regional im Großraum Chisinau empfangen werden, sind *Euro TV* und *PRO TV*. Der russischsprachige private und regierungsnahe Fernsehsender *NIT* kann fast im gesamten Land empfangen werden.

Die Sicherung der Meinungsfreiheit ist problematisch, weil der wichtigste Fernsehsender *Moldova 1* von staatlichen Stellen kontrolliert wird und regierungsnah berichtet. Andere Fernsehsender sind entweder politisch neutral und vermeiden die Ausstrahlung von Nachrichtensendungen oder stehen öffentlich hinter der Regierung. Der einzige regierungskritische Sender ist *Euro TV*. Die urbane Bevölkerung besitzt Zugang zu verschiedenen Fernsehsendern, die unterschiedliche politische Auffassungen vertreten. In den ländlichen Regionen ist dies oftmals schwieriger, weil dort die Bevölkerung lediglich den staatlich kontrollierten Sender *Moldova 1* empfangen kann (NIT 2006: 13).¹⁷

¹⁶ Somit zeigt sich die Pressefreiheit in Moldau als erheblich bessergestellt als in anderen GUS-Staaten: Georgien rangiert auf Platz 99, Armenien auf 102, Ukraine auf 112 und Russland auf Platz 138 (NIT 2006: 13).

¹⁷ Der Zugang zum Internet und das Internet an sich unterliegen keinen Beschränkungen, aber aufgrund der hohen Kosten benutzen es lediglich 17 Prozent der moldauischen Bevölkerung (ebd.: 12).

Obwohl die Republik Moldau sich seit Staatsgründung zunehmend zu einer pluralistischen Gesellschaft entwickelt hat, in der Meinungsfreiheit prinzipiell garantiert wird (Artikel 32 Moldauische Verfassung) werden diese Grundfreiheiten nicht immer eingehalten und von der moldauischen Regierung selbst sogar in einigen Fällen massiv beschränkt (ICAC 2000: 2). Beispielsweise wurden 2004 den regierungskritischen Sendern Euro TV und Radio Antena C für drei Monate die Sendelizenzen entzogen, ein Journalist wurde misshandelt und viele Journalisten wurden bei der Umstrukturierung der Radio- und Fernsehanstalt TeleRadio-Moldova (TRM) aus politischen Gründen entlassen, was zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Journalisten führte. Auch unter dem Gesichtspunkt der Versammlungsfreiheit ist der Umgang der Polizei mit den Journalisten äußerst fragwürdig gewesen (BASA 2004b), weil teilweise sogar Gewalt gegen die Protestierenden angewandt wurde (BASA 2004a). Die Regierung wird bei der Restrukturierung von TRM in eine unabhängige öffentliche Medienanstalt von Journalisten und oppositionellen gesellschaftlichen Gruppen dafür kritisiert, dass sie im Zuge der Restrukturierungsmaßnahmen ausschließlich regierungskritische Journalisten entlassen hätte.¹⁸ Dies löst einen Protest von etwa 400 Journalisten im Juli 2004 aus, der wochenlang vor dem Gebäude von TRM anhält (AZI 2004a). Ziel der Protestaktion, die von den westlichen ausländischen Botschaften und dem Europarat unterstützt wird, ist es, auf die bisher "größte Säuberungsaktion" unter den Medienschaffenden hinzuweisen (AZI 2004b). In einer Stellungnahme vom 24. Oktober 2004 weist der Europarat darauf hin, dass die Regierung keine ausreichenden Maßnahmen unternommen hätte, um TRM in eine öffentliche unabhängige Einrichtung umzuwandeln (ADEPT 2004, NIT 2006: 14).¹⁹ In dem Freedom-House Bericht von 2005 wird der Widerspruch zwischen offizieller Rhetorik für ein Bekenntnis zur Medienfreiheit und der tatsächlichen Praxis der Medien aufgezeigt:

"Despite President Vladimir Voronin's repeated calls for media freedom, critics continue to deplore government interference in Moldovan media. The constitution guarantees freedom of speech and of the press, but legislation prohibiting defamation of senior officials and insults against the state impinges on these freedoms. The parliament decriminalized libel in April [2004], helping to move Moldova toward international standards. However, fines for libel under the civil code remain unlimited, and prosecuted media outlets continue to receive penalties of more than 100,000 US-Dollar each in 2004" (Freedom House 2005: 34).

Journalisten und Redaktionen müssen äußerst vorsichtig bei einer kritischen Berichterstattung über Regierungsmitglieder vorgehen, weil ihnen sonst ein zivilrechtliches Ver-

¹⁸ Am 14. Juli 2004 wird das Mitglied der kommunistischen Partei Artur Efremov zum Leiter des Radiosenders TRM gewählt, der die Entlassung von einem Drittel der Mitarbeiter organisieren soll. Ihm wird vorgeworfen, dass vornehmlich Journalisten von der Entlassung betroffen sind, die in der Vergangenheit einen kritischen Umgang mit der kommunistischen Staatsführung bewiesen haben.

¹⁹ Hierbei werden insbesondere dem Kooperationsrat für Rundfunk und Fernsehen bei der Setzung von fairen Rahmenbedingungen Versäumnisse vorgeworfen (ebd.).

fahren aufgrund von Verleumdung und Ehrverletzung mit für moldauische Verhältnisse exorbitant hohen Bußgeldern droht. Somit werden Journalisten von der Regierung unter Druck gesetzt, Selbstzensur auszuüben (USD 2005: 33). Der Zugang zu Informationen ist in der moldauischen Verfassung durch Artikel 34(1) und (2) gewährleistet:

- (1) Everyone has the right to access any information of public interest and this right may not be curtailed.
- (2) Public authorities shall, in accordance with their established levels of competence, ensure that citizens are correctly informed both on public affairs and on matters of personal interest (ICAC 2000: 2).

Das bereits im Jahre 2000 angenommene Gesetz über den Zugang zu öffentlichen Informationen stärkt prinzipiell die moldauische Verfassung und präzisiert sie, allerdings wurde es bislang noch nicht umgesetzt. Dies ist unter anderem der Grund dafür, weshalb Journalisten aus nicht nachvollziehbaren Gründen keine Informationen von staatlichen Behörden erhalten und ihre Anfrage mit dem Hinweis „Staatsgeheimnis“ abgelehnt wird (ebd.).

Im Gegensatz zu der insgesamt positiven Entwicklung der Pressefreiheit in SOE fällt die Entwicklung der Medienfreiheit in Moldau für 2005 zurück (RwB 2005: 33). Dies liegt vor allem an der unfairen und parteiischen Berichterstattung der Medien zugunsten der kommunistischen Partei während des Wahlkampfes für die Parlamentswahlen 2005. Die Mängel in der Medienberichterstattung zeichneten sich bereits im Vorwahlkampf ab:

“A gradual decline in media rights and freedoms over the last few years raises concern that media access and due impartiality of election coverage will be problematic in the upcoming parliamentary elections. (...) Since the Communist Party's coming to power in Moldova, evidence points to attempts by the party to get control of the media and prevent opposition parties from access” (ADEPT 2004b: 8).

Aus den Fehlern des Parlamentswahlkampfes hat die Regierung auf Druck der OSZE, des Europarats und der EU gelernt und stellte dies bei dem nachfolgenden Wahlkampf zur Wahl des Bürgermeisters von Chisinau unter Beweis. Der damalige Leiter der OSZE-Mission in Chisinau, William W. Hill, begrüßte die pluralistische Medienberichterstattung:

“The print media offered diverse political views and information on the candidates' electoral platforms, and the broadcast media offered not only paid and free-of-charge electoral advertisements but also coverage of debates” (OSZE 2005b).

Trotz der positiven Entwicklung der Medienfreiheit unter den Bedingungen des Wahlkampfes ist ein verbleibendes Problem die mangelnde Transparenz bei der Vergabe von Sendelizenzen und Ausstrahlungswellen, wofür der Koordinierungsrat für Rundfunk und Fernsehen verantwortlich ist. In einer gemeinsamen Erklärung der 13 diplomatischen Vertretungen in Moldau wurde die mangelnde Transparenz moniert und ebenfalls die Unabhängigkeit des Koordinierungsrates bezweifelt (ADEPT 2005: 13, vgl. EU Commis-

sion 2005a: 3).

Insgesamt ist die Medienfreiheit in Moldau noch nicht in vollem Umfang gewährleistet und es bieten sich erhebliche Verbesserungsmöglichkeiten hinsichtlich der vollen Entfaltung der „vierten Gewalt“. Neben dem politischen Druck, dem die Medien in Moldau ausgesetzt sind, liegt die größte Sorge bei der Entfaltung eines freien und unabhängigen Journalismus in der unzureichenden Professionalität der Medienschaffenden und der mangelnden Berichterstattung durch die Journalisten. Ein weiterer Grund liegt in dem fehlenden Kapital und den unzureichenden finanziellen Mitteln der Medienunternehmen, so dass keine Unabhängigkeit von politischen Parteien oder privaten Sponsoren gewährleistet ist (Interview mit Barbarosie Mai/Juli 2006; vgl. NIT 2006: 12). Im Gegensatz zu den negativen Entwicklungen können allerdings auch positive Trends beobachtet werden. Beispielsweise stellen die neu eingeführte Live-Übertragung von Parlamentsdebatten im Radio und Fernsehen sowie die Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen auf der Internetseite des Parlaments Maßnahmen dar, die zu einer höheren Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen führen.

Einige Beobachter gehen davon aus, dass sich die Regierung langsam von den Medien zurückzieht und machen hierfür die Vereinbarungen bei der Wiederwahl Wladimir Woronins als Staatspräsident zwischen Teilen der Opposition und der Regierung verantwortlich (NIS 2006: 13). Die Vereinbarungen umschlossen zehn Forderungen der Opposition, deren Erfüllung an eine Wiederwahl des Staatspräsidenten geknüpft waren. Beispielsweise gehörte zu der Vereinbarung die Privatisierung der beiden offiziellen Regierungszeitungen *Moldova Suverana* (Auflage von 105.000) und *Nezavisimaia Moldova* (Auflage von 65.000). Das Staatsoberhaupt hat sich zwar an die Vereinbarung zur Umstrukturierung der Zeitungen gehalten und der Privatisierungsprozess wurde eingeleitet, allerdings weicht die Redaktion nach wie vor nicht von der Linie der Exekutive ab und die Regierungstreue der Zeitungen blieb erhalten (ADEPT 2006: 15).

e) Menschenrechte und Grundfreiheiten

In dem Länderbericht der EU-Kommission wird darauf hingewiesen, dass Moldau die meisten internationalen Menschenrechtsinstrumente ratifiziert hat (EU-Kommission 2004a: 8-9). Im Mai 2003 übernahm Moldau den Vorsitz des Ministerkomitees des Europarats und erklärte zur Achtung der demokratischen Werte und Normen des Europarats in allen Mitgliedstaaten beizutragen und wollte als Vorbildfunktion seine eigenen Verpflichtungen erfüllen, so dass im Jahr vor Übernahme des Vorsitzes zwölf Übereinkommen und Protokolle des Europarats ratifiziert wurden. Demgegenüber stellte jedoch der

Europarat Probleme bei der Implementierung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EuGMR) in Moldau fest (ebd.).

Es lagen bis zum April 2005 sechs entgeltliche richterliche Urteile des EuGMR gegen Moldau vor. Dazu gehört auch die richtungsweisende Entscheidung vom 8. Juli 2004 im Falle: *Ilascu et. al. versus Moldova und Russland* (AZI 2004c).²⁰

Obwohl die moldauische Rechtssprechung Folter und andere Grausamkeiten, unmenschliches oder erniedrigende Behandlung unter Strafe stellt, gibt es übereinstimmende Berichte, die der Polizei grausame und erniedrigende Festnahmen und Verhörmethoden vorwerfen (USD 2005). AI berichtet zudem darüber, dass die Bedingungen in den Zellen der Polizei, in denen Verdächtige bis zu 30 Tagen festgehalten werden können, nicht internationalen Standards entsprechen (AI 2005). Oftmals sind Häftlinge in Gefängniseinrichtungen darüber hinaus Opfer von Gewaltanwendungen ihrer Aufseher. Um Übergriffe von Polizisten und Gefängnisaufsehern auszuschließen, verschärft das Parlament am 30. Juni 2005 das Gesetz zur Kriminalisierung von Folter (USD 2005). Dies stellt einen positiven Ansatz zur Bekämpfung von Misshandlungen im Amt dar.

Obwohl Moldau an die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) gebunden ist, verweisen die nationalen Gerichte und auch das Verfassungsgericht bei ihren Urteilen nicht auf die EMRK oder wenden das Präzedenzrecht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EuGMR) nicht bei der eigenen Rechtssprechung an (International Helsinki Federation: 2005). Im Jahre 2005 hat der EuGMR 583 Klagefälle von moldauischen Bürgern zur Bearbeitung erhalten. Die vergleichbar hohe Anzahl ist ein Hinweis darauf, wie wenig Vertrauen moldauische Bürger in ihr eigenes nationales Rechtssystem besitzen. Bislang hat die Republik Moldau 24 Fälle gegen den EuGMR verloren, was enorme Kosten für den Staatshaushalt verursacht. Im Februar 2005 hat der Staatspräsident daraufhin vorgeschlagen, Richter persönlich dafür haftbar zu machen, wenn deren Urteile zu einer Verurteilung durch den EuGMR führen sollten (NIS 2006).

Moldau besitzt nach wie vor Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Urteilen des EuGMR und ein besonders prominenter Fall ist der *Ilie Ilascu und andere vs. die Republik of Moldau und Russland* (2004), in dem Moldau für die Freiheit der zwei verbleiben-

²⁰ Es handelt sich bei den Klagenden um moldauische Staatsbürger, die 1992 vom Regime in Tiraspol verhaftet wurden. Die transnistrische Anklage warf ihnen Anti-Sowjetische Aktivitäten, Bekämpfung der transnistrischen Regierung sowie Mord in zwei Fällen vor. In Tiraspol wurden die Angeklagten aufgrund von Kriegsverbrechen und Terrorismus zu unterschiedlichen Strafen verurteilt. Ilie Ilascu wurde zum Tode und die Mitangeklagten Alexandru Lesco, Andrei Ivantoc und Tudor Petrov-Popa zu jeweils 12 bis 15 jährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Der EuGMR sah es in seinem Urteil als erwiesen an, dass Russland zur Schaffung des separatistischen Regimes politisch und militärisch beigetragen und durch das Ausbleiben des russischen Truppenabzugs unter Brechung internationaler Vereinbarungen das Fortbestehen des transnistrischen Regimes garantiert habe. Russland und Moldau wurden zu Geldzahlungen an die Klagenden verurteilt. Der

den Mitglieder der "Ilascu group," Tudor Petrov-Popa und Andrei Ivantoc, die weiterhin in Transnistrien seit über einem Jahrzehnt illegal gefangen gehalten werden, mit Strafzahlungen belegt wurde.

Einer Straftat verdächtigter Kinder sind insbesondere von den Mängeln der Gerichtsbarkeit betroffen. 85 Prozent der festgenommenen Jugendliche werden keinem Richter vorgeführt und in über 40 Prozent der Fälle, dauerte die Inhaftierung entgegen der nationalen Gesetzgebung länger als vier Monate (UNICEF 2004).

Die Abschaffung der Todesstrafe, auch in Zeiten des Krieges, ist demgegenüber als eine Verbesserung der Menschenrechtssituation zu bewerten. Auf Initiative des Präsidenten geht ein Vorschlag an das Parlament zurück, um den Artikel 24 (3) der Verfassung zur Abschaffung der Todesstrafe auch in Ausnahmesituationen abzuschaffen. Zwei Gesetzesentwürfe zur Änderung der Verfassung wurden von der Regierung (5. Oktober 2005) und einer Parlamentariergruppe (16. November 2005) eingebracht. Der Verfassungsgerichtshof hielt beide Gesetzesentwürfe für verfassungsgemäß, so dass die Todesstrafe in Ausnahmesituationen aus der Verfassung gestrichen wird (ADEPT/Expert Grup 2006: 15). Die Abschaffung der Todesstrafe im Ausnahmezustand und die Kriminalisierung von Folter stellen einen weiteren Beitrag zur Verbesserung der Menschenrechtssituation dar.

f) Minderheiten

Im Jahre 1996 hat Moldau das Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert, das die Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten betrifft. Die russische Sprache wird vom moldauischen Recht besonders geschützt. Abgesehen davon ist in Gebieten, in denen Ukrainer, Russen, Bulgaren oder andere ethnische Minderheiten einen signifikanten Bevölkerungsanteil ausmachen, die Verwendung von Minderheitensprachen in der öffentlichen Verwaltung sowie bei der Abfassung amtlicher Dokumente erlaubt. Der Unterricht in der Vorschule und im allgemeinen, beruflichen und höheren Bildungswesen in moldauischer und russischer Sprache ist gesetzlich garantiert. Darüber hinaus haben Angehörige anderer Minderheiten Anspruch auf Unterricht in ihrer Sprache. Jedoch mangelt es nach Aussagen des UN-Menschenrechtsausschusses an der effektiven Umsetzung. Bedenklich ist auch die Situation der Roma und der gagausischen Gemeinschaften, die weiterhin vor allem in ländlichen Gebieten diskriminiert werden (EU-Kommission 2004a).

5.4.4.2 Rechtsstaatlichkeit

a) Justizreform

In den vergangenen Jahren hat es keine wesentlichen Veränderungen zugunsten eines unabhängigen, fairen und funktionierenden Justizsystems gegeben. Obwohl einzelne positive Teilschritte erreicht wurden,²¹ die hinsichtlich der Justizreform erreicht wurden, bleiben erhebliche Mängel im moldauischen Rechtssystem bestehen, die unbedingt zur Erfüllung des Grundsatzes der Rechtsstaatlichkeit (Art. 49 EUV) behoben werden sollten (vgl. Corman 2004: 5). Die Hauptherausforderungen des Justizwesens liegen in der politischen Einflussnahme, der Ineffizienz und der Korruptionsanfälligkeit des Systems (NIT 2006: 4). Aus diesem Grund konzentrieren sich die Unterstützungsleistungen des Europarats auf diese Bereiche:

“Improving the independence and the functioning of the Moldovan judiciary is the main objective of the EC/Council of Europe Joint Programme, which includes the provision of legal expertise, activities to improve the execution of judgments and access to justice, as well as activities concerning the fight against corruption within the judiciary. The setting-up of a National Training Institute for the Judiciary is also foreseen in the framework of this programme” (Europarat 2006).

Insbesondere die Frage, weshalb ein Kandidat für ein Richteramt akzeptiert oder abgelehnt wird, ließen erhebliche Zweifel an der Autonomie der Personen aufkommen, die ins richterliche Amt aufstiegen. Aus diesem Grund wurde die Rolle des *High Council of Magistrates* bei der Besetzung von Richterstellen gestärkt (neues Gesetzbuch, 22. Juli 2005). Die vom *High Council of Magistrates* vorgeschlagenen Kandidaten können nun nicht mehr unbegründet vom Staatspräsidenten abgelehnt werden (Europarat 2005: 14). Obwohl diese Maßnahme zu einer stärkeren Unabhängigkeit geführt hat, empfiehlt der Europarat, dass die Auswahl entlang der Kriterien Verdienst, Integrität, Fähigkeit und Arbeitsleistung eindeutig definiert werden müssen (ebd.).

Neben der Einflussnahme des Staatspräsidenten kritisiert der *International Helsinki Federation (IHF)* den politischen Druck, der von Behörden oder auch durch die Regierungspartei auf die Justiz ausgeübt wird:

“Authorities continued to interfere in the operation of the courts and the judiciary. Several newspaper articles, some parliamentary deputies from the opposition party and a former judge of the Constitutional Court, Gheorghe Susarenco, voiced concern regarding the erosion of the independence of judiciary and political interference on the part of the government party in some cases that were pending in the national courts or were under investigation” (IHF 2005).

²¹ Zu den positiven Entwicklungen zählt die Änderung der Verfassung (Art. 116 (2); 21. November 2002), die die Unabhängigkeit des Rechtswesens unterstützte, die Annahme eines neuen Strafgesetzbuches (Annahme 18. April 2003) und der überarbeiteten Strafprozessordnung (Annahme März 2003), das neue Gesetz zur Rolle des Generalstaatsanwalts (Gesetz in Kraft seit 18. April 2003) sowie die Reform des Justizsystems (Inkraftsetzung im Mai 2003), die das alte Gerichtssystem durch eine dreigliedrige Struktur ersetzte (Europarat 2006: 13).

Von allen Gerichten gilt lediglich das Verfassungsgericht als von politischer Beeinflussung unabhängig und die Rechtspraxis des Verfassungsgerichts wird allgemein als frei und fair bezeichnet (USSD: 2005). Besorgniserregend ist ebenfalls, dass Anwälte oftmals in der freien Ausübung ihrer anwaltlichen Praxis gehindert werden und auch die Zulassung von Rechtsanwälten unter staatlicher Einmischung erfolgt (Europarat 2005: 14). Die Vollmachten des Generalstaatsanwalts sind zwar verglichen mit der Rolle des Generalstaatsanwaltes im alten sowjetischen Rechtssystem bei weitem reduziert worden, aber dennoch besitzt das Büro der Generalstaatsanwaltschaft die Befugnis Entscheidungen von Behörden oder Organen zu suspendieren oder aufzuheben. Beispielsweise wurde im Sommer 2004 eine von der Stadt Chisinau autorisierter Protest von Journalisten gegen TRM durch einen wohl politisch motivierten Beschluss des Generalstaatsanwalts aufgehoben (ebd.).

Ein weiteres Beispiel für die politische Instrumentalisierung der Generalstaatsanwaltschaft ist die Einleitung von Gerichtsverfahren gegen Oppositionspolitiker. Dem Antrag des Generalstaatsanwalts wurde mit Mehrheit des moldauischen Parlaments (54 der 101 Stimmen) stattgegeben, ein Gerichtsverfahren gegen den Fraktionsvorsitzenden und die parlamentarische Gruppe „Allianz Unser Moldova“ zu eröffnen (13. Oktober 2005). Die Einleitung dieses politisch motivierten Gerichtsverfahrens wirft erhebliche Fragen zum Umgang der Parlamentsmehrheit mit der Regierungsopposition und der Aufhebung und Begrenzung der parlamentarischen Immunität zur Durchsetzung einer pluralistischen Parlamentsarbeit auf. Insbesondere die Rolle und Funktion des Generalstaatsanwalts bedarf deshalb einer dringenden Neuausrichtung (ADEPT 2006: 20).

Der prominenteste Fall politischer Einflussnahme auf die Justiz in jüngster Zeit stellt jedoch der Fall *Valeriu Pasat* dar. Exemplarisch kann hieran nachvollzogen werden, wie die Politik Einfluss auf strafrechtliche Verfahren ausübt. Der Berater des russischen Energieunternehmens *United Energy Systems (UES)*, Valeriu Pasat wird Amtsmissbrauch vorgeworfen, die er damals als moldauischer Verteidigungsminister begangen haben soll (11. März 2005). Konkret wird ihm zur Last gelegt, dass er einundzwanzig moldauische MIG-Kampffjets an die USA im Jahre 1997 unrechtmäßig verkauft habe.²² Viele Beobachter gehen davon aus, dass es sich bei dem Fall um eine politische Machtdemonstration gegenüber Russland handelte (vgl. Policy Brief 2005).

²² Dabei habe er die Kampffjets unter Wert verkauft, wobei der Schaden für den moldauischen Staat bei angeblich 55.8 Millionen US-Dollar liege. Sogar der damalige Staatspräsident Petru Lucinschi hat ausgesagt, dass es kein Verlustgeschäft für die Moldau gewesen sei, weil die Republik für die Jets immerhin 40 Millionen US-Dollar bekommen habe. Ebenso bestätigt Lucinschi, dass Pasat sich an den Kabinettsbeschluss gehalten habe, beim besten Angebot zu verkaufen. Der Verhandlungsführer der US-Regierung, E. Wayne Merry, bestätigte ebenfalls, dass es sich aus moldauischer Sicht um ein lukratives Geschäft für die Republik Moldau gehandelt habe. Die Kampffjets hätten keinen praktischen Nutzen mehr für die Republik gehabt und darüber hinaus

Darüber hinaus stellt sich die nach wie vor extrem hohe Ineffizienz der Arbeit der Justiz als problematisch heraus, die sich darin ausdrückt, dass ein erheblicher Teil der Gerichtsurteile nicht umgesetzt wird. Sogar das moldauische Justizministerium geht nach eigenen Angaben davon aus, dass lediglich 75 Prozent aller Gerichtsentscheidungen umgesetzt werden. Es handelt sich hierbei vor allem um Urteile die beispielsweise die Nationalisierung von privatem Eigentum betreffen oder bei denen Regierungsvertreter involviert sind (IHF 2005). Darüber hinaus ist das moldauische Gerichtswesen von erheblichen praktischen Problemen betroffen, die beispielsweise darin liegen, dass nicht genügend Gerichtsräume zur Verfügung stehen und eine zufriedenstellende Einrichtung, Computer oder Zugang zum Internet sowie eine Datenbank von Gerichtsurteilen weiterhin fehlt (NIS 2006: 16).

Moldau hat den Rechtsrahmen für Korruptionsbekämpfung in den letzten Jahren auf nationaler und internationaler Ebene ausgebaut (Mauer/Tivig 2006: 42). An internationalen Konventionen, hat Moldau die beiden Konventionen des Europarats zur Korruptionsbekämpfung (das Strafrechts- als auch das Zivilrechtsabkommen)²³ unterzeichnet und ratifiziert, und sie beteiligt sich auch an der Initiative der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO)²⁴ (EU Commission 2005a: 6). Moldau unterzeichnete die UN-Korruptionskonvention (UNCAC) im Jahre 2004 und bemüht sich immer noch um die Ratifizierung. Im Rahmen des Stabilitätspaktes engagiert sich Moldau an der Antikorruptionsinitiative. Zu den wichtigsten Maßnahmen, die Moldau im Bereich der Korruptionsbekämpfung durchgeführt hat, ist die Schaffung einer zentralen korruptionsbekämpfenden Einrichtung in der Republik Moldau, das unabhängige Zentrum zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Korruption (CCCEC). Im Januar 2005 wurde ein einjähriges Pilotprojekt zur Korruptionsbekämpfung vom Europarat und dem moldauischen CCCEC ins Leben gerufen, um zu evaluieren, welche Aktivitäten in Moldau zusätzlich sinnvoll durchgeführt werden können. Zudem wurde per präsidentiellem Dekret vom Februar 2005 die 24-köpfige nationale Arbeitsgruppe für das Monitoring der Umsetzung der nationalen Antikorruptionsstrategie und des Aktionsplanes gegründet, die aus Vertretern der Zivilgesellschaft und der Regierung besteht (ebd.: 43).

konnte der Unterhalt der Flugzeuge nicht mehr finanziert werden. Trotz dieser entlastenden Aussagen wurde Pasat zu zehn Jahren Haft verurteilt.

²³ Die Strafrechtskonvention beinhaltet „die Verpflichtung nationale Maßnahmen der Bekämpfung der Korruption in der Verwaltung, dem privaten Sektor sowie im gesellschaftlichen Leben vorzunehmen. Die Zivilrechtskonvention behandelt die „Kompensierung (durch den Staat) für die Schäden, die eine Person durch das korrupte Verhalten eines Beamten erlitten hat. Die Zivilrechtskonvention ist das erste internationale Rechtsinstrument, welches diesen Aspekt der Korruptionsbekämpfung reguliert“ (ebd.: 22).

²⁴ Die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) wurde 1998 eingerichtet und ist ein Überwachungsinstrument des Europarats in der Korruptionsbekämpfung.

In dem EU-Moldau-Aktionsplan ist vorgesehen, dass die Empfehlungen von GRECO vollständig umgesetzt werden. Hierzu zählen die Erarbeitung von Forschungsstudien zur Korruption, einer besseren Koordinierung der zuständigen Institutionen, die Bereitstellung zusätzlicher Mitarbeiter und finanzieller Ressourcen, die Erstellung eines Verhaltenskodexes für staatliche Bedienstete und ein Anstieg der Gehälter von Polizisten und Strafverfolgern. Zwar bestehen große Probleme weiter fort, aber trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage, sind mehrere kleine Fortschritte entsprechend der Empfehlungen von GRECO erzielt worden (ebd.: 44).

Nach dem Korruptionsindex von *Transparency International* hat sich die Position von Moldau (88) im Jahr 2005 zwar leicht verbessert, doch der Wert von 2,9 signalisiert, dass Moldau weiterhin schwer von Korruption betroffen ist (TI 2005):

“local prosecutors and judges extorted bribes in return for reducing charges or sentences, and observers charged that courts were sometimes politically influenced” (USD 2005).

Korruption findet sich nicht nur in der Richterschaft, sondern auch bei den polizeilichen Behörden. Die intern gegen Mitarbeiter des Innenministeriums untersuchten Fälle wegen Bestechung und Amtsmissbrauch belaufen sich im Jahre 2005 auf 190 Fälle, womit die Anzahl an Betrugsfälle gegenüber 2004 (199 Fälle) konstant geblieben ist. Verantwortlich für die Untersuchung sind die Staatsanwaltschaft und eine interne Einheit im Innenministerium (USD 2005).

Die größte Herausforderung für das moldauische Rechtswesen ist allerdings nach wie vor, dass seine Gerichtsbarkeit auf dem Gebiet Transnistriens keine Anwendung findet und sie durch eigene Gesetze des separatistischen Regimes ersetzt wurden. Zum Amt des transnistrischen „Präsidenten“ zählt die Befugnis eigene Richter einzusetzen oder abzulösen, somit hängt die Gerichtsbarkeit vollständig vom transnistrischen Regime ab. Die Gerichtsverfahren in der separatistischen Region sind eine Farce und entsprechen keineswegs internationalen Standards (Hanne 2004).

b) Stabilität demokratischer Institutionen und Funktionalität der Verwaltung

Die Dominanz der kommunistischen Partei im politischen System der Republik führt zu einer starken Frustration der Oppositionsparteien und zu einer starken Polarisierung im moldauischen Parlament. Die stellvertretende Vorsitzende des Parlamentsausschusses für Außenpolitik und EU-Integration Dr. Vitalia Pavlicenco formulierte dies so, „dass jeder konstruktive Vorschlag der Oppositionsparteien von der Mehrheit der regierenden Kommunisten einfach unterdrückt wird“ (Interview mit Pavlicenco Juli 2006).

Zwar sollte dieser Kommentar auch im Lichte der politischen Polarisierung gesehen

werden, jedoch weist es auf die Schwierigkeiten der Oppositionsparteien im parlamentarischen Alltag hin. Zudem reichen die für Parlamentarier zur Verfügung stehenden Ressourcen bei weitem nicht aus, um einer ausreichenden Parlamentsarbeit nachzukommen. Einem Abgeordneten stehen max. 300 MDL (etwa 20 Euro) Telefonkosten zur Verfügung und er darf pro Monat nicht mehr als 5 Stunden auf den Fahrdienst des Parlaments zurückgreifen (Interview mit Igor Klipii Juli 2006). Ebenso ist der einzelne Abgeordnete für die umfangreichen Gesetzgebungsprozesse nicht ausreichend ausgerüstet, weil beispielsweise ein Mitarbeiter für drei Abgeordnete gleichzeitig tätig ist (Interview mit Siminov Juli 2006).

Im Lichte dieser schwierigen Rahmenbedingungen ist es kaum vorstellbar, dass Moldau den Acquis als Voraussetzung eines Beitritts in seinem kompletten Umfang übernehmen kann. Die 31-bändige Gesamtausgabe des Acquis umfasst etwa 85.000 Seiten und besteht aus allen Rechtsakten, die für die Mitgliedschaft der EU verbindlich sind (Europäisches Recht). Zu diesen Rechtsakten gehören die Verträge der EU (Primärrecht) und Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen der Organe der EU (Sekundärrecht), die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) und des Gerichts Erster Instanz, Entschlüsse und Erklärungen, die Rechtsakte der GASP und der Zusammenarbeit im Bereich der Justiz und des Inneren sowie die von der EU mit anderen Staaten oder Staatenbünden geschlossenen Verträge und Abkommen. Die Übernahme des Acquis stellte bei den MOEL ein rechtliches, gesetzgeberisches und verwaltungsmäßiges Problem dar (Dauderstädt 2002: 11). Die mit dem Erlass dieser EU-Regeln befassten Verwaltungen haben erhebliche Kosten und Belastungen zu tragen, die beispielsweise in der Übersetzung jeder einzelnen Verordnung besteht. Im Falle Moldaus könnte theoretisch hinsichtlich der Übersetzung der Rechtstexte auf die vom rumänischen Nachbarland erarbeiteten Übersetzungen zurückgegriffen werden, diese müssten allerdings dann noch ins Russische übersetzt werden, weil ein erheblicher Teil der russischsprachigen Bevölkerung in Moldau kein Rumänisch versteht. Die Übereinstimmung der neuen Regeln muss mit dem vorhandenen nationalen Bestand abgeglichen und Änderungen zwischen den zuständigen Ministerien, bei Gesetzen auch zwischen Exekutive und Parlament, abgestimmt werden. Letztlich müssen Richter und die kontrollierenden Teile der Verwaltung in EU-Recht geschult sein, um das neue Recht korrekt anzuwenden. Die Liste der Kopenhagener Kriterien wurde zwei Jahre nach dem Gipfel von Kopenhagen (1993) in Madrid um die Forderung nach ausreichender Verwaltungs- und Justizkapazität der Beitrittsländer zur Umsetzung des Acquis erweitert.

Mit der Annahme des PKA hat sich die Republik Moldau dazu verpflichtet, ihre nationale Gesetzgebung dem gemeinsamen Besitzstand der EU anzupassen. Die Prioritäten und die Geschwindigkeit des Harmonisierungsprozesses richten sich nach den Aktivitäten der Regierung und des Parlaments bei der Gesetzgebung, die inhärent mit den Verwaltungsstrukturen, den Fähigkeiten und Kenntnissen der Verwaltungsmitarbeiter, der Abgeordneten und ihrer Mitarbeitern verknüpft sind. Damit die Abgeordneten in ihrer gesetzgebenden Funktion ausreichend unterstützt werden, ist darüber hinaus ein reibungsloser Ablauf in den Verfahren zwischen den Organen der Exekutive und der Legislative notwendig.

Das moldauische Parlament besitzt als gesetzgebende Instanz eine zentrale Rolle im Annäherungsprozess an die EU, deshalb sollte die Stabilität und Leistungsfähigkeit des Parlaments für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewährleistet werden. Insbesondere ist neben der Einhaltung demokratischer Regeln entsprechend europäischen Standards (u.a. Notwendigkeit zur Reform der parlamentarischen Immunität, Gewährleistung freier und fairer Parlamentswahlen) eine ordnungsgemäße Arbeitsweise des Parlaments wichtig.

Die Aufgabe des moldauischen Parlaments liegt darin, die Inhalte des EU-Moldau-Aktionsplans in entsprechende moldauische Rechtsetzung zu übersetzen und anzunehmen. Die übergreifende Aufgabe besteht darin, die Harmonisierung mit dem Acquis zu gewährleisten. Zur erfolgreichen Entwicklung neuer hochwertiger Gesetzestexte oder sinnvollen Abänderung bestehender Gesetze ist ein tiefgehendes Verständnis von Regierung und Parlament über EU-Regeln eine entscheidende Vorbedingung. Innerhalb des Parlaments besteht ein Konsens hinsichtlich einer EU-Mitgliedschaft zwischen allen vier vertretenden Fraktionen seit der gemeinsamen Erklärung zur politischen Partnerschaft bei der Umsetzung des Ziels zur EU-Integration (24. März 2005). Am 9. November 2005 nahm das Parlament den Gesetzgebungsplan für den Zeitraum 2005 bis 2009 an, der auf dem Regierungsprogramm (2005/2009), dem EU-Moldau-Aktionsplans (2005/2007) und der Strategie zum Wirtschaftswachstums und zur Armutsbekämpfung (Economic Growth and Poverty Reduction Strategy (EGPRS) für den Zeitraum 2004/2006) basiert.

Die Parlamentsabgeordnete werden durch ein Parlamentssekretariat unterstützt, das aus 194 Verwaltungsmitarbeitern besteht. Die Verwaltungsstruktur des Parlaments besteht aus vier Abteilungen: Dokumentation, Verwaltung, Gesetzgebung und Außenbeziehungen. Zudem unterstützen drei weitere Dienste der Parlamentsverwaltung (Analyse und Vorausschau, Öffentlichkeitsarbeit und Personal) die Arbeit der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter.

Ein Gesetzentwurf zur Harmonisierung mit dem gemeinsamen Besitzstand der EU wurde bereits vom moldauischen Parlament entwickelt, aber verschiedene Gründe erschweren die Rechtsangleichung an den Acquis. Das Kernproblem ist, dass das Parlament über keine ausreichenden personellen und materiellen Mittel verfügt, die für die Anforderungen der Rechtsangleichung notwendig sind. Zudem gewährleisten die Struktur und die Verfahren der Parlamentsverwaltung keine hochwertige Zulieferung bei der Vorbereitung von Entscheidungen. Die moldauischen Abgeordnete sind in besonderer Weise auf die Unterstützungsleistungen der Parlamentsverwaltung angewiesen, da sie über unzureichende Erfahrungen und Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen zur Harmonisierung mit der EU-Gesetzgebung verfügen. Die Verwaltung muss deshalb modernisiert werden und Methoden, Arbeitsweisen und Verfahren überprüft und die Anforderungen an die Parlamentsverwaltung eindeutig geregelt werden, um die Plenums- und Ausschussarbeit der Abgeordneten effektiv zu unterstützen. Ein neues Gesetz für die öffentliche Verwaltung und zum Status der Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung wurde vom Parlament kürzlich entwickelt (Interview mit Gutu Februar 2006). Es beinhaltet neue Regelungen hinsichtlich der Rechte, Pflichten und Aktivitäten von Verwaltungsmitarbeitern und beabsichtigt europäische Verwaltungsstandards einzuführen. Daneben sollte eine Strategie entwickelt und umgesetzt werden, die die Schulung von Verwaltungsangehörigen systematisiert und den Anforderungen moderner Verwaltungen entsprechend konzeptionalisiert. Zudem bedarf das Auswahlverfahren und die dauerhafte Beschäftigung von Mitarbeiter in der Parlamentsverwaltung, wie auch in der gesamten moldauischen Verwaltung, einer umfassenden Reform.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass keine ausreichenden Strukturen und leistungsstarke Verfahren zwischen dem Parlament und der Regierung bei der Entwicklung von Gesetzestexten bestehen. Die Zulieferung an Gesetzentwürfen aus den Ministerien verläuft schleppend und die Texte sind oftmals von mangelnder Qualität, was eine wirksame Harmonisierung mit der EU-Gesetzgebung entgegenläuft. Zur Gewährleistung von EU-Standards in Moldau müssen die Qualität und die Quantität der vom Parlament bearbeiteten Gesetze verbessert werden, damit das Parlament seine Entscheidungs-, Kontroll- und Übersichtsfunktionen besser wahrnehmen kann.

Obwohl europäische Themen eine bedeutende Rolle in der Arbeit der neun Ausschüsse des Parlaments spielen, behandelt lediglich ein Ausschuss die Angelegenheiten zur EU-Integration.²⁵ Bislang wird EU-Integration nicht als übergreifende Aufgabe aller Aus-

²⁵ Die Parlamentsarbeit ist aufgeteilt auf die folgenden Ausschüsse: 1. Gesetzgebung, Ernennung und Immunität, 2. Wirtschaftspolitik, Haushalt und Finanzen, 3. Nationale Sicherheit, Verteidigung und öffentliche Ordnung, 4. Außenpolitik und EU-Integration, 5. Menschenrechte, 6. Öffentliche Verwaltung, Umwelt- und Regionalentwicklung, 7. Kultur, Wissenschaft, Bildung, Jugend, Sport und Medien, 8. Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie, 9. Sozialpolitik, Gesundheitsfürsorge und Familie).

schüsse behandelt. Zudem weisen die Kompetenz- und Verantwortungsbereiche der Verwaltungsmitarbeiter unter den Bedingungen einer geringfügigen Mittelausstattung nicht auf die Bedeutung des Themas EU-Integration hin (Interviews mit Siminov, Gutu, Serebrian, Klippi Mai–Juli 2006).

Die wichtigste kurzfristige Aufgabe zur Annäherung an die EU ist die Erfüllung des EU-Moldau-Aktionsplans, wobei bislang ein kohärentes Konzept zur Koordinierung der Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsplans fehlt (Sommer 2006). Es existiert zwar ein Nationales Programm für die Umsetzung des Aktionsplans, welches von der Nationalen Kommission zur EU-Integration angenommen wurde, aber es ist noch nicht von der Regierung bestätigt worden. Auch hohe Vertreter der moldauischen Regierung konnten keine Antwort darauf geben, weshalb das Nationale Programm noch nicht angenommen wurde (Interviews mit Ostalep, Petrochcan und Gheorghiu Mai-Juli 2006). Zwar ist das Nationale Programm noch nicht von offizieller Seite anerkannt worden, es dient jedoch bereits der Ministerialverwaltung als inoffizielle Arbeitsgrundlage, indem Zeitrahmen, Aufgabenverteilung und Verantwortungen festgelegt wurden (Interview mit Chiriac Juli 2006).

Die Nationale Kommission zur EU-Integration wurde eingesetzt, um die Maßnahmen zur Umsetzung des Aktionsplans zu überblicken und entsprechend zu lenken. Darüber hinaus sollten in dieser Nationalen Kommission die gesamten Maßnahmen zur EU-Integration zusammenlaufen und zentral gesteuert werden (Interview mit Gheorghiu Juli 2006). Die Nationale Kommission ist allerdings nur beschränkt funktionsbereit, weil es über kein eigenes Sekretariat verfügt und es praktisch die Regierung dupliziert – sowohl der Premierminister als auch alle Linienministerien gehören dieser Kommission an. Zudem werden Sitzungen der Nationalen Kommission ad hoc einberufen und auf der Tagesordnung werden Themen abgearbeitet, die absolut dringlich behandelt werden müssen, ohne dass ein langfristiger strategischer Ansatz bei der Arbeit der Kommission zu entdecken wäre (vgl. Interviews mit Gutu und Gheorghiu Juli 2006, vgl. Gutu 2006).

Neben dem politischen Lenkungsgremium, der Nationalen Kommission für EU-Integration, liegt die ministerielle Verantwortung für die Koordinierung der Umsetzung des Aktionsplans beim Ministerium für Außenbeziehungen und EU-Integration (MFA EI). Die hierfür zuständige Abteilung für EU-Integration im MFA EI übernimmt die Rolle des Nationalen Koordinators im Jahr 2004 mit der Annahme des Aktionsplans.

Dem Nationalen Koordinator arbeiten sogenannte interministerielle Komitees (Arbeitsgruppen) zu, die die Maßnahmen und Aktivitäten in ihren jeweiligen Gebieten behandeln.

Die Verantwortung in den einzelnen interministeriellen Komitees liegt je nach Themenfeld und Funktion bei den verantwortlichen Ministerien. Beispielsweise liegt die Verantwortung bei der justiziellen Kooperation beim Justizministerium und im Bereich der Wirtschaftspolitik beim Ministerium für Wirtschaft, Transport und Bildung.

Die Abteilung für EU-Integration im MFA EI besitzt zwar theoretisch die Federführung bei der Koordinierung der Aktivitäten zum Aktionsplans, allerdings fehlt es hier an einer ausreichenden Anzahl an qualifizierten Mitarbeitern als treibende Kraft für die Harmonisierung mit der EU-Gesetzgebung und der Umsetzung der Aktionsplans.

Neben der mangelnden Qualifizierung der Mitarbeiter des MFA EI sind Rivalitäten zwischen den Ministerien ein Grund für die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Aktionsplans und einer reibungslosen Kommunikation zwischen den Ministerien. Ursache hierfür sind Kompetenzüberschreitungen, beispielsweise besitzt das Justizministerium ebenso wie das MFA EI eine Abteilung zur Implementierung des Aktionsplans, wo alle Gesetzentwürfe geprüft werden. Beide Institutionen wollen die Federführung bei der Harmonisierung des Gesetzgebungsprozesses übernehmen, was insgesamt einen sehr unübersichtlichen Prozess darstellt, weil Gesetzesentwürfe verschiedener Ministerien für lange Zeit nicht mit der Absicht zur rechtlichen Harmonisierung geschrieben wurden. Mit einem am 14. Juni 2006 verabschiedeten Gesetz sollen nun nur noch Gesetze entwickelt werden, die den EU-Regeln entsprechen. Kompetenzabgrenzungen zwischen dem Justizministerium und dem MFA EI sollten gerade bei der Vielzahl an nicht-harmonisierten Gesetzen deutlich gemacht werden und die Rollen im Harmonisierungsprozess geklärt werden.

Zudem besteht eine weitere Rivalität zwischen dem MFA EI und dem Wirtschaftsministerium, die auf unterschiedliche Ursachen zurückgeht. Das MFA EI besitzt zwar die Koordinatorenrolle bei der Umsetzung des Aktionsplans, aber die Koordinierung der umfangreichen EGPRS wurde jedoch dem Wirtschaftsministerium zugeordnet, die ein Bestandteil des Aktionsplans darstellt. Der Wettbewerb zwischen den Ministerien wird zusätzlich dadurch bestimmt, dass die lukrative Betreuung des EU-Finanzinstruments für Moldau - das TACIS Programm - anstelle beim MFA EI beim Wirtschaftsministerium angesiedelt ist.

Derzeit werden die Kompetenzen und Aufgaben der einzelnen Ministerien, verschiedener Behörden und Regierungsstellen überprüft, damit keine Kompetenzüberschneidungen zwischen den Ministerien bestehen bleiben und eine effiziente Verwaltungsarchitektur entstehen zu lassen. Wichtig erscheint hinsichtlich der Harmonisierung mit der EU-Gesetzgebung aber, dass ein neutraler Moderator im moldauischen Verwaltungssystem geschaffen wird, der über ausreichende Koordinierungskompetenzen ver-

fügt, der den Prozess kraftvoll vorantreiben kann.

Zu den weiteren systemischen Fehlern in der moldauischen Ministerialbürokratie zählt eine mangelnde Flexibilität in der interministeriellen Kommunikation, weil jedes Schreiben, das die verschiedenen Abteilungen und Referate verlässt, die Unterschrift des Ministers benötigt. Darüber hinaus besteht keine ausreichende technische Verbindung zwischen den Ministerien (Intranet) oder auch eine zentrale Datenbank über den Stand der legalen Harmonisierung. Damit ist es nicht möglich, ad hoc einen schnellen Überblick über den Fortschritt der legalen Harmonisierung oder bei der Umsetzung des Aktionsplans zu gewinnen. Zudem werden externe Unterstützungsleistungen nur unzureichend koordiniert, weil kaum ein Überblick darüber besteht, welche ausländische Geberorganisation sich für die Förderung von welchem bestimmten Projektes entschieden hat.

Wie auch bei der Parlamentsverwaltung ist ein leistungsfähiges Management des Koordinierungsprozesses in der Ministerialverwaltung und insbesondere die Qualifikationen und Fähigkeiten der Mitarbeiter ein entscheidendes Thema bei der Umsetzung des Aktionsplans, was eine ministeriumsübergreifende Herausforderung darstellt. Bisher bestehen erhebliche Mängel bei den Einstellungsverfahren und bei der langfristigen Beschäftigung von geeigneten Mitarbeitern. Einstellungen, Position und Art der Aufgabe hängen oftmals mehr von persönlichen Beziehungen ab als von Kompetenz und Qualifikation. Die Schwierigkeit einer langfristigen Bindung von kompetentem Personal hängt im wesentlichen an der geringen Bezahlung der Angestellten im öffentlichen Sektor, deren Einkommen unterhalb des monatlichen Durchschnitts liegt. Aus diesem Grund ist es schwierig, Mitarbeiter mit einer entsprechenden Expertise, die als Spezialisten höhere Einkommen in anderen Sektoren erzielen könnten, in der moldauischen Verwaltung zu halten oder anzuwerben.

Ein weiteres Problem, mit dem die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung konfrontiert sein werden, ist die beabsichtigte Reduzierung an Mitarbeiterstellen aufgrund von Haushaltsbeschränkungen, obwohl Erfahrungen aus Drittstaaten zeigen, dass im Harmonisierungsprozess der Bedarf an geeignetem Personal steigt (beispielsweise in Ungarn und Kroatien: vgl. Interviews mit Zalai/Corlija Juni 2006). Bei der Ernennung des Präsidenten am 7. April 2005 kündigt der im Amt bestätigte Präsident Woronin einen umfangreichen „Rationalisierungsprozess“ der moldauischen Verwaltung an. Hiernach sollen bis November 2005 die 16 Ministerien und 15 Abteilungen auf 15 Ministerien verteilt werden und zudem sollen insgesamt 70 Prozent der Verwaltungsmitarbeiter entlassen werden (Interview mit Barbarosie Juli 2006). Zwar wird die Effizienz der öffentlichen Verwaltung nach der Verwaltungsreform möglicherweise steigen, aber dies bedeutet für die verblei-

benden Mitarbeiter in den Ministerien einen enormen Zuwachs an Arbeitspensum und längeren Arbeitszeiten, ohne entsprechende adäquate Entlohnung.

Insgesamt bestehen nicht nur inhärente Herausforderungen bei der Organisation der interministeriellen Verfahren, der intraministeriellen Arbeitsweise und der schwierigen Finanzlage des öffentlichen Haushalts. Sondern mangelnde Fähigkeiten und Qualifikationen der Verwaltungsmitarbeitern erschweren die Gewährleistung einer leistungsfähigen und schnellen Harmonisierung mit der EU-Gesetzgebung. Den Mitarbeitern fehlen oftmals die notwendigen Sprachkenntnisse, Kenntnisse zur EU sowie allgemeine Managementqualifikationen und –fähigkeiten (vgl. Interview Barbarosie Juli 2006).

c) Harmonisierung nationaler Gesetzgebung mit EU-Recht

Die Republik Moldau erhielt umfangreiche Unterstützungsprogramme des Europarats, die sich vor allem auf die Rechtsangleichung der moldauischen Gesetzgebung mit europäischen Standards konzentrierte (*Targeted Cooperation Programme* (2002/2003) und das zweijährige gemeinsame Programm von EU-Kommission und Europarat (2001/2003, 2004/2006)). Die Ergebnisse lassen allerdings erheblichen Raum für eine Verbesserung zu (Gutu 2006: 5 f.). Aus Sicht des Europarats fehlt beispielsweise ein leistungsfähiger Mechanismus, der gewährleistet, dass sämtliche Gesetzesvorhaben an den Europarat weitergeleitet werden, bevor diese angenommen werden. Zudem fehlt dem Europarat ein Feedback-Mechanismus, in wie weit die Empfehlungen des Europarats bei der Entwicklung von Gesetzen und bei der Annahme der neuen Gesetze eingearbeitet wurden. Der gegenseitige Nutzen läge darin:

“it would allow much more rational use of the CoE limited resources and it would give the Moldovan legislation a „stamp of approval“ which the country really needs as part of its efforts to integrate better in the European structures” (Europarat 2005: 13).

Bereits im November 2004, wurde die Einrichtung einer speziellen Arbeitsgruppe unter Federführung des Justizministerium vom moldauischen Parlament beschlossen. Zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe gehört die Koordinierung der Bewertungen des Europarats und die Verfolgung und Gewährleistung der Anwendung der Empfehlungen des Europarats. Bislang sind jedoch keine großen Fortschritte bei der Arbeit dieser Arbeitsgruppe feststellbar (ebd.).

d) Europäische Strategie: Langfristige Vision und kurzfristige Aktivitäten

Zur langfristigen Strategie und zur Erleichterung der kurzfristigen Umsetzung des Aktionsplans wurde von Valeriu Gheorghiu, Mitglied der Nationalen Kommission zur EU-Integration, und einem aus 30 Personen bestehendem nationalen Expertenteam die Eu-

ropäische Strategie der Republik Moldau (ESRM) in Zusammenarbeit mit dem MFA E erarbeitet. Die Entwicklung der ESRM geht auf ein Präsidentendekret und auf Anweisung des Premierministers Vasile Tarlev vom Jahre 2003 zurück und sie konnte im Dezember 2005 fertiggestellt werden. Der erste Entwurf der ESRM wurde der Struktur des Aktionsplans angepasst, um beispielsweise die Erarbeitung von Fortschrittsberichten zur Umsetzung des Aktionsplans und der ESRM zu erleichtern. In der ESRM sind kurz- und mittelfristige Prioritäten für Maßnahmen festgelegt worden, an denen sich die Verwaltungsmitarbeiter und politischen Entscheidungsträger bei der Umsetzung des Aktionsplans orientieren können.

Die ESRM ist ein umfangreiches Dokument von etwa 600 Seiten, das umfassender ist als der Aktionsplan und das Nationale Programm zur Umsetzung. Es analysiert den bestehenden nationalen legalen und institutionellen Rahmen und überblickt alle sozialen und wirtschaftlichen Themenfelder, einschließlich der im Aktionsplan formulierten Bereiche.

Die ESRM weist teilweise Schwächen bei den kurz- und mittelfristigen Prioritäten auf, weil die einzuleitenden Maßnahmen teilweise für eine konkrete Umsetzung nicht eindeutig und spezifisch genug waren. Das Dokument wurde an alle Ministerien zur Kommentierung weitergeleitet, allerdings wurde es noch nicht vom Parlament angenommen, was für nach der Parlamentspause im Sommer 2006 vorgesehen ist. Mit der ESRM ist zumindest ein detailliertes Dokument geschaffen worden, dass eine Bestandsaufnahme der moldauischen Situation wiedergibt und als Ansatzpunkt für den Annäherungsprozess an die EU eine systematische Grundlage bietet (Government of the Republic of Moldova 2004a).

e) Konsens über einen EU-Beitritt und regionale Kooperation

Der Präsident der Republik Moldau und die moldauische Regierung halten auch in der Post-2004-Phase am Ziel eines EU-Beitritts fest (Woronin 2005: 2). Das auf einen EU-Kurs abgestimmte Regierungshandeln wird voll und ganz vom moldauischen Parlament unterstützt, was sich beispielsweise in der einstimmigen Annahme des fraktionsübergreifenden *Antrags zur politischen Partnerschaft für die EU-Integration* ausdrückte (AZI 2005, Government of the Republic of Moldova 2005: 14).

Das von der Regierung, dem Parlament und den politischen Parteien angestrebte Ziel eines EU-Beitritts trifft auf eine breite und stabile Zustimmung in der moldauischen Bevölkerung, was sich an den unterschiedlichen Ergebnissen von Meinungsumfragen ablesen lässt, die seit 1998 in regelmäßigen Abständen erschienen. In der ersten Meinungsumfrage, die nach der EU-Osterweiterung im November 2004 erschien, befürworteten

bereits 66 Prozent der moldauischen Bevölkerung einen EU-Beitritt. Die Zahl der Befürworter eines EU-Beitritts wuchs um weitere 4 Prozent und liegt derzeit bei 70 Prozent (IPP 2006: 1).²⁶

Die Umfrageergebnisse weisen darauf hin, dass die Befragten eine relativ nüchterne Einschätzung hinsichtlich der moldauischen Chancen auf einen EU-Beitritt besitzen, über 48 Prozent der Befragten nannten beispielsweise einen Beitrittszeitraum von über zehn Jahren als realistisch (8,1 Prozent hielten einen Beitritt für unrealistisch bei 23,2 Prozent Enthaltung). Ebenso verbinden sich für die Bevölkerung mit dem EU-Beitritt keine übersteigerten Hoffnungen, weil lediglich 49 Prozent der Befragten davon ausgehen, dass ein Beitritt nur zu einem gewissen Grad die Situation in Moldau verbessern könnte (ebd.).

Zweifelhaft bleibt jedoch, ob die moldauische Bevölkerung ausreichend über die EU mit ihren umfassenden Bestimmungen, Werten und Normen informiert ist, oder ob nicht doch weite Teile der Gesellschaft die EU in erster Linie als Wirtschaftsraum wahrnehmen, an dessen Wohlfahrt sie teilhaben wollen (Gutu 2006: 5). Um die möglichen Wissensdefizite in der Bevölkerung auszugleichen, plant die moldauische Regierung eine umfangreiche Informationskampagne zu EU-Themen, die beispielsweise auf den flächendeckenden Aufbau von *EU-Info-Points* basiert (Gespräch mit Ostalep April 2006). Ob diese Informationskampagne tatsächlich realisiert werden kann, hängt voraussichtlich von den Prioritäten der internationalen Geber in der Republik Moldau ab, weil umfangreiche Mittel aus dem aktuellen Landeshaushalt sicherlich nicht bereit gestellt werden können.

Die außenpolitische Strategie der Republik Moldau zur EU-Integration basiert nach wie vor auf der Anbindung des Landes an den SOE-Raum, um so zu einer geographischen Zone zu zählen, in der sämtliche Länder eine konditionierte EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt worden ist. Die Einbeziehung der Republik Moldau in den Südosteuropäischen Kooperationsprozess (SEECP) als Beobachter (2004) wurde bereits als Teilerfolg zur Realisierung der Strategie gefeiert. Die Vollmitgliedschaft in dem regionalen Forum (2006) gilt als ein weiterer außenpolitischer Erfolg und als eine zusätzliche Bestätigung

²⁶ In der von der Soros-Stiftung in Auftrag gegebenen und vom *Institut for Public Policy* in Chisinau durchgeführten Studie wurde die folgende Sonntagsfrage gestellt: *Wenn ein Referendum über einen EU-Beitritt der Republik Moldau am nächsten Sonntag abgehalten werden würde, würden Sie sich dafür oder dagegen aussprechen?* Institut for Public Policy, Public Barometer, April/März 2006:
http://www.ipp.md/files/Barometru/2006/Rezumat_de_presa_BOP_04_20061_English.doc.,
 Zugriff: 15.11.2006.

für die verfolgte Strategie, die Moldau einen Schritt näher an die EU brachte (Lupu 2006: 1).²⁷

Die unter dem „Deckmantel“ der regionalen Kooperation angestrebte EU-Integration wird durch die verbesserten Beziehungen zur neuen rumänischen Staatsführung komplementiert. Beim ersten offiziellen Auslandsbesuch des rumänischen Präsidenten Traian Basescu bot er die Hilfe der rumänischen Führung als Anwalt für den EU-Beitritt der Republik Moldau an (Januar 2005). Der moldauische Präsident Wladimir Woronin begrüßte die Unterstützung und erklärte die Zeit der unterkühlten Beziehungen für beendet (Rumänien-Newsletter 2005: 1). Es bleibt abzuwarten, wie sich die angekündigte neue Freundschaft in der Tagespolitik widerspiegelt, und ob der Handlungsspielraum in der EU für Rumänien tatsächlich groß genug ist, um sich für die Interessen Moldaus einzusetzen.

5.4.4.3 Wirtschafts- und Sozialentwicklung

Die wirtschaftliche Erholung der Republik Moldau setzte sich auch im Jahr 2005 mit einem Wachstum von etwas über sieben Prozent fort. Seit der positiven Wirtschaftsentwicklung im Jahre 2000 hat sich das BIP um 40 Prozent verbessert. Jedoch ist die Wirtschaftsentwicklung weiterhin fragil, weil es in erster Linie auf die Rücküberweisungen, der im auslandlebenden Moldauer, zurückzuführen ist (31,4 Prozent vom BIP in 2005). Hauptsächlich fließen diese finanziellen Mittel in die lokale Bauwirtschaft (Zuwachs um 23 Prozent in 2005).

Die Arbeitslosenquote sank daraufhin von 2004 von 7,4 Prozent auf etwas über 7 Prozent (2005). Nach offiziellen Angaben sank jedoch der Anteil der arbeitenden Bevölkerung auf 42 Prozent (2005), was einer Abnahme seit 2000 von 14 Prozent entspricht.

Die enorme Inflationsrate nimmt von 12,5 Prozent im Jahr 2004 auf 11,9 Prozent ab. Die geringe Exportquote ist auf die geringe Wettbewerbsfähigkeit moldauischer Produkte zurückzuführen, die insbesondere von den mangelnden sanitären und phytosanitären Standards betroffen sind. Zudem führte die anhaltende Kontroverse mit Russland zu einem Importstopp von moldauischen Weinprodukten auf russische Märkte. Darüber hinaus erschwerten die relativ hohen Wechselkurse den Absatz moldauischer Produkte im Ausland.

Die Kosten für importierte Waren stieg um etwas über 30 Prozent (2005), was auf gestiegene Energiepreise zurückzuführen ist. Demgegenüber steht die positive Entwicklung eines Anstieg des Anteil an ausländischen Direktinvestitionen am BIP (von 7,7 Prozent), die etwa 225 Millionen US-Dollar (2005) entsprechen.

²⁷ Zu den Teilnehmerstaaten des im Juni 1996 ins Leben gerufenen regionalen Forums gehören nunmehr Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Mazedonien, Moldau, Montenegro, Rumänien, Serbien und die Türkei.

Das Staatsdefizit in Höhe von fast 68 Prozent am BIP wird sich voraussichtlich durch die gestiegenen Energiepreise weiterhin verschlechtern. Im Januar 2006 stiegen die Preise für aus Russland importiertes Gas von 80 US-Dollar auf 110 US-Dollar (pro Tausend Kubikmeter). Es ist bereits absehbar, dass die Einfuhrkosten für Energieprodukte sich auch in Zukunft rapide erhöhen werden (EU Commission 2006).

Makroökonomische Indikatoren (2001 bis 2005)

	2001	2002	2003	2004	2005 est.
BIP (%)	6,1	7,8	6,6	7,4	7,1
Erwerbslosigkeit (%)	7,3	6,8	7,9	8,1	7,3
Inflationsrate (%)	9,8	5,3	11,7	12,5	11,9
Wechselkurs (Lei/USD)	13,09	13,83	13,22	12,46	12,84
Außenhandelsbilanzdefizit (% des BIP)	-21,3	-22,7	-31,5	-29	-40,8
Ausländische Direktinvest. (% des BIP)	6,9	8,0	3,9	5,8	7,7
BIP pro Kopf (USD)	408	459	548	721	812
Auslands- und Privatschulden (% des BIP)	113,1	109,3	97,2	72,8	67,8

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus den Angaben des National Bureau of Statistics of Moldova (2006) und der Bundesagentur für Außenwirtschaft (2005).

5.4.5 Vertiefung und Erweiterung in der jungen EU-25

Die Debatte über die Integrationsdynamik, die auf dem klassischen Zusammenspiel von Vertiefung und Erweiterung beruht, erhält in der unmittelbaren Post-2004 Erweiterungsphase eine neue Qualität. Zwar sind erhebliche Erweiterungsschritte mit dem Beitritt der EU-10 erzielt worden, aber durch das (vorläufige) Scheitern des verfassungsgebenden Prozesses an den niederländischen und französischen Referenden hat sich die prekäre Lage der EU verschärft. Die teilweise antagonistisch anmutende Parallelität von Vertiefung und Erweiterung wird möglicherweise in der jungen EU-25 durch ein neues Integrationsparadigma der Konsolidierung und Erweiterung ersetzt. Dabei scheint sich bei der aktuellen Gemengelage in der EU-weit geführten politischen Diskussion der Ansatz der Erweiterung auf das „Abarbeiten“ bereits eingegangener Verpflichtungen zu beschränken. Anstelle einer Vertiefung geht es nun vielmehr um eine Konsolidierung der EU, die darauf abzielt, den gemeinsamen Besitzstand zu wahren, ohne die EU-Mitgliedstaaten durch einen stärkeren Souveränitätstransfer an die EU zu binden.

5.4.5.1 Die EU in der Post-Erweiterungssituation

Die Herausforderungen an die EU-25 sind immens und sind insbesondere durch die Zunahme an Größe und Heterogenität geprägt (vgl. Zielonka 2004). Durch die Aufnahme der EU-10 wuchs die EU-Bevölkerung um 75 Millionen auf über 450 Millionen und das Territorium vergrößerte sich um etwa 23 Prozent. Diese umfassende territoriale und einwohnermäßige Ausdehnung führte aber nicht gleichermaßen zu einer höheren Wirt-

schaftskraft. Das BIP der Union stieg lediglich von 8,83 Billionen Euro auf 9,23 Billionen Euro. Das BIP pro Kopf verdeutlicht die Wohlfahrtsunterschiede auch innerhalb der neuen EU-Bevölkerung: das BIP pro Kopf der EU-15 lag bei 24.010 Euro und bei den neuen EU-10 reicht die Spanne von 8.500 Euro (Lettland) bis 17.700 Euro (Slowenien) in Kaufkraftparitäten im Jahr 2002 (EU-Kommission 2003d). Neben den wirtschaftlichen Disparitäten bestehen deutliche Kapazitätsunterschiede und Zeitaufschübe hinsichtlich der Implementierung des Acquis. Zudem existieren divergierende nationale Konzepte zur Modernisierung der Sozialsysteme, der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik, die EU-Mitgliedsstaaten zueinander in Konkurrenz setzen. Das Bild der EU-25 ist geprägt durch ein machtpolitisches Gefälle zwischen wenigen großen und vielen kleinen Mitgliedstaaten (vgl. Grabbe 1998: 90 f.).

Während sich die neuen EU-10 auf die Mitgliedschaft vorbereitet haben, ist es der EU seit der Ratifizierungskrise des Maastrichter Vertrages 1992/1993 nicht gelungen die Vertiefung mit der Erweiterung so zu synchronisieren, dass die EU die eigene Erweiterungsreife ausreichend unter Beweis gestellt hat. Insbesondere ist fraglich, ob die EU-Kommission ihre Aufgaben effizient erledigen kann, wenn die Union immer größer wird und ihre Kompetenzen zunehmen. Kann die EU zudem ein Europa der Bürger werden, solange das Demokratiedefizit fortbestehen bleibt? Zudem zeigt das Scheitern der Verfassung durch die beiden negativen Referenden in Frankreich und in den Niederlanden deutlich, dass die gegenwärtige Abfolge einer Erweiterung mit anschließender Vertiefung grundsätzliche Zweifel an dem Erweiterungskonzept hervorruft. Die Unsicherheit der Fortschreibung des Integrationsprozesses in der EU-25 steht unter dem Vorzeichen der Wachstumsschwäche und den Strukturproblemen in den wirtschaftlich angeschlagenen und von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen EU-Mitgliedsländern. Die Stimmung in Frankreich und Deutschland ist wie bei den anderen EU-Staaten durch die politischen Implikationen der Größe der EU-25, durch die Heterogenität – insbesondere das Wohlstandsgefälle – und das Nicht-Erlangen der Erweiterungsreife geprägt. Diese Faktoren führen in Zeiten der Globalisierung zu schwierigen EU-internen Bedingungen (vgl. Verhofstadt 2005: 7). In den Hauptstädten der EU werden verstärkt unterschiedliche Konzepte mit differenzierter Integrationsdichte diskutiert.²⁸

5.4.5.2 Erweiterungsmüdigkeit in der deutschen und französischen Politik

Die Bestandsaufnahme im Herbst 2006 zeigt eine EU, in der ein Großteil der politischen Akteure in den nationalen und EU-Institutionen zu der Haltung gelangten, dass die Ver-

²⁸ Aus Paris wird etwa das Konzept einer Mittelmeerunion favorisiert und aus Deutschland wird von Seiten der CDU/CSU eine Privilegierte Partnerschaft zur Diskussion gestellt. Siehe Diskussion in der Schlussbetrachtung insbesondere Andreas Maurers Ansatz zu einer modularen Integration.

träge von Maastricht, Amsterdam und Nizza (sowie der Verfassungskonvent) die EU nicht ausreichend vertiefen, um den Erweiterungsprozess fortzusetzen und möglicherweise auch neue Verpflichtungen einzugehen. Der vorherrschende Tenor in der aktuellen deutschen und französischen Diskussion, also in zwei Kernländern der EU von denen tiefgreifende Impulse für den Integrationsprozess ausgegangen sind, enthält den Beiklang einer starken Erweiterungsmüdigkeit (vgl. DIE ZEIT 2006: 10).²⁹ Von der *enlargement fatigue* sind ebenso viele EU-Kommissare betroffen:

“Many EU officials concede that the body is suffering from enlargement fatigue after two waves of expansion that have increased the Union from 12 members in 1994 to 25 today” (FT 2004: 1).

Als unmittelbare Auswirkung der Erweiterungsmüdigkeit kann ein neuer Ansatz in der EU-Beitrittspolitik beobachtet werden, der verstärkt Fortschritte bei der Umsetzung von Reformen sehen möchte, bevor seitens der EU weiteres Entgegenkommen zu erwarten ist. Die Anhebung der EU-Beitrittschürden geht unter anderem auf das Betreiben einer breiten Basis von EU-Kommissaren³⁰ zurück, die die Fehler der vergangenen Beitrittsverhandlungen darin sehen:

“In the past, negotiations have focused on commitments made by countries rather than concrete progress in adopting EU law” (ebd.).

Gerade die unzulängliche Korruptionsbekämpfung in Rumänien und Bulgarien besitzen Rückwirkungen auf die zukünftige Erweiterungspolitik und führten zu der Einführung von Schutzklauseln (Axt 2006).³¹ Ein Beitritt der von Korruption schwer betroffenen Staaten kann nicht mehr verhindert, sondern nur verzögert werden. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier sagte in Vorbereitung auf die im ersten Halbjahr 2007 anstehende Ratspräsidentschaft:

„Bulgarien und Rumänien werden sicher nicht die letzten Staaten sein, die der EU beitreten. Aber der Weg bis zur Mitgliedschaft wird für neue Interessenten zum Teil länger und steinig werden als erhofft“ (Steinmeier 2006).

Damit bestätigt der deutsche Außenminister die Fortsetzung des Ansatzes zur Erweiterung, der sich aber durch hohe Hürden verlangsamen wird. Diese Haltung wird ebenfalls von der SPD (und ihrer Fraktionsführung) unterstützt. Demgegenüber zeigt sich ein Stimmungsumschwung unter den grundsätzlich erweiterungsbereiten politischen Kräften. Beispielsweise positioniert sich die SPD-Gruppe im Europäischen Parlament zur EU-Erweiterung und der für Ende 2006 angekündigten Debatte zur Absorptionsfähigkeit

²⁹ Der SPIEGEL spricht beispielsweise von einer tiefen Existenzkrise der Union (DER SPIEGEL 2005: 112).

³⁰ Zu ihnen gehören: Franz Fischler, Frits Bolkestein, Jacques Barrot, Loyola de Palacio, Markos Kyprianou und Stavros Dimas (ebd.).

³¹ Beispielsweise setzte sich der bayrische Ministerpräsident Stoiber in der innenpolitischen Diskussion für Schutzklauseln im Rechtsbereich ein, die ab dem Beitritt am 1. Januar 2007 wirken sollen.

der EU bereits im März 2006 mit einem Positionspapier (Hänsch/Kuhne 2006). In dem Papier werden grundsätzliche Überlegungen zur EU-Erweiterung angestellt, die auf einen restriktiveren Kurs in der Erweiterungspolitik abzielen.

Der Tenor des Papiers verlangt keine „Rabatt-Signale“ mehr auszusenden, was insbesondere die Beitritte von Bulgarien und Rumänien betrifft. Der „schleichenden Aufweichung der Beitrittskriterien“ müsse begegnet werden und die Umsetzung aller Kriterien habe Vorrang vor Absichterklärungen und vor Beitritt vollständig erfüllt sein (ebd.).

In der Debatte zur Aufnahmefähigkeit der EU benennt die SPD-Gruppe fünf einflussnehmende Bestimmungsgrößen:

- I. Die Mindestvoraussetzung für zukünftige Beitritte soll eine in Kraft getretene politisch-institutionelle Ordnung, die „mindestens der des Verfassungsvertrags von 2004 entspricht“, gelten.
- II. Als zweiten Punkt wird die Schaffung einer zukunftsfähigen Finanzordnung als eine Vorraussetzung gefordert, (dabei ist jedoch die „Zukunftsfähigkeit“ sehr schwer zu definieren und es kann kaum hilfreich sein, bei der Konkretisierung des Begriffs Aufnahmefähigkeit der EU weitere schwammige Begriffe zu verwenden).
- III. Als dritten Punkt wird der „innere“ und „wirtschaftliche“ Zustand sowie die „Größe“ des beitretenden Landes als Kriterien benannt, von denen die EU-Aufnahmefähigkeit abhängt. Mit dieser Position verlässt die deutsche Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament den bislang hinsichtlich der EU-Erweiterungspolitik geltenden Konsens: Weder hat in der zurückliegenden Erweiterungspolitik die Wohlfahrt eines Staates eine entscheidende Rolle gespielt, noch dessen Größe. Diese Vorfestlegung auf Kriterien hat insbesondere mit der aktuellen Debatte über den Türkei-Beitritt zu tun, in der sich ein deutlicher Widerstand gegen einen Beitritt der Türkei formiert.
- IV. Ein vierter Punkt zur Bestimmung der Aufnahmefähigkeit ist die Einführung einer „grundsätzlichen Zustimmung der Menschen in den Mitgliedstaaten der EU“, was es bislang ebenfalls noch nicht gab und unter Hinweis auf die grundsätzlich eher skeptische Haltung der EU-Bevölkerung eine indirekte Absage des Erweiterungsprozesses impliziert.
- V. Als weiteren Punkt werden darüber hinaus „geostrategische Überlegungen“ benannt, die darüber bestimmen sollen, welche „Belastungen“ der EU zukünftig zugemutet werden sollen.

Aus dem Dokument ist abzulesen, dass es sich um einen anderen Duktus als das Zu-

sammenspiel von Vertiefung und Erweiterung handelt. Die Parallelität von Erweiterung und Vertiefung wird nunmehr ersetzt durch die Bewahrung des Status quos, in der die „Erhaltung und Handlungsfähigkeit der EU“ Vorrang vor einer Erweiterung besitzt. Hieraus folgt, dass einzelne „Beitritte, die zu einer Rückentwicklung der EU in eine Freihandelszone oder zu einer Spaltung der Union in eine „Kernunion“ und eine „Randunion“ zu führen drohen“ von der SPD-Gruppe abgelehnt wird. Grundsätzlich wird in dem Papier zum Ausdruck gebracht, dass eine prinzipielle EU-Mitgliedschaft für den westlichen Balkan und auch für Kroatien und die Türkei in Aussicht gestellt wird, die allerdings nicht zwangsläufig - wie bislang - in eine Vollmitgliedschaft mündet.³² Während sich die SPD-Gruppe hinsichtlich allen anderen Ländern in der Frage einer EU-Beitrittsperspektive sperrt:

„Die EU braucht eine lange Phase der Konsolidierung. Neue Beitrittsperspektiven, z.B. für die Ukraine bzw. Moldawien usw., können deshalb in der politisch überschaubaren Zukunft nicht eröffnet werden“ (ebd.).

Die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel unterstützt diese Haltung, dass über den Balkan hinausgehende Beitrittsversprechen nicht gegeben werden können (Euractiv 2006b). Diese vor allem innenpolitisch motivierte Position wird durch die politische Linie der CDU und CSU umrahmt, die sich insbesondere gegen einen Türkeibeitritt wendet. Als Parteivorsitzende ist Angela Merkel der Überzeugung, „dass eine Aufnahme der Türkei die EU politisch, wirtschaftlich und sozial überfordern und den europäischen Integrationsprozess gefährden würde“ (Euractiv 2005).“ Damit kündigt sich eine Wende in der deutschen Erweiterungspolitik an. Der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer kritisiert die Haltung der CDU-Parteivorsitzenden (vgl. Fischer 2006):

„Die Haltung von Frau Merkel und Herrn Stoiber ist gefährlich blind angesichts der Zusagen, die seit 43 Jahren von deutschen Regierungen von Adenauer bis Kohl gemacht worden sind“ (ebd.).

Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder reagierte ähnlich. Seine Position bleibe unverändert: „Die Türkei hat die uns gegebenen Versprechen gehalten, jetzt müssen auch wir Wort halten“ (ebd.).

In der französischen Debatte kündigt sich ebenfalls eine restriktivere Haltung in der Erweiterungspolitik der EU an. Während der französische Präsident Jacques Chirac bereits lange die türkischen Beitrittsbemühungen befürwortete, hebt er nun hervor, dass die Türkei zunächst Zypern vollständig anerkennen müsse (ebd.). Sein potentieller konservativer Nachfolger im Amt des Präsidenten, der französische Innenminister Sarkozy,

³² In dem Papier kommt ebenfalls die volle Unterstützung der EU-Kommission durch die SPD-Gruppe hinsichtlich ihrer eingeschlagenen Richtung in der ENP zum Ausdruck, in der es nunmehr gelte diese zu konkretisieren, zu verbreitern und zu intensivieren. Der Leitgedanke soll entsprechend des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Roman Prodi entlang einer engsten Zu-

legte sich zudem im Wahlkampf auf die Haltung fest, dass es nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens keine neue Erweiterungen geben werde, bevor nicht die Institutionen reformiert seien. Danach müsse man der Expansion der EU klare Grenzen setzen (Euractiv 2006a). Dies bedeutet für Sarkozy, dass neben den Ländern des westlichen Balkans, Norwegen, die Schweiz oder Island beitreten können, sofern sie dies wünschen und entsprechende Anpassungsleistungen vollzogen haben. Jedoch wird danach der Erweiterungsprozess beendet sein und lediglich privilegierte Partnerschaften in Aussicht gestellt werden können (NZZ online 2006). Neben Deutschland und Frankreich haben auch Österreich und die Niederlande erhebliche Zweifel im Hinblick auf die Tragfähigkeit künftiger Erweiterungsrounden geäußert. Es bahnt sich somit eine starke politische Unterstützung unter den EU-Mitgliedstaaten für die Beendigung des Erweiterungsansatzes an, auch wenn dies erst in einiger Zeit vollzogen sein wird und die neuen EU-Mitgliedsländer eine andere Haltung hierzu besitzen.

Der Präsident der EU-Kommission José Manuel Barosso sagte aus Anlass des Beschlusses zur EU-Mitgliedschaft für den 1. Januar 2007 der beiden Erweiterungsnachzügler Rumänien und Bulgarien, dass keine weiteren Länder der EU ohne Reformen der EU-Institutionen beitreten könnten (Euractiv 2006b, vgl. SZ 2006: 6). Zudem wird bis Dezember 2006 ein Bericht über die Vorteile der Erweiterung und die Aufnahmefähigkeit der EU von der EU-Kommission ausgearbeitet. Darüber, dass erst dann weitere Mitglieder aufgenommen werden können, wenn es eine Lösung für die Verfassungs- und Institutionskrise gibt, scheint jedoch allgemeine Einigkeit zu herrschen (ebd., vgl. FR 2006: 3).

Demgegenüber stehen allerdings politische Akteure, die sich gegen das politische Konzept einer privilegierten Partnerschaft wenden, wie beispielsweise der für Erweiterung zuständige Kommissar Olli Rehn. Bei einer Rede in Ankara am 3. Oktober 2006 hat Erweiterungskommissar Olli Rehn die europäischen Politiker dazu aufgerufen, eine verantwortungsbewusste Debatte über die Beziehungen der EU mit der Türkei zu führen.

“Talk on privileged partnership only erodes the EU’s credibility and weakens the conditionality in Turkey. Thus it reduces the political incentive for reforms and causes political backlash among ordinary Turks” (Rehn 2006).

Rehn forderte die Staats- und Regierungschefs in der EU dazu auf, verantwortungsvoll gegenüber der Türkei zu agieren und wies darauf hin:

“(...) no form of privileged partnership could exceed what EU-Turkey relations have already accomplished. Turkey already has a customs union with the EU, participates in many EU programmes and is a member of NATO” (ebd.).

Damit weist Olli Rehn auf ein entscheidendes Dilemma in der Politik gegenüber den Nachbarn hin, so verbreitet die privilegierte Partnerschaft in der aktuellen Diskussion von allen Seiten begrüßt wird, so wenig ist doch über den Inhalt dieses Ansatzes bekannt. Ob die um eine Mitgliedschaft bemühte Nachbarschaft sich damit abfinden mag, darf bezweifelt werden. Dennoch zeigt diese Diskussion, wie sehr die EU bemüht ist, das politische System zu konsolidieren und keine weiteren Verpflichtungen einzugehen.

Insofern reduzieren sich die Entwicklungschancen für Moldau in zweierlei Hinsicht: Der Transformationsprozess Moldaus wird auch in absehbarer Zeit nicht durch eine Beitrittsperspektive mit den entsprechenden finanziellen Mitteln angespornt werden und eine Mitgliedschaft wird in dieser Großwetterlage in der überschaubaren Zukunft nicht in Aussicht gestellt werden. Damit zeigt sich möglicherweise eine Abkehr der EU von der prinzipiellen Offenheit, die die Erweiterungspolitik auch gegenüber armen Ländern in Europa in der Vergangenheit kennzeichnete. Es bleibt jedoch fraglich, wie sich eine um den westlichen Balkan erweiterte EU zur Erweiterungspolitik positioniert. Die Erfahrung zeigt, dass die „neuen“ in der Regel über eine starke Solidarität mit den Ausgeschlossenen besitzen.

6. Schlussbetrachtungen

6.1 Erkenntnisse zu den EU-Moldau-Beziehungen

Im Rahmen dieser Arbeit wurden die EU-Moldau-Beziehungen untersucht und mit Hilfe einer Phaseneinteilung analysiert. Die Phaseneinteilung erlaubt einen systematischen Blick darauf, weshalb der Republik Moldau bislang keine EU-Beitrittsperspektive in Aussicht gestellt wurde. Die Einteilung der Phasen ergibt sich aus den Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen:

- In der Anfangsphase (1991 bis 1995) seit der Staatsgründung Moldaus lassen sich die bilateralen Beziehungen als weitreichende gegenseitige Ignoranz beschreiben. In dieser Phase sind lediglich diplomatische Beziehungen aufgenommen und Verhandlungen zum PKA geführt worden.
- Erst in der zweiten Phase (1996 bis 2000) wird das PKA in Kraft gesetzt (1998). Kennzeichnend für diese Phase ist, dass unterschiedliche aufeinander folgende moldauische Regierungen ihre Absicht zur EU-Mitgliedschaft bekunden. Diese Absichtserklärungen finden jedoch keinen ausreichenden reformerischen Nachklang. Zudem ist die EU nicht bereit, ohne entsprechende Reformen in Moldau, die vertraglich geregelten Beziehungen zu verbessern.
- In der dritten Phase (2001 bis 2004) erfahren die bilateralen Beziehung durch die Einbeziehung Moldaus in den Stabilitätspakt für Südosteuropa eine positive Veränderung. Mit der Mitgliedschaft im Pakt verbindet Moldau die Hoffnung auf eine Perspektive zur EU-Mitgliedschaft. Jedoch ist die EU lediglich bereit, Moldau in die Nachbarschaftspolitik einzubeziehen. Durch den Regierungswechsel zur russophonen kommunistischen Regierung (2001) entsteht zudem der Eindruck, dass sich Moldau um die simultane Einbindung in westliche und östliche Systeme bemüht.
- Die vierte Phase (Post-2004) ist von der neu ins Leben gerufenen ENP geprägt. Die EU-25 konzentriert sich nach der Erweiterung auf ihre Konsolidierung und auf bestehende Beitrittszusagen. Moldaus interne Bemühungen hinsichtlich einer Beitrittsperspektive verfestigten sich und die Republik versucht als guter Kooperationspartner in der ENP mitzuwirken, um hierdurch bessere vertragliche Beziehungen zu erreichen.

Im untersuchten Zeitraum zeigt sich insgesamt eine Intensivierung der EU-Moldau-Beziehungen, die nicht immer geradlinig und stetig verläuft und teilweise auch erhebliche Rückschritte zulässt. Die Intensivierung lässt sich aber daran beobachten, dass die dialogischen Kontaktebenen genauso zugenommen haben wie die Häufigkeit an Gesprächen und gemeinsamen Treffen (Quantität). Zudem hat sich eine stärkere Themenvielfalt und Behandlungstiefe (Qualität) ergeben, die auf eine zunehmende Verbindlichkeit in den EU-Moldau-Beziehungen hinweist.

Die Analyse der bilateralen Beziehungen hatte zum Ziel, zu klären, weshalb sich die einzelnen Entwicklungen in den jeweilig betrachteten Phasen in dieser Form ergeben haben. Aus diesem Grund wurden fünf Analyseebenen betrachtet, die für die Ausgestaltung der Beziehungen eine hohe Relevanz besitzen.

Zunächst wurden hierbei die Interessen der EU-Mitgliedstaaten an Moldau betrachtet, die über ein stärkeres oder schwächeres Engagement der EU in Moldau entscheiden. Den Interessen wurde ein rationalistischer Handlungsrahmen zu Grunde gelegt, bei dem es insbesondere um geo-strategische und wirtschaftliche Überlegungen geht. In der Erweiterungsliteratur verfügen solche rationalistischen Interessen der EU-Mitgliedstaaten eine wesentliche Erklärungskraft darüber, weshalb sich die EU ausgedehnt hat. Dies bedeutet, dass ein starkes Interesse von einzelnen Mitgliedstaaten an bestimmten Nachbarschaftsländern eine entscheidende Ursache dafür waren, weshalb diese eine EU-Mitgliedschaftsperspektive erhielten.

Als zweite Analyseebene wurden in der Arbeit konstruktivistische Erklärungsmuster für die Entwicklungen in den Beziehungen zu Moldau in den einzelnen Phasen betrachtet, weil im theoretischen Diskurs ebenfalls konstruktivistischen Ansätzen zur Klärung der Erweiterung eine erhebliche Bedeutung beigemessen werden. Dies bedeutet, je stärker der gemeinsame Bezug und die Identifizierung mit den Zielen und den Werten der EU ist, desto höher ist der Handlungsanreiz für die EU, sich für eine Beitrittsperspektive des entsprechenden Landes einzusetzen.

Als dritte Analyseebene wurden die von außen induzierten Anreize zur Europäisierung betrachtet, weil diese die Anpassungsleistungen eines Landes an die EU erheblich beeinflussen. Europäisierungsprozesse basieren aus wissenschaftlicher Perspektive auf zwei Komponenten, der Konditionalität und der Sozialisierung. Dies bedeutet, je stärker der Stimulus von außen für die internen Reformen ausgeprägt ist, desto schneller kann sich ein Land auf die Reformanforderungen einstellen.

In einer vierten Analyseebene wurden die einzelnen Phasen hinsichtlich der Anpassungsleistung der Republik Moldau an das Regelwerk der EU untersucht. Die Ge-

schwindigkeit sowie Art und Umfang der Anpassungsleistung entscheiden über die Nähe zur EU. In der Erweiterungstheorie standen im Hinblick auf die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen auch der Grad der Ausrichtung an den Kopenhagener Kriterien der einzelnen Länder im Mittelpunkt der Entscheidung. Das bedeutet, je stärker sich ein Land an den Kopenhagener Kriterien ausrichtet, desto höher ist die Bereitschaft der EU, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen.

In einer fünften und letzten Analyseebene wurde die Integrationsdynamik der EU, die bislang in dem Zusammenspiel zwischen Vertiefung und Erweiterung bestand, betrachtet. Die Entwicklung der EU ist auf diese beiden Prozesse, die teilweise gleichzeitig oder versetzt stattfinden, zurückzuführen. Das bedeutet, dass die EU insbesondere für eine Aufnahme Moldaus bereit ist, wenn die Erweiterungslogik die Vertiefungslogik dominiert. In der Betrachtung der bilateralen Beziehungen hat sich im Rückgriff auf die oben genannten Analyseebenen folgendes Bild ergeben:

Analyseebene 1:

Die Interessen der EU-Mitgliedstaaten an Moldau stellten sich in den ersten beiden untersuchten Phasen als zu gering heraus, um substantiell engere Beziehungen anzustreben. Die EU-Mitgliedstaaten verfügten in diesem Betrachtungszeitraum weder über ausreichend wirtschaftliche, politische noch geostrategische Interessen in Moldau. Zudem wären die bilateralen Beziehungen zu Russland durch ein Engagement in der von Russland perzipierten eigenen Einflusszone Moldau Belastungen mit unabsehbaren Folgen ausgesetzt gewesen. Moldau lag zu weit von Westeuropa entfernt und verfügte über keine engen wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zur EU. Daneben bestanden keine negativen Externalitäten auf moldauischem Territorium, wie beispielsweise Atom-kraftwerke oder umfangreiches waffenfähiges Nuklearmaterial mit Bedrohungspotential für die EU. Ebenso stellte der Transnistrienkonflikt kein Risiko für die EU-Mitgliedstaaten dar, weil dieser zu weit entfernt stattfand, regional begrenzt verlief und durch das Eingreifen der OSZE scheinbar schnell gelöst wurde. Erst in der dritten Phase der Beziehungen vor der Erweiterung zur EU-25 und den Entwicklungen zur Schaffung eines Stabilitätspakts für Südosteuropa kündigt sich ein Heranrücken dieser instabilen Republik an die EU an, weshalb mit einem verstärkten Engagement, Einbeziehung in den Stabilitätspakt und Konzeption der Nachbarschaftspolitik, reagiert wurde. Bei der Konzeptionalisierung zeigt sich bereits die Mitwirkung einzelner neuer EU-Mitgliedstaaten, die sich für eine Beitrittsperspektive einsetzen.

In der vierten Phase der bilateralen Beziehungen wird das Engagement der neuen Vollmitglieder aus MOEL für den Nachbarschaftsraum deutlicher, weil diese Länder näher

an Moldau liegen und von den Entwicklungen in Osteuropa stärker betroffen sind. Zwar können sich die neuen Akteure in der EU nicht vollständig gegen die alten EU-Mitgliedsländer durchsetzen, aber mit ihrer Hilfe konnte letztendlich eine ENP geschaffen werden, die sich stärker auch den moldauischen Bedürfnissen annimmt. Für Moldau bedeutet die neue Nachbarschaft, dass die EU von den Entwicklungen in Moldau stärker betroffen sein und sich deshalb stärker im Land engagieren wird. Zum anderen ist durch die Einbeziehung der neuen EU-Mitglieder eine Gruppe von Akteuren in den Entscheidungsprozess aufgenommen worden. Mit den neuen Mitgliedern verfügt Moldau über gemeinsame Entwicklungslinien und enge historische Verbindungen, die das Anliegen Moldaus zunehmend in den EU internen Abstimmungsprozess einfließen lassen. Zur vollen Entfaltung kann dieses „Lobbyargument“ jedoch erst mit der Aufnahme des einzigen unmittelbaren EU-Nachbarns, Rumänien, kommen. Jedoch bleiben Zweifel darüber bestehen, in wie weit Rumänien und die anderen neuen EU-Mitglieder über eine ausreichende Verhandlungsmacht und auch den Willen verfügen, sich im Alltagsgeschäft der EU für Moldau einzusetzen.

Analyseebene 2:

Mit Blick auf die zweite Analyseebene konnte dargestellt werden, dass die EU Moldau über alle vier Phasen hinweg nicht als originären europäischen Bestandteil der EU anerkennt. Aus konstruktivistischer Perspektive konnte Moldau sogar als ein Gegensystem zur EU betrachtet werden, das sich von der EU dadurch abgrenzt, weil es nicht wie die Staaten der Gemeinschaft über ausreichende demokratische Werte und Standards verfügt. Die politischen Akteure in Moldau haben es über den gesamten Betrachtungszeitraum von 15 Jahren versäumt, nachhaltige wirtschaftliche und politische Reformen durchzuführen. Abgesehen davon zeigen sich jedoch Mängel in der Erklärungskraft konstruktivistischer Ansätze, weil in den politischen Diskussionen nicht ausreichend die gemeinsame europäische Vergangenheit mit Moldau gewürdigt wurde. Zudem stellten sich die Entwicklungschancen Moldaus mit dem Status eines kleinen und strukturell schwachen Grenzlandes als besonders schwierig heraus, das insbesondere bis zum heutigen Tage dem negativen Einfluss Russlands ausgesetzt bleibt. Ein weniger rational interessengeleiteter Ansatz der EU-Mitgliedstaaten hätte sich verstärkt den Entwicklungsprozessen in Moldau annehmen können, um gerade das Engagement der nach Demokratie strebenden Länder zu honorieren. Somit lassen sich auch Zweifel an der Erklärungskraft des konstruktivistischen Ansatzes in der Erweiterungspolitik nachvollziehbar am Beispiel eines Nicht-Erweiterungslandes darstellen.

Die oftmals mit dem konstruktivistischen Ansatz verbundene moralische Verpflichtung

der EU zur Erweiterung kann im Falle Moldaus hinterfragt werden. Mit der erstmaligen Bereitschaft Moldaus zum Beitritt in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hätte sich aus konstruktivistischer Sicht zumindest in moralischer Hinsicht die Geste einer Mitgliedschaftsperspektive angeboten.

Analyseebene 3:

Die Untersuchung der dritten Analyseebene bezog sich auf die von der EU induzierten Europäisierungsansätze, die hauptsächlich aus dem PKA, Stabilitätspakt und der ENP bestehen. Bemerkenswert ist hierbei, dass die EU bis zum Inkrafttreten des PKA (Mitte 1998) nicht bereit war, den Entwicklungsprozess der Republik Moldau mitzugestalten. Die gesamte erste Phase der Beziehungen ist geprägt von einzelnen sporadischen Treffen zwischen der moldauischen Regierung und Vertretern der EU. Erst in der zweiten Phase werden die Foren des politischen und wirtschaftlichen Dialogs und damit die Wirkungsmechanismen der Europäisierung, Konditionalität und Sozialisation, etabliert. Jedoch erweist sich das PKA als zu statisch, das Angebot der EU als zu gering und die Sozialisationsprozesse als nicht tragfähig, um nachhaltige und umfassende Reformimpulse in die Modernisierung Moldaus hineinzutragen. In der dritten Phase wird der Europäisierungsanreiz des PKA durch die Einbeziehung Moldaus in den Stabilitätspakt und durch die Europakonferenz ergänzt. Es sind hierbei eine Reihe an positiven Entwicklungen zu nennen, die auf höhere zur Verfügung stehende finanzielle und nicht-materielle Unterstützungsleistungen zurückzuführen sind. Dazu zählen die Teilhabe an Konferenzen, Arbeitsforen und dem weiteren Austausch an Expertise. Die Unterstützungsleistungen im Rahmen des PKA weisen jedoch erhebliche Mängel in der täglichen Arbeit auf. Zudem konzentriert sich die Republik Moldau in den angebotenen Foren vor allem darauf, Unterstützung für eine EU-Mitgliedschaftsperspektive zu erlangen, ohne umfassende Reformen voranzutreiben. Die vierte Phase ist durch die Konzeptionalisierung und Anwendung der ENP geprägt, die durch ihre einzelnen Komponenten einen deutlichen Fortschritt in den bilateralen Beziehungen darstellt. Es werden mit dem durch die ENP angebotenen Instrument eine umfassende Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Lage entwickelt und über den Aktionsplan konkrete Schritte hinsichtlich der demokratischen und wirtschaftlichen Modernisierung zwischen der EU und Moldau vereinbart. Der schleppende Europäisierungsprozess in Moldau ist jedoch auch darauf zurückzuführen, dass ein eindeutiges Transformationsziel, wie sie eine EU-Mitgliedschaftsperspektive darstellt, nicht gemeinsam vereinbart wurde. Mit diesem Ziel hätte der einen EU-Beitritt befürwortenden Bevölkerung in Moldau ein wirkungsvolles Instrument in die Hand gegeben werden können, unzureichende Reformen der Regierung einzuklagen. Zudem hätte

die moldauische Regierung einen entscheidenden Handlungsanreiz, auch unpopuläre Reformen, die Teil von Modernisierungsprozessen sind, in der Öffentlichkeit zu verteidigen. Ohne eine klare Beitrittsperspektive bleibt ein erfolgreicher und umfassender Europäisierungsprozess Moldaus ein Unikum der europäischen Geschichte.

Analyseebene 4:

Die Anpassungsleistungen der Republik Moldau wurden in der Betrachtung der Phasen zunehmend detaillierter behandelt. Über die ersten drei Phasen hinweg verlief der Modernisierungs- und Anpassungsprozess fragmentarisch und ist insbesondere durch die Regierungsübernahme der kommunistischen Regierung seit 2001 durch Rückschritte geprägt. Besonderes Augenmerk wurde der vierten Phase gewidmet, weil insbesondere in dieser Zeit die Defizite und Fortschritte für die gegenwärtige Diskussion generiert werden können. Die Probleme sind nach wie vor vielschichtig: Beschränkungen der Medienfreiheit und Einflussnahme auf die Berichterstattung, Behinderung der Arbeit der politischen Opposition insbesondere in den Regionalparlamenten, Korruption und unzureichende Korruptionsbekämpfung, Mängel im Hinblick auf die Unabhängigkeit der Jurisdiktion, übermäßige staatliche Einflussnahme in Wirtschaftskreisläufe. Im Hinblick auf die Legislative verfügt das Parlament über keine ausreichenden personellen und materiellen Mittel, die für die Anforderungen der Rechtsangleichung notwendig sind. Zudem gewährleisten die Struktur und die Verfahren der Parlamentsverwaltung keine hochwertige Zulieferung bei der Vorbereitung von Entscheidungen. Die moldauischen Abgeordneten sind in besonderer Weise auf die Unterstützungsleistungen der Parlamentsverwaltung angewiesen, da sie über unzureichende Erfahrungen, Kenntnisse und Qualifikationen hinsichtlich der Anforderungen zur Harmonisierung mit der EU-Gesetzgebung verfügen. Die Verwaltung muss deshalb modernisiert werden und Methoden, Arbeitsweisen und Verfahren überprüft und die Anforderungen an die Parlamentsverwaltung eindeutig geregelt werden, um die Plenums- und Ausschussarbeit der Abgeordneten effektiv zu unterstützen. Ein weiteres Problem besteht darin, dass keine ausreichenden Strukturen und leistungsstarke Verfahren zwischen dem Parlament und der Regierung bei der Entwicklung von Gesetzestexten bestehen. Die Zulieferung an Gesetzentwürfen aus den Ministerien verläuft schleppend und die Texte sind oftmals von mangelnder Qualität, was eine wirksame Harmonisierung mit der EU-Gesetzgebung entgegenläuft. Zur Gewährleistung von EU-Standards in Moldau müssen die Qualität und die Quantität der vom Parlament bearbeiteten Gesetze verbessert werden, damit das Parlament seine Entscheidungs-, Kontroll- und Übersichtsfunktionen besser wahrnehmen kann. Das Thema einer EU-

Mitgliedschaft wird darüber hinaus nicht als übergreifende Querschnittsaufgabe sowohl in der parlamentarischen Ausschussarbeit als auch in der Ministerialverwaltung ausreichend gewürdigt. Unter den gegebenen restriktiven finanziellen Bedingungen reflektieren die Kompetenzbereiche und der inhaltliche Zuschnitt der Ministerien zudem nicht die Bedeutung des Themas EU-Mitgliedschaft. Darüber hinaus bestehen strukturelle Probleme bei der Umsetzung des Aktionsplans, die beispielsweise in der unzureichenden Regelung offener Verfahrensfragen im Hinblick auf die Koordinierung, in der interministeriellen Konkurrenz und durch ineffiziente Kompetenzüberschneidungen begründet liegen. Es bleibt also festzuhalten, dass die Republik Moldau zu keinem Zeitpunkt die Kopenhagener Kriterien erfüllte. Die unzureichenden Anpassungsleistungen erschweren somit eine Annäherung an die EU.

Analyseebene 5:

In der Diskussion über die Erweiterung und Vertiefung, die als Bestimmungsfaktoren für die dynamische Entwicklung der EU gelten, zeigt sich in der ersten Phase eine relativ hohe Erweiterungsbereitschaft. Diese hohe Erweiterungsbereitschaft zu Beginn bis Mitte der neunziger Jahre nimmt jedoch sukzessiv ab und mündet in der Post-2004-Phase in eine umfassende Erweiterungsmüdigkeit.

In der ersten Phase erweist sich der Gipfel von Kopenhagen als ein Höhepunkt der Erweiterungspolitik, bei dem die Bereitschaft in der Politik und in der Bevölkerung zur Erweiterung sehr hoch ist. Zwar standen die EFTA-Staaten und MOEL im Mittelpunkt des Erweiterungsgeschehens, aber auch andere Länder hätten bei Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zum Beitrittsprozess zugelassen werden können.

Auch in der zweiten Phase wird die Erweiterung der EU als historische Aufgabe aufgefasst, die in der Zusammenführung Europas liegt. Unterhalb dieser Erweiterungseuphorie lassen sich jedoch Zweifel gegenüber dem Großereignis ausmachen (Dauderstädt, 2000: 1), das die Anzahl der EU-Mitgliedsländer verdoppeln und die Bevölkerung der EU auf knapp eine halbe Milliarde Menschen anwachsen lässt. Mit diesem überproportionalen Zuwachs wird die zunehmende Heterogenität befürchtet, die auch auf die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen Kandidaten und Mitgliedsländer zurückzuführen ist. Der Vertrag von Amsterdam reicht zudem nicht aus, um die notwendigen institutionellen Voraussetzungen für eine Erweiterung bei gleichzeitiger Vertiefung zu gewährleisten.

In der dritten Phase führt die zunehmende Konkretisierung des Erweiterungsprozesses zu einer Wiederbelebung der Debatte über den Zusammenhang von Vertiefung und Er-

weiterung. Die schiere Anzahl von zehn Kandidatenländern, die die EU in kurzer Zeit auf eine Größe von 25 Mitgliedstaaten katapultiert, erfordert eine verstärkte Auseinandersetzung über die langfristige politisch-institutionelle Gestalt der Union. Obwohl der Europäische Rat von Nizza keine ausreichenden Voraussetzungen für die Erweiterung schafft, wird auf dem Europäischen Rat von Göteborg erstmals explizit das von den Bewerberländern lange geforderte Zieldatum für den Beitritt genannt. Der Kommissionspräsident Prodi signalisiert gleichzeitig ein absehbares Ende der geographischen Ausdehnung der EU, in dem er eine Beitrittsperspektive für einzelne Länder des GUS-Raums ausschließt. Abgesehen davon hält die EU allerdings an ihren gegebenen Versprechen fest und bestätigt die Beitrittsperspektive für die SOEL. Am Vorabend der Erweiterung auf eine EU-25 zeichnet sich das Bild einer EU, die entscheidende Vertiefungsschritte nicht vollzogen hat, aber auf der anderen Seite mit weiteren Mitgliedschaftsbegehren konfrontiert wird. In der vierten Phase erhält die Debatte über die Integrationsdynamik eine neue Qualität. Zwar sind erhebliche Erweiterungsschritte mit dem Beitritt der EU-10 erzielt worden, aber durch das (vorläufige) Scheitern des verfassungsgebenden Prozesses an den niederländischen und französischen Referenden hat sich die prekäre Lage der EU verschärft. Die teilweise antagonistisch anmutende Parallelität von Vertiefung und Erweiterung wird möglicherweise in der jungen EU-25 durch ein neues Integrationsparadigma der Konsolidierung und Erweiterung ersetzt. Anstelle einer Vertiefung geht es nun vielmehr um eine Konsolidierung der EU, die darauf abzielt, den gemeinsamen Besitzstand zu wahren, ohne die EU-Mitgliedstaaten durch einen stärkeren Souveränitätstransfer an die EU zu binden. Die Bestandsaufnahme im Herbst 2006 zeigt eine EU, in der ein Großteil der politischen Akteure zu der Haltung gelangten, dass die EU nicht ausreichend vertieft wurde, um den Erweiterungsprozess fortsetzen zu können.

Für Moldau bedeutet die Dominanz des neuen Paradigmas der Konsolidierung vor weiteren Erweiterungen, dass die EU der Republik Moldau keine Beitrittsperspektive in Aussicht stellen wird, was sich voraussichtlich negativ auf die Transformationsgeschwindigkeit auswirkt. Es lässt sich somit festhalten, dass die Republik bei stärkeren Anstrengungen im inneren Reformprozess in der ersten und eventuell auch noch in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre auf eine positive Resonanz bei den EU-Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen hinsichtlich der Frage einer EU-Mitgliedschaftsperspektive gestoßen wäre. Diese Chance wurde jedoch von der Republik Moldau vergeben, was allerdings der Bedeutung des EU-Engagements unterzuordnen ist.

6.2 Rückschlüsse auf die Erweiterungspolitik der EU

Im Folgenden sollen die eingangs formulierten Fragen in Zusammenhang zu den Thesen der Arbeit gestellt werden, um Rückschlüsse über die Erweiterungspolitik der EU zu ziehen.

a) Wodurch wird die Politik der EU gegenüber Moldau bestimmt, das heißt welche Einflussfaktoren wirken auf die Konzeptionalisierung der EU-Moldaupolitik?

These 1:

Es sollte gezeigt werden, dass die bilateralen Beziehungen so lange auf einem niedrigem Niveau verliefen, weil unter zweckrationalen Gesichtspunkten die EU-Mitgliedstaaten keine Intensivierung befürworteten. Erst mit der EU-Erweiterung änderte sich die geographische Nähe zu Moldau und mit ihr die hierdurch induzierte Abhängigkeit der EU-Mitgliedstaaten. Die Intensivierung der Beziehungen ist ebenfalls auf die neuen politischen Akteure (EU-10) zurückzuführen, die sich jedoch aufgrund unterschiedlicher Faktoren nicht mit einer EU-Mitgliedschaftsperspektive für Moldau durchsetzen können. Anders als im Vorgehen mit den MOEL bestimmten zweckrationale Interessen die Haltung der EU gegenüber Moldau.

Die Erweiterungspolitik der EU insbesondere Umfang und Geschwindigkeit wird von den Interessen der EU-Mitgliedstaaten sowie den EU-Institutionen gestaltet und verläuft innerhalb eines normativen Rahmens, der sich im Laufe vergangener Erweiterungen herausgebildet hat. Die Interessen der EU-Mitgliedstaaten richten sich an der geographischen Lage und nutzenmaximierenden wirtschaftlichen sowie politischen Aspekten aus. Allerdings basieren die Interessen der EU-Mitgliedstaaten nicht zwangsläufig auf engen rationalistischen Kosten-Nutzen-Analysen, sondern können auch an ideellen Werten und Normen ausgerichtet sein.

Vergangene Erweiterungsrounden sind erfolgreich durchgesetzt worden, weil verhandlungsstarke EU-Mitgliedstaaten, wie zum Beispiel in der Osterweiterung Großbritannien und Deutschland, sich hierfür einsetzten und Staaten für potentielle wirtschaftliche Verluste kompensiert wurden (u.a. Festschreibung der GAP; Erhöhung der Regionalfonds), die Bewerberstaaten erhebliche Reformanstrengungen unternahmen und europäische Identität als gemeinsamer Referenzrahmen diente. In der EU-10-Erweiterung waren ideelle Faktoren bei der Erweiterungsentscheidung wichtig.

Es ist zu erwarten, dass dieser ideelle Überschuss in der vergangenen Erweiterungsrunde aufgebraucht wurde und hinsichtlich zukünftiger Mehrbelastungen durch Erweiterungen materielle Faktoren die entscheidende Variable für die Erweiterungsentscheidung sein werden. Die moralische Verpflichtung gegenüber Osteuropa ist mit der vergangenen Erweiterung abgearbeitet worden. Die Hürde zur Mitgliedschaft wird höher gelegt und zunehmend nach dem Nutzen einer Erweiterung gefragt. Diese Tendenzen lassen sich aus den Diskussionen der Post-Erweiterungssituation ableiten.

Die Handlungslogik der EU gegenüber Moldau entspricht weitestgehend zweckrationalen Interessen, während die Handlungslogik gegenüber den MOEL auch identitätsgestützte Interessen („Rückführung nach Europa“) verfolgte. Diese Beobachtung ergibt sich aus öffentlichen Stellungnahmen und Reden von Vertretern der EU, dass gemeinsame Werte, Normen und Identitäten nicht die Konnotation einer Rückführung nach Europa – genauer in die EU – besitzen. Ein Rückgriff auf gemeinsame Werte und Normen, um ideelle und kulturelle Nähe auszudrücken, erfolgt hinsichtlich Moldau in einem Nachbarschaftsrahmen, der im Gegensatz zu den MOEL keine gemeinsamen Institutionen erfordert.

Bisherige Erweiterungsunden brachten die asymmetrische Interdependenz zwischen den Bewerbern und den EU-Mitgliedstaaten hervor. Im Falle Moldaus zeigt sich diese asymmetrische Dependenz ebenfalls. Moldau hängt stärker von der EU ab als andersherum und deshalb kann die EU die Bedingungen der Ausgestaltung der Beziehungen bestimmen. Dies schränkt die moldauische Verhandlungsstärke um die Eröffnung einer EU-Beitrittsperspektive erheblich ein. Dabei berücksichtigt die EU nicht nur die bilateralen Interessen der EU und der Republik Moldau, sondern nimmt ebenfalls Rücksicht auf das strategische Kalkül Russlands, wodurch der moldauische Annäherungsprozess an die EU in vielerlei Hinsicht beeinträchtigt wird. Dies gilt ebenfalls für den gesamten neuen östlichen Nachbarschaftsraum.

Die Beziehungen zur Republik Moldau werden bislang überwiegend unter zweckrationalen Gesichtspunkten betrachtet. Das bedeutet, Moldau gehört ebenso zu Europa wie ein anderes Land, ist aber nicht unmittelbar qualifiziert, Teil der EU zu werden. Dies hängt voraussichtlich stark mit der Wahrnehmung Moldaus in der EU zusammen, da die Republik möglicherweise zur *outgroup* und zum unmittelbaren Einflussraum Russlands gehörend betrachtet wird. Die Beziehungen zwischen der EU und Moldau lassen sich insofern charakterisieren, dass es sich eher um ein rationales Miteinander handelt als einem engen Verhältnis, das in einer tiefen gemeinsam empfundenen Identität wurzelt. Die

Republik Moldau zeigte sich in der Anfangsphase seit Staatsgründung gar nicht interessiert an der EU. Ebenso zeigte die EU wenig Interesse an Moldau. Spätestens mit der Osterweiterung hat sich dies geändert, die nicht nur die EU näher an die europäische Peripherie heranrückte, sondern auch neue Interessen durch das neue Mitglied Polen und das Mitglied in spe Rumänien aufkamen. Die Republik Moldau setzt nunmehr, wie auch seine westlichen Nachbarn, auf einen pro- EU-Kurs.

b) Was sind die extern induzierten Ursachen dafür, weshalb Moldau sich verglichen mit den anderen MOEL langsamer entwickelt hat?

These 2:

Die von außen gesetzten graduell stärker werdenden Impulse zur Europäisierung reichten nicht aus, um den Modernisierungsprozess Moldaus entscheidend zu beeinflussen. Insbesondere sind die angebotenen Sozialisationsprozesse und die niedrighschwelligen Anreize in den verschiedenen Phasen unzureichend gewesen. Die mangelhaften eigenen Reformbemühungen Moldaus wurden von der EU nicht in die richtigen Bahnen gelenkt.

Die vorliegende Arbeit zeigt exemplarisch, wie Transformationsprozesse verlaufen können, wenn keine EU-Beitrittsperspektive als Antriebsfeder zur Modernisierung eines Landes seitens der EU eingesetzt wird. Dabei sind die Grundvoraussetzungen in Moldau vorhanden, weil es ein europäisches Land ist und ein Resonanzboden nicht nur bei der politischen Elite, sondern auch in der Bevölkerung für einen Integrationskurs besteht. Für eine nachhaltige Entwicklung des Landes und der umliegenden Nachbarschaft hätte die EU die pro-europäische Haltung der Republik Moldau ausnutzen können. Dies ist nicht geschehen und somit konnte das Entwicklungspotential im Sinne der moldauischen Bevölkerung nicht voll ausgeschöpft werden. Unter dem Gesichtspunkt der Beitrittsfähigkeit sind erhebliche Defizite vorhanden, die insbesondere Reformbedarf im Justizsektor sowie eine Verbesserung des Investitionsklimas notwendig erscheinen lassen. Neben der unzureichenden Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität weist vor allem die Situation der Medien keinerlei Beitrittsreife auf. Ebenso ist eine Lösung im Transnistrienkonflikt nicht in greifbare Nähe gerückt, was die Beitrittsfähigkeit des Landes erheblich einschränkt. Es ist von Seiten der EU die Chance versäumt worden, den Transformationsprozess in der Republik Moldau durch eine Beitrittsperspektive und den nachgeordneten Stabilisierungsmechanismen nachhaltig zu steuern. Die EU hat sich nicht ausreichend mit Moldau beschäftigt, was die Äußerung von Kommissar Verheugen,

einem Mitinitiator der ENP, bestätigt:

„Der Aktionsplan mit Moldawien konnte rasch und ohne größere Schwierigkeiten abgeschlossen werden. Ob ich dieses Land noch einmal wiedersehen werde, weiß ich nicht. Aber ich werde nie das Gefühl der Beschämung vergessen, das mich in Moldawien die ganze Zeit begleitet hat. Die Menschen, die dort leben, sind nicht verantwortlich für die strategischen und wirtschaftlichen Interessen, die über ihre Köpfe hinweg verfolgt werden. Aber sie leiden darunter. Und Hilfe bekommen sie wenig“ (Verheugen 2005: 118).

Die Folge einer ausbleibenden Beitrittsperspektive ist, dass weitere Generationen von Moldauern heranwachsen werden und sich unter den Bedingungen des kommunistischen Regimes nur sehr eingeschränkt entfalten können. Viele Menschen werden weiterhin ein schweres Leben in der Illegalität im EU-Ausland, einem aussichtslosen Leben in Moldau vorziehen. Die EU trägt hierfür eine Teilverantwortung, weil der Republik Moldau eine positive Entwicklungsperspektive angeboten werden könnte und müsste. Ohne ein klares Bekenntnis seitens der EU, dass auch Moldau zur europäischen Familie gehört, bleibt der moldauische Reformprozess ziellos. Nicht jedes Land kann in die EU aufgenommen werden, weil eine politische Union dies einfach nicht leisten kann. Einem kleinen Land aber, das unmittelbar an die EU grenzt und auf das engste kulturell mit dem EU-Land Rumänien verwoben ist und in dem Menschen wohnen, die zur EU gehören wollen, sollte nicht mit vermeintlichen Überdehnungsängsten begegnet werden. Die Republik Moldau stellt einen Sonderfall dar und sollte anders betrachtet und entsprechend behandelt werden, als die große und politisch zerrissene Ukraine, einem von einer Diktatur geführten Weißrussland und dem weitentfernt liegenden Georgien. Bei der Betrachtung der Schicksale vieler Moldauer sollte vernünftigerweise auf ein Experiment namens Nachbarschaftspolitik verzichtet werden, was langfristig auch der EU schaden könnte. Bislang war die Erweiterung die einzig richtige Antwort auf die Schaffung von gemeinsam geteilten Wohlstand in der Nachbarschaft, der Ausgang einer ENP ist noch zu ungewiss als das diese eine echte Alternative zu einem Beitritt sein könnte und auf Moldau angewandt werden sollte.

c) Warum wurde der Republik Moldau bislang keine EU-Beitrittsperspektive angeboten, obwohl die EU fast allen (süd-) östlichen Nachbarn eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt hat?

These 3:

Die Anpassungsleistungen der Republik Moldau reichten zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen über den gesamten Betrachtungszeitraum nicht aus. Dabei wurden seitens Moldau Anfang der neunziger Jahre entscheidende Weichenstellungen verpasst. In der gegenwärtigen prekären Situation der EU wird Moldau auf absehbare Zeit keine Beitrittsperspektive erhalten.

Die These hinsichtlich der unzureichenden Anpassungsleistung Moldaus wird durch die folgende Beobachtung gestützt, dass die Rechtsstaatlichkeit und die Etablierung eines demokratischen politischen Systems auch nach der EU-10-Erweiterung die zentrale Bestimmungsgröße für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen darstellt. Durch die Verzögerung der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, die auf mangelnde Kooperation der kroatischen Regierung mit dem Internationalen Gerichtshof bei der Auslieferung des der Kriegsverbrechen beschuldigten Ante Gotovina zurückgeführt wurde, behält das Prinzip Rechtsstaatlichkeit auch nach der großen Erweiterungsrunde seine Gültigkeit. Dies ist ein eindeutiger Hinweis darauf, dass die EU eine demokratische Rechtsordnung beziehungsweise volle Bereitschaft zur unmittelbaren Etablierung einer solchen einfordert.

6.3 Ausblick – Moldau und die EU

Die während der EU-10-Erweiterung entwickelten Kopenhagener Kriterien wurden im Rahmen der Erweiterungsdiskussion um die Türkei und den westlichen Balkan, insbesondere Kroatien bestätigt und werden mit hoher Wahrscheinlichkeit die einzigen allgemeingültigen formalen Kriterien bleiben, an denen die Erweiterungsfähigkeit eines Landes gemessen werden kann. Auch wenn sich die Anforderungen an zukünftige Beitrittskandidaten erhöhen und weitere informelle Kriterien hinzukommen, werden die Kopenhagener Kriterien ihre Gültigkeit nicht verlieren und als formaler Referenzrahmen für eine gemeinsame europäische Identität dienen. Mit anderen Worten: Wenn Mitgliedschaftsanwärter in frappierender Weise gegen diese „Clubkriterien“ verstoßen, werden die Mitgliedschaftsbemühungen chancenlos bleiben. Die EU würde bei Aufnahme Moldaus in einem solchen Falle ihre eigene Identität, Normen und Regeln verletzen. Zur Herstellung und Verfestigung einer gemeinsamen Identität ist ein entscheidender Ansatzpunkt für politische Reformen der Republik Moldau eine Verbesserung der demokratischen und institutionellen Stabilität.

Die EU-Erweiterungspolitik besitzt in prozessualer Hinsicht keinen objektiv-technischen

Charakter, sondern ist im Kern ein hoch politischer Prozess. Bei diesem wird das Argument der begrenzten institutionellen Leistungsfähigkeit teilweise strategisch genutzt, um Besitzstände zu wahren, er ist aber auch Ausdruck einer ernstzunehmenden Besorgnis über die Funktionsfähigkeit der EU. Falls es sich tatsächlich um einen entpolitisierten Prozess handelte, dann würde ein vertiefender Blick auf die Kompatibilität Moldaus mit den Kopenhagener Kriterien vollkommen ausreichen, um exakte Rückschlüsse über Aufnahme, Geschwindigkeit, Ende der Beitrittsverhandlungen und Beitrittstermin Moldaus zu treffen. Eine Vielzahl empirischer Beobachtungen stört eine solch technische Betrachtungsweise.³⁵ Dies schränkt allerdings auch die Prognosefähigkeit eines Beitritts erheblich ein.

Die EU-Erweiterungspolitik ist davon geprägt, dass ihre Aufnahmekapazitäten begrenzt sind. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Absorptions- beziehungsweise *Governance*-kapazitäten zum Zeitpunkt unmittelbar nach der EU-10-Erweiterung final oder nur temporär erreicht sind. Wenn die Aufnahmekapazitäten final erreicht wären, dann bedeutete dies ein Ende der EU-Erweiterungspolitik. Die EU hätte ihre geographische Entität mit möglicherweise 33 Staaten erreicht. Die EU wird voraussichtlich weiterhin für zukünftige Beitritte prinzipiell offen bleiben, jedoch aufgrund der Absorptionsschwierigkeiten keine neuen Verpflichtungen eingehen. Plausibilität erfährt das offene Prinzip der EU auch durch die Beobachtung, dass die Beitrittsanträge Norwegens und der Schweiz zu einem unmittelbaren Beitritt führen würden. Beide Staaten bringen das notwendige institutionell-administrative, wirtschaftliche und politische Kapital mit. Wenn die EU für eine temporär befristete Zeit ihre Aufnahmebereitschaft aussetzt, könnte Moldau in der Zwischenzeit alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um sich der EU anzunähern. Dies setzt voraus, dass kein Mitgliedsland der EU Moldaus Beitritt kategorisch ablehnt, wie etwa De Gaulle den Beitritt Großbritanniens blockierte. Allerdings konnte der Beitritt letztendlich auch nicht verhindert werden. Somit handelte es sich bei der französischen Blockadehaltung um einen temporären Erweiterungsstopp. Eine dem französisch-britischen antagonistischen Verhältnis vergleichbare Beziehung unterhält die Republik Moldau zu keinem Staat.

Allerdings könnte aus einer rationalistischen Perspektive ein Beitritt Moldaus nicht nur temporär, sondern langfristig ausgeschlossen bleiben, wenn eine kostengünstigere Alternative zur Erweiterung für Moldau identifiziert würde.

³⁵ Der Krieg auf dem westlichen Balkan hat eindrucksvoll bewiesen, wie unerwartet eine Beitrittsperspektive vergeben werden kann. Zudem wurde gezeigt, wie der unterschiedliche Einsatz an Unterstützungsleistungen die Beitrittsfähigkeit eines Landes und den Transformationsprozess beeinflusst, so dass nicht alle Länder von gleichen Ausgangsbedingungen starten, was zu „Wettbewerbsverzerrungen“ führt (Sjursen 2001).

Die bisherigen Erfahrungen mit der ENP zeigen jedoch, dass Moldau vor allem in diesem Rahmen mit der EU zusammenarbeitet, um sich einen guten Ruf in der Kooperation zu erwerben. Der Wunsch nach einem EU-Beitritt wird aus moldauischer Sicht durch die ENP nicht ausreichend befriedigt, und deshalb weiterhin fester Bestandteil des moldauischen Forderungskatalogs gegenüber der EU bleiben.

Darüber hinaus scheint es im Interesse der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten zu liegen, dass die EU-25 zunächst durchatmet („Reflektionspause“) und sich vor weiteren Beitrittsrunden ausreichend konsolidiert, was eine Beitrittsperspektive für Moldau, wenn überhaupt, zeitlich verschiebt. Es ist zu erwarten, dass die zukünftige dominierende Zielrichtung die Vertiefung beziehungsweise Konsolidierung - anstelle einer schnellen Erweiterung - sein wird, was die Anforderungen an Moldau erhöht. Es ist davon auszugehen, dass sich ein politisches System nicht selbst destabilisiert, obwohl dies im engeren Sinne in der Vergangenheit geschehen ist: Der exponentielle Zuwachs an EU-Mitgliedschaften wurde nur unzureichend mit strukturellen Veränderungen abgefedert und führte zur verschärften Herausforderung, legitime, transparente und effiziente Entscheidungsmechanismen zu entwickeln. Wirtschaftliche Nachteile wie der Rückgang der Zahlungen aus den Töpfen der EU, ein Rückzug ausländischer Direktinvestitionen und die Zunahme an Wettbewerb, die einige Mitgliedstaaten befürchteten, hätten auch die politische Stabilität der EU beeinflussen können. Nach der Zeitenwende, die durch die Erweiterung 2004 eingeleitet wurde und deren teilweise negativen Auswirkungen derzeit abgearbeitet werden, wird es zu einem neuen Paradigma beziehungsweise einer stärkeren Betonung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität der EU bei der Diskussion um zukünftige Erweiterungen gehen, da die EU-Erweiterung augenscheinlich, wie von vielen skeptischen Beobachtern kommentiert, an ihre Grenzen gestoßen ist.

Die stärkere Fokussierung auf den Nutzen hat Auswirkungen auf die prozedurale und organisatorische Fortentwicklung der EU-Erweiterungspolitik in der Post-Erweiterungssituation. Es ist zu erwarten, dass die EU-Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission aus der langen Annäherungs- und Integrationsphase der MOEL Konsequenzen ziehen. Das heißt, die EU-Institutionen und die Mitgliedsländer haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und werden zukünftige Beitrittsperspektiven nicht leichtfertig vergeben. Anstelle von Reformankündigungen wird eine stärkere Beurteilung der tatsächlichen Fortschritte notwendig sein.

Diese Arbeit hat gezeigt, unter welchen Bedingungen und wann die EU Perspektiven der Mitgliedschaft ablehnt, das heißt insbesondere bei Staaten, die im russischen Einflussbereich liegen. Jedoch ist davon auszugehen, falls Moldau die von der EU für bisherige

Erweiterungsrunden gesetzten Maßstäbe erfüllen sollte, dass dieses Land nicht langfristig nach den alten Maßstäben aus der EU ausgeschlossen bleiben kann. Unter der Annahme, dass die EU im Anschluss an die gegenwärtigen Erweiterungsrunden ihre Finalität nicht endgültig definiert, kann sie per se ein Beitrittsge­such nicht verwehren. In mittelfristiger Hinsicht wird die EU temporär die Grenzen der Absorptionsfähigkeit erreichen, was zweifelsohne zu einer Verzögerung der moldauischen Beitrittsperspektive führen wird. Gleichzeitig gewinnt Moldau damit Zeit, Widersprüche und Hindernisse auf dem Weg zur EU abzubauen.

In der Arbeit wurde zudem gezeigt, dass eine Annahme der EU-Erweiterungspolitik hinterfragt wird. Bei der Anhörung zur Besetzung der neuen EU-Kommission im September 1999 im Europäischen Parlament stellte Günter Verheugen sein Programm als neuer EU-Kommissar für den Bereich Erweiterung vor:

„Jedes Land müsste die Bedingungen vollständig erfüllen, keiner könne damit rechnen, durch die Hintertür hineingeschmuggelt zu werden“ (Verheugen 2005: 80).

Damit stellt Verheugen das grundlegende Prinzip der individuellen Leistung in den Vordergrund. Die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit liefern jedoch einen Beitrag zur Erkenntnis, dass die individuelle Leistung eben nicht für alle Länder im Nachbarschaftsraum der EU gilt. Am Beispiel der Entwicklung der Republik Moldau wurde nachgewiesen, dass nicht nur die eigene Leistung im Lande, sondern insbesondere auch externe Faktoren Modernisierungsprozesse negativ beeinflusst haben.

Die Innenansichten eines Kommissars weisen dabei auf ein starkes Problembewusstsein hin:

„Moldawien schließlich empfindet sich als ein anderes europäisches Stiefkind. Kaum jemand weiß in Westeuropa, wo das Land überhaupt liegt, und von seiner Hauptstadt Chisinau hat kaum einer je etwas gehört. Dabei wird Moldawien nach dem Beitritt Rumäniens sehr eng an die EU heranrücken. Dies weniger wegen der dann entstehenden gemeinsamen Grenze, sondern wegen der engen historischen und kulturellen Verbindung zwischen den beiden Ländern. Die großzügig gehandhabte rumänische Praxis der Passausstellung für Moldawier wird dazu führen, dass etwa 40 Prozent der Einwohner Moldawiens praktisch auch die EU-Bürgerschaft besitzen werden. Vor dem Hintergrund der Verhandlungen mit Rumänien erwartete auch Moldawien positive Signale der EU für einen späteren eigenen Beitritt. Diese Signale bleiben aus, und damit sank auch die Hoffnung, dass mit Hilfe der EU die faktische Teilung des Landes überwunden werden könnte“ (Verheugen 2005: 110).

Die entscheidende Frage ist jedoch, wie die Einsicht in oben beschriebene Problematik in bessere Hilfsangebote übersetzt werden kann. Es sollte angesichts des schleppenden Transformationsprozesses zumindest die EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt werden. Damit würde die EU ein bewährtes Mittel der Stabilisierung in der Nachbarschaft einsetzen und an Sicherheit in seiner unmittelbaren Nähe gewinnen. Realistischer erscheint jedoch, dass Überlegungen hinsichtlich eines Angebots unterhalb der EU-Mitglied-

schaftsperspektive entwickeln werden, die entsprechenden Handlungsanreiz für Drittstaaten bieten. Im Kontext der Diskussion um mögliche politische Alternativen zur EU-Mitgliedschaft, wie sie mit dem Begriff der „Privilegierten Partnerschaft“ in Deutschland oder in Frankreich mit dem Konzept einer „Mittelmeerunion“ verbunden werden, schlägt Andreas Maurer ein Modell *modularer Integration* vor. Das Modell basiert auf Vorstellungen einer gestaffelten EU-Mitgliedschaft, in dem Module höherer und niedrigerer Integrationsfähigkeit und –willigkeit entwickelt werden (Maurer 2007). Der grundsätzliche Vorteil liegt in dem von Maurer favorisierten Modell darin, dass eine EU-Mitgliedschaft für Drittstaaten weiterhin möglich bleibt und diese in die EU entsprechend ihrer Bereitschaft und ihrer Fähigkeit einbezogen werden. Für Moldau würden sich hieraus verschiedene wirtschaftliche und politische Teilhabeebenen erschließen, die über einen Nachbarschaftsstatus hinausgehen. Allerdings bestehen auch bei diesem Modell berechtigte Zweifel, ob hierdurch nicht einem Zwei-Klassen-Europa Vorschub geleistet würde. Ähnlich den Vorstellungen eines „Europa-à-la-carte“, in dem sich die stärksten Länder die „Rosinen“ herausfischen könnten, bliebe das Modell einer modularen Integration viel weniger einem europäischen Gemeinschaftsprojekt, als dem unmittelbaren Vorteil eines einzelnen Staates verpflichtet.

Unterhalb einer EU-Beitrittsperspektive könnte der Republik Moldau geholfen werden, indem im Rahmen der bestehenden Kooperation eine nochmalige Intensivierung und Ausweitung der Zusammenarbeit und finanziellen Unterstützung erfolgen würde. Zudem sollte stärker darüber nachgedacht werden, wie der Republik Moldau ein besserer Marktzugang für seine landwirtschaftlichen Produkte gewährleistet werden könnte (Einräumung allgemeiner Handelspräferenzen). Ebenso sollte ein Visaerleichterungsabkommen ausgearbeitet und implementiert werden. Die Menschen in der Republik Moldau könnten insbesondere dadurch unterstützt werden, dass ihnen die Möglichkeit zur temporären Arbeitsaufnahme in der EU auf legalem Wege erlaubt werden würde. Ideen, die von der EU-Kommission hinsichtlich einer zirkulären Arbeitsmigration derzeit entwickelt werden, gehen in die richtige Richtung.

Es bleibt abzuwarten, wie sich nach dem EU-Beitritt Rumäniens die bilateralen Beziehungen der EU zu Moldau entwickeln. Durch die Mitgliedschaft Rumäniens in der EU ist über Nacht ein erheblicher Teil der Bevölkerung eines Drittlandes zu EU-Bürgern geworden, was sicherlich nicht ohne Folgen für die politische und gesellschaftliche Entwicklung des Landes bleiben wird.

Grundsätzlich wird sich die EU aber stärker mit den Fragen beschäftigen müssen, wem sie prinzipiell offen gegenüber steht. Können es tatsächlich nur die Länder sein, die über

einen ausreichenden Wohlstand verfügen? Und darüber hinaus: Wann ist die Überdehnung der EU erreicht und durch wen wird dieses bestimmt?

Literaturverzeichnis

Association for Participatory Democracy - ADEPT (2004): State media in elections. In: e-journal 32, Chisinau: www.e-democracy.md/en/e-journal/2004.shtml, 16.7.2004, Zugriff: 23.6.2006.

ADEPT/ EXPERT-GRUP (2006): Euromonitor, European Union – Republic of Moldova Action Plan: Assessment of progress 1/2006, www.e-democracy.md/en/rm-ue/, Zugriff: 23.7.2006.

ADEPT/ International Federation for Electoral Systems - IFES (2004): Republic of Moldova, Pre-election technical assessment: Findings and Recommendations, Chisinau/ Washington, www.e-democracy.md/en/publications/peta, Zugriff: 11.8.2005.

ADEPT/ Independent journalism centre (2005): 2005 annual report, Freedom of expression and information in the Republic of Moldova, Chisinau: www.ijc.md.

Alesina, Alberto et. al. (2002): What does the European Union do? In: CEPS Discussion Paper (3115), Brussels.

Altmann, Franz Lothar (2002): Regionale Kooperation in Südosteuropa. Organisation, Pläne, Erfahrungen, Diskussionspapier, Balkan Forum – Kooperationsveranstaltung Bertelsmann Stiftung, Centrum für angewandte Politikforschung, Planungsstab des Auswärtigen Amtes, Berlin: http://www.auswaertiges-amt.de/.../balkan_forum/expertise_altmann.pdf, Zugriff: 14.7.2004.

Altmann, Franz-Lothar (2003a): Südosteuropapolitik. In: Weidenfeld, W./ Wessels, W. (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003, Bonn: Europa Union Verlag, 287-292.

Altmann, Franz-Lothar (2003b): Der Gipfel EU-Westliche Balkanstaaten in Thessaloniki: Zurück zur Realität? In: SWP–Aktuell 26/2003, Berlin: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?id=131, Zugriff: 14.7.2004.

Amnesty International (2004): Jahresbericht 2004: <http://www2.amnesty.de>, Zugriff: 15.3.2005.

Amnesty international –AI (2005): Jahresbericht 2005 Moldau, <http://www2.amnesty.de/internet>, Zugriff: 20.6.2006.

Anderson, Malcolm/ Bort, Eberhard et al. (1998): The Frontiers of Europe. London: Pinter.

Auswärtiges Amt (2006): Moldau Innenpolitik. Berlin: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/.../Moldau/Innenpolitik.html>, Zugriff: 3.10.2006.

Avery, Graham/ Cameron, Fraser (1998): The Enlargement of the European Union. Sheffield: Sheffield Academic Press.

Axt, Heinz-Jürgen/ Rohloff, Christoph (Hrsg.) (2001): Frieden und Sicherheit in (Südost-) Europa: EU-Beitritt, Stabilitätspakt und Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, München.

Axt, Heinz-Jürgen (2004): Der Stabilitätspakt für Südosteuropa, „Nachholende Konfliktprävention“ – ein Lernprozess. In: Reader Sicherheitspolitik, Die Bundeswehr vor neuen Herausforderungen, Ergänzungslieferung 04/04. IV. Instrumente internationaler Sicherheit 2. Staaten und Verträge Thema Stabilitätspakt Südosteuropa, www.reader-sipo.de/artikel/0404_AIV2.pdf, 10-16, Zugriff: 18.5.2006.

Axt, Heinz-Jürgen (2006): Bulgarien vor der Entscheidung über den EU-Beitrittsterm. In: Südosteuropa-Mitteilungen, 46 (4), 34-43.

AZI (2003): Close Neighborhood or European Neighborhood? 15.12.2003, Chisinau: www.azi.md/print/27101/En, Zugriff: 16.12.2003.

AZI (2004a): Moldova AZI: Hundreds demonstrate in Chisinau downtown over denial of Journalists' access to work, 27.9.2004, Chisinau: www.azi.md/print/31018/En, Zugriff: 28.9. 2004.

AZI (2004b): Over 200 persons demonstrate on Sunday in centre of Chisinau over protests of Journalists from Teleradio-Moldova, 4.10.2004, Chisinau: <http://www.azi.md/print/31124/En>, Zugriff: 5.10.2004.

AZI (2004c): ECHR Ruling Says Russian Troops Still Station in Moldova in Breach of Previous Undertakings. 09.7.2004, Chisinau: www.azi.md/print/29917/En, Zugriff: 10.7. 2004.

AZI (2005): Parliamentary Parties Have Signed a Declaration on Political Partnership, 24.3.2005, Chisinau: <http://www.azi.md/news>, Zugriff: 24.3.2005

Baldwin, R. et al. (2000): The EU Reforms for Tomorrow's Europe. In: CEPS Discussion Papers (2623), Brussels.

Banisar, David (2006): Global Survey. Freedom of Information and Access to Government Records Around the World. In: Freedominfo.org. Chisinau 7/2006. <http://www.freedominfo.org/countries/moldova.htm>, Zugriff: 12.8.2006.

Barbarosie, Arcadie/ Nantoi, Oazu (2003): Aspects of the Transnistrian Conflict, Institute for Public Policy, Chisinau.

BASA (2004a): Protesting Journalists sue police authority, 03.08.2004, www.basa.md, Zugriff: 4.8.2004.

BASA (2004b): Police clashes with Journalists again, 07.08.2004, www.basa.md, Zugriff: 8.8.2004.

BASA (2004c): Brussels to Host 2nd round of consultations on Moldova-EU Action Plan, 23.2.2004, www.basa.md, Zugriff: 24.2.2004.

Basescu, Traian (2005): Moldova and Romania to combine their European Integration efforts, 21.1.2005. In: INFOTAG. Chisinau: <http://www.azi.md/news>, Zugriff: 23.1.2005.

Batt, Judy (2003): The enlarged EU's external borders – the regional dimension. In: Batt, J./ Lynch, D./ Missiroli, A. et al. (Hrsg.): Partners and neighbours: a CFSP for a wider Europe. Paris: Institute for Security Studies, Chaillot Papers 64, 102-118.

BBC (2005): Moldova Communists stay in power, 7.3.2005. London: <http://news.bbc.co.uk>, Zugriff: 8.3.2005.

Becker, Peter (2006): Fortschreibung des Status Quo – Die EU und ihr neuer Finanzrahmen Agenda 2007. In: *Integration*, 29(2), 106-121.

Belitser, Natalia (2002): Conflicting security concerns across the Ukraine-Moldova Border. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): *New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine*, Chisinau: Institute for Public Policy, 233-257.

Bertelsmann Transformation Index – BTI (2003): Moldova. <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/153.0.html>, Zugriff: 5.5.2006.

Boden, Dieter (2004): A European Perspective for the Republic of Moldova. In: *Südosteuropa Mitteilungen*, 44 (2-3), 73-77.

Börzel, Tanja A./ Risse, Thomas (2000): When Europe hits home: Europeanization and domestic change, *European Integration online papers* 4(15), <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-015a.htm>.

Braghis, Dumitru (2004): Moldova's Orientation towards the European Union. In: *Südosteuropa Mitteilungen*, 44 (2-3), 109-118.

Brezianu, Andrei (2000): Historical dictionary of the Republic of Moldova, *European Historical Dictionaries* 37. Lanham/Md.: Scarecrow Press, 237-273.

Brkljarić, Maja (2000): Constitutional Watch. A Country-by-Country Update on Constitutional Politics in Eastern Europe and the Ex-USSR – Moldova. In: *East European Constitutional Review* 9(1/2) 2000.

Brunner, Georg (1996): Präsident, Regierung und Parlament. In: Luchterhandt, O. (Hrsg.): *Neue Regierungssysteme in Osteuropa und der GUS*. Berlin: Berlin-Verlag Spitz, 63-113.

Bugajski, Janusz (2002): Moldova. In: Bugajski, J. (Hrsg.): *Political parties of Eastern Europe: a guide to politics in the post-Communist era*. Armonk/New York: Scharpe, 883-914.

Bulletin Quotidien Europe (2003): EU/Wider Europe: Günter Verheugen made responsible for Wider Europe Policy – changes at DG Enlargement and DG External Relations 8501, 10.7.2003.

Bulletin Quotidien Europe (2004): EU/Neighbourhood: Report on All Consultations 8663, 11.4.2004.

Bundesagentur für Außenwirtschaft (2005): Wirtschaftsdaten kompakt Moldau, 11/2005. www.bfai.de/ext/anlagen, Zugriff: 12.12.2005.

Busceanu, Sergiu (2002): The image of the Republic of Moldova as a factor affecting its integration in the European Union. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): *The Republic of Moldova and European Integration*. Chisinau: Cartier Verlag, 185–221.

Busek, Erhard (2004): Moldova within the Stability Pact for South Eastern Europe. In: *Südosteuropa Mitteilungen*, 44(2-3), 78-82.

Buzogany, Aron (2002): Die Republik Moldau ein Jahr nach dem Wahlsieg der Kommunisten. In: *Südosteuropa*, 51 (1-3), 43-72.

Büscher, Klemens (2004): Das politische System Moldovas. In: Wolfgang I. (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen: Leske+Budrich, 489–524.

Calic, Marie-Janine (2003a): The EU and the Balkans: From Association to Membership, SWP Kommentare 7, 5/2003. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Calic, Marie-Janine (2003b): Welche Zukunft für den Balkan-Stabilitätspakt? SWP-Studie 3/2003. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Carasciuc, Lilia (2002): Working Paper: Fighting Corruption to Improve Governance: Case of Moldova, 16.4.2002, <http://www.transparency-international.md>, Zugriff: 4.1.2003.

Checkel, Jeffrey (1999): Norms, Institutions and National Identity in Contemporary Europe. In: *International Studies Quarterly* 43(1), 83-114.

Checkel, Jeffrey (2001): International Institutions and Socialization in Europe – Chapter I: introduction. ARENA Working Paper WP 01/11, Oslo.

Checkel, Jeffrey (2003): International Institutions and Socialization in Europe: Introduction and Framework. Arena 2003, Oslo.

Checkel, Jeffrey/ Moravcsik, Andrew (2001): A Constructivist Research Program in EU Studies? In: *European Union Politics* 2/2001, 219-249.

Chinn, Jeff/ Roper, Steven D. (1998): Territorial Autonomy in Gagauzia. In: *Nationalities Papers* 26(1), 87-112.

Chiorean, Gabriela (2002): The indirect impact of increasing border security. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): *New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine, Chisinau: Cartier Verlag*, 186-191

Chirila, Victor (2002): The relations between the Republic of Moldova and the European Union. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): *The Republic of Moldova and European Integration, Chisinau: Cartier Verlag*, 37–67.

Chirtoaca, Natalia (2004): Juridical Study of the documents signed in the Course of the Negotiations process on the Transnistrian Conflict settlement. In: Barbarosie, A./ Nantoi, O. (Hrsg.): *Aspects of the Transnistrian Conflict, Chisinau*, 19-66.

Cimoszewicz, Włodzimierz (2003): The Eastern Dimension of the EU. The Polish View. In: Stefan Batory Foundation: *EU Enlargement and Neighbourhood Policy, Warsaw*, 15-23.

Clej, Petru/ Cantir, Alexandru (2004): The Media: Struggling to Break Free from Old Soviet Habits. In: Lewis, A. (Hrsg.): *The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust*, 55–62.

Commission on Security and Cooperation in Europe (United-States/-Congress) (1998): OSCE Report on the Moldovan parliamentary elections, 22.3.1998. Southern Moldova, the “Security Zone”, and Gagauzia, Washington D.C..

Corman, Igor (2004): Key Note Speech auf der Konferenz: Europe and the Transition Process in the Republic of Moldova, 2.-3.7.2004, Abgeordnetenhaus Berlin.

Council of Europe (2002): *Functioning of Democratic Institutions in Moldova*,

- <http://assembly.coe.int/Documents/AdoptedText/ta02/ERES1280.htm>, Zugriff: 12.7.2004.
- Cremona, Marise (2003): *The Enlargement of the European Union*, Oxford-New York: Oxford University Press.
- Croft, Stuart et al. (1999): *The Enlargement of Europe*. New York: Manchester University Press.
- Crowther, William (1994): Moldova after indepenence. In: *Current History* 93 10/1994, 342-347.
- Crowther, William (1997): *The Politics of Democratization in Post-Communist Moldova*. In: Dawisha, K./ Parrott, B. (Hrsg.): *Democratic Changes and Authoritarian Reactions in Russia, Ukraine, Belarus, and Moldova*, Cambridge: Cambridge University Press, 282-329.
- Crowther, William (2004): *Moldova's Post-Communist Transition: Ambiguous Democracy, Reluctant Reform*. In: Lewis, A. (Hrsg.): *The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe*, London: Federal Trust, 27-48.
- Cyprus, Lieselore (2003): *Das Gipfeltreffen EU-Westliche Balkanstaaten in Thessaloniki*. In: *Südosteuropa Mitteilungen* (München), 43(4/5), 6-13.
- Dauderstädt, Michael (2000): *Die wirtschaftlichen Folgen der EU-Integration für die Beitrittskandidaten*, Politikinformation Osteuropa 84, Friedrich Ebert Stiftung, März 2000.
- Dauderstädt, Michael (2002): *Interessen und Hindernisse bei der EU-Osterweiterung: die Rolle des "acquis communautaire"*. Bonn, 2002. Electronic edition: FES Library, 2002: <http://library.fes.de/fulltext/id/01170.htm>.
- DIE ZEIT (2002): *Irgendwo muss Ende sein*, von Petra Pinzler, 5.12.2002, 50, 4.
- DIE ZEIT (2006): *Bis sie irgendwann platzt*, von Petra Pinzler 28.9.2006, 40, 10.
- Dill, Günter/ Voinea, Georgeta (2005): *Politischer Kurzbericht: Zwischen „Rot“ und „Orange“ – Die Republik Moldova hat ein neues Parlament gewählt*. Außenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bukarest 3/2005.
- Dima, Nicholas (2001): *Moldova and the Transdnestr Republic*, East European Monographs 579. New York: Columbia University Press.
- Dinan, Desmond (2000): *Encyclopedia of the European Union*. London: Macmillan Press.
- Delors, Jacques (1989): *Rede vor dem Europäischen Parlament am 17.1.1989*. In: *Verhandlungen des Europäischen Parlaments* 2-373, 72-86.
- Deutscher Bundestag (2004): *Antrag der Fraktionen der SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP: Den Weg zur Einheit und Demokratisierung in der Republik Moldau unterstützen*, Drucksache 15/3052, 5.5.2004.
- Deutsche Welle (2004): *Moldauische Journalisten protestieren gegen Pressezensur*, Chisinau, 3.4.2004. In: *DW-Monitor Ost-/Südosteuropa* 85, 4.5.2004.
- Dumbrava, Vasile (2002): *Die "Last der Geschichte" in der Republik Moldau*. In: *Südosteuropa*, 51(7-9), 431-448.

Dyer, Donald L. (1996): *Studies in Moldovan. The history, culture, language and contemporary politics of the people of Moldova*. Boulder, Colorado: East European Monographs.

Ecker-Ehrhardt, Mathias (2002): *Die deutsche Debatte um die EU-Osterweiterung – Ein Vergleich ihres ideellen Vorder- und Hintergrundes*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Economist (2005): *Troubled Moldova, Tilting westward, Yet another ex-Soviet republic looking to the European Union*, 27.1.2005, http://www.economist.com/PrinterFriendly.cfm?story_id=3599661, Zugriff: 30.10.2005.

Edinger, Michael (1996): *Die Verfassung der Republik Moldova*. In: *Der Donauraum* 36(3-4), 63-72.

Electionguide.org: <http://www.electionguide.org/2005.htm>.

Emerson, Michael et. al. (2001): *The elephant and the bear*. CEPS, Brussels.

Emerson, Michael (2004a): *European Neighbourhood Policy: Strategy or Placebo?* CEPS Working Document 215, 11/2004.

Emerson, Michael (2004b): *The Wider Europe Matrix*. CEPS, Brussels.

Emerson, Michael/ Noutcheva, Gergana (2004): *Europeanisation as a Gravity Model of Democratisation*. CEPS Working Document 214, 11/2004.

Emerson, Micheal et al. (2004): *Europeanisation and Secessionist Conflicts: Concepts and Theories*. CEPS, Brussels.

Euractiv (2003): *Wider Europe*, 22.10.2003, <http://www.euractiv.com7cgi-bin/cgint.exe/1?204&OIDN=1506483&-tt=>, Zugriff: 4.11.2003.

Euractiv (2005): *EU-Beitritt der Türkei: Widerstand wächst*. In: [http://www.euractiv.com/de/erweiterung/eu-beitritt-tuerkei-widerstand-frankreich-deutschland-waechst/ article-143576](http://www.euractiv.com/de/erweiterung/eu-beitritt-tuerkei-widerstand-frankreich-deutschland-waechst/article-143576), 30.8.2005, Zugriff: 6.10.2006.

Euractiv (2006a): *Sarkozy fordert einen Mini-Vertrag*, 11. September 2006. In: <http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/sarkozy-mini-vertrag-neuen-konvent-tuerkei-beitritt/article-157681>, Zugriff: 6.10.2006.

Euractiv (2006b): *Merkel: Keine Beitrittsversprechen über den Balkan hinaus*, 25.9.2006, <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/merkel->, Zugriff: 26.9.2006.

Europarat (1998): *Europarat: Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Fassung des Protokolls Nr. 11*, November 1998. In: <http://www.echr.coe.int/NR/rdonlyres/F45A65CD-38BE-4FF7-8284-EE6C2BE36FB7/0/GermanAllemand.pdf>, Zugriff: 12.12. 2004.

Europarat (2006): *Functioning of democratic institutions in Moldova*, Recommendation 1721 (2005), Reply from the Committee of Ministers, adopted at the 964th meeting of the Ministers' Deputies, Doc. 10931 12.5.2006.

Europarl – Europäisches Parlament (2001): *Die aus der ehemaligen Sowjetunion her-*

vorgegangenen unabhängigen Staaten, http://www.Euoparl.eu.int/factsheets/6_3_4_de.htm, 19.7.2000, Zugriff: 18. Juli 2002.

Europäische Kommission (1998): Protokoll zur ersten Sitzung des neugegründeten Kooperationsrats, http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/er/ACF241.htm Zugriff: 17.1.2006.

Europäische Kommission (2001): 2002-2006 Country Strategy Paper for Moldova, KOM (2001) 371 endgültig.

Europäische Kommission (2002): Mitteilungen über die wirtschaftliche und politische Lage Moldawiens und seine Beziehungen zur Europäischen Union vom 16.7.2002. http://72.14.203.104/search?q=cache:OKb1iWCxpUsJ:www.euoparl.eu.int/meetdocs/2004_2009/documents/nt/474/474619/474619de.pdf+Migrationsdruck+Moldau&hl=de&gl=de&ct=clnk&cd=3, Zugriff: 1.4.2006.

Europäische Kommission (2004a): Länderbericht für die Republik Moldau: Arbeitsdokument. Länderbericht Moldau, SEC(2004)567 vom 12.5.2004.

Europäische Kommission (2004b): Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, COM(2004)656 final, 6.10.2004.

European Commission (2005): http://www.delmda.cec.eu.int/en/whatsnew/2005/06/agreement_to_open_del.htm, Zugriff: 29. Juni 2006.

European Commission (1990): Agreement between the EEC and Euratom and the USSR on Trade and Commercial and Economic Co-operation, Official Journal L 68/1, 15.3.1990.

European Commission (1993): Towards a Closer Association with the Countries of Countries of Central and Eastern Europe, Brüssel 3.5.1993. In: Agence Europe/ Documents 1833, 6.5.1993.

European Commission (1994): Partnership and Cooperation Agreement. http://ec.europa.eu/comm/external_relations/ceeca/pca/pca_moldova.pdf.

European Commission (1999): Bulletin EU 3-1999, Diplomatische Beziehungen (1/1), 15.6.1999. www.europa.eu/bulletin/de/9903/p104123.htm.

European Commission (2001): Moldova: Country Strategy Paper, 2000-2006: National Indicative Programme 2002-2003, Brussels. http://europa.eu.int/comm/external_relations/moldova/csp/02_06_en.pdf 12.7.2004.

European Commission (2003a): Wider Europe – Neighbourhood: A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours, Brüssel 11.3.2003.

European Commission (2003b): Paving the Way for a New Neighbourhood Instrument, Brüssel 1.7.2003.

European Commission (2003c): EU-Western Balkans summit declaration, Thessaloniki 21.6.2003, http://europa.eu.int/comm/external_relations/see/sum_06_03/decl.htm, Zugriff: 14.7.2004.

European Commission (2005): EU-Kommissarin Ferrero-Waldner am 6. und 7. Oktober

in der Republik Moldau: Mission zur Unterstützung der Grenzbehörden, Brüssel, 4.10.2005, <http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/05/1221&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>, Zugriff: 8.3.2006.

European Commission (2005a): European Neighbourhood Policy, http://europa.eu.int/comm/world/enp/index_en.htm, Zugriff: 12.12.2005.

European Commission (2005b): Implementation of the EU Moldova Action Plan, Achievements and Challenges, Background Note. Eastern Europe and Central Asia, Meeting doc. 417/05. 23.11.2005.

European Commission (2006a): Moldova: EU bilateral Trade and Trade with the Republic of Moldova, 9/2006.

European Commission (2006b): Short-term priorities for the EU-Moldova Action Plan Implementation (February 2005 – March 2006), Brüssel.

EU-Moldova Parliamentary Cooperation Committee (1999): Schreiben der beiden Kovorsitzenden Jan Marinus Wiersma und Vasile Nedelciuc des EU-Moldova Parliamentary Cooperation Committee, Chisinau, 14.10.1999.

EU-Moldova Parliamentary Cooperation Committee (2003): Sixth Meeting, 11.6.2003, Chisinau, <http://www.europarl.eu.int/meetdocs/delegations/ukra/200703/502001ENpdf>, Zugriff: 12.7.2004.

Europäisches Parlament (2003): Gemeinsamer Entschließungsantrag zum Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder, Dok.: B5-0283 Annahme 5.6.2003.

Europäisches Parlament (2004): Delegation im parlamentarischen Ausschuss für die Zusammenarbeit EU-Republik Moldau, Mitteilung an die Mitglieder, Informationsvermerk über die Tätigkeit der Delegation im parlamentarischen Ausschuss für die Zusammenarbeit EU-Republik Moldau, Generaldirektion Externe Politikbereiche der Union, 9.7.2004.

EU-Präsidentschaft Griechenland (2003): European Conference: Declaration, 17.4.2003, <http://www.eu2003.gr/en/articles/2003/4/17/2539/>, Zugriff: 8.3.2006.

Europäischer Rat (1991): Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats von Maastricht, 9.-10.12.1991.

Europäischer Rat (1993): Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom Gipfeltreffen in Kopenhagen 1993.

Europäischer Rat (1995): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat in Madrid, 15.-16.12.1995.

Europäischer Rat (1997): Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rats von Amsterdam, 16.-17.7.1997.

Europäischer Rat (2001): Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Göteborg, http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d1.pdf, Zugriff: 2.3.2006.

Europäischer Rat (2001): Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union, Europäischer Rat 2001.

Europäische Union (2005): Amtsblatt der Europäischen Union 30.3.2005, Gemeinsame Aktion 2005/265/ GASP des Rates vom 23.3.2005 zur Ernennung eines Sonderbeauftragten der Europäischen Union für die Republik Moldau. Zugriff: 8.3.2006.

Erfurt, Jürgen (1998): Sprachpolitik und Sprachpraxis in der Republik Moldau. In: *Grenzgänge. Beiträge zu einer Modernen Romanistik* 9, 111-121.

Fedor, Helen (1995): Moldova. A Country study, Federal Research Division, Library of Congress, <http://lcweb2.loc.gov/frd/cs/mdtoc.html#md0000>, Zugriff: 8.7.2004.

Ferrero-Waldner, Benita (2004): Press Conference to launch first seven Action Plans under the European Neighbourhood Policy, 9.12.2004, Brüssel Speech/04/529, http://ec.europa.eu/world/enp/speeches_en.htm, Zugriff: 15.8.2006.

Ferrero-Waldner, Benita (2005): Strengthening the partnership between the EU and its neighbours – Signature of EU-Moldova-Ukraine Memorandum of Understanding (Speech), 7.10.2005. <http://www.delmda.cec.eu.int/en>, Zugriff: 7.3.2006.

Fierke, K.M./ Wiener, Antje (1999): 'Constructing institutional interests: EU and NATO enlargement'. In: *Journal of European Public Policy* 6, 5.12.1999, 721-744.

Financial Times (2003): EU enlargement chief keeps an eye on the distant horizon, 10.10.2003.

Financial Times (2004): The ambitious enlargement drive that has doubled the European Union's size in under a decade is set to slow, a long-awaited Commission paper will signal this week, 4.10.2004, 1.

Fischer, Joschka (2006): Der Preis der Dummheit. In: *Süddeutsche Zeitung*, 27.9.2006.

Fischer Weltalmanach (2006): Zahlen, Daten, Fakten. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main.

Frankfurter Rundschau (1999): Europa braucht eine Avantgarde, 19.11.1999.

Frankfurter Rundschau (2006): Ritt auf dem Tiger, 2./3.10.2006.

Freedom House (1998): Nations in Transit 1998. Civil Society, Democracy and Markets in East Central Europe and the Newly Independent States, Moldova. In: <http://www.freedomhouse.org/nit98/moldova.html>, Zugriff: 8.7.2004.

Freedom House (2006): Nations in Transit 2006: Moldova. In: <http://www.freedomhouse.org/nit06/moldova.html>, Zugriff: 6.8.2006.

Gabanyi, Anneli Ute (1993): Die Moldova zwischen Russland, Rumänien und Ukraine. In: *Aussenpolitik* (Hamburg) 44(1), 97-106.

Gabanyi, Anneli Ute (1994): Die Parlamentswahlen in Moldova vom 27.2.1994. In: *Südosteuropa*, 43(8), 453-477.

Gabanyi, Anneli Ute (1996): Moldova im Spannungsfeld zwischen Russland, Rumänien und der Ukraine. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und Internationale Studien.

Gabany, Anneli Ute (2004): Die Republik Moldau im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik. Berlin: SWP-Studie.

Gabanyi, Anneli Ute (2006): The European Neighbourhood Policy – The Perspective of Moldova. In: Foreign Policy in Dialogue 6(19), Trier 7/2006.

Galca, Vladimir (2002): Smuggling as a cross-border crime. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine, Chisinau: Institute for Public Policy, 141-146.

Galgau, Vasil (1999): European integration prospects for the countries of South-East Europe. In: Südosteuropa (München) 48(7/8), 417-423.

Gheorghiu, Valeriu (2002): New Schengen borders and their impact on the relationships of the Republic of Moldova and Romania. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine, Chisinau: Institute for Public Policy, 88-100.

Gheorghiu, Valeriu (2004a): Borders, Visas, Migration and the Republic of Moldova, in: Südosteuropa Mitteilungen 44(2-3), 127-130.

Gheorghiu, Valeriu (2004b): European Strategy of Moldova. Eurojournal.org, 1/2004.

Gheorghiu, Valeriu (2005a): Moldova on the way to the European Union: Distance covered and next steps to be done, Institute for Public Policy, <http://www.ipp.md/public/biblioteca/83/en/MoldovaWayEU.pdf>. Zugriff: 21.11.2005.

Gheorghiu, Valeriu (2005b): EU-Moldova Action Plan: Negotiations and Implementation, Institute for Public Policy, <http://www.ipp.md/public/biblioteca/93/en/Yerevan272.doc>, Zugriff: 2.1.2006.

Giddens, Anthony (1988): Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt/M. und New York: Campus.

General Affairs Council (2003): Wider Europe – New Neighbourhood – Council Conclusions, 16.6.2003, Brüssel, http://europa.eu.int/comm/external_relations/we/doc/cc06_03.pdf, Zugriff: 13.7.2004.

Goetz, Roland (1995): Die Wirtschaft der Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS). Moldova und die transkaukasischen Republiken Georgien, Armenien und Aserbaidschan, Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien.

Government of the Republic of Moldova (2004a): European Strategy of the Republic of Moldova (ESRM), www.ipp.md, Zugriff: 21.2.2006.

Government of the Republic of Moldova (2004b): European integration, Embassy of Moldova to Poland, www.moldova.pl, Zugriff: 23.8.2006.

Government of the Republic of Moldova (2005): Internal Report on Semestrial Evaluation of the EU-Moldova Action Plan Implementation 2005, September 2005.

Gowan, Peter (2000): Russia. In: Dinan, D. (Hrsg.): Encyclopedia of the European

Union, London 2000, 406-410.

Götz, Klaus H. (2000): European integration and national executives: a cause in search of an effect? In: *West European Politics* 23(4), 211-231.

Grabbe, Heather/ Hughes, Kirsty (1998): *Enlarging the EU Eastwards*, Chatham house papers. London: The Royal Institute of International Affairs.

Grabbe, Heather (2001): How Does Europeanisation Affect CEE Governance? Conditionality, Diffusion and Diversity. In: *Journal of European Public Policy* 8(6).

Grabbe, Heather (2002): 'The Copenhagen Deal for Enlargement', Briefing Note London: Centre for European Reform, http://www.cer.org.uk/pdf/briefing_copenhagen.pdf, Zugriff: 14.7.2004.

Grabbe, Heather (2003): Europeanisation goes East: Power and Uncertainty in the EU Accession Process, in: Featherstone, K./ Radaelli, C. M. (Hrsg.): *The Politics of Europeanisation*, Oxford, 303-327.

Gribincea, Argentina/ Grecu, Mihai (2004): WRITENET Report. In: United Nations High Commissioner for Refugees, Protection Information Section, October 2004.

Gromadzki, Grzegorz/ Boralynski, Jakub (2001): *The Half-Open Door: The Eastern Border of the Enlarged EU*, On the Future of Europe Policy Paper 2, Warschau.

Gromadzki, Grzegorz et al. (2003): *The Enlarged EU and Ukraine – New Relations*. Warsaw: Stefan Batory Foundation with CEPS.

Gstöhl, Sieglinde (1998): Vertiefung versus Erweiterung: Wie flexibel ist die Europäische Union? In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)* 27 (4), 377-391.

Gudim, Anatol (1999): Seven Years – The First Round of Reform in Moldova. In: *South-East Europe Review* 1/99, 131-138.

Gudim, Anatol (2004a): Moldova as a Neighbour of an Expanding EU: Economic challenges. In: *Südosteuropa Mitteilungen*, 44(2-3), 100-107.

Gudim, Anatol (2004b): *Moldova: Poverty Reduction Policies*. In: *Economic Growth and Poverty Reduction Strategy Paper (2004-2006)*, Government of the Republic of Moldova, 5/2004.

Guicherd, Catherine (2002): *The Enlarged EU's Eastern Border: integrating Ukraine, Belarus and Moldova in the European Project*. SWP-Studie 20, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Gutu, Oxana/ Gheorghiu, Valeriu (2004): River Prut: a Softer Iron Curtain. In: Lewis, A. (Hrsg.): *The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe*. London: Federal Trust, 203-210.

Gutu, Oxana (2006): *Moldova's Convergence with the acquis, A Pro-Growth and Pro-Integration Strategy*. In: CEPS Working Document 238, 3/2006.

Hamm, Michael F. (1998): Moldova. The forgotten Republic. In: *Nationalities Papers* 26(1).

Hanne, Gottfried (1997): Playing two different tunes, as usual, in Moldova. In: *Transitions*

– Prague, 4(7), 68-71.

Hanne, Gottfried (1998a): Auswege aus der Krise? Parlamentswahlen und neue Mitte-Rechts-Koalition in der Republik Moldau. In: Osteuropa (Stuttgart) 48(11/12), 1139-1148.

Hanne, Gottfried (1998b): Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung. Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

Hanne, Gottfried (2004): The 'Dniestr Moldovan Republic': Building an Authoritarian State. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust 2004, 79-88.

Haukkala, Hiski (2001): Two Reluctant Regionalizers? The European Union and Russia in Europe's North, Ulkopoliittinen Instituuti, Helsinki.

Hänsch, Klaus/ Kuhne, Helmut (2006): Position der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament zur EU-Erweiterung, 6.3.2006.

Heard, Vic (2004): Has the EU's Development Assistance Helped. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust 2004, 211-218.

Hein, Lars (2000): Moldova im Konflikt der Zeiten. In: Berliner Osteuropa Info 14, 122-124.

Heitmann, Klaus (1989): Probleme der moldauischen Sprache in der Ära Gorbacev. In: Südosteuropa 38(1), 28-53.

Hensel, Stuart/ Gudim, Anatol (2004): Moldova's Economic Transition: Slow and Contradictory. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust 2004, 89-102.

Hill, Ronald (2001): Moldova Votes Backwards: The 2001 Parliamentary Election. In: Journal of Communist Studies and Transition Politics 17(4), 130-139.

Hill, Ronald (2004): The impact of the Transnistrian Conflict on Moldova's European Perspective. In: Südosteuropa Mitteilungen 44(2-3), 109-118.

Hill, William (2002): Making Istanbul a reality. Moldova, Russia, and the withdrawal from Transnistria. In: Helsinki Monitor. The Hague 13(2), 129-145.

Hill, William (2004): The impact of the Transnistrian Conflict on Moldova's European Perspective. In: Südosteuropa Mitteilungen 44, 118-126.

Hix, Simon (1999): The Political System of the European Union. London: Macmillan Press.

Hombach, Bodo (2000): Die Zukunftsstrategie für Südosteuropa. In: Internationale Politik (Bonn), 55(11), 36-42.

Hornbacher, Elina (2002): Der Stellenwert der russischen Sprache in der Republik Moldau. Ein Beispiel für Spätfolgen sowjetischer Sprachenpolitik. In: Osteuropa 52(1), 38-51.

Hrbek, Rudolf (1995): Federal Balance and the Problem of Democratic Legitimacy in the

European Union. In: *Außenwirtschaft* 50(1), 43-66.

Human rights Watch (1993): *Human rights in Moldova. The turbulent Dniester*, New York.

Huntington, Samuel P. (1996): *Der Kampf der Kulturen*, Wien.

Institute for Public Policy - IPP (2002a): *Assessment of present situation and perspectives for the cooperation of the Republic of Moldova in the Commonwealth of Independent States*. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): *The Republic of Moldova and European Integration*, Chisinau: Cartier Verlag, 80–99.

IPP (2002b): *International Regional Cooperation*. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): *The Republic of Moldova and European Integration*, Chisinau: Cartier Verlag, 222–226.

IPP (2003): *Public Barometer*, 5/2003: www.ipp.md, Zugriff: 15.11.2004.

IPP (2004): *Public Barometer*, 11/2004: <http://www.ipp.md/files/Barometru/2004/>, Zugriff: 15.1.2005.

IPP (2005): *Public Barometer*, 12/2005: <http://www.ipp.md/files/Barometru/2005/>, Zugriff: 15. Januar 2006.

IPP (2006): *Public Barometer*, März/April 2006: <http://www.ipp.md/files/Barometru/2006/>, Zugriff: 15. August 2006.

International Center Against Censorship – ICAC (2000): *Further Memorandum on the Moldovan Draft Law on Access to Information*. London, 3/2000, <http://www.article19.org/pdfs/analysis/moldova-foi.00.pdf>, Zugriff: 26.2.2006.

International Helsinki Federation for Human Rights - IHF (2003): *Annual Report 2003 – Moldova*, http://www.ihf-hr.org/documents/doc_summary.php?sec_id=3&d_id=1322, Zugriff: 8.7.2004.

IHF (2004): *Annual Report 2004 – Moldova*, http://www.ihf-hr.org/documents/doc_summary.php?sec_id=3&d_id=3860, Zugriff: 8.7.2004.

IHF (2005): *Annual Human Rights Report for Moldova*, <http://www.ihf-hr.org/documents>, Zugriff: 21.6.2006.

Infotag (2006): *EU to Help Moldova improve legislation*, Chisinau, 2.7.2006, www.infotag.md, Zugriff: 3.7.2007.

International Crisis Group (2003a): *No Quick Fix – ICG Europe Report 147*, 12.8.2003, Chisinau/Brussels, http://www.crisisweb.org/library/documents/report_archive/A40108612082003.pdf, Zugriff: 12.7.2004.

Kaufman, Stuart J./ Bowers, Stephen R. (1998): *Transnational Dimensions of the Transnistrian Conflict*. In: *Nationalities Papers* 26(1), 129-146.

Kavalski, Emilian (2003): *The western Balkans and the EU. The probable dream of membership*. In: *South-East Europe Review for Labour and Social Affairs* 6(1/2), 197-212.

Kempe, Iris (1998): *Direkte Nachbarschaft. Die Beziehungen zwischen der erweiterten*

EU und der russischen Föderation, Ukraine, Weissrussland und Moldova, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Kempe, Iris (2001): The agenda of direct neighbourhood for Eastern Europe. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Kempe, Iris (2001/2002): Russland und die westlichen GUS-Staaten. In: Weidenfeld, W./ Wessels, W. (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2001/2002, 259-264.

Kempe, Iris/ Meurs, Wim P. van (2002a): Neue Nachbarn. Strategien gegenüber Südost- und Osteuropa jenseits der Erweiterung. In: Internationale Politik (Bielefeld) 57(5), 27-34.

Kempe, Iris/ van Meurs, Wim (2002b): Toward a Multi-layered Europe: Prospects and Risks beyond EU Enlargement, Working Paper, München: Centrum für Angewandte Politikforschung.

Keune, Maarten and Orlova, Nina (1999): The Deepening Social Crisis and Poverty in Moldova: An Analysis of Income, Consumption and Nutrition in the 1990s. In: South-East Europe Review 1/99, 119 –130.

Khotin, Rostysla (2004): Moldova and Ukraine: Pro-Western Guarantor to the East. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust 2004, 43-148.

King, Charles (1994/1995): Eurasia letter: Moldova with a Russian face. In: Foreign Policy 97, 106-120.

King, Charles (1995): Post-Soviet Moldova: a borderland in transition. London: Royal Institute of International Affairs.

King, Charles (2000): The Moldovans. Romania, Russia, and the Politics of Culture. Stanford : Hoover Institution Press.

King, Charles (2001): Eurasia's Nonstate States. In: East European Constitutional Review, 10(4), <http://www.law.nyu.edu/eecr/vol10num4/features/king.html>, Zugriff: 12.7.2004.

Klippii, Igor (1997): Sistemul politic din Republica Moldova: coraportual puterilor. In: Moldoscopie, Partea IX, Chisnau, 83-95.

Klipii, Igor (2002): Evolution of the political framework of the European Integration problem. In: Barbarosie, Arcadie/ Gheorghiu, Valeriu (Hrsg.): The Republic of Moldova and European Integration, Chisinau: Cartier Verlag, 9–33.

Knogler, Michael/ Vincentz, Volkhart (2004): Die nächste Runde der EU-Erweiterung: Balkanländer und ökonomische Beitrittskriterien. In: Südosteuropa Mitteilungen 44(2-3), 6-27.

Kok, Wim (2003): Enlarging the European Union: Achievements and Challenges, Report to the European Commission, Florence: European University Institute, http://europa.eu.int/comm/enlargement/communication/pdf/report_kok_en.pdf, Zugriff: 14.7.2004.

Kooperationsrat (1998): Protokoll der ersten Tagung des Kooperationsrates zwischen

der Europäischen Union und der Republik Moldau.
In: http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/de/er/ACF241.htm.

Kratchowil, Friedrich (1989): Rules, Norms and Decisions: On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs. Cambridge: Cambridge University Press.

Kreile, Michael (1997): Die Erweiterungsstrategie für die Europäische Union. In: Europa öffnen. Anforderungen an die Erweiterung, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Kulik, Vitaly (2002): Settlement of the Transnistrian Conflict as a way to the creation of the regional stability zone in Eastern Europe. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine. Chisinau: Institute for Public Policy, 258-271.

Ladrech, R. (1994): Europeanisation of Domestic Politics and Institutions: the Case of France. In: Journal of Common Market Studies (London) 32/1, 69-88.

Läufer, Thomas (Hrsg.) (1998): Vertrag von Amsterdam. Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages. Bonn: Europa Union Verlag.

Lerke, Wolfgang (2005): Keynote speech at the International Conference in Chisinau, Moldova and Europe, Bridging the Gap, 26-27.4.2005.

Lewis, Ann (2004): Moldova: Where Next. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust, 219-228.

Lippert, Barbara (1991): Mittel- und osteuropäische Staaten. In: Weidenfeld, W., Wessels, W. (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/1991, Bonn, 367ff.

Lippert, Barbara (2000): Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union – Stabilitätsexport mit Risiken. In: Lippert, B. (Hrsg.): Osterweiterung der Europäischen Union – die doppelte Reifeprüfung, Institut für Europäische Politik, Bonn 2000.

Lippert, Barbara (2004): Glanzloser Arbeitserfolg von epochaler Bedeutung: eine Bilanz der EU-Erweiterungspolitik 1989-2004. In: Lippert, B. (Hrsg.): Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung, Berlin, 13-72.

Lippert, Barbara/ Umbach, Gaby (2005): The Pressure of Europeanisation. From post-communist state administrations to normal players in the EU system. Baden-Baden: Nomos-Verlag.

Litvak, Kate (1996): The role of political competition and bargaining in Russian foreign policy. The case of Russian policy toward Moldova. In: Communist and Post-Communist Studies. Oxford 29(2), 213-229.

Livitaia, Maria P. (1995): Problems of daily life in Moldova. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien.

Löwenhardt, John/ Hill, Ronald J. / Light, Margot (2001): A wider Europe. The view from Minsk and Chisinau. In: International Affairs (London), 77(3), 605-620.

Lupu, Marin (2006): Rede auf der SEECF Konferenz: The European perspective of the SEECF countries, Athen, Griechenland, 17.3.2006. In: The Parliament of the Republic of

Moldova: <http://www.parlament.md/news/17.03.2006/en.html>, Zugriff: 15.9.2006.

Lynch, Dov (2000): Russian peacekeeping strategies in the CIS. The cases of Moldova, Georgia and Tajikistan, Basingstoke: Macmillan.

Lynch, Dov (2002): Crisis in Moldova. Newsletter 2, EU Institute for Security Studies, Paris.

Lynch, Dov (2003): The new Eastern Dimension of the enlarged EU. In: Batt, J./ Lynch, D./ Missiroli, A. et al. (Hrsg.): Partners and neighbours: a CFSP for a wider Europe, Paris: Institute for Security Studies, Chaillot Papers 64, 34–59.

Lynch, Dov (2004): Moldova within Wider Europe. In: Südosteuropa Mitteilungen 44(2/3), 94-99.

Maggs, Peter (2004): Struggling towards Law? Human Rights and Legislative Reform in Moldova. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust, 49–54.

Maurer, Andreas (2000): Die institutionelle Ordnung einer größeren Europäischen Union – Optionen zur Wahrung der Handlungsfähigkeit. In: Lippert, B.: Doppelte Reifeprüfung, 31-59.

Maurer, Andreas/ Tivig, Andrea (2006): Die EU-Antikorruptionspolitik, Erfolgsbedingungen einer Korruptionsbekämpfung auf mehreren Ebenen, Diskussionspapier SWP, 3.3.2006, Berlin. http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?id=1649, Zugriff: 18.8.2006.

Maurer, Andreas (2007): Alternativen denken!, SWP-Aktuell 36, Juli, Berlin. http://www.swp_aktuell_detail.php?id=7829...

March, James/ Olsen, Johan (1998): The Institutional Dynamics of International Political Orders. In: International Organization 52(4), 943-969.

National Bureau of Statistics of Moldova (2006): Wirtschaftsdaten, www.statistica.md/statistics/dat/840... Zugriff: 11.8.2006.

McCormack, Gillian (1999): Media in the CIS, The European Institute for the Media, <http://internews.ras.ru/books/media1999>, Zugriff: 9.7.2004.

Meier, Christian (2000): Regionale Kooperation in Mittel- und Osteuropa. Bestimmungsfaktoren, Modelle, Perspektiven. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien.

Merkel, Wolfgang/ Croissant, Aurel (2000): Formale und informale Institutionen in defekten Demokratien. In: Politische Vierteljahresschrift 41, 3-30.

Meurs, Wim van (1998): Carving a Moldavian Identity Out of History. In: Nationalities Papers 26(1), Jamestown Foundation 3/1998, 39-56.

Meurs, Wim van (2003a): Moldova – nationale Identität als politisches Programm. In: Südosteuropa Mitteilungen, Südosteuropa Gesellschaft, 30-43.

Meurs, Wim van (2003b): Den Balkan integrieren. Die europäische Perspektive der Re-

gion nach 2004. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 10/11, 34-39.

Meurs, Wim van (2003c): The next Europe. South-Eastern Europe after Thessaloniki. In: *South-East Europe Review for Labour and Social Affairs*, 6(3), 9-16.

Meurs, Wim van (2004): Moldova ante portas, The EU Agendas of Conflict Management and Wider Europe, <http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2004/moldova.php>, Zugriff: 13. April 2005.

Mincu, Georgeta (2002a): The Republic of Moldova's accession to the World Trade Organization. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): *The Republic of Moldova and European Integration*, Chisinau: Cartier Verlag, 174–184.

Mincu, Georgeta (2002b): The Participation of the Republic of Moldova in Trade and Transport Facilitation in the South Eastern Europe Program. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): *New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine*, Chisinau: Institute for Public Policy, 56–59.

Mindicanu, Ala (2004): Not a Happy one: Woman's Lot in Moldova. In: Lewis, A. (Hrsg.): *The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe*. London: Federal Trust, 73-78.

Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland (2003): Non-paper with Polish proposals concerning policy towards new Eastern neighbours after EU enlargement. In: Stefan Batory Foundation: *EU Enlargement and Neighbourhood Policy*, 85-98.

Missiroli, Antonio (2003): The EU and its changing neighbourhoods: stabilisation, integration and partnership. In: Batt, J./ Lynch, D./ Missiroli, A. et al. (Hrsg.): *Partners and neighbours: a CFSP for a wider Europe*, Paris: Institute for Security Studies, Chaillot Papers 64, 9–33.

Moravcsik, Andrew (1998): *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power From Messina to Maastricht*. Ithaca, NY: Cornell University Press.

Moravcsik, Andrew/ Vachudova, Milada Anna (2003): National Interests, State Power, and EU Enlargement. In: *East European Politics and Societies* 17(1), 42-57.

Mosanu, Viorel (2000): The Neutrality Policy of the Republic of Moldova – What Chances for the Future? In: *Südosteuropa* 49(9/10), 537-550.

Mörke, Andrea (1998): The military as a political actor in Russia. The cases of Moldova and Georgia. In: *The International Spectator* 33(3), 119-131.

Munteanu, Igor (1999): *Local Development in Moldova. Concepts and Practices*, Discussion Papers 12, Local Government and Public Service Reform Initiative, Open Society Institute, Budapest.

Munteanu, Angela (2000): The Social Costs of Transition in Moldova. In: *South-East Europe Review for Labour and Social Affairs* 3(3), 35-44. Munteanu, Angela (2001): Moldova without Moldovans. Labour emigration – a loss or a gain? In: *South-East Europe Review for Labour and Social Affairs* 4(4), 19-24.

Munteanu, Valeriu (2002): The migration policy of the Republic of Moldova. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): *New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine*, Chisinau: Institute for Public Policy, 162-168.

Nantoi, Oazu (2003): The issue of the conflict in the eastern zone of the Republic of Moldova after Maastricht. In: Barbarosie, A./ Nantoi, O. (Hrsg.): Aspects of the Transnistrian Conflict, Chisinau, 9-18.

Nantoi, Oazu (2003a): Das europäische Armenhaus klopft erwartungsvoll an die Tür des reichen Kontinents. In: Das Parlament 27.10.2003, 11.

Nedelciuc, Vasile (2000): Strengthening of Moldova's State Institutions as Support for Development and Integration. In: Südosteuropa 49(9/10), 531-536.

Neguta, Andrei/ Simionov, Alexandru (2004): Moldova and the EU: a View from Chisinau. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe, London: Federal Trust, 185-194.

Neue Zürcher Zeitung (2001): Premiere der EU-Moldau-Beziehungen, 14.2.2001, <http://www.dkru-aalborg.dk/sider/kalindex/eutroika.htm>, Zugriff: 3.2.2006.

Neue Zürcher Zeitung (2006): Klares Bekenntnis Sarkozys zur EU, 9.9.2006, <http://www.nzz.ch/2006/09/09/al/articleEGKSN.html>, Zugriff: 10.8.2006.

Neukirch, Claus (1996): Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung. Münster.

Neukirch, Claus (1998): Das neue moldauische Wahlgesetzbuch und sein erster Test: Die Parlamentswahlen vom 22. März 1998. In WGO – Monatshefte für Osteuropäisches Recht 40, 187-201.

Neukirch, Claus (1998): Quo vadis, Moldova? Aktuelle Entwicklungen nach den Parlamentswahlen vom 22.3.1998. In: Südosteuropa Mitteilungen 38(2), 124-145.

Neukirch, Claus (1999a): Moldau: Die Revision des Wahlgesetzbuchs und der territorialen Gliederung sowie ihre praktische Anwendung bei den Lokalwahlen vom 23.5.1999. In: WGO – Monatshefte für Osteuropäisches Recht 40, 187-201.

Neukirch, Claus (1999b): National Minorities in the Republic of Moldova – Some Lessons Learned, Some Not? In: South-East Europe Review for Labour and Social Affairs 1(3), 45-63.

Neukirch, Claus (2001): Moldovan Headaches. The Republic of Moldova 120 days after the 2001 Parliamentary Elections. Centre for OSCE Research - Hamburg, Working Paper 3, http://www.core-hamburg.de/documents/15_Wp3.pdf, Zugriff: 8.8.2004.

Neukirch, Claus (2003): Rußland als strategischer Partner: Die moldauische Außenpolitik unter Woronin. In: Alexandrova, O. / Götz, R. / Halbach, U. (Hrsg.): Rußland und der post-sowjetische Raum. Baden-Baden: Nomos-Verlag, 240-255.

Neukirch, Claus (2003a): Moldau und Europa: Mehr als eine Nachbarschaft? In: Südosteuropa Mitteilungen. Südosteuropa Gesellschaft, 14-29.

Neukirch, Claus (2004): Moldova's Eastern Dimension. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust, 133-142.

Neukirch, Klaus/ Zickerick, Michael (2004): Konferenzbericht: European Perspectives for the Republic of Moldova, Niederpöcking, 19-21.1.2004, 149-153.

Non-paper (2003): Polish proposals concerning policy towards new Eastern neighbours

after EU enlargement, Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland, 1/2003. In: EU Enlargement and Neighbourhood Policy, Stefan Batory Foundation, 2/2003 Warsaw.

Oberschmidt, Randolph (1999): Moldau – Die Satzung für Gagausien (Gagauz-Yeri) in der Republik Moldau. In: WGO – Monatshefte für Osteuropäisches Recht 41, 13-21.

Olsen, Johan (2002): Europeanization – a fashionable term, but is it useful? In: ARENA Working Papers: The Many Faces of Europeanization 1/2002.

OSCE (2005a): Election Observation Mission Final Report. <http://www.osce.org/>, Zugriff: 3.6.2005.

OSCE (2005b): Mission Head regrets renewed failure of mayoral election in Moldova's capital, Chisinau, 28 November 2005. http://www.osce.org/moldova/item_1_17124.html, Zugriff: 8.8.2006.

Paulauskas, Kestutis (2006): The Baltics: from nation states to member states. In: Occasional Paper 62, Institute for Security Studies, Paris.

Pelczynska-Natecz, Katarzyna/ Dukba, Alexander et al. (2003): The Eastern Policy of the EU: The Visegrad Countries' Perspective, Warschau: Center for Eastern Studies.

Peter, Manfred (2001): Russlands Platz in Europa, Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen 94. Berlin: Duncker und Humblot.

Pidluska, Inna (2002a): Issues of Migration in the region in the context of the EU enlargement: a Ukrainian perspective. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine, Chisinau: Institute for Public Policy, 65–87.

Pidluska, Inna (2002b): Ukraine-Moldova: Problems and prospects for Cross-Border Co-operation. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine, Chisinau: Institute for Public Policy, 288-292.

Policy Brief (2005): Political Abuse of Judicial Process in Europe's East: A new Security Threat? The European Policy Centre, Brussels.

Popescu, Nicu (2004): Europeanization and conflict resolution: a view from Moldova, www.eurojournal.org, Zugriff: 1.8.2005.

Popescu, Nicu (2005): The EU in Moldova – Settling conflicts in the neighbourhood. In Occasional Paper 60, Institute for Security Studies, Paris Oktober 2005.

Prodi, Romano (2002): A Wider Europe – A Proximity Policy as a way to Stability, Speech/02/619, Brüssel 5.-6.12.2002.

Prohntitchi, Valeriu (2002): Integration of the Republic of Moldova into the European Union: Geoeconomic actions and implications. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): The Republic of Moldova and European Integration, Chisinau: Cartier Verlag, 100–173.

Proksch, Sven-Oliver (2001): Negotiating European Foreign Policy: The EU and the Stability Pact for South Eastern Europe. In: Woodrow Wilson School of Public and International Affairs, Princeton University: www.wilson.princeton.edu/cases/papers/stability-pact.html, Zugriff: 2.3.2003.

Purice, Dorin (2002): Collaboration between the Republic of Moldova and the countries of South Eastern Europe in combating cross-border crime. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): *New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine*, Chisinau: Institute for Public Policy, 38–55.

Quinlan, Paul D. (2002): Moldova under Lucinschi. In: *Demokratizatsiya* 10(1), 83-102.

Radaelli, Claudio M. (2003): *The Europeanization of Public Policy*. In: Featherstone, K./ Radaelli, C.: *The politics of Europeanization*. Oxford: Oxford University Press.

Rehn, Olli (2006): Turkey's best response is a rock-solid commitment to reform, 3.10.2006: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction>, Zugriff: 13.10.2006.

RwB - Reporters without borders (2004): *Annual Report, Second World Press Freedom Ranking*, Paris Oktober 2003, http://www.rsf.org/article.php3?id_article=8247. Zugriff: 12.10.2005.

RwB (2005): *Third Annual Worldwide Press Freedom Index*, www.rsf.org/article.php, Zugriff: 14.8.2006.

Risse, Thomas (2001): Let's argue! Communicative Action in World Politics. In: *International Organization* 54(1), 1-39.

Risse, Thomas (2004): *Social Constructivism and European Integration*. In: Wiener, A./ Diez, T.: *European Integration Theory*. Oxford: Oxford University Press, 159-176.

Risse, T./ Cowles, M./ Caporaso, J. (2001) : *Europeanization and domestic change: Introduction*. In: Cowles, M./ Risse, T./ Caporaso, J. (Hrsg.): *Transforming Europe: Europeanization and Domestic Change*. Ithaca, NY: Cornell University Press, 1-20.

Ronnas, Per/ Orlova, Nina (1999): *Twice Hit, Badly Wounded. The Devastating Cost of an Inadequate Transformation in Moldova*, Working Paper Series in Economics and Finance 325 7/1999, Stockholm School of Economics.

Rosca, Dorina (2003): The influence of foreign capital enterprises on the economy and society of Moldova. In: *South-East Europe Review for Labour and Social Affairs* 6(1/2), 17-26.

Ruggie, John Gerard (1998): What Makes the World Hang Together? Neo-Utilitarianism and the Social Constructivist Challenge. In: *International Organization* 55(1), 47-80.

Rumänien Newsletter (2005): *Deutsch-Rumänisches Forum*, 20.2.2005, <http://66.102.9.104/search?q=cache:2x5NkDFj6KAJ:www.deutsch-rumaenisches-forum.de/Newsletter/Newsletter0205.pdf+Ministerpr%C3%A4sidenten+Calin+Popescu-Tariceanu+Moldau&hl=de&gl=de&ct=clnk&cd=1>, Zugriff: 22.3.2005.

Schilling, Walter (1998): Russlands nationale Interessen. In: *Zeitschrift für internationale Fragen* 5 5/1998, 43ff.

Schimmelfennig, Frank (1999): The Double Puzzle of EU enlargement: Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Decision to Expand to the East. *Arena*, 99(15).

Schimmelfennig, Frank (2001): *The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action*,

and the Eastern enlargement of the European Union. In: *International Organizations* 55(1), 47-80.

Schimmelfennig, Frank (2003): Osterweiterung: Strategisches Handeln und kollektive Ideen. In: Jachtenfuchs, M./ Kohler-Koch, B. (Hrsg.): *Europäische Integration*. Opladen: Leske+Budrich.

Schimmelfennig, Frank/ Engert, Stefan/ Knobel, Heiko (2003): Costs, Commitments, and Compliance. The Impact of EU Democratic Conditionality on Latvia, Slovakia, and Turkey. In: *Journal of Common Market Studies* 41(3), 495-517.

Schmierer, Joschka (2003): EU enlargement and Wider Europe. Statement to the Meeting with Representatives of US-Think tanks, 23.10.2003. Auswärtiges Amt, www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/plannungsstab/widereurope.pdf, Zugriff: 12.1.2004.

Schmitter, Philippe C. (2003): Neo-Neofunctionalism. In: Wiener, Antje/ Diez, Thomas: *European Integration Theory*. Oxford: Oxford University Press, 45-74.

Scherpenberg, Jens von (1995): Probleme und Optionen einer Erweiterung der Europäischen Union. In: Nötzold, J. (Hrsg.): *Wohin steuert Europa?* Baden-Baden 1995, 85-106.

Schwellnus, Guido (2005): Sozialkonstruktivismus. In: Bieling, H.-J./ Lerch, M.: *Theorien der europäischen Integration*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 321-346.
Sedelmeier, Ulrich (2000): Eastern Enlargement: Risk, Rationality, Role-Compliance. In: Cowles, M./ Smith, M. (Hrsg.): *Risks, Reforms, Resistance, and Revival*. Oxford, 164-185.

Serebrian, Oleg (2002a): Republic of Moldova in the year 2030. Essay on Futurological Geopolitics. In: *Südosteuropa Mitteilungen* 42(1) (Sonderausgabe).

Serebrian, Oleg (2002b): An assessment of the present status of the Republic of Moldova's accession to the European Union. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): *The Republic of Moldova and European Integration*. Chisinau: Cartier Verlag, 227-255.
Serebrian, Oleg (2004): 'Good Brothers', Bad Neighbours: Romanian/Moldovan Relations. In: Lewis, A. (Hrsg.): *The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe*. London: Federal Trust, 149-154.

Severin, Adrian (2004): Moldova and the OSCE: a History of Failed Initiatives. In: Lewis, A. (Hrsg.): *The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe*. London: Federal Trust, 161-170.

Simon, Gerhard (1997): Die Identität Russlands und die internationale Politik. In: *Außenpolitik* 3/1997.

Siupiur, Elena (1993): Von Bessarabien zur Republik Moldau. Die historischen Wurzeln eines Konflikts. In: *Südosteuropa (München)* 42(3/4), 153-62.

Sjursen, Helene (2002): Why Expand? The Question of Legitimacy and Justification in the EU's Enlargement Policy. *Journal of Common Market Studies* 40(3), 491-513.

Skvorcova, Alla (2001): Moldova and the EU: direct neighbourhood and security issues. In: Kempe, I. (Hrsg.): *The agenda of direct neighbourhood for Eastern Europe*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 104-125.

Sleptsova, Evghenia (2004): Becoming a new neighbour of Europe: What difference will it make for Moldova and its migrants? www.ipp.md/publications/presSLEPTOVAengl.doc, Zugriff: 16.12.2005.

Socor, Vladimir (1994): Gagauz autonomy in Moldova. A precedent for Eastern Europe? In: RFE/RL Research Report (Munich) 3(33), 20-28.

Socor, Vladimir (1998): Quo vadis, Moldova. In: Prism (Washington D.C.) 4(9/2), 8-13.

Socor, Vladimir (2004): Moscow blasts Moldova's Call for Help. In: Eurasia Daily Monitor, Jamestown Foundation, 17.12.2004, http://www.jamestown.org/edm/article.php?volume_id, Zugriff: 23.1.2005.

Solana, Javier (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 12.12.2003, http://ue.eu.int/solana/docs/031208_ESSIIDE.pdf, Zugriff: 20.3.2004.

Solomon, Flavius (2002): Auf der Suche nach Identität: ethno-kulturelle Auseinandersetzungen in der Republik Moldau. In: Südosteuropa 51(7/9), 449-464.

Spanu, Vlad (2004): Why is Moldova Poor and Economically Volatile. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust, 103-112.

SPIEGEL (2005): Sehnsucht nach Harmonie, 24/2005.

Stability Pact (2001): Main features (I) and full text (II) of the Memorandum of Understanding on Trade Liberalisation and Facilitation, including Statement of intent by Moldova (III), <http://www.stabilitypact.org/rt/010627-mou.asp>, Zugriff: 8.3.2006

Stability Pact (2004): About the Stability Pact. www.stabilitypact.org/about/, Zugriff: 6.5.2004.

Stavila, Ion (2002): The issue of borders in the Foreign Policy of the Republic of Moldova. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine. Chisinau: Institute for Public Policy, 9-11.

Stavila, Ion (2004): Moldova between East and West: a Paradigm of Foreign Affairs. In: Lewis, Ann (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust, 127-132.

Stefan Batory Foundation (2003): EU Enlargement and Neighbourhood Policy, Warschau.

Steinmeier, Frank-Walter (2006): Rede auf der Konferenz: „Zwischen Reflexionsphase und deutscher Ratspräsidentschaft – Sozialdemokratische Perspektiven für Europa“, 25.9.2006, Deutscher Bundestag, Berlin.

Stratan, Andrei (2002): Border issues within the context of the Stability Pact. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine. Chisinau: Institute for Public Policy, 35-37.

Sturza, Ion/ Negruta, Veaceslav (2004): Foreign Aid, Trade and Investment: Inconsistent

Policies. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust, 113-126.

Süddeutsche Zeitung (2006): Eine Nummer zu groß, EU-Beitritt zum 1. Januar 2007: Bulgarien und Rumänien bleiben unter Aufsicht, 27.9.2006.

Sushko, Oleksandr (2002): The Schengen acquis: Common impact on Ukraine and Moldova. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine. Chisinau: Institute for Public Policy, 60-64.

Teague, Elizabeth (2004): Moldova: a Brief History. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust: 13-26.

Tempel, Peter (2004): Moldova within the European Neighbourhood Policy. In: Südosteuropa Mitteilungen, 44 (2-3), 83-87.

Timmermann, Heinz (1995): Russlands Außenpolitik: Die europäische Dimension. In: Bericht des BIOst 1995.

Timmermann, Heinz (1997): Osteuropa: Drang nach Westen. Möglichkeiten und Hemmnisse. Die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas und die euro-atlantischen Integrationsprozesse. In: Osteuropa 47(6/97), 531-544.

Timmermann, Heinz (2003): Erwartungen der Neuen Nachbarn Ukraine, Belarus und Moldova an die EU, Referat auf der Botschafterkonferenz des Auswärtigen Amts am 10.9.2003, Berlin: SWP.

Torreblanca, José Ignacio (2003): Accomodating interests and principles in the European Union: the case of the Eastern enlargement. In: Barbé, E./ Johansson-Nogués, E.: Beyond enlargement: The new members and new frontiers of the enlarged European Union. Barcelona, 18-52.

Transparency International – TI – (2005): Corruption Perception Index 2005. http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2005, Zugriff 18.8.2006.
Troebst, Stefan (1998): Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung durch die OSZE. In: Afrikanische Perspektiven. Friedensbericht 1998. Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung in Osteuropa, Zürich, 347-379.

Troebst, Stefan (2001): Vorbild zur Regelung ethnopolitischer Konflikte? Die Autonomieregelung für Gagausien in der Republik Moldova. In: Kommune 19(9), 53-55.

Ulbert, Cornelia (2003): Sozialkonstruktivismus. In: Schieder, S./ Spindler, M. (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske+Budrich.

Ungureanu, Oleg (2002): Stability Pact for South-Eastern Europe and perspectives for the Republic of Moldova's inclusion. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): The Republic of Moldova and European Integration. Chisinau: Cartier Verlag, 68–79.

United Nations Development Programme – UNDP (1997): National Human Development Report 1997. Republic of Moldova, www.undp.md, Zugriff: 13.4.2002.

UNDP (2000): National Human Development Report of Moldova – 2000 http://www.undp.md/content/pdf/HUMAN_2000_PDF.pdf, Zugriff: 9.8.2004.
UNDP (2003): National Human Development Report, Human Development Index 2003,

www.undp.org/hdr 2003, Zugriff: 14.1.2005.

UNESCO – EDUCATION FOR ALL (2000): Assessment Report 2000.
www.unesco.org/education/efa/, Zugriff: 1.4.2006.

UNICEF (2004): Situation of Children in Places of Detention 2004,
www.unicef.org/CEECS/media_2873.html, Zugriff: 1.4.2006.

Umanet, Victoria (2002): Cooperation of the Republic of Moldova in the Central European Initiative. In: Barbarosie, A./ Gheorghiu, V. (Hrsg.): New Borders in South Eastern Europe. The Republic of Moldova, Ukraine. Chisinau: Institute for Public Policy, 12–16.

U.S. Department of State - USSD (1999): Country Report on Human Rights Practices for 1998: Moldova, 25.2.2000, http://www.state.gov/www/global/human_rights/1998_hrp_report/moldova.html Zugriff: 11.8.2004.

USSD (2000): Country Report on Human Rights Practices for 1999: Moldova, 25.2.2000, http://www.state.gov/www/global/human_rights/1999_hrp_report/moldova.html, Zugriff: 11.8.2004.

USSD (2005): Country Report on Human Rights Practices Moldova 2005, 8.3.2005, <http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2005/61664.htm>, Zugriff: 27.8.2006.

Vahl, Marius (2004): The EU and Moldova: a Neglected Relationship. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust, 171-184.

Vahl, Marius (2005): The Europeanisation of the Transnistrian Conflict. In: CEPS Policy Brief 73, 5/2005, Brussels.

Valionis, Antanas (2003): The EU and Eastern Neighbours, Wider Europe – General Remarks. Intervention by Antanas Valionis, Minister of Foreign Affairs, at the Ministerial meeting “The Wider Europe: Co-operation in the Central-Eastern Europe through the common borders with the enlarged EU”, 10.11.2003 Kiev. <http://www.urm.lt/view/php>, Zugriff: 7.1.2004.

Varwick, Johannes (2002): EU-Erweiterung: Stabilitätsexport oder Instabilitätsimport? In: Aus Politik und Zeitgeschichte (Bonn) 1-2, 23-30.

Verfassung der Republik Moldau 1995: WGO – Monatshefte für Osteuropäisches Recht 37, 41-71.

Verheugen, Günter: Europa in der Krise. Für eine Neubegründung der europäischen Idee, Kiepenheuer & Witsch, 1. Auflage 2005, Köln.

Verhofstadt, Guy (2005): Plädoyer für die „Vereinigten Staaten von Europa“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.12.2005.

Vitu, Liliana (2004): Moldova and the Baltic States: Lessons of Success and Failure. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust, 155-160.

Wagner, Björn (2004): Die Erweiterungspolitik der EU von Straßburg bis Athen: ein kommentierter Überblick über Daten, Dokumente und wissenschaftliche Literatur. In: Lippert, B.: Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung, Berlin, 73-110.

Wallace, William (2003a): 'Looking after the Neighbourhood: Responsibilities for the EU 25', Policy Papers 4, 8/2003, Research and Policy Group Notre Europe, <http://www.notre-europe.asso.fr/pages/index-en.htm>, Zugriff: 3.8.2004.

Wallace, William (2003b): Does the EU Have an Ostpolitik. In: Lieven, A./ Trenin, D. (Hrsg.): *Ambivalent Neighbors: The EU, NATO and the Price of Membership*. Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace, 44–66.

Walters, Trevor (1996): Moldova: continuing recipe for instability. In: *Jane's Intelligence Review*, Coulsdon. 8(9), 398-401.

Walters, Trevor (1997): On Crime and Corruption in the Republic of Moldova. In: *Low Intensity Conflict & Law Enforcement*, 6(2), 84-92.

Way, Lucan (2002): Pluralism by default in Moldova. In: *Journal of Democracy*, Baltimore/Md. 13(4) 10/2002, 127-141.

Wessels, Wolfgang (2000): Grenzen- und ratlos – Institutionelle Flexibilisierung gegen geographische Überdehnung. In: Lippert, B. (Hrsg.): *Osterweiterung der Europäischen Union – die doppelte Reifeprüfung*, Institut für Europäische Politik, Bonn, 349-367.

White, Stephen et al. (2002): Enlargement and the New Outsiders. In: *Journal of Common Market Studies* 40(1), 135-153.

White, Stephen (2002): A European or a Slavic choice? Foreign policy and public attitudes in post-Soviet Europe. In: *Europe-Asia Studies* 54(2), 181–202.

Wielgoss, Tanja (1997): *Die Europäische Union vor ihrer ersten Osterweiterung: Vorbereitung, Probleme und Konsequenzen*. Berlin: Logos Verlag.

Wiersma, Jan Marius (2004): Moldova and the European Union: a Missed Opportunity. In: Lewis, A. (Hrsg.): *The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe*. London: Federal Trust, 195-202.

Williams, Andrew J. (1999): The case of Moldova. In: *Review of International Studies*, 25(1), 71-86.

Wittkowsky, Andreas (2000): Stabilität durch Integration? Südosteuropa als Herausforderung für die Europäische Union, Reihe Eurokolleg 43, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, <http://library.fes.de/fulltext/id/00741.htm#E9E4>, Zugriff: 14.7.2004.

Wendt, Alexander (1999): *Social Theory of International Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

World Trade Organization – WTO (2001): WTO's General Council approves accession of Moldova, WTO News, 8.5.2001, http://www.wto.org/english/news_e/pres01e/pr224e.htm, Zugriff: 3.7.2002.

Woronin, Wladimir (2004): Moldova's European Integration Choice is irreversible, <http://www.azi.md/news?ID=29302>, Zugriff: 14.8.2004.

Woronin, Wladimir (2005): Key Note by the President of the Republic of Moldova. International Conference "Moldova and Europe: Bridging the Gap", Chisinau, 26.4.2005.

Wróbel, Jacek (2004): The European Union and Moldova, CES Studies, Warsaw, March 2004.

Zank, Wolfgang (2003): Rational States Want Security And Therefore Give Up Sovereignty – EU's Eastern Enlargement and Integration Theory. Paper presented at the ECPR Conference in Marburg, 18-21.9.2003.

Zaporojan-Pirgari, Angelina (2004): Minority Rights in Moldova: Consolidating a Multi-ethnic Society. In: Lewis, A. (Hrsg.): The EU & Moldova. On a Fault-line of Europe. London: Federal Trust, 63 – 72.

Zickerick, Michael (2003): Das europäische Armenhaus klopft erwartungsvoll an die Tür des reichen Kontinents. In: Das Parlament, 27.10.2003, 11.

Zielonka, Jan (2004): Challenges of EU Enlargement. In: Journal of Democracy 15(1), 22-35.

Weitere Internetadressen:

Offizielle Seite des Parlaments: www.parliament.md

Offizielle Seite der Exekutive mit Links zu den Staatsorganen, Parteien, Medien und Nichtregierungsorganisationen: www.moldova.md

International Federation for Electoral Systems, Repräsentanz in Moldova (ausführliche Dokumentation der Wahlergebnisse): www.ifes.md

Seite der UN-Repräsentanz in Moldova: www.un.md

Die jährlichen Country Reports on Human Rights Practices des U.S. Department of State sind für Moldova immer noch eine der wenigen systematischen Informationsquellen zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung:
www.state.gov/www/global/human_rights/index.html

Liste der Interviewpartner

Name	Funktion	Interview am/ Ort
Dr. Barbarosie, Arcadie	Direktor des Institute for Public Policy (IPP) und Mitglied der National Commission for the Development of the NATO-Moldova Individual Partnership Action Plan, Chisinau	8. Juni, 13. Mai 2004, 25. September 2005 und 8. Juli 2006, IPP, Chisinau und Berlin
Bragis, Dimitru	Ehemaliger Premierminister der Republik Moldau	23. November 2003, IEP, Berlin und 26. Januar 2004, Niederpöking
Brega, Oleg	Vorsitzender der moldauischen NGO Hyde Park, die sich für eine Stärkung der Medienfreiheit und Demokratisierung des Landes einsetzt. Herr Brega ist ehemaliger Rundfunkmoderator, dessen Programm aufgrund der Intervention der kommunistischen Regierung 2003 abgesetzt wurde	12. Oktober 2004, Labour Institute, Chisinau
Capatina, Ion	Botschafter der Republik Moldau zur NATO, EU und Belgien (1998-2002)	11. April 2006, Rathaus der Stadt Chisinau
Chiriac, Crisitina	Abteilungsleiterin, Finanzministerium der Republik Moldau und Mitglied im Vorstand der Association for European Training and Information (AIIE)	13. November 2002 und 20. März, 12. Juli 2006, Labour Institute, Chisinau
Cicu, Marin	Rechtsanwalt in Chisinau und Mitglied der amerikanischen Bar-Association	16. Oktober 2003, Labour Institute, Chisinau
Botschafter Nicolae Chirtoaca	Lange Zeit Direktor des Institute for Transatlantic Relations, Botschafter Chirtoaca war als ehemaliger Mitarbeiter des sowjetischen Geheimdienstes in Moldau für die friedliche Abwicklung der Geheimdienststrukturen in Chisinau verantwortlich. Heute ist er Botschafter Moldaus in den USA	3. November 2004, Labour Institute, Chisinau
Colonel Chibutaru, Viorel	Programmdirektor des Institute for Public Policy, Chisinau und ehemaliger Verbindungsoffizier des moldauischen Verteidigungsministeriums zur Presse	26. Mai 2006, IPP, Chisinau

Corlija, Tanja	Referatsleiterin im Trainingsbereich, Ministerium für Europäische Integration und Äußeres der Republik Kroatien. Frau Corlija ist im Rahmen von kurzfristigen Beratungsverträgen zur Schulung von Verwaltungsmitarbeitern der Republik Moldau aktiv	Regelmäßige Treffen in Chisinau und in Zagreb zwischen 2004 – Juli 2006.
Cujba, Daniela	Referatsleiterin Europapolitik, Außenministerium der Republik Moldau. Sie ist zuständig für den politischen Bereich der EU-Integration und eine enge Vertraute des Stellvertretenden Außenministers und Vize-Premierministers Andrei Stratan	19. März 2004, Soros Foundation und 27. Mai 2006, Außenministerium, Chisinau
Gasca, Viorelia	Referentin im Büro von Transparency International in Chisinau und in unterschiedlichen Projekten zur Korruptionsbekämpfung involviert	12. März 2006, Soros Foundation, Chisinau
Dr. Gheorghiu, Valeriu	Mitglied der Nationalen Kommission zur EU-Integration der Republik Moldau sowie Programmdirektor des IPP mit Themenschwerpunkt EU-Integration. Dr. Gheorghiu ist hauptsächlich beratend für das moldauische Außenministerium tätig und Koordinator sowie Hauptautor der ESRM	Verschiedene Interviews zwischen 2002-2006, insbesondere am 25. September 2005, 24. Mai, 22. Juni 2006, Chisinau und Berlin
Gutu, Oxana	Rechtsberaterin der moldauischen Regierung. Frau Gutu arbeitet insbesondere für eine britische Unternehmensberatung. Sie betreut zur Zeit ein umfangreiches Verwaltungsreformprojekt in Zusammenarbeit mit dem Büro des Premierministers	12. Februar 2006, Chisinau
Herma, Cezary	Office for the Committee for European Integration (UKIE)/ Außenministerium der Republik Polen. Herr Herma betreut auf Seiten des polnischen Außenministeriums diverse Unterstützungsprogramme für die Republik Moldau, die im Bereich der EU-Heranzuführung liegen	29. Mai 2003, Labour Institute, Chisinau 13. Juli 2003, UKIE, Warschau
Dr. Horvath, Peter	Abteilungsleiter Europa, Parlament der Republik Ungarn. Herr Horvath ist zudem als Experte an einem bilateralen Unterstützungsprogramm Ungarns beteiligt, das auf eine stärkere Europäisierung der moldauischen Legislative abzielt	18. Juli 2006, Parlament der Republik Moldau, Chisinau

Kalbfleisch-Kottsieper, Ulla	Abteilungsleiterin Europapolitik, Thüringische Staatskanzlei und im Rahmen ihrer Tätigkeit beim IEP seit 2005 in einem vom Auswärtigen Amt finanzierten Projekt als Beraterin tätig	12. Juni 2004, Berlin
Klippii, Igor	Mitglied des moldauischen Parlaments	18. Juli 2006, Parlament der Republik Moldau, Chisinau
Kollecka, Beata	Außenministerium der Republik Polen. Frau Kollecka hat an der Entwicklung des polnischen Non-Papers mitgewirkt, das als wichtigster und eigenständiger polnischer Beitrag in der Nachbarschaftspolitik gilt	29. Januar 2004, Niederpöcking
Leanca, Iurie	Stellvertretender Außenminister der Republik Moldau a.D. und zusammen mit dem damaligen Botschafter Deutschlands in der Republik Moldau, Michael Zickerick, einer der Hauptinitiatoren auf moldauischer Seite für die Implementierung eines umfassenden Trainingsprogramms zur Heranführung von Verwaltungsmitarbeitern in Fragen zur EU	12. Juni 2002, 27. Mai 2003, IPP, 14. November 2004, Labour Institute, Chisinau
Nantoi, Oasu	Programmdirektor des IPP mit Themenschwerpunkt Transnistrien. Herr Nantoi gilt als einer der führenden Experten auf diesem Gebiet. Daneben ist Herr Nantoi Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Moldaus, die allerdings nicht im Parlament vertreten ist	12. Mai, 12. Juni, 25. September 2005, Labour Institute, Chisinau
Ostalep, Valeriu	Stellvertretender Außenminister der Republik Moldau	14. April 2006, 12. Juni 2006, Außenministerium, Chisinau
Pavlicenco, Vitalia	Oppositionspolitikerin und Stellvertretende Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des moldauischen Parlaments	18. Juli 2006, Parlament der Republik Moldau
Pechinovic-Buric, Marija	Stellvertretende Außenministerin Kroatiens und insbesondere als ehemalige Abteilungsleiterin im Europaministerium für den Ausbau der multilateralen Kontakte zu Moldau engagiert	12. Oktober 2004, Chisinau und 11. Januar 2005, Zagreb

Dr. Roscovan, Mihail	Stellvertretender Wirtschaftsminister a. D. und Dr. Roscovan gehört zum engeren Führungskreis der Christdemokratischen Partei Moldaus	25. Mai 2003, Chisinau
Schrödter, Elisabeth	MdEP, Grüne Fraktion und ehemalige Vorsitzende des parlamentarischen Kooperationskomitees zwischen der EU und Moldau	12. Oktober 2003, telefonisch
Dr. Serebrian, Oleg	MdP, Liberale Fraktion und Vorsitzender der Europäischen Bewegung Moldaus	23. November 2004, Chisinau
Siminov, Alexandru	Senior Berater in der Parlamentsverwaltung, Sekretär des Auswärtigen Ausschusses des moldauischen Parlaments	13. Juli 2006, Chisinau
Stoica, Nadja	Moldauisches Innenministerium, Europa-Abteilung	11. Dezember 2003, Labour Institute Chisinau
Stratan, Andrei	Außenminister der Republik Moldau und Stellvertretender Premierminister sowie ehemaliger Nationaler Koordinator des Stabilitätspaktes	13. Oktober 2003, Labour Institute, Chisinau
Sturza, Ion	Ehemaliger Premierminister der Republik Moldau	28. Januar 2004, Niederpöking
Vladicescu, Veaceslav	Freier Berater des moldauischen Umweltministeriums und Vorsitzender der NGO Association for European Training and Information (AIIE)	14. Oktober 2004, Labour Institute, Chisinau
Zalai, Csaba	Hauptabteilungsleiter Europa Außenministerium der Republik Ungarn	25. Juni 2006, Chisinau
Hochrangige Mitarbeiterin	Amt des Präsidenten der Republik Moldau	13. November 2004
Hochrangige Mitarbeiterin	United Nations Development Programme (UNDP)	Laufende Gespräche
Mitarbeiter	Moldauisches Ministerium für Wiedervereinigung, Europareferat	21. Juli 2006, Chisinau
Gespräch mit hohem deutschen Repräsentanten	Deutsche Botschaft, Chisinau	Im Dezember 2003
Gespräch in der EU-Kommission	Mitarbeiter der Task Force Wider Europe der intra-institutionellen Arbeitsgruppe der EU-Kommission zur Entwicklung der Nachbarschaftspolitik	Januar und November 2003, Chisinau und Brüssel

Journalisten	Journalisten die für verschiedene Agenturen, Zeitungen und Fernsehsender arbeiten	26. Juli 2006, Soros Foundation, Chisinau
Gespräche im Auswärtigen Amt Berlin	Die Gespräche wurden mit dem verantwortlichen Länderreferenten und dem für die bilaterale Unterstützungsleistung verantwortlichen Koordinator als Hintergrund zur Projektvorbereitung eines Trainingsprogramms der deutschen Seite geführt	Ab Juli 2002 bis Juli 2006
Hintergrundgespräche im Außenministerium in Moldau	u.a. mit Veaceslav Petrochcan, Leiter des Wirtschaftsreferats zur EU-Integration und Gesandter der Republik Moldau in Brüssel	Juni 2006

Abkürzungsverzeichnis

ADEPT = Association for Participatory Democracy
 ADR = Allianz für Demokratie und Reformen
 AI = Amnesty International
 ATM = Autonomous Trade Preferences
 BBI = Block der Bauern und Intellektuellen
 BDPM = Block für ein Demokratisches und Prosperierendes Moldau
 BIP= Bruttoinlandsprodukt
 BSE = Block Sozialistische Partei und Bewegung „Einheit“
 BSEC = Black Sea Economic Cooperation
 BSP = Bruttosozialprodukt
 CCCEC = Zentrum zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und Korruption
 CDVP = Christdemokratische Volkspartei
 CEI = Zentraleuropäische Initiative
 CIS = Commonwealth of Independent States
 COEST = Arbeitsgruppe des Rats für Osteuropa und Zentralasien
 CSFR = Tschechoslowakische Bundesrepublik
 DAPM = Demokratische Agrarpartei Moldaus
 DKM = Demokratische Konvention Moldaus
 DMB = Demokratischer Moldauischer Block
 DPM = Demokratische Partei
 EBI = Europäische Investitionsbank
 EBRD = Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
 EEA = Einheitliche Europäische Akte
 EFTA = European Free Trade Agreement
 EMRR = Europäische Menschenrechtskonvention
 ENA = Europäisches Nachbarschaftsabkommen
 ENP = Europäische Nachbarschaftspolitik
 ENPI = Europäisches Nachbarschaftspolitikinstrument
 ESRM = European Strategy of the Republic of Moldova
 ESVP = Europäische Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft
 EU = Europäische Union
 EuGH = Europäischer Gerichtshof
 EuGMR = Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
 EUSR = Special Representative of the European Union

EWR = Europäischer Wirtschaftsraum
 FZ = Finanzielle Zusammenarbeit
 GAP = Gemeinsame Agrarpolitik
 GASP = Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU
 GUS = Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
 GUUAM = Georgia Ukraine Uzbekistan Azerbaijan Moldova
 HDI = Human Development Index der Vereinten Nationen
 HKA = Handels- und Kooperationsabkommen
 IFI = International Financial Institutions
 IPP = Institute for Public Policy
 IWF = Internationale Währungsfonds
 KMU = Kleine und Mittlere Unternehmen
 PACE = Parlamentarische Versammlung des Europarats
 PDK = Partei der Demokratischen Kräfte
 PHARE = Poland and Hungary: Aid for Restructuring of the Economies
 PKA = Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
 PKRM = Partei der Kommunisten der Republik Moldau
 PWVN = Partei für Wiederaufbau und Versöhnung Moldaus
 MASSR = Moldawische Autonome Sozialistische Sowjet-Republik
 MdP = Mitglied des Parlaments
 MdEP = Mitglied des Europäischen Parlaments
 MFA EI = Ministry for Foreign Affairs and European Integration
 MOE = Mittel- und Osteuropa
 MOEL = Mittelosteuropäische Länder
 NRO = Nichtregierungsorganisation
 NUS = Neue Unabhängige Staaten
 ODIHR = Office for Democratic Institutions and Human Rights der OSCE
 OSCE = Organisation for Security and Co-operation in Europe
 RBU = Russisch-Belarussische Union
 SAA = Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
 SAP = Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess
 SEECP = South-East European Co-operation Process
 SGPRP = Sustainable Growth and Poverty Reduction Program
 SIS = Geheimdienst der Republik Moldau
 SOEL = Südosteuropäische Länder
 SOG = Südosteuropa-Gesellschaft

SPOC = Arbeitstisch zur Bekämpfung der organisierten Verbrechen

TACIS = Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States

TAIEX = Technical Assistance Information Exchange Unit

TI = Transparency International

TRM = TeleRadio Moldova

Twinning = Partnerschaften beispielsweise im Verwaltungsaufbau

UNDP = Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

VN = Vereinte Nationen

WB = Weltbank

WBA = Wahlblock „Braghis-Allianz“

WHO = Welthandelsorganisation

WWU = Wirtschafts- und Währungsunion